MARX ENGELS LENIN INSTITUT BERLIN

Nummer 1 Preis 15 Pfg.

Die Kommunistin

Frauenorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Herausgegeben von Klara Zetkin

Die Kommunistin erscheint am 1., 11. und 21. eines jeden Monats. Preis der Einzelnummer 15 Pfennig, durch die Post bezogen vierteljährlich 1,25 Mark (ohne Bestellgeld)

Stuttgart, 1. Mai 1919

Zuschriften für die Redaktion an Klara Zetkin, Wilhelmshöhe, Post Degerloch b. Stuttgart. — Zuschriften für den Verlag an Anna Stegmeier, Stuttgart, Ostendstr. 70.

Was wir wollen.

Ein neues sozialistisches Frauenblatt! Was will es? Ist sein Erscheinen nicht überflüssig? Bedeutet es nicht eine Zersplitterung der Kräfte in einem Augenblick, wo ihre Zusammenballung zur sozialistischen Tat bitter not tut?

Wir teilen diese Befürchtungen nicht. Einer Zusammenballung der Kräfte zum Kampf für den Sozialismus muß eine Klärung der Meinungen vorausgehen, eine Klärung, die Meinungen zur festgeschmiedeten, unbeugsamen Überzeugung schmiedet. Nur auf dem Boden solcher Überzeugung können sich die Massen der proletarischen Frauen zum Befreiungskampf zusammenfinden; nur dieser Boden trägt die Begeisterung, Hingabe, Tatkühnheit, kurz, all die geistigen und sittlichen Werte, die wir einsetzen müssen, wenn der Sozialismus aus einer Zukunftshoffnung zur Gegenwartserfüllung werden soll.

„Die Kommunistin" will unter dem weiblichen Proletariat dafür wirken, daß Klarheit und Festigkeit der grundsätzlichen Überzeugung zum unerschütterlichen, opferfreudigen Kampfeswillen wird. Sie will das Werk fortsetzen, das im Dezember 1891 in der „Gleichheit" begonnen und dann unter den schwierigsten Umständen in der Frauenbeilage der Leipziger Volkszeitung fortgesetzt wurde. Es war mit den folgenden Ausführungen umrissen worden:

„Die Gleichheit" wird mit aller Energie und Schärfe kämpfen für die volle soziale Befreiung der proletarischen Frauenwelt, wie sie einzig und allein möglich ist in einer sozialistischen Gesellschaft. Denn nur in einer solchen verschwindet mit den jetzt herrschenden Eigentums- und Wirtschaftsverhältnissen die Ursache jeder gesellschaftlichen Unterdrückung und Unfreiheit, die wirtschaftliche Abhängigkeit eines Menschen von einem anderen Menschen; denn nur in einer solchen verschwindet mit den jetzt herrschenden Eigentums- und Wirtschaftsverhältnissen der Gegensatz zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden, der soziale Gegensatz zwischen Mann und Frau, zwischen Kopfarbeit und Handarbeit. Die Aufhebung dieser Gegensätze kann jedoch nur erfolgen durch den Klassenkampf, die Befreiung des Proletariats kann nur das Werk des Proletariats selbst sein ... Die proletarischen Frauen für den Klassenkampf zu schulen, das wird die vornehmste Aufgabe der „Gleichheit" sein. Sie wird rufen zu dem Streit, wo es ein Hüben und Drüben nur gilt."

Was vor fast 30 Jahren geschrieben wurde, muß unsere Aufgabe mehr denn je heute sein, wo der Klassenkampf der proletarischen Männer und Frauen im Feuerzeichen der Weltrevolution steht, die die kapitalistische Ausbeutungswirtschaft und ihre soziale Ordnung umwälzt in die sozialistische Gesellschaft.

Warum dann aber der neue Name „Die Kommunistin"?, so könnte man fragen. Wir wollen mit diesem Namen nicht nur freudig unsere Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei Deutschlands bekennen, der heißgehaßten, meist geschmähten, härtest verfolgten Partei dieser Stunde. Wir wollen damit daran erinnern, daß uns grundsätzliche und taktische Unterschiede von den anderen sozialdemokratischen Parteien Deutschlands trennen. Wir wollen damit zum Ausdruck bringen, daß wir mit aller Kraft im Geiste des Kommunistischen Manifestes wirken wollen für: „Bildung des Proletariats als Klasse, Sturz der Bourgeoisieherrschaft, Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat." Warum wir dieses Ziel erstreben, soll hier Rosa Luxemburg sagen, deren Leib von den Noskegardisten erschlagen wurde, deren Geist dem Proletariat jedoch lebendig, wegweisend vorangeht. Rosa Luxemburg schrieb im Programm des Spartakusbundes diese Sätze, die — nach Gedanken und Form klassisch — Geist vom Geist des Kommunistischen Manifestes sind:

„Der Weltkrieg hat die Gesellschaft vor die Alternative gestellt: entweder Fortdauer des Kapitalismus, neue Kriege und baldigster Untergang in Chaos und in der Anarchie, oder Abschaffung der kapitalistischen Ausbeutung.

Mit dem Ausgang des Weltkrieges hat die bürgerliche Klassenherrschaft ihr Daseinsrecht verwirkt. Sie ist nicht mehr imstande, die Gesellschaft aus dem furchtbaren wirtschaftlichen Zusammenbruch herauszuführen, den die imperialistische Orgie hinterlassen hat.

Produktionsmittel sind in ungeheurem Maßstab vernichtet, Millionen Arbeitskräfte, der beste und tüchtigste Stamm der Arbeiterklasse hingeschlachtet. Der am Leben Gebliebenen harrt bei der Heimkehr das grinsende Elend der Arbeitslosigkeit. Hungersnot und Krankheiten drohen die Volkskraft an der Wurzel zu vernichten. Der finanzielle Staatsbankerott infolge der ungeheuren Last der Kriegsschulden ist unabwendbar.

Aus all dieser blutigen Wirrsal und diesem gähnenden Abgrund gibt es keine Hilfe, keinen Ausweg, keine Rettung als im Sozialismus. Nur die Weltrevolution des Proletariats kann in dieses Chaos Ordnung bringen, kann allen Arbeit und Brot verschaffen, kann der gegenseitigen Zerfleischung der Völker ein Ende machen, kann der geschundenen Menschheit Frieden, Freiheit, wahre Kultur bringen. Nieder mit dem Lohnsystem! Das ist die Losung der Stunde. An Stelle der Lohnarbeit und der Klassenherrschaft soll die genossenschaftliche Arbeit treten. Die Arbeitsmittel müssen aufhören das Monopol einer Klasse zu sein, sie müssen Gemeingut aller werden. Keine Ausbeuter und Ausgebeutete mehr. Regelung der Produktion und Verteilung der Produkte im Interesse der Allgemeinheit, Abschaffung wie der heutigen Produktionsweise, die Ausbeutung und Raub, so der heutigen Hand ist, d. r nur Pe rug ist.

An Stelle der Arbeitgeber und ihrer Lohnsklaven: freie Arbeitsgenossenschaften! Die Arbeit niemandes Qual, weil jedermanns Pflicht! Ein menschenwürdiges Dasein jedem, der seine Pflicht gegen die Gesellschaft erfüllt. Der Hunger hinfür nicht mehr der Arbeit Fluch, sondern des Müßiggängers Strafe!

Erst in einer solchen Gesellschaft sind Völkerhaß, Knechtschaft entwurzelt. Erst wenn eine solche Gesellschaft verwirklicht ist, wird die Erde nicht mehr durch Menschenmord geschändet. Erst dann wird es heißen: dieser Krieg ist der letzte gewesen.

Sozialismus ist in dieser Stunde der einzige Rettungsanker der Menschheit. Über den zusammensinkenden Mauern der kapitalistischen Gesellschaft lodern wie ein feuriges Menetekel die Worte des Kommunistischen Manifests:

Sozialismus oder Untergang in die Barbarei!"

Kann die Wahl, die Antwort zweifelhaft sein? Gegen die Barbarei, für den Sozialismus! Das ist die Losung der „Kommunistin".

Im Zeichen der Weltrevolution.

Die Maikundgebung des Weltproletariats, die auch die Willenskundgebung von ungezählten Frauen ist, steht heuer im Zeichen der Weltrevolution. Es geht nicht mehr um Reformen in der kapitalistischen Ordnung, es geht um die Aufhebung dieser Ordnung selbst, es geht um den Sozialismus, dessen Reich die befreiungsverlangenden Proletarierinnen rufen und erkämpfen wollen.

In Rußland hat sich die soziale Revolution der Arbeiter und armen Bauern im heißen, zähen Kampf mit inneren und äußeren Feinden siegreich behauptet. Die russische sozialistische Räterepublik ist der hell lodernde Feuerbrand geblieben, der den Glauben an die Macht des sozialistischen Ideals lebendig erhielt, das Selbstvertrauen, die Tatkraft, die Entschlossenheit der Enterbten in der ganzen Welt weckte und stärkte. Dieser Feuerbrand hat zündende Funken in alle Länder entsendet, wo die fleißige Arbeit unter der Herrschaft des ausbeutenden Kapitals stöhnt und seufzt. Unter kommunistischer Führung ersetzte das Proletariat in Ungarn die nationale Republik bürgerlich-demokratischer Halbheiten und Hohlheiten durch eine sozialistische Räterepublik.

Serbien, Rumänien, Bulgarien und die jungen tschechoslowakischen Republiken erbeben unter den revolutionären Bewegungen von Arbeitern und Bauern, die über die nationale Frage hinweg vorwärtsdrängen, dem Sozialismus entgegen. In Deutsch-Österreich züngeln immer häufiger und stärker Flammen empor, die künden, daß die breitesten werktätigen Massen sich mit bürgerlicher Demokratie und sozialen Reformen nicht abspeisen lassen, daß sie von dem bürgerlichen Parlamentarismus keine Notwendige erhoffen, vielmehr durch die Diktatur des Proletariats den Kapitalismus überwinden wollen. Von Mailand, von der Lombardei aus weht der Glutatem der Revolution durch Italien. Die Kapitalistenklassen Frankreichs, Englands, der Vereinigten Staaten und ihre imperialistischen Regierungen spüren beklommen, daß der Boden unter ihren Füßen von den vulkanischen Stößen revolutionärer Kräfte zu zittern beginnt. In den englischen Kolonialreichen Kanada, Australien, Indien, Südafrika tritt die Arbeiterklasse kämpfend auf den Plan, die eingeborenen Kaffern des Kaplands inbegriffen; in dem Großbritannien unterworfenen Ägypten flattert die Fahne des Aufruhrs. Das kämpfende Proletariat der neutralen Länder stößt ermutigt fordernd vor. Die Weltrevolution hat ihr Amt als Weltgericht über den Kapitalismus angetreten.

Revolution auch in Deutschland, wo gewaltige Kräfte für und gegen den Sozialismus zusammenprallen. Die Revolution ist es, die hier klar bestimmend die Maikundgebung prägen, ihr den ursprünglichen Gehalt zurückgeben, sie zur revolutionären Willenstat erheben muß. Denn Deutschlands Proletarier und Proletarierinnen kämpfen einen heißen, harten Kampf, die Wagschalen mit Sieg und Niederlage schnellen unruhig auf und ab, weil die Besitzenden und Herrschenden gegen das Gewicht der wirtschaftlichen Macht der Ausgebeuteten die Schwere des Schwertes eingeworfen haben. Die Revolution hat sich in Weimar nicht einfangen lassen mit den Rosen und Zypressen der politischen bürgerlichen Scheindemokratie und dem Flittergold einiger dürftiger sozialer Reformen, die marktschreierisch und trügerisch als „Sozialisierungsanfänge" angepriesen werden. Die Revolution lebt. Sie ringt mit den Mächten der Gegenrevolution, denen die ebenso verräterischen als beschränkt-kurzsichtigen Führer der Mehrheitssozialdemokraten Deckung und Leitung geben. Am Vorabend des ersten Mai steht die deutsche Revolution in der größten Krise, die sie bis jetzt erlebt hat.

Der Ausdruck dieser Krise ist die Aufrichtung der Räterepublik in München und Umgebung, ist der Kreuzzug, durch den die von Regierungssozialdemokraten gerufenen kapitalistischen Freiwilligen- und Söldnertruppen die Ungläubigenherrschaft blutig brechen sollen, die revolutionäre Proletarier über das Allerheiligste des bürgerlichen Geldsacks, über die kapitalistische Profit- und Ausbeuterwirtschaft ausüben. Die Münchner Räterepublik begann unter der Führung von Mehrheitssozialdemokraten, Unabhängigen Sozialisten, Anarchisten und politischen Glücksrittern als Zwitterding von Idylle und Farce. Unter dem Zwang der gegebenen Umstände mußte sie sich in der Hand der Arbeiterschaft in ein leidenschaftdurchbebtes geschichtliches Drama großen Stils verwandeln. Die Scheinräterepublik wurde zur wirklichen Räterepublik, die sich anschickte, ihren Weg nach kommunistischen Losungen zu suchen. Die Vertrauensleute der Arbeiterschaft München-Land hielt allen gegen vier Stimmen für diese Revolution der Tat ausgesprochen. Die Diktatur des Proletariats nahm den Kampf auf wider die Diktatur der Bourgeoisie.

Durch die tollkühne Erhebung des Münchener Proletariats fühlte sich die kapitalistische Ausbeutungsgesellschaft des ganzen deutschen Reichs bedroht. Wie ihre profit- und dividendenschluckenden „Hauptleute" in den Fabriken und Banken, so zitterten ihre wohlbestallten Sachwalter, Bedienten und Schergen in den Regierungsämtern. „Spartakus", der „Bolschewismus" nicht bloß vor den Toren, nein, schon in den Toren! Die mehrheitssozialdemokratischen Regierungsgewaltigen sprachen in Seelenharmonie mit Demokraten und Zentrümlern in Weimar und Stuttgart das letzte Wort ihrer Weisheit. Offiziere, die im Kampf gegen den „äußeren Gegner" nicht zu siegen vermocht, sollen sich durch das Niederschlagen des „inneren Feindes" blutige Lorbeeren erwerben. Zunächst waren es württembergische Freiwilligen- und Sicherheitsformationen, die sich zum schmachvollen Henkersamt kommandieren ließen, zusammen mit den Truppen der mehrheitssozialdemokratischen Regierung in Bamberg die Räterepublik in Augsburg, München, Südbayern abzuwürgen. Preußen folgten. Eine erdrückende militärische Übermacht kapitalistischer „Ordnungsstifter" schließt sich zum klammernden tödlichen Ring um das München der Arbeit zusammen.

Zurzeit, wo dieses Blatt gedruckt wird, läßt sich nicht prophezeien, ob das revolutionäre Weltproletariat am 1. Mai seine Fahnen in stummer Achtung vor siegreich Geschlagenen senken muß. Jedoch dieses teilt schon jetzt klar hervor: Die Niederlage der revolutionären Arbeiterschaft in München und Südbayern wird nicht einmal die tapferen Münchner, geschweige denn die den Sozialismus verlangenden Scharen proletarischer Männer und Frauen in Deutschland dauernd zurückwerfen. Die Münchener Ereignisse zeugen dafür, mit welch wachsender, elementarer Kraft der Rätegedanke sich in der deutschen Arbeiterklasse unaufhaltsam durchsetzt. Der Kampf gegen den Kapitalismus, für den Sozialismus wird mit zunehmender Klarheit und Entschlossenheit unter dem Banner der Räteverfassung geführt. Wo dieses Banner weht, da scheiden sich restlos die Geister, „ein Hüben und Drüben nur gilt". Von dem eindringlichen Anschauungsunterricht der Kämpfe um den Sozialismus in München belehrt und befeuert, werden sich die proletarischen Männer und Frauen Deutschlands in größerer Zielklarheit und in größerer Entschlossenheit sammeln. Die Münchener Räterepublik wird nicht umsonst gearbeitet, gekämpft, gelitten haben. Die Maikundgebung des deutschen Proletariats wird das zum Ausdruck bringen. Sie muß eine Tat eisernen unversöhnlichen Kampfeswillens sein, der sich gegen die bürgerliche Ordnung richtet.

In tieferem Rot als sonst leuchten heuer am 1. Mai unsere Banner. Das Blut unserer Besten, Rosa Luxemburgs, Karl Liebknechts, Leo Jogiches, das Blut von Tausenden kühner, treuer Proletarier hat sie gefärbt. Die Feuerzeichen der Weltrevolution werfen ihren glühenden Schein darauf. Diese Banner dürfen nur dort wehen, wo gegen den Kapitalismus gekämpft, nicht wo ein fauler Friede mit ihm gefeiert wird. Mit den Brüdern und Schwestern, mit den Ausgebeuteten der ganzen Welt gegen die Todfeinde, die Ausbeutenden der ganzen Welt, gegen die Ausbeutenden im eigenen Lande! Das ist die Losung der Proletarierinnen, die ihre Freiheit, die ihr Vollmenschentum begehren. Die erlittenen Niederlagen entmutigen sie nicht, die drängenden Gefahren schrecken sie nicht. Die befreiende Revolution geht auch in Deutschland auf ehernen Sohlen ihren Gang. Sie läßt sich nicht aufhalten mit den armseligen Reformbeitelluppen, die ihr die Nationalversammlung reicht, nicht aufhalten durch die Leichenhügel, die von dem blutbefleckten Mörmännerbund der Ebert-Scheidemann-Landsberg-Noske und ihren verbrecherischen Nachäffern aufgehäuft werden. Die bürgerliche Ordnung kann nur noch zeitweise triumphieren dank der mörderischen Gewalt von Karabinern, Maschinengewehren und Minenwerfern. Aber jeder zeitweise Triumph ist ein Pyrrhussieg und bereitet ihre unaufhaltsame Zerschmetterung vor. Je langsamer in Deutschland die Donner der Revolution rollen, desto gewaltiger, reinigender wird das revolutionäre Gewitter sein. Berlin, Bremen, Düsseldorf, Braunschweig, Rheinland-Westfalen, München: die Namen all der revolutionären Kampfstätten lehren, mahnen. Seien wir zu Kampf und Opfer bereit. Der erste Mai muß es erhärten. Er darf nicht der nationale Feiertag des verräterischen Kompromisses mit der bürgerlichen Gesellschaft werden, als den ihn die Mehrheitssozialdemokraten mißbrauchen wollen. Er muß internationaler Kampftag der Ausgebeuteten gegen die kapitalistische Ordnung sein. Er steht nicht im Zeichen von Weimar, er steht im Zeichen der Weltrevolution.

Manifest der Kommunistischen Internationale.

An das Proletariat der ganzen Welt!

Nachstehend veröffentlichen wir einen Aufruf an das Proletariat der Welt. Die Kommunistische Internationale beschloß ihn auf einem Kongreß in Sowjet-Moskau. Vertreter aus den meisten europäischen Ländern, aus Amerika und Asien waren anwesend. Wir hoffen, daß der Aufruf die Herzen der Proletarier und Proletarierinnen erheben, ihren Mut stärken, ihre Kampflust stählen und ihnen unerschütterliche Siegesgewißheit einflößen wird.

I.

72 Jahre sind verflossen, seit die Kommunistische Partei ihr Programm der Welt in Form eines Manifestes verkündet hat, das von den größten Lehrmeistern der proletarischen Revolution, Karl Marx und Friedrich Engels, geschrieben worden ist. Der Kommunismus war damals kaum erst in die Arena des Kampfes getreten! Dennoch war er schon zu jener Zeit von Hetze und Lüge, von Haß und Verfolgung der besitzenden Klassen umringt, die mit Recht in ihm ihren Todfeind ahnten. Im Laufe dieser sieben Jahrzehnte ging die Entwicklung des Kommunismus schwere Wege: Stürme des Aufstieges, aber auch Perioden des Niederganges: Erfolge, aber auch harte Niederlagen kennzeichnen sie. Im Grunde ging die Entwicklung doch den Weg, der im Manifest der Kommunistischen Partei vorgezeigt worden war. Die Epoche des letzten entscheidenden Kampfes ist später eingetreten, als die Apostel der sozialen Revolution es erwartet und gewünscht hatten. Aber sie ist eingetreten. Wir Kommunisten, Vertreter des revolutionären Proletariats verschiedener Länder Europas, Amerikas und Asiens, die wir uns in dem Sowjet-Moskau versammelt haben, fühlen und betrachten uns als Nachfolger und Vollbringer der Sache, deren Programm vor 72 Jahren verkündet wurde. Unsere Aufgabe besteht darin, die revolutionäre Erfahrung der Arbeiterklasse zusammenfassen, die Bewegung von den zersetzenden Beimischungen des Opportunismus und Sozialpatriotismus zu reinigen, die Kräfte aller wirklich revolutionären Parteien des Weltproletariats zu sammeln und dadurch den Sieg der kommunistischen Revolution zu erleichtern und zu beschleunigen.

Im Laufe einer langen Reihe von Jahren hat der Sozialismus die Unvermeidlichkeit des imperialistischen Krieges vorhergesagt. Er hat die Ursache dieses Krieges in der unersättlichen Habsucht der besitzenden Klassen beider Hauptlager und aller kapitalistischen Länder überhaupt erblickt. Zwei Jahre vor Kriegsausbruch haben die verantwortlichen sozialistischen Führer aller Länder auf dem Baseler Kongreß den Imperialismus als Urheber des zukünftigen Krieges gebrandmarkt. Sie haben der Bourgeoisie gedroht, sie durch die soziale Revolution — die Vergeltung des Proletariats für die Verbrechen des Militarismus — heimzusuchen. Jetzt, nach der Erfahrung der fünf Jahre, nachdem die Geschichte die räuberischen Gelüste Deutschlands aufgedeckt, die nicht weniger verbrecherischen Taten der Ententestaaten enthüllt hat, fahren die Staatssozialisten der Ententeländer fort, zusammen mit ihren Regierungen den gestürzten deutschen Kaiser immer und immer wieder zu entlarven. Und die deutschen Sozialpatrioten, die im August 1914 das diplomatische Weißbuch des Hohenzollern als heiligstes Evangelium der Völker erklärt haben, klagen jetzt in gemeiner Liebedienerei zusammen mit den Sozialisten der Ententeländer als Hauptschuldige die gestürzte deutsche Monarchie an, der sie früher wie Sklaven gedient haben. Auf diese Weise hoffen sie ihre eigene Schuld vergessen zu machen und das Wohlwollen der Sieger zu verdienen. Aber neben den gestürzten Dynastien der Romanows, Hohenzollern und Habsburger und den kapitalistischen Cliquen dieser Länder erscheinen auch die Regierenden Frankreichs, Englands, Italiens und der Vereinigten Staaten im Lichte der sich abrollenden Ereignisse und der diplomatischen Enthüllungen in ihrer unermeßlichen Niedertracht.

Die Widersprüche der kapitalistischen Ordnung sind infolge des Kriegs für die Menschheit zu tierischen Qualen des Hungers und der Kälte, zu Epidemien moralischer Verwilderung geworden. Dadurch ist auch der akademische Streit im Lager Sozialismus endgültig entschieden über die Verelendungstheorie und über die Aushöhlung des Kapitalismus durch den Sozialismus. Statistiker und Pedanten der Theorie des Ausgleichs der Widersprüche haben sich im Laufe von Jahrzehnten bemüht, aus allen Weltenden wirkliche und scheinbare Tatsachen heranzuschleppen, die von dem steigenden Wohlstand verschiedener Gruppen und Arten der Arbeiterklasse zeugten. Heute steht die Verelendung vor uns, nicht nur die soziale, sondern die physiologische in ihrer ganzen erschütternden Wirklichkeit.

Das Finanzkapital, das die Menschheit in den Abgrund des Krieges geschleudert, hat selbst im Laufe des Krieges katastrophale Veränderungen erlitten. Das Verhältnis des Papiergeldes zu der materiellen Grundlage der Produktion ward vollständig gestört. Immer mehr seine Bedeutung als Mittel und Regulator des kapitalistischen Warenumlaufes verlierend, verwandelte sich das Papiergeld in ein Mittel der Requisition, des Raubes, der militärisch-wirtschaftlichen Vergewaltigung überhaupt. Die völlige Entartung und Entwertung des Geldpapiers spiegelt die allgemeine tödliche Krisis des kapitalistischen Warenaustausches wieder. Der freie Wettbewerb, als Regulator der Produktion, und die Verteilung der Produkte in den Hauptgebieten der Wirtschaft waren von dem System der Trusts und Monopole schon in den Jahrzehnten verdrängt worden, die dem Krieg vorangingen. Nun erwies sich durch den Gang des Krieges, daß die regelnde Rolle den Händen der Wirtschaftsorganisationen entrissen und unmittelbar der militärischen Staatsmacht ausgeliefert worden war. Die Verteilung der Rohstoffe, die Ausnützung des Petroleums von Baku oder Rumänien, der Donetz-Kohle, des ukrainischen Getreides, das Schicksal der deutschen Lokomotiven, Eisenbahnwagen, Automobile, die Versorgung des hungernden Europas mit Brot und Fleisch — all diese Grundfragen des wirtschaftlichen Lebens der Welt wurden nicht durch den freien Wettbewerb, nicht durch Abmachungen nationaler und internationaler Trusts geregelt, sondern durch das unmittelbare Gebot militärischer Gewalt im Interesse ihrer weiteren Erhaltung. Hat die völlige Unterordnung der Staatsmacht unter die Gewalt des Finanzkapitals die Menschheit zur imperialistischen Schlachtbank geführt, so hat das Finanzkapital durch diese Massenabschlachtung nicht nur den Staat, sondern auch sich selbst vollends militarisiert. Es ist nicht mehr fähig, seine wesentlichen ökonomischen Funktionen anders, als mittels Blut und Eisen zu erfüllen.

Die Opportunisten hatten vor dem Weltkriege die Arbeiter zur Mäßigkeit aufgerufen im Namen des allmählichen Überganges zum Sozialismus. Während des Krieges hatten sie Unterwerfung der Proletarier verlangt, im Namen des Burgfriedens und der Vaterlandsverteidigung. Jetzt wiederum fordern sie vom Proletariat Selbstverleugnung zur Überwindung der entsetzlichen Folgen des Krieges. Fände diese Predigt bei den Arbeitermassen Gehör, so würde die kapitalistische Entwicklung auf den Knochen mehrerer Generationen in neuer, noch konzentrierterer und ungeheuerlicherer Form weitergehen mit der Aussicht auf einen neuen, unausbleiblichen Weltkrieg. Zum Glück für die Menschheit ist dies nicht mehr möglich.

Eine Schändung.

Mit perverser Geschäftigkeit nutzen die als Bediente der Bourgeoisie regierenden Mehrheitssozialdemokraten jede Gelegenheit, sozialistische Ideale zu schänden und die proletarischen Massen vor den Wagen der ausbeutenden Klassen zu spannen. Sie sind darangegangen, der Maikundgebung den Stachel proletarischen Kampfeswillens zu nehmen, sie zu einer Hilfsaktion für den verbrechten deutschen Imperialismus zu erniedrigen. Die um Ebert und

Scheidemann haben sich nicht gescheut, den 1. Mai von der Nationalversammlung in Weimar als Nationalfeiertag erklären zu lassen, der dieses Jahr in der Hauptsache dem Protest gegen einen Gewaltfrieden dienen soll. Die mit Ach und Krach durchgedrückte Entscheidung ist die plumpe Parodie eines Beschlusses des Allgemeinen russischen Sowjetkongresses, der den 1. Mai zum Nationalfeiertag erhob. Gleichzeitig bedeutet sie eine Schändung, eine dreiste blutige Verhöhnung der Maikundgebung selbst.

In der Tat! In Rußland konnte das Proletariat den 1. Mai als Nationalfeiertag erklären, denn es hat siegreich den Kapitalismus niedergeschlagen. Die russische Arbeiterklasse demonstriert nicht mehr gegen die bürgerliche Ordnung, sie revolutioniert sie, sie schafft sie ab, sie diktiert ein neues Recht und eine neue Ordnung; das Recht und die Ordnung des Sozialismus. In der Geschichte ihres Befreiungskampfes aber war der 1. Mai fast alljährlich ein Kampftag großen Stils. Die Maifeier wurde in Rußland wie in Russisch-Polen durch Arbeitsruhe, durch Demonstrationen gewaltiger Arbeitermassen begangen, die von Jahr zu Jahr wuchsen und entschlossener ihren Kampfeswillen bekundeten, dem Zarismus und Kapitalismus für immer ein Ende zu machen. Wie den ruhmvollen Schlachten der Vergangenheit des russischen Proletariats, so leuchten seiner aufbauenden, schöpferischen Arbeit die Ideale des internationalen Sozialismus ziel- und richtunggweisend voran. Die Bolschewiki, die in Rußland die Arbeiter und die Revolution führen, haben diese Ideale nicht vergessen als der Weltkrieg am gefährlichsten tobte, ihr Handeln war und ist durchtränkt mit dem Bewußtsein internationaler proletarischer Solidarität und Brüderlichkeit.

In Deutschland dagegen ringt das Proletariat für den Sozialismus noch auf Tod und Leben mit den zähen, tückischen Gewalten der Konterrevolution. Diese Gewalten saugen Kraft aus dem Verrat der gemauserten Sozialdemokratie, die frühere Grundsätze und Losungen verratend, die kapitalistische Ausbeutungswirtschaft und deren Gesellschaftsordnung stützt und schützt. Auch den erhabenen, stolzen Maifeiergedanken will diese Sozialdemokratie aus einem Kämpfer für die Befreiung des Proletariats zu einem Diener seiner Knechtschaft erniedrigen. Welches denn muß der Sinn der Maikundgebung? Sie sollte die Ausgebeuteten der ganzen Welt zum unerbittlichen Kampfe gegen den ausbeutenden Kapitalismus rufen und sie als einheitliche, geschlossene Macht brüderlich handelnd vereinigen. Die Maikundgebung sollte Klassenkampftat sein. Die Mehrheitssozialdemokratie sinnt den Proletariern und Proletarierinnen Deutschlands an, das brudermörderische und selbstmörderische Werk des Weltkriegs fortzusetzen, sich aus der internationalen Gemeinschaft ihrer Brüder und Schwestern zu lösen und sich „burgfriedlich" national mit ihren Ausbeutern und Herren zusammenzuschließen, wenn es deren Interesse gebietet auch zu weiteren imperialistischen Schlächtereien. Denn darauf läuft in Wirklichkeit der Maifeierbeschluß der Nationalversammlung und der Mehrheitssozialdemokratie hinaus. Während die Reichsleitung vor den imperialistischen Regierungen der Ententestaaten demütig bittet und bettelt, soll ihnen das Proletariat Deutschlands mit seiner starken Faust drohen, soll es in eine neue sozialpatriotische Kriegsstimmung hineingehetzt werden.

„Um des endlichen Friedens Willen, dessen unser armes, schwer geprüftes, gemartertes Volk nicht länger entraten kann", so flehen die Leute von Ebert bis Noske und ihre Nachläufer. Daß ihnen die Worte Frieden und Volk nicht im Halse stecken bleiben! Waren es nicht der Vorstand, die Reichstagsfraktion, die Presse, kurz, die Führenden der Mehrheitssozialdemokratie, die bei Kriegsausbruch kampflos, schmählich ihrer heiligsten Aufgabe untreu wurden, sich mit höchster Kraft dem Brudermorden entgegenzustemmen? Waren es nicht diese Führenden, die umgekehrt das deutsche Proletariat auf die Schlachtfelder des eroberungssüchtigen Imperialismus riefen? Waren sie es nicht, die vierundvierzig Jahre Arm in Arm mit allen Regierungen Wilhelms II. durch das Stahlmeer des Weltkriegs gezogen sind, jeden Schwindel dieser Regierungen und der herrschenden Generale zur Täuschung der Volksmassen unterstützt, jede imperialistische Lüge als reinste Wahrheit, jeden Faustschlag ins Gesicht des Proletariats als Errungenschaft gefeiert haben?

Und sind es nicht die Ebert und Scheidemann mitsamt den regierenden Unter-Ebert und Unter-Scheidemann in den Einzelstaaten, die seit dem militärischen Zusammenbruch des deutschen Imperialismus fortfahren, das Blut und den Schatz des deutschen Volkes zu vergeuden? Die gegebenen Verhältnisse drängten zu einem Frieden von Proletariat zu Proletariat, von Volk zu Volk mit dem sozialistischen Sowjet-Rußland. Den kapitalistischen Klassen Deutschlands und ihren Stimmungen gehorsam, von der Furcht vor der Revolution, vor der Verwirklichung des Sozialismus gepeinigt, haben die Sozialpatrioten einen solchen Frieden ersetzt durch den weiteren Krieg im Osten. In der Ukraine zu Nutz und Frommen der Großgrundbesitzer und einer Clique wucherischer Händler und Bankiers; in den Ostseeländereien im Dienste von Junkern und Bourgeoisie, die allein nicht die revolutionären esthnischen, lettischen und livländischen Bauern und Arbeiter niederwetzeln konnten.

Der Krieg gegen den sogenannten „äußeren Feind" war aber letzten Endes stets gerichtet gegen den „inneren Feind", gegen das revolutionär vorwärtsgetriebene Proletariat Deutschlands, „gegen seine Hoffnung, seine Zukunft, seine Freiheit: den Sozialismus. Deshalb ist es nur logisch, daß die Kriegspolitik der Mehrheitssozialdemokratie den Gipfel der Schmach im Bürgerkrieg erklommen hat. Die Hügel Ermordeter und Gemeuchelter, die Noskes Weißgardisten in Berlin, Bremen, Halle, Düsseldorf und anderen Orten noch aufgetürmt haben, die Blutströme, die bayerische, preußische und württembergische Regierungstruppen jetzt zur Niederzwingung der Münchener Räterepublik vergießen, sie zeigen deutlichst, daß die innere und äußere Politik der Scheidemänner sich harmonisch zum Ring zusammenschließt im Kampfe für die Aufrechterhaltung des Kapitalismus, im Kampfe gegen den Sozialismus.

Es ist eine Dreistigkeit ohnegleichen, daß die Scheidemänner mit dem Schwindel und der Schändung des 1. Mai als Nationalfeiertag vor das deutsche Proletariat zu treten wagen, während die Erde vom Blut der Männer und Frauen dampft, die für den internationalen Sozialismus auf den Schanzen standen. Es ist Ehrenpflicht der breitesten Massen, diesen Schlag zu parieren. Sollten die Tausende, sollten die Luxemburg, Liebknecht, Jogiches und all die Ungenannten vergebens gefallen sein? Unzweideutig, stark, kühn muß es zum Ausdruck kommen: Hände weg von der Maikundgebung des Weltproletariats, ihr Schänder und Verräter des großen Maifeiergedankens! Der 1. Mai darf nicht sozialpatriotisch besudelt werden! Der erste Mai ist Kampfestag für den internationalen Sozialismus.

Frauenforderungen der Stunde.

Die Frauen haben in Deutschland ihre politische Gleichberechtigung erlangt. Recht besagt Pflicht. Die Proletarierinnen sind verpflichtet, ihre politische Gleichberechtigung voll zu nutzen. Durch den richtigen Gebrauch ihres Rechts müssen sie den Beweis erbringen, daß sie reif, mündig sind für den Besitz des Rechts. Der richtige Gebrauch der politischen Gleichberechtigung besteht aber für die Frauen der schaffenden, ausgebeuteten Volksmassen darin, mit voller Kraft für den Sozialismus zu kämpfen.

Begreift doch in sich das Ringen für durchgreifende Verbesserungen in der traurigen Lebenslage der proletarischen Frauen.

Wenn diese und die Übrigen nicht mehr bitterste Not leiden, wenn sie ein freundliches Heim bewohnen, wenn sie nicht das letzte Fünkchen ihrer Kraft für den Unternehmerprofit hergeben, an ihre Haushaltung setzen müssen: so wird gewiß mit alledem Ernst [illegible] nicht etwa stück- und schrittweise verwirklicht. Denn Sozialismus bedeutet weit mehr als Milderung der kapitalistischen Ausbeutung und der Not, des Elends. Sozialismus bedeutet vollständige Beseitigung der Ausbeutung und damit des Hungers, der Blöße, der Unwissenheit breitester Massen. Allein wenn die drückendsten Lasten den Frauen des werktätigen Volks genommen werden, so ist ihnen immerhin gesellschaftliche Zustände, die in der Richtung zum Sozialismus liegen. Und das Wichtigste: mit durchgreifenden Verbesserungen in der Lebenslage der Proletarier[illegible] gewinnen diese mehr Zeit und mehr Kraft, um für den Sozialismus zu arbeiten und zu kämpfen. Welches sind nun

solche Verbesserungen, deren sofortige Durchführung die Frauen fordern, für die sie ihre politische Gleichberechtigung gebrauchen müssen?

Die Frauen fordern umfassenden, wirksamen Schutz der Arbeiterinnen gegen die kapitalistische Ausbeutung, solange und wo der Kapitalismus noch herrscht. Der Eckstein dieses Schutzes muß die Regelung der Arbeitszeit sein, die Festlegung eines kurzen Normalarbeitstages. Das Verbot der Nacht- und Sonntagsarbeit, der Beschäftigung bei Arbeiten und in Betrieben, wo der mütterliche Organismus gefährdet und geschädigt wird, der freie Sonnabend-Nachmittag sind Selbstverständlichkeiten. **Besondere Vorschriften müssen das Wohl der Schwangeren und Wöchnerinnen, der stillenden Mütter wahren.** Die Bestimmungen des Arbeiterinnenschutzes sind bei sinngemäßer Ausgestaltung auszudehnen auf die weiblichen Angestellten im Handelsg werbe, in den öffentlichen und privaten Bureaus, im Verkehrsdienst, ebenso auf die Hausangestellten, die Dienenden und Arbeiterinnen in der Landwirtschaft. Ein zahlreicher Stab von Inspektionsbeamten, zweckentsprechend zusammengesetzt aus Fachleuten, Ärzten und Ärztinnen, Arbeitern und Arbeiterinnen bezw. Angestellten, hat die Durchführung des Schutzes der erwerbstätigen Frauen zu überwachen, gegen Mißstände einzuschreiten und Anregungen für nötige weitere Maßnahmen zu geben.

Die Frauen fordern für gleiche Leistung mit dem Manne gleichen Lohn. Nach ihrer Bezahlung zu urteilen, **gilt die Frau noch heute** in den Betrieben und Bureaus als **minderwertige Arbeitskraft.** Und das obgleich sie häufig genug **Gleiches leistet wie der Mann, ja bei manchen Verrichtungen und Arbeiten besseres als er.** Der kapitalistische Staat hat es bis **jetzt im allgemeinen abgelehnt,** die Löhne der „freien Arbeiter **und Arbeiterinnen" durch die Gesetzgebung zu regeln.** Aber eine **sozialistisch gerichtete Republik** darf diese Stellungnahme nicht festhalten, **sie ist verpflichtet,** dem Grundsatz Geltung zu verschaffen: **für gleiche Leistung gleicher Lohn.** Jedenfalls muß sie den Grundsatz bei Festlegung von Minimallöhnen in der Heimarbeit anwenden. Ferner ist es ihre Pflicht, als Musterarbeitgeber den privaten Unternehmern mit gutem Beispiel voranzugehen und dafür zu sorgen, daß alle weiblichen Angestellten und Arbeiterinnen in Gemeinde-, Staats- und Reichsbetrieben für gleiche Leistung gleichen Lohn mit den Männern empfangen. Das gesicherte Koalitionsrecht für alle weiblichen Berufstätigen in Stadt und Land hat die volle Machtentfaltung und Machtverdichtung der schaffenden Frauen zu erleichtern, ihren Interessen gemäß Arbeitsbedingungen und Lohn zu gestalten.

Die Frauen fordern gleiches Recht mit den Männern angesichts der hereingebrochenen und noch wachsenden Arbeitslosigkeit. Während des Krieges waren die Frauen auf allen Gebieten der Wirtschaft, des öffentlichen Lebens willkommene „Notzeiterinnen". Ohne ihre Leistungen wäre die Gesellschaft zusammengebrochen. Überschwenglich wurden sie gefeiert. Nun sind die Frauen die ersten, die als Opfer der Arbeitslosigkeit in Scharen auf die Straße gesetzt werden. Die Herren Unternehmer besinnen sich nicht mehr darauf, daß sie gerade aus der niedrig entlohnten Frauenarbeit Riesenprofite herausgeaesetzt haben. Wie viele Mütter sind unter den weiblichen Erwerbslosen! Mütter, die statt des gefallenen Mannes für die Kinder sorgen müssen. Gattinnen, ohne deren Erwerb bedauernswerte Kriegsbeschädigte nicht zu leben und erst recht nicht die Familie zu erhalten vermögen. Und hat nicht auch die alleinstehende, vermögenslose Frau ein Anrecht auf Brot und Obdach? Es darf nicht sein, daß weibliche Berufstätige ihrer Arbeitsplätze lediglich deswegen verlustig gehen, weil sie „nur Frauen" sind. Die Frauenarbeit darf nur dort ausgemerzt werden, wo sie nachweisbar den weiblichen Organismus schädigt und die Mutterschaft bedroht. Der Arbeitslosigkeit muß entgegengewirkt werden durch möglichst gleichmäßige Verteilung der Arbeitsgelegenheit, durch Notstandsarbeiten, durch gleiche Herabsetzung der Arbeitszeit für alle. Ohne Beeinträchtigung ihrer Rechte auf Freizügigkeit soll den arbeitslosen Frauen und Mädchen der gleiche volle Anspruch auf Unterstützung, auf soziale Fürsorge zustehen, wie den arbeitslosen Männern.

Die Frauen fordern ihr volles gleiches Recht auf soziale Fürsorge. Die schwarze Not muß von der Schwelle der Kranken und greisen weiblichen Erwerbstätigen gescheucht, die Leiden der arbeitsverunglückten Proletarierinnen, der Witwen und Waisen von Opfern müssen gelindert werden, die auf dem Schlachtfeld der Wirtschaft gefallen oder zu Krüppeln und Siechen geworden sind. Die Fürsorge der sozialen Versicherung ist auf die Angehörigen der Hand- und Kopfarbeitenden auszudehnen und bis zu einer höheren Einkommensgrenze zu gewähren. Ihre sinngemäße Ausgestaltung für die Landbevölkerung, für große Schichten des Mittelstands ist notwendig. Die Gesellschaft hat die menschenwürdige Existenz der Kriegerwitwen und Kriegerwaisen, der Kriegsbeschädigten sicherzustellen. Die Tage der Leiden, des Kummers dürfen für die Frauen des schaffenden Volks — mögen sie Berufstätige oder Gattinnen, Mütter, Töchter sein — nicht noch obendrein zu Tagen der Entbehrungen, bitteren Elends werden.

Die Frauen fordern die Linderung der täglichen schwersten Sorgen, die infolge des Mangels an Lebensbedarf, der Wucherpreise für Nahrung, Wäsche, Kleidung, Beleuchtung und Heizung die Hausmütter der breitesten Massen peinigen. Es tut sofort not die durchgreifende Erfassung und gerechte Verteilung aller Mittel des Lebensbedarfs, die Festsetzung erschwinglicher Preise des Lebensbedarfs und wo nötig, dessen Beschaffung durch öffentliche Einrichtungen und auf öffentliche Kosten. Zölle, Steuern, Abgaben aller Art dürfen nicht länger verteuern, was des Leibes Nahrung und Notdurft dient. **Wir verlangen außerdem die Erleichterung der Arbeitsbürde, unter der die Hausmütter seufzen.** Zu den entsprechenden Forderungen gehört eine Wohnungsreform, die nicht nur dem grenzenlosen Wohnungselend steuert, sondern auch dem Heim der schaffenden Massen die Errungenschaften der Neuzeit zugute kommen läßt, die bei der Wirtschaftsführung Zeit und Kraft sparen machen, die die Behaglichkeit erhöhen. Also Kalt- und Warmwasserleitung, Zentralheizung, Gas, elektrisches Licht usw. Das Reinigen der Treppen, das Straßenkehren muß Sache des Hausbesitzers sein. Wenn die Hausbesitzer nachweisen können, daß sie außerstande sind, ihre Wohnungen durchgreifend zu verbessern, muß die Gemeinde oder der Staat helfend eingreifen. Aus öffentlichen Mitteln sind gemeinsame Wasch- und Trockenhäuser zu erstellen, in Verbindung damit auch Mangel- und Bügelräume. Gemeinden und Genossenschaften sollen Zentralküchen und Speisehäuser errichten, in denen die berufstätigen Frauen billige und kräftige Kost finden und wenn möglich mit ihren Lieben zusammen verzehren können. Durch Reformen solcher Art würde die Familie als sittliche Einheit nicht etwa „aufgelöst", sondern gekräftigt. Die Hausmutter würde Zeit und Kraft gewinnen, sich zu bilden, an den Bestrebungen des Mannes, an dem Ringen und Kämpfen des Proletariats verständnisvollen Anteil zu nehmen und mit ihren Kindern zu leben und zu weben.

Die Frauen fordern umfassende, allseitige soziale Fürsorge für die Mutterschaft, für das Kind. Der Schutz der Mutter und ihre leibliche und seelische Vorbereitung für ihre Aufgaben als Trägerin und Erzieherin des nachwachsenden Geschlechts muß bei dem Schutz, der Bildung und Erziehung des jungen Mädchens beginnen. Es genügt nicht, daß die berufstätigen Frauen in den Wochen vor und nach ihrer Niederkunft vor gesundheitlichen Schädigungen durch die Arbeit bewahrt bleiben. Sie müssen Mittel und Möglichkeit erhalten, sich zu erholen, zu kräftigen, sich als Stillende und Pflegende dem Säugling zu widmen. Wöchnerinnen- und Säuglingsheime sind zu erstellen, die Hauspflege durch geschulte Schwestern ist zu organisieren. Was die Mutterschaft als Bürgerin und Erzieherin des Kindes wirkt muß ergänzt werden durch gesundheitliche Einrichtungen und Maßnahmen. Nicht etwa nur um die berufstätige Frau zu entlasten, nein weit mehr noch, um das Gedeihen, die Entwicklung des jungen Geschlechts zu fördern. Die Gesellschaft darf so wenig wie die Familie vom Erziehungswerk ausgeschaltet werden, wenn eine Jugend heranwachsen soll, gesund und stark an Leib und Seele, von charaktervoller Eigenart und doch in festem Solidaritätsbewußtsein mit der Allgemeinheit verbunden. Kinderhorte, Ferienheime, Ferienkolonien und ähnliche Anstalten sind zu errichten, die heutige Drillschule muß auf der Grundlage des

Anschauungs-, des Arbeitsunterrichts zur Erziehungswerkstätte werden, an die Werkstätten, Gartenanlagen usw. angegliedert sind. Entschließt sich die Gesellschaft zu Reformen dieser und ähnlicher Art, so öffnet sie gleichzeitig ein beglückendes Tätigkeitsfeld für viele Tausende von Frauen und Mädchen, die nach dem Ausleben ihrer Mütterlichkeit verlangen. Mit den vorstehenden Forderungen sind die Reformen nicht erschöpft, die das Wohl der schaffenden Frauen erhöhen sollen. Sie zeigen nur in großen Zügen, was not tut.

Die Sozialisten aller Länder kämpfen seit langem für all die einschlägigen Forderungen. Nun müssen auch breiteste Massen der politisch gleichberechtigten Frauen selbst den Kampf dafür mit aller Kraft aufnehmen. Sie müssen ihre politische Gleichberechtigung voll nutzen. Sie dürfen nicht wähnen, daß sie in dieser Hinsicht ihre Pflicht getan haben, wenn sie ihren Stimmzettel für die Frauen und Männer abgeben, von denen sie eine treue Vertretung ihrer Forderungen erhoffen. Die Frauen müssen vielmehr die Tätigkeit ihrer Vertreter und Vertreterinnen in den Parlamenten des Reichs, des Staats, der Gemeinden aufs genaueste kritisch verfolgen, sie müssen darüber wachen, wie diese Parlamente als Ganzes sich zu den Interessen und Forderungen des werktätigen Volkes stellen. Und gegen Entscheidungen, die diesen Interessen und Forderungen nicht gerecht werden, haben sie ihre eigene, zwingende Macht zu stellen. Die Frauen haben Macht, wenn sie wollen. Sie sind heute, nach den Todesopfern des verruchten Weltkriegs mehr als je die große Hälfte des Volks, und ihre Leistungen in Fabriken und Bureaus, auf den Feldern und im Handel und Verkehr sind für die Wirtschaft Deutschlands unentbehrlich.

Aufmerksame, kritische Prüfung der Dinge, die in den Parlamenten vorgehen, zerstört aber den Glauben, daß die Proletarierinnen ein Ende ihrer Nöte, ja auch nur großzügige Reformen von diesen Körperschaften zu erwarten hätten. Die Parlamente der bürgerlichen Gesellschaft sind Werkzeuge der bürgerlichen Klassenherrschaft. Und so lange diese fortbesteht, werden die Parlamente in erster Linie den Besitzenden dienen. Diese werden außerdem ihre große Macht außerhalb der Parlamente ausnutzen, um durchgreifende Reformen zu verhindern, die die Ketten der Ausbeutung für die breitesten Massen lockern. Wollen die proletarischen Frauen ihre Reformforderungen durchsetzen, so müssen sie dafür die Macht aufrufen, die bestimmt ist, den rücksichtslosen Kampf gegen die bürgerliche Gesellschaft, gegen die kapitalistische Ausbeutung zu führen. Das sind die Räte des schaffenden Volkes. Der revolutionäre Wille der proletarischen Massen muß sich als Organe Räte schaffen, die ohne Wanken und Schwanken entschlossen und kühn den Kampf gegen den Kapitalismus auf der ganzen Front aufnehmen. Nur solcher Kampf wird in Gemeinde, Staat und Reich die Frauenforderungen der Stunde zum Siege tragen. An den Frauen ist es, ihre politische Gleichberechtigung zu betätigen und ihre politische Reife zu erweisen! Es geschieht durch ihren Kampf für die Macht der Räte, es geschieht, indem sie mit den Räten zusammen gegen den Kapitalismus vorstürmen.

Notizenteil.

Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

Aus Holland. Wir haben glücklicherweise in Holland keinen Krieg gehabt, jedoch die unselige Mobilisierung hat uns einen Vorgeschmack davon gegeben. Darum haben wir den Nachklang der Revolution in Deutschland und Oesterreich stark empfunden. Die moderne Arbeiterbewegung unseres Landes war auf dem Posten und stellte sofort ihre Forderungen an die Regierung. Diese ihrerseits befürchtete, daß eine Revolution vorbereitet würde, und plante eine Gegenaktion. Zu Schrecken wurden die regierenden Herren Konservativen sehr liberal und versprachen allerlei Reformen, gegen die sie sich ihr ganzes Leben lang heftig gesträubt haben. Als sie beruhigt waren, daß keine Revolution ausbrechen würde, hüpften sie wieder zurück und ließen viele Versprechungen im Stich. Die holländische Sozialdemokratie wird heiß dafür kämpfen müssen, daß die versprochenen Reformen wahr werden.

Nur dem allgemeinen Frauenwahlrecht bleiben die Klerikalen recht freundlich gesinnt. Ein entsprechender Antrag der freisinnigen Partei wird wahrscheinlich schnell zur Behandlung kommen. Die Christlichen und besonders die Katholiken sind eifrigst damit beschäftigt, die Frauen aufzuklären, weil diese voraussichtlich bald zur Urne gehen werden. In unsern Reihen sieht man den Dingen sehr hoffnungsvoll entgegen. Die sozialdemokratische Partei und auch die Gewerkschaften haben seit November sehr viele neue Mitglieder gewonnen. Die Genossinnen sind sich bewußt, daß es jetzt von höchster Wichtigkeit ist, die Frauen der Arbeiterklasse der Partei zuzuführen und ihnen die klare, richtige Erkenntnis des internationalen Sozialismus zu vermitteln. Wir müssen fortsetzen, was wir begonnen haben. Den Wahlrechtskampf haben wir stets grundsätzlich geführt als den Kampf um ein Mittel, dem Sozialismus zu dienen. Jetzt bedauern es die Genossen, daß sie die Frauenagitation nicht immer genügend gefördert haben.

Überall sind jetzt die Genossinnen an der Arbeit, die Proletarierinnen zu erwecken und aufzuklären, und zwar geschieht diese Arbeit im Einvernehmen mit der lokalen Parteiorganisation. Zum Zwecke der Frauenagitation werden sehr viele Flugschriften und Broschüren verbreitet und Versammlungen abgehalten. Die Gemeinderatswahlen, bei denen unsere Genossinnen in den Vordergrund treten, werden sicherlich — so hoffen wir — gute Aufklärungsarbeit unter den Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen leisten. Bedauerlich ist es, daß die Sozialistinnen, die dem revolutionären Ausschuß angehören, nicht unserer Meinung sind. Sie brauchen große Worte und üben einen starken Einfluß auf die noch unaufgeklärten und ungeschulten Frauen des Proletariats aus. Es ist eine sehr leidenschaftliche, aber keine fruchtbare Agitation, die diese Sozialrevolutionärinnen treiben. Nach ihrer Meinung „verraten" wir jeden Tag die Arbeiter. Für das Frauenwahlrecht haben sie noch nie etwas geleistet. Hoffentlich bringen trotzdem die nächsten Monate einen besseren Erfolg, als im vorigen Jahre die Kammerwahlen. Unser heißer Wunsch ist, alle proletarischen Frauen möchten festgeschlossen zusammenstehen und zusammenkämpfen, damit der Sozialismus bald verwirklicht würde.

Carry Pothuis-Smit.

Die wachsende revolutionäre Stimmung des französischen Proletariats wird von einem Stamm französischer Genossinnen kräftig gefördert. Eine tapfere Vorkämpferin des internationalen Sozialismus schreibt uns aus Paris:

„Den erwachenden Proletariern und Proletarierinnen deucht es eine Kinderei, eine besondere Arbeitervertretung bei den allgemeinen Friedensverhandlungen zu haben, wie der Allgemeine Arbeiterbund es fordert. Der Gedanke erscheint ihnen reichlich verspätet, daß sie in dieser Stunde mit ihren wahren Feinden zusammenarbeiten sollten, nämlich mit den kapitalistischen Regierungen. Denken, daß man dabei etwas Nützliches für unsere Sache erwirken könne, das nenne ich eine Illusion. Und wenn es je eine gefährliche Illusion gegeben hat, so ist es diese. Sie läßt darauf hinaus, an die Schimäre „der heiligen Einheit", des „Burgfriedens" zu glauben, mit der man vier Jahre lang das Proletariat betört hat. Und während dieser Zeit haben die arbeiterfeindlichen Mächte gehandelt!

Sie, liebe Genossin, lesen unsere Zeitungen. Suchen Sie darin nicht den Ausdruck der wahren Stimmung der arbeitenden Massen. Diese ist weit revolutionärer als es nach der Presse scheint. Sie dürfen darin auch nicht bloß nach der Meinungsäußerung unserer sozialistischen Freundinnen von der Linken und Rechten suchen. Nein! Sie müssen in den Zeitungen auch den Ansichten und Absichten unserer natürlichen Feinde Beachtung schenken, denn sie sind und bleiben unsere Feinde für immer. Es ist gar kein Zweifel, daß sie sich rüsten, um das aufständig werdende Proletariat niederzuschlagen. Wir gehen großen Kämpfen und Gefahren entgegen, und den Gefahren sind natürlich die Genossen und Genossinnen am meisten ausgesetzt, die in den vordersten Schlachtreihen kämpfen. Diese stehen erbarmungslosen Feinden gegenüber, denen sie durch die Festigkeit eines großen Teils der Unseren ausgeliefert werden.

Sei's d'rum! Unsere entschiedenen Genossinnen fürchten den Kampf nicht. Sie haben das glorreiche Beispiel der russischen Revolution vor Augen und tun redlich das ihrige, damit es nicht bloß von den Männern, sondern auch von den Frauen des arbeitenden Volkes verstanden und befolgt wird. Wir sind eifrig an der Arbeit, damit alle einzelnen sozialistischen Frauengruppen sich möglichst noch in diesem Jahre zu einem Nationalverband zusammenschließen. Ein solcher wird die Aktionskraft der einzelnen Organisationen erhöhen. Unsere Hauptaufgabe erblicken wir aber zurzeit darin, den Prozeß des Erwachens und der Selbstbestimmung der Arbeiterklasse zu beschleunigen und zu fördern. Die vielen Streiks, die bald hier, bald da aufflammen, zeigen, daß der Prozeß in gutem Fortschreiten ist. Wir hoffen, daß die Niederlagen der revolutionären Berliner Arbeiterschaft im Januar und März nur vorübergehende sind. Sie haben gewiß viel dazu beigetragen, daß das deutsche Proletariat zu klarer Einsicht kommt und sich zum revolutionären Kampfe sammelt. Die Deutschen lernen im Feuer exerzieren. Der Sieg wird schließlich „Spartakus" bleiben. Wir Frauen kämpfen für die Verwirklichung unseres großen Ideals. Wir glauben an die ganze Revolution, an die Weltrevolution. Dieser Glaube leitet unser Wirken."

Aus der besten aller Welten.

Überfluß und Not zugleich, nebeneinander, sind Wesenszüge der kapitalistischen Wirtschaft. Wie könnte es anders sein? Beruht diese Wirtschaft doch auf der Ausbeutung der Vielen durch einige Wenige. Die ausgebeuteten Vielen können nicht kaufen, was Sie bedürfen. Sie müssen darben, auch wenn die Sachen vorhanden sind, die sie nötig hätten.

Dafür ein Beispiel, das gerade die proletarischen Frauen berührt. Wie schwer es jetzt ist, Wäsche und Kleidung zu beschaffen, weiß jede Arbeiterin, die gezwungen ist, entweder ihre alten Blusen und Kleider immer wieder zusammenzuflicken und zusammenzustücken, oder sich lange Monate hindurch buchstäblich die Bissen am Munde abzusparen, wenn sie sich etwas neues kaufen muß. Die Arbeiterfrau empfindet das erst recht. Sie muß die größte Nähkünstlerin und Erfinderin sein, um es fertig zu bringen, ihre Buben und Mädchen einigermaßen zweckmäßig und nett auszustaffieren. Es fehlt ja an Textilwaren, an Kleider- und Wäschekonfektion, und was in den Geschäften zu haben ist, das ist sündhaft teuer, so teuer, daß die Arbeitenden, Schaffenden kaum kaufen können. Neue Kleider kosten geradezu ein Vermögen und sind zu einem Vorrecht der Reichen und Sehrreichen egworden, zu einem unerschwinglichen Luxus für die breitesten Massen.

Wie steht es nun in Wirklichkeit mit den Beständen an Textilwaren aus? Im Nationaltheater in Weimar plauderte der Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums darüber das Folgende aus: Die Bestände der Heeresverwaltung an Textilwaren hätte man stark überschätzt. Sie seien sehr zusammengeschmolzen durch die Ansprüche von Entlassungsanzügen, Eingriffe unbenutzter Stellen, Diebstahl, Plünderung und andere Verluste. Die Herausgabe solcher Textilwaren müsse zurückstehen. Die Bestände seien zunächst zuzuführen der unmittelbaren Versorgung von Ämtern, Behörden, Kommunalverbänden, öffentlichen Betrieben usw. Die Reichstextil-Aktiengesellschaft habe jedoch dem freien Handel und Handwerk bis zum 15. März bereits für 75 Millionen Mark Textilwaren angeboten. Nur für 35 000 Mark wurden abgenommen. Die Verkaufspreise der Reichstextil-Aktiengesellschaft seien derart angesetzt, daß die durchschnittlichen Gestehungskosten wieder eingebracht werden müssen.

Also für 75 Millionen Textilwaren allein bei der Reichstextil-Aktiengesellschaft und nur für 35 000 Mark abgenommen! Das besagt zweierlei. Der freie Handel hat gerade noch genug Vorräte, die er zurückhält, um die Preise für Stoffe, Kleider, Wäsche usw. wucherisch steigern zu können. Die Habenichtse haben nicht das Geld, die Wucherpreise zu zahlen. Die zurückgehaltenen Bestände leeren sich nur langsam. Hunderttausende, nein Millionen Männer, Frauen, Kinder, die nicht wissen, wie sie ihre Blöße decken sollen, die in unzweckmäßige, häßliche Kleider, ja in Lumpen gehüllt sind. Für viele Millionen unverkaufter Stoffe vorhanden. Überfluß hier, Not und Mangel dort.

So sieht es die heutige „Ordnung", die die schlimmste Unordnung ist, die die Arbeitenden entbehren, die Müßiggänger schweigen läßt. Wie lange noch? Solange die Arbeitenden und Ausgebeuteten den wuchernden Kapitalismus dulden, weil sie ratlos ihre Macht nicht verstehen und willenlos ihre Macht nicht gebrauchen. Die vorhandenen Textilwarenbestände würden den Bedürfnissen der proletarischen Massen von dem Tage an mustergültig gemacht, wo das Proletariat die Macht erobert, seine Diktatur aufrichtet und die gesellschaftlichen Güter aus Spekulationsobjekten, aus Waren, die Profit bringen sollen, in Gegenstände umwandelt, die den Bedürfnissen aller dienen. Die Zeit für diese Machtergreifung ist reif, die Not der breitesten Massen fordert sie. An den Menschen, zu erkennen und zu handeln!

Feuilleton.

Ein Tag wird kommen.

Von Ludwig Pfau.

Ein Tag wird kommen, der wird euch verbittern
Die Henkersfeste und die Mordgedanken:
Da wird der Boden, wie des Schiffes Planken
Vom Meer geschlagen, rings um euch erzittern.

Ein Tag wird kommen, wo die Hallen splittern,
Wo unter euch die goldenen Gesimse wanken,
Und über euch die stolzen Giebel schwanken,
Wie Wipfel sturmgeschüttelt von Gewittern.

Ein Tag wird kommen, wo die Städte gären,
Und eure Kronen gehn in tausend Scherben,
Und euch die Sense fällt wie taube Ähren.

Dann wird mein Volk ein Vaterland erwerben,
Am Hauch der Freiheit trocknen seine Zähren —
O den Tag möcht' ich sehen und dann sterben!

Der zerklüftete Felsen.*)

Von Gerschuni.

Heller Sonnenschein breitet sich über die Erde. Die Luft ist still, nur hin und wieder erhebt sich leis ein zarter Windhauch. Das Meer bewegt sich leicht. Unser Boot gleitet still über die kleinen Wellen. In weiter Ferne ragt ein zerklüfteter Fels empor. Wir rudern ihm entgegen. Die Wellen prallen stark gegen die steinerne Mauer an und rollen dann frei und froh durch die tiefe Höhlung.

„Das Meer kennt keine Hindernisse", bemerkte mein Führer, ein alter, weitgereister Seemann.

Seit wann mag wohl dieser Felsblock so zerklüftet sein?" fragte ich und stellte mir unbewußt vor, wie groß die Gewalt des Wellengangs sein mußte, um dieses Felsgestein zu zerstümmern.

„Es ist wohl lange her", antwortete der Seemann nachdenklich. Dann wandte er sich plötzlich mir zu und fuhr fort: „Kennt Ihr denn die alte Seemannssage nicht von dem Kampf der Wellen mit den Felsmassen? Ich werde sie Euch erzählen ..."

* * *

*) Diese Skizze wurde in Rußland am Vorabend der Revolution von 1905 veröffentlicht, ohne den Namen des Verfassers. Man schrieb sie Maxim Gorki zu; später erst wurde bekannt, daß ihr Verfasser der Sozialrevolutionär Gerschuni war.

Frei wie der Adler in Himmelshöhen waren einst die Meereswellen. Zärtlich sang Mutter Sturm sie in den Schlummer, und wie ein heiteres Kind rollten sie schrankenlos dahin.

Doch gönnte ihnen ein finsterer Tyrann ihr Schicksal nicht. Ihnen die Freiheit zu rauben, hatte er beschlossen, nicht sollten sie fürder so stolz über des Meeres Tiefen dahinrauschen, zur hellen Sonne, zum blauen Himmelsgewölbe nicht frohlockend emporbrausen!

Gehorsame Diener wurden entsandt, sie hoben Felsen aus der Erde Schoß und schütteten Sand in die Tiefen hinab.

Es rauscht das Meer.

Fröhlich sehen es die Wellen mit an, wie die Felsen in die Tiefe hinabstürzen.

Und sie eilen und überstürzen sich und umspülen kosend die düsteren Felsen, die empor zu wachsen beginnen. „Wie schön sie sind", flüstern sie. „Aus der Erde Schoß kamen Gäste zu uns. Laßt fröhliche Lieder zu ihrer Begrüßung euch tönen! Nun erst wird das Meer in voller Schönheit prangen, nun werden Jubellieder dem Licht und der Freiheit lobsingen!" Und sie frohlocken, die jungen Wellen ...

Nur Mutter Sturm und Vater Orkan stürzen den Gästen heulend entgegen und schauen sie finster an. Es hänsen sich die Felsen, die hinab in das Meer fallen, und es entsteht eine dichte Mauer über der Oberfläche der Wasser.

Der Wellen Lauf wird gehindert — gar mächtig prallen sie von der Felsenmauer ab. Von Schrecken ergriffen, blicken sie schaudernd zum finsteren, hohen Gestein empor. Zum erstenmal werden die Wellen in ihrem freien Lauf gestört. Zaghaft und ängstlich drängen sie vor, zerschellen am Felsen ihre junge Brust und prallen stöhnend ab.

Kalt und unnahbar ist die Mauer.

Es erbebt das Meer ...

Angsterfüllt ringen die Wellen und zerbersten an der harten Felsenmauer.

Ein Wehruf durchdringt die Meeresstille. Traurig rauschen die Wellen ... „Verrat! Verrat!" rufen sie laut. „Die wir freundlich empfingen, rauben die Freiheit uns jetzt".

Still weinend klagt Mutter Sturm, und wehmutsend stürmt Vater Orkan zur düsteren Mauer.

„O Felsen, ihr dunklen Felsen, wie könnt ihr meine Kinder der Freiheit berauben? Wahrt nicht auch ihr einst frei und liebtet die Freiheit ihr nicht? Wie könnt ihr uns sie nun nehmen?"

„Nicht aus freiem Willen handeln wir!" erwiderten die düsteren Felsen.

„Uns ward zu hemmen befohlen ... so führten wir solchem es aus", fügten sie brummend hinzu und schauten zornig die Wellen an.

Es braust Mutter Sturm, es saust Vater Orkan klagend und jammernd dahin, und sie künden den Wellen die traurige Botschaft:

„Ihr armen Wellen, vorbei sind die goldenen Zeiten der Freiheit! Sklaven seid ihr nun geworden!"

Und sie eilen davon.

Es erstarrt das Meer.

Die alten, starken Wellen fließen in die Meeresfluten zurück.

Kein Sturm weckt sie mehr, kein Ruf erschallt ihnen vom Vater Orkan.

Traurig fließen die jungen Wellen dahin; kein Lied ertönt mehr, verstummt ist das munt're Lachen, trübe ist der Sonnenschein und grau und neblig der Himmel . . .

Aber nicht länger wollen die jungen Wellen die finstere Gefangenschaft ertragen. Mit vereinten Kräften bestürmen sie den Feind, doch nur selten empören sie sich wild. In langen Reihen stoßen sie dann gegen die steile Felsenwand . . . Unerschüttert steht die Mauer, nur ein wehklagendes Echo durchdringt die Luft, — es sind die Schmerzenslaute sterbender Kämpfer . . .

Es weint das Meer . . .
Es schwindet die Zeit,
Und Jahre verstreichen . . .

Groß ist die Zahl der Wellen, die ihre Brust am hohen Felsen zerschlagen. Düsterer und immer finsterer wird es umher . . .

Es wächst der Wellen Groll. „So kann es nicht länger bleiben! Auch unsere Stunde wird einst schlagen! Nur warten müssen wir! Und Kräfte sammeln!"

Und eine lange Zeit vergeht wieder . . .

Die jungen Wellen sind stark und kräftig geworden.

Nach allen Seiten fliegen Boten, um die Schlafenden zum Kampf gegen die Felsen zu wecken.

Zu den alten Wellen, die in den Meeresfluten ruhen, eilen die Boten zuerst.

„Nein", sagen die alten Wellen. „Kraft und Luft fehlen uns zum Kämpfen und Ringen. Wie auch könnten wir uns gegen die Felsen erheben, wie sie besiegen?" Da eilen sie weiter, den Wellen Boten, zur Mutter Sturm und zum Vater Orkan. Lange mußten sie nach ihnen suchen. Auf dem Meere waren sie nicht. In den Bergeshöhen hielten sie sich verborgen. „Grüß euch Gott, ihr Alten", riefen die Boten ihnen zu. „Flieht die engen Berge und kommt aufs offene Meer. Haucht den alten Wellen neues Leben und Freiheitssinn ein. Macht euch auf und führt die Wellenmassen gegen die starren Felsen. Wir fürchten den Tod nicht und schrecken nicht vor dem Kampf zurück, da es gilt, uns und den Brüdern die Freiheit wiederzugeben!"

Mutter Sturm hört ihr Herz laut schlagen, und feurig heiß erglüht das Blut des Vaters Orkan. Wehmutsvoll gedenken sie der alten, schönen Tage. Mit Blicken voll Liebe betrachten sie die jungen Boten, und es ertönt mit starker Stimme von den Bergeshöhen der Freudenruf weit über das grenzenlose Meer: „Wir kommen! Wir kommen! Die Freiheit zu erobern. Für die Freiheit zu kämpfen! Wacht auf, gewaltige Wellen, erhebt euch, der Knechtschaft Fesseln zu sprengen!"

Allmächtig stark ertönt der Ruf. Er weckt die Schlafenden, macht die Alten wieder jung, flößt allen Tapferkeit und Heldenmut ein . . .

Und die Wellen erheben sich, rauschend eilen sie dahin, von wo der Ruf mächtig erschallt.

Finster war die Nacht, bleischwer hingen die Wolken über dem Meer, als der erste Ruf erklang. Von Ost und West, von Nord und Süd strömen die Wellen herbei und sammeln sich in stolzen Reihen.

Heldenmut erfüllt die Herzen der Jungen, die als die ersten zum Kampfe eilen.

Ein Blitz durchzuckt die Luft; schnell braust der Orkan der Mutter Sturm zu Hilfe. Das Gewitter entlädt sich, der Orkan dröhnt. Hoch den Schild!

„Vorwärts, gewaltige Wellen! Tod oder Sieg!", rufen sie laut und bestürmen die düstere Felsmauer. Die Felsen erzittern. Schon nahen die stürmenden Wellen. Bald sind sie da. Mit der Brust prallen sie gewaltig gegen die Felsen, um verwundet zusammenzubrechen. Und die Felsen werden von ihrem Blut bespritzt. „Meine Kinder", ruft wehklagend Mutter Sturm. „Ihr fielt als die ersten, und unendlich viele werden euch folgen. Doch heute noch muß der Feind bezwungen werden!"

Aufbraust das ganze Meer . . . Immer neue Kämpfer rücken heran, die Gefallenen zu ersetzen . . . Wie opfermutig, wie stark sie sind! Wogend und brausend prallen sie an die furchtbare Mauer, sinken wieder zurück, erheben sich zu neuem Kampf und rufen im Tode ihre Brüder zu Hilfe.

Noch immer scheint der Felsen unbezwingbar. Doch dringen schon neue Massen vor, mit kühnem Mut und frischer Kraft. Furchtbar tobt der Kampf. Das Meer weicht von den Ufern zurück. Eng reiht sich Welle an Welle. Vom Brausen und Wogen erzittert die Luft. An der Seite der Jungen kämpfen die Alten, wie die Löwen so stark und gewaltig. Ihre weißen Haare flattern die Erde erbebt bei dem Anprall.

Der Morgen graut . . . Ein trüber, nebliger Morgen. Noch immer halten die Felsen stand, wild heult der Sturm, und die Wogen rollen mit zerschmetterter Brust hinab.

Vor Angst bebend strömen Menschen herbei. Mit Grauen blicken die Frecher auf den Opfertod so vieler prächtiger Wellen. Schmerzerfüllt preßt sich ihr Herz zusammen. Weinend stehen die Menschen zu Gott, das Ende des Kampfes herbeizuführen und Sieg den Wellen zu schenken. Selbst der Tyrann, der die Felsen ins Meer schickte, ist von Schrecken erfüllt. Sein hartes Herz erbebt beim Anblick der Qualen der in den Tod gehenden Wellen. Wie gern würde er jetzt die Felsen räumen und den Wellen die Freiheit schenken! Es ist zu spät . . . Die Wellen weinen und beten nicht mehr. Es sind ihrer zuviel gefallen, die Rache peitscht sie vorwärts.

Opferfroh rücken sie vor, immer mächtiger erschallt der Kriegsruf, der sie leitet. Kein Zweifel besteht, ihnen gehört der Sieg, oder das große Meer wird ihnen zum Grab.

Unaufhaltsam und finster rollen die Wellen weiter. Und plötzlich erheben die Felsen im heftigsten Ansturm . . . Die Wellen erstarren. Doch einen Augenblick nur; nach dem Rückprall stürmen sie von neuem in rasender Wut vor . . . Eine furchtbare Verwirrung entsteht. Ein Wogen und Brausen erfüllt die Luft, es scheint, als flössen Himmel und Meer ineinander. Die Felsen zerschellen. Im letzten Ansturm geben sie nach und stürzen in die Fluten hinab, ins Grab der gefallenen Wellen. „Fort, schmachvolle Leichen!" schreit das Meer den einstürzenden Felsen nach. „Hier sind die Gräber der Freiheitskämpfer, die Gräber der jungen Wellen!" Weit öffnet sich der Meeresschlund und verschlingt fluchend die finsteren Felsen.

„Was haben wir eigentlich verschuldet! Den Wellen ist Ruhm zuteil geworden, uns Schmach und Schande."

Es frohlockt das Meer. Bezwungen ist des Feindes gewaltige Macht. Und fröhlich fließen die Wellen dahin und preisen die gefallenen Kämpfer, die ihnen die Freiheit eroberten.

„Heil den Gefallenen — den Lebenden die Freiheit!"

* * *

Wie verzaubert hörte ich der wunderbaren Volkslegende zu. Ganz verzückt blickte ich auf die von Kraft und Mut strotzenden Wellen. Tiefblauer Himmel breitet sich über mir aus, vor mir liegt endlos das weite, vom goldenen Licht der Maisonne überflutete Meer. Und von der Ferne dringt zu mir das bunte Treiben des Stadtlebens, Laute der gesättigten Befriedigung, das Sausen der Knuten, das Rasseln der Ketten und jammerndes Stöhnen und Klagen.

. . . Eine Ahnung stieg in mir auf, daß in weiter Ferne ein Gewitter tobte . . .

. . . O Menschen! Armselige, elende Menschen! Die zerklüfteten Felsen reden! Die Wellen mahnen!

Zur Kenntnisnahme.

Zu unserem großen Bedauern konnte Nr. 1 der „Kommunistin" nicht pünktlich herauskommen. Ursache des verspäteten Erscheinens sind die Maßregeln, die von der zurzeit herrschenden Gegenrevolution über unsere Druckerei verhängt worden sind. Wir hoffen, daß die nächsten Nummern rechtzeitig verschickt werden können. Trotz alledem und alledem! Genossinnen, Genossen, gerade im Hinblick auf die großen Schwierigkeiten, mit denen die „Kommunistin" zu kämpfen hat, ist es nötig, daß ihr eifrigst für die Verbreitung eures Frauenorgans wirkt.

Inhalt: Was wir wollen. — Im Zeichen der Weltrevolution. — Manifest der Kommunistischen Internationale I. — Eine Schändung. — Frauenforderungen der Stunde. — Notizenteil: Sozialistische Frauenbewegung im Ausland: Aus Holland; Die wachsende revolutionäre Stimmung des französischen Proletariats. — Aus der besten aller Welten: Überfluß und Not. — Feuilleton: Ein Tag wird kommen. — Der zerklüftete Felsen. — Zur Kenntnisnahme.

Nummer 2 Preis 15 Pfg.

Die Kommunistin

Frauenorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Herausgegeben von Klara Zetkin

Die Kommunistin erscheint am 1., 11. und 21. eines jeden Monats. Preis der Einzelnummer 15 Pfennig, durch die Post bezogen vierteljährlich 1.25 Mark (ohne Bestellgeld)

Stuttgart, 11. Mai 1919

Zuschriften für die Redaktion an Klara Zetkin, Wilhelmshöhe, Post Degerloch b. Stuttgart. — Zuschriften für den Verlag an Anna Siegmaier, Stuttgart, Ostendstr. 70.

Die Friedensmacht.

Der militärische Zusammenbruch des kriegsbegeisterten, eroberungsgierigen Imperialismus der Zentralstaaten hat den Waffenstillstand gebracht, nicht den Frieden. Endlich, endlich steht auch dieser in Aussicht. Vertretern der deutschen Regierung sind die Friedensbedingungen der Ententeregierungen ausgehändigt worden. In Versailles, das die prunkvolle Welt des Selbstherrschertums eines Ludwig XIV. gesehen; die Demütigung des Gottesgnadentums Ludwig XVI. durch das revolutionäre Volk von Paris; die Unterzeichnung des Frankreich demütigenden Friedens von 1871; die Proklamation des deutschen Kaiserreiches; die Noskes Blutregime vorbildende Organisierung der berüchtigten Thierschen „Ordnungsbanditen", zur Niederwerfung der Pariser Kommune.

Es ist ein Gewaltfriede, der in den vorgelegten Bedingungen dem Deutschen Reiche diktiert werden soll. Ein harter, ein grausamer Gewaltfriede, der jene bitter enttäuschen muß, die mit Ebert wie mit Kautsky und Haase auf Wilsons 14 Punkte und seinen Völkerbund geschworen haben. Er begnügt sich nicht mit dem, womit man unter den gegebenen Umständen als mit dem Selbstverständlichen rechnen mußte: Deutschlands Militärmacht zu Lande, zu Wasser und in der Luft zu vernichten, Elsaß-Lothringen an Frankreich zurückzugeben, die frevelhafte Zerstörung in Belgien und Nordfrankreich zu sühnen. Er führt Schläge von zermalmender Wucht gegen die deutsche Wirtschaft und ihre Entwicklungsmöglichkeiten in der Zukunft, er legt dem nationalen Selbstbestimmungsrecht drückende Fesseln an und bürdet dem Volk eine schier unerschwingliche Riesenlast auf. Die Einzelheiten der Friedensbedingungen sind den Leserinnen aus der Tagespresse bekannt. Sie alle atmen den Geist rücksichtslosen, imperialistischen Siegeswillens. Dieser Friede ist die naturwüchsige Folge des entsetzlichen Krieges, der dies Werk des internationalen Imperialismus ist, für dessen Ausbruch, Dauer und Führungsart Deutschland aber in erster Linie die Schuld trägt.

Haben die bürgerlichen Politiker und Zeitungsschreiber Deutschlands nebst ihren mehrheitssozialdemokratischen Geschwistern wirklich ein Recht, über den drohenden Schwertfrieden erstaunt und empört zu sein? Wir antworten: nein! Er ist die furchtbare Frucht ihrer furchtbaren, ihrer verbrecherischen Politik. Können sie Tatsachen aus der Geschichte streichen, die mit Trümmer- und Leichenbergen, mit Blut- und Tränenströmen dort verzeichnet stehen?

Deutschland war das Mutter- und Musterland des imperialistischen Militarismus, der mit seinem Weltrüsten schon vor dem Weltkrieg als Fluch auf den Völkern lastete. An seiner Haltung scheiterten auf den Haager Konferenzen die Ansätze zur Abrüstung, zur Einsetzung eines internationalen Schiedsgerichts, zum Verbot der Verwendung von Luftfahrzeugen im Kriege. Deutschland hat das verhängnisvolle Ultimatum Österreichs an Serbien nicht blos geduldet, sondern heraufbeschworen. Es begründete die Kriegserklärung an Frankreich mit Schwindelnachrichten und verletzte das Völkerrecht durch den skrupellosen Neutralitätsbruch gegenüber Belgien und Luxemburg.

Deutschland wies brüsk den Friedensfühler zurück, der im Frühjahr 1915 durch die Vermittlung des Holländers Dresselhuys von England her ausgestreckt wurde. Es beantwortete 1916 Wilsons Vermittlungsversuch zu einem Frieden damit, daß es Mexiko ein paar Provinzen der Vereinigten Staaten versprach und den Unterseebootkrieg verschärfte. Es wollte nichts wissen von dem ernst zu nehmenden Friedensversuch, der noch im Winter 1917 durch die Vermittlung von Wilsons Freunden in der Schweiz möglich gewesen wäre, weil es durch die vorbereitete Frühjahrsoffensive einen vernichtenden Sieg über seine Gegner im Westen erstrebte. Seine Bereitschaft zu Waffenstillstand und Kriegsschluß ist nicht aus dem ernsten, aufrichtigen Willen zu einem Versöhnungsfrieden geboren worden, sondern aus dem vollständigen militärischen Zusammenbruch auf den Schlachtfeldern des Westens.

Deutschland hat sich eines systematisch betriebenen Bruchs des Völkerrechts schuldig gemacht, indem es durch seine Unterseeboote Handels- und Passagierdampfer ohne Warnung versenken ließ. Es ist vorangegangen mit den militärisch sinnlosen Luftangriffen auf offene Städte, mit der Verwendung von Flammenwerfern und giftigen Gasen. Seine Heere haben auf Befehl das fruchtbare, hoch kultivierte Sommegelände in eine Wüstenei verwandelt, in der jeder Brunnen gesprengt und verschüttet, jeder Obstbaum geknickt worden ist. Deutschland ließ in Belgien und Nordfrankreich die Industriebetriebe planmäßig zerstören, die Bevölkerung ausplündern und in Deportationslager wegführen. Kriegsgefangene irischer und anderer Nationalität suchte es zum Hochverrat gegen ihr Land zu dingen. Es benutzte die Unverletzlichkeit des diplomatischen Verkehrs dazu, die scheußlichsten Verbrechen vorzubereiten, indem es über Norwegen, Schweden, die Schweiz Milzbrandbazillen und Explosivstoffe in die gegnerischen Staaten einführen ließ. Seine Vertreter in Amerika mißbrauchten ihre Stellungen, um durch Bestechung und Gewaltmaßregeln die deutsche Kriegsmacht zu stärken.

Die Lepordliste der deutschen Kriegspolitik läßt die Atmosphäre des Hasses und Mißtrauens verstehen, aus der der Ententeimperialismus Kraft und Vorwände gewinnt, seine Weltmachtgelüste in einem erbarmungslosen Siegfrieden durchzusetzen zu wollen. Sie zeigt, was notwendig gewesen wäre, um den übermütigen Gegner politisch, moralisch zu entwaffnen. Ein grundsätzlicher, ein vollständiger Bruch mit der seitherigen Kriegspolitik des Deutschen Reichs, mit der Kriegspolitik des bürgerlichen Ausbeutungsstaats überhaupt. Denn nur eine grundsätzlich gewandelte Politik hätte dazu beigetragen, in den Ententestaaten die proletarischen Massen zu wecken und aus der Gefolgschaft des Imperialismus zu lösen.

Als gehorsame Dienerin der kapitalistischen Ordnung ist die Regierung Ebert-Scheidemann vor dem Bruch mit der kapitalistischen Kriegspolitik des alten Regimes zurückgeschreckt. Mehr noch: sie hat seine Sünden zu beschönigen, zu rechtfertigen gesucht. Sie hat das allen Tatsachen ins Gesicht schlagende

Märchen weiter kolportieren lassen von der Einkreisung des sanftmütigen Lammes durch wilde Bestien, von dem Deutschland aufgezwungenen Verteidigungskrieg, der alle Barbareien und Infamien entschuldigen sollte. Sie scheut nicht vor der Verlogenheit zurück, den Versailler Friedensbedingungen als leuchtendes Beispiel des Verständigungswillens das sogenannte Friedensangebot Deutschlands vom 12. Dezember 1916 mit seinen unverbindlichen Redensarten entgegenzustellen. Jenes Friedensangebot, das keine deutsche Regierung dazu bestimmt hat, sich klar, eindeutig über das Belgien zugedachte Schicksal zu äußern, und das den berühmten Grundsatz vom „Faustpfand" und den „realen Garantien" unangetastet ließ. Jenes Friedensangebot, das in die Praxis umgesetzt sich bald darauf als der blutige Schwert- und Zwangsfriede von Brest-Litowsk und Bukarest entpuppte, das Vorbild des von der Entente formulierten Vertrags.

Die Regierung Ebert-Scheidemann hat weder den Mut noch den Willen gehabt, das wichtigste und wirksamste Mittel zu ergreifen, um ein rasches und gutes Kriegsende herbeizuführen. Nämlich die kapitalistische Kriegspolitik der Ententeimperialisten durch eine grundsätzliche sozialistische Friedenspolitik des revolutionären Proletariats zu überwinden. Statt eines Freundschaftsbündnisses mit dem sozialistischen Sowjet-Rußland und später mit dem revolutionären Ungarn der kaum verhüllte Krieg im Osten, die aufdringlichen Anerbieten an die Entente, die Rolle des Weltbüttels gegen den Bolschewismus zu übernehmen. Die Auslandspolitik nicht darauf gerichtet, die Einsicht, die Solidarität, den Willen des internationalen Proletariats zu wecken und zu revolutionärer Tat zu steigern. Ihr Ziel vielmehr das deutsche Proletariat durch den Glauben an Wilsons 14 Programmpunkte und seinen Völkerbund zu entmannen, durch das Vertrauen in die Kniffe der alten bürgerlich-absolutistischen Geheimdiplomatie eines Brockdorff-Rantzau einzulullen.

Freilich! Woher sollte die Regierung Ebert-Scheidemann die Kühnheit zu einer revolutionären Friedenspolitik durch die Arbeiterklasse kommen? Ist sie doch in Deutschland selbst die Trägerin einer kapitalistischen, bürgerlichen Kriegspolitik gegen das Proletariat. Voraussetzung einer erfolgreichen sozialistischen Friedenspolitik wäre gewesen die politische Revolution des November weiterzutreiben zur wirtschaftlichen, zur sozialen Revolution, wäre gewesen, alle revolutionären Kräfte in den werktätigen Massen zu entfesseln. Die Regierung Ebert-Scheidemann will dagegen durch ihre Noskegardisten die Revolution erschlagen lassen. Sie trachtet darnach, das Proletariat als Objekt der kapitalistischen Ausbeutung zu erhalten, indem sie es hinter den vergoldeten Gitterstäben der bürgerlichen Scheindemokratie mit Reformbettelsuppen füttert.

Nicht als Vertreterin eines revolutionären und revolutionierten Deutschlands setzt sie sich an den Verhandlungstisch. Sie kommt triefend vom Blut der Erschlagenen in München, Berlin, Bremen, Düsseldorf, kommt als die Sachwalterin des kapitalistischen Deutschlands, als Verkörperung einer ausgeprägt bürgerlichen Klassenpolitik. Die Sünden ihrer Politik werden Deutschlands Verhängnis. Die Entente-Regierungen erblicken mit Recht nur ihresgleichen in ihr, Imperialisten hüben und drüben, und sie ziehen daraus die Konsequenzen, die zu der Rechnung des siegreichen Imperialismus stimmen.

Meint die Regierung des Bürgerkrieges im Innern und der Weltbüttelsdienste an der Ostgrenze wirklich, von den Ententeimperialisten dadurch gut Wetter zu erlangen, daß sie nach rechts noch immer Eidschwüre des Glaubens an die Unverletzlichkeit der Wilsonschen Grundsätze herbetet, während sie nach links mit der Nachäffung der Brest-Litowsker „Geste" droht? Wie haben die bürgerlichen Politiker jeder Schattierung und ihre mehrheitssozialdemokratischen Gesinnungsbrüder seinerzeit die „Agitationsreden" Trotzkis und seine „Geste" verlacht, verhöhnt, beschimpft. Jetzt erwägen diese Herrschaften mit Bußtagsmienen, ob für sie die Nachahmung dieser „Geste" nicht der politischen Weisheit letzter Schluß sei, und an Erkenntnis und Willen „auf der Höhe der Situation" zählen sie an den Knöpfen ihrer Weste ab: unterzeichnen oder nicht unterzeichnen.

Eine Schamlosigkeit ohnegleichen ist es, wenn die Führer der Mehrheitssozialdemokratie zur Unterstützung der Regierung von Kapitalisten und Weißgardisten Gnaden sich in einem Aufruf an das internationale Proletariat wenden. Sie haben das Recht zu solchem Tun verwirkt und bestätigen das selbst, indem sie den Aufruf dazu mißbrauchen, den Ausgang des Krieges zum Rechtfertigungsgrund ihres Verrats an den Grundsätzen des Sozialismus umzufälschen. Was eine Folge auch ihrer Kriegspolitik ist, soll deren Ursache und treibende Kraft sein.

Die mehrheitssozialdemokratischen Führer können mit ihrer Tatsachenfälscherei nicht vergessen machen, daß sie viereinhalb Jahre mit allen Regierungen Wilhelm II. durch das Blutmeer des Weltkriegs gegangen sind. Daß die erschütternden Rufe des russischen Proletariats, der russischen Sozialisten am Vorabend des Brest-Litowsker Gewaltfriedens kein Echo bei ihnen erweckten. Daß die mehrheitssozialdemokratischen Führer entschieden gegen die Massenstreiks standen, durch die die revolutionäre Vorhut des deutschen Proletariats ihre Sympathie mit den russischen Brüdern bekundete. Daß sie im Reichstag nicht einmal den armseligen Rest internationalen Solidaritätsbewußtseins aufbrachten, um gegen die Brest-Litowsker Gewalttat zu stimmen. Die Führer der Mehrheitssozialdemokratie tragen die volle Mitverantwortlichkeit für die Niedermetzelei tausender deutscher Proletarier, die sich kämpfend gegen den Kapitalismus erhoben. Sie können das Kainszeichen nicht auslöschen, das der Brudermord im Weltkrieg und im Bürgerkrieg auf ihre Stirn geprägt.

Die Regierung der Scheidemänner fordert das deutsche Volk auf, sich einmütig, ohne Unterschied der Partei hinter sie zu stellen, zu Schutz und Trutz gegen den westlichen Imperialismus. Dies in dem nämlichen Augenblick, da ihrer Heimats- und Auslandspolitik München und Versailles das Menetekel schreiben! Die Situation ist klar. In ihr darf es für das werktätige Volk Deutschlands keine Selbsttäuschung, kein Schwanken und Wanken geben.

Es lehnt mit aller Kraft und Entschiedenheit den Versailler Gewaltfrieden ab, wie seine überzeugungstreuen Vorkämpfer den Brest-Litowsker Schwertfrieden zurückgewiesen haben. Es will nicht zu der Ausbeutung und Knechtschaft durch die deutsche Bourgeoisie die Ausbeutung und Knechtschaft durch die Ententeimperalisten tragen. Es darf nicht durch den Triumph der Ententeimperalisten über Deutschland deren Macht über die Proletarier der Ententestaaten stärken und damit der Revolution dort entgegenwirken. Aber das werktätige Volk lehnt mit der gleichen Kraft und Entschiedenheit ab, sich in einen neuen Kriegstaumel hetzen zu lassen. Es verteidigt und schützt Deutschland, indem es die Revolution verteidigt und schützt. Darum schart es sich nicht um die Regierung der Scheidemänner, sondern es bleibt des breiten Blutstroms eingedenk, der es von ihr trennt, es stellt sich endlich zum einmütigen Kampfe gegen sie.

Mag diese Regierung das Versailler Dokument der Schande, des Bankrotts ihrer Politik unterzeichnen oder nicht unterzeichnen. Das revolutionäre Proletariat wird durch die Entscheidung der Regierung nicht gebunden, auch wenn die Nationalversammlung dahinter tritt. Die Ebert-Scheidemann, Erzberger und tutti quanti sind nicht die Beauftragten, die Vertrauensmänner des revolutionären Proletariats; die Nationalversammlung ist nicht seine Interessenvertretung. Regierung und Nationalversammlung sind Schützer der kapitalistischen Ausbeutungsordnung, die vom Proletariat gestürzt werden muß. Es gibt nur einen Weg, der das werktätige Volk Deutschlands aus dem Abgrund des grenzenlosen Elends emporführt, in den es der Weltkrieg hinabgestoßen hat. Weitertreiben der Revolution! Durch zum Sozialismus!

Weitertreiben der Revolution! Durch zum Sozialismus! Das besagt: Kampf gegen die Regierung der Scheidemänner, fort mit dieser Regierung! Kampf für die Diktatur des Proletariats, für den Sozialismus! Das besagt: Kampf Schulter an Schulter mit dem sozialistischen Sowjet-Rußland, mit dem sozialistischen Proletariat aller Länder, Weltrevolution! Die in Deutschland für die soziale Revolution ringen und

bluten, haben das Recht, die Proletarier aller Länder aufzurufen, wider ihre Ausbeuter und Herren kämpfend aufzustehen. Indem sich die Arbeiter der ganzen Welt die Magna Charta ihrer Befreiung vom Joche des Kapitals schreiben, zerreißen sie den Versailler Vertrag in tausend Fetzen. Dieser Vertrag darf nicht Gesetz werden. Vor den Toren von Versailles mehren sich die Anzeichen, daß Frankreichs Proletariat zu erwachen und sich auf seine glorreiche geschichtliche Tradition als Kämpfer für die Revolution zu besinnen beginnt. Das revolutionäre deutsche Proletariat, das revolutionierte Deutschland muß ihm die Bahn zeigen. Die Revolution ist die einzig sichere, starke, zwingende Friedensmacht.

München.

Das Schicksal der sozialistischen Räterepublik München hat sich erfüllt. Ein einsam emporragendes kleines Eiland revolutionären proletarischen Klassenwillens ist sie von der hochbrausenden gegenrevolutionären Meeresflut verschlungen worden, jenen Inselchen im Mittelmeer gleich, die bei Vulkanausbrüchen von elementaren Kräften an die Oberfläche der Gewässer gehoben werden, um in ihnen nach kurzem wieder zu verschwinden. Noch waren die wirkenden feurigen sozialen Mächte nicht riesig genug, ein ganzes großes Neuland emporzutragen, ein sozialistisches Räte-Deutschland, das dem Wellenanprall der kapitalistischen Gegenrevolution zu trotzen vermocht hätte.

Um das sozialistische München schloß sich der eherne Ring der württembergischen, bayerischen und preußischen Weißgardisten. Der Aushungerung folgte das Blutbad. Der Räterepublik waren nicht einmal die wenigen Wochen der Pariser Kommune gegönnt, arbeitend ihr Daseinsrecht, ihre Bedeutung zu erweisen. Sie mußte von ihrem ersten Lebenstag an ihre Kräfte zur Verteidigung gegen die erdrückende militärische Übermacht zusammenballen. Die Nutznießer und Schützer der bürgerlichen Ordnung empfanden ihre Solidarität allgemeiner, zwingender, wie die proletarischen Massen, die Todfeinde jener Ordnung sein müßten. Sie fanden sich zum blutigen Vernichtungswerk zusammen, von dem Klassenwillen der Besitzenden gestachelt, in dem Räte-München von heute das Räte-Deutschland von morgen tötlich zu treffen.

Die revolutionären Münchener Proletarier mußten in dem ungleichen Ringen unterliegen. Es bleibt ihr unsterblicher Ruhm, für ihre Befreiung heldenmütig gekämpft, für die sozialistische Räterepublik ihr alles, ihr Leben eingesetzt zu haben. Ihre erhebende Kraft in diesen schwarzen Tagen bleibt das stolze Bewußtsein, daß ihr Blut nicht vergeblich geflossen ist. Es wird furchtbar werden in der größeren Klarheit, in dem gesteigerten Kampfeswillen, in der höheren Einheitlichkeit und Geschlossenheit der proletarischen Massen ganz Deutschlands. Was in Wirklichkeit in München auf der Strecke geblieben ist, das ist anderes als die sozialistische Räterepublik. Es ist die dem deutschen Proletariat von den Scheidemännern aufgeschwätzte Illusion, daß die blaue Republik der bürgerlichen Scheindemokratie den Proletariern genugen, das Ziel ihrer Revolution [illegible] Sinne. Wie schon in den Junitagen 1848 zu Paris, so ist auf den Hügeln erschlagener Proletarierleiber in München diese Republik „in ihrer reinen Gestalt" erschienen. Nämlich — um mit Marx zu reden — „als der Staat, dessen eingestandener Zweck ist, die Herrschaft des Kapitals, die Sklaverei der Arbeit zu verewigen". Der in München herrschende Terror bestätigt es. Die Bürgerlichen nennen ihn „Ordnung"! Ihre Ordnung!

Die Münchener Kommunisten sind kritisch wägend zur Seite gestanden, als die Räterepublik das künstliche Geschöpf führender Persönlichkeiten verschiedenster politischer Richtung war. Sie haben irgend Führung und Verantwortlichkeit übernommen, als die Räterepublik zum Willensausdruck, zum Werk breiter proletarischer Massen wurde. Ihre Einsicht konnte sich kaum über die außerordentliche Ungunst der Umstände täuschen lassen, unter denen die Münchener Räterepublik ins Leben trat. Sie kannten die wirtschaftliche Struktur Bayerns und das ihr entsprechende soziale Gerichtetsein der Bevölkerung. Sie mußten damit rechnen, daß die Unreife und Zersplitterung des revolutionären Kampfeswillens der Arbeiterklasse in ganz Deutschland München isoliert lassen würde.

Hofften unsere Genossen trotz allem, daß die ungestüme Kühnheit der Münchener Proletarier ihren Brüdern im ganzen Reiche für Aufrichtung der Räterepublik fortreißend, wegweisend vorangehen könne, wie sie es für die Ausrufung der bürgerlichen Republik getan? Noch wissen wir nicht, welche Gründe sie bestimmt haben, entgegen den grundsätzlichen und taktischen Richtlinien der Kommunistischen Partei zu handeln. Denn nach diesen Richtlinien ist eine Aktion an die Reife der geschichtlichen Umstände gebunden, muß eine Zersplitterung und Schwächung der Kräfte durch vorzeitiges Vorstürmen vermieden werden. Sie mußten festgehalten werden, auch wenn proletarische Massen leidenschaftlich vorwärtsdrängen.

Doch zurück zu der revolutionären Bewegung in München, die uns als Aktion der proletarischen Massen bedeutsam erscheint. Bedeutsam in ihrem Ziel, als gewaltigste Willenskundgebung, zu der deutsche Proletarier sich bis nun für die Räterepublik, für den Sozialismus erhoben haben. Bedeutsam in ihrem Verlauf als Beweis für den Opfermut, die Heldenkühnheit, womit deutsche Proletarier für ihre Befreiung zu kämpfen und zu sterben wissen. Bedeutsam als ein lehrreicher Anschauungsunterricht, daß die Zeit vereinzelter Aktionen des deutschen Proletariats vorüber sein muß, daß es Einheitlichkeit und Geschlossenheit seines revolutionären Handelns gilt. Gewiß nicht in dem Sinn, daß solches Handeln auf Tag und Stunde von oben her anbefohlen wird. Nein. Einheitlichkeit und Geschlossenheit des Handelns, geboren aus dem gleichen Bereitsein zur Tat, geboren aus dem Bewußtsein proletarischer Solidarität und Pflicht.

München hat dieses Bereitsein und Bewußtsein beträchtlich gefördert. Es hat die zwei Nationen scharf hervortreten lassen, die ungeachtet allen burgfriedlichen, harmonieseligen Geschwafels mehrheitssozialdemokratischer Führer auch in der deutschen Bourgeoisierepublik wohnen und einander erbittert bekämpfen. Ein starker Strom weckenden revolutionären Lebens geht vom Kampf um die erwürgte Räterepublik aus. Daher nach dem wilden Morden der Noskegarden, nach der blutigen Rache der geldsackgeängsteten Bourgeoisie die Verleumdungen der bürgerlichen Presse. Ändern wir die Namen der Monate und Personen, so trifft für die Münchener Ereignisse zu, was Marx 1848 über die Pariser Junitage schrieb;

„Die Februarrevolution war die schöne Revolution, die Revolution der allgemeinen Sympathie, weil die Gegensätze, die in ihr gegen das Königtum zum Ausdruck kamen, unentwickelt, einträchtig nebeneinander schlummerten, weil der soziale Kampf, der ihren Hintergrund bildete, nur eine luftige Existenz gewonnen hatte, die Existenz der Phrase, des Worts. Die Junirevolution ist die häßliche Revolution, die abstoßende Revolution, weil an die Stelle der Phrase die Sache getreten ist, weil die Republik das Haupt des Ungeheuers selbst entblößte, indem sie ihm die schirmende und versteckende Krone abschlug. Ordnung! war der Schlachtruf Guizots. Ordnung! schrie Sebastiani, der Guizotin, als Warschau russisch wurde. Ordnung! schreit Cavaignac, das brutale Echo der französischen Nationalversammlung und der republikanischen Bourgeoisie. Ordnung! donnerten seine Kartätschen, als sie den Leib des Proletariats zerrissen." Sind diese Sätze nicht den Ordnungshelden Hoffmann, Noske, Scheidemann wie auf den Leib zugeschnitten?

Träger und Nutznießer der Gegenrevolution klagen beweglich über die nicht zu billigende Erschießung der Geiseln, während sie es für selbstverständliches, gutes Recht halten, daß viele Hunderte Proletarier niedergemetzelt wurden. Wir antworten auf ihr heuchlerisches Geschrei mit Marx: „Man wird uns fragen, ob wir keine Träne, keinen Seufzer, kein Wort für die Opfer haben, welche vor der Wut des Volkes fielen, für die Nationalgarde, die Mobilgarde, die republikanische Garde, die Linie?

Der Staat wird ihre Witwen und Waisen pflegen. Dekrete werden sie verherrlichen, feierliche Leichenzüge werden ihre Reste zur Erde bestatten, die offizielle Presse wird sie unsterblich erklären, die europäische Reaktion wird ihnen huldigen vom Osten bis zum Westen.

Aber die Plebejer, vom Hunger zerrissen, von der Presse geschmäht, von den Ärzten verlassen, von den Honnetten Diebe gescholten, Brandstifter, Galeerensklaven, ihre Weiber und Kinder

in noch grenzenloseres Elend gestürzt, ihre besten Lebenden über die See deportiert, — ihnen den Lorbeer um die drohend finstere Stirn zu winden, das ist das Vorrecht, das ist das Recht der demokratischen Presse."

Heute ist es nicht mehr das Vorrecht, das Recht der demokratischen Presse, den Lorbeer um die Stirn revolutionärer Kämpfer zu flechten. Heute ist es Pflicht dieser Presse, die Mörder revolutionärer Proletarier zu feiern. Die Revolution reitet. Die Schärfe des Klassengegensatzes kündet das Nahen der Endschlacht zwischen Proletariat und Bourgeoisie. Die Münchener Räterepublik war die Lerche, die zu früh und zu hoch in ungebändigter Sehnsucht emporstieg. Sie sank sterbend zur Erde, aber sie rief den Frühling, sie kündete ihn.

Die erste Allrussische Frauenkonferenz.

Ende November 1918 hat in Moskau die erste Allrussische Frauenkonferenz stattgefunden. Ungefähr ein Jahr nach der glorreichen Revolution, die in Rußland unter Führung der zielentschlossenen, kühnen Bolschewiki die Diktatur, die Herrschaft des Proletariats und der armen Bevölkerung gebracht hat. Damit aber nicht blos einen gewaltigen Kampf mit allen Mächten, die mit dem Kapitalismus die Herrschaft der Besitzenden und Ausbeutenden aufrecht halten wollen. Nein, auch eine umfassende, aufbauende, schöpferische Arbeit, um jeden Zoll des gesellschaftlichen Bodens für die Aufrichtung des Sozialismus nutzbar zu machen.

Der unermeßliche Kampf zur Niederringung der kapitalistischen Gewalten spiegelt sich in dem Gehirn aller bürgerlich Denkenden höchst einseitig und unrichtig als „Terrorismus" ab. Er wird von den bürgerlich Denkenden nicht als Ganzes, seinem Kern, seiner Bedeutung nach beurteilt. Diese sehen ihn vielmehr nur in einzelnen harten, bitteren Erscheinungen, die als „roter Terror" die Antwort auf den „weißen Terror" der Ausbeutenden und ihrer Verteidiger sind. Die bürgerlich Denkenden — und zu ihnen gehören leider auch viele, die sich Sozialdemokraten nennen - begreifen deshalb nicht, beurteilen nicht, sondern verurteilen schlankweg. Das bürgerliche Denken aber wird heute durch eine riesenhafte Macht genährt und gefördert. Obgleich die Besitzenden in Deutschland nur ungefähr 15 Prozent der Bevölkerung ausmachen, befinden sich 98 Prozent der Zeitungen in bürgerlichen Händen, vertreten bürgerliche Auffassungen von den ungeheuren Kämpfen, die sich um die Befreiung der ausgebeuteten Massen durch den Sozialismus abspielen.

Ist es da ein Wunder, daß sich eine Schlammflut von Lügen, Verleumdungen, Beschimpfungen über den Kampf ergießt, in dem die russischen Arbeiter und Bauern dem Kapitalismus Schlag auf Schlag versetzen? Die Spalten der Blätter sind mit Nachrichten von erfundenen und übertriebenen Gewaltaten erfüllt, kaum je wird etwas berichtet von der bewundernswürdigen, unermüdlichen, titanenhaften Arbeit, die die verfemten Bolschewiki, die „rohe" Arbeiter, „ungebildete" Bauern in Rußland leisten, um die gesellschaftlichen Einrichtungen im Sinne des Sozialismus umzuwälzen. Unsere Leserinnen werden es daher gewiß dankbar begrüßen, daß sie etwas von solcher Arbeit hören. Und zwar von aufbauender, sozialistischer Arbeit, die der besonderen sozialen Fürsorge für die schaffende Frau, für die Arbeiterin, die Mutter, das Kind, gilt, und die auf den hervorragenden Anteil schließen läßt, den die breitesten Frauenmassen in Rußland an den Bestrebungen zur Verwirklichung der sozialistischen Ordnung nehmen.

Die Allrussische Frauenkonferenz zu Moskau ist in dieser Beziehung sehr lehrreich. Sie zeigt, daß die Revolution die Bahn für zahlreiche und wertvolle Frauenkräfte freigelegt hat, die verständnisvoll und begeistert am Werke sind, beim Neuaufbau der russischen Gesellschaft Fraueninteressen und Frauenforderungen zu vertreten. Die nachfolgenden Mitteilungen über die Konferenz sind uns erst jetzt zugegangen, und zwar von verschiedenen Seiten. Von zwei russischen Genossinnen und einer deutschen Sozialistin, die sich während der Konferenz in Moskau befand und erst vor kurzem von dort zurückgekehrt ist. Die Berichte decken sich durchaus. Übereinstimmend tritt in ihnen die Bedeutung der Konferenz hervor, namentlich auch was die eifrige und kluge Mitarbeit der Delegierten betrifft.

Die erste Allrussische Frauenkonferenz zu Moskau war von der Regierung selbst einberufen worden in Verbindung mit dem ständigen Ausschuß, der im Ministerium für soziale Fürsorge mit der besonderen sozialen Fürsorge für die Arbeiterinnen, für Mutter und Kind betraut ist. Genossin Alexandra Kollontay hatte an der Vorbereitung der Konferenz eifrigsten Anteil genommen und führte nun den Vorsitz. Der Tagung wohnten mehr als 1000 Delegierte bei, die aus großen und kleinen Städten, wie aus vielen Dörfern geschickt worden waren und zusammen über eine Million Arbeiterinnen und noch größere Massen von Bäuerinnen vertraten. An der Konferenz nahm auch eine Verterin der Frauen teil, die an der Front bei der Roten Armee zur Verteidigung der Revolution sind. Die Delegierten waren weitaus überwiegend Arbeiterinnen, Arbeiterfrauen und Bäuerinnen, manche der zuletztgenannten im Schafspelz, Bastschuhe an den Füßen. Die wenigen anwesenden Frauen der „Intelligenz", der bürgerlichen Kreise verschwanden fast vollständig unter der Menge der proletarischen Delegierten.

Wie äußerlich, so trug die Konferenz auch nach Wesen und Charakter ihrer Verhandlungen ein proletarisches Gepräge. Alles wirkte zusammen, um scharf hervortreten zu lassen: es waren Abgesandte von Proletarierinnen, von armen Bäuerinnen, die da die Leiden schilderten, die die vorderbliche Dreiheit Kapitalismus, Zarismus und Krieg hinterlassen hat; die die Bedürfnisse darlegten, die unter den Frauen der schaffenden Massen vorhanden sind; die die Forderungen begründeten, deren Verwirklichung diese Frauen von der sozialistischen Gesellschaft erwarten, die unter Kämpfen emporsteigt.

Das Arbeitsprogramm der Konferenz war außerordentlich reichhaltig. Auf der Tagesordnung standen politische, wirtschaftliche, soziale Fragen, die in drei Gruppen zusammengefaßt waren. Die erste davon handelte von den Pflichten der proletarischen Frauen während der sozialen Revolution. Sie begriff diese Punkte in sich: Die politisch-revolutionäre Arbeit; die Stellung der Frauen des werktätigen Volkes zur Kommunistischen Partei; die Arbeiterin in der Landwirtschaft; die Proletarierin an der Front; die Arbeiterin in den Gewerkschaften; die Stellung der Proletarierinnen zur Weltrevolution. Die zweite Gruppe der behandelten Fragen umfaßte den Arbeiterinnenschutz und die soziale Fürsorge für Mutter und Kind. Sie war wie folgt gegliedert: Die Familie in der sozialistischen Gesellschaft; Bericht des Ausschusses für soziale Fürsorge und Versicherung; Arbeiterinnenschutz; Mutterschutz; Kinderschutz; Wöchnerinnen- und Säuglingsheime; Krippen und Kinderhorte; Kindergärten; Schule und Erziehung. Die Entlastung der Frau als Hausmutter wurde in der dritten Gruppe der Tagesordnung mit den folgenden Einzelfragen erörtert: Die Frau des werktätigen Volkes in der Haus- und in der Volkswirtschaft; die Wohnungsreform; öffentliche Küchen und Speisehäuser; öffentliche Waschanstalten; die Auszahlung des Arbeitslohnes in Lebensmitteln. Zum Schluß beschäftigte sich die Tagung noch mit der Stellung der Frauen des werktätigen Volkes zur Kirche.

Die Konferenz dauerte fünf Tage, von denen vier der Behandlung der Tagesordnung gewidmet waren, der letzte aber von den Delegierten benutzt wurde, um alle sozialen Einrichtungen zu besichtigen, die die sozialistische Räterepublik in Moskau zur Fürsorge für Mutter und Kind, wie zur Entlastung der Hausfrauen ins Leben gerufen hat: Wöchnerinnen- und Säuglingsheime, Krippen, Kindergärten, kommunale Küchen- und Speisehäuser, Heime für ledige Arbeiterinnen usw. Ungeheuer groß war das Interesse, das gerade die proletarischen und bäuerlichen Frauen aus kleinen Städten und Dörfern an Einrichtungen ähnlicher Art nahmen. Was die Delegierten in Moskau sahen, wurde mit dem verglichen, was in der Provinz hier bereits geschaffen, dort im Entstehen begriffen ist, wurde Anregung und Wunsch zur Schaffung ähnlicher Einrichtungen in den Orten und Bezirken, wo der soziale Aufbau noch im Rückstand ist.

Die Delegierten hatten die höchste Begeisterung, aber auch tiefen Ernst für die Arbeiten der Konferenz mitgebracht. Es war, als ob sich hochgespannte geistige, sittliche Kräfte elektrisch entluden, die bis dahin gefesselt, zurückgehalten gewesen waren. Bei der Eröffnung der Tagung wurde Genossin Kollontay, der die russischen Proletarierinnen so viel für ihre Erweckung und Schulung verdanken, unter dem Gesang der Internationale und anderer revolutionärer Lieder von den Delegierten durch den großen Saal getragen. Zu Ehrenmitgliedern der Konferenz wurden unter stürmischem Beifall erwählt die Genossinnen Rosa Luxemburg und Klara Zetkin, die Genossen Karl Liebknecht und Fritz Adler. In dieser Episode äußerte sich das starke Gefühl internationaler Solidarität, das die Frauen des werktätigen Volkes in Rußland beseelt. Noch ein anderer Vorgang bekundete es. Auf der Konferenz erschien Genosse Bucharin, der vor kurzem aus Deutschland zurückgekehrt war. Er wurde mit Bitten bestürmt um einen Bericht über die Revolution in Deutschland und die Beteiligung der Frauen daran. Der Enthusiasmus, mit dem seine Ausführungen aufgenommen wurden, bezeugte, daß die Augen und Herzen der russischen Proletarierinnen und Bäuerinnen ihren deutschen Schwestern zugewandt sind.

Bemerkenswert war die leidenschaftliche Spannung und Aufmerksamkeit, mit der die Delegierten den Verhandlungen über die einzelnen Punkte der Tagesordnung folgten, sowohl den kurzen einleitenden Vorträgen dazu, wie den anschließenden Debatten. Die Beteiligung an diesen war allgemein, lebhaft und auch sachkundig. Gewiß, die russischen Proletarierinnen und Bäuerinnen sind nach deutschen Begriffen schwach, ungenügend organisiert. Dafür aber hat das Jahr Praxis unter der Revolution, hat die Politisierung und Revolutionierung der Köpfe, hat die Arbeit der Räte und in den Räten bis in das kleinste fernste Bauerndorf hinein die Geister erweckt und mächtig in Erregung gehalten. Auch die Frauen empfinden, daß es eine Notwendigkeit, daß es ihre Pflicht ist, mitzukämpfen und mitzuarbeiten, damit der Kapitalismus verschwindet, der Sozialismus durchgeführt wird. Deshalb trachten auch sie darnach, aufgerollte Fragen zu verstehen, soziale Forderungen zu erfüllen. Zumal dann, wenn es sich um ihr eigenes Wohl und Wehe und das ihrer Kinder handelt. Von den russischen Proletarierinnen und Bäuerinnen gilt Schillers Wort: „Es wächst der Mensch mit seinen höhren Zwecken." Wie sind diese einfachen und ungelehrten Frauen, die zum Teil des Lesens und Schreibens nicht kundig waren, in dem einen Jahr Revolution an ihrer sozialen, sozialistischen Arbeit gewachsen! Die Mütter- und Säuglingsheime, die Krippen usw., die bereits ins Leben gerufen worden sind, wurden zum großen Teil von Proletarierinnen unter Leitung von Ärztinnen verwaltet. Talentvolle Rednerinnen, hervorragende Organisatorinnen praktischer Einrichtungen sind wie Pilze nach einem Gewitterregen aus der Erde emporgeschossen. Die geschaffenen Bildungsgelegenheiten werden eifrigst benutzt. Das alles kam bei den Debatten zum Ausdruck und verlieh ihnen nicht blos fesselnden Reiz, sondern hob sie auch auf ein hohes Niveau.

Soweit die Verhandlungen der Konferenz politischen Fragen galten oder auf politisches Gebiet hinüberschlugen, trat es mit erfrischender Unzweideutigkeit zutage, daß die Proletarierinnen und Bäuerinnen fast ausnahmslos die Auffassung der Bolschewiki teilen und treu hinter ihnen stehen. Die Frauen des werktätigen Volks erblicken in den tatkräftigen Führern der Revolution ihre eigenen Befreier, die zuverlässigen Vorkämpfer des Sozialismus. Die Stellungnahme der Konferenz zu den Fragen des Arbeiterinnenschutzes, der sozialen Fürsorge für Mutter und Kind, zur Reform der Wohnung, Hauswirtschaft usw. entsprach im allgemeinen den Reformforderungen der Sozialistinnen aller Länder. Wie der Kapitalismus international gleiche Ausbeutung, gleiche Leidens- und Sorgenlast für die Frauen des werktätigen Volks schafft, so ergeben sich auch international die gleichen Forderungen zur Notwende. Beachtung verdient es, daß viele proletarische und bäuerliche Rednerinnen unter allgemeiner Zustimmung sehr stark betonten, die Arbeitspflicht für die Frauen der Bourgeoisie müsse unbedingt eingeführt werden. Diese seien die größten Parasiten der Gesellschaft, weil sie nicht einmal wie die Männer der Bourgeoisie als Kapitalisten Arbeit leisten. Die Damen lebten vielmehr arbeitslos in Müßiggang und Wohlstand und entzögen noch die zahlreichen Kräfte zu ihrer Bedienung nützlicher Arbeit. Die Kosten aber trügen in Wirklichkeit die Frauen und Männer, die von den Gatten und Vätern der Bourgeoisdamen ausgebeutet werden.

Viel Beifall fand eine Bäuerin in Pelz und Bastschuhen, die berichtete, welche Schwierigkeiten ihr Mann ihr in den Weg gelegt hatte, damit sie nicht zur Konferenz reise. Sie hatte sie alle überwunden und nahm nun eifrigen Anteil an den Auseinandersetzungen. Diese Delegierte schilderte in volkstümlicher Beredsamkeit sehr anziehend, wie in den Dörfern die Bäuerinnen von revolutionärem Geist erfaßt und zu neuem Leben erweckt worden sind. Interessant war, was die Vertreterin der sozialistischen Frauen an der Front der Roten Armee berichtete. Die Frauen tun dort ihren Dienst als Samariterinnen bei der Pflege von Verwundeten und Kranken. Sie sind in der Küche, in Schneiderwerkstätten, Wäschereien, Bureaus beschäftigt, namentlich aber auch bei all den Einrichtungen, die Bildungszwecken dienen. Die Truppen der Roten Armee haben nämlich ihre Bibliotheken, Lesezimmer usw., es wird unter ihnen sozialistische Literatur verbreitet, es werden für sie Vorträge, Versammlungen, Diskussionsstunden zum Zwecke sozialistischer Aufklärung und Schulung abgehalten. Außerdem wird auch für Belehrung über andere Wissensgebiete gesorgt, so insbesondere über hygienische Fragen. Kurz, es geschieht viel, um die Mannschaften des Revolutionsheeres geistig zu fördern, um ihre Moral zu kräftigen und zu heben. Damit ist ein weites, um ihre Moral zu kräftigen und zu heben. Damit ist ein weites und erfolgreiches Wirkungsfeld für Frauen gegeben. Die Delegierte hob hervor, daß gerade Maßnahmen dieser Art außerordentlich viel zu der starken Selbstzucht der Rotgardisten, zu ihrer Tüchtigkeit beitrügen. Die Mannschaften würden zu menschlicher Selbstachtung erzogen, zum Bewußtsein der Ehre, die Sache der Revolution, des Sozialismus zu verteidigen, aber auch zum Bewußtsein der Verpflichtungen, die diese Ehre auferlegt. Was die Delegierte darüber erzählte, steht in wohltuendem Gegensatz zu dem, was wir über die „Bierabende", Tanzvergnügungen, Filmvorstellungen usw. lesen, die auf Kosten der organisierten deutschen Industriellen für die Weißgardisten des „Arbeiters" Noske veranstaltet werden. Kennzeichnend für Bildungsbedürfnis und Bildungsdrang in Rußland war der dringende Wunsch vieler Delegierten aus bäuerlichen Gegenden, es möchten aufgeklärte, geschulte Frauen in die Dörfer geschickt werden, um dort das sozialistische Erziehungswerk kraftvoll in die Hand zu nehmen. „Kommt, ihr Schwestern, die ihr mehr wißt. Kommt zu uns aufs Land, in unsere Hütten. Die Herzen stehen euch offen. Wir hungern nach Wissen, nach Besserwerden". Das war ein sehnsüchtiger Ruf, der wieder und wieder ertönte.

Die Konferenz war ein einziger großer Beweis dafür, wie weckend, wie schöpferisch die Revolution unter den Frauen des werktätigen Volks in Rußland wirkt. Die Seelen weiten sich, erblühen unter dem belebenden Hauch des Sozialismus. Hoffnungsfreudigkeit bricht durch das dunkle Elend, das die alte Ordnung der Ausbeutung und Knechtschaft der Menschen durch Menschen hinterlassen, und das der verruchte imperialistische Weltkrieg gesteigert hat. Hoffnungsfreudigkeit, die der Morgenröte gleicht, die nach langer, dunkler Nacht emporzusteigen beginnt. Die gedrücktesten der Gedrückten, die Frauen des werktätigen Volks, sie hoffen wieder. Und sie hoffen nicht blos, sie wollen, sie handeln. Sie hoffen, wollen, handeln im Zeichen der Revolution, des Sozialismus. Sie hoffen, wollen, handeln, stark in der Erkenntnis mit den Schwestern und Brüdern aller Länder verbunden zu sein, stark in der Überzeugung, daß die Weltrevolution eine Weltwende bringen wird. Aus dieser Überzeugung schöpfen die erwachenden Proletarierinnen und Bäuerinnen Rußlands die nie versiegende Kraft, mit den ungeheuersten Schwierigkeiten zu ringen, um Stein auf Stein zum Aufbau der sozialistischen Ordnung aneinanderzufügen, in der die befreite Frau als Vollmensch zu leben und zu wirken vermag.

Manifest der Kommunistischen Internationale.

II.

Die Verstaatlichung des wirtschaftlichen Lebens gegen die der kapitalistische Liberalismus sich so sträubte, ist zur Tatsache geworden. Nicht nur zum freien Wettbewerb, sondern auch zur Herrschaft der Trusts, Syndikate und anderer wirtschaftlicher Un-

gestüme gibt es keine Rückkehr mehr. Die Frage ist nur, wer künftig der Träger der verstaatlichten Produktion sein wird: Der imperialistische Staat oder der Staat des siegreichen Proletariats. Mit anderen Worten: Soll die gesamte arbeitende Menschheit zum leibeigenen Frondiener der siegreichen Ententebourgeoisie werden, die unter dem Namen des Völkerbundes mit Hilfe eines „internationalen" Heeres und einer „internationalen" Flotte hier plündert und würgt, dort einen Brocken zuwirft, überall jedoch das Proletariat in Fesseln hält mit dem einzigen Ziel, die eigene Herrschaft zu erhalten? Oder aber wird die Arbeiterklasse die zerrüttete und gestörte Volkswirtschaft in die Hand nehmen, um ihren Wiederaufbau auf sozialistischer Grundlage sicherzustellen?

Die Epoche der gegenwärtigen Krise abzukürzen ist nur möglich durch die Mittel der proletarischen Diktatur. Sie nimmt weder Rücksicht auf die erblichen Privilegien, noch auf die Eigentumsrechte, sondern geht von der Notwendigkeit der Rettung der hungernden Massen aus. Zu diesem Zwecke macht sie alle Mittel und Kräfte mobil, führt die allgemeine Arbeitspflicht ein und setzt das Regime der Arbeitsdisziplin durch, um auf diesem Wege im Laufe von einigen Jahren nicht allein die klaffenden Wunden zu heilen, die der Krieg geschlagen hat, sondern auch die Menschheit auf eine neue ungeahnte Höhe zu führen.

Der nationale Staat, der der kapitalistischen Entwicklung einen mächtigen Antrieb gegeben hat, ist für die Fortentwicklung der Produktivkräfte zu eng geworden. Damit wurde die Lage der kleineren Staaten immer unhaltbarer, die unter den Großmächten Europas und anderer Weltteile zerstreut liegen. Diese Kleinstaaten sind zu verschiedenen Zeiten als Brauchstücke von großen Staaten, als Scheidemünze zur Bezahlung verschiedener Dienstleistungen, als strategische Puffer entstanden. Auch sie haben ihre Dynastien, ihre herrschenden Banden, ihre imperialistischen Ansprüche, ihre diplomatischen Machenschaften. Ihre illusorische Unabhängigkeit hatte bis zum Kriege dieselbe Stütze, wie das europäische Gleichgewicht: den ununterbrochenen Gegensatz zwischen den beiden imperialistischen Lagern.

Der Krieg hat dieses Gleichgewicht gestört. Indem er anfänglich Deutschland ein gewaltiges Übergewicht verlieh, zwang er die Kleinstaaten, Heil und Rettung unter den Fittichen des deutschen Militarismus zu suchen. Nachdem Deutschland geschlagen worden, wandte sich die Bourgeoisie der Kleinstaaten gemeinsam mit ihren patriotischen „Sozialisten" dem siegreichen Imperialismus der Alliierten zu und begann in den heuchlerischen Punkten des Wilsonschen Programms Sicherungen für ihr weiteres selbständiges Bestehen zu suchen. Gleichzeitig ist die Zahl der Kleinstaaten gestiegen. Aus dem Bestand der österreichisch-ungarischen Monarchie, aus den Teilen des Zarenreiches sondern sich neue Staatswesen ab, die, kaum in die Welt gesetzt, sich gegenseitig wegen der künftigen Grenzen an die Kehle springen.

Unterdessen bereiten die alliierten Imperialisten Zusammenstellungen von neuen und alten Kleinstaaten vor, die durch die Naturpflicht des gegenseitigen Hasses und der allgemeinen Ohnmacht gebunden werden. Die kleinen und schwachen Völker unterdrückend und vergewaltigend, sie dem Hunger und der Erniedrigung preisgebend, hören die Entente-Imperialisten nicht auf — genau wie dies unlängst auch die Imperialisten der Zentralmächte getan haben — vom Selbstbestimmungsrecht der Völker zu sprechen, das nunmehr in Europa wie in den übrigen Weltteilen vollständig zertreten daliegt.

Nur die Revolution vermag den kleinen Völkern eine Existenzmöglichkeit zu sichern. Sie befreit die produktiven Kräfte aller Länder aus der Enge der Nationalstaaten, vereinigt die Völker im engsten wirtschaftlichen Zusammenarbeiten, auf der Grundlage eines allgemeinen Wirtschaftsplanes und gibt auch dem kleinsten und schwächsten Volke die Möglichkeit, frei und unabhängig die Angelegenheiten seiner nationalen Kultur zu führen, ohne Schaden für die vereinigte und zentralisierte Wirtschaft Europas und der ganzen Welt.

Der letzte Krieg, der nicht anders ein Krieg gegen die Kolonien gewesen, war gleichzeitig ein Krieg mit Hilfe der Kolonien. In nie dagewesenem Umfange wurde die Bevölkerung der Kolonien in den europäischen Krieg hineingezogen. Inder, Neger, Araber, Madagassen kämpften auf dem europäischen Festlande. — Wofür? — für ihr Recht, auch weiterhin Knechte Englands und Frankreichs zu bleiben. Niemals zeigte sich die kapitalistische Herrschaft schamloser, nie wurde das Problem der kolonialen Sklaverei in solcher Schärfe aufgerollt wie jetzt. Daher eine Reihe offener Aufstände und revolutionäre Gärung in allen Kolonien. In Europa selbst erinnerte Irland in blutigen Straßenkämpfen daran, daß es noch immer ein geknechtetes Land ist und sich als solches fühlt. Auf Madagaskar, in Annam und in anderen Ländern haben die Truppen der bürgerlichen Republik während des Krieges mehr als einen Aufstand der Kolonialsklaven zu unterdrücken gehabt. In Indien ist die revolutionäre Bewegung auch nicht einen Tag zum Stillstande gekommen, und in der letzten Zeit kam es zu dem größten Arbeiterstreik in Asien, auf den die Regierung Großbritanniens mit der Arbeit der Panzerautomobile in Bombay antwortete.

Auf solche Weise wurde die Kolonialfrage in ihrem ganzen Umfange auf die Tagesordnung gestellt, das aber nicht nur auf dem grünen Tische des Diplomatenkongresses in Paris, sondern auch in den Kolonien selbst. Das Programm Wilsons bezweckt im besten Falle nichts als eine Änderung des Firmenschildes der Kolonialsklaverei. Die Befreiung der Kolonien ist nur zusammen mit der Befreiung der Arbeiterklasse der Mutterländer möglich. Die Arbeiter und Bauern nicht nur von Annam, Algier, Bengalen, sondern auch von Persien und Armenien bekommen die Möglichkeit einer selbständigen Existenz erst dann, wenn die Arbeiter Englands und Frankreichs Lloyd George und Clemenceau gestürzt und die Staatsmacht in ihre Hände genommen haben. In entwickelteren Kolonien wird der Kampf schon jetzt nicht lediglich unter dem Banner der nationalen Befreiung geführt, sondern nimmt schon einen ausgesprochenen sozialen Charakter an. Wenn das kapitalistische Europa die rückständigen Weltteile zwangsweise in den kapitalistischen Strudel hineingezogen hat, so wird das sozialistische Europa den befreiten Kolonien zu Hilfe kommen mit seiner Technik, seiner Organisation, seinem geistigen Einfluß, um den Übergang dieser Weltteile zur planmäßig organisierten sozialistischen Wirtschaft zu erleichtern.

Kolonialsklaven Afrikas und Asiens! Die Stunde der proletarischen Diktatur in Europa wird auch die Stunde eurer Befreiung sein!

Notizenteil.

Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

Sympathiekundgebung der schwedischen Sozialistinnen für die deutschen Genossinnen und die Revolution. Im Auftrag des Ausschusses der sozialistischen Frauen Schwedens hat unsere Genossin Lindhagen-Stockholm der internationalen Sekretärin ein Sympathietelegramm für die deutschen Genossinnen gesandt. Leider ist es sehr verstümmelt angekommen. Immerhin läßt sich aus dem Text feststellen, daß die schwedischen Genossinnen mit gespannter Aufmerksamkeit und herzlicher Sympathie den Gang der Revolution in Deutschland verfolgen und ihr baldigen Sieg in der Überzeugung wünschen, daß aus der Sozialismus dem Lande, der Welt den Frieden und Emporentwicklung zu sichern vermag.

Wie sich die französischen Genossinnen zu der internationalen Konferenz sozialistischer Frauen stellen, die von der internationalen Sekretärin angeregt worden ist und vorbereitet wird, erhellt aus einem Artikel, den Genossin Monette Thomas im „Populaire" veröffentlicht hat. Unter dem Titel „Müssen wir hingehen" schreibt diese führende Pariser Genossin folgendes:

„Wohin? Zur internationalen Frauenkonferenz! Ob sie in Lausanne, Bern, Zürich oder sonstwo stattfindet, wir müssen dort sein. Nicht die nötige Anstrengung zu diesem Ziel machen, das würde bedeuten, sowohl unser Ideal wie die Internationale verraten.

Klara Zetkin hat einen Aufruf an uns gerichtet, könnten wir sie ohne Antwort lassen? Sie schlägt vor, daß die sozialistischen Frauen aller Länder miteinander beraten, um ihre Sonderforderungen aufzustellen, die die Arbeiterin, die Mutter, das Kind, den Frieden usw. betreffen.

Die Gelegenheit zu einer unmittelbaren Aktion liegt vor uns. Es ist uns möglich, zu beweisen, daß unser Wunsch nach sozialer Erneuerung sich durch mehr als Worte bekundet. Dürfen wir hinter unserer Aufgabe zurückbleiben?

In den Ländern der Revolution steigen die Frauen auf die Barrikaden, und mit der Zustimmung der Männer oder ohne sie erobern sie ihre Rechte und bahnen sie sich ihren Weg. Werden wir weniger tapfer sein als sie?

Eine Tagung der sozialistischen Frauen aller Länder kann ebensogut stattfinden, wie die Konferenzen des „Allgemeinen Arbeiterbundes" neben den Parteitagen der „Geeinten Sozialisten" Frankreichs. Während die Männer sich mit den allgemeinen Fragen beschäftigen werden, können wir Sozialistinnen die Fragen prüfen und erörtern, die für das Wohl der Frauen und Kinder von besonderer Bedeutung sind. Diese Fragen sind ebenso brennend wie jene, die über das Wohl des Einzelnen entscheiden, und sie können am vollkommensten nur von den Frauen selbst beantwortet und geordnet werden, denn sie allein kennen gründlich die eigenen Bedürfnisse und die der Kinder.

Trotz ihres guten Willens werden unsere Genossen weder die erforderliche Zeit, noch die nötige Sachkenntnis haben, um auf einem allgemeinen internationalen Kongreß über die in Betracht kommenden Reformen zu beraten und zu beschließen. Was die Friedensfrage anbelangt, so könnten unsere Telegierten mit der Sozialistischen Partei und dem Allgemeinen Arbeiterbund Fühlung nehmen.

Welche Kraft für den internationalen Sozialismus, wenn er die Unterstützung der Gattinnen, der Mütter, der Schwestern, kurz aller Frauen erhält, die gelitten und geweint haben, und die es nicht länger mit ansehen können, daß ihre Tränen unnütz gewirkt werden. Welche Freude, allen Genossinnen zu begegnen, deren Stimme wie die unsere während des Kriegs unterdrückt worden ist, und aus deren Munde wir nun die Verurteilung der schuldigen Regierungen hören werden. Welche Freude durch ganz Frankreich ihre Worte zu verbreiten, wie sie die unsrigen in der ganzen Welt verbreiten werden.

International haben wir die gleichen Martern getragen; international werden wir als Frauen und Proletarierinnen ausgebeutet; international werden unsere Kinder einer künftigen Menschenschlächterei zum Opfer fallen, wenn wir uns nicht widersetzen. Wir haben das Recht und die Pflicht uns zu erheben und unsere Stimme vernehmen zu lassen, um die Greuel des Kriegs zu verdammen: wir haben die Pflicht, das Leben der Arbeitern zu schützen und gerechte kulturwürdige Arbeitsbedingungen für sie zu schaffen; wir haben die Pflicht, unseren Kindern eine sonnige Zukunft zu bereiten, ihr Leben zu behüten, ihr Wohlbefinden zu sichern. Das sind die Fragen die wir auf der internationalen Konferenz der Sozialistinnen zu untersuchen haben.

Der wahre Frieden kann nicht durch die Verhandlungen geschaffen werden, die die Bourgeoisieregierungen am Quai d'Orsay vor sich das Ministerium des Auswärtigen befindet) führen. Uns Sozialisten ist die Verpflichtung auferlegt, das Statut der Menschheitsverbrüderung festzustellen, und die Mitarbeit der Frauen darf nicht auf die Seite geschoben werden, wenn die internationale Magna Charta ausgearbeitet wird.

Aus diesen Gründen möchte ich, daß der allgemeine Arbeiterbund die Frauen anruft sich an der Konferenz zu beteiligen. In Frankreich wie anderwärts haben tapfere Frauen für ihre Überzeugung im Kerker geschmachtet. Diese Tapferen werden vor der Erfüllung der vorliegenden Aufgabe nicht zurückschrecken.

Sozialistische Frauen! Wir müssen zur internationalen Konferenz gehen. Bei ihr fehlen, würde die Verneinung unseres Willens zur Tat und unserer Fähigkeit zur Arbeit sein. Welchen Schwierigkeiten wir auch immer begegnen werden, wir müssen sie überwinden. Von unserem Willen hängt unsere Zukunft und die unserer Kinder ab. Wir müssen zur Konferenz gehen."

Frauenwahlrecht.

Die Einführung des aktiven Frauenwahlrechts in Holland ist beschlossen worden. Es ist ein Sieg, den unsere Genossinnen wie die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen Dank ihres unermüdlichen Kampfes errungen haben. Er findet unsere Genossinnen gerüstet und bereit, das neue Recht dem Sozialismus nutzbar zu machen.

Frauen als Volks- und Gemeindevertreterinnen in Österreich. Die Wahlen bringen in Österreich der Sozialdemokratie Sieg auf Sieg, und damit steigt die Zahl der Frauen, die in die verschiedenen Parlamente einziehen. In den niederösterreichischen Landtag wurden fünf weibliche Abgeordnete gewählt, die sämtlich der sozialdemokratischen Partei angehören. Im Salzburger Landtag sitzt Genossin Franeck. In den Wiener Gemeinderat zogen 22 weibliche Abgeordnete ein, darunter 16 Genossinnen und Mitglieder der christlich-sozialen Partei.

Aus der besten aller Welten.

Dem Verdienst seine Krone, seinen Speck. Folgendes vertrauliche Schriftstück entnahmen wir der „Republik," die so oft von der Raske-Weisheit verboten wird, um den Deutschen zu ihrem Glücke zu führen, daß sie wirklich im Reich der Preßfreiheit, der „vollen und ganzen Demokratie leben".

Eisenbahndirektion B. B.) Z. 32 b. Berlin, den 10. April 1919.

An den Herrn Oberbahnvorsteher Dörrschlag, Bahnhof Zentralviehhof.

Für Ihre besonderen Bemühungen um die Aufrechterhaltung des Betriebs während der Streiktage und für das Ausharren auf Ihrer Dienststelle während der Unruhen trotz großer Gefahren soll Ihnen als Anerkennung ein Paket guter preiswerter Lebensmittel zugewendet werden.

Das Paket enthält:

3 Pfund Weizenmehl	je Pfund 1 Mark	3 Mark
3 Pfund Erbsen	je Pfund 1 Mark	3 Mark
2 Pfund Weizengries	je Pfund 1 Mark	2 Mark
2 Pfund ger. Speck	je Pfund 6 Mark	12 Mark
		20 Mark

Sie wollen das Paket am Sonnabend, den 12. d. M. von unserem Lagerverwalter, Werkmeister Marx, Lager der L.-D. Halle 3, am Ostbahnhof, persönlich gegen sofortige Bezahlung in Empfang nehmen. Wir ersuchen, die Angelegenheit streng vertraulich zu behandeln

gez. Oppermann.

Die gleichen Lebensmittelpakete krönten noch das „Verdienst" von 19 anderen Personen, darunter Rechnungsräte, Oberverkehrer und Vorsteher. Es fehlt an Lebensmitteln, dem Hunger der Massen trotzen. Lebensmittel stehen aber als Belohnung für Beamte zur Verfügung, die sich angelegen sein lassen, Proletarier zu Paaren zu treiben, die für ihr Recht auf ein menschenwürdiges Dasein kämpfen. Die Proletarierinnen werden sich den rechten Vers zu dem speckgekrönten Verdienst der Herren machen.

Feuilleton.

Frühling.

Um den grünumschränkten Plan,
Süße Düfte, Nebelhüllen
Senkt die Dämmerung heran;
Lispelt leise süßen Frieden,
Wiegt das Herz in Lindesruh
Und den Augen dieses Müden
Schließt des Tages Pforte zu.

Nacht ist schon hereingesunken,
Schließt sich heilig Stern an Stern;
Große Lichter, kleine Funken
Glitzern nah und glänzen fern;
Glühern hier im See sich spiegelnd,
Glänzen droben klarer Nacht;
Tiefsten Ruhens Glück besiegelnd,
Herrscht des Mondes volle Pracht.

Schon verloschen sind die Stunden,
Hingeschwunden Schmerz und Glück;
Fühl' es vor! Du wirst gesunden;
Traue neuem Tagesblick.
Täler grünen, Hügel schwellen,
Buschen sich zu Schattenruh';
Und in schwanken Silberwellen
Wogt die Saat der Ernte zu.

Wunsch um Wünsche zu erlangen,
Schaue nach dem Glanze dort!
Leise bist du nur umfangen,
Schlaf ist Schale, wirf sie fort!
Säume nicht, dich zu erdreisten,
Wenn die Menge zaudernd schweift;
Alles kann der Edle leisten,
Der versteht und rasch ergreift.

Goethe.

Gustav Landauer.

Bei der blutigen Niederwerfung des heldenmütigen Münchener Proletariats, das seine Räterepublik verteidigte, ist Gustav Landauer als ein Opfer der weißen Schreckensherrschaft gefallen. Ein wehrloser Gefangener, wurde er von entmenschten Zionswächtern der kapitalistischen Ausbeutungsordnung niedergemacht. Gustav Landauer stand nicht in unseren Reihen. Er war Anarchist, der den wissenschaftlichen Sozialismus ehrlich haßte und ehrlich bekämpfte. Ihm blieb die Erkenntnis von der geschichtlichen Rolle der Klassenkämpfe in der Gesellschaft ein Buch mit sieben Siegeln. Leidenschaftlich wie der überzeugteste Bekenner des wissenschaftlichen Sozialismus wollte Landauer eine Erneuerung der Gesellschaft, durch die die Herrschaft des ausbeutenden Kapitalismus und seines Geistes gebrochen würde. Allein er erwartete die neue, höhere Gesellschaft der Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit nicht vom zielbewußten Klassenkampf des Proletariats. Sittliche Kräfte sollten sie verwirklichen.

In der glutheißen Atmosphäre, die die Revolution in München schuf, wurde Gustav Landauer von der Macht des Rätegedankens

erfaßt. Er wertete ihn zumal nach seiner erzieherischen Wirkung auf die breitesten Volksmassen, die er zur Mitarbeit und Selbstbestimmung in allen Fragen des wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Lebens ruft. Er vertrat den Gedanken mit der reinen, starken Leidenschaftlichkeit seines Wesens und mit stürmischer Beredsamkeit. So wurde Gustav Landauer, der Nichtpolitiker, der geschworene, überzeugte Gegner gewaltsamer Kämpfe in den Strudel des politischen, revolutionären Ringens zwischen Proletariat und Bourgeoisie gerissen. Die revolutionäre Welle hob ihn empor. Landauer war unter der ersten Räteregierung Bildungsminister, und er stand auch unter der zweiten Räteregierung mit Rat und Tat zum revolutionären Münchner Proletariat. Der Prediger des Friedens, der Liebe ward von entfesselter Bestialität gefällt.

So scharf die Trennungslinie ist, die uns politisch von Gustav Landauer scheidet, so aufrichtig und stark ist die Sympathie und Hochschätzung für Landauer als Charakter, als Menschen, für Landauer als literarischen Vermittler geistiger, dichterischer Werte des Auslandes. Für ihn waren Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit keine toten Worte. Es waren Grundsätze der Lebensführung. Auch um den Preis von zeitweiligen harten Entbehrungen, von Verleumdungen und Beschimpfungen suchte er sich persönliche, stolze Unabhängigkeit von der bürgerlichen Ordnung und ihren Geboten zu wahren. Er lebte seine Überzeugung. Sein Wesen war reinste Güte für alle, die in Berührung mit ihm traten. Schriftstellerisch hat er wertvolles geleistet durch treffliche Übersetzungen und Bearbeitungen bedeutender ausländischer Werke, wie durch selbständige Studien, die in das Verständnis fremder Geisteskultur einführen. Er war damit ein eifriger und feinfühliger Werkmann am Bau des internationalen Solidaritätsbewußtseins der Völker. Nicht blos die Tragik seines Märtyrertodes, auch sein Wirken sichert ihm einen Ehrenplatz in der Geistesgeschichte dieser Zeit. Das Proletariat wäre seiner Aufgabe nicht würdig, wollte es einen vollen, grünen Lorbeerzweig dem ganzen Mann versagen, der selbstlos, überzeugt unermüdlich gearbeitet hat, um das kulturelle Menschheitserbe zum Gemeingut aller zu machen und Adelsmenschen im reinsten Sinne des Wortes zu erziehen.

* * *

Ein Brief aus der Zeit der großen französischen Revolution.

Gustav Landauers letzte größere veröffentlichte Arbeit liegt in der Richtung seines Wirkens als Vermittler zwischen den Völkern. Es sind die zwei Bände **Briefe aus der französischen Revolution**, Verlag Rütten und Löning, Frankfurt a. M., die wir unseren Leserinnen hiermit empfehlen. Gewiß, Landauers Einleitung dazu zeigt die Gebundenheit seines Wesens, sein Unvermögen, die geschichtlich treibenden Kräfte klar zu sehen und zu beurteilen. Jedoch ihm kam es auch nicht darauf an, diese Kräfte zu suchen und zu zeigen. Er spürte dem Persönlichen, dem Psychiaten nach. Durch briefliche Lebens- und Geistesäußerungen einzelner Persönlichkeiten wollte er die Atmosphäre der Revolution empfinden machen. Wir geben aus der interessanten Sammlung den Hauptteil eines Briefes wieder, der — die gewandelten Umstände berücksichtigt — fast in unserer Zeit und nicht schon 1792 geschrieben sein könnte. Der Brief läßt scharf hervortreten, wie hinter den politischen Kämpfen, den Parteikämpfen die soziale Frage ihr Medusenhaupt erhebt. Allgemeine Menschenrechte war der Schlachtruf der Bourgeoisie in ihrem Kampf gegen die Mächte der feudalen Gesellschaft. Allein die Erklärung der Menschenrechte beseitigte nicht den Klassengegensatz zwischen dem sich bildenden modernen Proletariat und der zur Herrschaft gelangten Bourgeoisie. Dieser Klassengegensatz findet in dem nachfolgenden Brief seinen Ausdruck. Verfasser ist Herr **Jullien**, ein gebildeter Bürger aus der Dauphiné, den seine Landsleute zuerst als stellvertretenden Abgeordneten in die gesetzgebende Versammlung wählten und später in den Konvent schickten. Bekannter als Herr Jullien ist Frau Jullien, deren „**Briefe einer Bürgersfrau**" klug geschaute und lebendig gezeichnete Bilder aus der Revolutionsgeschichte geben. Herr Jullien schrieb seinem Sohn aus Paris am 15. Dezember 1792, im Jahr I der Republik:

. . . „Der große Fehler unseres Gesellschaftszustandes (und er ist vielleicht unheilbar) kommt von der widernatürlichen Ungleichheit der Vermögen. Die Reichen merken wohl, daß dieser Zustand in einer demokratischen Republik nicht von langer Dauer sein könnte; und da hast Du den Grund, warum ihr Egoismus so heftig gegen ein Regierungssystem gereizt ist, das sie früher oder später eines Teils ihres Vermögens berauben muß. Sie können sich nicht verhehlen, daß die arbeitende und ärmste Klasse die zahlreichste ist und also einen großen Anteil an der Ausübung der Souveränität haben muß, und daß sie davon zur Besserung ihres Loses Gebrauch machen wird. Wären alle, die mehr als das Notwendige besitzen, gerecht und gut, so würden sie sich beeilen, zugunsten ihrer schlecht gestellten Brüder Opfer zu bringen, und würden so großem Unglück zuvorkommen. Aber da haben wir die Gleichheit der Rechte aufgestellt; aber sie will die ungeheure Ungleichheit der Vermögen aufrecht erhalten, die den Armen auf Gnade und Ungnade dem Reichen ausliefert und diesen letzteren zum Richter über all seine Rechte macht, weil er ihm das Recht der Existenz rauben kann. Es wird nicht so bleiben, oder die Tyrannei wird wieder erstehen. Soll die Republik sich halten, so ist unumgänglich, daß den ärmsten Bürgern ein sorgenloses Leben vermittelst ihrer Arbeit gewährleistet sei, und daß die, die nicht imstande sind zu arbeiten, auf Kosten des öffentlichen Vermögens ernährt und erhalten werden. O mein Freund! was für Leiden müssen wir noch durchmachen, ehe wir so weit sind! Alle, die sich zu Beschützern der Armen machen wollen, werden die Reichen zu Todfeinden haben und werden große Gefahr laufen, ihre Opfer zu werden, denn die Reichen haben den Vorteil, daß sie die bedürftige Massen gegen sich selbst bewaffnen und sie so zum Schlachten ihrer wärmsten Freunde bringen können . . ."

An meinen Soldatensohn!

Von **Jenny Barnai**. Aus dem Ungarischen übersetzt von * * *

Mein Herzenskind, Du mein Soldatensohn.
Mit ihrem Herzblut schreibt die Mutter Dir;
Seitdem des Kaisers bunten Rock Du trägst,
Geriet die Welt in rote Flammen hier.
Wir rüsten jetzt zum ernsten, großen Kampfe,
Euch zwingt die Macht in unserer Feinde Reih'n
Sollt man euch gegen euere Brüder führen —
Schieß' nicht, mein Sohn, ich werde auch dort sein!

Es harrt der reife Schoß der Muttererde
Der Sklavenschar, die emsig front und schafft,
Damit aus ihrem jungfräulichen Leibe
Der Same keime — neue Lebenskraft.
Jetzt wollen kühn wir uns're Kräfte messen,
Auf daß kein Windhauch wieg' die Ähren ein.
So wird die Scholle auch zur Kampfgenossin;
Schieß' nicht, mein Sohn, ich werde auch dort sein!

Mit Tränen schreib' ich zitternd diese Zeilen
An Dich, der unter meinem Herzen lag —
Mein Sohn — den ich genährt, gepflegt, ich zählte
Die Stunden nicht und macht' die Nacht zum Tag.
Du Fleisch von meinem Fleische, Blut von meinem,
Aufschluchzend will ich Dir entgegenschrei'n:
Du kannst nicht gegen mich die Hand erheben!
Schieß' nicht, mein Sohn, ich werde auch dort sein!

Du bist ja unser Heiland, der Messias,
Bist unser Hoffen, Leben, unser Gut.
Du sollst jetzt über unser Los entscheiden!
Des Aufruhrs Taumel soll dein Sklavenblut,
Dein heißes, wildempörtes Herz erfassen,
Wälzt sich heran das Heer der Rebellion,
Wie sturmgepeitschtes Meeres heulend Brausen —
Auch ich bin dort, drum schieße nicht, mein Sohn!

Noch droht er grollend nur und wirft im Spiele
Der Ozean, das Schifflein hin und her.
Wie aber, wenn der langen Knechtschaft müde,
Den Damm durchreißt das ungeheure Meer?
Wenn einstens jeglichem Soldatensohne
Die Mutter sendet einen solchen Brief,
In Flammenschrift, der zündet, aufrührt, schürt;
Schieß' nicht, mein Sohn, der Mutter Stimme rief!

Dieses Gedicht hat in der ersten ungarischen Revolution eine große Rolle gespielt und unter den Frauen wie Soldaten sehr agitatorisch gewirkt. Es ist in Ungarn volkstümlich geworden wie kaum ein zweites Gedicht der Revolutionszeit.

Preis 15 Pfg.

Nummer 3

Die Kommunistin

Frauenorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Herausgegeben von Klara Zetkin

Die Kommunistin erscheint am 1., 11. und 21. eines jeden Monats. Preis der Einzelnummer 15 Pfennig, durch die Post bezogen vierteljährlich 1.25 Mark (ohne Bestellgeld)

Stuttgart, 11. Juni 1919

Zuschriften für die Redaktion an Klara Zetkin, Wilhelmshöhe, Post Degerloch b. Stuttgart. — Zuschriften für den Verlag an Anna Stegmaier, Stuttgart, Ostendstr. 70.

Die Rettung.

Der Friede steht vor der Tür. Endlich, endlich, so klingt es aus dem Herzen ungezählter deutscher Frauen des werktätigen Volks, die nun seit nahezu fünf Jahren die bitterste Not erduldet, die härteste Sorgenlast getragen haben, und von denen viele Hunderttausende um teure Leben an der Ostgrenze zittern, verzweifelt an das traurige Los kriegsgefangener Angehöriger denken. Endlich, endlich, so tönt es aus den breitesten Frauenmassen aller Länder, nicht bloß der kriegführenden, auch der neutralen. Denn hat nicht der entsetzliche Weltkrieg mit erbarmungsloser, bluttriefender Faust in den Staaten der Sieger, der Besiegten und der Neutralen in das Frauenschicksal eingegriffen? Hat er nicht überall zerstört, gemordet? Das aber nicht bloß Güter und Menschen, nein, auch die höchsten Ideale, die sich die Menschheit im Verlaufe vieler Jahrzehntausende unter Qualen und Wonnen geschaffen hat, sich mühselig, Schritt für Schritt emporringend aus der Tierheit, freier, edler Menschlichkeit entgegen. Den Frieden rufen mit inbrünstiger Sehnsucht all die Frauen, die im eigenen Dasein oder mitfühlend das unsägliche Kriegselend erleben, all die Frauen, die denkend, wollend, handelnd danach streben, daß ihr Geschlecht, daß die Menschheit durch den Sozialismus erlöst werde und zur Freiheit, zu höherer Kultur emporsteige.

Aber ach! Der nahende Friede gleicht in keinem Zuge seinem erträumten Bilde. Er ist kein mild lächelnder Engel, der Frucht- und Segenskränze den Völkern reicht, die sich versöhnt in die Arme sinken. Der da friedeschließend vor uns tritt, das ist der reißig bewehrte Imperialismus in Person, der durch den Schlund von Kanonen, im Rattern und Tacken der Maschinengewehre spricht. Es ist der Sachwalter der kapitalistischen Ausbeutungswirtschaft, der mit brutaler Gewalt fremde Völker seiner Herrschaft unterwirft, um das eigene Volk der Arbeit nicht minder brutal unter kapitalistischer Botmäßigkeit zu halten. Die Bestimmungen des Friedensvertrags, die seine gepanzerte Faust schreibt, säen die Drachensaat neuer blutiger Verwicklungen. Der siegreiche Imperialismus der Ententestaaten knebelt den unterlegenen Imperialismus der Zentralstaaten, der im Falle seines Sieges nicht um ein Jota anders gehandelt haben würde. Der Friede von heut trägt so bereits den Krieg von morgen in seines Gewandes Falten. Er fügt für die schaffenden Massen in den Staaten der unterlegenen Imperialisten zur Ausbeutung und Knechtung durch den einheimischen Kapitalismus noch die Auspowerung und Unterdrückung durch den fremdländischen.

Millionen Frauen und Mütter in Deutschland sehen blutenden Herzens, wie ihre Kleinen darben, unter den Bissen der Hungerschlange verwelken, verkümmern, sterben. In verzehrender Ungeduld harren sie des Augenblicks, da die Blockade fällt und Lebensmittel aus dem Ausland wieder auf den deutschen Markt strömen, der Lebensmittelwucher verschwindet. Der Friedensvertrag, der Ost- und Westpreußen und Posen den Polen zuspricht, raubt Deutschland Hauptgebiete der Versorgung mit Mehl, Kartoffeln und anderen landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Die von ihm geforderte Auslieferung von Milchkühen, jungen Rindern, Schafen, von Pferden und landwirtschaftlichen Maschinen muß die Lebensmittelknappheit und Lebensmittelteuerung steigern. Und schlimmeres noch: sie bewirkt die Verelendung, den Zusammenbruch zahlreicher klein- und mittelbäuerlicher Existenzen, eine schwere Beeinträchtigung der landwirtschaftlichen Produktion. Was besagt das? Ein Andauern, ein Wachsen der Lebensmittelnot auch in der Zukunft.

Breite Massen proletarischer und kleinbürgerlicher Frauen drohen unter dem Druck der Wirtschaftszerrüttung, der Unsicherheit des Erwerbs, der Ausbeutung zusammenzubrechen, die in der Spannung zwischen Einkommen und Kosten der Lebenshaltung zum Ausdruck kommt. Sie fordern mit wachsender Klarheit und Bestimmtheit, daß der fleißigen Arbeit die Frucht ihres Mühens werde, daß Stetigkeit und Sicherheit von Handel und Wandel, Stetigkeit und Sicherheit der Existenz verbürge. Der Friedensvertrag setzt die Auslieferung des Saargebiets und Oberschlesiens fest, die Besetzung des linken Rheinufers. Er führt damit zermalmende, tötliche Schläge gegen die deutsche Industrie, die er von den Hauptzentren der Kohlen- und Eisenproduktion abschneidet. Er verstärkt diese Schläge dadurch, daß er die Auslieferung der Handelsflotte bringt, die Beschlagnahme der Überseekabel, Handelsverträge ohne Gegenseitigkeit, eine willkürliche Konfiskation industrieller und landwirtschaftlicher Produktionsmittel und anderes mehr. Dieser Friedensvertrag verfolgt systematisch ausgeklügelt das Ziel, die deutsche Wirtschaft als eine Wirtschaft der Armut, der Rückständigkeit, der Leistungsunfähigkeit am Boden zu halten, sie außer Stand zu setzen, in absehbarer Zeit mit der Wirtschaft anderer Staaten in Wettbewerb zu treten. Mit dem allem aber trifft der Friedensvertrag die Grundlage der Existenz auch des werktätigen Volks, trifft er wichtige Voraussetzungen der sozialistischen Bedarfswirtschaft, die die alles überragende Tagesforderung ist.

Ungezählte Frauen gedenken mit Entsetzen der erdrückenden Steuerbürde, die der Krieg geschaffen hat. Die fünfköpfige Familie würde im Durchschnitt 2500 Mark im Jahre zu den 25 Milliarden beizutragen haben, die der Reichsfinanzminister Dernburg als den Ausgabebetrag von Reich, Staat und Gemeinde errechnet hat. Der Friedensvertrag würde erzwingen, daß die inneren Kriegsschulden als null und nichtig erklärt werden, deren Verzinsung allein mit 10½ Milliarden fast die Hälfte des Betrags verschlingt. Er bestimmt, daß die Forderungen der Entente denen der einheimischen Staatsgläubiger vorgehen, und daß den Alliierten die Kontrolle über die deutschen Staatsfinanzen zusteht. Er sieht nicht nur die Zahlung von 20 Milliarden in kurzer Frist vor, sondern die Leistung weiterer Riesensummen von noch unbegrenzter Höhe.

Wir müssen uns in diesem Artikel damit begnügen, die militärischen und politischen Folgen eines Friedens nach dem vorliegenden Vertrag nur kurz zu kennzeichnen. Der neu erstehende Militarismus der deutschen Imperialisten wird zugunsten des Ententeimperialismus vollständig entwaffnet und gebändigt. Er könnte im Weltmachtskampf der imperialistischen Staaten um die Auswucherung und Beherrschung der nichtkapitalistischen Länder künftig nicht mehr sein Schwert in die Schale der Entscheidungen werfen. Wie Deutschland wirtschaftlich den Ententekapitalisten zins- und tributpflichtig werden würde, so gerät es politisch in größte Abhängigkeit von ihren Staaten. Im Westen und Norden von der alliierten Militärmacht zu Land und zu Wasser bedroht

hätte es im Osten bis weit in den Süden hinein die neugeschaffenen Raubstaaten gegen sich, die die Vasallen und militärisch-politischen Gendarmen der Entente sein sollen. Worauf liefe das alles in seinem Zusammenwirken hinaus? Nicht nur auf die Knebelung des raublustigen deutschen Imperialismus bei dem Fortbestehen und der Stärkung des um kein Haar besseren Ententeimperialismus. Nein, auch auf die Fesselung und Lähmung der militärischen und politischen Macht, die ein wirklich revolutionäres, sozialistisches Deutschland für seine Selbstbehauptung, für die Weltrevolution einsetzen könnte, auf die Abschnürung eines solchen Deutschlands von seinen natürlichen Bundesgenossen, vom sozialistischen Sowjetrußland und Sowjetungarn.

So eröffnet der Friedensvertrag den Ausblick auf verschärftes Elend, gesteigerte Ausbeutung der breitesten schaffenden Massen. Denn es ist klar, daß die in Deutschland trotz der Revolution noch herrschenden kapitalistischen Klassen ihren Teil an dem Elend so viel als nur möglich auf diese Massen abwälzen werden. Wozu auch wären sie in der Wirtschaft im Besitz und im sogenannten „Volksstaat" in der Macht? Als Zwischen- und Schwitzmeister der Ententekapitalisten werden sie verstehen, auch nach dem verderbenschwangeren Frieden ihre Profite einzuheimsen. Die Unsumme der Not, des Jammers zu tragen, wird das „vaterländische Vorrecht" der Armen und Kleinen bleiben.

Der drohende Schwertfriede beleuchtet mit der Schärfe des Scheinwerfers den Abgrund, in den die Kriegspolitik des Deutschen Reichs das deutsche Volk gestürzt hat. Er ist Zug für Zug Bein von ihrem Bein und Fleisch von ihrem Fleisch. Und diese Politik ist wesentlich die Mitschuld und das Mitverbrechen der Scheidemann, Erzberger, Dernburg, die jetzt an der Regierung sind, und der sie stützenden Parteien. Sowohl in der Vergangenheit unter dem Regiment Wilhelms II., wie in der Gegenwart unter dem „trefflichen Mann" Ebert I., den der Pabst des traulich-väterlich herablassenden Dus würdigt. Was die viereinhalbjährige Kriegspolitik der Herren und aller bürgerlichen Parteien begonnen, das hat dann ihre siebenmonatliche Revolutionspolitik vollendet. Sie ist wie der Teufel vor dem Weihwasser davor zurückgeschreckt, durch den rücksichtslos durchgreifenden Kampf gegen das ausbeutende große Kapital ein neues, ein sozialistisches Deutschland zu schaffen. Sie festigte die alte Ausbeutungs- und Herrschaftsgewalt der Besitzenden über die Habenichtse, indem sie diesen die vergoldeten tauben Nüsse der bürgerlichen Scheindemokratie als Spielzeug hinwarf und ihnen Schaumklöße sozialer Reformen vorsetzte.

Könnten es die proletarischen Frauen vergessen, daß trotz der Revolution der Wucher und Schleichhandel mit allen Gegenständen des Lebensbedarfs üppiger als je blüht? Daß durch Verfügung der Revolutionsregierung über Streikende und Arbeitslose als gegen „innere Feinde" die Hungerblockade verhängt wurde. Daß die Pump- und Schuldenwirtschaft von Reich, Staat und Gemeinde den letzten Nickel aus den Taschen der Werktätigen zu holen droht, während den Kriegsgewinnlern, den Reichen und Schiebern Zeit gelassen wurde, Milliarden zusammengewuchertes und ergaunertes Vermögen ins Ausland zu schaffen. Daß die industrielle Gütererzeugung stockt, daß hunderttausende Arbeitsloser Beschäftigung und Brot heischen, daß die Wirtschaft immer mehr verfällt, weil die Besitzenden und Ausbeutenden sich nicht an den Dornen der kapitalistischen Produktion ritzen wollen, nachdem sie deren Rosen so reichlich gepflückt haben. Könnten es die proletarischen Frauen vergessen, daß die Revolutionsregierung den lauten, dringlichen Schrei nach der Sozialisierung der Wirtschaft mit Maschinengewehren und Minenwerfern beantwortet? Daß unter ihr Zensur, Belagerungszustand, Schutzhaft, Polizei [illegible] Zeitungs- und Denunziantentum, Klassenjustiz geile Schößlinge treiben wie nie zuvor. Daß der Militarismus in den Noskegarden in der barbarischen Form von Söldnerheeren auferstanden ist. Daß der Klassenjustiz der Bourgeoisie in Berlin, München, Halle, Düsseldorf und anderen Orten Blutorgien feierte, den weißen Schrecken, den politischen Meuchelmord zum System erhob?

[illegible] regierende schwarz-rot-gelbe Triumvirat der Zentrümler, Mehrheitssozialdemokraten und Demokraten hat während der [illegible] gegen den siegestrunkenen Ententeimperialismus ein starkes Bollwerk zu schaffen

in Gestalt der entfesselten wirtschaftlichen, politischen und militärischen Kräfte eines sozialistischen Deutschlands. Umgekehrt, es hat diese Kräfte geknebelt, entwaffnet, im Blute erstickt. Es hat damit Deutschland wehrlos dem Ententeimperialismus zur Beute ausgeliefert. Der vorliegende Friedensvertrag drückt das offizielle Siegel unter die Bankrotterklärung der imperialistischen Weltmachtspolitik Deutschlands, wie unter die Politik der kapitalistischen Gegenrevolution mit mehrheitssozialdemokratischer Firma.

Deshalb wird die Regierung der Gegenrevolution diesen Friedensvertrag schließlich unterzeichnen, auch wenn die Scheidemänner in noch so theatralischer Pose ein Unannehmbar schwören. Nur Narren können erwarten, daß eine wesentliche Milderung durch diplomatische Kunststückchen nach Großvater Weise, durch demütiges Winseln oder heroische Gesten zu erreichen sei. Wahnsinn, Verbrechen aber ist es, unter den gegebenen Umständen mit dem Gedanken eines Verzweiflungskriegs zu spielen. So grausam der drohende Friede ist, nicht auszumalen sind die Folgen eines neuen Völkermordens, mit seinen Begleiterscheinungen: der Verschärfung der Hungerblockade, der Besetzung weiterer deutscher Gebiete usw. Das kapitalistische Deutschland ist außer Stande, den Ententeimperialismus militärisch niederzuringen, ja auch nur sich gegen ihn verteidigend zu behaupten. Trotz der aufgebotenen Regie, trotz der „glänzenden" Demonstrationsversammlungen, mit und ohne Scheidemanns Trompetenstößen, trotz anbefohlener „Landestrauer" lassen sich die breitesten Volksmassen nicht wieder wie 1914 in einen Kriegstaumel hetzen. Das gebrannte Kind scheut das Feuer. Die moralische Massenstimmung ist gegen den Krieg, verweigert ihm neue Blut- und Gutsteuern.

Die Regierung wird den Friedensvertrag unterzeichnen, weil sie ihn unterzeichnen muß. Sie mag sich drehen und wenden wie sie will, sie entgeht nicht dem Schicksal, dieses imperialistische Kind ihrer eigenen imperialistischen und gegenrevolutionären Politik an ihr gut bürgerliches Herz nehmen zu müssen. In dieser Situation ist es unbegreifliche politische Kurzsichtigkeit, daß die Unabhängige Sozialdemokratie der Regierung das saure Geschäft des Unterzeichnens erleichtert und versüßt. An dem Pathengeschenk dieses Friedensvertrags könnte die scheinrevolutionäre Regierung sterben, die Führer der Unabhängigen Sozialdemokratie reichen ihr aber bereits im Voraus ein Gegengift. Ihre Aktion läuft darauf hinaus, das Unterzeichnenmüssen aus einer harten Notwendigkeit für die sozialdemokratischen und bürgerlichen Scheidemänner in eine Lösung großer proletarischer Massen zu verwandeln. Dieses Beginnen deucht uns um so gefährlicher, als es damit gerechtfertigt werden soll, daß bei Licht besehen der aufgezwungene Friede doch nicht gar so schrecklich, sondern halbwegs erträglich sei. Es entpuppt sich letzten Endes als ein Ausfluß jener opportunistisch gerichteten Politik, die in entscheidenden Augenblicken stets nur zwei Übel vor sich sieht, von denen die politische Klugheit selbstverständlich das kleinere zu wählen hat. Über dem vorsichtigen, weisen Rechnen und Wägen, welches denn eigentlich das kleinere Übel sei, geht der Blick verloren für die dritte Möglichkeit. Nämlich beiden Übeln eine konsequente sozialistische, revolutionäre Massenpolitik und Massenaktion entgegenzustellen.

Genosse Haase und die ihm gleichgesinnten Führer der Unabhängigen Sozialdemokratie verweisen für ihre Stellungnahme auf Lenins Beispiel und seine Einschätzung des Brest-Litowsker Gewaltfriedens als einer „Atempause", deren die Revolution bedurfte. Diese Genossen haben ein eigentümliches Pech, wie fast stets, wenn sie sich auf russische Beispiele berufen, statt wie sie es sonst zu tun pflegen, vor ihnen zu warnen. Sie übersehen vollständig die ganz anders gelagerte geschichtliche Situation. Lenin ließ die „Atempause" des unfreiwilligen Gewaltfriedens gelten nach einer wirklichen Revolution, die die Staatsmacht in die Hände der Proletarier und Bauern gegeben hatte. Die „Atempause" diente der Befestigung, dem Weitertreiben der Revolution und wirkte damit erweckend, ermutigend auf die Proletarier außerhalb Rußlands zurück. In Deutschland dagegen würde eine gegenrevolutionäre Regierung den Frieden schließen, würde die Gegenrevolution eine Atempause gewinnen. Davon abgesehen, daß die „Verheeren" des Friedensschlusses den Ententeimperialismus materiell und politisch stärkten und der Revolutionierung der Proletarier in den alliierten Staaten entgegenwirkten.

Nein und abermals nein! Wir haben Deutschlands schaffende Massen nicht aufzurufen, der gegenrevolutionären Regierung Ebert-Scheidemann und damit dem Kapitalismus eine „Atempause" zu verschaffen. Wir haben unsere ganze Kraft daran zu setzen, dieser Regierung und dem Ungeheuer des Kapitalismus, das von ihr geschützt wird, auch nicht eine Minute zum Atemschöpfen zu gönnen. „Lasset die Toten ihre Toten begraben". Die formale, papierene Liquidierung des wahnwitzigen, verbrecherischen Weltkriegs, die Entscheidung über bürgerlich-imperialistische Friedensverträge, über das Unterzeichnen oder Nichtunterzeichnen solcher Dokumente soll die Sache und Sorge der scheinrevolutionären Regierung und ihrer Stützen sein. Unsere Sache und Sorge muß es bleiben, den Weltkrieg in der Wirklichkeit der Dinge durch die Tat zu liquidieren. Die einzige wahrhafte Liquidation des Weltkriegs ist die Weltrevolution. Das Herz der Weltrevolution klopft jetzt in Deutschland. Wir dürfen nicht warten bis die proletarischen Massen der Ententestaaten sich zum revolutionären Kampf gegen ihren Imperialismus und Kapitalismus stellen. „Charity begins at home", Wohltun fängt daheim an! Ballen wir alle Begeisterung, Energie und Opferfreudigkeit zusammen, um in Deutschland das gegenrevolutionäre Blutregiment der Scheidemann-Noske zu brechen und damit den aufstrebenden Imperialismus, den bereits den Kapitalismus in die Knie zu zwingen. Werken wir, daß die Erkenntnis der Massen Wille und Tat werde. Alle Siegesgelüste, alle Macht des Ententeimperialismus wird an einem sozialistischen Deutschland zerschellen, das mit dem sozialistischen Rußland und Ungarn brüderlich geeint die Proletarier der ganzen Welt zum heil'gen Krieg gegen Imperialismus und Kapitalismus ruft. Der Weg zu Frieden und Freiheit für Deutschlands Volk der Arbeit geht über die zertrümmerte Herrlichkeit der demokratisch maskierten Gegenrevolution. Die Diktatur des deutschen Proletariats, das sich für seine Herrschaft eine reine Räteverfassung schafft, ist die Vorfrucht des Weltfriedens, der Weltfreiheit, der Völkerverbrüderung. Für die bürgerliche, die kapitalistische Welt gibt es kein Empor aus dem Chaos der Weltkriegsverhältnisse. Aus diesem Chaos kann, muß die neue sozialistische Ordnung geboren werden. Der Wille, die Tatbereitschaft des Proletariats muß sie schaffen. Nicht Diplomatenhand, die Revolution muß den Friedensvertrag schreiben. Das ist die Losung der Stunde, das ist die Rettung.

Die Gerichteten.

Die ebenso infame als plumpe Komödie des Gerichtsverfahrens gegen die militärische Meuchelmörder von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ist vorüber. Sie ist von Anfang bis zu Ende „im Stil" geblieben. Sie endete, vor dem Oberkriegsgericht wie sie begonnen: als eine schamlose freche Verhöhnung des Rechtsempfindens der breitesten proletarischen Massen in Deutschland, ja in der ganzen Welt, denn diese Massen fühlen sich in ihren gemeuchelten heldenmütigen Vorkämpfern getroffen.

Erinnern wir uns des gerichtlichen Verfahrens, das die Taten der bestialischen Mordbuben „sühnen" sollte. Es wird ein unzerreißbares Blatt der Schande in der Geschichte der deutschen Klassenjustiz, in der Geschichte der deutschen Gegenrevolution und des Scheidemann-Landsberg-Regiments bleiben. Seit dem Mordtage waren die Mörder bekannt. Jedoch nach fünf Tagen war noch kein Schuldiger vernommen worden, und es dauerte vier Wochen, bis das Gericht sich dazu bequemen mußte, einen [illegible] gegen den Mörder Runge zu erlassen. Dieser hatte [illegible] wenden können, obgleich das ihn belastende [illegible] dem Oberkriegsgerichtsrat Jorns bekannt war. Die [illegible] Zechgelage gefeiert, sich um „leere Flaschen" und den verstorbenen Runge gruppiert photographieren lassen: sie hatten reichlich Zeit gehabt, sich untereinander zu verständigen, damit sie ihren Anteil am [illegible] Verbrechen verdunkeln konnten und sich nicht gegenseitig belasteten. Ohne die schlüssigen Veröffentlichungen der „Roten Fahne" hätte man wahrscheinlich gar nichts von einer [illegible] der Mörder gehört. Die Voruntersuchung war ihrem [illegible], „streng vorschriftsmäßig", in dem Willen und Bemühen ihr Ziel zu erreichen: einige offen sichtbar gewordene Widerstände möglichst weiß zu waschen

und andere Mörder mitsamt den Anstiftern zum Verbrechen vor dem Erscheinen auf der Anklagebank zu behüten.

Die Mehrheitssozialdemokraten in der Regierung, vertreten durch Dr. Landsberg, hatten die skandalöse Voruntersuchung gut geheißen, hatten es abgelehnt, die Ermordung der treuen Führer des revolutionären Proletariats vor einen Gerichtshof zu bringen, der eine Aufhellung und Sühne des entsetzlichen Verbrechens verbürgte. Die Schuldigen sollten, so wurde mit biedermännischem Augenaufschlag versichert, nicht ihrem ordentlichen Gerichtsherrn, nicht dem zuständigen Tribunal entzogen werden. „Von Rechtswegen", wie unsere unvergeßlichen Freunde mit dem heimlichen Segen des kapitalistischen Rechts gemeuchelt worden waren, zu dessen vornehmsten Schützern heute die Scheidemann und Landsberg zählen. Wie die Kriegsgerichtsbarkeit so wurde die Regierung zur Hehlerin der Mordbuben. Wie wäre ein anderes Handeln derer möglich gewesen, die gleichzeitig die Herren und die Bedienten, die Schützer und die Schützlinge der weißgardistischen Verbrecherbande des Edenhotels sind. Es war selbstverständlich, daß unter diesen Umständen die Angehörigen der Gemeuchelten es ablehnten, irgend etwas mit dem Gerichtsverfahren zu tun zu haben und Interesse dafür zu bekunden.

Die Verhandlungen vor dem Gericht entsprachen durchaus dem Untersuchungsverfahren. Auf der Armesünderbank erschienen nicht Angeklagte, die sich von der Last scheußlicher Verbrechen und der Aussicht auf Strafe dafür bedrückt fühlten. Es waren heitere, unerschütterliche, provozierend auftretende Militärs, die sich das langweilige Zwischenspiel der Verhandlungen durch regen, scherzhaften Verkehr mit Verwandten und Freunden im Zuhörerraum, durch Frühstück und Zeitungslektüre zu kürzen suchten. Diese Angeklagten waren ihres „Rechts" und ihrer Richter sicher. Sie wußten es zuvor, daß da die felsenfeste Überzeugung war, Liebknecht sei kraft militärischer Notwehr beim Fluchtversuch erschossen worden; das harmlose Engelgemüt der wachhabenden Offiziere habe nie mutmaßen können, die von Liebknechts Blut triefende Mörderfaust des Runge werde eine Stunde später auch das Haupt der wehrlosen Rosa Luxemburg zerschmettern; nicht Oberleutnant Vogel, der große Unbekannte habe dieser aus unmittelbarer Nähe eine Kugel ins Hirn gejagt; nie, nie habe unter den Offizieren eine Verabredung zur Meuchelung der beiden verhaßten Vorkämpfer der Revolution stattgefunden.

Diese felsenfeste Überzeugung, die nicht sehen wollte, was sogar die ganze bürgerliche Welt sieht, die nicht strafen wollte, was die ganze proletarische Welt in Entsetzen, Schmerz und Empörung aufschreien ließ, hat das Urteil gesprochen. Es ist danach, ist die [illegible] der Gerichtsfarce und Gerichtsschande. Nach viereinhalbstündiger Beratung fällte das Gericht dieses Urteil: der Husar Runge bekam wegen Wachvergehens im Felde, versuchten Totschlags in Verbindung mit gefährlicher Körperverletzung unter [illegible] auch der Dienstwaffen in zwei Fällen, in einem Fall in Tat[illegible] mit erschwertem Wachvergehen im Felde zwei Jahre Gefängnis und zwei Wochen Haft, sowie vier Jahre Ehrverlust. Der Angeklagte Oberleutnant Kurt Vogel wurde verurteilt wegen erschwerten Wachvergehens im Felde in Tateinheit mit Mißbrauch der Dienstgewalt und vorsätzlicher Falschmeldung zu zwei Jahren vier Monaten Gefängnis und Dienstentlassung; von der Anklage der Duldung strafbarer Handlungen Untergebener und erschwerten Wachvergehens im Felde sowie des Mordes wurde er freigesprochen. Ferner wurde verurteilt der Oberleutnant der Reserve Rudolf Liepmann wegen unbefugter Anmaßung einer Befehlsbefugnis und Begünstigung zu sechs Wochen erschwerten Stubenarrest; von der Anklage des Mordes wurde er freigesprochen. Die übrigen Angeklagten, [illegible] Hein von Pflugk-Harttung, Oberleutnant z. S. Ulrich von Ritgen, Leutnant z. S. Heinrich Stiege, Leutnant z. S. Bruno Schulze und Hauptmann Heinz v. Pflugk-Harttung wurden freigesprochen.

Man vergleiche diesen richterlichen Spruch mit den blutigen Urteilen, die gegen Genossinnen und Genossen wegen angeblichen Landes- und Hochverrats, lediglich durch die Verbreitung von Flugblättern und [illegible] verhängt worden sind! [illegible] wurde weil er zur Meuterei aufgefordert

und gerufen hatte: Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung! Man wird bei diesem Vergleich scharf empfinden, was das Wort Klassenjustiz bedeutet, wird empfinden, welchen Haß und Rachedurst, welche Trübung und Umkehrung aller Begriffe die Angst um den Besitz bei den Nutznießern der heutigen Ordnung und ihren Trabanten erzeugt.

Zwei Menschenleben wurden ausgelöscht, vernichtet. Zwei kostbare, wertvollste Menschenleben, an denen sich das Hoffen, Wollen und Wirken, das höhere Dasein Ungezählter entzündete, aufrichtete. Die Erschlagenen waren selbstlose, aufopfernde, heldenkühne Diener eines Ideals, des höchsten gesellschaftlichen Ideals: kein Mensch dürfe mehr Sklave und elend sein, alle Menschen müßten gleich frei und glücklich werden. Sie wurden als Wehrlose unter den schauerlichsten Umständen gemordet. Eine Sühne dieses Verbrechens durch Richterspruch ist überhaupt unmöglich. Aber das Gericht anerkannte nicht einmal durch seinen Spruch, daß wütende Menschenbestien ein gräßliches Verbrechen begangen haben.

Die milden Richter haben in milden Hütern Nachfolger und Bundesgenossen gefunden. Erdrückendes Tatsachenmaterial bewies, daß Oberleutnant Vogel den mörderischen Schuß auf Rosa Luxemburg abgefeuert hat, daß er wahrscheinlich einer der Hauptschuldigen des ganzen Mordkomplotts ist, dem unsere Freunde zum Opfer gefallen sind. Vogel ist wenige Tage nach dem Urteilsspruch am 17. Mai aus dem Moabiter Zellengefängnis befreit worden. Von einem Offizier, der den Mordbuben in einem geschlossenen Privatauto entführt hat, unter Vorzeigung gefälschter Papiere. Die berüchtigte, blutrünstende Noskegarde im Edenhotel, zu der Vogel gehörte, hat die Öffentlichkeit erst zwei Tage nach der Flucht davon unterrichtet. Man ließ also den „Befreiern" Zeit, den Mörder in Sicherheit zu bringen. Und es kommt noch besser. Genosse Dr. Cohn, Vertreter der U.S.P. in der Nationalversammlung, teilte folgendes mit. Bereits am letzten Verhandlungstag des Prozesses, am 14. Mai, hat er telefonisch den Kriegsminister Reinhardt davon in Kenntnis gesetzt, daß falsche Pässe für die Angeklagten besorgt seien, und daß der für den Oberleutnant Vogel auf den Namen Kurt Velsen laute. Der Herr Kriegsminister antwortete beruhigend, daß die Angeklagten ja in Haft seien. Genosse Dr. Cohn hat am frühen Nachmittag des gleichen Tages die nämliche Mitteilung persönlich dem Ministerialrat Ruscher zur Übermittelung an den Ministerpräsidenten und die übrigen zuständigen Stellen gemacht.

Der Ministerialrat hat diesen Auftrag erfüllt. Er hat namentlich auch mit dem Kriegsminister über die Nachricht gesprochen. Der Reichswehrminister Noske ist von der Angelegenheit unterrichtet worden. Er hat noch am gleichen Tag in einem Befehl erklärt, es sei „fernerlei unerlaubte Freiheit für die Angeklagten zuzulassen, . . . auf keinen Fall dürfe ein Fluchtversuch fahrlässig oder schuldhaft erleichtert werden." Allein dieser Befehl sticht durch seine Länge und seinen Ton recht wesentlich von den kurzen, schwerigen Dokumenten ab, durch die der Weißgardistenhäuptling Noske sonst seinen Willen zu äußern pflegt. Man erinnere sich seines Standrechtsbefehls für Berlin. Jedenfalls hat seine väterliche Mahnung keine Beachtung gefunden. Die Militärs im Edenhotel mitsamt ihren offenen und heimlichen Schützen sind mächtiger als der sich allmächtig gebärdende Herr Noske. Vogel konnte trotz gewarnter Behörden, trotz Aufforderung zu sorgsamer Überwachung, trotz strengster Autokontrolle entfliehen. Aus dem nämlichen Zellengefängnis, in dessen Gängen der edle, mutige, kaltblütige Leo Jogiches erschossen, der frühere Führer der Volksmarinedivision Dorenbach tödlich verwundet wurde, so viele Ungenannte niedergeknallt worden sind. Alle natürlich bei einem „Fluchtversuch", wie Liebknecht auf der „Flucht" gefallen ist. In dem Deutschland der triumphierenden Gegenrevolution der Scheidemann-Noske gibt es Mordgewehre, die zur Zeit losgehen, aber auch Gefängnisse, die sich zur Zeit öffnen. Jedem das Seine: Freiheitskämpfern das tödliche Blei, gegenrevolutionären Mördern die Freiheit.

Der Prozeß Liebknecht-Luxemburg und sein Nachspiel schlagen mit frechem Hohn dem Rechtsempfinden der breitesten Massen der ganzen Welt ins Gesicht, die in den Gemeuchelten ihre kühnen, treuen Bannerträger, die Wegweisenden ins Land des Sozialismus lieben und verehren. Für diese Massen, für jeden anständig Fühlenden und Denkenden sind und bleiben nicht bloß die bekannten Mordbuben gerichtet, sondern auch die ungenannten, mitsamt den Hetzern, Anstiftern und Hehlern des Meuchelmordes. Gerichtet sind und bleiben mit den Mördern des Edenhotels die Militärgerichtsbarkeit, der Gerichtshof, der Oberkriegsgerichtsrat Jörns und seine Gehilfen, die Regierung der Gegenrevolution. Das Urteil über die Gerichteten wird die Revolution vollstrecken, indem sie den Schändern der Menschlichkeit und des Rechts zudonnert: Eure Uhr ist abgelaufen! Eure Macht ist gewesen!

—

Der Räteherrschaft entgegen.

Im Osten, in Rußland wurde der Gedanke der Räteherrschaft des Proletariats geboren. Bereits während der ersten russischen Revolution im Jahre 1905 wurden Arbeiterräte gebildet, die Klassen- und Kampforgane des Proletariats waren. Doch wie diese proletarische Revolution in ihrem Anlaufe stecken blieb, ja scheinbar von der Gegenrevolution vom Erdboden getilgt wurde, so auch die entstandenen Arbeiterräte. Sie wurden von der siegestrunkenen Gegenrevolution vernichtet. Doch dem Gedanken der Arbeiterräte erging es wie anderen revolutionären Erscheinungen, die eine geschichtliche Notwendigkeit sind. Solche Erscheinungen können wohl mit brutaler Gewalt zeitweilig vernichtet werden, die Mächte der Reaktion können die Formen des neuen, revolutionären Lebens zeitweilig zertrümmern, das sich durchsetzen will. Aber diese Mächte sind außer Stande, die Ursachen zu beseitigen, die mit Naturnotwendigkeit zur Revolution führen und ihr Träger, Organe schaffen. Der Rätegedanke verschwand während des Winters der Gegenrevolution, um unter den Strahlen der Frühlingssonne der neu einsetzenden sozialistischen Revolution wie ein erweitertes Samenkorn sich zu dehnen, dessen Triebe rasch Form und Farbe annehmen. Die zweite russische Revolution nahm den Gedanken der Räteorganisation auf, und in ihrem Verlaufe entwickelten sich die Räte zu dem **Machtorgan der proletarischen Klassenherrschaft**.

Als im November 1918 das alte Deutschland der Militärdiktatur zusammenbrach, schoß der Rätegedanke ganz spontan aus dem aufgewühlten Bewußtsein der proletarischen Massen hervor. Es bildeten sich über ganz Deutschland A.- und S.-Räte. Doch schon der zweite Tag der siegreichen Revolution zeigte, daß der Gedanke der Räteherrschaft in den Köpfen der deutschen Proletarier noch nicht die Klarheit hatte, die er bereits in Rußland besaß. In der Weltrevolution des Proletariats wirken Gedanken der fortgeschrittensten Vorhut auf weniger entwickelte Teile der Kämpferscharen ein. Aber die Arbeiterklasse jedes einzelnen Landes gelangt nur durch eigene Erfahrung, durch eigenen Kampf zu der Klarheit seiner Aufgaben, wie zu der Kraft, sie durchzuführen. Kein Golgatha wird dem Proletariat auf dem Wege zu seinem sozialistischen Siege erspart. Der Rätegedanke spiegelt in seiner Entwicklung die Entwicklung der proletarischen Revolution selbst wieder.

Wie die Novemberrevolution in Deutschland unreif, unvollkommen war, so auch der Gedanke der Räte. Das Proletariat entwickelt war, so auch der Gedanke der Räte. Das Proletariat schuf sich Räte, aber zugleich daneben eine selbständige Regierung, die zwar aus Sozialdemokraten bestand, aber ihrem Wesen, ihrer Politik nach, Organ des alten bürgerlichen Staats blieb. Die Spitze der politischen Pyramide bekam eine rote Mütze aufgesetzt, die Grundlage, der bürgerliche Staat, blieb unverändert. Das trat in Erscheinung, als die alten politischen Einrichtungen der bürgerlichen Klassenherrschaft, mit neuen Etiketten versehen, in der Nationalversammlung und der von ihr geschaffenen neuen Verfassung wiedererstanden. Erst nachdem die Nationalversammlung und die „sozialistische" Regierung der Ebert-Scheidemann ihres Wesens Wesenheit in einer ausgesprochen bürgerlichen Politik entfalteten, begannen die proletarischen Massen zu begreifen, was die Räte für den Sieg des Sozialismus bedeuten.

Um dem entgegenzuwirken, daß der Gedanke der Räteherrschaft von den arbeitenden Massen Besitz ergreift, wird von den Verfechtern des Kapitalismus mit allen Mitteln der Lüge und Verleumdung gearbeitet und die Losung der Räteherrschaft selbst umgefälscht.

Vor allem sucht man die Forderung der Räte dadurch verächtlich zu machen, daß man behauptet, sie sei mit dem Grundsatz der Demokratie durchaus unvereinbar. Ihre Verwirklichung bedeute die Auferstehung des alten Absolutismus, der alten Gewaltherrschaft in neuer Form. Wie verhält es sich damit? Die Herrschaft der Räte, für die die Kommunisten eintreten, bedeutet, daß alle gesetzgebende, verwaltende und vollziehende Gewalt im Staate einzig und allein den Räten übertragen wird. Die Räte soll n nur von den schaffenden Massen gewählt werden, von den Hand- und Kopfarbeitenden. Sie werden mithin reine Klassenorgane der arbeitenden Massen sein. Der politische Einfluß der Bourgeoisie im Staate soll dadurch ausgeschlossen werden, daß den Kapitalisten das Wahlrecht zu den Räten nicht zustehen soll.

Die Räteherrschaft ist unverhüllte Klassenherrschaft des Proletariats, ist die Diktatur des Proletariats. Aber sie ist trotzdem nicht undemokratisch. Denn sie ist die Herrschaft der ungeheuren Mehrheit der Volksmassen und hat zugleich die Aufgabe, volle, ganze Demokratie zu schaffen. Indem sie der Ausbeutung der Mehrheit durch eine kleine Minderheit Besitzender ein Ende bereitet, wirtschaftliche Gleichheit aller herbeiführt, vernichtet sie die Grundlage der politischen Herrschaft von Menschen über Menschen, bringt sie volles, gleiches politisches Recht und gleiche politische Macht für alle. Die bürgerliche Demokratie, die heute die Ebert-Scheidemann-Regierung verewigen will, schließt in sich die Ausbeutung der breiten Volksmassen durch eine kleine Minderheit Bevorrechteter, schließt in sich ewige Arbeitsfron der ausgebeuteten Vielen und arbeitsloses Einkommen der ausbeutenden Wenigen. Das demokratische Wahlrecht läßt die undemokratische, ungerechte Wirtschaftsordnung der kapitalistischen Ausbeutung unangetastet. Der bürgerlichen Demokratie das Wort reden, bedeutet nichts anderes, als der Ausbeutungsherrschaft der Bourgeoisie das Wort reden. Ob das wirklich Treue für den Grundsatz der Demokratie ist, vermag jede Proletarierin unschwer zu entscheiden.

Auf eine Umfälschung des Rätegedankens durch die Ebert-Scheidemann-Regierung läuft das Streben hinaus, die Räte in „der Verfassung zu verankern". Was besagt es? Nicht mehr und nicht weniger, als daß die Räte nicht Machtorgane des Proletariats sein sollen zur Überwindung des Kapitalismus und zur Durchführung des Sozialismus, sondern daß sie zu einem machtlosen Schein unter der fortbestehenden bürgerlichen Klassenherrschaft verurteilt werden. Für die arbeitenden Massen kann es in dieser Frage kein Kompromiß geben. Die Revolution hat klipp und klar die Frage gestellt: Kapitalismus oder Sozialismus! Herrschaft der ausbeutenden Bourgeoisie oder Herrschaft des alle Ausbeutung abschaffenden Proletariats. Deshalb kann es in der Frage der Räte nur eines geben: alle gesetzgebende, verwaltende und vollziehende Macht den Räten zu übertragen. Keine Teilung der Rätemacht mit irgend einer anderen politischen Gewalt, heiße sie Nationalversammlung oder Reichsrat. Wie es keine Verquickung des Sozialismus mit dem Kapitalismus geben kann, so keine Verkoppelung der Räteherrschaft mit irgend einer politischen Herrschaftsform der Bourgeoisie.

Wer das Ziel will, muß den Weg wollen. Der Weg zum Sozialismus führt über die Räteherrschaft. Indem die Räte die gesamte politische Macht in die starke Faust des arbeitenden Volks legen, führen sie zu einem grundlegenden „Umsturz" der politischen Zustände. Die werktätigen Massen werden aus politisch Beherrschten zu politisch Herrschenden. Zugleich bringt ihre Herrschaft eine wirtschaftliche und eine soziale Revolution mit sich. Auf der ganzen Linie setzt sich mit voller Kraft der Kampf zur Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaft und ihrer sozialen Folgen durch. Die soziale Herrschaft einer Minderheit Ausbeutender wird durch die Herrschaft der großen Massen produktiv Schaffender ersetzt.

Die Herrschaft der Räte kann sich nur von unten auf durchsetzen. Proletarische Massen müssen Brust an Brust mit dem Kapitalismus um politische und wirtschaftliche Macht und Freiheit ringen. Der Gedanke, daß dem arbeitenden Volk die Herrschaft im Staat gebührt, daß sie ihm durch die Räte gesichert wird, muß in den Köpfen von Millionen werktätiger Männer und Frauen fest „verankert" werden und zwar mit aller Klarheit und Festigkeit. Die Rätemacht kann nicht durch Dekrete geschaffen werden. Sie kann nicht den bürgerlichen Parlamentarismus ablösen, wie irgend eine bürgerliche Regierung an die Stelle einer anderen bürgerlichen Regierung tritt. Denn Räteregierung bedeutet etwas grundlegend Neues, Anderes: den Übergang der politischen Macht von einer Klasse an eine andere Klasse, von der Klasse der Besitzenden und Ausbeutenden an die Klasse der Besitzlosen und Wenigbesitzenden, an die Klasse der Ausgebeuteten.

Die Räteherrschaft ist die Diktatur des Proletariats. Ihre Aufgabe ist die Umwandlung der kapitalistischen Gesellschaft in die kommunistische. Das begreift in sich, daß die Rätemacht unerschrocken alle Maßregeln durchführt, die die Gesellschaft der kapitalistischen Ausbeutung, des Privateigentums entwurzeln, die die Bahn freilegen für die Entwicklung des Sozialismus. Das begreift in sich den Kampf zum Schutz der emporsteigenden sozialistischen Gesellschaft gegen Angriffe ihrer Todfeinde.

Die Aufrichtung und Durchführung der Räteherrschaft muß das Werk der produktiv Schaffenden in Stadt und Land selbst sein. Dieses Werk muß in Angriff genommen werden mit klarem Blick und entschiedenem, unerschütterlichem Wollen. Nicht ein Gesetzestext, der trügerischen Schein für kraftvolles Sein setzen soll, das sicherste Bewußtsein der proletarischen Massen führt zur Räteherrschaft und durch sie zum Sozialismus. B. Th.

—

Manifest der Kommunistischen Internationale.

III.

Die gesamte bürgerliche Welt klagt die Kommunisten an, daß sie die Freiheiten und die politische Demokratie vernichten. Das ist nicht wahr. Zur Herrschaft gelangt, stellt das Proletariat nur die volle Unmöglichkeit fest, die Methoden der bürgerlichen Demokratie anzuwenden und schafft Bedingungen und Formen einer neuen höheren Arbeiterdemokratie. Der ganze Gang der kapitalistischen Entwicklungen, besonders in der letzten imperialistischen Epoche, untergrub die politische Demokratie nicht nur dadurch, daß er die Nationen in zwei unversöhnliche Klassen spaltete. Er tat dies vielmehr auch dadurch, daß er die zahlreichen kleinbürgerlichen und halbproletarischen Schichten ebenso wie die Unterschichten des Proletariats zur bleibenden wirtschaftlichen Verkümmerung und politischen Ohnmacht verurteilt.

In denjenigen Ländern, in denen die geschichtliche Entwicklung der Arbeiterklasse die Möglichkeit dazu gegeben hat, hat das Proletariat das Regime der politischen Demokratie ausgenützt, um sich gegen das Kapital zu organisieren. Das nämliche wird auch ferner in jenen Ländern geschehen, wo die Vorbedingungen einer Arbeiterrevolution noch nicht herangereift sind. Aber die breiten Zwischenschichten auf dem flachen Lande, wie in den Städten werden durch den Kapitalismus in ihrer geschichtlichen Entwicklung gehemmt und drohen um ganze Epochen zurück. Der nicht über seine Kirchturmspitze hinaussehende badische und bayrische Bauer, der durch die großkapitalistische Weltverständigung zugrunde gerichtete französische kleine Weinbauer, der durch Bankiers und Abgeordnete ausgeplünderte und betrogene amerikanische Kleinfarmer: all diese durch den Kapitalismus von der großen Straße der Entwicklung abgedrängten sozialen Schichten werden auf dem Papier durch das Regime der politischen Demokratie zur Verwaltung des Staates berufen. In Wirklichkeit aber fällt in allen wichtigen Fragen, die die Geschicke der Völker bestimmen, die Finanzoligarchie ihre Entscheidungen hinter dem Rücken der parlamentarischen Demokratie. So war es vor allem in der Kriegsfrage, dasselbe spielt sich jetzt in der Friedensfrage ab.

Wenn es die Finanzoligarchie für nützlich hält, ihre Gewaltakten durch parlamentarische Abstimmungen zu decken, stehen dem bürgerlichen Staate zur Erreichung der erforderlichen Ziele alle von früheren Jahrhunderten der Klassenherrschaft geerbten und durch die Wunder der kapitalistischen Technik vervielfachten Mittel zur Verfügung: Lüge, Demagogie, Hetze, Verleumdung, Bestechung und Terror. An das Proletariat die Forderung stellen, daß es im letzten Kampfe mit dem Kapitalismus, in dem es sich um Leben und Tod handelt, lammfromm den Fortbestand der bürgerlichen Demokratie folgen solle, was hieße das? Von einem Menschen, der gegen Räuber sein Leben und seine Existenz verteidigt, verlangen, daß er die künstlichen, bedingten Regeln des

französischen Ringkampfes einhält, die von seinem Feinde aufgestellt und von diesem selbst nicht befolgt werden.

Im Reiche der Zerstörung, wo nicht nur die Produktions- und Transportmittel, sondern auch die Institutionen der politischen Demokratie blutige Trümmer darstellen, muß das Proletariat seinen eigenen Apparat schaffen, der vor allem als Bindemittel für die Arbeiterklasse dient und ihr die Möglichkeit eines revolutionären Eingreifens in die weitere Entwicklung der Menschheit sichert. Dieser Apparat sind die Arbeiterräte. Die alten Parteien, die alten Gewerkschaften haben sich in der Person ihrer Führer als unfähig erwiesen, die von der neuen Epoche gestellten Aufgaben zu verstehen, geschweige denn, sie zu erfüllen. Das Proletariat schuf eine neue Form des Apparats, der die gesamte Arbeiterschaft umfaßt, ohne Unterschied des Berufes und der politischen Reife. Einen elastischen Apparat, der fähig ist, sich fortwährend zu erneuern, zu erweitern, immer neue und neue Schichten in seine Sphäre hineinzuziehen, seine Tore den arbeitenden Schichten der Stadt und des Dorfes zu öffnen, die dem Proletariat nahestehen. Diese unersetzliche Organisation der Selbstverwaltung der Arbeiterklasse, ihres Kampfes und in Zukunft auch der Eroberung der Staatsmacht ist durch die Erfahrung verschiedener Länder erprobt worden. Sie stellt die größte Errungenschaft und die mächtigste Waffe des Proletariats unserer Zeit dar.

In allen Ländern, wo die Massen zum Denken erwacht sind, werden auch fernerhin Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte gebildet. Die Räte zu befestigen, ihre Autorität zu heben, sie dem Staatsapparat der Bourgeoisie entgegenzustellen, das ist jetzt die Hauptaufgabe der klassenbewußten und ehrlichen Arbeiter aller Länder. Mittels der Räte vermag die Arbeiterklasse sich vor der Zersetzung zu retten, die in ihrer Mitte getragen wird durch die Höllenqualen des Krieges, des Hungers, durch die Gewalttaten der Besitzenden und den Verrat der ehemaligen Führer. Mittels der Räte wird die Arbeiterklasse am sichersten und leichtesten in all den Ländern zur Macht gelangen, wo die Räte die Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung um sich vereinigten. Mittels der Räte wird die zur Macht gelangte Arbeiterklasse alle Gebiete des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens verwalten, wie dies zurzeit in Rußland schon der Fall ist.

Der Zusammenbruch des imperialistischen Staates, vom zaristischen bis zum alldemokratischsten, geht gleichzeitig mit dem Zusammenbruch des imperialistischen Militärsystems vor sich. Die vom Imperialismus mobilisierten Millionenarmeen konnten nur solange standhalten, als das Proletariat sich gehorsam unter das Joch der Bourgeoisie duckte. Der Zerfall der nationalen Einheit bedeutet auch einen unausbleiblichen Zerfall der Armee. So geschah es zuerst in Rußland, dann in Österreich-Ungarn und Deutschland. Das gleiche ist auch in anderen imperialistischen Staaten zu erwarten. Der Aufstand des Bauern gegen den Gutsbesitzer, des Arbeiters gegen den Kapitalisten, beider gegen die monarchische oder „demokratische" Bureaukratie, führt unvermeidlich zum Aufstand des Soldaten gegen das Kommando und im weiteren zu einer scharfen Spaltung zwischen den proletarischen und bürgerlichen Elementen der Armee. Der imperialistische Krieg, der eine Nation der anderen entgegenstellte, ging und geht in den Bürgerkrieg über, der eine Klasse der anderen entgegenstellt.

Notizenteil.

Frauenarbeit.

Der Kampf der Frauen um Arbeit und Brot wurde durch eine Betriebsversammlung für Frauen bei der Firma Auer in Berlin beleuchtet. Auf der Tagesordnung stand: „Entlassung der Frauen, die nachweislich einen Ernährer haben oder sonst auf den Verdienst nicht angewiesen sind." Der Referent führte aus, daß die Arbeitslosigkeit und damit die Not sehr groß geworden sei. Man wisse keinen Ausweg, um das Elend zu mildern. Das gute Herz solle die Frauen dazu treiben, freiwillig den Arbeitslosen Platz zu machen. Die Versammlung war bei diesen Ausführungen sehr unruhig. Es folgte eine lebhafte Diskussion. Traurige Bilder der Not, des Elends der Arbeiterinnen wurden vorgeführt, aber auch die Überzeugungstreue der Frauen trat zu Tage. Eine Arbeiterin schilderte, daß sie schon lange Jahre im Betrieb für einen Hungerlohn schaffe. Es sei allgemein bekannt, daß Auer schlecht zahle. Sie habe trotzdem abgelehnt Mordwaffen herzustellen, wofür sie nicht verdient hätte. Man solle sie denen Platz machen, [illegible] die Erzeugung, von Munition an der Verlängerung des Krieges und dem Elend mitschuldig seien. Sie ginge doch nicht zum Vergnügen arbeiten, die bittere Not zwinge sie dazu.

Eine Genossin von der K.P.D. lenkte den Blick der Arbeiterinnen weiter, indem sie zeigte, daß die kapitalistische Wirtschaftsordnung all das Unglück und den Jammer verursacht habe. Die Proletarier hätten nur die Wahl, entweder die großen Produktionsmittel und die Leitung der Wirtschaft weiter den ausbeutenden Kapitalisten zu überlassen, oder die großen Mittel der Gütererzeugung zu vergesellschaften und die Leitung der Wirtschaft in die eigene Hand zu nehmen. Sie führte noch aus, so lange Milliarden ausgegeben würden, um die Noske-Garde zu ernähren und zu zahlen und in guter Stimmung zu halten, so lange müßten auch die Mittel da sein, um für die Arbeitslosen würdig zu sorgen. Die Arbeitenden dürften ihre Löhne nicht durch den Hinweis auf die Arbeitslosen und die schlechte Lage drücken lassen. Sie hätten nichts davon, wenn das kapitalistische Unternehmen die fettesten Dividenden abwerfe. Auf sie dürfe es nicht abgewälzt werden, wenn die Dividenden kleiner würden. Die kapitalistische Profitwirtschaft müsse gestürzt und durch die sozialistische Bedarfswirtschaft ersetzt werden. Diese Ausführungen fanden begeisterte Zustimmung. Die Arbeiterinnen, deren Entlassung in Frage kam, konnten sich noch nicht auf bestimmte Forderungen einigen. Sie beantragten die Wahl einer Kommission, die die Angelegenheit prüfen soll. So wurde beschlossen. Angesichts der Tatsache, daß sich ein heftiger Kampf entspinnt, ob Frauen weiterarbeiten dürfen oder nicht, gibt es immer noch Schamlose, die von arbeitsscheuem Gesindel sprechen! E.

Aus der besten aller Welten.

Mangel und Verderben von Lebensmitteln. Scheint es möglich, denkbar, daß in der Zeit bitterster Lebensmittelnot große Vorräte wertvoller Nahrungsmittel verderben? Das gar in Deutschland, dem Land mustergültiger Organisation, der Heimat eines weitfassenden „Kriegssozialismus", und wie all die Ehrentitel lauten, mit denen sich „echte deutsche Patrioten" die Überlegenheit ihrer Nation über andere Völker selbst zu bescheinigen pflegten. Und doch ist es Tatsache, daß das Ungeheuerliche geschieht. Während der Hunger durch Deutschland schreitet, in Millionen Familien von Arbeitern und kleinen Leuten ein nicht zu verscheuchender Gast ist, während uns Unterernährung breitester Massen aus den Statistiken der Sterbe- und Krankheitsfälle entgegengrinst, läßt die wegen ihrer Leistungen über das Schellendaus gelobte Heeresverwaltung große Lebensmittelbestände zugrunde gehen. Die Berliner „Freiheit" berichtete darüber in Nr. 125 das Folgende:

Im Proviantdepot Frankfurt a. O. lagerten Anfang März des Jahres 19000 Kilogramm Butter, sogenanntes „Rückführungsgut", d. h. Butter für den Heeresbedarf, die im November zurückgekommen, mindestens vier Monate alt und verdorben war. Das Depot enthielt auch 80 Waggons, das sind 800000 Kilogramm Roggenmehl und 25000 Kilo Gries, außerdem Lebensmittel, die im freien Verkehr gar nicht oder nur schwer und sehr teuer zu haben sind. So 41000 Kilo Reis, 19000 Kilo Nudeln, 33000 Kilo Backobst, 64000 Kilo Malzkaffee, 6000 Kilo Tee, 5000 Kilo Kakao usw. Die Lebensmittelbestände des Depots hatten zusammen einen Wert von 13 Millionen Mark und waren zum Teil „durch völlig unvorschriftsmäßige Stapelung und Lagerung dem Verderben preisgegeben." Auch in Tangermünde hat die Heeresverwaltung große Lebensmittelvorräte lagern. So 104018 Kilo Gemüsekonserven, 139568 Kilo Fleischkonserven, ferner große Bestände an Zigarren und Zigaretten. Die Waren sind in Tangermünde seit dem Oktober 1918 auf Lager, und der Gewährsmann der „Freiheit" äußert die Ansicht, daß „die zuständigen Behörden" an eine Freigabe dieser Vorräte erst denken dürften, wenn die Lebensmittel verdorben sein werden. Wir fragen: gibt es in Berlin nicht so etwas wie ein Reichsernährungsministerium? Warum hat es Aug in Auge mit der Not breitester Volksschichten nichts getan, so bedeutende Lebensmittelbestände dem Verbrauch zuzuführen? Diese Bestände sind mit den Steuergroschen des Volks bezahlt worden oder werden noch mit den Steuergroschen des Volks bezahlt. Das Volk darbt, hungert, verfällt dem Siechtum, büßt an Arbeitsfähigkeit ein. Derweilen aber verderben für viele Millionen Nahrungsmittel, die Gesundheit und Kraft für Zehntausende spenden könnten. Hausmütter des werktätigen Volks, die ihr oft nicht wißt, wie ihr eure hungrigen Kleinen auch nur mit Brot und Kartoffeln sättigen könnt, dürft ihr ruhig zusehen, daß solcher Wahnwitz, solche Sünde möglich ist? Denn es ist Wahnwitz, es ist Sünde, daß Menschen entbehren und verkümmern, während Lebensmittelvorräte zugrunde gehen oder zurückgehalten werden. Sorgende Hausmütter, entbehrende Arbeiterinnen, beseitigt Mangel und Verderben, indem ihr gegen die Ausbeutungsgesellschaft, ihren Staat, gegen all die Gewalten kämpft, die hier vergeuden, dort unfähig sind, dem Elend zu steuern.

Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

Ein Gruß aus England für die österreichischen Genossinnen bringt das internationale Solidaritätsbewußtsein der englischen Sozialistinnen zum Ausdruck. Der an Genossin Popp gerichtete Brief lautet:

Leeds, England, 9. Februar 1919

Meine werte Freundin!

Es freut mich außerordentlich zu sehen, daß die sozialistischen Frauen Österreichs in die Nationalversammlung wählen.

Die sozialistischen Frauen hier verlangen mehr, als ich es Ihnen sagen kann, das Wiederaufleben der Brüderlichkeit unter den Völkern. Wir [illegible] die Idee der [illegible]. Wir sind Ihre Freunde und die [illegible] aller Völker, [illegible] Frauen.

Ihre Freundin Isabella O. Ford

Die sozialistische Fraueninternationale hat nie aufgehört zu existieren. Trotz Weltkrieg, Sozialpatriotismus und alledem sind die Genossinnen aller Länder im klaren, festen Solidaritätsbewußtsein verbunden geblieben, haben sie für den Frieden, für den Sozialismus gearbeitet und gekämpft.

Von der parlamentarischen Betätigung der österreichischen Genossinnen. In der Nationalversammlung für Deutsch-Österreich haben unsere Genossinnen die Anträge zu drei Gesetzentwürfen eingebracht. Der eine soll die Stellung der Hausgehilfinnen gesetzlich regeln, eine Reform das, die dringend not tut. Ausdehnung der Kranken- und Unfallversicherung auf die Hausgehilfinnen ist Gegenstand des zweiten Entwurfs. Der dritte fordert die Aufhebung aller Ehebeschränkungen für die Staatsbeamtinnen. Als erste Frau in der Nationalversammlung für Deutsch-Österreich hat Genossin Popp gesprochen. Sie trat für das Gesetz ein, das den Adel abschafft. Zum Gesetz über die Brotsteuer sprach Genossin Freundlich. In parlamentarische Ausschüsse wurden berufen: Genossin Freundlich in den Ausschuß für Sozialisierung und in den für Ernährung; die Genossinnen Proft und Schlesinger in den Ausschuß für Unterricht und Erziehung; Genossin Bachola in den Ausschuß für soziale Verwaltung; Genossin Popp in den Verfassungsausschuß; Genossin Seidl in den Finanzausschuß; Genossin Tusch in den Landwirtschaftsausschuß. In nächster Zeit stehen eine Reihe von Gesetzentwürfen zur Beratung, die den Genossinnen Gelegenheit geben, sachkundig und nachdrücklich für die Interessen der Arbeiterinnen, der Frauen einzutreten.

Der Kampf der Schweizer Genossinnen gegen Teuerung und Not geht tapfer und energisch weiter. Am 5. April hatte sich eine Protestversammlung der sozialistischen Frauengruppen zu Zürich mit der Frage des Notstandes und seiner Bekämpfung beschäftigt. Sie beschloß, daß eine Delegation von fünf Genossinnen vor dem Regierungsrat des Kantons Zürich und vor dem Eidgenössischen Ernährungsamt in Bern die Forderungen der Frauen für Verbilligung der Lebensmittel vertreten sollte. Der Züricher Regierungsrat hatte zu der Aussprache mit der Frauendelegation die kriegswirtschaftliche Kommission zugezogen. Die „Vorkämpferin", die so mutig und frisch die Interessen der proletarischen Frauen vertritt, schreibt über die Aussprache:

„Nägeli und Ernst, die beiden Großväter in unserer Regierung, sind die Alten geblieben. Unberührt vom Zeitenlauf, unberührt von Krieg und Teuerung geht alles seinen sehr ruhigen und sehr gemächlichen Gang. Man läßt sich nicht aus dem Gleichgewicht bringen, man versucht schon gar nicht, den alten, lahm gewordenen Amtsschimmel in Trab zu bringen .... Nichts vergessen, nichts gelernt, stets das gleiche Lied, immer dieselbe Melodie mit einigen unwesentlichen Textänderungen, stets das gleiche Bild: Ein zufriedenes, beruhigtes Lächeln, wenn eine Frage berührt wird, die ausnahmsweise die kantonale Regierung nichts angeht, welche das Gebiet des Bundes, der Gemeinde beschlägt. Alles ändert sich, alles ist im Fluß, nur die Großpapas in unserer Regierung sind die Gleichen, man fühlt sich zurückversetzt ins Jahr 1914, 1915, 1916, 1917, man frägt sich, woher nimmt man so viel Unberührtheit, so wenig Wirklichkeitssinn und bleibt doch noch Regierungsrat eines so wichtigen Teils unseres Landes wie es der Kanton Zürich ist. Möglich, daß wir Frauen das nicht so recht verstehen, weshalb gerade dies Eigenschaften sind, welche den guten Regierungsrat zieren. Wir denken solche Volksvertreter ganz anders. Tüchtig, energisch, nur für das Interesse des werktätigen Volks besorgt, in der Meinung, daß sich die andern dann schon selber helfen können. Wir gehören nicht zu den Optimisten, aber so jämmerlich wenig erwarteten wir doch nicht von einer derartigen Aussprache. Jede solche Konferenz verlassen wir mit einem katzenjämmerlichen Gefühl, mit einem bitteren Geschmack auf der Zunge, mit dem stillen Wunsch, das Volk möchte hier endlich einmal mit dem eisernen Besen ausfegen."

Die Forderungen der Frauen sind diese: „Abgabe verbilligter Eier, evtl. Höchstpreise, Beschlagnahme; stark verbilligte Abgabe der vom Bunde zur Verfügung gestellten Fleischkonserven zu 1 Fr. per Büchse ungefähr, statt wie vorgesehen 1.50 Fr.; Lieferung von weißem Mehl auch an die städtische Bevölkerung, um während der fleischlosen Zeit auch einmal wieder Knöpfli machen zu können; weit verbilligte Abgabe der Vorräte des kantonalen Ernährungsamtes, der verschiednen Mehle, der Schokolade, des Dörrobstes, des Schokoladenpulvers, der Konserven, wie Corned beef und anderer. Unter all diesen Forderungen ist außer der Abgabe von weißerem Mehl nicht eine, die der Regierungsrat nicht sofort von sich erledigen könnte, aber da wird erst geprüft, noch einmal geprüft, erwogen, noch einmal erwogen, bedächtig, gemütlich und — dann wird es sich zeigen. Zum Schluß erklärten die Herren Regierungsräte, die Delegation in wenigen Tagen zu einer weiteren Besprechung einladen zu wollen, um die anderen Fragen zu besprechen, man wolle prüfen, untersuchen, aber Vorschriften lasse man sich nicht machen, man wisse selbst, was man zu tun habe."

Da die Forderungen und Anregungen der Genossinnen für die ganze Schweiz verwirklicht werden sollen, zum Teil auch zweckmäßiger vom Eidgenössischen Ernährungsamt Bern aus geregelt werden können, vertrat Genossin Bloch auch dort die Sache der Frauen. Die Forderungen sind derart, daß sie ohne lange Prüfung sofort durchgeführt werden könnten. Die „Vorkämpferin" äußert indessen Zweifel, ob dies der Fall sein werde, da die Tätigkeit des Ernährungsamts bis dahin eine Farce gewesen sei. Jedenfalls ist dem energischen Vorgehen der Genossinnen ein Erfolg gewiß, breite Frauenmassen geweckt, aufgeklärt und zum Kampfe gerufen zu haben. Es erläutert den Anschauungsunterricht, der von dem furchtbaren Notstand dieser Jahre gegeben wird. Es zeigt ihnen, daß der ausbeutende Kapitalismus auch in der demokratischen Schweizer Republik herrscht, und daß der Kampf der Frauen gegen Teuerung und Hunger als proletarischer Klassenkampf gegen das große Kapital und seine Macht in Wirtschaft, Staat und Gemeinde geführt werden muß.

Frauenwahlrecht.

Vom Kampf in Oesterreich um das Wahlrecht. Als die Revolution die habsburgische Doppelmonarchie zertrümmert hatte, und sich wie andere Nationalstaaten auch die junge deutsch-österreichische Republik zu bilden begann, schickten alle Frauenorganisationen, auch die der Genossinnen, diese Eingabe an die provisorische Nationalversammlung:

„Auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker vollzieht sich nun die Umwandlung unseres Staates. Auch der Nationalrat des deutsch-österreichischen Volkes soll auf dieser Grundlage gebildet werden. Die gewählten Vertreter aber sind nur Gewählte der einen Hälfte des Volkes, die andere Hälfte, die Frauen, ist unvertreten. Die Demokratie wäre keine Demokratie, wenn sie nicht das ganze Volk umfassen würde. Darum muß es jenen, die den Nationalrat billigen ebenso wie jenen, die ihn anerkennen sollen, eine Notwendigkeit erscheinen, auch die Frauen darin vertreten zu sehen.

Da aber die verfassungsmäßigen Grundlagen für die Wahlberechtigung der Frauen im neuen Staate erst geschaffen werden müssen, fordern die unterzeichneten, auf dem Boden der vollen staatsbürgerlichen Gleichberechtigung stehenden deutschösterreichischen Frauenorganisationen (aller Richtungen), daß vorläufig von ihnen namhaft gemachte Vertreterinnen in alle Ausschüsse zur Vorbereitung der Konstituante als Beiräte berufen werden."

Die Eingabe war im Zeichen der Revolution nicht vergeblich. In die Wiener Gemeindevertretung wurden zwölf Frauen berufen: Fünf Sozialdemokratinnen, fünf Christlichsoziale und zwei deutschbürgerliche Demokratinnen. Die provisorische Nationalversammlung führte das allgemeine Frauenwahlrecht zu der endgültig beschließenden Nationalversammlung ein, die am 16. Februar gewählt worden ist, und in die acht Frauen als Abgeordnete eingezogen sind.

Für unsere Kinder

Morgenlied.

Noch ahnt man kaum der Sonne Licht,
Noch sind die Morgenglocken nicht
Im finstern Tal erklungen.

Wie still des Waldes weiter Raum!
Die Vöglein zwitschern nur im Traum,
Kein Sang hat sich erschwungen.

Ich hab mich längst ins Feld gemacht
Und habe schon dies Lied erdacht
Und hab' es laut gesungen.

Ludwig Uhland.

Auf der Jagd*).

Der Vorreiter, mit dem Beinamen „der Türke", ritt in der Pelzmütze und mit einem riesigen Horn über der Schulter und dem Jagdmesser im Gürtel auf stahlgrauem, kammartigem Pferde allen voran. Nach dem düsteren, grimmigen Äußern dieses Mannes hätte man eher schließen können, daß er in einen Kampf auf Leben und Tod reite, als auf die Jagd. Nahe an den Hinterbeinen seines Pferdes drängten sich im bunten, wogendem Knäuel die Jagdhunde. Es dauerte einen, zu sehen, welches Los demjenigen Unglücklichen wurde, der sich einfallen ließ, zurückzubleiben. Er mußte mit großer Anstrengung seine mitangekoppelten Gefährten zu sich hinüberziehen, und nachdem ihm das gelungen war, schlug ihn einer der nachfolgenden Hundewärter ganz bestimmt mit der Hetzpeitsche, dabei rufend: „Vorwärts! Vorwärts!" Auf freiem Felde angelangt, befahl Papa den Jägern und uns, auf dem Wege zu bleiben; er selbst jedoch nahm seinen Weg durchs Roggenfeld.

Die Ernte war in vollem Gange, das unübersehbare, glänzende gelbe Feld wurde nur von der einen Seite von einem hohen,

*) Aus Lebensstufen von Leo N. Tolstoi

bläulich schimmernden Walde begrenzt, der mir damals als der allerweiteste, geheimnisvollste Ort erschien; hinter ihm mußte die Welt entweder aufhören oder ein ganz unbewohntes Gebiet beginnen. Das ganze Feld war mit Garbenreihen und Menschen bedeckt. Hinter dem hohen, dichten Roggen sah man hier und da, auf der gemähten Seite, den gebeugten Rücken einer Schnitterin, das Schwingen der Halme, wenn sie diese aufnahm, dann im Schatten eine über eine Wiege gebeugte Frau und die auf dem Kornblumen besäten Stoppelfeld zerstreuten Garben. Auf der anderen Seite luden die Männer, in Hemdsärmeln auf den Wagen stehend die Garben auf. Der Aufseher in hohen Stiefeln, mit über die Schultern geworfenem Rocke und das Merkholz in der Hand, hatte Papa von weitem bemerkt, nahm seinen Filzhut ab, wischte mit einem Handtuch sein rotes Haar und den Bart ab und trieb die Weiber laut rufend zur Arbeit an. Der kleine Fuchs, den Papa ritt, ging in leichtem spielendem Trab, dann und wann den Kopf zur Brust neigend und den Zügel prüfend, wobei er mit seinem dichten Schweife die Bremsen und Fliegen fortfegte, die sich gierig an ihm festsetzten. Zwei Windhunde setzten, mit sichelförmig nach oben gebogenem Schweife, die Beine hoch aufhebend, mit artigen Sprüngen über die hohen Stoppeln, hinter den Beinen des Pferdes her. Milka, der Lieblingshund meines Vaters, lief voraus und erwartete mit erhobenem Kopf einen Leckerbissen. Die Stimmen der Leute, das Trampeln der Pferde und das Rollen der Wagen, der heitere Schlag der Wachteln, das Gesumme der Insekten, die in kaum von der Stelle rückenden Schwärmen die Luft erfüllten, der Geruch von Wermut, Stroh und Pferdeschweiß, die tausenderlei Farben und Schattierungen, welche die sengende Sonne über das hellgelbe Stoppelfeld, über die blaue Ferne des Waldes und die lichtvioletten Wolken ergoß, die weißen langgezogenen Fäden der Spinnen, welche in der Luft schwebten oder sich über die Stoppeln gebreitet hatten — dies alles sah, hörte und empfand ich.

Am Maßholderwald angelangt, fanden wir den Bankwagen schon dort und über alles Erwarten noch eine einspännige Telega (ein kleiner unbedeckter Wagen ohne Federn), in deren Mitte der Küchenmeister saß. Aus dem Heu guckten hervor: ein Samowar (Teemaschine), eine Eismaschine und außerdem noch etliche verlockende Bündel und Schachteln. Kein Zweifel: das bedeutete Tee im Freien mit Eis und Früchten. Beim Anblick der Telega brachen wir in lauten Jubel aus, wir hielten es für einen der größten Genüsse, im Walde auf dem Grase gelagert und überhaupt an einem Orte Tee zu trinken, an dem noch niemand jemals Tee getrunken hatte.

Der „Türke" kam an das Gehölz herangeritten, stieg ab und hörte mit großer Aufmerksamkeit die ausführlichen Anordnungen Papas an, in welcher Richtung man ausrücken und wo man aus dem Gehölz herauskommen sollte (übrigens richtete er sich niemals nach diesen Vorschriften, sondern handelte nach eigenem Gutdünken), koppelte die Hunde los, befestigte gemächlich die Koppeln hinten am Sattel, schwang sich aufs Pferd und verschwand, ab und zu pfeifend, hinter den jungen Birken.

Die losgekoppelten Jagdhunde äußerten zunächst durch Schweif- [illegible] schüttelten und reckten sich und liefen dann in leichtem [illegible] und schweifwedelnd nach verschiedenen Seiten.

„Hast du ein Taschentuch?" fragte mich Papa.

Ich suchte in die Tasche und zeigte es ihm.

„Nun, dann binde dir diesen grauen Hund daran".

„Warum?" fragte ich mit Kennermiene.

„Ja, und lauf dem Wege nach. Bei der Lichtung bleibe stehen und paß auf, daß du mir nicht ohne Hasen zurückkommst!"

Ich schlang das Tuch um Girans zottigen Hals und rannte aus Leibeskräften auf die bezeichnete Stelle zu. Papa lachte und rief mir nach: „Schneller, schneller, sonst kommst du zu spät!"

[illegible] alle Augenblicke inne, indem er die Ohren spitzte und auf die Stimme der Jäger horchte. Meine Kraft reichte nicht aus, um ihn von der Stelle fortzuziehen, und ich begann zu rufen: „Huß! Huß!" Nun stürmte Giran so ungestüm vorwärts, daß ich ihn kaum zu halten vermochte und mehr als einmal purzelte, ehe ich an die bezeichnete Stelle gelangte. Ich wählte bei den Wurzeln einer hohen Eiche einen schattigen und ebenen Platz, legte mich ins Gras, nahm Giran an meine Seite und wartete.

Meine Phantasie war, wie es in solchen Fällen immer zu sein pflegt, der Wirklichkeit weit vorausgeeilt; ich bildete mir ein, daß ich schon den dritten Hasen abfinge, gerade als der erste Hund im Walde Laut gab. Die Stimme des Türken erschallte lauter und erregter durch den Wald. Der Jagdhund schlug an, man hörte seine Stimme häufiger und häufiger; zu dieser gesellte sich eine andere tiefe Stimme, darauf eine dritte, vierte ... Bisweilen schwiegen die Stimmen, bald lösten sie sich in rascher Folge ab oder klingen durcheinander. Die Töne wurden immer stärker und anhaltender und verschmolzen zuletzt in ein helles, jauchzendes Echo. Das Gehölz schallte prächtig wieder, und die Meute glühte von Jagdlust.

Ich stand wie angewurzelt auf meinem Platze, die Augen fest auf den Saum des Waldes gerichtet. Die Schweißtropfen rannen mir über das Gesicht, und obschon sie besonders am Kinn ein empfindliches Kitzeln verursachten, wischte ich sie nicht ab. Es schien mir, als ob es keinen wichtigeren Augenblick geben könnte. Diese Gespanntheit war zu unnatürlich, um lange andauern zu können. Man hörte die Meute bald an dem Saume des Waldes, bald wieder in weiter Ferne: es war kein Hase zu sehen. Ich begann Umschau zu halten. Giran war es wie mir ergangen: erst wollte er fortstürmen und winselte, nachher aber streckte er sich neben mich hin, legte seine Schnauze auf meine Knie und wurde ruhig.

An den bloßgelegten Wurzeln der Eiche, unter der ich saß, auf der grauen trockenen Erde und zwischen den dürren Eichenblättern, Eicheln, dem vertrockneten, bemoosten Reisig, gelbgrünlichen Moos und den spärlich gesäten, dünnen Grashälmchen wimmelte es von geschäftigen Ameisen. Sie eilten, die eine nach der andern auf den von ihnen selbst bereiteten glatten Wegen dahin, einige beladen, andere unbeladen. Ich nahm einen Stecken und versperrte ihnen den Weg. Es war hübsch anzusehen, wie einzelne, die Gefahr nicht achtend, unter demselben wegkrochen, wie andere darüber hinwegkletterten; wie einzelne jedoch, besonders die beladenen, alle Fassung verloren und nicht wußten, was sie anfangen sollten: sie blieben stehen, suchten einen Ausweg oder kehrten um, oder strebten dem Stecken entlang meiner Hand zu und beabsichtigten, wie es schien, mir auf den Leib zu rücken. Ein gelbgeflügelter Schmetterling lenkte mich von diesen interessanten Beobachtungen ab; er flatterte gar zu verlockend um mich her. Sobald ich mich zu ihm wendete, flog er auf etwa zwei Schritte von mir fort, schwebte über einer fast halbverwelkten weißen Kleeblüte und setzte sich darauf nieder. Ich weiß nicht, ob er sich in der Sonne wärmte oder den Saft aus dieser Blume saugte — man sah nur, daß ihm dort sehr behaglich war. Er bewegte nur zuweilen seine Flügel, schmiegte sich fester an die Blume, endlich rührte er kein Glied mehr. Ich stützte meinen Kopf in beide Hände und schaute ihm stillvergnügt zu.

Plötzlich heulte Giran auf und riß mit solcher Kraft an dem Tuche, daß ich beinahe umgefallen wäre. Ich sah mich um. Am Saume des Waldes, den einen Löffel fest angedrückt und den andern in die Höhe gespitzt, sprang ein Hase umher. Das Blut schoß mir zu Kopfe, ich vergaß alles in diesem Augenblick, stieß einen wilden Schrei aus, ließ den Hund los und stürzte vorwärts. Aber kaum war das geschehen, als mich schon die Reue überkam. Der Hase machte ein Männchen, einen Sprung und ich sah ihn nicht mehr wieder.

Ich wollte vor Scham in die Erde sinken, als nun auf einmal hinter den Hunden, die laut bellend und der einen Spur folgend auf der Lichtung herauskamen, aus dem Gebüsch auch der Türke erschien! Er sah meinen Fehler, (der darin bestand, daß ich nicht abgewartet hatte), maß mich mit verachtendem Blicke und sagte bloß: „Eh Herr!" Aber wie das gesagt wurde! Mir wäre wohler gewesen, wenn er mich wie einen Hasen an den Sattel geknüpft hätte.

Lange stand ich so ganz in Verzweiflung auf derselben Stelle, lockte den Hund nicht zurück und rief nur — mir selbst Schläge auf die Schenkel versetzend — einmal über das andere: „O Gott, was habe ich getan!"

Ich hörte, wie die Hunde weiterjagten; ich vernahm, wie sie einzeln auf der anderen Seite der Insel wieder anschlugen und den Hasen zur Umkehr zwangen, und wie der Türke mit seinem Riesenhorn die Hunde zurückrief — aber rührte mich nicht vom Platze.

Nummer 4 Preis 15 Pfg.

Die Kommunistin

Frauenorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Herausgegeben von Klara Zetkin

Die Kommunistin erscheint am 1., 11. und 21. eines jeden Monats. Preis der Einzelnummer 15 Pfennig, durch die Post bezogen vierteljährlich 1.25 Mark (ohne Bestellgeld)

Stuttgart, 21. Juni 1919

Zuschriften für die Redaktion an Klara Zetkin, Wilhelmshöhe, Post Degerloch b. Stuttgart. — Zuschriften für den Verlag an Anna Stegmaier, Stuttgart, Ostendstr. 70.

Um den Frieden.

Während die Völker mit angehaltenem Atem lauschen, ob die Friedensglocken zu läuten beginnen, spielt der diplomatische Schacher um die Friedensbedingungen. Das Los wird geworfen über den Mantel des gekreuzigten Proletariats, das seit nun fast fünf Jahren die entsetzlichen Martern des imperialistischen Kriegs duldet. Es sind nicht römische Kriegsknechte, es sind die Staatsmänner, die Regierungsmänner der beiden imperialistischen Mächtegruppen, die da das Los werfen, und statt der Würfel rollen aus ihren Händen diplomatische Noten, die mehr oder minder scharfsinnig ausgeklügelt und spitzfindig gefaßt sind. Derweilen rinnt Tropfen für Tropfen aus den weitklaffenden Wunden, die die imperialistische Beutegier der Kapitalistenklasse dem Proletariat geschlagen hat und schlägt.

Dem Proletariat nicht bloß der im Kriege unterlegenen Länder, sondern ebenso dem der Sieger, dem Weltproletariat in seiner Gesamtheit. Denn die kaum auszudenkenden Opfer des Kriegs an Blut und Gut, an kulturellen und ideellen Werten lasten zermalmend auf den breitesten Massen der Werktätigen in allen kriegführenden wie in den neutralen Staaten. Außerdem bewirkt die Interessengemeinschaft, die diese Massen international miteinander verbindet, daß die national gesteigerte Ausbeutung und Unterdrückung der Proletarier hinter den deutschen oder österreichischen Grenzpfählen in ihren Ausstrahlungen auch die Lebensverhältnisse der Enterbten in Frankreich, England und anderwärts unheilvoll beeinflussen wird. Jedoch in keinem der Länder, die der Krieg in den Abgrund gestoßen hat, ist es das Volk der Arbeit, das selbst über den Frieden und die Friedensbedingungen entscheidet. Es verhandeln und handeln Regierungen, die in erster Linie die Interessen der besitzenden und ausbeutenden Klassen vertreten, auch wenn sie sich in Worten noch so demokratisch geberden mögen, Regierungen, die von dem Blut der Millionen Erschlagener und Verkrüppelter triefen, die das Brudermorden gekostet hat. Die Clemenceau, Lloyd George, mitsamt dem Völkerbundsapostel a. D. Wilson haben das Durchhalten bis zum Sieg, bis zum überwältigenden, die Gegner zerschmetternden Sieg, nicht inbrünstiger gepredigt wie die Scheidemann und Erzberger.

Es ist daher selbstverständlich, man ist versucht zu sagen naturgegeben, daß der Gegenvorschlag der Scheidemann-Erzberger-Dernburg-Regierung genau so kapitalistischen, bürgerlichen Wesens ist wie der Versailler Friedensvertrag. Zwei Punkte rücken das in hellstes Licht.

Diese Regierung „der Revolution", „der Demokratie", — vergessen wir gefälligst Ursprung und Titulatur nicht! — hat nichts grundsätzlich dagegen einzuwenden, daß in Deutschland künftighin der Militarismus in seiner rückständigsten, barbarischsten Form bestehen soll: nämlich als Söldnerheer. Als Söldnerheer — die Noskegardisten beweisen es —, das sich überwiegend aus den zurückgebliebenen und wirtschaftlich, sozial verelendenden Bevölkerungsschichten zusammensetzt, gleich einem „Asyl für Obdachlose" die Auswürflinge aller Klassen aufnimmt und befehligt wird von Berufsoffizieren, in denen, ob junkerlicher, ob bürgerlicher Abstammung, der Kastengeist und die Kadavergehorsamstradition des alten Militarismus weiterleben. Die Abschaffung der Söldner- und Berufsheere, die Durchführung der allgemeinen Volksbewaffnung ist bekanntlich eine alte grundsätzliche Forderung der bürgerlichen Demokratie, die aus deren mehr und mehr zerfetztem und verhöhntem Programm in das der Sozialdemokratie übernommen worden ist. Die allgemeine Volksbewaffnung sollte im Verein mit vollster bürgerlich-politischer Freiheit dem verderblichen Wettrüsten der Staaten, der Kriegsgefahr entgegenwirken, sollte das wichtigste und letzte Verteidigungsmittel der breitesten Volksmassen zum Schutze ihrer Rechte, zum Schutze ihres Vaterlandes sein.

Wir müssen für jetzt davon absehen, die Frage aufzurollen, warum und wie die alte demokratische und sozialdemokratische Forderung der allgemeinen Volksbewaffnung in diesen Zeitläuften der Revolution, des Ringens um die Verwirklichung des Sozialismus abgewandelt werden muß. Es genügt in diesem Zusammenhang festzustellen, daß die sozialdemokratisch-demokratische „Revolutionsregierung" Deutschlands die grundsätzliche Forderung ohne eine der Zähren verschwinden läßt, die ihr so reichlich zu Gebote stehen, wenn es sich um die „heiligsten Güter" der Besitzenden handelt, um Geld und Geldeswert. Denn daß die sagenhafte „Abrüstung" imperialistischer Raubstaaten nichts mit der Einführung eines Söldnerheeres zu tun hat, kann ein Blinder mit dem Stock fühlen. Söldnerheer besagt nicht Abrüsten, nicht Unterdrückung des Militarismus, sondern umgekehrt Aufrüsten, Großpäppelung des Militarismus. Im Söldnerheer sind alle Bedingungen dafür gegeben, daß der alte gewalttätige, menschenknechtende und menschenverderbende Geist des Militarismus sich üppig entwickelt. Die Denkschrift nennt das „mit der Entwaffnung vorangehen".

Was die Regierung des Hohenzollernersatzes Ebert I und des Prinz Maxersatzes Scheidemann gegen die militärische Forderung des Versailler Friedensvertrags einzuwenden hat, das ist vielsagend genug die geringe Zahl der vom siegreichen Ententeimperialismus bewilligten Söldner. Später allerdings soll sich Deutschland an 100000 Berufssoldaten genügen lassen, allein zunächst bedürfen der Reichswehrminister Noske und Göhre, der Prediger christlicher Nächsten- und Feindesliebe im preußischen Kriegsministerium, 350000 Mann, die im Verlauf der Zeit auf 250000 und später auf 100000 herabgesetzt werden sollen. „Zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung und damit Deutschland im Osten weiter die glorreiche Rolle des „Weltbüttels" im Kampfe gegen den Bolschewismus erfüllt, von der General Haas, der Führer eines württembergischen Freiwilligenkorps für den „Grenzschutz" gegen München offenherzig ausgeplaudert hat. Ordnung im Innern, Niederringung des Bolschewismus im Osten, das besagt das Gleiche. Kampf gegen den inneren Feind, das revolutionäre Proletariat, Kampf gegen den Sozialismus. Die militärischen Mittel zu seiner Niederringung werden von dem „äußeren Feind" erfleht, von den Ententeimperialisten. Ihm der Friede, das Sammetpfötchen, dem inneren Feind, wie dem sozialistischen Sowjetrußland den Krieg, die gepanzerte Faust. Wenn irgend eine Tat, so ist diese Landesverrat, Volksverrat. Sie enthüllt die innere Schwäche und Haltlosigkeit, aber auch das Sinnen und Trachten der Machthaber in dieser geschichtlichen Stunde. Die „regierenden Volks-

männer" flüchten vor dem aufkeimenden Zorn der breitesten Massen unter die Speere der französischen, englischen, italienischen, amerikanischen Imperialisten, mit ihnen verbunden durch das gleiche Ziel: den Schutz der kapitalistischen Ausbeutungswirtschaft, von ihnen als Gegengabe erwartend die Festigung der erschütterten Regierungsgewalt. Der Novembersturm hat zwar bewiesen, daß „nicht Roß, nicht Reisige schützen die steile Höh', da Fürsten stehn". Allein die Scheidemänner sind offenbar tief davon durchdrungen, daß in der Hut von Maschinengewehren und Flammenwerfern sowohl die Geldschränke der ausbeutenden Kapitalisten und die parasitäre Existenz ihrer Angehörigen sicher sind wie die weichgepolsterten Ministersessel ihrer politischen Diener.

Das Herz des Kapitalismus klopft auch laut in der Forderung des deutschen Gegenvorschlags nach Rückgabe der Kolonien. Allerdings! Dieser Forderung ist ein kulturelles Mäntelchen umgehängt worden. Die Denkschrift stellt sich, als ob die Scheidemann, Erzberger und Dernburg tatsächlich das Märlein der Entente glaubten, daß die Kolonien nichts anderes seien, als gesegnete Wirkungsgefilde des ungestümen Drangs der Kapitalisten, zurückgebliebene Kulturen fortzuentwickeln, einschlig erziehend Völkerschaften auf höhere Stufen der Gesittung zu heben. Diese liebe Unschuld vom Lande! Sie hat nie etwas aus der Kolonialgeschichte der kapitalistischen Staaten gelesen. Sie weiß nicht, daß gerade hier uns das ausbeutende Kapital in nackter Scheußlichkeit entgegentritt, „vom Scheitel bis zur Zeh' aus allen Poren Schmutz und Blut schwitzend". Und so verlangt der Gegenvorschlag für Deutschland das Recht, durch Kolonialbesitz teilzunehmen an der „erzieherisch kulturellen Aufgabe" der Staaten des Völkerbunds, die Segnungen des ausbeutenden und versklavenden Kapitalismus über die nichtkapitalistische Welt zu tragen. Er erinnert daran, daß das deutsche Reich, „trotz mancher Fehler und Mißgriffe" den Befähigungsnachweis für die Mitwirkung erbracht habe. Das stimmt! Es kommt nur darauf an, ob man die Sache vom Standpunkt des ausbeutungsgierenden Kapitalismus betrachtet oder aber von dem des menschheitsumspannenden menschheitserlösenden Sozialismus!

Man erinnere sich der Heldentaten des Hänge-Peters, man erinnere sich, daß vor Kriegsausbruch die ganze gesittete Welt in Entsetzen und Mitgefühl aufschrie, nicht nur angesichts der Putomayo-Greuel skrupelloser englischer Kautschukhändler, sondern auch angesichts der Zehntausende verhungernder und verschmachtender Hereros, die der deutsche Imperialismus nicht minder gewissenlos mordete. Gedenken wir des unglücklichen Dualla-Häuptlings Bell, der seiner Volkschaft den Boden seiner Heimat erhalten wollte, und der dafür als „Hochverräter" an dem raubenden Deutschen Reich gehängt wurde. Just in den gleichen Tagen, wo sich die Mehrheitssozialdemokraten mit den bürgerlichen Parteien burgfriedlich zur „Vaterlandsverteidigung" zusammenscharten hinter Wilhelm II. und dem kochenden Patriotismus der Schwerindustrie, wie der Deutschen Bank. Die Siegen von Berlin, München und Leipzig vergessen bei ihren Forderungen „eine Kleinigkeit". Daß die Kolonialpolitik kapitalistischer Staaten gleichbedeutend ist und gleichbedeutend bleiben wird mit Kolonialeroberung, mit Beraubung, Ausbeutung und Unterdrückung von Völkerschaften. Erst der Sozialismus und nur er allein kann Kolonialpolitik treiben als Erziehungspolitik, als Kulturpolitik, ohne gewaltsame Eroberung, ohne „friedliche" grausame Vernichtung alter, eigenartiger Kulturen, ohne verständnislose Zerstörung bodenständiger Werte, ohne die fühllose Hinopferung von Menschen anderer Farbe, Rasse und Gesittung.

Die hartgesottenen Imperialisten Lloyd George und Clemenceau dürften mit verständnisinnigem Augurenlächeln das koloniale und militärische Begehren grüßen, das ihnen die politischen Kommis der konkurrierenden deutschen Sündengenossen des Ententeimperialismus gefühlvoll vortragen. Womit keineswegs gesagt ist, daß sie ihnen nennenswertes Entgegenkommen beweisen werden, ganz im Gegenteil. Am ehesten werden sie vielleicht noch über die Stärke des Söldnerheeres mit sich reden lassen. Kann dafür nicht angeführt werden, daß Noske 70000 Weißgardisten bedurfte, um die Räterepublik München im Blute zu ersticken? Im Baltikum aber haben die Grenzschützer unter dem Grafen von der Goltz, einem Vollblutjunker, und dem Gouverneur Winnig, einem Vollblutunternehmer, glorreich dargetan, daß sie ganz im Geist und nach den Befehlen der Entente die Herrengewalt der baltischen Barone und Bourgeois gegen die „bolschewistischen" lettischen und estnischen Bauern und Arbeiter verteidigen.

Es ist auch kaum Gegenliebe zu erwarten für die Vorschläge der deutschen Reichsregierung zu den vernichtenden territorialen, finanziellen und wirtschaftlichen Bedingungen des Versailler Friedensvertrags. Diese Vorschläge suchen das Saargebiet, Oberschlesien und die überwiegend deutsch besiedelten Teile von Ost- und Westpreußen samt Danzig für Deutschland zu retten. Eine freie Volksabstimmung soll darüber entscheiden, ob Elsaß-Lothringen französisch werden oder ein selbständiger Staat sein will. In Stockholm schwuren die Mehrheitssozialdemokraten wie im Reichstag, daß sie über Elsaß-Lothringen nicht diskutieren würden. Da galt Scheidemanns Losung: Was deutsch ist, muß deutsch bleiben. Den größten Teil der Provinz Posen, die Hauptstadt eingeschlossen, will die Regierung an die Polen abtreten. Unter internationaler Bürgschaft sollen diese freien und sicheren Zugang zum Meer erhalten durch die Einräumung von Freihäfen in Danzig, Memel und Königsberg, durch ein Weichselschiffahrtsabkommen und besondere Eisenbahnverträge.

Bis zur Wiederherstellung der nordfranzösischen Kohlenbergwerke will Deutschland die wirtschaftliche Versorgung Frankreichs mit Kohlen, namentlich aus dem Saargebiet, sicherstellen. Es ist bereit, die ihm zur Wiedergutmachung des militärischen Zerstörungswerks auferlegten Zahlungen zu leisten, fordert jedoch ihre Begrenzung auf 100 Milliarden. 20 Milliarden davon will es bis 1. Mai 1826 entrichten, den Rest in unverzinslichen Jahresraten, die grundsätzlich einen bestimmten Prozentsatz der jährlichen Reichs- und Staatseinnahmen ausmachen müssen. Der deutsche Steuerzahler soll keine kleinere Bürde zu tragen haben, als der meistbelastete Steuerzahler der Staaten, die in der Wiedergutmachungskommission vertreten sind. Die Regierung verpflichtet sich, daß Deutschland seine ganze wirtschaftliche Kraft in den Dienst der Wiederherstellung der verwüsteten Gegenden in Belgien und Nordfrankreich stellt. Deutsche Arbeit soll dabei werktätig mithelfen. Der deutsche Vorschlag lehnt die Bedingung des Friedensvertrags der Allierten ab, wonach die internationale Kommission für Wiedergutachtung eine weitgehende und entscheidende Kontrolltätigkeit über die Wirtschafts- und Finanzpolitik des Reiches ausüben kann. Er verlangt, daß der Ententekommission eine deutsche Kommission zur Seite stehe, und daß ein Schiedsgericht unter neutralem Vorsitz in Streitfällen zwischen beiden entscheidet. Er wendet sich gegen die fast vollständige Beschlagnahme der Handelsflotte, zu deren Rettung er die Reste der Kriegsflotte preisgeben will, gegen die Erschwerung des deutschen Außenhandels und der Wiederaufnahme der überseeischen Beziehungen.

Worauf sich die Regierungsdenkschrift zu diesen einschlägigen und anderen Forderungen beruft, das scheint alles in allem meist logisch und sachlich begründet. Sachlich und logisch begründet jedoch vom Standpunkt eines kapitalistischen, bürgerlich-demokratischen Staates aus, der mit anderen kapitalistischen, bürgerlich-demokratischen Staaten um seine Geltung, um seine Konkurrenzfähigkeit, um sein Leben selbst feilscht und handelt. Wir haben in der vorigen Nummer darauf hingewiesen, daß die vom Versailler Friedensvertrag erstrebte Ausbeutungs- und Herrschaftsgewalt der Ententekapitalisten über Deutschland auch dessen werktätige Massen aufs empfindlichste schädigen, auch den Fortgang der sozialen Revolution, der Weltrevolution, hemmen würde. Je schärfer wir die drohende Gefahr sehen, um so deutlicher schallt uns das Gebot der Stunde entgegen. Das aber lautet nicht etwa: burgfriedliche Sammlung der Proletarier mit Mehrheitssozialdemokraten und Bürgerlichen zur Stärkung der Regierung, die bald deutlich und kleinlaut vor dem Schatten der Wilsonschen Grundsätze kniet, bald prahlerisch mit dem Feuerfunken des Nichtunterzeichnens und eines Verzweiflungskrieges spielt, der ein Verbrechen wäre und den unmachgiebigsten Widerstand der breiten Massen herausfordern müßte. Es lautet freilich ebensowenig: Sammlung der proletarischen Massen mit der Losung des Unterzeichnenmüssens und der praktischen Wirkung, daß das Unabwendbare, Verhängnisvolle der Regierung erleichtert wird. In der Pose des Fischers in Goethes Ballade — halb zog sie ihn, halb sank er hin — könnte sie sich dank der Losung unter Berufung auf den Volkswillen und die Verantwortlichkeit dem Schwerfrieden fügen.

Das Gebot der Stunde ist eindeutig, klar. Deutschlands Proletariat hat sich für den Friedensschluß nicht auf den Boden des kapitalistischen Klassenstaats zu stellen, sondern auf den unerschütterlichen Felsengrund seiner eigenen Klasseninteressen und der darin fest verwurzelten geschichtlichen Aufgaben. Im Hinblick auf die diplomatischen Manövrierien um die Friedensbedingungen kann es stolz mit unserem großen Dichter ausrufen: „Es fechten Knechte nur mit Knechten". Knechte des Imperialismus, des Kapitalismus auf beiden Seiten. Von ihnen, von ihrem „Friedenswerk" Gutes für das schaffende Volk erwarten, hieße wahrlich Feigen von den Dornen und Trauben von den Disteln pflücken wollen. Der Versailler Friedensvertrag ist die Sache kapitalistischer Regierungen und nicht freier, selbstentscheidender Völker, er kann für kein Volk bindend sein.

Auf deutscher Seite ist das größte Hindernis eines wirklichen Friedens die Regierung Ebert-Scheidemann, die Regierung nachgelassener Durchhaltebläser der wilhelminischen Kriegspolitik und gegenwartsblinder Fanatiker der kapitalistenfrommen Gegenrevolutionspolitik. Diese Regierung, die den Militarismus zu neuen Kräften verhalf, um dem Aufbau des Sozialismus durch das Proletariat zu wehren, ist dem Auslande ebenso verächtlich, wie dem Heimatland verderblich. Das deutsche Proletariat hat die Friedensarbeit den blutbefleckten Händen der konterrevolutionären Regierung und den täppisch spielerischen Fingern ihrer Diplomaten zu entwinden und in seine eigene gewaltige Faust zu nehmen. Der erste entscheidende Schritt zum Frieden ist der zielklare, entschlossene Wille zur Beseitigung der gegenrevolutionären Regierung. Der proletarische Fußtritt, der die Scheidemänner aus ihren Sesseln, der Noske aus dem Hohenzollernbett wirft, wird der Auftakt zum Ende der Machtherrlichkeit eines Clemenceau und Lloyd George sein. Nicht Diplomaten dürfen, die Revolution muß den Friedensvertrag unterzeichnen, das Werk der Völker, die sich aus Kapitalshanden befreien. Deutschlands Proletariat, laß nicht Kriegsknechte des Kapitalismus um Dein Geschick würfeln! Zeige, daß fast fünfjährige Kreuzigung am Marterholz des Weltkriegs Dein unsterbliches Leben als Klasse nicht zu töten vermochte. Dein ist die Macht, wenn du weißt, wenn du willst. Herab vom Kreuz! Handle!

Die Eroberung der politischen Macht.

Von Rosa Luxemburg.

Mit den folgenden Ausführungen lassen wir die unvergeßliche Führerin des revolutionären Proletariats zu den Genossinnen sprechen. Sie sind der Broschüre entnommen: Sozialreform oder Revolution, die 1908 im Verlag der Leipziger Buchdruckerei in zweiter durchgesehener und ergänzter Auflage erschienen ist. Die Broschüre enthält die kritische Auseinandersetzung Rosa Luxemburgs mit Bernsteins Aufsätzen: Probleme des Sozialismus, Neue Zeit 1897/98. Vor mehr als 20 Jahren geschrieben, hat sie noch heute den vollen Reiz der Frische, der Lebendigkeit, der zwingenden Beweisführung. Manche Ausführungen lesen sich, als wären sie heute für heute geschrieben. Trotz Weltkrieg und Revolution und allem und alledem, was in diesen 20 Jahren Geschichte geworden ist. Aber in einem zeigt sich der Wandel der Zeiten. Rosa Luxemburg hatte vor zwei Jahrzehnten ihren kritischen Waffengang für die Revolution, für den Sozialismus mit Eduard Bernstein. Heute, nach den Lehren des Weltkriegs und des Revolutionsbeginns kehrt sich die Schärfe ihres glänzenden Schwerts gegen Karl Kautsky. Denn sehen wir von Nebensächlichem ab, halten wir uns an den Kern, so äußert heute Karl Kautsky die nämlichen Bedenken gegen die Eroberung der politischen Macht, gegen die Diktatur des Proletariats, die Eduard Bernstein 1897/98 dem kämpfenden Proletariat auftischte. Sie sind seither wahrhaftig nicht schmackhafter geworden. Am wenigsten dadurch, daß wir die bürgerlich-reformlerischen Gedankengänge in der Praxis der Mehrheitssozialdemokratie verwirklicht sehen, an die Eduard Bernstein in konsequenter Logik und mit anerkennenswertem Mute wieder seinen Anschluß vollzogen hat. Die Spuren dieser Praxis schrecken! Wir geben nach dieser nötigen Vorbemerkung Rosa Luxemburg das Wort. Sie schrieb zur Frage der Eroberung der politischen Macht:

Die Schicksale der Demokratie sind an die Schicksale der Arbeiterbewegung gebunden. Aber macht denn die Entwicklung der Demokratie auch im besten Falle eine proletarische Revolution im Sinne der Ergreifung der Staatsgewalt, der Eroberung der politischen Macht überflüssig oder unmöglich?

Bernstein entscheidet diese Frage auf dem Wege einer grundlichen Abwägung der guten und schlechten Seiten der gesetzlichen Reform und der Revolution, und zwar mit einer Behaglichkeit, die an das Abwägen von Zimmt und Pfeffer in einem Konsumverein erinnert. In dem geschichtlichen Gang der Entwicklung sieht er die Wirkung des Intellekts, in dem revolutionären Gang die des Gefühls, in der Reformarbeit eine langsame, in der Revolution eine rasche Methode des geschichtlichen Fortschritts, in der Gesetzgebung eine planmäßige, in dem Umsturz eine elementare Gewalt.

Es ist nun eine alte Geschichte, daß der kleinbürgerliche Reformer in allen Dingen der Welt eine „gute" und eine „schlechte" Seite sieht, und daß er von allen Blumenbeeten nascht. Eine ebenso alte Geschichte ist es aber, daß der wirkliche Gang der Dinge sich um kleinbürgerliche Kombinationen sehr wenig kümmert und das sorgfältigst zusammengeschleppte Häufsein „guter Seiten" von allen möglichen Dingen der Welt mit einem Nasenstüber in die Luft sprengt. Tatsächlich sehen wir aber, daß in der Geschichte die gesetzliche Reform und die Revolution nach tieferen Gründen funktionieren, als die Vorzüge oder Nachteile dieses oder jenes Verfahrens.

In der Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft diente die gesetzliche Reform zur allmählichen Erstarkung der aufstrebenden Klasse, bis sie sich reif genug fühlte, die politische Macht zu erobern und das ganze bestehende Rechtssystem umzuwerfen, um ein neues aufzubauen. Bernstein, der gegen die Eroberung der politischen Macht als eine blanquistische Gewalttheorie wettert, passiert das Malheur, daß er das, was seit Jahrhunderten der Angelpunkt und die Triebkraft der menschlichen Gesellschaft ist, für einen blanquistischen Rechenfehler hält. Seit die Klassengesellschaften existieren und der Klassenkampf den wesentlichen Inhalt ihrer Geschichte bildet, war nämlich die Eroberung der politischen Macht stets ebenso das Ziel aller aufstrebenden Klassen, wie der Ausgangs- und der Endpunkt jeder geschichtlichen Periode. Dies sehen wir in den langen Kämpfen des Bauerntums mit den Geldkapitalisten und dem Adel im alten Rom, in den Kämpfen des Patriziertums mit den Bischöfen und des Handwerkertums mit den Patriziern in den mittelalterlichen Städten, in den Kämpfen der Bourgeoisie mit dem Feudalismus in der Neuzeit.

Die gesetzliche Reform und die Revolution sind also nicht verschiedene Methoden des geschichtlichen Fortschritts die man in dem Geschichtsbuffet nach Belieben wie heiße Würstchen oder kalte Würstchen auswählen kann, sondern verschiedene Momente in der Entwicklung der Klassengesellschaft, die einander ebenso bedingen und ergänzen, zugleich aber ausschließen, wie z. B. Süd- und Nordpol, Bourgeoisie und Proletariat.

Und zwar ist die jeweilige gesetzliche Verfassung bloß ein Produkt der Revolution. Während die Revolution der politische Schöpfungsakt der Klassengeschichte ist, ist die Gesetzgebung das politische Fortvegetieren der Gesellschaft. Die gesetzliche Reformarbeit hat eben in sich keine eigene, von der Revolution unabhängige Triebkraft, sie bewegt sich in jeder Geschichtsperiode nur auf der Linie und solange, als in ihr der ihr durch die letzte Umwälzung gegebene Fußtritt nachwirkt, oder, konkret gesprochen, nur im Rahmen der durch die letzte Umwälzung in die Welt gesetzten Gesellschaftsform. Das ist eben der Kernpunkt der Frage.

Es ist grundfalsch und ganz ungeschichtlich, sich die gesetzliche Reformarbeit bloß als die ins Breite gezogene Revolution, und die Revolution als die zusammengedrängte Reform vorzustellen. Eine soziale Umwälzung und eine gesetzliche Reform sind nicht durch die Zeitdauer, sondern durch das Wesen verschiedene Momente. Das ganze Geheimnis der geschichtlichen Umwälzungen durch den Gebrauch der politischen Macht liegt ja gerade in dem Umschlage der bloßen quantitativen Veränderungen in eine neue Qualität, konkret gesprochen: in dem Übergange einer Geschichtsperiode, einer Gesellschaftsordnung in eine andere.

Wer sich daher für den gesetzlichen Reformweg anstatt und im Gegensatz zur Eroberung der politischen Macht und zur Umwälzung der Gesellschaft ausspricht, wählt tatsächlich nicht einen ruhigeren, sicheren, langsameren Weg zum

gleichen Ziel, sondern auch ein anderes Ziel, nämlich statt der Herbeiführung einer neuen Gesellschaftsordnung bloß unwesentliche Veränderungen in der alten. So gelangt man von den politischen Ansichten des Revisionismus zu demselben Schluß, wie von seinen ökonomischen Theorien: daß sie im Grunde genommen nicht auf die Verwirklichung der sozialistischen Ordnung, sondern bloß auf die Reformierung der kapitalistischen, nicht auf die Aufhebung des Lohnsystems, sondern auf das Mehr oder Weniger der Ausbeutung, mit einem Worte auf die Beseitigung der kapitalistischen Auswüchse und nicht des Kapitalismus selbst abzielen.

Vielleicht behalten aber die obigen Sätze über die Funktion der gesetzlichen Reform und der Revolution ihre Richtigkeit bloß in bezug auf die bisherigen Klassenkämpfe? Vielleicht ist von nun an, dank der Ausbildung des bürgerlichen Rechtssystems, der gesetzlichen Reform auch die Überführung der Gesellschaft aus einer geschichtlichen Phase in eine andere zugewiesen und die Ergreifung der Staatsgewalt seitens des Proletariats „zur inhaltslosen Phrase geworden"? wie Bernstein auf S. 183 seiner Schrift sagt.

Das gerade und direkte Gegenteil ist der Fall. Was zeichnet die bürgerliche Gesellschaft von den früheren Klassengesellschaften — der antiken und der mittelalterlichen — aus? Eben der Umstand, daß die Klassenherrschaft jetzt nicht auf „wohlerworbenen Rechten", sondern auf tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnissen beruht, daß das Lohnsystem nicht ein Rechtsverhältnis, sondern ein rein ökonomisches Verhältnis ist. Man wird in unserem ganzen Rechtssystem keine gesetzliche Formel der gegenwärtigen Klassenherrschaft finden. Gibt es Spuren von einer solchen, dann sind es eben, wie die Gesindeordnung, Überbleibsel der feudalen Verhältnisse.

Wie also die Lohnsklaverei „auf gesetzlichem Wege" stufenweise aufheben, wenn sie in den Gesetzen gar nicht ausgedrückt ist? Bernstein, der sich an die gesetzliche Reformarbeit machen will, um dem Kapitalismus auf diesem Wege ein Ende zu bereiten, gerät in die Lage jenes russischen Schutzmannes, der bei Uspienski sein Abenteuer erzählt: . . . „Schnell packte ich den Kerl am Kragen, und was stellte sich heraus? Daß der verdammte Kerl keinen Kragen hatte!" . . . Da liegt eben der Hase im Pfeffer.

„Alle bisherige Gesellschaft beruhte auf dem Gegensatz unterdrückter und unterdrückender Klassen" (Das kommunistische Manifest S. 17). Aber in den vorhergehenden Phasen der modernen Gesellschaft war dieser Gegensatz in bestimmten rechtlichen Verhältnissen ausgedrückt und konnte eben deshalb bis zu einem gewissen Grad den aufkommenden neuen Verhältnissen im Rahmen der alten noch Raum gewähren. „Der Leibeigene hat sich zum Mitglied der Kommune in der Leibeigenschaft herausgearbeitet." (Kommun. Manifest S. 17). Wieso? Durch stufenweise Aufhebung im Weichbilde der Stadt aller jener Splitterrechte: der Fronden, Kürmeden, des Gewandrechts, Besthaupts, Kopfzinses, Heiratszwanges, Erbteilungsrechts usw., deren Gesamtheit die Leibeigenschaft ausmachte.

Desgleichen arbeitete sich „der Kleinbürger zum Bourgeois unter dem Joch des feudalistischen Absolutismus" empor (a. a. O., S. 17). Auf welchem Wege? Durch teilweise formelle Aufhebung oder tatsächliche Lockerung der Zunftfesseln, durch allmähliche Umbildung der Verwaltung, des Finanz- und Wehrwesens in dem allernotwendigsten Umfange.

Will man also abstrakt, anstatt geschichtlich die Frage behandeln, so läßt sich bei den früheren Klassenverhältnissen ein rein gesetzlicher formeller Übergang von der feudalen zur bürgerlichen Gesellschaft wenigstens denken. Was sehen wir aber in der Tat? Daß auch dort die gesetzlichen Reformen nicht dazu dienten, die Ergreifung der politischen Macht durch das Bürgertum überflüssig zu machen, sondern umgekehrt, sie vorzubereiten und herbeizuführen. Eine formliche politisch-soziale Umwälzung war unentbehrlich ebenso zur Aufhebung der Leibeigenschaft, wie zur Abschaffung des Feudalismus.

(Schluß folgt.)

Manifest der Kommunistischen Internationale.

An das Proletariat der ganzen Welt!

IV.

Das Geheul der bürgerlichen Welt gegen den Bürgerkrieg und den roten Terror ist die ungeheuerlichste Heuchelei, die die Geschichte der politischen Kämpfe bisher aufzuweisen hat. Es würde keinen Bürgerkrieg geben, wenn nicht die Ausbeuter, die die Menschheit an den Rand des Verderbens gebracht haben, jedem Vorwärtsschreiten der arbeitenden Massen sich entgegenstemmten. In Rußland haben die Ausbeuter Verschwörungen und Morde angezettelt und bewaffnete Hilfe von außen angerufen, um ihre räuberischen Vorrechte aufrecht zu erhalten oder wiederherzustellen. Der Bürgerkrieg wird überall der Arbeiterklasse von ihren Todfeinden aufgezwungen. Die Arbeiterklasse muß Schlag mit Schlag beantworten, wenn sie nicht ihrer selbst und ihrer Zukunft entsagen will, die zugleich die Zukunft der ganzen Menschheit ist. Indem die kommunistischen Parteien nie den Bürgerkrieg künstlich heraufbeschwören, streben sie darnach, seine Dauer nach Möglichkeit zu verkürzen — falls er zu einer eisernen Notwendigkeit geworden —, die Zahl seiner Opfer zu verringern und vor allem dem Proletariat den Sieg zu sichern. Hieraus erklärt sich die Notwendigkeit der rechtzeitigen Entwaffnung der Bourgeoisie, der Bewaffnung der Arbeiter, der Bildung einer kommunistischen Armee als Beschützerin der Macht des Proletariats und der Unantastbarkeit eines sozialistischen Aufbaues. Ein solches Heer ist die Rote Armee des Sowjet-Rußlands, die zum Schutze der Errungenschaften der Arbeiterklasse gegen jeden Überfall von innen und von außen entstanden ist. Die Rätearmee ist unzertrennbar von dem Rätestaat.

Im Bewußtsein des weltgeschichtlichen Charakters ihrer Aufgaben haben die aufgeklärten Arbeiter schon bei den ersten Schritten ihrer organisierten sozialistischen Bewegung nach einer internationalen Vereinigung gestrebt. Der Grundstein zu ihr wurde im Jahre 1864 in London, in der ersten Internationale gelegt. Der Deutsch-Französische Krieg, aus dem das Deutschland der Hohenzollern erwachsen ist, untergrub die erste Internationale, indem er gleichzeitig zu der Entwicklung der nationalen Arbeiterparteien Anstoß gab. Schon im Jahre 1889 vereinigten sich diese Parteien auf dem Kongreß in Paris und schufen die Organisation der zweiten Internationale. Aber der Schwerpunkt der Arbeiterbewegung lag in dieser Periode gänzlich auf nationalem Boden, im Rahmen der nationalen Staaten, auf der Grundlage der nationalen Industrie, im Gebiet des nationalen Parlamentarismus. Jahrzehnte organisatorischer und Reformarbeit schufen ein Geschlecht von Führern, die in ihrer Mehrheit das Programm der sozialen Revolution in Worten anerkannten, in Wirklichkeit aber es verleugneten und im Reformismus und in der Anpassung an den bürgerlichen Staat versumpften. Der opportunistische Charakter der leitenden Parteien der zweiten Internationale entpuppte sich endgültig und führte zum größten Zusammenbruch der Weltgeschichte im Augenblick, als der Lauf der Ereignisse von den Arbeiterparteien revolutionäre Kampfmethoden verlangte. Wenn der Krieg von 1870 der ersten Internationale einen Schlag versetzte, indem er die Tatsache enthüllte, daß hinter dem sozialrevolutionären Programm noch keine geschlossene Macht der Massen stand, so tötete der Krieg von 1914 die zweite Internationale, indem er zeigte, daß über den zusammengeschweißten Arbeitermassen Parteien stehen, die sich in untertänige Organe des bürgerlichen Staates verwandelten.

Dies gilt nicht nur für die Sozialpatrioten, die heute offen in das Lager der Bourgeoisie übergegangen, zu ihren bevorzugten Vertrauenspersonen und zuverlässigen Henkern der Arbeiterklasse geworden sind, sondern auch für das verschwommene, unbeständige sozialistische Zentrum, das heute bemüht ist, die zweite Internationale zu erneuern, d. h. die Beschränktheit, den Opportunismus und die revolutionäre Machtlosigkeit ihrer leitenden Spitzen. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands, die heutige Mehrheit der sozialistischen Partei Frankreichs, die Gruppe der Menschewiki in Rußland, die Unabhängige Arbeiterpartei Englands und andere ähnliche Gruppen versuchen tatsächlich den Platz auszufüllen, den die alten offiziellen Parteien der zweiten Internationale vor dem Kriege eingenommen hatten. Wie früher so treten sie jetzt mit Ideen des Kompromisses und der Einigung auf, lähmen auf diese Weise mit allen Mitteln die Energie des Proletariats, ziehen die Krise in die Länge und vergrößern somit das Elend Europas noch. Der Kampf gegen das sozialistische Zentrum ist die notwendige Vorbedingung des erfolgreichen Kampfes gegen den Imperialismus.

Wir verwerfen die Halbheit, Lügenhaftigkeit und Fäulnis der sich überlebten offiziellen sozialistischen Parteien. Wir fühlen uns, die in der dritten Internationale vereinigten Kommunisten, als die direkte Fortsetzung der heroischen Anstrengungen und des Märtyrertums einer langen Reihe revolutionärer Geschlechter von Babeuf bis Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Wenn die erste Internationale die künftige Entwicklung vorausgesehen und ihre Wege vorgezeichnet, wenn die zweite Internationale Millionen Proletarier gesammelt und organisiert hat, so ist die dritte Internationale die Internationale der offenen Massenaktion, der revolutionären Verwirklichung, die Internationale der Tat. Die sozialistische Kritik hat die bürgerliche Weltordnung genügend gebrandmarkt. Die Aufgabe der internationalen kommunistischen Partei besteht darin, diese Ordnung umzustürzen und an ihre Stelle den Bau der sozialistischen Ordnung zu errichten. Wir fordern die Arbeiter und Arbeiterinnen aller Länder auf, sich unter dem kommunistischen Banner zu vereinigen, unter dessen Zeichen die ersten großen Siege bereits erfochten sind.

Proletarier aller Länder! Im Kampfe gegen die imperialistische Barbarei, gegen die Monarchie, gegen die privilegierten Klassen, gegen den bürgerlichen Staat und das bürgerliche Eigentum, gegen alle Arten und Formen der sozialen oder nationalen Bedrückung, vereinigt euch!

Unter dem Banner der Arbeiterräte, des revolutionären Kampfes für die Macht und die Diktatur des Proletariats, unter dem Banner der dritten Internationale, Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Die Sklaverei unter uns.

Von Leo Tolstoi.

Stellen wir uns einen Menschen vor, der aus völlig fremdem Lande kommt, nicht die geringste Vorstellung von unserer Geschichte und unseren Gesetzen hat, und den man fragt, nachdem man ihm unser Leben in seinen mannigfachsten Äußerungen gezeigt hat, welchen Hauptunterschied er in der Lebensweise der Menschen unserer Welt erblicke.

Der Hauptunterschied in der Lebensweise der Menschen, auf den dieser Fremdling hinweist, wird der sein: die einen — eine geringe Anzahl von Menschen — haben reine, weiße Hände, nähren und kleiden sich gut, haben gute Wohnungen, arbeiten sehr wenig und leicht, oder überhaupt gar nicht und zerstreuen und unterhalten sich nur, indem sie für ihre Unterhaltung Millionen von schweren Arbeitstagen der anderen Menschen voraus gaben. Die anderen aber, immer schmutzig, schlecht gekleidet, in ärmlichen Wohnungen, kärglich genährt, mit schwieligen, schmutzigen Händen, arbeiten vom Morgen bis zum Abend ununterbrochen für die, die nicht arbeiten und sich nur amüsieren.

Zwischen den Sklaven und den Sklavenbesitzern unserer Zeit ist es vielleicht schwer, eine so scharfe Trennungslinie zu ziehen, wie sie früher die Sklaven von den Sklavenbesitzern trennte. Es gibt unter den Sklaven unserer Zeit solche, die nur zeitweilig Sklaven sind und dann selbst Sklavenbesitzer werden, oder auch solche, die zu gleicher Zeit Sklaven und Sklavenbesitzer sind. Aber diese Vermischung der einen und anderen Art in ihren Berührungspunkten erschüttert in keiner Weise die Wahrheit des Satzes, daß die ganze Menschheit unserer Zeit in Sklaven und Herren ebenso scharf geteilt ist, wie sich vierundzwanzig Stunden trotz der Dämmerung in Tag und Nacht teilen.

Wenn der Sklavenbesitzer unserer Zeit seinen Sklaven Iwan hat, den er in den Abort schicken kann, seine Exkremente fortzuräumen, so hat er drei Rubel, deren Hunderte von Iwans so sehr bedürfen, daß der Sklavenbesitzer unserer Zeit sich nach Belieben einen von den Hunderten auswählen kann und diesem noch dadurch eine Wohltat erweist, daß er es gerade ihm vor allen anderen erlaubt, die Abortgrube zu räumen.

Sklaven sind in unserer Zeit nicht nur alle die Fabrikarbeiter, die sich ganz und gar in die Gewalt der Fabrikherren begeben müssen, um leben zu können. Sklaven sind auch fast alle Ackerbauer, die unermüdlich auf fremden Feldern fremdes Korn säen und ernten und ihre eigenen Felder nur dazu bebauen, um die Prozente von untilgbaren Schulden an die Banken zu zahlen. Ebensolche Sklaven sind auch alle die unzähligen Köche, Lakaien, Stubenmädchen, Hausknechte, Kutscher, Badediener, Kellner usw., die ihr ganzes Leben lang die dem menschlichen Wesen fremdesten und ihnen selbst widerwärtigsten Pflichten erfüllen.

Die Sklaverei besteht in ihrer vollen Kraft, aber **wir erkennen sie nur nicht an**, ebensowenig wie in Europa am Ende des achtzehnten Jahrhunderts die Leibeigenschaft als Sklaverei anerkannt wurde.

Die Menschen jener Zeit meinten, daß die Lage der Leute, die verpflichtet waren, den Acker ihrer Herren zu bebauen und ihren Herren zu gehorchen, eine natürliche und unumgängliche Lebensbedingung sei, und sie hielten diesen Zustand für keine Sklaverei. Dasselbe geschieht auch unter uns: die Menschen unserer Zeit halten die Lage der Arbeiter für eine natürliche, unumgängliche, wirtschaftliche Bedingung und nennen sie nicht Sklaverei.

Und wie gegen Ende des 18. Jahrhunderts die Menschen in Europa allmählich zu begreifen anfingen, daß das, was früher als eine natürliche und unumgängliche Form des wirtschaftlichen Lebens erschienen war, wie die Lage der Bauern, die sich in der vollen Gewalt der Herren befanden, nicht gut, nicht gerecht, nicht moralisch sei und eine Änderung verlange, — so beginnen auch die Menschen unserer Zeit zu begreifen, daß die früher gesetzlich und normal erschienene Lage der Arbeiter nicht so sei, wie sie sein müsse, und daß sie einer Änderung bedürfe.

Die Sklaverei unserer Zeit befindet sich in derselben Phase, in welcher sich gegen Ende des 18. Jahrhunderts in Europa die Leibeigenschaft befand, in dem zweiten Viertel des 19. Jahrhunderts in Amerika die Sklaverei und um die dieselbe Zeit bei uns in Rußland wiederum die Leibeigenschaft.

Die Arbeitersklaverei unserer Zeit beginnt erst eben von den fortgeschrittensten Menschen unserer Gesellschaft erkannt zu werden; die meisten aber sind noch völlig überzeugt, daß unter uns überhaupt keine Sklaverei existiere. Die Menschen unserer Zeit werden in dem Mißverstehen ihrer Lage noch dadurch bestärkt, daß wir erst vor kurzem in Rußland und in Amerika die Sklaverei aufgehoben haben. In Wirklichkeit aber war die Aufhebung der Leibeigenschaft und der Sklaverei nur das Aufheben einer veralteten und unnütz gewordenen **Form der Sklaverei und der Ersatz dieser Form durch eine neue, festere und eine größere Anzahl von Sklaven schaffende, als die frühere Form der Sklaverei umfaßte.**

Die Aufhebung der Leibeigenschaft und der Sklaverei ähnelte dem, was die krimschen Tataren mit ihren Gefangenen machten, wenn sie ihnen die Sohlen aufschnitten und gehackte Borsten hineintaten. Nach dieser Operation pflegten sie den Gefangenen die Ketten und Fußschellen abzunehmen.

Die Aufhebung der Leibeigenschaft in Rußland und der Sklaverei in Amerika beseitigte zwar die frühere Form, **aber nicht das Wesen der Sklaverei** und wurde zudem erst dann vorgenommen, als die Borsten in den Sohlen schon Geschwüre gezeitigt hatten und man vollständig sicher sein konnte, daß die Gefangenen auch ohne Ketten und Schellen nicht weglaufen, sondern arbeiten würden.

Die Nordstaaten Amerikas verlangten darum so kühn die Vernichtung der alten Sklaverei, weil unter ihnen die neue, die Geldsklaverei, schon offenbar das Volk gefesselt hatte. Die Südstaaten erblickten noch keine sicheren Anzeichen der neuen Sklaverei und zauderten daher, die alte abzuschaffen. Bei uns in Rußland wurde die Leibeigenschaft erst dann aufgehoben, als die Ländereien schon alle zum Eigentum großer Herren geworden waren. Wenn den Bauern auch einiges Land gegeben wurde, so wurden sie dafür mit Steuern belastet, die die Bodensklaverei ersetzten.

In Europa begann man die Steuern, durch die das Volk in Sklaverei gehalten wurde, erst dann aufzuheben, als das Volk schon proletarisiert, des Ackerbaus entwöhnt und durch die Ansteckung mit städtischen Bedürfnissen in vollständige Abhängigkeit von den Kapitalisten versetzt worden war. Erst dann wurden in England die Getreidesteuern aufgehoben. Jetzt beginnt man in Deutschland und in anderen Ländern nur darum die Steuern von den Arbeitern auf die Reichen abzuwälzen, weil die Mehrheit des Volkes sich schon in der Gewalt der Kapitalisten befindet. Das eine Mittel der Sklaverei wird nur dann beseitigt, wenn es bereits durch ein anderes ersetzt worden ist.

Dieser Mittel aber gibt es verschiedene. Und wenn nicht das eine, so ist es das andere von ihnen, oder es sind gar mehrere zusammen, die das Volk in Sklaverei halten, d. h. es in jene Lage versetzen, in der der eine, kleinere Teil der Menschen die vollständige Gewalt über die Arbeit und das Leben des größeren Teiles der Menschen hat. In dieser Knechtung des größeren Teiles eines Volkes durch den kleineren besteht die wichtigste Ursache der elenden Lage des Volkes.

Und daher muß das Mittel zur Besserung der Lage der Arbeiter darin bestehen, daß erstens anerkannt wird, daß die Sklaverei in unserer Gesellschaft existiert, — und zwar nicht in irgend einem übertragenen, bildlichen Sinne, sondern in dem allereinfachsten und unmittelbarsten Sinne —, eine Sklaverei, die die einen Menschen, die Mehrheit, in der Gewalt der anderen, der Minderheit, hält. Daß zweitens, nachdem das Bestehen der Sklaverei zugegeben worden ist, die Ursachen der Knechtung der einen Menschen durch die anderen gefunden werden. Daß drittens diese Ursachen, nachdem sie gefunden worden sind, vernichtet werden. Darin besteht das einzige Mittel zur Besserung der Lage der Arbeiter.

Notizenteil.

Aus der Bewegung.

Zahlreiche Protestkundgebungen gegen das Schmachurteil im Prozeß der Mörder Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs bringen die Meinung der Proletarier zum Ausdruck. Die Arbeiterschaft fast aller größeren Betriebe Berlins hat durch Resolutionen ihre Entrüstung über die Gerichtskomödie ausgesprochen, ebenso erneut ihre dankbare Verehrung für die gemordeten Führer. Auch in anderen Städten haben die Arbeiter und Arbeiterinnen gegen das Gerichtsverfahren und den Gerichtsspruch in schärfster Weise protestiert. Besonders kraftvoll war die große Protestkundgebung in **Kiel**. Am 22. Mai, mittags 12 Uhr, verließen die Arbeiter sämtlicher Betriebe geschlossen die Werkstätten und zogen nach dem großen Wilhelmsplatz. Es wurden dort von Rednern aller sozialistischen Parteien Ansprachen gehalten. Die Versammelten — über 10000 — protestierten einstimmig gegen das Urteil und forderten die Abschaffung der Militärgerichtsbarkeit. Die **Kommunisten** übten schärfste Kritik an dem Verhalten der Regierung in dieser Sache wie im allgemeinen und forderten ihren Sturz und die Aufrichtung der Diktatur des Proletariats.

Vom Schlachtfeld des Klassenkampfes.

Die Verfolgung des Worpsweder Malers Heinrich Vogeler wegen seines Bekenntnisses zum Kommunismus ist einer der vielen besonderen Schmutzflecken der ruhmreichen Regierungszeit Ebert I. Nennt man die guten Namen der deutschen Malerwelt der letzten dreißig Jahre, so wird auch Heinrich Vogeler genannt. Heinrich Vogeler ringt immer wieder aufs neue ernst, mit Inbrunst, in zäher Ausdauer um seine Kunst. Er hat den Kulturbesitz Deutschlands um Wertvolles bereichert, und weit über Deutschland hinaus ist ihm Anerkennung zuteil geworden. Heinrich Vogeler ist kein hemmungsloser Jüngling mehr, ein gereifter Mann, ein Sinnierer und Grübler, dessen Seele Ideales sucht. Dieser Mann wurde durch das innerliche Erleben des Weltkriegs zum Studium sozialistischer Literatur angeregt, er bekannte sich schließlich zum Kommunismus. Öffentlich, aufrecht, wie es seine Art ist. Seinem Wesen lag es fern, sich an den politischen Kämpfen zu beteiligen, aber er solidarisierte sich mit den Bestrebungen der revolutionären Bremer Arbeiterschaft, und er verhehlte das nicht. Sein Heim Barkenhof in Worpswede wurde zur Zufluchtsstätte für Arbeitslose und Notleidende, für Erholungsbedürftige, die unter den Nachwehen erlittener Schutzhaft und anderer Verfolgungen litten. Die dank der Weißgardisten in Bremen triumphierenden Gegenrevolutionäre fühlten sich von dem Ehrgeiz geplagt, die heilige bürgerliche „Ordnung" gegen den „gefährlichen Spartakisten" zu schützen. Heinrich Vogeler wurde das Opfer ebenso systematischer als gehässiger Verfolgungen, und eine Verhaftung durch Noskestruppen blieb ihm schließlich nicht erspart. Heinrich **Vogeler** schreibt uns darüber: „Bisher sind fünf Haussuchungen von bewaffneter Macht auf dem Barkenhof vorgenommen worden. Meist kamen die Weißgardisten mit einem großen Aufgebot von Mannschaften bis an die Zähne bewaffnet, auf schweren Widerstand vorbereitet, in den Nachtstunden zwischen 3—5 Uhr. Alle Nachsuchungen verliefen ergebnislos. Um den unsinnigen Gerüchten, die den Zweck haben, mich und meine Familie den verhetzten Bürgern auszuliefern, stelle ich dieses fest:

1. Daß ich jederzeit den bürgerlichen Gerichten zur Verfügung stehe.
2. Daß die lebende oder tote Rosa Luxemburg nicht bei mir gefunden worden ist.
3. Daß weder Maschinengewehre noch Handgranaten oder sonstige Waffen bei mir gefunden worden sind.
4. Daß kein Widerstand geleistet worden ist, sondern daß die Truppen und Spitzel auf dem Barkenhof als Gäste behandelt worden sind.
5. Daß man keine Verbrecher bei mir gefunden hat.
6. Als „lichtscheues Gesindel" wurde nur ich verhaftet. Von den Arbeitslosen, die mit mir auf gemeinwirtschaftlicher Basis arbeiten, wurde niemand festgenommen.
7. Russische Gelder wurden nicht gefunden, auch sind in keiner Form Beziehungen zu russischen Geldern da.

Alle jene Zeitungen, die nicht gewillt sind, sich selber schuldig zu machen an einer Pogromtreiberei, wie sie gegen Eisner von den klerikalen Blättern betrieben worden ist, bitte ich diese Zeilen abzudrucken. Die Quellen der unwahren Treibereien sind in Worpswede zu finden, nicht unter den Bauern, sondern in sogenannten Künstler- und in Spekulantenkreisen und in der Worpsweder Zeitung. Heinr. Vogeler.

Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

Eine Frauen-Reichskonferenz für Österreich und eine niederösterreichische Frauen-Landeskonferenz werden Ende Juni in **Wien** tagen. Die Frauen-Reichskonferenz soll am 28. Juni zusammentreten mit folgender provisorischer Tagesordnung: 1. Umgestaltung der Organisation: a) Bericht des Sekretariats; b) Gemeinsame Organisation; c) Presse. 2. Wahl des Frauenreichskomitees. 3. Unsere Aufgaben in Landtag und Gemeinde. Das Recht zu delegieren haben alle Frauenorganisationen. Bis zu 500 Mitglieder entfällt eine Delegierte, für jede weiteren 500 wieder je eine. Wo bereits gemeinsame Organisationen bestehen, delegieren sie in derselben Art und nach der Anzahl ihrer weiblichen Mitglieder. Die Zentralverbände der Gewerkschaften haben das Recht, je 2 Delegierte zu entsenden.

Am Tage vorher, Samstag den 28. Juni, um 2 Uhr nachmittags, findet zur Besprechung von niederösterreichischen Angelegenheiten und wegen der Neuwahl des Landeskomitees eine **niederösterreichische Frauen-Landeskonferenz** statt. Die Delegation wird nach denselben Bestimmungen vorgenommen wie für die Reichskonferenz. Die niederösterreichischen Delegierten nehmen dann auch an der Reichskonferenz teil. Die sozialistische Frauenbewegung Deutsch-Österreichs hat trotz der Kriegsnöte, unter denen die proletarischen Massen noch seufzen, prächtige Fortschritte erzielt. Die Revolution hat durch die politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts den Genossinnen neue, große Aufgaben zugewiesen. Genossinnen sitzen in den gesetzgebenden Körperschaften, in den Gemeinderaten. Unter den Schlägen des Hungers, der Elendspeitsche sind Millionen Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen erwacht, die früher dem öffentlichen Leben gleichgültig stumpf gegenüberstanden. Ihr Geist ist voller fragender Unruhe, ihr Herz voller Sehnsucht. Was soll das werden? Auf diese Frage heischen sie Antwort. Soll die Not der Zeit zum alten Jammer zurückführen, vielleicht gar zu verschärftem Leiden oder soll aus ihr eine neue, bessere Ordnung der Dinge entstehen? Unsere Genossinnen müssen den proletarischen Frauen die Erkenntnis bringen, die Antwort, hoffnungsfrohe Antwort auf diese Fragen gibt: Aus Nacht empor zum Licht. Und sie müssen den Frauen den Weg zeigen, der emporführt, müssen ihnen den Willen stärken, diesen Weg zu gehen. Es heißt jede Möglichkeit ausnützen, die Frauen des werktätigen Volkes aufzuklären und zu sammeln, damit sie für den Sozialismus kämpfen. Es heißt jeden Posten nutzen, um die Macht der besitzenden Klasse zu brechen, die sich der Wende durch den Sozialismus widersetzen. So treten die beiden Konferenzen der deutsch-österreichischen Genossinnen unter bedeutsamen Verhältnissen zusammen. Die Sozialistinnen aller Länder werden die Verhandlungen mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgen und mit herzlichen Wünschen begleiten.

Der internationale sozialistische Frauentag.

Der internationale sozialistische Frauentag ist heuer in **Deutschland** nur von der **Unabhängigen Sozialdemokratie** und der **Kommunistischen Partei** abgehalten worden, die vielerorts eine gemeinsame Versammlung veranstalteten. In manchen Gegenden litt der Frauentag unter den damals besonders großen Verkehrsschwierigkeiten, der Eisenbahnverkehr war in jenen Wochen erheblich eingeschränkt, ja fast völlig unterbunden. In anderen Bezirken herrschte infolge von Massenstreiks der Belagerungszustand und Versammlungen waren verboten. Trotzdem haben zahlreiche Frauenversammlungen stattgefunden, namentlich in Norddeutschland. Sie waren durchweg gut, ja glänzend besucht und vom besten Geist getragen. Die als Rednerinnen und Organisatorinnen tätigen Genossinnen hätten sich vervielfältigen müssen, um überall dort sprechen zu können, wo man sie zu einer Frauentagsversammlung wünschte. Die **Unabhängige Sozialdemokratie** ließ zum Frauentag die erste Nummer ihres selbstständigen Frauenorgans erscheinen „Die Kämpferin", die entsprechend ausgestaltet worden war. Außerdem lag ein besonderes Frauentagsblatt vor „**Die Sozialistin**", das Genossin Zetkin herausgegeben hatte. Beide Veröffentlichungen fanden weite Verbreitung. In den Versammlungen gelangte eine Resolution zur Annahme, die die sozialistischen Frauenforderungen der Stunde zusammenfaßte und dem Bekenntnis zum internationalen Sozialismus Ausdruck verlieh. Dieses Bekenntnis, wie das Bewußtsein der Genossinnen, mit den sozialistischen Frauen aller Länder in treuer Ziel-

und Kampfesgemeinschaft verbunden zu sein, gab den Versammlungen ihr Gepräge. Stark brachte es der Frauentag zum Ausdruck, daß die Genossinnen der Kommunistischen Partei und der Unabhängigen Sozialdemokratie von der Erkenntnis der Pflicht durchdrungen sind, ihre ganze Kraft, Begeisterung und Opferfreudigkeit daran zu setzen, die Revolution zum Siege zu führen und mit ihr den Frieden, den Triumph des Sozialismus zu sichern. Ihre Frauentagsagitation hat erweckend, aufklärend auf weitere proletarische Massen gewirkt. So ist das Ergebnis alles in allem trotz der vielen Schwierigkeiten ein nicht zu unterschätzender Gewinn für den Sozialismus.

In der **Schweiz** ist der Frauentag viel erfolgreicher gewesen als in den letzten Jahren. Die Zahl der Frauentagesversammlungen war eine größere; stattliche Frauenmassen strömten ihnen zu und folgten mit regster Aufmerksamkeit, begeistert den Darlegungen der Rednerinnen und Redner. Die mündliche Agitation wurde durch eine entsprechend gehaltene Nummer der „**Vorkämpferin**" wirksam unterstützt, die einen großen und dankbaren Leserinnenkreis fand. Es zeigte sich, daß die Not der Zeit ungezählte Tausende der Frauen des werktätigen Volks wachgerüttelt und mit Interesse für das öffentliche Leben erfüllt hat. Die Versammlungen forderten überall die Reformen, die geeignet sind, dem Elend der Frauenmassen zu steuern, ferner volles, gleiches politisches Recht für das weibliche Geschlecht, und sie riefen über die einzelnen Tagesziele hinweg zum entschlossenen Kampfe gegen den Kapitalismus, für den Sozialismus. Es versteht sich, daß die Veranstaltungen überall im Zeichen der internationalen Solidarität standen, die die Sozialistinnen, die Proletarierinnen aller Länder miteinander verbindet.

40 gut besuchte Frauentagsversammlungen legten in **Holland** Zeugnis von dem Ernst und der Begeisterung ab, mit der dort unsere Genossinnen für Frauenrechte und den Sozialismus wirken. Der Frauentag fand nicht lange vor den Verhandlungen in der Kammer statt, die über die Einführung des allgemeinen aktiven Frauenwahlrechts entscheiden sollten. Er brachte außer dem Begehren nach diesem Recht die Reformforderungen der Frauen zum Ausdruck, namentlich das Verlangen nach einer durchgreifenden sozialen Mutterschaftsfürsorge. Die „**Proletarische Vrouw**" war den Frauentagszielen gewidmet und wurde eifrig verbreitet und gelesen. Der internationale Charakter des Frauentags trat bei allen Veranstaltungen stark hervor. Die sozialistischen Frauen der ganzen Welt sind in Arbeit und Kampf für den erlösenden Sozialismus fest miteinander verbunden. Das Ringen der Genossinnen aller Länder ist eins, der Sieg hier ist der Sieg da: das war das Bewußtsein, das die Versammelten beherrschte. Der Frauentag hat die Kampfesentschlossenheit der Sozialistinnen Hollands gestärkt, hat ihre Begeisterung für die große Sache des Sozialismus befeuert und ihm neue Kämpferinnen zugeführt. Er hat das Seine geleistet.

Infolge der Zensurverhältnisse, die für Briefe aus **Lettland** noch immer bestehen, können wir erst heute die Nachricht bringen, daß am 6. April — am Frauentage der Unabhängigen und Kommunisten — in **Libau** eine Sympathiekundgebung der lettischen Arbeiterinnen stattgefunden hat. Die Frauenversammlung war einberufen von der **sozialdemokratischen Arbeiterpartei Lettlands**, die die Anschauungen der U. S. P. vertritt. Es beteiligten sich über 800 Frauen an der Kundgebung. Von den Rednern und Rednerinnen wurde die internationale Lage besprochen und im Zusammenhang damit die Solidarität mit den revolutionären Arbeiterinnen Deutschlands hervorgehoben.

Aus der besten der Welten.

Das traurige Schicksal der Arbeitsinvaliden darf neben dem harten Geschick der Kriegskrüppel und Kriegsbeschädigten nicht vergessen werden. Jahraus, jahrein saugt das ausbeutende Kapital den Arbeitern und Arbeiterinnen das Mark aus den Knochen, das Blut aus den Adern. Mehrwert wird daraus, von dem der Unternehmer seinen Profit zieht. Schließlich ist die Gesundheit, die Arbeitskraft zum Teufel, die Arbeitsinvaliden sind fertig, die Anrecht auf „Rente" haben. Wie großartig das klingt, wie wenig dahinter steckt! Fragt nur die alten, schwachen, kränklichen Rentner und Rentnerinnen. Wahre Bettelpfennige sind die Renten, zu wenig zum Leben, zu viel zum Sterben. In den Zeiten der Kriegsteuerung trifft das erst recht zu. Die Sozialdemokraten jeder Richtung haben sich seit Kriegsausbruch eifrig bemüht, eine Erhöhung der Invalidenrente herbeizuführen. Lange vergeblich. Das Reich brauchte ja Milliarden auf Milliarden, um Kriegskrüppel zu schaffen, und die Mehrheitssozialdemokraten halfen dabei wacker mit, indem sie einen Kriegskredit nach dem anderen bewilligten. Konsequenz muß der Mensch haben, aber Konsequenz ist nicht jedermanns Sache. Endlich nach 3½ Kriegsjahren wurde eine Teuerungszulage für die Arbeitsinvaliden bewilligt. Seit Februar 1918 erhalten diese 8 Mark im Monat mehr, sage und schreibe acht Mark deutscher Reichswährung. Angesichts der Entwertung des Geldes, der Wucherpreise des Lebensbedarfs! Seither sind die Kosten des Lebensunterhalts noch unerschwinglicher geworden, aber die Rente der Arbeitsinvaliden ist nicht weiter aufgebessert worden. Was das bedeutet, sollen Zahlen sagen.

Ein Arbeitsinvalide hat eine jährliche Invalidenrente von **270 Mark**, einen jährlichen Bezug ohne Rechtsanspruch aus der früheren Arbeitsstätte von 334 Mark, eine Rente aus der Berufsinvalidenkasse von 254 Mark macht zusammen nach Adam Riese **858** Mark. Der Mann verausgabt jährlich 260 Mark für Miete, 8 Mark für Staats- und Gemeindesteuern, 75 Mark für Heizmaterial. Für den eigentlichen Lebensunterhalt verbleiben ihm 515 Mark, so daß er in der Woche nicht einmal ganz 10 Mark für Nahrung, Kleidung, Wäsche usw. aufwenden darf. Verbirgt sich nicht Entbehrung, Hunger hinter diesen Zahlen? Entbehrung, Hunger der Lebensabend eines Mannes, dessen schwielenharte Hände, dessen durchfurchte und verforgte Züge von dem schweren Mühen langer Jahre erzählen. Und es gibt Tausende, Zehntausende männlicher und weiblicher Arbeitsinvaliden, die noch erheblich trauriger daran sind als der „Reichsrentner" in dem angeführten Fall. „Hätten sie jung gespart, so brauchten sie alt nicht zu darben", so sagt die satte bürgerliche Klugheit. Ach, ihr Herrschaften; das Sparen und Vertun hat der ausbeutende Kapitalist für die ausgebeuteten Arbeiter und Arbeiterinnen besorgt. Die mußten froh sein, aus der Hand in den Mund leben zu können. So will es die kapitalistische Ordnung. Arbeiterinnen, Arbeiterfrauen, darf das so bleiben? Erhebt auch ihr eure Stimme! Fort mit dieser Ordnung, fort mit ihrer Schützerin, der Scheidemannregierung!

Frauenwahlrecht.

Fortschritte der Frauenwahlrechtssache in Frankreich sind endlich zu melden. Am 16 Mai nahm die Kammer mit 391 gegen 225 Stimmen einen Antrag an, in die Einzelberatung einer Vorlage einzutreten, die den Frauen das aktive und passive Wahlrecht zu den **Gemeinde-, Bezirks- und Generalratswahlen** gewährt. Am 21. Mai beschloß die Kammer, den Frauen das geforderte Recht zu diesen parlamentarischen Körperschaften zuzuerkennen. Der Senat dürfte voraussichtlich dem Beschluß der Kammer beitreten. Verglichen mit der vollen politischen Gleichberechtigung, die der Krieg und die Revolution in anderen Staaten den Frauen gebracht haben, ist der erreichte Fortschritt klein, bedeutet er eine halbe Maßregel. Der Sieg ist jedoch beachtenswert gemessen an den französischen Verhältnissen, an dem hartnäckigen Widerstand der bürgerlich Radikalen, die von dem Frauenwahlrecht eine Stärkung der Klerikalen und reaktionären Mächte befürchten.

Feuilleton.

Weckruf.

Entled'ge dich von jenen Ketten allen,
Die gutgemutet du bisher getragen,
Und wolle nicht, mit kindischem Verzagen,
Der schnöden Mittelmäßigkeit verfallen.

Und mag die Bosheit auch die Fäuste ballen,
Doch atmen Seelen, welche keck es wagen,
Lebendig, wie die deinige, zu schlagen,
Drum laß' die frischen Lieder nur erschallen!

Geschwätz'gen Krittlern gönne du die Kleinheit,
Bald dies und das zu tadeln und zu loben,
Und nie zu fassen eines Geistes Einheit.

Ihr kurzer Groll wird allgemach vertoben,
Du aber schüttelst ab des Tags Gemeinheit,
Wenn dich der heil'ge Rythmus trägt nach oben.

Platen.

Ein Christus starb umsonst!

Vorbemerkung: Das nachfolgende Stimmungsbild unserer Genossin Mueller-Hamburg ist unter dem Eindruck der ersten Kunde von der entsetzlichen Hinmordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs entstanden. Es enthält daher Einzelheiten, die nicht der furchtbaren Wirklichkeit entsprechen. Eine Richtigstellung wäre nicht gut möglich gewesen, ohne den starken, ergreifenden Stimmungsgehalt des Ganzen zu zerstören. Dieser Stimmungsgehalt ist es aber gerade, der eindringlich redet. So bringen wir die Skizze, wie sie niedergeschrieben, empfunden worden ist.

Wer war es, der ihn ausgestoßen, diesen Schrei, der rings von schwarzen Felsen schauerlich widerhallt? Ich selbst, ein Mensch, der **letzte** Mensch in diesem weiten Leichenfelde! Der **letzte**?

Nacht ist auf Golgatha — blutroter Mond hängt am düstern Himmel —, denn die Sonne, die Sonne verlor ihren Schein! Deutschland, du großes Golgatha!

Ein Christus starb **umsonst** vor zweitausend Jahren für dich, Menschheit, für dich, Deutschland, denn nicht um ein Haar seid ihr dem Gottesreich, was sage ich, dem Reiche der **Menschen** näher gekommen durch seine Tat!

Und wieder starben Große —

Nacht ist auf Golgatha — von schwarzen Felsenwänden hallt es nach: Umsonst! Umsonst!

Ich lausche: der letzte Mensch in dieser Wüste. Ich frage — doch niemand, der bereit ist, mir Antwort zu geben. Nur eine Horde Bestien wacht! Sie sind da, die Schakale des Mammondienstes — wie sie immer da waren in diesen viereinhalb Jahren des Mordes —, sie lecken sich befriedigt die blutbefleckten Lippen und triumphieren!

Der letzte Mensch — bin ich es wirklich?

Doch nein, ich sehe sie kommen: eine kleine Schar — singend schreiten sie dahin, kalten Tod und heißes Leben im Herzen. Sie tragen ihren toten König, ihren ungekrönten König, der während seiner Erdenwallfahrt nur die Dornenkrone jahrelangen Leidens, harter, schwerer Kämpfe trug —.

Ein Großer ging dahin — gefallen durch Mörderhand — still trete ich zur Seite und entbiete ehrfurchtsvoll meinen letzten Gruß dir, unserm toten König, der, ein lichter Stern, durch diese Höllenjahre uns wegweisend strahlte, dir, unserem dornengekrönten Könige:

Karl Liebknecht!

Deutschland, du großes Golgatha! Warst du darum das Land der Dichter und der Denker, daß sich das Drama, unter dem vor zweitausend Jahren der Erdball erbebte, heute auf deinem Boden wiederholen muß?

Das konnte geschehen im Jahre 1919, dem Jahre der Revolution, nach dem großen Umsturz, der das deutsche Zarentum dem Untergang geweiht. Das konnte geschehen unter einer sozialistischen Regierung!

Daß dieser Mann, der unentwegt in diesen Jahren des Hasses, ein Held, gekämpft und gestritten für Menschenliebe und Brudertum, der Jahre lang hinter Zuchthausmauern gleich einem Schwerverbrecher gehalten wurde um seines Kampfes willen, weil er es verschmähte, durch billiges Anpassen an das Bestehende, wie es andere taten, sich den Exzellenztitel und Orden zu erwerben, daß dieser Mann, die Ehrlichkeit selbst, von entmenschten Söldnern zu Tode gehetzt wurde!

Und mit ihm jene Frau, die seine treueste Kameradin und Mitkämpferin war, eine Heldin in diesem Kampf wider kapitalistische Gewalt. Die Frau, die eine Fackelträgerin dem Weltproletariat auf seinem Zuge nach dem lichten Reich der Freiheit führend voranging, deren Name die Jahrhunderte überdauern wird:

Rosa Luxemburg!

Deutschland, du großes Golgatha! Deine Erde hat Blut getrunken, heiliges Märtyrerblut, wie es vor zweitausend Jahren geflossen ist in semitischen Landen!

Ein Christus starb umsonst!

Sollen auch unsere Kämpfer des Proletariats umsonst gestorben sein?

Singend zieht sie weiter, die kleine Schar, mit der Bahre ihres toten Königs, ihrer gemordeten Prophetin —.

Und ich sehe plötzlich weithin wallen: lange Scharen — endlos —, Menschen, Menschen! Woher sind sie gekommen? Die sind's, von den Kreuzwegen, hinter Hecken und Zäunen, die Krüppel, die Armen, die Witwen und Waisen, die der Mord dieser Jahre schuf — die Proletarier aller Länder — endlich vereint! Die sind's für welche jene starben!

Hörst du es, Proletarier, Proletarierin? Der du in Fabrik und Werkstatt, an Kesseln und Maschinen Fron leistest, der du in Kellern und unter Dächern elende Behausung bewohnst, dir, den die Straße Heimat ist. Proletarier, Proletarierin, an dich geht mein Ruf! Proletarier, an euch alle! Für euch sind sie gestorben!

Kommt hervor aus Ecken und Winkeln, aus Kellern und Gassen, von Kreuzwegen und Hecken! Kommt alle, alle und gebt das Geleite dem Zuge, der die Bahre eurer großen Vorkämpfer trägt! Schließt euch an der Wallfahrt nach Golgatha!

Durch euren Zug gebt eurer tiefen Empörung, euren heißen Schmerz Ausdruck gegenüber den Vertretern der Gewalt im Lande! Fordert Sühne für die ungeheure Schuld, die Blutschuld, die gleich einer schweren Wolke über deutschen Landen lastet!

Fluch jenen, die sie heraufbeschworen!

Wir klagen an!

Das Denkmal der Gefallenen wird in unseren Herzen, wird im Proletariat der ganzen Welt bleiben. Kein Denkmal von Erz und Granit: ein ewig grünender Baum mit brennend roten Blüten, die niemals verwelken können!

Proletarier aller Länder, seid stark und einig! Dann werden unsere Toten nicht umsonst gefallen sein! Ein neuer Frühling folgt der Winternacht auf Golgatha!

A. E. Mueller.

Wie Rosa Luxemburgs Reden wirkten.

Eine Erinnerung.

1910, während der preußischen Wahlrechtskampagne, in einem westfälischen Bergarbeiter-Nest.

Eine Versammlung unter freiem Himmel. Auf kahlem Feld tausende von der Grubenfron gezeichneter Männer, hunderte ausgemergelter Frauen. Ein grauer Vorfrühlingstag. Am Horizont Schachttürme, Aschenberge, viele, viele Schornsteine, Fabriken, die trostlosen Reihen der Koloniebauten.

Demokraten, die mittun wollen, wenn kompromisselt wird, „damit eine gemeinsame Resolution gefaßt werden könne" . . .! „Ich werde sozialistisch reden", sagt Rosa Luxemburg kurz. „Ihre Resolution geht mich nichts an!" Keiner wagt mehr ein Wort.

Und dann spricht Rosa Luxemburg „sozialistisch". Ihre klingende Stimme beherrscht den Platz, dringt in jedes aufhorchende, klopfende Herz. Mit mächtigen, genial einfachen Strichen zeichnet die Rednerin die Zeit. Die Menge erkennt, wie politische Schmach und wirtschaftliche Not unlösbar innerhalb der kapitalistischen „Ordnung" verknüpft sind. Wie diese „gottgewollte Ordnung" wiederum bedingt ist. Daß es ein Mittel gibt, ihr beizukommen, sie zu überwinden: den Stoß ins Herz der kapitalistischen Wirtschaft, die Verweigerung aller lebendigen Arbeitskraft zu einer Zeit. In den tausend Herzen und Hirnen glimmen Funken auf. Sie selbst, die Grubensklaven, haben die Macht die Arbeitsqual, die Barbarei, den herrschenden Wahnwitz abzuschütteln? Ihr Wollen muß einheitliches Tun werden! Dieser Funke leuchtet hell in Rosa Luxemburgs Schlußworten. Eine wundervoll feurige Apothese des Massenstreiks. Die Funken lodern zu Flammen auf.

Die krummen Rücken gewaltsam gereckt, in den dem Tageslicht entwöhnten, fast stumpfen Augen Glanz und Leuchten, verläßt die Masse, zusammengeballt, den Platz. Alle Dumpfheit scheint von ihr gewichen.

1912. Vor den Reichstagswahlen. Im Saal einer mittelgroßen Stadt. Unter der Riesenmenge der Proletarier sieht man vereinzelte Intellektuelle, den eingefrorenen Dünkel ihrer deutschen Überlegenheit in den Zügen. Auch Spießer sind da; sie glauben eine Sensation zu erleben.

Thema: Die politische Lage. Rosa Luxemburg zieht einen kühnen Querschnitt von der Krone bis tief an die Wurzeln des sozialen Baumes. Sie zergliedert das wirtschaftliche Getriebe. Sie zeigt mit vollkommenster Gegenständlichkeit den Zusammenhang des politischen mit dem ökonomischen Geschehen. Wie die unbeherrschten, ungezügelten wirtschaftlichen Kräfte und Mächte, das Streben nach Profit, die imperialistische Abenteurerpolitik entfachen, die zur Weltkatastrophe werden wird. Mit der klaren Voraussicht wahrer Wissenschaftlichkeit sagt Rosa Luxemburg 1912 voraus, was 1914 kam. Und schärft den Proletariern das Gewissen, da sie die einzige Großmacht seien, das Unheil abzuwenden.

Die Intellektuellen verläßt die hochmütig überlegene Miene, sie staunen. Die Spießer schauern oder schwitzen vor Verlegenheit und Angst. Unter den Proletariern sieht man etliche weinen, Männer und Frauen.

Eine große Rothaarige, die Menge weit überragend, fällt durch ihr Ergriffensein auf. Sie kommt nach der Versammlung auf Rosa Luxemburg zu. „Mir ist noch nie so zu Mut gewesen wie eben jetzt", sagt sie, „darum muß ich weinen".

Man weint bei Bach und vor Michelangelo. Die Proletarierin weinte vor der Offenbarung dieses Geistes. Wie gut sind die Tränen dieser Ergriffenheit zu verstehen. Der erwachende Geist redete durch sie. Er fühlte die Sehnsucht, Wille und Tat zu werden.

Rosi Wolfstein.

Nummer 5 Preis 15 Pfg.

Die Kommunistin

Frauenorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Herausgegeben von Klara Zetkin

Die Kommunistin erscheint am 1., 11. und 21. eines jeden Monats. Preis der Einzelnummer 15 Pfennig, durch die Post bezogen vierteljährlich 1.25 Mark (ohne Bestellgeld)

Stuttgart, 1. Juli 1919

Zuschriften für die Redaktion an Klara Zetkin, Wilhelmshöhe, Post Degerloch b. Stuttgart. — Zuschriften für den Verlag an Anna Stegmaier, Stuttgart, Ostendstr. 70.

Protest der Sozialistischen Fraueninternationale gegen den Gewaltfrieden von Versailles und Saint-Germain.

Die sozialistische Fraueninternationale erhebt flammenden, nachdrücklichen Protest gegen die Friedensvertragsvorschläge, die nach dem Willen der Ententeregierungen den Kampf um die Weltherrschaft und [illegible] zwischen den beiden imperialistischen Staatengruppen beenden sollen.

Die Deutschland und Österreich vorgelegten [illegible] sind aus dem nämlichen Geist gewalttätiger brutaler [illegible] und Ausbeutungsgier geboren, der die berüchtigten Frieden von Brest-Litowsk und Bukarest diktiert hat. Sie bedeuten nicht Friedensschlüsse zwischen Völkern, die zu dem Bewußtsein ihrer Lebensinteressen erwachen und ihre Geschicke selbstvertrauend entschlossen in die eigene Hand nehmen. Sie sind nichts als Abmachungen zwischen Regierungen, die [illegible] in erster Linie und in der Hauptsache als Sachverwalter der besitzenden und ausbeutenden Klassen amtieren, auch wenn sie sich dabei auf die Demokratie berufen. Die vorgelegten Friedensverträge laufen darauf hinaus, die Ausbeutungs- und Herrschaftsgewalt der Kapitalisten der alliierten Mächte auf die Zentralstaaten auszudehnen, die in diesen herrschenden Kapitalisten in die Zwischenmeister ihrer siegreichen imperialistischen Klassengenossen in der Entente zu verwandeln und damit die werktätigen Massen in Deutschland und [illegible] Ausbeutung [illegible]. Sie bereiten mit tödlicher Sicherheit einen künftigen Krieg zwischen den kapitalistischen Staaten vor. [illegible] für das rasche und [illegible] der [illegible] die Befreiung des Proletariats aller [illegible].

Die sozialistische Fraueninternationale erklärt die Friedens[illegible] von Versailles und Saint-Germain für unannehmbar. [illegible] die Forderungen entgegen, die ihre Vertreterinnen auf der Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz zu Bern am 26., 27. und 28. März 1915 [illegible] Ohne Annexionen, ohne Eroberungen [illegible] Völker und Nationalitäten [illegible] Unabhängigkeit [illegible] Staaten [illegible].

„Ein solcher Friede wird die Vorbedingung dafür sein, daß in den kriegführenden Ländern die Proletarier sich dem Bann des Nationalismus entwinden. Er wird die Vorbedingung dafür sein, daß die sozialistischen Parteien und die Arbeiterorganisationen ihre volle Aktionsfreiheit für den Klassenkampf wieder gewinnen und als zielklare Vorhut der arbeitenden Massen diese um die Fahne des internationalen Sozialismus sammeln."

[illegible] unerschütterlicher als je hält die sozialistische Fraueninternationale die Überzeugung fest, die von ihren Vertreterinnen in Bern [illegible] worden ist, „daß eine baldige Beendigung des Weltkrieges nur durch den klaren, unerschütterlichen Willen der breiten Volksmassen in den kriegführenden Ländern selbst erzwungen werden kann. Dieser Wille muß in der Zielklarheit der Sozialisten, der Proletarier in den neutralen Staaten tatkräftige Unterstützung finden."

Der entsetzliche Weltkrieg, das unsühnbare Verbrechen der kapitalistischen Klassen aller kriegführenden Staaten, kann nicht auf dem Papier durch Regierungen beendet werden, die Diener der nämlichen Klassen sind. Seine Liquidation in Wort und Tat ist nur möglich durch die Weltrevolution, als Werk der [illegible] und zielbewußten [illegible] aller Länder, die, dem [illegible] Beispiel ihrer Brüder und Schwestern in Rußland und Ungarn folgend, die politische Macht erobern und [illegible] gebrauchen, um den [illegible] und Kapitalismus zu überwinden und den Sozialismus zu verwirklichen. Die Weltrevolution allein kann mit der Befreiung des Proletariats aus den Ketten des kapitalistischen [illegible] den Weltfrieden [illegible] und sichern. [illegible] der Sozialistinnen [illegible] ist es, im Kampf für die Weltrevolution, für den Weltfrieden voranzugehen.

Kein [illegible] Schwertfrieden! [illegible] Ein Frieden im [illegible] der [illegible] Gerechtigkeit [illegible] muß [illegible].

Hoch die sozialistische Fraueninternationale!

Hoch der internationale Sozialismus!

Für die sozialistischen Frauen aller Länder:

Klara Zetkin

internationale Sekretärin.

Friedensbürgschaft.

Zu der Zeit, da diese Nummer unseres Blattes in Druck gehen muß, schwankt die Friedenswagschale unruhig zitternd auf und ab. Noch immer spielen mit ihr die unaufrichtigen, gemeingefährlichen Finger von Diplomaten und Regierungsmännern, denen der Bestand der bürgerlichen Ordnung mit ihrer kapitalistischen Ausbeutungswirtschaft alles ist, das Wohl des schaffenden Volkes hingegen wenig, ja sogar nichts. Noch haben sich die Proletarier der kriegführenden Länder, noch hat sich zumal das deutsche Proletariat nicht soweit ermannt, das Friedenswerk als ureigenste Sache in die eigene starke Hand zu nehmen und durch die gewaltige Friedensmacht der Revolution entscheiden zu lassen. Diener des kapitalistischen Imperialismus der beiden konkurrierenden Staatengruppen streiten sich um die Schlußergebnisse des ungeheuerlichsten aller Kriege, der ihre Tat und ihr Verbrechen ist, und indem sie dabei einander zu überlisten suchen, sind sie doch alle zusammen ein Herz und eine Seele in dem Streben, die ausgebeuteten Völker um die auf Trümmerbergen und aus Gräberfeldern heranreifende Frucht des umwälzenden Geschehens zu betrügen: um die Weltrevolution.

In der Tat! Wie erklärt es sich, daß die sogenannten Revolutionsregierungen in Deutschland nach dem militärischen Zusammenbruch vor dem Imperialismus der Ententestaaten kapituliert haben und ihm die schaffenden Massen des Volkes wehrlos zur Ausbeutung und Beherrschung ausliefern? Letzten Endes durch ihr Grauen vor der angebrochenen Götterdämmerung der bürgerlichen Ordnung, vor dem chaotischen Ringen der Kräfte einer versinkenden alten und einer auftauchenden neuen Gesellschaftswelt. Dieses Grauen war ausschlaggebend dafür, daß die deutsche Auslandspolitik darauf gerichtet wurde, den macht- und beuteheischenden Ententeimperialismus zur Milde, zur Mäßigung, zur Versöhnlichkeit zu stimmen, statt daß ihr Ziel gewesen wäre, ihn zu entwaffnen und zu überwinden.

Welches denn sind die hervorstechendsten Züge dieser Politik? Das Kriechen und demütige Flehen vor Wilson und seinen „demokratischen Grundsätzen." Die Hoffnung, daß biedermännische Beteuerungen und diplomatische Kniffe staatliche Macht ersetzen könnten. Die Spekulation auf weltpolitische Gegensätze und Eifersüchteleien zwischen den alliierten Ländern. Das Harren auf ein revolutionäres Aufbäumen der Ausgebeuteten und Enterbten dort, auf ein revolutionäres Aufbäumen, das die regierenden Scheidemänner und Noske im eigenen Vaterland mit allen Mitteln kügelnder Niedertracht und blutiger Gewalt zu unterdrücken trachten. Das schamlose Anerbieten, daß Deutschland als Bundesgenosse der Alliierten im Kampfe der international geeinten Kapitalisten aller Länder gegen den russischen „Bolschewismus" die Rolle des „Weltbüttels" übernehmen wolle. Die Praxis dieses Weltbütteltums, die militärische Hilfe, die Deutschland Junkern, Großindustriellen, Bankiers, Wucherkapitalisten in der Ukraine und im Baltikum leistete und noch leistet, um die Arbeiter und Kleinbauern dort in die alte Sklaverei zurückzuzwingen.

Die Auslandspolitik der Regierenden in diesen sieben Monaten Revolution hat sich mit dem allem und anderen noch nicht um ein Haar von der des alten Regimes unterschieden. Ob sie unter der Firma Ebert-Scheidemann oder Scheidemann-Erzberger lief, sie ist in ihrem Wesen die gleiche geblieben, wie in den Zeiten, da Bethmann-Hollweg dafür verantwortlich, wenn auch nicht entscheidend war. Die unverfälscht bürgerliche Politik eines kapitalistischen Staates, dessen Lenker von der Dauerhaftigkeit der kapitalistischen Wirtschaft überzeugt sind, und deren Hauptsorge die Aufrechterhaltung der bürgerlichen Ordnung und Ruhe ist, die den Proletariern heilig sein soll, weil sie den Ausbeutenden Profite und ungestörten Lebensgenuß gewährt. Die Auslandspolitik der Revolutionszeit hält die Ziele, Mittel und Methoden einer bürgerlich-kapitalistischen Klassenpolitik fest. Sie stand und steht auf dem gleichen Boden wie die Kriegspolitik der imperialistischen Ententestaaten. Sie mußte deshalb — wie die Dinge liegen — im Ringen mit ihnen um die Bedingungen des Kriegsabschlusses unterliegen. Denn nur die militärischen Machtmittel des bürgerlich-kapitalistischen Klassenstaates entschieden bis nun über das Schlußergebnis. Der militärische Machtapparat des deutschen Imperialismus aber war zertrümmert, und die Regierenden schreckten davor zurück, Deutschland mit den Mitteln einer sozialistisch-revolutionären Politik gegen den siegestrunkenen westlichen Imperialismus zu verteidigen. Sie schreckten davor zurück, weil die Anwendung dieser Mittel gleichbedeutend gewesen wäre mit grundsätzlich veränderten Zielen der Auslandspolitik, mit ihrem Gerichtetsein auf die Weltrevolution. So triumphiert in dem nackten Schwertfrieden die überlegene militärische, finanzielle und wirtschaftliche Gewalt des alliierten Ententekapitalismus über die geringere Macht Deutschlands.

Scheidemann beschwor in der geschmacklosen Pose eines Schmierenkomödianten den Himmel, die Hand verdorren zu lassen, die den Versailler Friedensvertrag unterzeichne. Die regierenden Scheidemänner mit verschiedener politischer Kokarde am Hut haben jedoch durch ihre Tat- und Unterlassungssünden die Wehrlosmachung des deutschen Volkes der Arbeit gegenüber den verbündeten weltmachtslüsternen Ententekapitalisten vollendet und besiegelt. Ebenso protzig hochfahrend vor der Revolution in Rußland wie feig-demütig vor dem Imperialismus der Weststaaten, haben sie die ausgestreckte Bruderhand der russischen revolutionären Arbeiter und Bauern zurückgestoßen, ja, schlimmer noch, durch Schläge mit der gepanzerten Faust beantwortet. Damit haben sie Deutschland von der einen großen Quelle seiner Erstarkung, seiner Verteidigungsfähigkeit gegen die Riesenappetite der alliierten imperialistischen Raubstaaten abgeschnitten.

Allerdings: sollte die Verbrüderung Deutschlands mit dem sozialistischen Sowjet-Rußland wirklich erneuernd wirken, so war es nicht damit getan, daß die alten Beziehungen der Diplomatie, des Handels, der Wirtschaft wieder hergestellt wurden, wie sie den bürgerlich-kapitalistischen Staaten eigentümlich sind. Es mußten zwischen den Völkern unlösliche Bande geknüpft werden, wie sie dem Wesen, den Zielen des internationalen Sozialismus, der Weltrevolution entsprechen. Das revolutionäre, um sein sozialistisches Leben ringende Deutschland war mit dem revolutionierten Rußland zu einem riesigen Wirtschafts- und Kulturgebiet zusammenzufassen. Unter Berücksichtigung der gegebenen Umstände — denn wir machen Geschichte, wie wir sie machen müssen — aber doch planmäßig mußte hier der Kampf auf der ganzen Front gegen das ausbeutende und knechtende große Kapital geführt werden, mußte die genossenschaftliche Wirtschaft brüderlichen Zusammenwirkens aller produktiv Tätigen das anarchische Gegeneinander und Durcheinander des kapitalistischen Krieges aller gegen alle ablösen.

Das wäre ein wechselseitig befruchtendes, kräftigendes, emportragendes Geben und Nehmen gewesen! Deutschland konnte von Rußland empfangen, wessen es dringend bedurfte. Lebensmittel und Rohstoffe. Rußland konnte mit Deutschlands Hilfe dringende Notwendigkeiten des Aufbaues seiner Wirtschaft befriedigen. Die deutsche Industrie konnte Maschinen und Handwerkzeug aller Art — namentlich landwirtschaftliche Maschinen und Geräte — liefern, Rohmaterial dafür wäre von den verrostenden und verkommenden Mord- und Zerstörungsmaschinen, den außer Dienst gestellten Kraftwagen usw. zu beschaffen gewesen. Das deutsche Volk konnte technische, kaufmännische, wissenschaftliche, handwerklich geschulte Kräfte nach Rußland abgeben, die heute bei uns zu vielen Zehntausenden beschäftigungs- und brotlos auf der Straße liegen. Bewußt geübte internationale Solidarität hätte vermocht, den Genesungsprozeß der tödlich getroffenen, aus tausend Wunden blutenden deutschen und russischen Wirtschaft zu unterstützen und zu beschleunigen; hätte den günstigsten Einfluß darauf ausgeübt, daß aus den Ruinen der Vergangenheit neues Leben der Zukunft erblühte, daß in dem Chaos des ersten gesellschaftlichen Schöpfungstages sich neue, feste Ordnungen zusammenballten. Es versteht sich von selbst, daß eine Auslandspolitik Deutschlands, die solcher Zielsetzung entsprochen haben würde, später auch zum Bruderbund mit dem sozialistischen Sowjet-Ungarn geführt haben müßte.

Es wäre schlimmer als Torheit, ein Verbrechen, wollte man behaupten, daß eine sozialistische Auslandspolitik Deutschland über Nacht in ein Kanaan verwandelt haben würde, darinnen Milch und Honig für die Besitzlosen und Entbehrenden fließt. Kein Zweifel aber auch, daß trotz weiteren Mühens und weiterer Dürftigkeit dem schaffenden Volk eine Unsumme von Not und

Jammer erspart geblieben wäre. Ungeachtet der Hungerblockade wäre verhindert worden, daß Lebensmittelknappheit, der scheußliche Wucher mit jedem Lebensbedarf, Arbeitslosigkeit und Unsicherheit der Existenz, kurz, daß höchste Entbehrungen und bittere Sorgen mit der jetzigen erdrückenden Wucht auf den breiten Massen lasten. Vor allem würden diese unter ihren Füßen den festen, sicheren Boden eines Wegs gefühlt haben, der zu einer lichten, freien Zukunft führt.

Und die Rückwirkung davon auf die Lage gegenüber dem Ententeimperialismus? Dieser brutale, erbarmungslose Gesell hätte seine wilden Beuteinstinkte zügeln müssen, wenn er nicht Aug in Auge mit Volksmassen gestanden wäre, denen von den unsagbaren Bürden und Leiden des Kriegs das letzte Fünkchen Kraft abgepreßt worden ist, die der Hunger mit blutigen Geißelhieben unter das kaudinische Joch fremder Gewalten zwingt. Mehr Brot und Gesundheit, mehr Existenzsicherheit und Zukunftshoffnung würde Wehrmacht, Verteidigungsmacht des deutschen Volkes bedeutet haben, mit der auch der militärisch übermütige Ententeimperialismus beim Friedensschluß rechnen müßte. Die über die engen Schranken der zünftigen Diplomatie und die eigensüchtigen Profitinteressen der kapitalistischen Staaten hinaus fest zusammengeschlossene Dreieinigkeit eines sozialistischen revolutionären Deutschlands, Rußlands und Ungarns wäre eine unvergleichliche Friedensmacht gewesen.

Wolkenkuckucksheimereien das! So rufen die neunmal weisen sozialpatriotischen Rechenmeister der Mehrheitssozialdemokraten im harmonischen Chor mit bürgerlichen Politikern, und es fehlt nicht an führenden Unabhängigen, die in den Singsang einstimmen. Gibt Armut mit Armut gepaart Reichtum? Auch in Rußland, ja gerade in Rußland überliefert der Lebensmittelmangel die proletarischen Massen quälenden Leiden, die russische Wirtschaft ist ein wüster Trümmerhaufen. Woher sollen die Lebensmittel kommen, wie sollen die Rohstoffe für Deutschlands Versorgung gewonnen werden? Die so fragen, übersehen verschiedenes. Es steht fest, daß in Rußland eine erheblich größere Bodenfläche bebaut und zum Teil weit besser bebaut worden ist als früher, so daß die Lebensmittelerzeugung eine Steigerung erfahren hat. Allgemein wird anerkannt, daß die bäuerliche Bevölkerung über größere Erträgnisse ihrer Arbeit verfügt als in den Jahren vor dem Krieg. Die Lebensmittelversorgung der städtischen Bevölkerung konnte etwas verbessert werden. Es ist weniger der Mangel an Lebensmitteln als an Verkehrsmitteln, der einer durchgreifenden Hebung hindernd im Wege steht. Jedoch schon für die diesjährige Ernte würde es möglich gewesen sein, dieses Übel ganz bedeutend zu mildern, und die landwirtschaftliche Produktion Rußlands weiter zu steigern.

Deutschland hätte nur darauf verzichten sollen, Granaten und Maschinengewehre nach dem Baltikum und zur Ausrüstung der nationalistischen Polen zu senden, es hätte damit beginnen müssen, Rußland mit Eisenbahnmaterial und landwirtschaftlichen Maschinen zu beliefern. Deutsche Ingenieure, Techniker usw. hätten als Reserveoffiziere deutsche Proletarier und Bauern nicht länger zur mörderischen Niederwerfung lettischer und estnischer Brüder kommandieren, sondern bei Eisenbahn- und Brückenbauten, bei landwirtschaftlichen und gewerblichen Verrichtungen leiten sollen. Daß Rußland des reichen Getreidesegens der Ukraine, der Kohlen des Donezgebietes entbehren mußte, dazu hat Deutschlands Politik auch nach der Revolution ihr reichliches Teil beigetragen. Wie anders würde es gewesen sein — auch zum Wohle des deutschen Volks — wenn die deutschen Krieger in der Ukraine weniger Eisenbahnlinien zerstört, weniger Brücken gesprengt, weniger Bauerndörfer in Brand geschossen hätten, und das zu Nutz und Frommen der Junker- und Kapitalistenherrschaft des Landes. Ist das Rechnen mit diesen und anderen Möglichkeiten tatsächlich nichts als ein müßiges Spiel der Phantasie? O nein, es könnte die nüchterne Wirklichkeit einer weitausschauenden, weitgreifenden sozialistischen, revolutionären Auslandspolitik sein, mit ihren wohltätigen Rückwirkungen auf die Lage des deutschen Volks.

Aber der Ententeimperialismus! Würde er nicht seine gewaltigen militärischen Machtmittel eingesetzt haben, um solcher Politik den Garaus zu machen? Kapitalismus und Sozialismus vertragen sich wie Wasser und Feuer. Wo die Flamme des Sozialismus emporlodert, da sinnt der Ententeimperialismus mit allen Mitteln der List und Gewalt zu löschen. Ententetruppen sollen von Norden, Süden und Osten her das „bolschewistische" Rußland erdrücken, das herrische Gebot des westlichen Imperialismus treibt Rumänen, Serben und Tschechoslowaken gegen das Sowjetungarn.

Es war nicht bloß der flachköpfige „Realpolitiker" Scheidemann mit den Seinen, der nach dem 9. November Rußlands Gesandtschaft die Wiederkehr nach dem „neuen Deutschland" verwehrte, und dessen Auslandspolitik zwangsläufig auf die alten, ausgefahrenen Gleise des Hohenzollernregimes einstellte. Es war der „Hüter der reinen marxistischen Lehre in Person, Karl Kautsky, der mit sorgenvoll gerunzelter Stirn davor warnte, auch nur zünftig diplomatische Beziehungen zu der russischen Räterepublik anzuknüpfen, „um die Entente nicht zu reizen". Die provisorisch mitregierenden Unabhängigen begnügten sich kleinlaut bescheiden damit, gegen die brutale, herausfordernde Form des Verhaltens zum sozialistischen Sowjetrußland zu protestieren, und gemilderte Quarantänemaßregeln wider die bolschewistische Ansteckungsgefahr zu fordern. Sie taten nichts, um eine wesensverschiedene, kühne revolutionäre Politik mittels proletarischer Massen durchzusetzen. In Bern, wo die bewußten und unbewußten Opportunisten neutraler Länder die imperialistischen Sozialpatrioten der kriegführenden Staaten brüderlich zu vereinigen gedachten, wirkte Karl Kautsky ebenso eifrig für den Bannfluch gegen die Führer der russischen Revolution, wie für die Anpreisung des Wilsonschen Völkerbundhumbugs.

Jedoch was ist mit alledem bewiesen? Etwa die Gefährlichkeit und Unmöglichkeit einer entschlossenen, wagemutigen, großzügigen sozialistischen Auslandspolitik, wie wir sie umrissen haben? Keineswegs. Einzig und allein wie gefährlich und unmöglich es für das revolutionäre Proletariat Deutschlands ist, in den Spuren von Führern zu traben, die solche Politik nicht einmal zu denken wagen. Wahrhaftig! Der Ententeimperialismus mag noch so machtgeschwollen einherstampfen, auch er muß lassen, was er nicht tun kann. Ein sozialistischer Bruderbund zu Schutz und Trutz zwischen Deutschland, Rußland und Ungarn, und in den östlichen Randstaaten würde die kraftvoll und opferfreudig begonnene Arbeiterrevolution erstarkt sein, würde sie die nationalistische Bourgeoisie zurückgeworfen und dem Aufkommen imperialistischer Vasallstaaten der Entente einen starken Riegel vorgeschoben haben. Das tapfere finnländische Proletariat konnte sich wider seine bluttriefenden Peiniger erheben. Die Bauern und Arbeiter des Balkangebiets, die an ihren Ketten rütteln, würde in den gewaltigen Strom der Revolution gerissen worden sein. Vor allem aber hätte das glorreiche Beispiel der vereinigten sozialistischen Räterepublik das revolutionäre Erwachen und Handeln der Arbeitermassen in den Ententestaaten beschleunigt. Der Imperialismus der alliierten Kapitalstaaten wäre an seiner Wurzel getroffen worden. Das revolutionäre Deutschland hätte durch seine sozialistische Schutz- und Trutzpolitik mit den Sowjetländern das Saargebiet und das linke Rheinufer, Oberschlesien und den Osten, hätte sein volles Selbstbestimmungsrecht im Innern erfolgreich verteidigt.

Allerdings im Deutschland der Noskegardisten und des Sozialisierungsschwindels, der Hungerblockade gegen Streikende und der Niedermetzelung der Revolutionäre ist eine sozialistische Auslandspolitik ein Ding der Unmöglichkeit. Denn sie kann nur Wahrheit und Leben, als Ausfluß einer sozialistischen, revolutionären Heimatpolitik. Sie kann nur Wahrheit und Tat sein, wenn eine solche Heimatpolitik alle revolutionären Kräfte des Volks entfesselt und zu gewaltigem Ausleben rafft. Zu Schutz und Trutz wider die inneren und die äußeren Feinde eines wirklich revolutionären Deutschlands. Barfuß, zerlumpt, aber den stolzen Entschluß im Herzen, die junge Republik zu schützen und Freiheit über Europa zu tragen, warfen die französischen [illegible] der großen Revolution die Heere der koalierten Monarchien Europas von Frankreichs Grenzen zurück, gaben sie das große klassische Beispiel echter Vaterlandsverteidigung. Was [illegible] das deutsche Vaterland nach sieben Monaten der Revolution [illegible]? Seine alten, kapitalistischen Ketten, mit den Blumengirlanden der bürgerlichen Scheindemokratie umwunden. Eine Erde, auf der es nicht als freies Volk steht. Den Reichtum und die Macht seiner Ausbeuter und Herren.

Bei den Riesenstreiks in Frankreich, bei den großen Demonstrationen in England erklären die Arbeitermassen, den Einmarsch von Ententetruppen in das Räterußland und Räteungarn nicht dulden zu wollen. Hat Deutschlands Proletariat das Recht, sich zu wundern oder gar zu entrüsten, daß kein lauter, dringlicher Ruf erklingt: Auf, zum Schutz unserer deutschen Brüder und Schwestern? Kann und darf die Arbeiterklasse in den Ententestaaten an ein revolutionäres Deutschland glauben, so lange die blutbesudelten Nachfahren der Thiers und Galliffet bei uns triumphieren, solange Belagerungszustand, Zensur und Maschinengewehre künden, daß die Kapitalsgewalt ungebrochen ist? Die Ebert und Scheidemann erklärten schmetternd, mit den bürgerlichen Parteien und dem hohenzollernschen Selbstherrscher burgfriedlich geeint in den Weltkrieg zu ziehen, um das Vaterland zu verteidigen. Sie kehren aus dem Weltkrieg zurück, ein wehrloses Deutschland dem Ententeimperialismus zur Beute ausliefernd. Ein Deutschland, wehrlos durch ihre Schuld. Indem sie verräterisch darauf verzichteten, den einheimischen Kapitalismus zu bändigen und zu entthronen, unterwarfen sie Deutschland dem Ententeimperialismus. Ihre Furcht vor de Revolution hat Deutschland entwaffnet und gefesselt. Nur die Revolution kann es erretten. Fort mit den Verrätern der Revolution! Sie sind der Feind. Über ihren Sturz geht der Weg zum Sturz aller kapitalistischen, imperialistischen Regierungen, geht der Weg zur Verbrüderung der sozialistischen Völker zum Frieden. Diese Auffassung muß Massenerkenntnis und Massenwille werden. Der Bruderbund der sozialistischen revolutionären Völker ist die Bürgschaft für Frieden und Sieg. Deutschlands Proletariat muß ihn knüpfen, indem es mit ernstem, männlichem Selbstvertrauen in die eigene Kraft seine Revolution weiterführt.

An das deutsche arbeitende Volk.

Der russische Volksbeauftragte für Auswärtiges, Genosse Tschitscherin hat aus Moskau durch Funkspruch folgenden Aufruf an das deutsche Volk gerichtet:

In dieser schweren Stunde, wo die deutschen arbeitenden Massen eine fürchterliche Prüfung unter den Schlägen des siegreichen Imperialismus durchleben, senden ihnen die revolutionären Arbeiter und Bauern Rußlands ihren brüderlichen Gruß und Ausdruck aller Sympathie und Arbeitersolidarität.

Der Imperialismus der Ententeländer hat seinen Gegner zu Boden geworfen, und jetzt feiert er sein Siegesfest, das jedoch nur von kurzer Dauer sein wird. Von nichts zurückgehalten, jedes Schamgefühls bar, entfaltet er bis zum äußersten die bestialische Bandidennatur des gegenwärtigen Imperialismus, der nichts kennt als Profit, Gewalt und Raub. „Wehe dem Besiegten!", ruft er siegestrunken aus. Mit der tierischen Lust des primitiven Wilden trachtet er nur danach, wie das besiegte Volk, das bisher sein Gegner war, am empfindlichsten und schmerzlichsten getroffen werden könnte, wie es am vollkommensten auszuplündern, wie es in einen ewigen Gefangenen und Sklaven zu verwandeln wäre.

Schändliche Beraubung, unerhörte Knechtung bedeutet für das werktätige deutsche Volk der sogenannte Friedensvertrag, der ihm von den Ententemächten als Sieger schamlos aufgezwungen werden soll. Reine Gewalt, Verbrechen durch und durch, das ist der sogenannte Vertrag, den zu unterschreiben man das entkräftete Volk zwingen will. Gebiete mit unzweifelhafter deutscher Bevölkerung sollen ihm entrissen, seine kostbarsten Naturschätze ihm abgenommen werden. Es wird gezwungen, eine so unerhörte Entschädigung zu zahlen, daß es mit dieser Last nicht fertig werden würde, selbst wenn das ganze deutsche Volk Tag und Nacht ausschließlich für die Befriedigung seiner Besieger arbeitet. Es wird so gründlich entwaffnet, daß der Sieger in jedem Augenblick ins Innere des Landes wird eindringen können, um dem Volke die letzten Stöße zu versetzen. Ununterbrochen wird über dem Volke das Damoklesschwert der Vernichtung hängen, unter dem Deckmantel von Garantien und Kontrollen wird der Sieger, der neue Sklavenhalter, jede Bewegung seines Gefangenen und Sklaven überwachen.

Unerträglich ist die Lage, die für das deutsche werktätige Volk geschaffen wird, und sein Unglück hätte keine Grenze, wenn die Gewißheit nicht da wäre, daß der Traum der jeder Vernunft baren Sieger nur kurze Zeit dauern wird, und daß die barbarischen Regierungen der imperialistischen Gewalt ihre letzten Tage durchleben.

Die revolutionären Arbeiter und Bauern Rußlands haben dieselbe Prüfung durchgemacht, sie wissen, was der erbarmungslose Triumph des Siegers bedeutet, der das besiegte Opfer in seinen scharfen Klauen hält. Die revolutionären Arbeiter und Bauern Rußlands sind keinen Augenblick der Hoffnungslosigkeit anheimgefallen. Sie haben ihre Hoffnungen auf die allgemeine Arbeiterrevolution gesetzt, die unaufhaltsam wächst und mit riesenhaften Schritten durch die ganze Welt schreitet. Die Stunde ihres Triumphes wird in der nächsten Zukunft schlagen. Die Hoffnung hat die russischen Arbeiter nicht getäuscht. Im Borne der Prüfung ist ihre revolutionäre Kraft gestählt worden. Von erbarmungslosen imperialistischen und konterrevolutionären Feinden umringt, haben sie die mächtige Waffe der Roten Armee geschmiedet. Vom endgültigen Sieg über den imperialistischen Feind sind sie noch fern, sie führen zur Stunde einen schweren Kampf gegen die Kriegsscharen des Imperialismus und gegen die konterrevolutionären Banden, die in Rußland eingedrungen sind. Die russischen Arbeiter wissen aber sehr wohl, daß sie Schritt für Schritt durch diesen schweren Kampf dem herrlichen endgültigen Siege zuschreiten.

Auch für euch, Arbeiter und Bauern Deutschlands, sind die schweren Leiden des gegenwärtigen Augenblicks nur eine vorübergehende Prüfung, die eure Kräfte und eure Kampffreudigkeit verzehnfachen muß. Wisset, das eure Leiden brüderlich mitempfunden werden von den durch Arbeitersolidarität mit euch verbundenen proletarischen Massen Rußlands. Schon die grenzenlose Schamlosigkeit und Bestialität der jede Vernunft vergessenden Sieger gegen euch sind für sich allein ein neuer Beweis dafür, daß die Welt der Räuber und Gewalttaten am Vorabend des endgültigen Unterganges steht.

In denselben Ententeländern, deren allmächtige Gewalthaber das besiegte deutsche Volk bis aufs ezte ausplündern, werden die arbeitenden Massen dieser siegreichen Länder von dem Sieg nichts anderes erlangen als nur eine neue Steigerung ihrer Knechtung, wie neue und schwerere Ketten. Schnell werden den werktätigen Massen dieser siegreichen Länder die Augen aufgehen. Mit jedem Tag siedet und brodelt die revolutionäre Bewegung immer mehr, stärker, gewaltiger.

Die unaufhaltsam wachsende Weltrevolution der arbeitenden Massen, die brüderliche revolutionäre Einigung der revolutionären Räterepubliken ist die Bürgschaft für die baldige Befreiung von den schweren Ketten die der Sieger euch anlegt, ist die Bürgschaft für die Befreiung der Arbeiter aller Länder von der kapitalistischen Ordnung selbst.

Die Eroberung der politischen Macht.

Von Rosa Luxemburg.

(Schluß.)

Ganz anders noch liegen aber die Dinge jetzt. **Der Proletarier wird durch kein Gesetz gezwungen, sich in das Joch des Kapitals zu spannen,** sondern durch die Not, **durch den Mangel an Produktionsmitteln.** Kein Gesetz in der Welt kann ihm aber im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft diese Mittel zudekretieren, weil er ihrer nicht durch Gesetz, sondern durch die ökonomische Entwicklung beraubt wurde.

Ferner beruht die Ausbeutung innerhalb des Lohnverhältnisses gleichfalls **nicht auf Gesetzen,** denn die Höhe der Löhne wird nicht auf gesetzlichem Wege, sondern durch ökonomische Faktoren bestimmt. Und die Tatsache selbst der Ausbeutung beruht nicht auf einer gesetzlichen Bestimmung, sondern auf der rein wirtschaftlichen Tatsache, daß die Arbeitskraft als Ware auftritt, die unter anderem die angenehme Eigenschaft besitzt, Wert, und zwar mehr Wert zu produzieren, als sie selbst in den Lebensmitteln des Arbeiters vertilgt. Mit einem Worte, **alle Grundverhältnisse der kapitalistischen Klassenherrschaft lassen sich durch gesetzliche Reformen auf bürgerlicher Basis deshalb nicht umgestalten, weil sie weder durch bürgerliche Gesetze herbeigeführt, noch die Gestalt von solchen Gesetzen erhalten haben. Bernstein weiß das nicht,** wenn er eine sozialistische „Reform" plant, aber was er nicht weiß, das sagt er, indem er auf S. 10 seines Buches schreibt, daß „das ökonomische Motiv heute frei auftritt, wo es früher durch Herrschaftsverhältnisse und Freologien aller Art verkleidet war."

Aber es kommt noch ein zweites hinzu. Es ist die andere Besonderheit der kapitalistischen Ordnung, daß in ihr alle **Elemente der künftigen Gesellschaft in ihrer Entwicklung vorerst eine Form annehmen,** in der sie sich **dem Sozialismus nicht nähern, sondern von ihm entfernen.** In der Produktion wird immer mehr der gesellschaftliche Charakter zum Ausdruck gebracht. Aber in welcher Form? In der Form von Großbetrieb, Aktiengesellschaft, Kartell, wo die kapitalistischen Gegensätze, die Ausbeutung, die Unterjochung der Arbeitskraft aufs höchste gesteigert werden.

Im Wehrwesen führt die Entwicklung die Verbreitung der allgemeinen Wehrpflicht, die Verkürzung der Dienstzeit, also materiell die Annäherung an das Volksheer herbei. Aber dies in der Form vom modernen Militarismus, wo die Beherrschung des Volkes durch den Militärstaat, der Klassencharakter des Staates zum grellsten Ausdruck kommt.

In den politischen Verhältnissen führt die Entwicklung der **Demokratie,** insofern sie günstigen Boden hat, zur Beteiligung aller Volksschichten am politischen Leben, also gewissermaßen zum „Volksstaat". Aber dies in der Form des **bürgerlichen Parlamentarismus, wo die Klassengegensätze, die Klassenherrschaft nicht aufgehoben sind, sondern vielmehr entfaltet und bloßgelegt werden.** Weil sich die ganze kapitalistische Entwicklung somit in Widersprüchen bewegt, so muß, um den Kern der sozialistischen Gesellschaft aus der ihm widersprechenden kapitalistischen Hülle herauszuschälen, auch aus diesem Grunde **zur Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat und zur gänzlichen Aufhebung des kapitalistischen** Systems gegriffen werden.

Bernstein zieht freilich andere Schlüsse daraus: führte die Entwicklung der Demokratie zur Verschärfung und nicht zur Abschwächung der kapitalistischen Widersprüche dann „müßte die Sozialdemokratie", antwortet er uns, „wenn sie sich nicht selbst die Arbeit erschweren will, Sozialreformen und die Erweiterung der demokratischen Einrichtungen nach Möglichkeit zu vereiteln streben". Dies allerdings, wenn die Sozialdemokratie nach kleinbürgerlicher Art an dem müßigen Geschäft des Auswählens aller guten Seiten und des Wegwerfens schlechter Seiten der Geschichte Geschmack fände. Nur müßte sie dann folgerichtig auch den ganzen Kapitalismus überhaupt „zu vereiteln streben", denn er ist doch unstreitbar der Hauptübelstand, der ihr alle Hindernisse auf dem Wege zum Sozialismus stellt. Tatsächlich gibt der Kapitalismus neben und zugleich mit Hindernissen auch die einzigen Möglichkeiten, das sozialistische Programm zu verwirklichen. . . .

Die Notwendigkeit selbst der Ergreifung der politischen Macht durch das Proletariat war ebenso für Marx wie für Engels zu allen Zeiten außer Zweifel. Und es blieb Bernstein vorbehalten, den Hühnerstall des bürgerlichen Parlamentarismus für das berufene Organ zu halten, wodurch die gewaltigste weltgeschichtliche Umwälzung: die Überführung der Gesellschaft aus den kapitalistischen in sozialistische Formen vollzogen werden soll.

Aber Bernstein hat ja seine Theorie bloß mit der Befürchtung und der Warnung angefangen, daß das Proletariat nicht zu früh ans Ruder komme! In diesem Falle müßte es nämlich nach Bernstein die bürgerlichen Zustände ganz so lassen, wie sie sind und selbst eine furchtbare Niederlage erleiden. Was aus dieser Befürchtung vor allem ersichtlich, ist, daß die Bernsteinsche Theorie für das Proletariat, falls es durch die Verhältnisse ans Ruder gebracht wäre, nur eine „praktische" Anweisung hat: sich schlafen zu legen. Damit richtet sie sich aber ohne weiteres selbst, als eine Auffassung, die das Proletariat in den wichtigsten Fällen des Kampfes zur Untätigkeit, also zum passiven Verrate an der eigenen Sache verurteilt.

Tatsächlich wäre unser ganzes Programm ein elender Wisch Papier, wenn es uns nicht für alle Eventualitäten und in allen Momenten des Kampfes zu dienen, und zwar durch seine Ausübung und nicht durch seine Nichtausübung zu dienen imstande wäre. Ist unser Programm einmal die Formulierung der geschichtlichen Entwicklung der Gesellschaft vom Kapitalismus zum Sozialismus, dann muß es offenbar auch alle Übergangsphasen dieser Entwicklung formulieren, in sich in den Grundzügen enthalten, also auch das entsprechende Verhalten im Sinne der Annäherung zum Sozialismus in jedem Moment dem Proletariat anweisen können. **Daraus folgt, daß es überhaupt für das Proletariat keinen Augenblick geben kann, in dem es gezwungen wäre, sein Programm im Stiche zu lassen, oder wo es von diesem Programm im Stiche zu lassen, oder wo es von diesem Programm könnte im Stich gelassen werden.**

Praktisch äußert sich das in der Tatsache, daß es keinen Moment geben kann, in dem das Proletariat, durch den Gang der Dinge ans Ruder gebracht, nicht in der Lage und auch nicht verpflichtet wäre, **gewisse Maßregeln zur Verwirklichung seines Programms, gewisse Übergangsmaßregeln im Sinne des Sozialismus zu treffen.** Hinter der Behauptung das sozialistische Programm könnte in irgendeinem Augenblick der politischen Herrschaft des Proletariats völlig versagen und gar keine Anweisungen zu seiner Verwirklichung geben, steckt unbewußt die andere Behauptung: das sozialistische Programm sei überhaupt und jederzeit unausführbar.

Und wenn die Übergangsmaßregeln verfrüht sind? Diese Frage birgt in sich einen ganzen Knäuel von Mißverständnissen in bezug auf den wirklichen Gang sozialer Umwälzungen.

Die Ergreifung der Staatsgewalt durch das Proletariat, d. h. durch eine große Volksklasse, läßt sich vor allem **nicht künstlich herbeiführen.** Sie setzt von selbst, abgesehen von Fällen, wie die Pariser Kommune, wo die Herrschaft dem Proletariat nicht als Ergebnis seines zielbewußten Kampfes, sondern ausnahmsweise als von allen verlassenes herrenloses Gut in den Schoß fiel, einen bestimmten Reifegrad der ökonomisch-politischen Verhältnisse voraus. Hier liegt der Hauptunterschied zwischen blanquistischen Staatsstreichen einer „entschlossenen Minderheit", die jederzeit wie aus der Pistole geschossen und eben deshalb immer unzeitgemäß kommen, und der Eroberung der Staatsgewalt durch die große und klassenbewußte Volksmasse, die selbst nur das Produkt eines beginnenden Zusammenbruches der bürgerlichen Gesellschaft sein kann, deshalb in sich selbst die ökonomisch-politische Legitimation ihrer zeitgemäßen Erscheinung trägt.

Kann somit die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse vom Standpunkte der gesellschaftlichen Voraussetzungen gar nicht „zu früh" geschehen, so muß sie andererseits vom Standpunkte des politischen Effekts: der Festhaltung der Gewalt, notwendig „zu früh" stattfinden. Die verfrühte Revolution, die Bernstein nicht schlafen läßt, bedroht uns wie das Damoklesschwert und dagegen hilft kein Bitten und Beten, kein Bangen und Zagen. Und zwar aus zwei sehr einfachen Gründen.

Erstens ist eine so gewaltige Umwälzung, wie die Überführung der Gesellschaft aus der kapitalistischen in die sozialistische Ordnung, **ganz undenkbar auf einen Schlag, durch einen siegreichen Streich des Proletariats.** Dies als möglich vorausgesetzt, hieße wiederum eine echte blanquistische Auffassung an den Tag legen. Die sozialistische Umwälzung setzt einen langen und hartnäckigen Kampf voraus, wobei das Proletariat allem Anschein nach mehr als einmal zurückgeworfen wird, so daß es das erstemal, vom Standpunkte des Endresultats des ganzen Kampfes gesprochen, notwendig „zu früh" ans Ruder gekommen sein wird.

Zweitens aber läßt sich das „verfrühte" Ergreifen der Staatsgewalt auch deshalb nicht vermeiden, weil diese „verfrühten" **Angriffe des Proletariats eben selbst ein, und zwar sehr wichtiger Faktor sind, der die politischen Bedingungen des endgültigen Sieges schafft,** indem das Proletariat erst im Laufe jener politischen Krise die feine Machtergreifung begleiten wird, erst im Feuer langer und hartnäckiger Kämpfe den erforderlichen Grad der politischen Reife erreichen kann, der es zur endgültigen großen Umwälzung befähigen wird. So stellen sich denn jene „verfrühten" Angriffe des Proletariats auf die politische Staatsgewalt selbst als wichtige geschichtliche Momente heraus, die auch den Zeitpunkt des endgültigen Sieges mit herbeiführen und mit bestimmen. Von diesem Standpunkte erscheint die Vorstellung einer „verfrühten" Eroberung der politischen Macht durch das arbeitende Volk als ein politischer Wider-

sinn, der von einer mechanischen Entwicklung der Gesellschaft ausgeht und einen außerhalb und unabhängig vom Klassenkampf bestimmten Zeitpunkt für den Sieg des Klassenkampfes voraussetzt.

Da aber das Proletariat somit gar nicht imstande ist, die Staatsgewalt anders als „zu früh" zu erobern, oder mit anderen Worten, da es sie unbedingt einmal oder mehrmals „zu früh" erobern muß, um sie schließlich dauernd zu erobern, so ist die Opposition gegen die „verfrühte" Machtergreifung nichts als die Opposition gegen die Bestrebung des Proletariats überhaupt, sich der Staatsgewalt zu bemächtigen.

Also auch von dieser Seite gelangen wir folgerichtig, wie durch alle Straßen nach Rom, zu dem Ergebnis, daß die revisionistische Anweisung, das sozialistische Endziel fallen zu lassen, auf die andere hinauskommt, auch die ganze sozialistische Bewegung aufzugeben.

Notizenteil.

Aus der besten aller Welten.

Schwerste Schädigungen der Kinder durch Benutzung der Schulen als Kasernen für Sicherheitstruppen wurden in der preußischen Landesversammlung festgestellt. Genosse Leid von der Unabhängigen Sozialdemokratie machte dazu Ausführungen, die die proletarischen Mütter besonders beachten müssen, denn ihre Kinder sind es in erster Linie, die durch die eingerissenen scheußlichen Zustände bedroht werden. Genosse Leid sagte: „Man muß sich darüber wundern, daß trotz der weitgediehenen Demobilisation heute noch Schulen und öffentliche Gebäude in großem Umfange mit Soldaten belegt sind. Die Schulen sind doch nicht zu Kasernenzwecken erbaut worden. Und in welchem Zustande sind die Schulen meist zurückgegeben worden? Verlaust, verseucht und in unglaublichster Weise verwüstet. Gewaltige Summen müssen zur Wiederherstellung der Baulichkeiten ausgegeben werden, und auf lange Zeit hinaus sind sie nicht wieder benutzbar. Wie schlimm die Dinge sind, beweist der Erlaß des Gouverneurs von Berlin, Schöpflin, der unumwunden zugibt, daß die Truppen gehaust haben wie in Feindesland, und das eine unglaubliche Raumverschwendung getrieben werde.

Der materielle Schaden ist aber noch nicht einmal das Schlimmste. Weit schwerwiegender ist der moralische Schaden, den unsere Kinder erleiden. Der ist überhaupt nicht wieder gut zu machen. Und besonders Arbeiterkinder sind es, die dadurch gelitten haben. Und dieser Schaden scheint der Militärverwaltung noch nicht genügen. Man denkt nicht daran, die Schulen freizugeben; man will auch ferner und sogar in erweitertem Umfange die Schulen belegen. Noch heute haben wir in Berlin 88 Schulen die vom Militär belegt sind. Da kann den Kindern nur ein ganz ungenügender Unterricht erteilt werden. Abwechselnd vor- und nachmittags wird Unterricht erteilt. Die Räume können infolgedessen nicht genügend gereinigt und gelüftet werden. Das bedingt ungeheure gesundheitliche Schädigungen. Man schickt die Kinder zur Stärkung der Gesundheit aufs Land und macht zugleich den Erfolg illusorisch. Durch solche Maßnahmen begeht man ein Verbrechen an unseren Kindern.

In Halle hat man das Museum mit Märkischen Truppen belegt. Es wird dadurch nicht allein dem Publikum gesperrt, sondern es besteht die Gefahr, daß die wertvollen Kulturschätze zerstört werden, die dort aufgespeichert sind.

Wir haben schöne Worte über Wohlfahrtspflege gehört und wir sind aufgerufen worden zur Mitwirkung. Was man aber hier tut, ist geradezu ein Frevel an den teuersten Gütern des Volkes. Es ist das schwärzeste Kapitel dieser Zeit. Die Militärverwaltung hat nicht das mindeste Interesse für Kulturfragen. Sie tritt die Volksgesundheit geradezu mit Füßen. In Preußen haben auch heute noch militärische Interessen den Vorzug vor allen anderen. Die Schäden, die auf diese Weise unserer Jugend zugefügt werden, sind nicht wieder gut zu machen. Wir werden nicht nachlassen, das Volk darüber aufzuklären, daß es in Preußen-Deutschland nicht besser, sondern schlimmer geworden ist gegen früher. Der Militarismus herrscht heute uneingeschränkter wie zuvor."

In den Debatten wurde eine besonders schauerliche Tatsache festgestellt. **In manchen Schulen sind geschlechtskranke Soldaten untergebracht und nebenan werden die Kinder weiter unterrichtet.** Die Ärmsten sind also der Gefahr der Verseuchung ausgesetzt, Massenansteckung kann stattfinden. Aber was verschlägt das? Die regierenden Scheidemänner und Erzberger bedürfen der Noskegarden, um die heiligsten Güter der Besitzenden zu schützen: den Geldschrank, die Ausbeutungsgewalt. Proletarische Kinderleben sind billig. Die Rücksicht auf Kindergesundheit muß dem Respekt vor dem heldenhaften Bezwingern revolutionärer Proletarier weichen. Ehre, dem Ehre gebührt! Die Landesversammlung stimmte einem Antrag zu, der die Räumung der Schulen und öffentlichen Gebäude von Freiwilligentruppen verlangt. Eine selbstverständliche Forderung, die aber allein nicht genügt. Die proletarischen Frauen müssen laut ihre Stimme zur Brandmarkung der nachgewiesenen scheußlichen Zustände erheben, müssen begreifen, daß diese ein Glied in der Kette der gegenrevolutionären Gewissenlosigkeiten und Niederträchtigkeiten sind. Ihr Kampf gegen das einzelne Übel muß werden zu einem Kampf gegen seine Ursache: das Schandregiment der sozialdemokratisch und demokratisch herausgeputzten Gegenrevolutionäre die den Kapitalismus um jeden Preis erhalten wollen.

Für den Frieden und die internationale Solidarität.

Eine schöne Solidaritätsbekundung bürgerlicher Frauen in Frankreich und Deutschland liegt in zwei Briefen vor, die in einer großen Frauenkundgebung des Bundes Neues Vaterland zu Berlin verlesen wurden. Die französischen Frauen schrieben den deutschen Frauen an die Adresse der aufrechten greisen Demokratin Minna Cauer:

„Nach vier Jahren der Trennung finden wir französischen und deutschen Frauen uns endlich wieder zusammen, wir, denen die Herren und Sklaven des Krieges es zur Pflicht gemacht haben, Feinde zu sein. Wir aber haben es abgelehnt und nicht eingestimmt in die hundertjährige Lüge, die den Krieg schafft, die ihn verewigt.

An diesem Tage, wo sich zum ersten Male unsere Hände, die sich im Dunkel suchten, wieder finden können, wollen wir es wiederholen, was wir auf beiden Seiten der blutgetränkten Front gesprochen haben, es sind dieselben Worte, dieselben Gedanken:

Weil wir, die gleichen Menschen, zu einer einzigen Menschheit gehören, weil wir eines sind in unserer Arbeit, unserer Trauer und unserer Freude, weil unsere Kinder sind wie eure Kinder, erheben wir Protest gegen die mörderische Erfindung des Wortes „Erbfeind" und das Vorurteil der Rassenfeindschaft.

Franzosen, Deutsche Soldaten, die sich getötet haben, sind dieselben Opfer für uns. Unsere Brüder, unsere Schwestern sind es, die leiden, überall wo der Krieg entfesselt wird.

Wir wollen keine Rache!

Ein Haß erfüllt uns alle, aber nur **gegen den Krieg** in seiner ganzen Abscheulichkeit. Wir billigen nichts an ihm und verabscheuen gleicherweise den Hochmut im Siegesrausch wie die Rachsucht bei der Niederlage.

Wir, die wir dies furchtbare Verbrechen überlebt, haben nun vor allen Dingen die Pflicht, uns dessen zu erinnern, worin wir alle versagt haben. Erinnern wir uns der Qualen, die unsere Soldaten, unsere Gefangenen, die Bevölkerung der Kriegszone erduldeten in unserem Namen, im Namen unserer Völker, und denken wir dann an unsere Leichtfertigkeit vor dem Kriege, unsere Sorglosigkeit gegenüber den Aufreizungen und Verleumdungen, und mit wie wenig Eifer wir für den Frieden eingetreten sind.

Wir, die derselbe Glaube, dieselbe Pflicht miteinander verbindet, wollen uns zusammentun, unser Leben der Pflege und dem Schutze des Friedens zu weihen. Auf zum Kampf gegen den Krieg, der durch die Wut, das Mißverstehen, die Ungerechtigkeit, die er entfesselt hat, die Millionen seiner Toten überdauert.

Auf, ihr Frauen, gegen alle Kriege! Ans Werk! Und im offenen Gegensatz zu den Kriegshetzern laßt uns rufen: Vereinigen wir uns, lieben wir uns!"

Die **deutschen** Frauen antworteten auf die Botschaft der Französinnen:

„Mit tiefer Freude haben wir deutschen Frauen den Gruß der französischen Schwestern erhalten, den wir aufs innigste erwidern.

Auch wir protestieren gegen die Verewigung einer Volksfeindschaft, die uns Frauen immer fremd war.

Französische Schwestern, mit Freude ergreifen wir die uns in Treue dargereichte Hand. In gemeinsamen Schaffen wollen wir zusammenstehen, zusammengehen zu der Menschheit Erlösung.

Auf den Trümmern einer technisch-materialistischen Welt, die errichtet war durch Macht und Gewalt, die Grundfesten auf Mißverstehenwollen und Haß, wollen wir Frauen über Tod und Tränen der Menschheit den neuen Weg bereiten. Wir Frauen aller Nationen wollen als Mütter der kommenden Generation Verständigung, Liebe, Frieden.

Trotz Nacht und Finsternis der Gegenwart wandern wir getrost einer Sonnenzukunft entgegen."

Es sind wundervolle Worte, die gewechselt worden sind. Wir haben an ihnen nur Eines auszusetzen: den Hinweis auf den Weg, der die Menschheit der Sonnenzukunft entgegenführt. Und das ist das Entscheidende, ist die Hauptsache. Für die bürgerlichen Frauen verwandelt sich ausschließlich in eine Frage der Moral, der inneren Erneuerung, der Erziehung, was gewiß nicht allein, aber doch letzten Endes eine Frage der politischen, wirtschaftlichen, sozialen Beziehungen der Menschen zu einander innerhalb jeder einzelnen Nation und zwischen den verschiedenen Nationen ist. Womit nicht gesagt sein soll, daß die Wichtigkeit der Moral, der inneren Erneuerung, der Erziehung in ihrem Einfluß auf die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Dinge unterschätzt werden dürfe. Jedoch es ist lehrreich für die Proletarierinnen, daß die wohltuenden Äußerungen des internationalen Solidaritätsempfindens französischer und deutscher Frauen des Bürgertums mit keinem Worte zweierlei andeuten: Daß es der Gold- und Machthunger der besitzenden Klassen der kapitalistischen Länder ist, der Weltrüsten, Völkerverhetzung, Interessengegensätze zwischen den Staaten und schließlich das unsäglichste Unheil des Weltkriegs geschaffen hat. Daß die ersehnte Sonnenzukunft friedlichen und freundschaftlichen Zusammenwirkens der Nationen erst tagen wird, wenn der Sozialismus, der Welterlöser und Weltfriedensbringer die Ausbeutung und Unterdrückung von Menschen

durch Menschen innerhalb jeder einzelnen Nation ein Ende gemacht hat, damit aber auch dem Gegensatz zwischen den Nationen, ihrem Drängen und Treiben, übereinander zu herrschen, einander in Zins- und Tributpflichtigkeit zu halten.

Eine sozialistische Frauenkundgebung für den Frieden in der preußischen Landesversammlung. Am 13. Mai kam es in der preußischen Landesversammlung zu der programmgemäßen, wohlvorbereiteten Entrüstungskundgebung der bürgerlichen Parteien gegen den drohenden Gewaltfrieden. Es versteht sich, daß die Mehrheitssozialdemokraten ihrem bürgerlichen Wesen nach dabei waren. Genau so, wie sie „mit Herz und Hand" dabei geholfen haben, die deutsche Arbeiterklasse Jahr auf Jahr an den blutigen Wagen des Imperialismus zu spannen. Nachdem „die Herren der Schöpfung" gesprochen hatten, beteten auch weibliche Abgeordnete der bürgerlichen Parteien ihr Entrüstungssprüchlein her, eine Vertreterin der Mehrheitssozialdemokraten unter ihnen. Dem Protest gegen die zermalmenden Friedensbedingungen des Versailler Vertrags folgte der Appell an die Frauen aller Länder, für das bedrängte Deutschland einzutreten, das als Sieger das unglückliche Rußland mit eisengepanzerter Faust am Boden hielt und würgte. Genossin Arendsee von der Unabhängigen Sozialdemokratie trat dem Gehabe der patriotischen und sozialpatriotischen „Volksvertreterinnen" mit diesen trefflichen Ausführungen entgegen:

„Auch ich möchte an die Frauen draußen einige Worte richten; ich möchte ihnen sagen: Laßt Euch nicht einfangen von der nationalistischen Welle, die jetzt wieder über das Land gehen soll. Und entgegen meinen Vorrednerinnen möchte ich den Frauen zurufen: Zieht Kinder heran, die nicht nur Liebe zur deutschen Heimat haben, sondern in denen die Menschenliebe so stark ist, daß **niemals** wieder ein Krieg, **niemals** wieder ein derartiges Morden möglich ist!

Frauen sind es gewesen, die während des Kriegs am meisten gelitten haben, und die Frauen und Kinder der Arbeiterklasse insbesondere. Sie verlangen vor allen Dingen den **Frieden!** Die Hungerblockade wird weiter aufrechterhalten und verschärft werden. Die Reichen allerdings werden die Möglichkeit haben, sich genügend Nahrungsmittel zu verschaffen; die Arbeiterfrauen und Kinder aber werden doppelt leiden.

Die unabhängigen Frauen haben von jeher gegen jeden Gewaltfrieden ihre Stimme erhoben, als noch keine der bürgerlichen Frauen daran dachte, zu protestieren.

Im März 1915 war es unsere Genossin Zetkin, die die Frauen aller Länder zum Kampfe aufrief. Sie ist die erste gewesen, die die Frauen aufforderte, doch zu begreifen, daß sie als Mütter sich gegen das entsetzliche Morden wenden müßten. Und unsere Genossinnen, die die Beschlüsse der internationalen sozialistischen Frauenkonferenz von Bern zur Durchführung bringen wollten, die versuchen wollten, den Gedanken in die Massen zu bringen, daß das Morden ein Ende haben solle, sind sowohl in Frankreich als auch in Deutschland in die Gefängnisse gewandert, hat man auf lange Zeit in Schutzhaft genommen.

Die Abgeordnete Heßberger sagte, die deutschen Frauen hätten am meisten während des Kriegs gelitten. Ich frage: hat sie nicht an die französischen Frauen, an die belgischen Frauen gedacht, die von Haus und Hof verjagt worden sind und kein Unterkommen hatten? Wo war der Protest der Frauen, als Liller Frauen und Mädchen ihrer Heimat entrissen und als Lustobjekte der Soldateska in der entehrendsten Weise behandelt worden sind? Und als der schändliche U-Bootkrieg begann, waren es französische Frauen, die dagegen protestierten. Wenn wir jetzt an das Gewissen der Internationale appellieren, dürfen wir nicht nur sagen, wie das deutsche Volk, wie die deutschen Frauen und Kinder so furchtbar schwer leiden, sondern wir müssen endlich einmal an das furchtbare Unrecht denken, das den Liller Frauen, wie überhaupt den Frauen und Kindern der Ententeländer zugefügt worden ist. Dann erst werden wir einen Widerhall jenseits der deutschen Grenzen finden. Deshalb müssen auch Sie, meine Damen, eingestehen: es ist furchtbares Unrecht begangen worden. Wenn alle die Entsetzlichkeiten, die dort begangen worden sind, erst an die Öffentlichkeit gelangen würden, vielleicht würde mancher Frau in Deutschland noch nachträglich das Gewissen schlagen, dem Volke anzugehören, das derartiges hat geschehen lassen.

Wir haben es immer zum Ausdruck gebracht: wir verurteilen diese Friedensbedingungen und sagen, daß sie nicht erfüllbar sind. Aber wenn Sie jetzt auftreten und sich in dieser Weise entrüsten, so sagen wir, nur **wir haben das Recht dazu, denn wir haben immer gegen jeden Gewaltfrieden protestiert.** Den sozialistischen Frauen aller Länder rufe ich aber zu: wir vertrauen darauf, daß Ihr, die Ihr während des Kriegs Eure ganze Kraft für die Menschlichkeit eingesetzt habt und dafür ebenso wie unsere deutschen Genossinnen und Genossen in die Gefängnisse gewandert seid, mit uns den Kampf gegen den Kapitalismus und damit gegen die Friedensbedingungen aufnehmen werdet und daß auch in Euren Ländern der Sozialismus siegreich zum Durchbruch kommen wird. Dann erst wird erfüllt werden, was wir Frauen hier aussprechen: **daß niemals wieder ein Krieg möglich sein wird."**

Möge die U.S.P. hinter die schönen Worte ihrer Vertreterin in Zielklarheit die entsprechenden Taten setzen. Nämlich statt der Agitation für das Unterzeichnen des Friedensvertrags — dem die Regierung der Scheidemänner nicht entgehen kann — den rücksichtslosen, energischsten Kampf gegen diese Regierung. Sie ist mitverantwortlich für die imperialistische Kriegspolitik seit 1914, ist die Trägerin einer gegenrevolutionären Revolutionspolitik. Indem sie die Revolution mit allen Mitteln der Niedertracht und Gewalt zu knebeln und zu erschlagen sucht, fesselt und tötet sie die besten, wirksamsten Kräfte eines günstigen Friedens. Der Verrat an der Revolution wird zum Verrat am Frieden.

Die Frau in öffentlichen Ämtern.

Die Wählbarkeit der Frauen in alle Ämter der freien waadtländischen Kirche hat die Synode dieser Religionsgemeinschaft mit großer Mehrheit gutgeheißen.

Die Zulassung **der dänischen Frauen zu allen staatlichen und öffentlichen Ämtern** wird in einem Gesetzentwurf gefordert, der demnächst im Parlament zur Verhandlung kommen soll.

Mit besonderem Interesse erwartet man die Entscheidung darüber, daß den Frauen auch das Recht zuerkannt werden soll, als Geistliche zu wirken.

Für unsere Kinder

Auf einem Kirchturm.

Ein Glockentonmeer wallet
Zu Füßen uns und hallet
Weit über Stadt und Land.
So laut die Wellen schlagen,
Wir fühlen mit Behagen
Uns hoch zu Schiff getragen
Und blicken schwindelnd von dem Rand.

Eduard Mörike.

Der Kuckuck.

Von Karl Ewald

Tief drinnen im Walde, mitten auf einer grünen Wiese, lag ein großer, alter Dornbusch, und in diesen bauten sich die Neuntöter oder rotrückigen Würger ihr Nest. Im Mai, als die ersten sonnigen Tage kamen, wurden sie fertig, und nachdem sie ein wenig beisammen gesessen und das Notwendigste besprochen hatten, legte Frau Neuntöter drei gute Eier.

„So", sagte sie und seufzte so tief wie ein Neuntöter nur seufzen kann. „Nun beginnt der Ernst des Lebens".

Der Mann tröstete sie so gut er konnte, aber sie setzte sich ziemlich verdrießlich auf den Eiern zurecht und wollte gar nicht auf ihn hören.

„Die Mannsleute schwatzen wie sie's verstehen", sagte sie. „Ihr solltet es nur einmal selbst versuchen, aber ihr meint mit ein paar Worten ist alles getan und laßt uns ruhig auf den Eiern sitzen. Tue nur nicht so zärtlich, nimm dich lieber zusammen und fange mir eine fette Fliege".

Am Abend desselben Tages war Frau Neuntöter ganz außer sich.

„Hätte ich gewußt, was ich nun weiß, würde ich dich nie genommen haben, und wenn du noch einmal so schön gesungen hättest", schrie sie. „Ich halte es nicht aus, ich fliege davon".

Der Neuntöter hörte sie ruhig an. Er hatte dasselbe mit seinen früheren Frauen erlebt — der Neuntöter nimmt in jedem Frühjahr eine andere — und wußte, daß es sich geben würde.

„Du kannst dir noch ganz gut einen kleinen Ausflug gestatten", sagte er. „Aber später mußt du dann auch hübsch still sitzen, sonst kommen in Ewigkeit keine Jungen aus den Eiern. Meine frühere Frau ..."

„Höre auf, davon will ich nichts wissen!" Mit diesen Worten flog Frau Neuntöter davon, und der Neuntöter eilte ihr nach, um aufzupassen, daß sie in ihrem Zorn nicht vielleicht zu Schaden käme.

Aber kaum waren sie fort, setzte sich ein anderer Vogel auf den Rand des Nestes und sah hinein. Er war viel größer als der Neuntöter und ganz graubraun mit hellen Flecken auf Brust und Bauch. Im Schnabel trug er ein Ei, das er vorsichtig neben die anderen drei Eier legte. Es war nicht größer als sie und nicht von ihnen zu unterscheiden.

Einen Augenblick saß der fremde Vogel und sah wehmütig auf das kleine, warme Nest, in das er sein Ei gelegt hatte. Dann hob er die Flügel und flog über die Wiese in den Wald davon. Oben auf einem hohen Baum saß ein zweiter Vogel und wartete auf ihn.

„Hast du das Ei untergebracht?" fragte er.

„Ja", antwortete das Weibchen, „ich habe es den Neuntötern auf der Wiese ins Nest gelegt. Das sind ordentliche Leute, sie werden gut für unser Kind sorgen".

„Mehr können wir nicht tun", sagte der andere Vogel, „Kuckuck!"

Und damit flogen sie beide weiter.

Als das Neuntöterpaar heimkam, bemerkte es nicht, daß vier Eier statt drei im Neste lagen. Erstens waren sie, was das Rechnen betrifft, beide ziemlich schwach, und zweitens war das Weibchen jetzt besserer Laune. Es setzte sich nun ganz brav auf die Eier, und das Männchen sang ihm vor, daß man es durch den ganzen Wald hören konnte.

Vierzehn Tage saß Frau Neuntöter jetzt geduldig da und brütete, während Herr Neuntöter ausflog und Schmetterlinge, Larven und Fliegen fing. Die spießte er auf die Dornen dicht neben dem Nest, daß seine Frau ganz leicht hinhuschen, sie wegschnappen und in einem Nu wieder zurück sein konnte.

„Du bist trotz alledem ein ganz guter Mann", sagte Frau Neuntöter, ihm zärtlich zunickend.

Am Morgen des fünfzehnten Tages brachen die Eierschalen entzwei, und vier nackte, junge Vögel sperrten breite, gelbe Schnäbel auf. Das Neuntötermännchen betrachtete sie aufmerksam.

„Sie haben ja weder Augen noch Schnäbel", sagte es. „Aber das kommt wohl noch alles".

„Wie reizend sie sind", sagte die glückstrahlende Mutter. Ihr Mann sah sie scheinisch an und pfiff ein wenig.

„Und du wolltest sie eigentlich garnicht ausbrüten", sagte er.

„Ach", erwiderte Frau Neuntöter gekränkt, „das habe ich nie gesagt. Du solltest lieber etwas Futter für deine Kinder herbeischaffen, anstatt hier zu sitzen und Unsinn zu schwatzen. Sie sperren ihre Schnäbel so weit auf, daß ich ihnen bis auf den Grund ihrer kleinen Mägen hineinsehen kann".

Der Neuntöter flog davon und kam wieder und flog wieder aus. Und so ging es den ganzen langen Tag und viele, viele darauffolgende Tage. Jedesmal, so oft er etwas mitbrachte, sperrten die Kinder ihre Schnäbel auf; es war, als könnten sie niemals satt werden. Aber die vier waren nicht alle gleich gierig. Das eine von ihnen war viel gefräßiger als die anderen, aber es wuchs dafür auch viel stärker.

„Das wird einmal ein tüchtiger Neuntöter", sagte der Vater und strich dem Kleinen zärtlich mit dem Schnabel über den Rücken.

„Du mußt keinen Unterschied zwischen deinen Kindern machen", meinte die Mutter, „ich finde nun gerade die kleinen entzückend."

Eines Abends hockte der Neuntöter ganz niedergeschlagen neben seiner Frau, die im Nest saß, um die Jungen warm zu halten.

„Es ist schwer, eine so große Familie durchzubringen", sagte er. „Ordentlich soll man ja doch aussehen, aber man hat nie die Zeit, sich zu putzen, und mir kommt es vor, als hätte ich seit Ewigkeiten keinen kleinen Dritter geschlagen. Nebenbei: die Zeiten werden immer schlechter! Schmetterlinge sind kaum mehr aufzutreiben, und heute morgen schnappten die Buchfinken mir zweimal eine herrliche Larve dicht vorm Schnabel weg. Du mußt nächstens selbst mit auf die Jagd gehen".

„Gut, von morgen an werde ich dir helfen", versprach Frau Neuntöter, „den Kleinen wachsen jetzt schon die Federn, also können sie sich in dieser Wärme eine zeitlang ganz gut ohne mich behelfen".

Nun flogen beide Neuntöter gemeinschaftlich durch den Wald und ließen sich keine Mühe verdrießen, Futter für die vier hungrigen Mäuler herbeizuschaffen. Aber wieviel sie auch heimbrachten, die Jungen sperrten immer noch die Schnäbel auf und schrien und puffen sich gegenseitig aus dem Wege, um das größte Stück zu erhaschen.

Eines Mittags, als die Eltern mit ihrer Jagdbeute heimkehrten, fanden sie einen schrecklichen Lärm im Nest vor. Die Jungen reckten die Hälse, wie sie es noch nie getan hatten, und suchten eins das andere zu überschreien.

„Einer nach dem anderen, sonst kann man kein Wort verstehen", ermahnte die Mutter. „Was ist denn los?"

Allmählich bekam sie zu hören, daß das größte unter den Jungen eines der kleinen zum Nest herausgestoßen habe. Es war ins Gras gefallen und hatte kläglich gepiept, bis der Fuchs gekommen war und es gefressen hatte.

„Es fing an", sagte das große Junge, „ich konnte nichts dafür, daß es herausfiel."

„Ich will dich lehren", rief der Vater und fuhr zornig auf den Missetäter los.

Aber seine Frau hackte ihn in den Nacken und schalt ihn tüchtig aus.

„Schäme dich, so heftig zu werden", sagte sie. „Willst du das arme Kind mißhandeln? Wage nicht, es anzurühren. Du kannst doch begreifen, daß es gar nichts dafür kann."

Und als die Eltern das verstorbene Junge eine zeitlang beweint hatten, flogen sie wieder aus, um Futter zu holen. Sie vergaßen schnell das Kind, das sie verloren hatten, denn die drei Überlebenden hatten einen so gewaltigen Appetit, daß die Eltern oft nahe daran waren, zu verzweifeln. Das große Junge wuchs unaufhörlich, und es war schon doppelt so groß wie die beiden anderen, die sich darüber beklagten, daß es sie im Nest drückte und ihnen alles Futter wegschnappte.

„Ihr müßt sehen, Frieden zu halten, bis ihr euch selber helfen könnt", sagte Mutter Neuntöter.

„Wären sie nur erst erwachsen und nach dem Süden unterwegs," sagte der Vater sorgenvoll.

Eine Woche verging, und da geschah etwas, was die beiden Neuntöter tief erregte und schmerzte. Eines Tages, als sie nach Hause kamen, war noch das große Junge im Nest.

„Wo sind deine Geschwister?" rief die Mutter erschrocken aus. „Ich konnte nichts dafür," piepte das Kind. „Sie sind herausgefallen. Ich bin nicht Schuld daran! Ich drehte mich nur um, da fiel das eine aus dem Nest, da erschrak ich so, daß ich an das andere stieß, das fiel dann auch heraus. Und da kam der Fuchs und fraß sie."

Die beiden alten Neuntöter weinten bitterste Tränen.

„Wir haben das Nest zu klein gebaut," sagte der Vater endlich. „Aber wie konnte ich auch wissen, daß wir ein so großes Kind bekommen würden! Es wächst ja geradezu unheimlich."

„Du hättest es nur rechtzeitig erziehen sollen," sagte Frau Neuntöter. „Ach, meine armen, kleinen süßen Kinderchen!"

„Wenn wir nun bloß das letzte behalten," sagte der Neuntöter. „Sei Du nur ein gutes Kind und bedenke, daß du unser ein und alles bist."

Das versprach das Junge und zugleich verschlang es alles, was die Eltern herbeigeschleppt hatten.

„Mehr, mehr!" schrie es und sperrte den Schnabel auf, „ich bin so hungrig, wie ihr es euch gar nicht vorstellen könnt."

Und die Neuntöter stürzten davon, um das Kind zufrieden zu stellen. Sie schleppten noch mehr herbei, als in der Zeit, da alle Kinder lebten, aber das große Junge wurde nie satt. Es wuchs und wuchs und wurde schließlich so groß, daß es gar nicht mehr im Nest sitzen konnte. Da krabbelte es heraus und setzte sich auf einen Zweig daneben.

(Schluß folgt.)

Inhalt: Protest der Sozialistischen Fraueninternationale gegen den Gewaltfrieden von Versailles und Saint-Germain. — Friedensbürgschaft. — An das deutsche arbeitende Volk. — Die Eroberung der politischen Macht. — Notizenteil. Aus der besten aller Welten: Schwerste Schädigungen der Kinder durch Benutzung der Schulen als Kasernen für Sicherheitstruppen. Für den Frieden und die internationale Solidarität: Eine schöne Solidaritätskundgebung bürgerlicher Frauen in Frankreich und Deutschland; Eine sozialistische Frauenkundgebung für den Frieden in der preußischen Landesversammlung. Die Frau in öffentlichen Ämtern: Die Zulassung der Frauen in alle Ämter der waadtländischen Kirche; Die Wählbarkeit der dänischen Frauen zu allen staatlichen und öffentlichen Ämtern. — Für unsere Kinder: Auf einem Kirchturm. Der Kuckuck

Nummer 6 **Preis 15 Pfg.**

Die Kommunistin

Frauenorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Herausgegeben von Klara Zetkin

Die Kommunistin erscheint am 1., 11. und 21. eines jeden Monats. Preis der Einzelnummer 15 Pfennig, durch die Post bezogen vierteljährlich 1.25 Mark (ohne Bestellgeld)

Stuttgart, 11. Juli 1919

Zuschriften für die Redaktion an Klara Zetkin, Wilhelmshöhe, Post Degerloch b. Stuttgart. — Zuschriften für den Verlag an Anna Stegmaier, Stuttgart, Ostendstr. 70.

Das Chaos.

„Das Spiel ist aus. Klatscht Beifall!" Mit diesen Schlußworten der römischen Schauspiele möchten die regierenden deutschen Politikaster den Vorhang über Dem fallen lassen, was sie ihren „Kampf für den Frieden und die Zukunft des deutschen Volkes" zu nennen sich erdreisten. Ihr Wünschen ist vergeblich. Nur die Hände der Clique berufsmäßiger Klatscher rühren sich. Keine Phrase vermag die Wirklichkeit zu verhüllen. Die Kniripse in der Regierung und Nationalversammlung hatten mit aufgeblasenen Paukbäckeln geschworen, Weltgeschichte zu machen, hatten unter den Trompetenstößen des reklamegeübten Scheidemann ein vaterländisches Trauerspiel großen Stils angekündigt. Was über die historische Bühne gegangen ist, das war eine widerliche, plumpe Posse ohne Geist und Witz, deren Inhalt das landläufige Schachern und Feilschen von Roßtäuschern bildete, die ihres Handels wegen sich in Diplomatenfräcke gesteckt hatten. Statt Weltgeschichte wurden parlamentarische Geschäfte gemacht, die um die Besetzung der Ministersessel gingen.

Der Frieden ist geschlossen, ist unterzeichnet in dem nämlichen Spiegelsaal zu Versailles, in dem sich der 1848er Kartätschenprinz von Preußen als Wilhelm I. die deutsche Kaiserkrone aufs Haupt setzen ließ. Die winzigen Zugeständnisse an die Gegenvorschläge der Reichsregierung ändern an dem Wesen des Friedensvertrags rein gar nichts. Der siegreiche Ententeimperialismus bestand dem besiegten deutschen Impe ialismus gegenüber erbarmungslos auf seinem Schein, wie der deutsche Imperialismus als Shylock darauf bestanden ist, vom überwundenen Rußland „das Pfund Fleisch gerade vorn aus der Brust" zu fordern. Weder Bitten noch Drohen, weder Moralpredigten noch Diplomatenkniffe, weder Beschwörungen Wilsons noch Warnungen des internationalen Proletariats und Liebäugeln mit der Weltrevolution — in den Ententestaaten, während man sie daheim im Blut zu ersticken trachtet — haben eine Wendung zu Gunsten Deutschlands herbeigeführt. Wie wäre es unter den gegebenen Umständen auch anders möglich gewesen, nachdem die Politik der Regierungen von Bethmann-Hollweg bis Bauer Erzberger die gleiche Politik geblieben ist, nämlich die von skrupellosen Bedienten der ausbeutenden Klassen.

Der Versailler Friede der Brutalität, Vergewaltigung, Vernichtung ist das rechtmäßige Kind des imperialistischen Weltkrieges und damit der Kriegspolitik, die sämtliche deutsche Regierungen der Reihe nach getrieben haben, jener Politik, die vom Tage der Kriegserklärung an bis zum militärischen Zusammenbruch die Mittat und das Mitverbrechen der mehrheitssozialdemokratischen Führer war. Er ist das rechtmäßige Kind der Revolutionspolitik dieser nämlichen Mittelmäßigkeiten, die jeden Gedanken für einen schöpferischen Neuaufbau bar, ohne den Mut der Verantwortlichkeit zur entscheidenden Tat in einer bürgerlich-kapitalistischen Politik ältesten und plattesten Gepräges geschwelgt haben. Zwei gerade Linien führen schnurstraks nach Versailles. Die eine läuft über die Zurückweisung der Delegierten des sozialistischen Sowjetrußlands zum ersten Rätekongreß, Radeks Verhaftung, die Heldentaten des Exekutivausschusses der Räte und des Kommandierenden von der Goltz im Baltikum, die andere über Bremen, Düsseldorf, Halle, Berlin, München. Die Regierung der gepanzerten Faust gegen das Rußland der proletarischen, der sozialen Revolution, die Regierung der Maschinengewehre, des Standrechts, der Meuchelmorde, der Todesurteile gegen die Sturmtruppen der Revolution in Deutschland: diese Regierung mußte vor dem machtstarken Ententeimperialismus bedingungslos kapitulieren, mußte unterzeichnen.

Wir sagen diese Regierung, obgleich diese Regierung nun jene Regierung geworden ist, die der Unterzeichnung in letzter Minute aus dem Wege ging. Denn das Wesen, die Politik der deutschen Reichsregierung ist unverändert geblieben, ob sie nun Scheidemann-Dernburg-Erzberger oder aber Bauer-Müller-Erzberger firmiert. Scheidemann erachtete es mit „realpolitischem" Sinn offenbar doch für sicherer, seines Freundes Müllers Hand dem herausbeschworenen Verdorren preiszugeben und nicht die eigene teure Rechte. Er nutzte die billige Gelegenheit, um im Kostüm und mit der Pose des „aufrechten Mannes" in der Kulisse zu verschwinden, um sich für spätere Verwandlungskunststücke bereit zu halten. Mit ihm sind einige andere Herren aus der Regierung geschieden, alle Vertreter der demokratischen Partei, die sich gegen das Unterzeichnen erklärte und deshalb auch am neuen Kabinett keinen Teil haben wollte. Der ausgewechselten Garnitur der Regierungsmänner ist Noske erhalten geblieben, Noske, der sein starres Unannehmbar in ein geschmeidiges Unterzeichnenmüssen umgebogen hat, weil er von seiner Unentbehrlichkeit und Unersetzlichkeit als Henker des revolutionären Proletariats durchdrungen ist.

Das aufgeregte parlamentarische Ameisengekribbel und -gekrabbel um die Ministerportefeuilles war kennzeichnend für die nicht zu überbietende Würdelosigkeit, mit der die Entscheidung über den Friedensvertrag gefallen ist. Für diese Entscheidung wurde vom Sieger eine Galgenfrist von 48, dann von 24 Stunden erflieht, schließlich eine noch kürzere Spanne Zeit, bis die drohende Besetzung von Frankfurt a. M. durch die Franzosen unmittelbar vor Torschluß der Nationalversammlung und Regierung das verhängnisschwere Ja abrang. Nicht „Ergreich Geschlagene" haben es nämlich gesprochen, des Wertes und der Größe ihrer Sache, der Würde ihrer Person und ihres Kampfes bewußt, nein, geängstigte Schwächlinge, die für ihre Position, für die Vorrechte ihres Besitzes zitterten, die wollten und nicht konnten, und deren Sinnbild der bekannte Greis auf dem Dache ist, der sich nicht zu helfen weiß.

Tritt das nicht sinnenfällig zu Tage in dem Kniff der Regierung Bauer vor dem Ententeimperialismus demütig zum Kreuze zu kriechen, gleichzeitig aber die Gunst der Alldeutschen und der rebellierenden Offiziere erbetteln zu wollen, indem die Herren erklärten, mit ihrer Unterschrift unter den Friedensvertrag nicht die sogenannten „Schmachparagraphen" zu decken? Gab es in den entscheidenden Stunden für das Proletariat, das schaffende Volk Deutschlands, ja der Welt und seine Zukunft wirklich nichts Wertvolleres, Größeres zu retten als die alte Kriegslüge vom Wolf der Entente, der das friedlich weidende blütenweiße Lamm überfallen: als die geforderte Aburteilung Wilhelms II. und einiger hervorragender Kriegsschürer und Kriegsverbrecher? Aber freilich, von der Kriegslüge haben sie alle gezehrt, die jetzt in Deutschland Regierende sind, und nicht zum wenigsten die führenden Sozialpatrioten. Ist die Kriegslüge nicht

die „geschichtliche" Spezialität des Klitterers David gewesen? War sie nicht der Scheier mit dem die Partei- und Gewerkschaftsführer ihren Verra…n der Internationale, an dem Sozialismus, am Proletariat verhüllten? Und ist Wilhelm II. mitsamt den Ludendorff und Tirpitz schuldiger als die Scheidemann und Legien, die Bauer und Landsberg, die mit Hohenzollern und Annexionisten bis zum letzten Tage vor dem militärischen Zusammenbruch das Völkermorden „durchgehalten" haben? Wir sagen umgekehrt! Denn die um Wilhelm II. und mit ihm dem Imperialismus opferten, waren überzeugte Bekenner des Kapitalismus und Militarismus, während die um den sozialdemokratischen Parteivorstand ihre Überzeugung v…rieten, um den kapitalistischen Weltmachtsgelüsten zu dienen. Es sind Schmachparagraphen des eigenen Verhaltens der eigenen Politik, die die sozialdemokratischen Mehrheitler im Bunde mit Zentrümlern und anderen bürgerlichen Politikern unter dem eisernen Griff der Ententeimperialisten schließlich doch angenommen haben.

Die Gegensätze in der Unterzeichnungsfrage, die die Regierung zerklüfteten, spalteten auch die Regierungsparteien der Sozialimperialisten, Zentrümler und bürgerlichen Demokraten. Zerrissenheit, Zerfahrenheit, Unentschlossenheit, Wanken und Schwanken, Rechnen und Verrechnen hier wie da. Mit jeder Sitzung, mit jedem Redner fast wechselte in den Fraktionen die Entscheidung. Ja, die bereits beschlossene Zustimmung der Nationalversammlung zu der Unterzeichnung des Friedensvertrags wurde durch einen wahrscheinlichen Umfall des Zentrums bedroht, als die Meldung einer geplanten Offiziersrevolte gegen den Versailler Pakt mit den „Schmachparagraphen" einlief. Der parlamentarische Führer der Unabhängigen Sozialdemokratie, Genosse Haase, warf den in tausend Ängsten Schwitzenden das Re…ungsseil hin. Als erfahrener Advokat erinnerte er daran, daß es keiner neuerlichen Abstimmung bedürfe, weil die Nationalversammlung bereits zugestimmt habe, daß die Regierung den Versailler Vertrag unterzeichne. Die Presse der Unabhängigen Sozialdemokratie feiert die Unterzeichnung des Friedensvertrags mit jubilierenden Lerchentrillern als einen Erfolg der Politik ih…er Partei, die von Anfang an die entsprechende Losung ausgegeben hat. In unkritischer Anspruchslosigkeit bewertet sie das Aufgreifen dieser Losung durch die Sozialimperialisten und Zentrümler, durch die große Mehrheit der Nationalversammlung, als Bestätigung für die unumstößliche Richtigkeit der unabhängigen Politik. Deren Logik, Konsequenz, Grundsatzfestigkeit, geschichtlicher Sinn usw. habe glänzend über gegenteilige Auffassungen triumphiert. Wir sehen die Dinge wesentlich anders an.

Trotz allem Theaterdonner mit Kolophoniumblitzen und Säbelgerassel stand es von vornherein fest, daß der ungemilderte Friedensvertrag von jeder deutschen Regierung unterzeichnet werden mußte, die sich auf dem Boden der kapitalistischen Ordnung hielt und als Geschäftsführerin der deutschen imperialistischen Kapitalisten mit den Beauftragten der imperialistischen Ententekapitalisten verhandelte. Nicht die Frage der Unterzeichnung, die Revolution und deshalb der Sturz der Regierung hatte die Losung zu sein. Die Fortentwicklung der Revolution, der Sturz der Regierung nicht als forcierter Putsch einer Minderheit, sondern als Tat der Massenerkenntnis und des Massenwillens. Die Unabhängige Sozialdemokratie hat darauf verzichtet, die Massen auf den Weg dieser Erkenntnis und dieses Willens zu führen, sie hat dafür die Regierung durch den Schutzwall einer Massenforderung geschützt. Ihr verdankt die mehrheitssozialdemokratische Regierungsherrlichkeit, verdankt die Gegenrevolution eine „Atempause". Der von ihrer Politik erleichterte Triumph des Ententeimperialismus wird dazu lähmend und verzögernd auf die Weltrevolution zurückwirken. Die Demobilisation der Ententetruppen und das nach diesem Friedensschluß emporblühende wirtschaftliche Leben in den alliierten Großstaaten können zunächst dort der Steigerung der revolutionären Tendenzen entgegenwirken. Der moralische und politische Sieg der unabhängigen Taktik erinnert fatal an das berühmte Zwiegespräch: „Herr Hauptmann, ich hab' einen Gefangenen gemacht. — Bring ihn her. — Herr Hauptmann, der Kerl läßt mich nicht los." Es ist die Taktik des parlamentarischen Opportunismus, die triumphiert hat, nicht die Taktik des revolutionären proletarischen Kampfes.

Die Regierungskrise, die der Auftakt zur Friedensunterzeichnung war, hatte sich zu einer Krise der Parteien, der Nationalversammlung selbst erweitert. Vorläufer all das, die mit ihrem Um und Auf den Bankrott des bürgerlichen Parlamentarismus künden. Denn diese Krisen spiegeln nur verkleinert und verzerrt die große soziale Krise wieder, die die Welt bewegt, und die der bürgerliche Parlamentarismus wohl anzeigen, aber nun und nimmer lösen kann. Während der Sturm im Glase Wasser der Nationalversammlung und ihrer Regierung beschworen zu sein scheint, bäumen sich draußen im Ozean die brausenden Wellen

Die mehrheitssozialdemokratische Regierung ist weniger als je gegen die Gefahr gefeit, fortgeschwemmt zu werden. Alle Offiziersschwüre vor Noskes Bürgerkriegslorbeeren sind gleich „Eiden, die die Liebe schwur", nur schwache Bürgen der Regierungstreue einer gegenrevolutionären Militärkamarilla, noch immer von „ihrem Kaiser" und den strahlenden Tagen des Pandurenkellers in Zabern träumt. Kann die Niederkartätschung von aufsässigen Proleten auf die Dauer Ersatz für die verschwundene Herrlichkeit bieten? Können des „Arbeiters" Noske Glückwunsch- und Dankestelegramme Anschnauzer aus einem Befehlshabermunde von Gottes Gnaden ersetzen? Die Scheidemänner werden die Gröner, Märcker, Lüttwitz und Lettow-Vorbeck, die sie riefen, nicht wieder los. Für die Bourgeoisie hat der sozialpatriotische Mohr seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen. Im Namen der Demokratie und zum Schutze der kapitalistischen Ausbeutungswirtschaft haben die regierenden Mehrheitssozialdemokraten sich den zum Sozialismus vorwärtsdrängenden Proletariern mit den Mordwerkzeugen und Mordmethoden modernster Art entgegengeworfen. Aber je eifriger sie ihr Henkergewerbe treiben, um so mehr entwerten sie es. Die proletarischen Massen rücken von ihnen ab. Die Bourgeoisie kann sich der Herren nicht mehr bedienen, um die Arbeiter zu blenden und zu täuschen.

Die wachsende Gärung und Auflehnung der breitesten Massen kommt in den Lebensmittelunruhen zum Ausdruck, die in Landsberg an d. W., Magdeburg und vielen anderen Orten noch ausgebrochen sind. Solche Unruhen haben in Berlin eine Atmosphäre gewitterschwüler Hochspannung geschaffen und in Hamburg bis dicht vor den Bürgerkrieg geführt, zu dem die ebenso tölpelhaften als verbrecherischen Provokationen der Noske und Konsorten geradezu drängen, und der bis jetzt nur Dank der Besonnenheit der klassenbewußten Arbeiterschaft und namentlich ihrer kommunistischen Führer verhindert worden ist. Zu den Lebensmittelunruhen die Streiks in verschiedenen Berufen, in verschiedenen Gegenden, allen voran der große Ausstand der Eisenbahner in Breslau, Berlin und anderwärts, der Straßenbahnerstreik in Berlin. Vergeblich haben sich bisher die regierenden Drahtzieher bemüht, die meuternden Lohnsklaven zurück ins alte Joch zu zwingen oder zu schmeicheln. Noskes Erlaß, der das Streikrecht mit einer Handgranate zerschmettern wollte, hat so wenig geschreckt, wie das Versprechen einer Verbilligung der eingeführten ausländischen Lebensmittel bestochen. Die Proletarier und Proletarierinnen haben rechnen gelernt. Sie sagen sich, daß letzten Endes sie selbst die 1½ Milliarden zahlen müssen, die Reich, Staat und Gemeinde tragen sollen, damit amerikanisches Mehl und Fleisch zu kleineren Preisen abgegeben werden. Sie haben ein verächtliches Lächeln für den Humbug des Steuerfluchtgesetzes, nachdem die Regierung den Kriegsgewinnlern sieben Monate Zeit und Gelegenheit gelassen, ihre Milliarden ins Ausland zu „retten". Sie wissen, was sie von Erbschafts- und Vermögenszuwachssteuer, von Tabak- und Zuckersteuer zu halten haben. Dilettantische Versuche zur Rettung des Bourgeoisstaates, der kapitalistischen Ordnung auf Kosten des schaffenden Volks.

Der Weltkrieg hat die kapitalistische Wirtschaft Deutschlands zertrümmert und damit die Grundlage für eine bürgerlich-kapitalistische Finanzwirtschaft in Reich, Staat und Gemeinde zerstört. Er hat ein Chaos geschaffen. Die Wirkungen des Versailler Friedens werden das Chaos steigern. Die kleinen Krisen zu der die Unterzeichnungsfrage führte, sind Vorspiele der Katastrophen, zu denen die Durchführung des Friedensvertrags treibt. Das revolutionäre Proletariat Deutschlands hascht und tastet in dem entfesselten Chaos nicht nach Trümmern der alten bürgerlichen Welt. Es stellt sich festen Fußes auf die emporragenden granitnen Felsen, die den Neubau der sozialistischen Ordnung tragen können. Hier handhabt es Schwert und Kelle. Sein Kampf bleibt der ruhende Pol in der Erscheinungen Flucht, die im Chaos an uns vorüberwirbeln, in dem die bürgerliche Welt versinkt.

Ein Rückblick.

„Die Revolution ist tot, es lebe die Revolution!" So können wir ausrufen, wenn wir rückschauend die Entwicklung der Dinge in diesen Monaten an uns vorüberziehen lassen. Jeder Tag hat deutlicher gezeigt, daß der Sturm des 9 November nicht die Kraft gehabt hat, das Tor des Gefängnisses zu sprengen, hinter dem die deutschen Proletarier und Proletarierinnen seit langem auf ihre Befreiung warten. Mit leeren, aber entfesselten Händen standen sie in jenen Tagen hoffnungsvoll bereit, sich den Weg ins Freie mit eigener Kraft zu bahnen, vertrauend auf ihre Führer und vertrauend auf die Entschlossenheit ihrer Klassengenossen diesseits und jenseits der Grenzen. Monate langen wartens. Monate sich häufender Enttäuschungen und Demütigungen. Monate wachsender Not und grausamer blutiger Unterdrückung: das ist der Inhalt der bisherigen Revolution. Fester als je sieht der deutsche Proletarier sich angeschmiedet an den Felsen der Entbehrungen und des Elends, grausamer als je stürzen sich die Geier der Reaktion auf ihn, sobald er an seinen Ketten rüttelt.

Warum das so kam? Den aufgeklärten Proletariern und Proletarierinnen sagt man nichts neues, wenn man hinweist auf das Verhalten der Führer der Regierungssozialdemokraten. Diese Leute ließ der Teufel nicht los, der ihnen zu Kriegsanfang die Lüge von der Interessengemeinschaft aller Klassen ins Ohr geflüstert hat. Zwar hatte der ganze Verlauf des Krieges mit seinen maßlosen Gewinnen für die Einen und seinem unerhörten Elend für die Anderen wie in einem Vergrößerungsglas vor aller Augen gezeigt, daß die Interessengegensätze zwischen der besitzenden und der besitzlosen Klasse durch kein für das Volksganze noch so bedeutungsvolles Ereignis überbrückt werden können, daß umgekehrt jede heftigere Erschütterung des Volkskörpers die Klassen weiter auseinandertreißt.

Aber diese Volksführer konnten es nicht über sich gewinnen, ihren Irrtum einzugestehen, ihre Verblendung hatte sie zu Mitschuldigen am Kriegselend gemacht, und sie trieb sie weiter, auch nach Ausbruch der Revolution. Wieder war das „gemeinsame Volksinteresse" ihrer Weisheit letzter Schluß. Wie im Krieg der Ring der Feinde einen Ausgleich der Klasseninteressen herbeigeführt haben sollte, so verkündigten sie jetzt die Notwendigkeit des Zusammenstehens von Bürgertum und Proletariat angesichts des katastrophalen Kriegsendes. Und das nachdem ihnen eben ihre Gefolgschaft ihr Kriegsdurchhaltepanier in Fetzen zerrissen und ihnen ihre Verträge mit dem Bürgertum in imperativer Aufwallung um die Ohren geschlagen hatte. Unbelehrbare Stehaufmännchen!

Aber die Herren durften auf die Vergeßlichkeit, auf das an Knechtseligkeit grenzende Vertrauen, auf eine wahre Eselsgeduld des arbeitenden Volkes bauen. Mit Zorn und Erstaunen erlebten wir, daß die blecherne Fanfare der Scheidemänner wieder hunderttausende und aberhunderttausende von Proletariern zusammenrief. Wir erlebten, daß alle Erfahrungen während der Kriegszeit, alle bewußten und unbewußten Verrätereien der Sache des Sozialismus durch Leute, die jede sozialistische Orientierung verloren hatten, daß all das nicht hinreichend gewesen war, um eine solche Aufklärung unter die Massen zu tragen, daß sie reif genug gewesen wären, von vornherein die Irrwege zu bemerken, auf denen sie geführt wurden. Bis weit hinein in die Partei der Unabhängigen erschütterte und lähmte der Hinweis auf die einzigartige Schwere der Lage und die Wiedererweckung des Burgfriedensgespenstes die proletarischen Kampfreihen.

Die Lähmung hat das Bürgertum für sich auszunützen verstanden. Nachdem der Regierungssozialismus die Einheit der Volksinteressen jenseits aller tatsächlichen Klassengegensätze proklamiert hatte, war es dem Bürgertum ein leichtes, sich mit aufrichtiger Miene hinter die Regierungen zu stellen. Wußte es doch, daß es mit einer so in Selbsttäuschung befangenen Volksleitung nichts riskierte. Denn wann war Vertretung der Interessen aller Klassen je etwas anderes als die Vertretung der herrschenden Klasse, im besten Fall verbrämt mit Scheinkonzessionen an die Unterdrückten?

Das Bürgertum brauchte die mehrheitssozialistischen Regierungen nur im Bürgertum noch eine sichere Stütze sahen. Denn es war sich bewußt, daß es um jeden Preis die Machtmittel des Staats wieder in seine Hand bekommen müsse, wenn es seine Stellung behaupten wolle und zwar, bevor das Proletariat sich zu einer großen Kampffront geeinigt hatte. Und es verstand nicht schlecht, den nach Anerkennung hungernden Regierungsgrößen freundlich zu tun und ihre Schwäche „zum Wohl des Vaterlandes" d. h. zur Festigung ihrer bürgerlichen Machtstellung auszunützen.

Das gelang umso leichter, als mehr und mehr auch die Regierungen nur im Bürgertum noch eine sichere Stütze sahen. Sozialistische Regierungen? Arbeitervertreter? Die Wirklichkeit war stärker als alle Theorien von Interessengemeinschaft. Die Wirklichkeit enthüllte mit unwiderlegbarer Schärfe, daß die Klassenkämpfe in einer bisher in Deutschland nicht gekannter Heftigkeit entbrannt waren. Jetzt hieß es für jene Regierungen Stellung nehmen, es hieß für sie sich entscheiden: entweder ihre bisherige als verfehlt erwiesene Auffassung der geschichtlichen Ereignisse aufgeben und sich auf den Boden ihrer Klasse zurückfinden, oder aber — — nein für eine Vertretung von Proletariern gab es keine andere Möglichkeit.

Aber was geschah? Als mit immer stärkerem Grollen das Beben des gesellschaftlichen Bodens sich bemerkbar machte, als alle Versuche nicht verfingen, sich selbst und ihre Anhängerschaft über die Bedeutung der revolutionären Geschehnisse zu täuschen, da entschlossen sich die regierungssozialdemokratischen Führer, offen mit dem Bürgertum zu paktieren. Der Fluch ihrer bösen Taten während des Krieges hatte sie in eine Situation getrieben, aus der sie keinen anderen Ausweg fanden als das Überlaufen zum Gegner, als den schändlichen Verrat der Arbeiterklasse.

Und an wen wurde diese verraten? An den Militarismus, der eben zu Boden geworfen jetzt aufs neue seine blattriesenden Hände rühren konnte. Das war Wahnsinn, aber dieser Wahnsinn bekam schnell Methode. Die Einheitlichkeit und Ruhe innerhalb der Gesellschaft von der jene Leute fabulierten, die nicht da war und nicht da sein konnte, mit Gewalt sollte sie hergestellt werden. Söldnerarmeen sollten dem Rad der geschichtlichen Entwicklung in die Speichen greifen; man entblödete sich nicht, Ruhe und Ordnung zu rufen, wo Vulkane ringsum in Tätigkeit gerieten, wo die Grundfesten des alten Europa ins Wanken kamen.

Es begann die Bewaffnung von Söldnerbanden, von Bürgern, Offizieren und Studenten unter Führung von Generälen. Denselben Schichten der Bevölkerung, die ohne Verständnis für den Emanzipationskampf des Proletariats von jeher nur mit Verachtung, wenn nicht mit Haß an den Bedürfnissen des „gemeinen Mannes" vorübergegangen waren, ihnen wurden alle Machtmittel zu schrankenlosem Gebrauch in die Hände gespielt gegen das sich aufrichtende Proletariat.

Dem aufgeklärten und entschlossensten Teil des Proletariats galt von jetzt ab der Kampf. Was die Regierungen am Leben erhält, vor allem in den Augen des Bürgertums, das ist ihre Geistlichkeit. Ein großer Teil der deutschen Arbeiterschaft hat monatelang in blindem Vertrauen zu den regierungssozialdemokratischen Führern aufgeblickt. Unbegreiflich lange ließen sich große Massen des arbeitenden Volkes narren mit der Vorspiegelung, ihre Interessen seien in der Hand einer kapitalistisch-scheinsozialistischen Regierung aufs beste gewahrt. Gläubig begrüßten sie die gewählten Volksvertreter, gläubig erhofften sie von den bürgerlichen Mehrheiten der Parlamente ihre Erlösung. Es hat lange gedauert, bis sie merkten, daß man nicht Trauben schneidet von den Dornen, daß sie nur Steine empfangen werden, wo sie auf Brot gewartet hatten. Langsam sickerten Zweifel und Mißtrauen in die Reihen der regierungssozialdemokratischen Wähler; langsam begann der Boden unter den Füßen ihrer Führer zu weichen, begannen die Massen selbst zu entweichen hinüber in das Lager des aufrechten Sozialismus.

Diesen Prozeß aufzuhalten, und sich dem rächenden Arm der Gerechtigkeit noch eine Weile zu entziehen, sahen die Regierungen nur den einen Weg, jede Regung des an der Spitze des proletarischen Befreiungskampfes marschierenden Volksteils mit Waffengewalt niederzuhalten. Die Verräter wurden zu Verbrechern, als sie dem Todfeind der unterdrückten Klassen Waffen in die Hand gaben, zu Verbrechern an der Menschheit, da der Aufstieg dieser Klasse eine geschichtliche Notwendigkeit bedeutet.

Es war die Tat eines verzweifelt mit den Wellen Ringenden, der brutale Schrei des Kämpfers auf Leben und Tod: Du oder ich. Aber die Geschichte geht ihren ehernen Gang, und weder armselige Irrtümer noch ruchlose Gewalttaten können sie stören. Die klassenbewußte Arbeiterschaft darf davon überzeugt sein, daß ihre Bestrebungen einen Fortschritt der Menschheit bedeuten, und daß ihr Kampf mit unvergänglichen Lettern der Geschichte sich eingraben wird. Wer denkt da an Opfer? Die Dämmerung ist angebrochen. Der Morgenwind weht.

Auch die bisher in vertrauender Ruhe noch schlafend lagen, sie erwachen von den Trompetenstößen einer unerbittlichen Wirklichkeit. Es gibt jetzt kein Zögern mehr, kein hin und her. Die Heerhaufen formieren sich: dort das Lager, wo Herren, Ausbeuter und allerhand Dunkelmänner sich versammelt haben, alle die festhalten möchten an der Vergangenheit, an ihren Vorrechten, an ihrer Macht und hier das größere Heer der Armen und Elenden, die endlich, endlich sich ermannt haben mit dem Ruf: bis hierher und nicht weiter. Die Regierungen und die Führerschaft der Regierungssozialdemokraten stehen, gleichgültig in welchem Mantel sie sich zeigen, in Wirklichkeit im Lager der Bürgerlichen. Kein Proletarier kann ihnen dahin folgen. Das gemeinsame Interesse aller derer, die von ihrer Hände oder ihres Hirns Arbeit leben, und im Schweiß ihres Angesichts ihr Brot essen, verbindet sie täglich fester. Der Proletarier gehört an die Seite des Proletariers. Alle Irrtümer müssen fallen vor der zwingenden Macht der Stunde.

Ein Heer von vielen Millionen wird einen Weg gehen. Es wird sich nicht aufhalten lassen durch Maschinengewehre. Komme was da will! Wir wissen, daß wir einer großen Idee dienen, eine geschichtliche Notwendigkeit erfüllen. Wir kämpfen für die Befreiung der Arbeiterklasse, aller proletarischen Existenzen. Wir kämpfen damit für die Sache der Menschheit und der Menschlichkeit.

An unserer Seite alle, die ihre ärmliche Lage verhindert, ihres Lebens einmal froh zu werden. Alle die erkannt haben, in welch' furchtbaren Fesseln äußeres Elend die körperlichen, geistigen und sittlichen Kräfte gefangen hält; alle die sich freigemacht haben, von dem Glauben, eine göttliche, unverrückbare Weltordnung habe den Unterschied zwischen arm und reich auf den Rücken der Menschheit geladen. An unsere Seite alle, die ein leidenschaftlicher Trieb zur Gerechtigkeit nicht ruhen läßt, in einer Welt sinnloser ungerechtester Zufälligkeiten, die es für die wichtigste und schönste Aufgabe eines Menschen halten, mit ordnender Hand in die wildgewordenen Zustände der Gesellschaft einzugreifen.

Wir rufen sie alle auf, sich zu sammeln unter unserer Fahne die heute ein Zeichen des Kampfes ist, morgen das Zeichen brüderlicher Eintracht sein wird.

G.

Ein Blutzeuge.

Ein unermüdlich Wirkender, ein selbstlos opferbereit Kämpfender mehr ist für die Revolution, ist im Befreiungskampf des deutschen, des internationalen Proletariats gefallen. Vor kurzem noch war er nur einem verhältnismäßig kleinen Kreis von Ideen- und Kampfesgenossen, von Proletariern bekannt, die aus der lichtlosen Höhle des Kapitalismus empor in die Sonne der Freiheit drängen. Nun ist sein Name in aller Munde und wird der Geschichte für immer angehören. Der steigende Strom des Märtyrerblutes, mit dem die Noske-Gardisten die bürgerliche Ordnung kitten sollen, hat Eugen Leviné an die Oberfläche getragen. In seinem Leben und seinem Los verkörpert sich das große geschichtliche Ziel der kämpfenden Arbeiter aller Länder, das persönliche Schicksal von ungezählten Unbekannten und Ungenannten, die wie er den Kugeln der mordenden Ordnungsbanditen mit dem stolzen Ruf der Siegesgewißheit ihrer Sache erlegen sind: Es lebe die Weltrevolution! Eugen Levinés Kampf und Tod ist Massenwille und Massengeschick geworden, ist der Kampf und Tod Eines unter Vielen. So hat sich ihm bis zuletzt erfüllt, was des klarblickenden und entschlossenen Mannes Sehnsucht und Wille gewesen, seit er sein Leben bewußt zu gestalten begonnen hatte. Unterzutauchen im ringenden Proletariat und als Führer bewußt, scharf das auszusprechen, was dieses instinktiv fühlt, denkt, erhofft und erkämpft.

Eugen Leviné wurde nicht durch die bitteren Nöte des Proletarierlebens in den Kampf für den Sozialismus getrieben. Er war auf der Sonnenseite der Gesellschaft geboren, als Sohn eines reichen Kaufmanns zu Petersburg, international nach Abstammung, denn seines Vaters Vorfahren waren französischen Ursprungs, seine Mutter ist Deutsche. In seiner Erziehung mischten sich die Kultureinflüsse verschiedener Nationen, und es wirkten früh jene starken, fruchtbaren idealistischen Antriebe auf ihn ein, die der revolutionäre Kampf in der Intelligenz Rußlands ausgelöst hat. Als Leviné, ein halbwüchsiges Bürschlein, nach Heidelberg, der Mutter Geburtsstadt, aufs Gymnasium kam, regten sich bereits dunkel und verworren sozialistische Ideen in seiner Seele. Durch eifriges Studium an der Universität und leidenschaftliche Vertiefung in die sozialistische Literatur entwickelte der junge Mann sie zur vollen Klarheit. Er suchte und gewann Fühlung mit der sozialistischen Arbeiterbewegung in Deutschland und Rußland und faßte den festen Entschluß, sich ganz der Sache des Proletariats zu widmen. Als 1905 in Rußland die Revolution ausbrach, gehorchte er der inneren Stimme und eilte nach dort, um die Schlachten der jungen Arbeiterklasse schlagen zu helfen. Mit ihr zusammen erfocht er Siege und trug schmerzhafte Niederlagen. Sein Leben wechselte zwischen fieberhafter Betätigung im Kampf und den Leiden zarischer Gefängnisse.

Nach Deutschland zurückgekehrt, setzte Genosse Leviné das unterbrochene Studium fort, und vor dem militärischen Standgericht zu München stellten seine Universitätslehrer seinem Fleiß, seiner Gesinnungsreinheit, der Ehrenhaftigkeit seines Charakters ein glänzendes Zeugnis aus. Wie die russische Revolution, so bestärkte das wissenschaftliche Studium seine sozialistische Überzeugung. Das Wissen, das er erwarb, wollte er dem bewußten Zweck dienstbar machen, die Proletarier geistig zu rüsten, ihren Befreiungskampf zielklar, energisch, von höchstem Idealismus erfüllt zu führen. Leviné haßte jedes Kompromiß, die Halbheit, die schöne Geste. Ihm dünkte es unerträglich, das Bekenntnis als Sozialist mit dem Leben eines Bourgeois zu vereinigen, die Befreiung der Arbeiter vom Joch des ausbeutenden Kapitalismus zu predigen, selbst aber arbeitslosem Einkommen eine gesicherte und angenehme Existenz zu verdanken. Als er sein Studium beendigt hatte, verzichtete er auf alle Mittel aus dem elterlichen Reichtum und stellte sich in der Fabrik an den Schraubstock. Als Gleicher unter Gleichen wollte er leben, arbeiten, kämpfen. Als Gleicher wollte er die Proletarier mit der klaren Erkenntnis und dem unerschütterlichen Willen durchdringen, die Ketten der Lohnsklaverei brechen, den Sozialismus verwirklichen zu müssen. In dieser Zeit hat sich Leviné besonders auf gewerkschaftlichem Gebiet betätigt. Er erkannte die wichtigen Aufgaben, die die Gewerkschaften in der Zeit vor der Revolution zu erfüllen hatten, aber auch die Gefahren der wachsenden Bureaukratisierung, Verflachung und der schlecht rechnenden, sich klug gebärenden „Realpolitik" der Führer. Es gelang ihm nicht, die Entwicklung aufzuhalten, die bei Kriegsausbruch in dem Burgfrieden und der Arbeitsgemeinschaft von kapitalistischen Ausbeutern und proletarischen Ausgebeuteten ihren Höhepunkt erreichte.

Da Leviné die badische Staatsangehörigkeit erlangt hatte, wurde er nach dem August 1914 unter die Fahnen gerufen und als Dolmetscher verwendet. Seine Überzeugung brachte ihn in immer schwerere Konflikte mit den militärischen Vorgesetzten, der Posten des Dolmetschers wurde ihm entzogen, und schließlich mußte er wegen Krankheit entlassen werden. Genosse Leviné wies die hochbezahlte Arbeit in der Rüstungsindustrie grundsätzlich zurück, und es kamen böse Zeiten für ihn. Mit Weib und Kind mußte er darben, bis er bei dem russischen Telegraphenbureau Rosta eine Anstellung erhielt. Sorge und Not hatten ihn nicht hindern können, während der letzten Kriegsjahre mit höchstem Eifer unterirdisch dafür zu arbeiten, daß dem Krieg die Revolution auf dem Fuße nachfolge. Zuerst betätigte er sich bei der U. S. P., dann in dem Spartakusbund. Nach dem Ausbruch der Revolution leistete er im November und Dezember Wertvolles, um die Proletarier des Rheinlandes für den Kampf zu sammeln. Im Januar war er wieder in Berlin. Wie die Zentrale der Kommunistischen Partei, war auch er ein entschiedener Gegner des bewaffneten Aufstands, dessen Scheitern unter den gegebenen Verhältnissen totsicher war. Als jedoch die revolutionäre Vorhut der Berliner Arbeiterschaft trotzdem den Kampf aufnahm — durch die Absetzung Eichhorns als Polizeipräsident aufs schwerste gereizt und erbittert —, als die Massen kämpften, da konnte er ungeachtet seines geschichtlichen Erfassens der Situation nicht ruhig beiseite stehen. Daß er nicht mit der Vorwärtsbesatzung ermordet wurde, ist lediglich dem Umstand zuzuschreiben, daß er für seine Gefährten auswärts einen wichtigen Auftrag auszuführen hatte. Seine Freunde konnten ihn kaum zurückhalten, sich in den aussichtslosen Kampf zu stürzen, um mit seinem Blute jeden falschen Schein zu tilgen. Eugen Leviné ging nun zum zweiten Male nach dem Rheinland, wo er als Genosse Berg die Kohlengräber über die Sozialisierung aufklärte und ihre Betriebsräte organisierte. Was er gewirkt hat, kann im Bewußtsein der Grubensklaven nicht wieder ausgelöscht werden.

Dem Ruf der Partei gehorchend, vertauschte Leviné im März seinen Wirkungskreis mit München. Dort übernahm er die Redaktion der „Roten Fahne". Er hat sein Bestes daran gesetzt, die gährende, noch unsichere Erkenntnis der Münchener Proletarier zu klären, ihre stürmisch vorwärtsdrängende revolutionäre Energie zusammenzuballen und auf das geschichtlich gegebene große Ziel zu richten. Es ist vor allem mit sein Werk, daß die Münchener Arbeiterschaft sich in den Betriebsräten ein Machtwerkzeug schuf, dessen Bedeutung sich in den Tagen der Räterepublik deutlich ankündigte. Er war bestrebt, die zielklare Richtung der kommunistischen Politik festzuhalten, und schweren Herzens beugte sich schließlich seine geschichtliche Erkenntnis vor dem verfrühten und aussichtslosen Vorstoß für die Aufrichtung der Räterepublik vor der Stimmung, der Hoffnungsfreudigkeit, der Entschlossenheit der Massen und ihrer Vertrauensmänner. Er ahnte sein Schicksal, als er dieses erklärte: „Wir Kommunisten sind nur Tote auf Urlaub. Aber unsere Aufgabe ist es, diesen Urlaub auszunützen und eine Saat auszustreuen, aus der die Weltrevolution emporblüht". Diese Worte fielen in der entscheidenden Nacht im Kindl-Keller, als die Führer der U. S. P. unter Genossen Toller die Kommunisten um ihre Mitwirkung bei der Räterepublik beschworen.

Vor dem militärischen Standgericht legte Eugen Leviné mit ebensoviel Klarheit als Entschiedenheit seine grundsätzliche Auffassung der Dinge dar, und mit höchstem Mut und ruhiger Würde nahm er die Verantwortlichkeit für sein Handeln auf sich. Er stellte fest, daß er mit der Kommunistischen Partei gegen die Ausrufung der Räterepublik gewesen war. Nicht einzelne führende Personen, nur die Arbeiter selbst könnten diese proklamieren. Der Zeitpunkt dafür sei ungünstig und viel zu früh gewählt. Bayern ist kein geschlossenes Wirtschaftsgebiet, hier könne sich eine Räterepublik nur halten, wenn eine deutsche Räterepublik entstehe. Trotz des Warnens und Wehrens der Kommunisten wurde die Räterepublik ausgerufen. Sie mußte ein Scheingebilde sein, bis nach dem gegenrevolutionären Putsch der Hoffmannstruppen, in der Nacht zum 13. April, die proletarischen Massen, vertreten durch ihre Betriebsräte, sich dafür entschieden, die Scheinrepublik in einen wirklichen Rätestaat zu verwandeln. Dieser Beschluß änderte die gegebenen geschichtlichen Dinge nicht, stellte aber die Kommunistische Partei vor eine Situation, die geschaffen war von anderen, die ihre Warnung nicht gehört hatten. Auge in Auge mit dieser Situation fühlte sich Eugen Leviné im Widerspruch zu seiner geschichtlichen Einsicht zur Treue gegen das irrende Proletariat verpflichtet. „Nicht die Scheinrepublik galt es zu retten, der wir keine Träne nachweinen", rief er aus, „sondern das Proletariat, das die Folgen tragen mußte ... Ihr seid verloren, so oder so, jetzt heißt es, wenigstens in Ehren untergehen. Wenn ihr beschließt zu kämpfen, so werden wir als Kommunisten euch nicht im Stich lassen." Diese Treue hat über Levinés Geschick entschieden und hat ihm einen tragischen Zug aufgeprägt. Nicht etwa dadurch, daß dieser Held nach einer schamlosen Gerichtskomödie unter dem Scheine des Rechts gemordet worden ist. Nein, wir erblicken die Tragik darin, daß Leviné im Gegensatz zu seiner historischen Überzeugung als Opfer einer Bewegung gefallen ist, die er grundsätzlich ablehnte und bekämpft hatte.

Als Hochverräter wurde Eugen Leviné zum Tod verurteilt. Weil er die bestehende Staatsverfassung mit Gewalt zu stürzen versucht habe. Die Staatsverfassung, die selbst nur auf der Gewalt der Revolution ins Leben getreten war. Der Staatsanwalt scheute nicht davor zurück, dem Mann, dessen Leben er vernichtet haben wollte, noch einen persönlichen Makel anzuhängen. Er zieh ihn der Feigheit, weil er sich in Sicherheit gebracht hatte, nachdem jede Verantwortlichkeit von ihm genommen worden war. Hat der Staatsanwalt, haben die Richter, die sich jene Auffassung zu eigen machten, die Hindenburg und Ludendorff Feiglinge gescholten, weil sie mit ihren Generalstäben hinter der Front weit vom Schuß saßen, während sie viele Zehntausende in die Schlacht, in den Tod kommandierten; weil sie nach dem militärischen Zusammenbruch wahrhaftig nicht als die Letzten in das „Vaterland" zurückkehrten, das zu verteidigen ihr Beruf war? Welch unbeugsame Logik, welch hohe Gerechtigkeit der Auffassung bei Jenen, die handwerksmäßige Siegelbewahrer der Logik und Gerechtigkeit sind!

Genosse Leviné antwortete auf die Anklagerede des Staatsanwalts: „Die Aufgabe des politischen Führers ist es, nur das auszusprechen, was die Massen selbst instinktiv ersehnen und wünschen; zu handeln haben die Massen allein. Wir mußten die Arbeiterschaft bewaffnen, um Angriffe der enteigneten früheren Herren abzuwehren. Ich empfinde die Vorgänge in München keineswegs als einen bewaffneten Angriff des Proletariats gegen die Bourgeoisie, sondern die Bewaffnung geschah ausschließlich dazu, um die Bourgeoisie abzuhalten von bewaffneten Gegenangriffen. Ich sage das nicht, um die strafrechtliche Verantwortung abzuwälzen, sondern aus meiner tiefsten Überzeugung heraus .... Wenn der Spruch der Richter dem Antrag des Herrn Staatsanwalts entspricht, dann bitte ich diesen, dabei zu sein, wenn er vollzogen wird, damit er sieht, ob ich ein Feigling bin. Ich weiß seit langem, wir Kommunisten sind nur Tote auf Urlaub. Bei Ihnen, meine Herren, liegt es, ob mein Urlaubsschein noch einmal verlängert wird, oder ob ich einrücken muß zu Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Mögen Sie mich töten, meine Ideen werden weiterleben, und über kurz oder lang werden in diesem Saale Richter sitzen, vor denen sich wegen Hochverrats jene zu verantworten haben, die etwas gegen die Diktatur des Proletariats unternommen haben werden."

Als die Richter das Todesurteil aussprachen, reckte sich Eugen Leviné stolz empor und rief: Es lebe die Weltrevolution! Es lebe die Weltrevolution!, das waren die Worte, mit denen er kaum 24 Stunden später unter den krachenden Gewehrsalven zusammenbrach. Aufrecht, mit offenen Augen dem Tod entgegenblickend, denn er hatte es ausdrücklich abgelehnt, sich mit dem Gesicht gegen die Wand zu kehren oder die Augen verbinden zu lassen. Er hatte sein Golgatha hinter sich, als er gestandrechtelt wurde: den Abschied von der greisen Mutter und der Gattin, der ihm fast bis zur letzten Minute von seinen Schergen und Henkern streitig gemacht worden war. Das Sterben aber hatte keinen Schrecken für den Mann, dem Bekenntnis und Tat stets eins gewesen war; der die Greuel der zaristischen Kerker und die Gefängnisse der Scheidemannschen Sozialdemokratie kannte, die Knutenhiebe der Kosaken und die Kolbenschläge der Weißgardisten; der jeden Tag sein Leben aufs Neue gewann, indem er es für der Menschheit große Dinge einsetzte. Es war ohne Grauen für den Wissenden, dem kein banger Zweifel über die Unsterblichkeit, den unaufhaltsamen Sieg der Idee beschlich, für die sein sterbliches Teil zum Opfer fiel.

Eugen Leviné war aus dem Geschlecht jener russischen Revolutionäre, die Helden und Märtyrer zugleich dem Befreiungskampf ihres Volkes ein geradezu religiöses Gepräge gegeben, ihn mit dem höchsten idealistischen Schwung erfüllt haben. Ihn zeichnete gründliches umfassendes Wissen aus, ein eiserner Wille, eine leidenschaftliche Hingabe an die Revolution, an den Kampf des Proletariats. Unsere, aus den sumpfigen, gifthauchenden Niederungen der sozialen Gegensätze des bürgerlich-kapitalistischen

Klassenempfindens saßen zu Gericht über den Freien, der die Gipfel einer Gesinnung erklommen hatte, die einen Schiller vor mehr als hundert Jahren in die Welt hinauszujubeln hieß: „Seid umschlungen Millionen". Leute, die nie mit der Not des Volks der Armut in der eigenen Nation gefühlt, verurteilten den „Landfremden", der sein Vaterland dort sah, wo er mit ganzer Seele für das volle Menschentum der Ausgebeuteten wirken konnte. Wie Rosa Luxemburg und Leo Jogiches, die sich durch Arbeit und Tod Heimatsrecht unter den Proletariern Deutschlands, der ganzen Welt erworben haben. Deshalb Hochverräter! Hochverräter sie alle, die den Kapitalismus überwinden wollen!

Aber Eugen Levinés Ermordung hat noch ihre besondere Bedeutung. Sie ist die erste, die nicht im brutalen Grimm des Kampfes erfolgt ist, auch nicht heimlich, in tückischer Niedertracht, die das Licht der Öffentlichkeit scheut, sondern von Rechtswegen, maskiert mit den Formeln alter Gesetzestexte, breitspurig, protzig, die Gewalt als Gerechtigkeit vermummt. Sie ist das erste Todesurteil, das eine Regierung vollstrecken ließ, in der Sozialisten mit entscheidend waren. Die Abschaffung der Todesstrafe ist bekanntlich eine Programmforderung der Sozialdemokratie. Sogar wegen gemeiner Verbrechen soll nach ihr kein Menschenblut vergossen werden, wegen politischer Taten erst recht nicht. Jedoch die Sozialisten, die Levine aus der Reihe der Lebenden streichen ließen, haben die Logik ihres moralischen und politischen Bankerotts für sich. In der Tat, für die Schützer der bürgerlichen Ordnung gibt es eine Todsünde, ein Haupt- und Kapitalverbrechen, für das es nur eine Sühne gibt: den Tod. Es ist das Verbrechen der Verbrechen, unerbittlich gegen den Kapitalismus zu kämpfen. Nur große, gutgläubige Kinder konnten wähnen, daß die Regierung Hoffmann Levine begnadigen würde. Wer sich bewußt blieb, daß die ihr angehörenden Sozialdemokraten sich selbst als Sozialisten das Todesurteil gesprochen haben und es mit jeder ihrer Taten vollstrecken, der hatte Gewißheit, daß Levinés Leben verwirkt war. Der revolutionäre Kämpfer starb als Blutzeuge für den Sozialismus und die Revolution. Er starb als Blutzeuge für das gemordete Recht, für den Sturz der führenden Mehrheitssozialisten in einen Abgrund, aus dem es kein Erheben gibt. Aus der Grube, darinnen sich die Hoffmann, Noske und ihresgleichen verzweifelt regen, weht Verwesungshauch. Über Eugen Levinés Grab treibt die Weltrevolution Blüten.

Notizenteil.

Aus der Bewegung.

Rosa Luxemburgs Bestattung war ein Zeugnis ihres machtvoll fortwirkenden zukunftssicheren Geistes. Nach fünf Monaten hatten die Wasser die geschändete, geschändete sterbliche Hülle den Freunden, dem Proletariat zurückgegeben. Noch nicht völlig geklärt sind die Umstände, unter denen die teure Leiche gefunden wurde. Allein noch ehe daß sie von ihren Freunden einwandfrei rekognosziert werden konnte, wurde sie auf Noskes Befehl ein zweites Mal geschändet und verschleppt. Heimlich, entgegen allen gesetzlichen Vorschriften ließ der Herr und Diener der Edenhotel-Gardisten Rosa Luxemburgs sterbliche Überreste aus Berlin nach Zossen überführen. Um Demonstrationen zu vermeiden, wie er erklärte, Demonstrationen, die die Regierung aus ihrem bösen Gewissen heraus um so mehr fürchtete, als sich der heilige Zorn über Levinés Ermordung in einem gewaltigen Massenstreik aufgebäumt hatte. Es war wohl die warnende Wirkung dieser politischen Tat, daß Noske die Rückführung der Leiche nach Berlin gestattete und die erhebende Trauerfeier für die große Tote nicht durch Maschinengewehre und Flammenwerfer störte.

Gegen 11 Uhr sollte die Trauerfeier am 13. Juni durch eine Massenversammlung in dem historischen Friedrichshain eingeleitet werden, wo die Barrikadenkämpfer des März 1848 ruhen. Schon vor 9 Uhr begann der Aufmarsch der Kranzdelegationen und Demonstranten. In der Mitte der großen Spielwiese stand auf einem Lastwagen der einfache braune Holzsarg, der Rosa Luxemburgs Leiche barg. Hier wurden die Kränze niedergelegt. Bald war der weite Raum mit herrlichen Blumengewinden und Palmen überdeckt. Mehr als 1000 zeugten von der Liebe und Verehrung des Proletariats für die erschlagene geniale und treue Führerin. Unter den Kränzen befanden sich solche der Sowjetregierung Rußlands, der Sowjetregierung Ungarns, von der Moskauer Akademie für soziale Wissenschaften, von der Kommunistischen Partei Deutschlands, der Kommunistischen Partei Polens, der schweizerischen Sozialdemokratie, der sozialistischen Jugendinternationale, der Unabhängigen Sozialdemokratie, von linkssozialistischen Organisationen aus allen Gegenden Deutschland, von der Arbeiterschaft aller größeren Berliner Betriebe, von ausländischen sozialistischen Parteien usw. Auch die radikalen Frauenrechtlerinnen Agita Augspurg und Lyda Gustava Heymann, die aufrechten Kämpferinnen gegen Krieg und nationalistische Völkerverhetzung ehrten Rosa Luxemburg durch ein prächtiges Gewinde. Doch ergreifender, überwältigender als Blumen und Lorbeerzweige mit ihren leuchtenden Schleifen und sinnreichen Widmungen sprach der Aufmarsch der Massen von der Bedeutung der Toten und der Feier. Viele Zehntausende von Männern und Frauen waren zusammengeströmt und füllten die anstoßenden Straßen, so daß zeitweilig der Tramverkehr unterbrochen war. Von 6 Wagen herab schilderten Redner Rosa Luxemburgs Persönlichkeit und ihr Lebenswerk zur Befreiung des Proletariats. Ihre Worte klangen in der Überzeugung aus, daß diesem der Feuergeist der Kämpfern auch weiterhin führend voranschreiten werde, der Revolution, dem Siege entgegen.

Kurz nach 12 Uhr setzte sich der unabsehbare Trauerzug in Bewegung, geführt von einer größeren Gruppe Matrosen von der revolutionären Volksmarinedivision, denen die lange Reihe der Kranzträger folgte. Hinter dem Leichenwagen, den schwarzverhängte Pferde zogen, schritten die nächsten Freunde der Toten, dann schlossen sich die Vertreter und Vertreterinnen des leidtragenden Proletariats an. Mehr als Hunderttausend gingen im Zuge, und Hunderttausende, Aberhunderttausende Proletarier — Männer, Frauen, Kinder — bildeten Spalier, in tiefer, innerer Anteilnahme des Leichenwagens harrend. Es war ein Volk der Arbeit, das Volk der Arbeit, das im Osten Berlins die Straßen füllte. Die „kleine Rosa", die sich so still und schlicht ohne jedes Aufhebens unter den Arbeitern zu bewegen pflegte, sich mit Leib und Seele an ihren Befreiungskampf hingab, wie würde sie erstaunt und lächelnd — und doch innerlich beglückt um der Sache willen — abgewinkt haben, wenn sie diese dichtgedrängte Menschenmenge gesehen hätte. Wir hören ihre klare, wohllautende Stimme: „Nicht um mich trauern, kämpfen für die Revolution, für den Sozialismus!"

Nur etwa 4000 von dem riesigen Trauergefolge konnten auf dem Friedrichsfelder Friedhofe zugelassen werden, wo Rosa Luxemburg neben dem treuen, unvergeßlichen Karl Liebknecht, unsern ihres hochgesinnten, langjährigen Kampfesgenossen Leo Jogiches ruht, umringt von den Gräbern der Januaropfer Noskescher Staatsretterei. Als der unscheinbare Sarg in das Grab hinabgelassen wurde, senkten Matrosen rote, mit Trauerflor umhüllte Fahnen kreuzweis darüber. Nach einer stimmungsreichen Instrumentalmusik erklang feierlich der zukunftssichere Kampfesruf der Internationale. Dann wurden Rosa Luxemburg Abschiedsworte nachgerufen. Es sprachen Genosse Levi für die Kommunistische Partei Deutschlands, Genossin Zetkin für die sozialistische Fraueninternationale, Genossin Frey für die Parteileitung der USP., Vertreter der kommunistischen Parteien aus Polen, Ungarn, der Türkei, aus Griechenland und Bulgarien, der sozialistischen Jugendinternationale, der schweizerischen Sozialdemokratie, der freien sozialistischen Jugend, der sozialistischen Studentenschaft, eine Schülerin, Adolf Hoffmann im Namen der Fraktion der USP. Keine konventionellen Trauerreden das, von heuchlerischen Lobpreisungen und Lügen befleckt. Worte tiefster Erschütterung, aus schmerzzerrissenem Herzen aufsteigend, von ehrlicher heißer Liebe, Bewunderung, Dankbarkeit durchglüht. Worte bebenden Zorns und flammender Anklage gegen das System des Mordes, leidenschaftliche Aufrufe zum Kampf, wie ihn Rosa Luxemburg dem Proletariat gelehrt, für das erhabene Ziel, das sie ihm gezeigt. Alle Reden hatten den Grundton: Wir haben keine Zeit zu klagen. Die Trompete ruft zur Schlacht. Kämpfen wir!

Die Erde verschlang, was von Rosa Luxemburgs Sein sterblich war. Unsterblich lebt ihr starker Geist, ihr kühner, unbezwingbarer Wille im Proletariat weiter. Das brachte die Bestattung zum Ausdruck, eine imposante politische Demonstration der revolutionären Sturmtruppe der Berliner Arbeiterschaft. Vor der Majestät und Gewalt des vorwärtsdrängenden geschichtlichen Lebens verliert das Vergehen und das Vergängliche seine Schrecken. Tod der meuchelnden Tücke, wo ist dein Stachel, Hölle der Gegenrevolution, wo ist dein Sieg? Die Sturmbanner des Proletariats senken sich einen Augenblick vor Rosa Luxemburgs Grab, dann wehen sie stolz im Kampfe für das sozialistische Ziel. Kampf für die Weltrevolution ist Rosa Luxemburgs Vermächtnis, ist die einzige ihrer würdige Ehrung.

Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

Stellungnahme der schweizerischen Genossinnen zum Internationalen Kongreß der bürgerlichen Frauenrechtlerinnen. Im Mai hat in Zürich ein internationaler Kongreß bürgerlicher Frauen getagt. Es waren die radikalen und pazifistischen Elemente der bürgerlichen Frauenbewegung, die sich zusammengefunden hatten. Ihre Tagung war eine imposante Kundgebung für den Frieden und die internationale Solidarität, die jene Frauen aller Länder miteinander verbindet, denen die Worte Frauenrecht, Frauenfreiheit, höhere Kultur für alle nicht Schall und Rauch geworden sind. Wir werden auf den Kongreß noch zurückkommen. Heute müssen wir uns damit begnügen, den Aufruf wiederzugeben, mit dem unsere schweizerischen Genossinnen die Delegierten willkommen hießen und zugleich ihre eigene Stellungnahme zum Kongreß der bürgerlichen Friedenskämpferinnen darlegten. Er lautet:

An die Delegierten des Internationalen Frauenkongresses.

In einer Zeit, wo es gefährlich war, für den Frieden zu wirken, haben Sie versucht Aufklärungsarbeit zu leisten. Für Ihre Tätigkeit sind Sie verfolgt worden, überall wurden Ihnen Hemmungen in den Weg gelegt.

Heute in der so überaus wichtigen Stunde, wo es gilt die Weltrevolution zu fördern, um den in den letzten Zügen liegenden Kapitalismus zu überwinden, haben auch Sie eine weltgeschichtliche Aufgabe zu erfüllen.

Sie richten Telegramme nach Paris an eine Stelle wo man Sie nicht hören wird. Sie wollen den sogenannten Völkerbund, der eine einseitige Stärkung der einen imperialistischen Mächtegruppe bedeutet, Ihren Wünschen gemäß verbessern: Haben Sie noch nicht so viel gelernt, daß Ihre Worte ungehört verhallen daß Sie nutzlose Arbeit leisten, so lange Sie sich nicht an die Völker wenden, an die Völker, welche so unsäglich gelitten haben, welche am Ende der Kraft sind oder auch ganz am Boden liegen.

Sie sprechen davon, das große sittliche Ideal hochzuhalten, Sie forechen von einem wirklichen Völkerbunde. Verstehen Sie denn nicht, wenn auch nicht aus Ihrer Lebensauffassung heraus, doch aus den Zeichen der Zeit, daß es nicht genügt, ideale Programme aufzustellen, daß imperialistische, kapitalistische Großstaaten weder imstande sind, einen Völkerbund zu bilden, noch einem sittlichen Ideal nachzuleben. Wollen Sie einen wirklichen Völkerbund, wollen Sie tatsächlich eine Welt ohne Krieg, dann helfen Sie mit die Vorbedingungen dazu schaffen.

Welches sind die Vorbedingungen? Vernichtung des Kapitalismus. Stärkung der kommunistischen Internationale.

Nur einer kommunistischen Internationale, aufgebaut auf den Rechten und Pflichten des werktätigen Volkes, ist es möglich, den Krieg, die Not und die Verelendung zu überwinden.

Weder Clemenceau, Lloyd George, noch Wilson, der für Sie bis dahin der Inbegriff von Gerechtigkeit war, sind imstande einen wirklichen Völkerbund zu schaffen. Sie wollen ihn auch nicht, sie brauchen das Wort nur als Deckmantel für ihre räuberischen Absichten. Der schamlose Friedensvertrag, den man mit heuchlerischer Geste den Deutschen übermittelt, der sich würdig an den Brest-Litowsker reiht, sollte auch dem naivesten und harmlosesten Menschen zeigen, welch edle Absichten die Herrschaften haben.

Ihre Pflicht, werte Delegierte, ist es, sofern Sie es tatsächlich ernst mit ihrer Aufgabe nehmen, sofern Sie tatsächlich für einen wirklichen Völkerbund eintre n wollen, Ihre Sympathie der russischen und ungarischen Räterepublik auszusprechen, zu den Problemen der kommunistischen Staaten Stellung zu nehmen, sich mit dem Rätesystem zu befassen.

Es ist erklärt worden, mit de Revolution zu gehen, sofern die Revolution unblutig verlaufe usw. Revolution bedingt nicht Blutvergießen, aber mit Ausbruch der Revolution ist auch schon die Gegenrevolution ans Werk gegangen. Die Kampfmittel werden aufgezwungen, sie können nicht gewählt werden. Es ist aber nicht mit einem B dauern, einem Abwenden getan, es sind Kräfte am Werke zu denen man Stellung nehmen muß, die Stunde ist da, um Farbe zu bekennen. Man kann nicht das Ziel wollen und den Weg dazu scheuen.

Sie haben ohl mit Stolz, doch ohne Berechtigung immer wieder den Ausspruch getan, hätten die Frauen in den Parlamenten Sitz und Stimme gehabt, der Krieg wäre nicht erklärt worden. Was haben aber die Frauen in den Ländern getan, wo sie heute schon etwas zu sagen haben, um weiteres Blutvergießen in Rußland, in Ungarn zu verhindern? Was haben die deutschen Frauen zur Ermordung von Rosa Luxemburg gesagt? Was sagen die deutschen Frauen zum Schreckensregiment der Weißgardisten? Was sagen die Amerikanerinnen, die Engländerinnen zur Verhungerung Rußlands, zur Aushungerung dieses Landes? Was sagen Sie zu Ungarn, was tun sie zur Rettung der Sowjetrepubliken?

Sowjetrepubliken, wo allein die Grundbedingung vorhanden ist zu dem, was Sie fordern:

Eine Welt ohne Krieg, — einen wirklichen Völkerbund.
Es lebe die sozialistische Internationale!

Der Frauenausschuß der
Zürich, Mai 1919. Sozialdemokratischen Partei der Schweiz.

Frauenwahlrecht.

Die Einführung des Frauenwahlrechts in allen Bundesstaaten der nordamerikanischen Union durch eine entsprechende Reform der Bundesverfassung ist von dem Abgeordnetenhaus des Bundesparlaments mit 304 gegen 89 Stimmen beschlossen worden. Der betreffende Gesetzentwurf geht nun vor den Senat, das Oberhaus. Er dürfte auch hier zur Annahme gelangen, da in den letzten Jahren viele Einzelstaaten bereits das Frauenwahlrecht eingeführt haben, so daß es sich im wesentlichen nur noch darum handelt, den Widerstand konservativer Südstaaten gegen die politische Gleichberechtigung der Frauen durch die Reform der Bundesverfassung zu brechen.

Aber den Sieg des Frauenwahlrechts in Frankreich ist noch dieses nachzutragen: Die Wahlrechtskommission hatte sich nur für eine Teilreform zu Gunsten des Frauenwahlrechts ausgesprochen. Das Plenum beschloß jedoch mit 344 gegen 97 Stimmen den Frauen die volle politische Gleichberechtigung zu gewähren. Maßgebend für diesen Beschluß waren die Reden, die der Mehrheitssozialdemokrat Viviani und der frühere Generalstreiker und spätere Ministerpräsident Briand für das Recht des weiblichen Geschlechts hielten. Diese Reden entwickelten überzeugend die Gründe, die für das Frauenwahlrecht sprechen und zerpflückten in glänzender Kritik die Einwände dagegen. Aus den Meldungen der Tagespresse ist leider nicht zu ersehen, ob es sich in der französischen Deputiertenkammer um die Einführung des Frauenwahlrechts auch zum Parlament oder nur zu den Gemeinde-, General- und Bezirksräten gehandelt hat.

Für unsere Kinder

Der Kuckuck.

Von Karl Ewald.

(Schluß.)

Die Mutter hätte fast ihre Beute aus dem Schnabel fallen lassen vor Staunen, als sie das sah. „Du wirst fallen und dir den Hals brechen."

„Du schiltst mich auch immer", sagte das Kind verdrießlich. „Ich konnte ja nicht mehr im Nest bleiben. Ich mache immer alles verkehrt und kann doch nichts dafür. Ich wollte, ich wäre tot! Hast du mir nichts mitgebracht?"

Die beiden Neuntöter halfen dem Jungen vorsichtig herunter vom Baum und baten es, sich gut im Graie zu verstecken und nicht zu schreien, damit der Fuchs es nicht entdecke. Wohl hundert mal am Tage brachten sie Futter, und das Kind fuhr fort zu wachsen. Allmählich kamen auch die Schwanz- und Flügelfedern heraus, so daß es quer über die Wiese flattern konnte, und die Eltern mußten es oft suchen, wenn sie mit Futter heimkamen. Es sah ganz wunderlich aus, wenn die drei beieinander saßen, denn nun war das Junge doppelt so groß wie die alten Neuntöter und nur mit Mühe konnten ihm diese das Futter in den Schnabel stecken. Es war ganz graubraun mit hellen Flecken auf Brust und Bauch.

Der Neuntöter saß zuweilen lange nachdenklich da und starrte das Junge an.

„Es sieht uns eigentlich nicht im geringsten ähnlich," bemerkte er zu seiner Frau, die eben erschöpft von der Arbeit ein wenig eingenickt war. „Wir sind nicht so groß und haben auch nicht dieselbe Färbung."

Eines morgens verschlang das Junge eine häßliche, große, zottige Larve, die im Graie umherkroch.

„Spuck aus, spuck aus!", rief die Mutter, „das ist giftig! Du kannst den Tod davon haben!"

„Solches Zeug habe ich schon oft gegessen," erwiderte das Kind in aller Gemütsruhe. „Das schadet mir nichts; und ich kann nicht satt werden von dem, was ihr mir bringt."

„Ein merkwürdiger Neuntöter," sagte der Vater und schüttelte den Kopf.

„Es ist gar kein Neuntöter," sagte plötzlich eine Stimme neben ihm. Vater Neuntöter sah sich um und entdeckte einen Zaunkönig, der sich auf einem Zweige schaukelte.

„Was ist es nicht?", fragte er.

„Kein Neuntöter," wiederholte der Zaunkönig.

„Kein Neuntöter? Hat nicht meine Frau selbst das Ei in unser Nest gelegt, und haben wir nicht redlich und ehrlich dies Kind mit seinen nun verstorbenen Geschwistern aufgezogen?"

„Sind die Geschwister gestorben?", fragte der Zaunkönig.

„Ja, ja, so geht's! Es ist die alte Geschichte,"

„Laß uns die Geschichte hören," bat der Neuntöter, flog in die Höhe und setzte sich neben den Zaunkönig. Seine Frau kam ebenfalls herbei und das Kind blieb aufmerksam lauschend im Graie sitzen.

„Sie ist bald erzählt," sagte der Zaunkönig, „aber es ist gut, wenn viele sie hören." Damit viele die Geschichte hörten, schrie er so laut er konnte, und von allen Seiten kamen eine Menge Zaunkönige Neuntöter, Lerchen, Zeisige. Stieglitze und viele andere kleine Vögel herbeigeflogen. Sie setzten sich ringsum auf die Zweige und sahen erwartungsvoll auf den Zaunkönig.

„Kennt ihr nicht den großen, grauen Vogel, der zuweilen um unsere Nester streicht?", fragte der alte Zaunkönig.

„Ich kenne ihn gut, es ist der Habicht," sagte ein junger Stieglitz, der immer alles am besten wußte.

„Nein, der Habicht ist es nicht," erwiderte der Zaunkönig. „Der Vogel, von dem ich rede, heißt Kuckuck und sieht ungefähr so aus wie ein Habicht, aber sorgt und schafft nicht für seine Kinder. Sein Tagewerk besteht darin, daß er sich putzt, im Wald umherfliegt, sich Futter sucht und Kuckuck ruft. Ihr müßt nicht glauben, daß er sich ein Nest baut wie andere Vögel. Noch nie hat er auf seinen Eiern gesessen, nie in den kalten Nächten seine Jungen warm gehalten, nie auch nur eine Fliege in ihre hungrigen Schnäbel gesteckt."

„Aber was tut er denn überhaupt?", fragte Frau Neuntöter.

„Ja, du weißt das nicht, aber du sollst es gleich erfahren," ant-

wortete der Zaunkönig. „Sobald der Kuckuck ein Ei gelegt hat, nimmt er es in den Schnabel und trägt es in das Nest irgend eines anderen Vogels. Ohne es zu wissen, brütet dieser es dann mit seinen eigenen Eiern aus und zieht das Junge mit seinen eigenen Kindern zusammen auf, in dem guten Glauben, daß es ihm gehöre. Ja, das Kuckucksjunge nimmt den eigenen Kindern des Vogels das Brot weg, und wenn es groß genug ist, pufft es sie aus dem Nest, um selbst mehr Platz zu haben. So, nun habt ihr die ganze Geschichte."

Die kleinen Vögel saßen stumm und nachdenklich auf den Zweigen. Die Neuntöter aber starrten sprachlos den König an, ihre Federn sträubten sich vor Schrecken.

„Seht die beiden an!" sagte der Zaunkönig und zeigte auf sie. „Die haben diesen Sommer das Kuckucksjunge aufgezogen, seht wie mager und zerzaust sie aussehen! Fragt sie, wo ihre eigenen Kinder geblieben sind. Wollt ihr das Pflegekind sehen? Ei, es sitzt da unten im Grase und sperrt seinen nimmersatten Schnabel auf."

Alle Vögel erhoben jetzt ein lautes Geschrei.

„Kuckucksjunges! Kuckucksjunges!

Das Kuckucksjunge lief ein kleines Stück in die Wiese hinein, dann kehrt es wieder um und schrie: „Es ist nicht wahr, ich bin weder schlecht, noch undankbar!"

Aber die Vögel verfolgten es und wollten es totbacken. Allen voran der junge Stieglitz, der die anderen überschrie. Zuletzt folgten die beiden Neuntöter, noch ganz betäubt von dem, was sie eben vernommen hatten.

Als sie ihr Pflegekind in Gefahr sahen, nahmen sie es in Schutz und ließen ihm nichts geschehen. „Es ist ja unser einziges," sagte Mutter Neuntöter, „und ich habe es selbst ausgebrütet. Wir haben es gefüttert und groß gezogen, es ist und bleibt gewissermaßen doch unser Kind."

Der junge Kuckuck gab dem vorlauten Stieglitz einen Hieb mit dem Schnabel, daß das Vöglein sich rasch entfernte.

„Ich bin nun groß genug, um mir selbst zu helfen," sagte der junge Kuckuck. „Ich sehe wohl, der Schein spricht gegen mich, und darum will ich meiner Wege gehen. Ich habe meinen lieben Pflegeeltern Dank für alles, was sie an mir getan haben, aber ich glaube nicht an die Geschichte des Zaunkönigs, und ich werde nicht ruhen, bis ich die Wahrheit erfahren habe."

Mit diesen Abschiedsworten flog er fort, über die Wiese und durch den Wald. Unterwegs merkte er an der Kraft seiner Flügel, daß er nun völlig ausgewachsen war. Über Felder und Wälder, über Wiesen, wo die Bauern ihr Heu auf Haufen schichteten, flog er weit fort in fremde Länder. So oft er ausruhte, dachte er über die Erzählung des Zaunkönigs nach. Er konnte sie nicht verstehen, nicht glauben. Er dachte darüber nach, ob er wohl jemals seiner Mutter begegnen würde, die im doch wohl die Wahrheit über seine Abstammung sagen konnte.

* * *

Darüber wurde es Winter oben im Norden. Im Walde fielen die Blätter von den Bäumen, und die grüne Wiese verbarg sich unter einer dichten weißen Schneedecke. Mitten aus der Schneemasse ragte der Dornbusch wie ein schwarzes Reisigbündel hervor. Hier und da hing an den Zweigen noch eine vom Frost eingeschrumpfte Beere.

Es gab keine Schmetterlinge mehr und keine Fliegen, keine Larven. Von den vielen Vögeln die im Sommer da waren, sah man nur Sperlinge, Buchfinken und Meisen und die großen Krähen. Der Zaunkönig, der Neuntöter, der Stieglitz und wie sie alle noch heißen, waren nach dem Süden gezogen, wo die Sonne wärmer scheint, und wo es Futter genug gibt.

Da unten in den warmen, südlichen Ländern saß der junge Kuckuck traurig auf einem hohen Baum. Die Sonne wollte eben untergehen, und Tausende von Blumen erstrahlten in ihrem Glanz. Aber der Kuckuck sah von alledem nichts. Er hatte seine Mutter nicht gefunden und konnte die Geschichte nicht vergessen, die der Zaunkönig erzählt hatte. Außerdem hatte er drei junge Kuckucke getroffen, die das gleiche Schicksal gehabt hatten wie er. Wie er so in trübe Gedanken versunken da saß, raschelte es in den Blättern neben ihm, und ein großer ausgewachsener Kuckuck setzte sich neben ihn und betrachtete ihn aufmerksam.

„Du siehst nicht sehr vergnügt aus," bemerkte endlich der alte Kuckuck, „warum läßt du den Kopf hängen? Ist es dir hier vielleicht nicht warm genug oder findest du nicht genug Futter?"

„Ich suche meine Mutter," antwortete der junge Kuckuck.

Der Alte rückte noch näher zu dem Jungen und sagte leise: „Vielleicht bin ich deine Mutter, ich sah dich schon heute mittag hier oben im Gehölz und habe dich lange beobachtet. Eine innere Stimme sagt mir, daß du zu mir gehörst."

„Und wenn du meine Mutter bist, warum hast du mir dann so viel Kummer und Leid zugefügt", gab der Junge zurück.

Dann erzählte er dem Alten alles, was er von dem Zaunkönig wußte. Dieser hörte ruhig zu und nickte zuweilen mit dem Kopfe.

„In einem Dornbusch, sagst du?", fragte er, als der Junge schwieg. „In einem großen Walde oben im Norden? Ja, das stimmt alles, du bist sicher mein Kind. Wie groß und schön du geworden bist!"

Zärtlich wollte er ihm mit dem Schnabel über die Flügel streichen, aber der junge Kuckuck flog schnell auf einen anderen Zweig und schüttelte sein Gefieder.

„Rühr mich nicht an! Ich kenne dich nicht," rief er aus. Der alte Kuckuck seufzte und sagte: „Es ist mir wie gestern, als ich mit dem Ei, darin du lagst, umherflog und nach einem passenden Nest suchte. Ich mußte doch eines finden, wo die Eier dem meinen glichen, sonst hätten die Leute es ja bemerkt, und mein Ei hinausgeworfen. Ich fand lange nichts Passendes, und zuletzt wurde ich müde. Da entdeckte ich gerade noch zur rechten Zeit das Nest der beiden Neuntöter."

„Warum hast du dir nicht ein Nest gebaut wie andere Vögel?", fragte das Junge weißbegierig. „Und deine Eier ausgebrütet und deine Kinder gefüttert und aufgezogen? Warum? Warum?"

Der alte Kuckuck schüttelte sich vermütig den Kopf. „Glaube mir, es ist nicht so leicht ein Kuckuck zu sein. Ja, du wirst es noch selbst erfahren und einsehen, wenn du im Sommer nach dem Norden ziehst und Eier legen sollst. Ich hätte viel lieber ein Nest gebaut und meine Kinder bei mir behalten, bis sie erwachsen gewesen wären und in die Welt hinaus fliegen konnten. Du kannst dir nicht denken, wie schwer es mir jeden Sommer wird, meine Eier in fremde Nester zu legen und nie zu erfahren, was aus den Jungen darin geworden ist."

„Aber warum tust du es denn?"

„Ich kann es nicht ändern," erwiderte der alte Kuckuck. „Es ist das traurige Geheimnis unseres Geschlechts. Höre denn: das Kuckucksweibchen kann nur jeden achten Tag ein Ei legen; der Inhalt des ersten Eis würde also verderben, bis das zweite gelegt ist. Dir siehst, daß der Kuckuck seine Eier nicht selbst ausbrüten kann. In seinem Körper ist nur Platz für ein Ei, und jedes braucht 8 Tage zur Ausbildung. Das kommt daher, weil er große, behaarte, giftige Larven frißt, an denen nicht viel Fleisch ist. Er braucht eine große Menge solcher Larven um satt zu werden. Dadurch nimmt sein Magen so viel Raum ein, daß für die Eier nur ein ganz kleiner Platz übrig bleibt."

Der junge Kuckuck hatte unverwandt den alten angestarrt und war gespannt seiner Rede gefolgt. „Kann ich mich darauf verlassen, was du sagst?" fragte er.

„Ja, das kannst du," versicherte seine Mutter.

„Dann hast du ja keine Schuld" sagte der Junge nach nachdenklichem Schweigen, „und ich muß dich um Verzeihung bitten, weil ich so böse auf dich war." . . .

Die Sonne war nun untergegangen, und es wurde dunkel. Die beiden Kuckucke saßen noch lange beieinander und sprachen über alles, was sie bewegte. Dann schliefen sie ein. Der junge Kuckuck träumte, daß er mit seinem Ei im Schnabel umherflöge und das Nest des Stieglitzes suche, um das Ei hineinzulegen. Der alte Kuckuck träumte, daß die Zeit gekommen sei, wo er keine Eier mehr legte und nicht mehr in Sorge und Angst um das Schicksal seiner Kinder zu sein brauchte.

Inhalt: Das Chaos. — Ein Rückblick. — Ein Blutzeuge. — Notizenteil. Aus der Bewegung: Rosa Luxemburgs Bestattung. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland: Stellungnahme der Schweizer Genossinnen zum internationalen Kongreß. Frauenwahlrecht: Die Einführung des Frauenwahlrechts in allen Bundesstaaten der nordamerikanischen Union; Über den Sieg des Frauenwahlrechts in Frankreich. — Für unsere Kinder: Der Kuckuck.

Nummer 7 **Preis 15 Pfg.**

Die Kommunistin

Frauenorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Herausgegeben von Klara Zetkin

Die Kommunistin erscheint am 1., 11. und 21. eines jeden Monats. Preis der Einzelnummer 15 Pfennig, durch die Post bezogen vierteljährlich 1.26 Mark (ohne Bestellgeld)

Stuttgart, 21. Juli 1919

Zuschriften für die Redaktion an Klara Zetkin, Wilhelmshöhe, Post Degerloch b. Stuttgart. — Zuschriften für den Verlag an Anna Stegmaier, Stuttgart, Ostendstr. 70.

Die Finanznot.

Geldnot, Finanznot; das ist heute das Wahrzeichen der Wirtschaft in Gemeinde, Staat und Reich. Gähnende Leere in den öffentlichen Kassen oder Haufen von Papierscheinen, die — ob sie auf 10, 100 oder 1000 Mark lauten — in Wirklichkeit bloße Papierfetzen sind, weil es nicht genügend tatsächliche, greifbare Werte zu ihrer Deckung gibt. Dazu Schulden, Schulden und abermals Schulden; Millionen Schulden, Milliarden Schulden, brennende soziale Riesenaufgaben und eine zertrümmerte Wirtschaft. All das als Erbschaft des Krieges, von dem der Reichsfinanzminister Erzberger, kein Kommunist, erklärte: „Ziehen wir die innere Bilanz, so haben wir auf der einen Seite ethische und physische Verheerungen und Vernichtungen an Menschenleben und Menschenkraft an physischen und moralischen Werten, Verarmung und Verelendung der mittleren und unteren Schichten, auf denen die Not des Krieges am drückendsten gelastet hat, und auf der anderen Seite Riesengewinne, Konsolidierung des Kapitals, Reichtum, Luxus, Wohlleben und ungeschmälerten Besitz des größten Teils der bisher herrschenden Klasse. Reich und arm sind abgrundtief getrennt." Die Gemeindeverwaltungen, die Finanzminister der Einzelstaaten, die einander rasch ablösenden Reichsfinanzminister, — mit Ausnahme des glückhaften neugebackenen Herrn Erzberger — wissen keinen Rat, wie der Finanznot begegnen. Die „mittleren und unteren Schichten" fordern immer stürmischer Schutz gegen „Verarmung und Verelendung". Die „Kriegsgewinnler" aber, die Nutznießer der „Konsolidierung des Kapitals, des des Reichtums, Luxus, Wohllebens" wollen in „ungeschmälertem Besitz" bleiben. Wie einen Ausgang aus der Finanznot finden, die nur ein Teil der ungeheuerlichen sozialen Not unserer Tage ist?

Mit jedem neuen Reichsfinanzminister erfährt das werktägige Volk Deutschlands genauer, wie groß, wie zermalmend die öffentliche Last ist, für die es mit Steuern und Abgaben aufkommen soll. Der laufende Jahresbedarf für Reich, Staaten und Gemeinden zusammen bezifferte sich nach Herrn Schiffer auf 20 Milliarden, nach Herrn Dernburg auf 23 Milliarden. Herr Erzberger hat dafür 25 Milliarden errechnet, und sollte er bald einen Nachfolger erhalten, so würde dieser sicherlich einen noch höheren Betrag feststellen. Dem deutschen Volk genügen einstweilen die 25 Milliarden, damit ihm die Augen übergehen: 25 Milliarden, von denen 10½ Milliarden allein zur Verzinsung und Rückzahlung der Kriegsanleihen dienen. Nach Herrn Erzberger müssen die Einnahmen des Reichs um 900 Prozent steigen, die der Staaten und Gemeinden um 100 Prozent,, wenn der Bedarf gedeckt werden soll. Auf die 25 Milliarden häufen sich die Zahlen, die laut Friedensvertrag das Deutsche Reich zur Wiedergutmachung der Kriegsschäden an die Entente abführen muß. Die volle Höhe der Entschädigung ist noch nicht festgesetzt, jedoch vertraglich ist bereits bestimmt, daß Deutschland bis 1921 nicht weniger als 20 Milliarden Goldmark zahlen soll, was bis zu diesem Jahr nicht geleistet ist, tritt zu den 40 Milliarden Gold, die in Bons abzuführen, von 1921 an zu verzinsen und binnen 36 Jahren zu amortisieren sind. 72 Milliarden beträgt die schwebende Schuld des Deutschen Reichs, die Herr Erzberger die „stets drohende Gewitterwolke am Finanzhimmel" nannte, der dem deutschen Volk nicht voller Geigen, sondern voller Steuern hängt.

Herr Schiffer, der erste Reichsfinanzminister des „neuen Deutschland" — lachen bei diesem stolzen Wort nicht die Lüttwitz, Krupp und Stinnes? — seufzte bang und zweifelnd im Hinblick auf das Einnahmesoll von Reich, Staaten und Gemeinden: „Ist es denn überhaupt möglich, daß wir der finanziellen Nöte Herr werden? Eine endgültige Antwort kann darüber niemand abgeben". Damals waren die Märchensummen noch ungenannt, die der Entente zu entrichten sind. Herr Erzberger kennt sie zum Teil und sieht die Lage trotzdem täglicher an, fast heiter, in der Art des Volksworts: „Keine Angst Kinder, die Sache wird schon schief gehen". In unbekümmerter politischer Naturburschenhaftigkeit setzt er sich mit allen Situationen auseinander, geht er an alle Aufgaben heran. Denn wenn ihm der Himmel die Gaben vorenthalten hat, die zum Staatsmann und Politiker großen Stils befähigen, so hat er ihn um so reicher mit jenen kleinen Talenten begnadet, die die Eignung zum geriebenen, kundigen Geschäftsmacher verleihen. Wer Herrn Erzbergers politische Laufbahn verfolgt, dem kommen die Verse in den Sinn, mit denen der geistvolle, zeichnende und reimende Gestalter kleinbürgerlicher Psychologie und Philosophie, Wilhelm Busch, seinen Heiden in „Fips der Affe" charakterisiert:

„Doch was dem Affen Wert verleiht,
Ist Rührig- und Betriebsamkeit".

Mit Rührig- und Betriebsamkeit wirtschaftet Herr Erzberger wie seinerzeit in der Waffenstillstandskommission zu Spa also nun im Reichsfinanzministerium. Er ist kein Revolutionär, ja nicht einmal ein Reformator des Finanzwesens. Um die Nöte zu bannen kennt er kein anderes Mittel als seine zwei Vorgänger im Amte: die Kniffe und Schliche kapitalistischer „Steuertechnik und Finanzwirtschaft". Herr Erzberger gibt keine neuen Gedanken und Vorschläge zur Frage, er hat die Steuerentwürfe und Steuerpläne der Herren Schiffer und Dernburg übernommen und gestaltet, er will in ihrem Geist tiefer Ehrfurcht vor dem Kapital der Reichsfinanzen walten. Jedoch was diese zwei Demokraten im Tone nüchterner, bürgerlich-reputierlicher Geschäftsmäßigkeit vorgetragen haben, das hat der Zentrümler Erzberger mit einer üppigen Fülle von Redeblüten umkleidet, deren sozialreformlerischer Farbenglanz darüber täuscht, daß es sozialreformlerisch taube Blüten sind. Er hat sein Finanzprogramm mit dröhnendem Pathos und weltausholenden Gesten sozialer Gerechtigkeit entwickelt, die naive Gemüter vergessen machen können, daß der sachliche Kern des Programms alt, schrumpflich und heilunkräftig ist. Vergessen machen können allerdings nur bis zu dem fatalen „psychologischen" Augenblick, wo das Wort verhallt, weil das Zahlen anfängt. Des neuen Reichsfinanzministers Programmrede war ganz für die „Galerie", für „das Volk, den großen Lümmel" bestimmt und gestimmt, der ob der ihm aufgebürdeten und zugedachten Lasten zu

greinen anfängt. Sie schwelgte förmlich in den Schlagworten, die die Massen der Ausgebeuteten, Kleinen und Mittleren als Verheißungen und Taten hören wollen, und deren Einlösung für die großen Besitzenden doch nicht mehr bedeuten würde, als die verhältnismäßig billige Sicherung ausbeutenden Reichtums und sozialer Macht. Herr Erzberger ist so der „gebotene Mann der Stunde", der Mann, wie ihn die regierenden Talmi-Sozialdemokraten gebrauchen. Ein Virtuose, der sozial, ja sozialistisch schillernde Phrasen hat für den millionenköpfigen Plebs und unverfälscht bürgerlich-kapitalistische Taten für die wenigen Auserwählten des Kapitalismus. In der Finanzwirtschaft erstrebt er, wonach die Bauer, Landsberg, David und tutticuanti auf politischem Gebiet trachten, was Noske mit Militärgewalt durchsetzen will: die Sicherung und Befestigung der kapitalistischen Profitwirtschaft, des bürgerlichen Klassenstaates.

Es ist ein Bündel direkter und indirekter Steuern, daß Erzberger im Namen der Regierung vorgelegt hat. Diese Regierung besteht in der Mehrzahl aus Sozialdemokraten, die sich noch immer gelegentlich auf das Erfurter Programm berufen, zudessen Mindestforderungen die Abschaffung allen indirekten Steuern und Verbrauchsabgaben gehört. Das „Umlernen" erfolgt auf der ganzen Linie. Wie könnten die Sozialpatrioten das Gut der werktätigen Massen sparen wollen, nachdem sie deren Blut im Dienst des raubgierigen Imperialismus fast fünf Jahre lang vergeuden ließen und es nun zur Niederzwingung der Revolution in Strömen vergießen lassen? Der Mehrheitler Keil hat es Herrn Erzberger bestätigt, daß ohne indirekte Steuern nicht auszukommen ist. Besonders hart werden die Steuererhöhungen auf Tabak, Zucker und Zündwaren das Volk der Arbeit drücken. Zu ihnen kommen Vergnügungs-, Spielkarten-, Grundwechsel- und Rayonsteuer, ferner eine weitere Ausgestaltung der Erbschafts- und Nachlaßbesteuerung, eine außerordentliche Kriegsgewinnabgabe für das Jahr 1919 und eine Kriegsabgabe von Vermögenszuwachs. Die letztgenannten beiden Abgaben sollen die Kriegsgewinnbesteuerung zum Abschluß bringen, so beruhigt Herr Erzberger in einem Atemzug die Proleten und Kapitalisten. Die Proleten, denen er vorgaukeln möchte, daß das Reich mit eiserner, gerechter Faust die Kriegsspekulanten packt, die Kapitalisten, denen er zu wissen tun will, daß sie selbige Faust nicht allzusehr zu fürchten haben. Doch halt da! Hat der Reichsfinanzminister nicht zwei neue Steuern in Aussicht gestellt, die diese Auffassung Lügen strafen? Eine große einmalige Vermögensabgabe und eine große Umsatzsteuer. Sie sollen jene „Gerechtigkeit im Steuerwesen" schaffen, die Herrn Erzbergers „oberstes Ziel" ist. Stolz und stark im Gefühl solchen Ziels ruft er aus: „Der Staat wird durch radikale Gesetze und radikale Durchführung der Gesetze die Ungerechtigkeiten des Krieges wieder gut zu machen suchen. Die breiten Massen des Volks warten seit der staatlichen Umwälzung auf das große Opfer der besitzenden Klassen".

Jedoch das Vertrauen auf den Erfolg der „radikalen Gesetze" und ihrer „radikalen Durchführung" scheint mager. Die Steuerscheu hat sich zur Steuerflucht gesteigert. Seit dem Auftreten der Revolution sind Hunderte von Milliarden ins Ausland gebracht, versteckt, verschoben, verschwendet worden. Selbstverständlich von jenen proletarischen Glückspitzen mit 7800 Mark Jahresverdienst, auf die Herr Erzberger verwies, nicht etwa von den Bedauernswerten, die, ohne arbeitend einen Finger krumm zu machen, von 100000 Mark Vermögen 6000 Mark jährlich Zinsen einstreichen, geschweige denn von den Verzweifelnden, die in der Rüstungsindustrie oder als Besitzer „Kriegswichtiger Betriebe" ungezählte Millionen „erarbeitet" haben! Hunderte von Milliarden verschwanden, deren Flucht die arme Regierung der Scheidemänner ohnmächtig zusehen mußte. Sie hatte ja ihre Findigkeit, ihre Machtmittel und Machtorgane vom Reichswehrminister bis zum letzten Schutzmann — Verzeihung Wachtmeister — anzuspannen, damit kein ihr unangenehmes Flugblatt unter die Massen flattere, damit streikende Bergarbeiter die Internierten-lager bevölkerten und Maschinengewehre den Unzufriedenen Mores lehrten. Nein, diese Regierung konnte wirklich nichts tun, um der Steuerflucht zu wehren. Herr Erzberger stellt daher mit dürren Worten fest, daß trotz der vorgesehenen großen Vermögensabgabe und Umsatzsteuer noch ein Fehlbetrag von 10 Milliarden verbleibt. Der Herbst soll mit anderen Früchten neue Steuerentwürfe bescheren.

Die brave Regierung weist natürlich den „verfänglichen" Ratschlag zurück, die Finanzen des Reichs durch die Annullierung der Kriegsanleihen zu verbessern. Sie weiß, was sie dem Kapital schuldig ist. Wieder einmal müssen die Interessen der Kleinen herhalten, um dem Vorteil der Großen den Schein des Rechts zu verleihen. Der kapitalistische Straßenräuber schlüpft in ein proletarisches Bettlergewand. Herr Erzberger begründete die Verwerflichkeit der Annullierung damit, daß von den 39,1 Millionen Gesamtzeichnungen von Kriegsanleihe 90 Prozent, nämlich 34,3 Millionen auf Zeichnungen unter 5000 Mark entfallen. Sie ergeben zusammen 25 Milliarden, ein Viertel der Kriegsanleihen. 21,5 Milliarden sind von Spar- und Darlehenskassen, Kreditgenossenschaften und Versicherungsgesellschaften gezeichnet worden. Auch sie müssen überwiegend als die Ersparnisse von Handwerkern, Angestellten, Dienenden usw., kurz, von kleinen Leuten angesprochen werden. Darf es Wunder nehmen, daß der außerordentlich beredte, ja geschwätzige Herr Erzberger eine Tatsache verschwieg! Nämlich daß die Kommunisten nur die Annullierung der großen Zeichnungen von Kriegsanleihen fordern, daß sie ausdrücklich die kleinen gezeichneten Beträge von der Maßregel ausgenommen wissen wollen. Ihre Forderung zielt über die Steuererleichterung hinaus und richtet sich gegen das große Kapital, das Mittel zur Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ist. Außerdem vergessen die Kommunisten die vielen kleinen Anleihezeichner nicht: die Soldaten, Arbeiter, Angestellten, Beamten, die gezwungen waren, Kriegsanleihe zu zeichnen, wenn sie nicht scheel angesehen, ja schikaniert und gemaßregelt sein wollten; die verständnislosen Schulkinder, die angehalten wurden, ihre Lehrer und Lehrerinnen mit „Gott strafe England" zu grüßen. Herr Erzberger hat von diesen Unterzeichnern klüglich geschwiegen, denn Zentrümler und Sozialimperialisten haben kräftig bei dem Schwindel mitgewirkt, der die Kleinen ihre Sparpfennige auf Molochs Altar opfern ließ.

Sehen wir den Zahlen und Dingen ins Gesicht, um zu erfahren, ob das Volk der Arbeit die ganze oder teilweise Annullierung der Kriegsanleihen zu fürchten hätte. Bliebe die Reichsverbindlichkeit für die 46,5 Milliarden Kriegsanleihen bestehen, die sich auf Beträge unter 5000 Mark und die Zeichnungen von Sparkassen usw. verteilen, so würde ein kühner Strich durch die restlichen 53,5 Milliarden die Steuerbürde des Volks immerhin um rund 5 Milliarden im Jahre erleichtern. Die sozialdemokratisch-zentrümliche Regierung ließ durch den „Reichsfinanzminister" großzügige Sparsamkeit für die öffentlichen Ausgaben ankündigen. Vom 1. Oktober an darf es keine „Kriegsfonds" mehr geben, namentlich die Arbeitslosenfürsorge muß „sachgemäß abgebaut" werden. Wie wär's bei diesen Absichten, wenn die Regierung auch die Ersparnisse von etwa 5 Milliarden nicht von der Hand wiese? Die Steuerträger würden sie angenehm empfinden.

Die kleinen Zeichner von Kriegsanleihen kämen jedoch sogar auf ihre Rechnung, wenn die Kriegsanleihen ganz gelöscht würden. Sie haben nämlich als Steuerzahler weit mehr für deren Verzinsung aufzubringen, als sie in ihrer Eigenschaft von Reichsgläubigern empfangen. Ein einfaches Rechenexempel beweist es. Bei einer Reichsbevölkerung von 65 Millionen muß der Einzelne für dieses Jahr im Durchschnitt 161,5 Mark für die Verzinsung und Amortisation der Kriegsanleihen steuern, die fünfköpfige Familie 807,5 Mark. Der Unterzeichner von 5000 Mark Kriegsanleihe zu fünf Prozent bekommt 250 Mark Zinsen. Bei einer glatten Streichung der Kriegsanleihen würde also eine Durchschnittsfamilie mit 5000 Mark Anleihe noch 557,5 Mark an Steuern sparen. Eine fünfköpfige Familie müßte über 16000 Mark gezeichnet haben, damit sie mehr Zinsen einnimmt, als sie Steuern zur Verzinsung der Kriegsanleihen zu zahlen hat. Die Wahrheit ist, daß die vielen Kleinen mit ihren Steuergroschen nicht nur die eigenen Zinsen aufbringen müssen, sondern auch noch diejenigen der weniger Zeichner der großen und größten Beträge. Man halte sich dieses klar. Das Reich ist kein Gott, der über den Wolken thronend aus himmlischen Hosentaschen die Milliarden zur Verzinsung seiner Schulden nimmt. Was es verausgabt, das hat es zuvor an Steuern, Abgaben, Überschüssen usw. vereinnahmen müssen. Die letzte Quelle seiner Einnahmen ist und bleibt die produktive Arbeit. Die werktätigen Zinsempfänger des Reichs streichen mit der Linken an Pfennigen ein, was sie mit der Rechten als Steuerträger und Ausgebeutete in Mark geben mußten. Denn auch die Steuer, die dem Schein nach den Besitz belastet, ist zum größten Teil die Frucht der Arbeit dieser Massen. Die einzelnen Kapitalisten tragen nur in dem Maße dazu bei, in dem sie persönlich, als wirklich Tätige am Produktionsprozesse teilnehmen. In den direkten Steuern der Besitzenden steckt unbezahlte Arbeit der Besitzlosen, steckt die angeeignete Frucht ausgebeuteter Arbeit, ja diese Steuern sind zum weitaus größten Teil die arbeitslos angeeignete Frucht ausgebeuteter Arbeit. Dieser einfache und klare Tatbestand ist der Grund, weshalb Marx seine Ironie und seinen Spott über die sog. ausgleichenden und gerechten Steuerreformen ausschüttete, „das Steckenpferd aller Demokraten und bürgerlichen Reformer."

Hetzt Erzberger wird mit allem betäubenden Hott und Hüh dieses Steckenpferd nicht in einen lendenstarken, feurigen Gaul verwandeln, der Deutschlands Finanzkarren aus dem Dreck zieht, in den ihn der Imperialismus gefahren hat. Nicht einmal die teilweise oder ganze Annullierung der Kriegsanleihe allein würde zu solcher Kraftleistung ausreichen, wie bemerkenswert diese Maßregel auch die Steuerlast zu erleichtern vermöchte. Die Gesundung der Finanzen Deutschlands ist nur möglich auf der Grundlage der Gesundung unserer Wirtschaft. Das A und O dieser Gesundung ist aber die durchgreifende, kraftvoll zu beginnende Sozialisierung der Wirtschaft. Gegen diese Forderung hilft kein Bitten und Beten, sie wächst unaufhaltsam aus den gesellschaftlichen Zuständen heraus, die der Weltkrieg auf die Spitze getrieben hat, sie bricht unwiderstehlich aus dem revolutionierten Bewußtsein breiter Massen hervor. Matthias Erzberger verbeugt sich vor dem Zusammenhang der Dinge und den Ansprüchen des Volks der Arbeit, wenn er die neuen Steuervorschläge mit den Worten empfiehlt: „Ein guter Finanzminister ist der beste Sozialisierungsminister." Aber er spannt den Pflug vor die Ochsen. Nur ein klarblickender, entschlossener, kühner, fest zupackender Sozialisierungsminister wird zugleich ein wirklich guter, wird der beste Finanzminister sein.

Der Reichsfinanzminister der kapitalistenfürchtigen Reichsregierung handelt als Interessenvertreter der Besitzenden und Ausbeutenden, wenn er die Massen der Werktätigen mit dem Schwindel bluffen will, in Erbschafts- und Umsatzsteuer, Kriegsgewinne- und Vermögensabgabe sei die Sozialisierung schon zu Fleisch und Blut verkörpert. Das wird durch den herzlichen Beifall unterstrichen, den die „Frankfurter Zeitung" diesem aufgelegten Schwindel spendete. Ausgerechnet die „Frankfurter Zeitung", die unter dem Druck der Situation in letzter Zeit den Besitzenden häufig gut zuredet, daß es klüger sei, einen Teil ihres Reichstums jetzt freiwillig preiszugeben, statt sich die ganze Ausbeutungs- und Herrschaftsmacht in naher Zukunft durch das Proletariat nehmen zu lassen. Haben wir nicht immer gesagt, so ruft sie im Tone der alles besserwissenden, gebildeten Familientante aus, daß die wahre Sozialisierung so zu verstehen ist, wie der mit dem Amt zu Verstand gelangte Reichsfinanzminister sie auffaßt. Soweit der Kapitalbesitz sozial unberechtigt, ja schädlich ist, kann und muß er „weggesteuert" und dadurch der Gesellschaft zurückgegeben werden. Schlußfolgerung dieses Gallmathias nationalökonomischen Denkens für die Praxis: keinen Sozialismus, einen reformlerisch und demokratisch frisierten Kapitalismus. Wer nur den Reichsfinanzminister läßt walten und hoffet auf ihn allezeit, der behält als Besitzender sein Kapitalsrecht auf arbeitslosen Reichtum, als Besitzloser sein Erbteil — auf Ketten. Herr Erzberger verkündet übrigens frisch, fromm, fröhlich, frei schon in Hinblick auf die gestiegenen Löhne und die schlechte Valuta, die Geldwertung: „Die Sozialisierung ist da!" Die gestiegenen Löhne, die langsam und ungenügend hinter den Wucherpreisen des Lebensbedarfs nachhumpeln! Die schlechte Valuta, die die Kaufkraft jeder Lohnsteigerung mindert, trotz höherer Löhne Massenelend bedeutet und erheblich zur Unsicherheit und Zerrüttung der Wirtschaft beiträgt!

Die „Sozialisierung" durch „Wegsteuerung" von Kapital und Kapitalgewinn ist ein Schaumgericht. Die Massen der Schaffenden und Ausgebeuteten können an ihm ihren Hunger nach Brot, Freiheit und Bildung nicht sättigen. Sie wollen, daß ganze Arbeit gemacht wird. Sie fordern deshalb: die Annullierung der Kriegsanleihen über eine bestimmte Höhe, die Guthaben der Sparkassen usw. in den nicht zu löschenden Summen inbegriffen; die Beschlagnahme aller arbeitslosen Vermögen und Einkommen jenseits eines bestimmten Betrags; die Überführung aller großen Produktionsmittel in den Besitz der Gesellschaft; die planmäßige Organisation der Wirtschaft als sozialistische Bedarfswirtschaft; die Einführung der Arbeitspflicht für alle gesunden und normalen Erwachsenen. Die Umwälzung der Wirtschaft und Gesellschaft diesen Forderungen entsprechend kann nicht das Werk eines mehr oder minder erleuchteten Finanzministers sein und die Frucht bürgerlich-kapitalistischer Steuertechnik und Finanzwirtschaft. Sie ist nur möglich als Tat der breitesten Massen überzeugter, opferbereiter, willensstarker Hand- und Kopfarbeitenden. Diese Massen werden nicht vor den Besitzenden und Herrschenden von heute in Ausschüssen fromm-bescheiden Bitten stammeln. Sie werden durch ihre Räte diktieren. Nur dann wird die Finanznot weichen.

Die Frauen für die Räte, die Frauen in die Räte!*)

Von Klara Zetkin.

Die Frauen für die Räte, die Frauen in die Räte, das muß ein zwingende Losung unserer Arbeit in dieser Zeit sein. Wir erstreben diese Losung für die Arbeiterräte, die Träger der revolutionären Macht des Proletariats und seiner Diktatur sein sollen, und deren Aufgabe daher ist, sowohl beim Kampf gegen den Kapitalismus wie bei der Verwirklichung des Sozialismus alle Interessen der gesamten Arbeiterklasse zu vertreten. Wir denken bei dieser Losung aber auch die nötigen Unterschiede vorausgesetzt — an die Betriebsräte, die innerhalb der einzelnen Unternehmungen, der einzelnen Wirtschaftsgebiete als Vertreter der dort tätigen Arbeiter und Angestellten zu wirken haben. Das Rätesystem wird rasch in steigendem Maße zu einer beherrschenden Forderung breitester Volksmassen. Es ist in Theorie und Praxis heiß, leidenschaftlich umstritten. Alle Klassen der Gesellschaft, die Träger der verschiedensten Berufe nehmen im Für und Wider Stellung zu ihm. Nur den Frauen scheint tieferes, stärkeres Interesse für die Rätefrage noch fremd. Allerdings: einzelne Frauen haben ihr volle Aufmerksamkeit zugewendet, haben sie mit Verständnis erfaßt, und das nicht bloß in der Welt des kämpfenden Proletariats, auch in bürgerlichen Kreisen. Es sei nur an die radikalen Frauenrechtlerinnen Frl. Anita Augspurg und Frau Frida Perlen erinnert, die mit Einsicht und Mut für die Räte eintreten. Jedoch so wertvoll Bekenntnis und Tun Einzelner sein kann und ist, das Entscheidende bleibt die gesellschaftliche Massenerscheinung und ihre Auswirkung. Uns darf nicht genügen, daß einzelne Frauen zielklar und energisch für die Räte und in den Räten tätig sind. Unser Ziel muß sein, große Frauenmassen des schaffenden Volks zu bewußten Vorkämpferinnen und Trägerinnen des Rätegedankens zu machen, große Frauenmassen zur verständnis- und hingebungsvollen Mitarbeit in den Räten heranzuziehen.

*) Aus Heft 2/3 „Die Internationale". Eine Wochenschrift für Praxis und Theorie des Marxismus. Begründet von Rosa Luxemburg und Franz Mehring. Verlag Georg Schumann. Wir empfehlen den Leserinnen angelegentlichst diese Wochenschrift.

Wir stehen noch sehr fern von diesem Ziel, und seien wir ehrlich: es ist auch so gut wie nichts geschehen, um dieses Ziel zu erreichen. So gut wie nichts, wenn man von den ernsten Bemühungen einzelner Genossinnen absieht, und jenen Teil der Arbeiterbewegung als Ganzes betrachtet, der sich so gern stolz „die moderne Arbeiterbewegung" nennt. Weder die freien Gewerkschaften noch die sozialistischen Parteien — die Kommunisten dabei nicht ausgenommen — haben Energie daran gesetzt, durch planmäßiges Wirken danach zu streben, daß der Strom des Rätelebens auch die Frauen ergreift. Gewiß: das siamesische Zwillingspaar der Gewerkschaften und der „alten" Sozialdemokratie hat sich dem Rätegedanken überhaupt so lange und so viel als nur möglich entgegengestemmt und trachtet jetzt noch danach, ihn zu verbunzen und zu verkrüppeln. Auch die Unabhängige Sozialdemokratie hat ihn nur zögernd, unfreiwillig und sorgenbeklommen ans Herz genommen und schränkt ihn in ihrem Aktionsprogramm ein, nachdem sie sich grundsätzlich zu ihm bekannt hat. Aber es bleibt trotz alledem bemerkenswert, daß äußerst wenig getan worden ist, um die Frauen mit Verständnis für das Leben und die Aufgaben der Räte zu erfüllen und sie zur Mitarbeit in ihnen aufzurufen, nachdem breite Arbeitermassen selbst, ungeachtet aller Widerstände, Räte geschaffen hatten und den Rätegedanken auf die geschichtliche Tagesordnung stellten.

Die Kommunisten, die dabei wegweisend, bahnbrechend vorangingen, haben ebenfalls die Notwendigkeit übersehen, die proletarischen Frauenmassen zu Mitarbeit und Mitkampf zu erwecken und zusammenzufassen, haben ebenfalls übersehen, welche große Bedeutung dem Mitarbeiten und Mitkämpfen breiter Frauenmassen zukommt. An dem ersten Rätekongreß im Dezember 1918 nahm eine einzige Frau als Delegierte teil. Die Tagespresse hat nicht verzeichnet, ob weibliche Delegierte beim zweiten Rätekongreß anwesend waren. Verschwindend wenige Frauen gehören den örtlichen Räten und ihren Vollzugsorganen an. Es sind Ausnahmeerscheinungen, die nicht das Verständnis künden für das, was nötig und bedeutungsvoll ist, sondern die umgekehrt erkennen lassen, wie sehr es noch am Verständnis des Nötigen und Bedeutungsvollen fehlt. Es muß die Ehre der Kommunistischen Partei sein, auch für das planmäßige Wirken zur Einbeziehung der Frauen in die Räte dem Proletariat erkenntnisbringend und beispielgebend vorauszuschreiten.

Was unsere Partei dabei leitet, ist wirklich ein Höheres als die „feine äußerliche Zucht", dem „Umschwung" der Zeit opportunistisch Rechnung zu tragen und sich eine Verbeugung vor dem Grundsatz der politischen Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts abnötigen zu lassen, nachdem diese Gleichberechtigung sogar in Deutschland und Österreich durch die Verfassung anerkannt worden ist. Die Kommunisten sind aus geschichtlicher Einsicht grundsätzlich von der Notwendigkeit voller sozialer, menschlicher Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts tief überzeugt, eine Gleichberechtigung, die weit über das formale politische Recht der bürgerlichen Demokratie hinausgeht und die sozialen Bedingungen für weibliches Vollmenschentum in sich begreift. Bestimmend für unsere Losung ist das Verständnis für die gesellschaftlichen Lebensbedingungen der Frauen, die ihre Berücksichtigung in den Räten und durch die Räte erhalten müssen; ist die Würdigung der Tatsache, daß die Frauen selbst ihre besten Sachwalter und Sachverständigen in Fragen sein werden, die ihre ureigensten Interessen berühren — die Interessen der Kinder, des Heims inbegriffen. Bestimmend ist die Einsicht, daß den Räten mit der Sympathie, der Mitarbeit der Frauen zahlreiche und wertvolle tragende und wirkende Kräfte zugeführt werden, Kräfte, die den Existenzverhältnissen und der Eigenart des weiblichen Geschlechts entsprechend zu einer größeren Vielseitigkeit und Mannigfaltigkeit bei der Betrachtung und Durchführung vorliegender Aufgaben beitragen. Was uns bei unserer Losung leitet, was sie zwingend macht, ist letzten Endes das Wesen, das Ziel der Räte selbst.

In der Tat! Die Räte sollen Träger, Verkörperung voller wirtschaftlicher und politischer Demokratie der produktiven Massen, des schaffenden, werktätigen Volks sein. Sie verlieren diesen Charakter, wenn nicht auch die Frauen der Massen als Auftraggeberinnen, Wahlberechtigte, wie als Beauftragte, Gewählte, am Leben der Räte vollen Anteil nehmen. Sie verlieren diesen Charakter auch dann, wenn den Frauen der produktiv tätigen Massen mit dem vollendeten 18. Lebensjahr an zwar das Recht zusteht, zu den Räten zu wählen und gewählt zu werden, wenn dieses Recht jedoch nicht genützt wird und toter Buchstabe bleibt. Erst die Einsicht, die Tat macht das Buchstabenrecht lebendig. Die Räte können in Wahrheit nur dann der Ausdruck der Masseninteressen und Masseneinsicht sein, können nur dann zu Trägern und Organen der Massenforderungen, des Massenwillens werden, wenn auch die Frauen des werktätigen Volkes zielklar, tatkräftig und opferbereit hinter den Räten und in den Räten stehen. Man vergesse die banale Tatsache nicht, daß schon vor dem Kriege die Frauen in Deutschland die größere Hälfte der Bevölkerung ausmachten, und daß sie nach dem Krieg mit seinen ungeheuerlichen Opfern an Männerleben erst recht die größere, die numerisch überwiegende, unter Umständen die entscheidende Hälfte der Bevölkerung sind.

Die proletarische Demokratie des Rätesystems würde eine leere Formel, eine taube Nuß bleiben, ohne die verständnisvolle, eifrige Mitarbeit der Frauen. Wohlgemerkt: das Wort Mitarbeit nicht etwa auf die Tätigkeit in den Räten und ihren Organen beschränkt, sondern ausgedehnt auf die „Politisierung" breiter Frauenmassen, auf deren innere geistige, moralische Verbindung mit den Räten, eine seelische Verknüpfung, die das Leben und Weben der Räte als einen Teil des persönlichen Lebens und Webens jeder einzelnen Proletarierin werten läßt. Ist solche Verknüpfung geschaffen, so ist die Macht der Räte ganz anders „verankert" als in dem sorgfältigst ausgeklügelten Text einer Verfassung. Sie ist dann unwiderstehlich, unerschütterlich, denn ihre Träger und Hüter sind nicht Buchstaben und Papier oder meinetwegen Pergament, sondern eine ungeheure Vielzahl lebendiger Menschen, die handeln können und handeln werden.

Doch Wesen und Aufgaben der Räte führen noch von anderer Seite her zu unserer Losung. Die Räte müssen Schwert und Keile führen. Sie sind die berufene Macht, die bewußt, zielklar den Abbau der kapitalistischen Ordnung, den Aufbau der sozialistischen Ordnung durchsetzt. Sie können die eine und die andere Aufgabe nur unter der tätigsten Mitwirkung von verstehenden Frauenmassen erfüllen, die klar erkennen, daß und wie in dem allgemeinen sozialen auch das besondere Frauenschicksal beschlossen liegt, das Schicksal des gesamten weiblichen Geschlechts, wie der einzelnen Frau. Die Arbeiterinnen, weiblichen Angestellten und Berufstätigen jeder Art, die Arbeiterfrauen, Kleinbäuerinnen usw. werden die kundigsten Anklägerinnen der vielgestaltigen Übel sein, die die kapitalistische Ordnung aus ihrem Füllhorn sozialer Plagen gerade über die Frauen und Kinder der werktätigen Massen ausschüttet. Sie werden mit Sachverständnis für all die Neuerungen kämpfen, die die sozialistische Ordnung zum Heil des weiblichen Geschlechts schaffen kann und schaffen muß. Ihre Kritik und ihre Sehnsucht wachsen ihnen aus persönlicher Lebenserfahrung und Lebensbeobachtung zu, und das macht ihre Mitarbeit bei der Überwindung des Kapitalismus und der Aufrichtung des Sozialismus für weite Gesellschaftsgebiete, für wichtige Einzelfragen besonders wertvoll. Im Sinne solcher tätigsten Mitarbeit muß das Werk der Erlösung der Frauen von den Übeln des Kapitalismus der Frauen eigenes Werk sein.

(Schluß folgt.)

Die Rätefrage vor dem Frauen-Reichsausschuß der U. S. P.

Langsam, doch unaufhaltsam beginnt sich in den verschiedenen großen Organisationen des Proletariats die Einsicht durchzusetzen, daß der Ausbau des Rätesystems ohne die verständnisvolle und eifrige Mitarbeit der breitesten werktätigen Frauenmassen unmöglich ist. Das Wirken der Räte muß von der Erkenntnis und dem Vertrauen der Frauen des arbeitenden

Volks getragen werden, die sich ganz klar darüber sind, daß die neuen Organisationen auch ihre Interessen in der treuesten und wirksamsten Weise vertreten. Und die Frauen selbst haben in den Räten als voll gleichberechtigt mitzuarbeiten, nicht blos um ihr eigenes Wohl zu fördern, sondern ebenfalls um mit den ihnen eigenen Gaben und Kräften dem Wohl der Allgemeinheit zu dienen. Die entsprechende Auffassung kam auf der letzten Tagung des Frauen-Reichsausschusses der Unabhängigen Sozialdemokratie zum Ausdruck, die am 1. Juni in Berlin stattgefunden hat. Es war die erste Zusammenkunft des Ausschusses seit dem Ausbruch der Revolution, und sie war zahlreicher beschickt als irgend eine ihrer Vorgängerinnen. Die Verhandlungen trugen den neuen Aufgaben Rechnung, die die Lage der sozialistischen Frauenbewegung Deutschlands stellt. Ihr Hauptstück war die Erörterung der Frage: „Rätesystem und Frauen". Genossin Arendsee, Mitglied der preußischen Landesversammlung, hielt dazu einen einleitenden Vortrag, an den sich eine lebhafte Aussprache anschloß. Wir entnehmen darüber dem Frauenorgan der USP. „Die Kämpferin" das Folgende:

Genossin Arendsee führte aus: „Bei den beiden Kongressen der Arbeiter- und Soldatenräte, die seit ihrem Bestand getagt haben, fanden die Frauen so gut wie gar keine Berücksichtigung. Das war schon daran zu merken, daß Frauen als Vertreter zu diesen beiden Tagungen so gut wie gar nicht gewählt worden waren. Die gesamte Arbeiterklasse, nicht nur die Frauen, haben aber ein Interesse daran, daß die wirtschaftliche und politische Gleichberechtigung der Frau nicht nur als schönes Gesetz auf dem Papier stehen bleibt, sondern in lebendige Tat umgesetzt wird. Wie aber sollen die Frauen durch das Rätesystem, das unter den augenblicklichen Verhältnissen allein dem Proletariat zur Macht verhelfen kann, erfaßt werden? Für die Industriearbeiterinnen ist diese Frage leicht zu beantworten. Sie wählen sowohl die Betriebs- wie die Arbeiteräte, also ihre politische und wirtschaftliche Vertretung, in Betriebs- oder Berufswahlen. Zwar waren die Arbeiterinnen vor und auch während des Krieges schwer zu organisieren, unverheiratete durchschnittlich noch schwerer als verheiratete. Ihr starker Anteil an den Streiks, an den revolutionären Kämpfen war stets ein mehr gefühlsmäßiger als der Ausfluß einer sozialistischen Weltanschauung mit bewußt gewolltem Endziel, doch hat sich die Solidarität der Arbeiterinnen wie ihre moralische Unerschrockenheit während des Krieges außerordentlich bewährt. Diese in den letzten Jahren der schweren Not gewecken und erworbenen Eigenschaften drohen wieder zu verschwinden durch das Hinausdrängen der Frauen aus der Industrie, was sie zwingt, zu Nur-Hausfrauen zu werden. Der Mann beherrscht allein das Feld und vergißt, daß über kurz oder lang die Hausfrau wieder als Arbeitskollegin neben ihm stehen wird, deren Aufklärung und Gewinnung für den Rätegedanken er verabsäumt hat.

Der Vollzugsrat von Groß-Berlin hat Richtlinien herausgegeben zu den bevorstehenden Rätewahlen, die noch der Zustimmung des Zentralrats bedürfen, doch sind die Hausfrauen dabei noch nicht berücksichtigt, obwohl der Vollzugsrat diese Notwendigkeit durchaus einsieht. — Genossin Arendsee hatte bereits in einer Funktionärinnenkonferenz von Groß-Berlin verschiedene Vorschläge zur Erfassung der Hausfrauen zu den Rätewahlen gemacht, auf die sie in ihrem Vortrag nun verwies, und über die auch debattiert wurde. Die Vorschläge sind diese:

1. Schaffung eines Wahlverbandes von Hausfrauen, dem alle Parteirichtungen angehören können, genau so wie auch im Betrieb die Gesamtheit der Arbeiter oder Angestellten wählt. Dieser Hausfrauenwahlverband biete die Möglichkeit starker Agitation für die Gewinnung von Anhängern, gleichzeitig ist damit ein Wahlkörper geschaffen, der jederzeit die Möglichkeit hat, die von ihm gewählten Arbeiteräte zu kontrollieren, Rechenschaft von ihm zu fordern und wenn nötig abzuberufen.

2. **Hausfrauenverbände als Berufsverband der Hausfrauen** wie jede andere Organisation, nach Parteien oder Richtungen getrennt, aber mit gemeinsamer Wahlhandlung.

3. **Bezirkswahlen auf Grund von Auslegung der Listen aller Wahlberechtigten.** Dazu wäre allerdings ein zu gleichen Teilen von allen Parteien gebildeter Wahlausschuß nötig, der die Wahlberechtigung zu prüfen, Legitimationskarten auszugeben, vor und nach der Wahl Versammlungen einzuberufen hätte.

Zur Verhandlung kam gleichzeitig der Vorschlag, den Genossin Zetkin in einem Artikel der „Internationale" gemacht hatte: Alle wahlberechtigten Hausfrauen und Mütter sollen den Betrieben und Berufsgruppen ihrer Gatten oder Söhne zugewiesen werden. Die Kandidatenaufstellung und Wahl soll innerhalb dieser Gruppen gemeinsam erfolgen.

In der sehr anregenden und gründlichen Diskussion herrschte von vornherein Übereinstimmung über das Prinzip, daß alle diejenigen Hausfrauen das Wahlrecht zu den Räten haben müssen, deren Einkommen nicht fremder Arbeit entstammt, und die niemand gegen Lohn oder Entgelt beschäftigen, mit den Ausnahmen, die der Vollzugsrat in seinen Richtlinien vorsieht. Auch darin waren sich alle Anwesenden mit der Referentin einig, daß keiner der Vorschläge voll befriedige. Gegen die zwei ersten Vorschläge, Hausfrauenverbände zu schaffen, wurde geltend gemacht, daß dabei die große Gefahr der Ablenkung der Hausfrauen auf das nur hauswirtschaftliche Gebiet bestehe und geschickte bürgerliche Agitatorinnen die Indifferenten leicht für sich gewinnen könnten. Der Weg der bezirksweisen Erfassung erschien manchen der Anwesenden deshalb nicht recht gangbar, weil gerade das wertvolle des Rätesystems, die Kontrolle und Abberufung der Gewählten durch ihre Wähler ohne irgendwelche Organisation nur schwer zu verwirklichen sei. Nur sehr geteilte Billigung fand Genossin Zetkins Vorschlag, der alle alleinstehenden Mütter, Hausfrauen und Mädchen nicht erfaßt, die in keinen direkten verwandtschaftlichen Beziehungen zu Hand- oder Kopfarbeitern stehen. Auch konnten sich die meisten Mitglieder des Frauen-Reichsausschusses einen Erfolg für die Aufklärung der Frauen nicht versprechen, wenn sie schlechthin als Frauen ihrer Männer gemeinsam mit diesen wählen. Den meisten Beifall fand ein Vorschlag, den Genosse Laukant im Laufe der Diskussion machte, der also lautete: Die Partei stellt die Wählerliste der Hausfrauen auf, die zur Partei gehören und wahlberechtigt sind. Damit wird der von den Parteigenossinnen gewählte Wahlausschuß zum festen Wahlkörper, der die Kandidatenliste aufstellt, die Wahlen vorbereitet, Versammlungen vor und nach der Wahl einberuft usw. Es bleibt der feste Zusammenhang bestehen, der die Nur-Hausfrauen in der Partei vereinigt.

Der Frauen-Reichsausschuß beschloß, diesen Vorschlag sich zu eigen zu machen und allen Arbeiterräten zur Annahme zu empfehlen. In diesem Schlußwort legte Genossin Arendsee den Anwesenden ans Herz, mit allen Kräften Aufklärung über das Rätesystem ins Land hineinzutragen und in allen Bezirken für die Anerkennung der Frauen, deren gesellschaftlich notwendige Arbeit noch immer nicht nach ihrem Werte eingeschätzt werde, einzutreten. In der Aussprache hatte man sich auch noch eingehend mit der Erfassung zu den Rätewahlen jener Berufsangehörigen beschäftigt, die bis heute noch recht mangelhaft organisiert sind: Hausangestellte, Heimarbeiterinnen und Krankenschwestern. Auch für diese soll in eine rege Agitation eingetreten werden."

Wir hielten es im Interesse unserer Genossinnen für geboten, ausführlich wiederzugeben, was auf der Tagung des Frauen-Reichsausschusses der Unabhängigen Sozialdemokratie zur Frage der Erfassung der Frauen durch die Räte und zur Anteilnahme an ihrem Leben geredet und beschlossen worden ist. Soweit es sich um das Wahlrecht der Hausfrauen zu den Räten handelt, stehen wir einer offenen Frage gegenüber. Nicht daß das Stimmrecht und die Wählbarkeit der Hausfrauen zu den Räten bestritten würde, aber drittig ist das Wie der Erfassung der Hausfrauen und ihrer Eingliederung in die Wählerkörperschaften. Die Verhandlungen auf der Tagung des Frauen-Reichsausschusses der U.S.P. haben begrüßenswerte Anregungen für die Erörterung der Frage gebracht,

aber noch keine Antwort. Der mit vielem Beifall aufgenommene Vorschlag des Genossen Laukant gibt unserer Meinung nach keine annehmbare Lösung. Er gibt lediglich Richtlinien für die Wahl- und Agitationsarbeit der einzelnen politischen Parteien, aber keine allgemeine erfassende und gültige Norm für das Recht der Hausfrauen, ohne Unterschied der politischen Parteizugehörigkeit in die Räte zu wählen und in sie gewählt zu werden. Wir hoffen, das der vorstehende Bericht in Verbindung mit dem vorstehenden Artikel der „Internationale" unsere Genossinnen veranlassen wird, ihrerseits mit den Anregungen und Vorschlägen hervorzutreten, die sie schon seit längerer Zeit in kleineren Kreisen erwogen und besprochen haben. Es ist Zeit, daß die Frage in der Öffentlichkeit erörtert und entschieden wird. „Die Kommunistin" steht für die Diskussion offen.

Notizenteil.

Aus der Bewegung.

Von der Agitation. In der ersten Woche des Juni unternahm Genossin Thalheimer-Cannstatt eine Agitationsreise in Baden und Hessen. Die Versammlungen waren von der K. P. D. einberufen und wiesen sämtlich einen starken Besuch auf. Die Genossin sprach in Freiburg, Heidelberg, Mannheim, Groß-Auheim und Offenbach. Sie behandelte in ihren Vorträgen die Stellung des Proletariats zur Friedensfrage. Scharf kennzeichnete sie den damals bevorstehenden und nun abgeschlossenen Frieden als einen imperialistischen Gewaltfrieden, für den die heutige Regierung die Verantwortung zu tragen habe. Sie arbeitete die Stellung der K. P. D. zur Friedensfrage heraus, indem sie dieselbe verglich mit der Haltung der U. S. P., die auf eine Unterstützung der imperialistischen Ententemächte hinauslaufe. Die Rednerin betonte stark, daß das Proletariat den imperialistischen Gewaltfrieden ablehnen und darüber hinaus den Weg bereiten müsse, der zum sozialistischen Frieden des internationalen Proletariats führe, zur Weltrevolution. In Freiburg trat in der Debatte ein Mehrheitssozialist, in anderen Orten traten Anhänger der U. S. P. gegen die Ausführungen auf. Die sachlichen Zurückweisungen der Gegner haben sicherlich dazu beigetragen, die Reihen der K. P. D. zu stärken.

Die Friedensfrage behandelte Genossin Thalheimer in der Woche des 23. Juni im Bezirk Halle a. d. Saale. Auch dort waren die Versammlungen gut besucht, besonders in Wittenberg. An allen Veranstaltungen der K. P. D. nahmen die Frauen sehr zahlreich und mit lebhaften Interesse Teil. a. r.

Aus der dritten Internationale.

Die Frauen in der kommunistischen Bewegung. Der Kongreß der Kommunistischen Internationale, der in Moskau vom 2. bis 6. März 1919 getagt hat, nahm diese Resolution an: „Der Kongreß der Kommunistischen Internationale stellt fest, daß sowohl die Erfolge aller von ihm aufgestellten Aufgaben, wie auch der endgültige Sieg des Weltproletariats und die vollständige Abschaffung der kapitalistischen Ordnung nur durch den engverbundenen gemeinsamen Kampf der Frauen und Männer des Proletariats gesichert werden können

Die riesig anwachsende Verwendung der Frauenkräfte in allen Zweigen der Volkswirtschaft; die Tatsache, daß nicht weniger als die Hälfte aller Werte der Welt von Frauenhänden geschaffen werden; andererseits die Anerkennung der wichtigen Rolle, die die proletarischen Frauen beim Aufbau der neuen kommunistischen Gesellschaftsordnung spielen, insbesondere beim Übergang zum kommunistischen Haushalt, bei der Reform der Familie und der Durchführung der sozialistischen gesellschaftlichen Kindererziehung, deren Aufgabe es ist, arbeitsfähige, mit dem Geiste der Solidarität erfüllte Bürger der Räterepubliken zu bilden: alles das macht es zur dringenden Pflicht aller an die Kommunistische Internationale angeschlossenen Parteien, mit aller Kraft und Energie dafür einzutreten, daß sie die proletarischen Frauen für sich gewinnen, und daß sie alle Mittel anwenden, um die Proletarierinnen im Sinne der neuen Gesellschaftsformen und der kommunistischen Ethik im Sozial- und Familienwesen zu erziehen.

Die Diktatur des Proletariats kann nur beim regen und aktiven Anteil der Frauen der Arbeiterklasse verwirklicht und behauptet werden."

Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

Eine Diskussion über den Ausbau und die Aufgaben der sozialistischen Frauenorganisation in Österreich hat in unserem Schwesterorgan der Wiener „Arbeiterinnen-Zeitung" begonnen. Ausgangspunkt ist die erfreuliche Tatsache, daß seit der Revolution die Frauen in Massen der Sozialdemokratie zuströmen. Namentlich in Wien. Bezirksorganisationen, die im September 1918 kaum 100 weibliche Mitglieder hatten, zählen heute deren 1500, ja 2000. Die Frauen, die sich zum größten Teil aus Instinkt und Empfinden der Partei anschließen, müssen festgehalten, zu denkenden, bewußten, opferfreudigen Sozialdemokratinnen erzogen werden. Was kann, was muß geschehen, um dieses Ziel zu erreichen? Genossin Hönigsmann, eine der führenden Sozialistinnen in Wien, der die Frauenbewegung schon manche fruchtbare Anregung verdankt, leitet die Erörterung dieser wichtigen Frage mit diesen Ausführungen ein, die auch für die Genossinnen in Deutschland und den anderen Ländern viel Beachtenswertes enthalten:

„Wir haben seit Januar dieses Jahres eine gemeinsame Organisation. Männer und Frauen sollen miteinander an allen Mitgliedern Erziehungs- und Werbearbeit leisten. Das ist so in der Theorie. Aber in der Praxis sehen wir, wie die bewährten Vertrauensmänner überbürdet sind, und wie sie kaum Zeit genug aufbringen, um die durch Krieg und Revolution veränderten Genossen und die sich hinzudrängenden Genossen auf den rechten Weg zu bringen, für die Arbeit bei den Frauen, die ihnen ja auch als etwas neues zufiel, haben sie weder Sinn noch Muße. Die müssen wir Frauen schon weiter selbst besorgen. Das Mechanische an der Organisation mag ja gemeinsam bleiben, in das Einkassieren der Beiträge, das Austragen der Zeitung mögen sich Mann und Frau in den Sektionen teilen, die geistige Bildung an den Frauen bleibe aber unsere Sache. Es sei mir an dieser Stelle gestattet zu erklären, wie ich mir die Erhaltung und den Ausbau der Wiener Frauenorganisation für die Zukunft denke.

Wien muß als ein Bezirk betrachtet und von einer Zentralstelle geistig beeinflußt werden. Diese Stelle sei ein nicht zu großes Komitee, das sich lediglich mit dieser Aufgabe befaßt. Dieses Komitee wird in der Plenarversammlung des Bezirksfrauenaktionskomitees gewählt, und es ist dringend darauf zu achten, daß ihm nur Genossinnen angehören, die gar keine Funktion oder nur wenig Zeit beanspruchende Funktionen auszuüben haben, damit sie sich voll und ganz diesen Abenden widmen können. Den Aktionskomitees der Bezirke muß zur Pflicht gemacht werden, einen Raum, sei es Privatlokal oder Gasthaus, zu erwerben, in dem sich die Mitglieder allwöchentlich einmal an bestimmten Abenden treffen können. Gerade die neu Hinzugekommenen verlangen danach am öftesten. Dort sollen Lese-, Diskutier- oder Vortragsabende abgehalten, auch von bewährten Funktionärinnen Auskünfte erteilt werden. Diese stete Fühlung mit den Parteiangehörigen halte ich für den wichtigsten Faktor für gedeihliche Arbeit. Selbstredend genügt in großen Bezirken ein Lokal nicht, da müssen schon Sektionen in Kraft treten; allerdings können, wo gemeinsame Sektionsabende allwöchentlich stattfinden, diese dazu benützt werden.

Als zweiten Punkt möchte ich eine einheitliche Kolportage sehen, die sich mit der für Frauen angemessenen Parteiliteratur befaßt. Jeder Bezirk müßte eine Kolporteurin ernennen, die sich von der Zentralstelle ihr Material holt, damit auch durch ausgewählte Bücher, Broschüren und Zeitschriften der sozialistische Gedanke propagiert werde. Als weiteres würde ich eine sogenannte wandernde Arbeiterschule in Vorschlag bringen, eine Institution, die weiteren Kreisen, als die im engen Rahmen des Parteihauses möglich war, zugänglich wäre. Es sollen Zyklen über Sozialismus, Geschichte, Frauenfrage, auch bürgerliches Recht, Verwaltungseinrichtungen, eventl. über Hygiene in allen Bezirken (kleinere könnten ja vereinigt werden) konsequent durchgeführt werden. Selbstredend kann man es ja den Lehrern, denn als Schule sind diese Zyklen gedacht, nicht zumuten, alle 21 Bezirke zu durchqueren. Es muß also die Aufgabe des Zentralkomitees sein, eine größere Anzahl geeigneter Personen zu finden, um jedes Thema drei- und vierfach zu besetzen. Die Organisationen der geistigen Arbeiter stellt ja programmatisch der Partei ihre Mitglieder zur Verfügung, und die Auswahl nach einem sozialistisch durchgebildeten Material dürfte, wenn man sich mit allen Ortsgruppen in Verbindung setzt, nicht schwer fallen.

Große Frauenversammlungen sollen je nach Bedarf und politischer Notwendigkeit bezirks- oder zentralweise einberufen werden; diese Anregung rechtzeitig dem Wiener Sekretariat zu vermitteln muß ebenfalls die Pflicht der Zentralstelle sein. Schließlich müssen regelmäßige Sprechstunden eingerichtet werden, die den Mitgliedern der Bezirkskomitees jederzeit eine Aussprache mit der Zentralleitung sichern, und ein permanenter, wenn auch nur Stunden währender Dienst, der die Korrespondenz mit den Bezirken prompt erledigt. Dieser Dienst kann ja fürs erste von einer Funktionärin, die eben nicht überbürdet ist, ganz leicht geleistet werden. Braucht man ja dazu bloß guten Willen und eine bis zwei Stunden allerdings hingebender Arbeit. Ob diese Einrichtung mit der Zeit zu einem eigenen Sekretariat führen muß, ob sie bei geordneten Verhältnissen mit dem allgemeinen Wiener Sekretariat verbunden werden kann, überlassen wir der Zukunft. Am nötigsten scheint momentan Eile und energisches Beginnen, damit die große Welle, die unsere Reihen überflutet, nicht in den Sand verlaufe."

Der internationale Frauenrat der Sozialisten- und Arbeiterorganisationen von Großbritannien hat in diesem Jahr Mitte Januar seine erste Vierteljahrssitzung abgehalten. Die versammelten Vertreterinnen der angeschlossenen Organisationen beschäftigten sich mit den Ereignissen in Rußland, der bevorstehenden Friedenskonferenz der Regierungen und der Stellung des Proletariats dazu. Die Erörterung der aufgerollten Fragen führte zu der Annahme folgender dringlicher Resolution, die Lloyd George, Balfour und Bonar Law zugeschickt wurde: „Der internationale Frauenrat der Sozialisten- und Arbeiterorganisationen Großbritanniens fordert, daß die britische Regierung sofort die Sowjetregierung Rußlands anerkennt und diese auffordert, ihre Vertreter zur Versailler Friedenskonferenz zu entsenden." Der Ausschuß zur Bekämpfung der Einmischung Englands in die russischen Verhältnisse hatte den Frauenrat eingeladen, an seiner bevorstehenden Konferenz teilzunehmen, die darüber beschließen sollte, ob im Falle der Einmischung der Generalstreik zu erklären wäre.

Der Frauenrat beschloß, daß er nicht berechtigt sei, sich durch Delegierte bei dieser Konferenz vertreten zu lassen, da es Sache der ihm angeschlossenen Organisationen sei, sich selbst darüber schlüssig zu machen, ob sie den Generalstreik unterstützen wollten oder nicht. Dem Organisationsausschuß der Konferenz sollte das mitgeteilt werden zusammen mit der Versicherung, daß der Frauenrat von ganzem Herzen mit dem Ziel der Losung sympathisiere: Hände weg von Rußland! mit anderen Worten: sich jeder Intervention der Alliierten in Rußland entgegenzustemmen.

Die versammelten Delegierten beschlossen, energisch die internationale Frauenliga zu unterstützen, die eine Million Gummi Saugpfropfen nach Deutschland senden wollte. Alle angeschlossenen Organisationen sollen um Beiträge zu diesem Zweck ersucht werden. Der Frauenrat erörterte noch die Anregung der internationalen Sekretärin, das baldige Stattfinden einer internationalen Konferenz der sozialistischen Frauen in Aussicht zu nehmen, und stimmte dieser Anregung zu. Als Vorsitzende des Frauenrats wurden Genossin Bondfield, als stellvertretende Vorsitzende Genossin Mac Artur und Reeves wiedergewählt. Genossin Cedar Paul lehnte ihre Wiederwahl als Sekretärin und internationale Korrespondentin ab, an ihre Stelle trat Genossin Bruce Glasier, der die Genossin Cedar Paul im Laufe des neuen Vierteljahrs helfend zur Seite stehen wird. Die Verhandlungen des Frauenrats waren voller Leben und zeigten namentlich das rege Interesse, das die englischen Genossinnen dem sozialistischen Sowjetrußland entgegenbringen.

Frauenwahlrecht.

Die Einführung des aktiven Frauenwahlrechts in Holland wurde in dreitägigen Debatten umstritten, in denen allen voran die sozialdemokratischen Abgeordneten das Frauenwahlrecht nachdrücklich forderten und verteidigten. Die Sozialisten sämtlicher Richtungen stimmten dafür, daß die Frauen zu dem passiven Wahlrecht auch das aktive Wahlrecht erhalten sollten und zwar zu allen politischen Körperschaften. Auch alle liberalen und katholischen Abgeordneten stimmten für den Fortschritt, gegen den nur die Stimmen von 11 ganz orthodoxen und reaktionären Protestanten fielen. Es ist so gut wie sicher, daß die erste Kammer ebenfalls die [illegible] annehmen wird. Ist dies der Fall, so werden die holländischen Frauen zum ersten Mal 1922 bei Parlamentswahlen an die Urnen gehen, 1923 als Gemeinde- und Provinzialwähler. Wir wiederholen, daß der Sieg in größtem Maße das Verdienst unserer holländischen Genossinnen ist. Sie gewannen für das Frauenwahlrecht die Arbeiterinnen und Arbeiter, indem sie konsequent die grundsätzliche Forderung des allgemeinen Frauenwahlrechts festhielten und das beschränkte Damenwahlrecht abwiesen, wie es bürgerliche Frauenrechtlerinnen früher heischten.

Fünfzig Sozialistinnen in die Holländischen Gemeinderäte gewählt. Am 22. Mai haben in den Niederlanden die Wahlen zu den Gemeinderäten stattgefunden. Es waren die ersten Wahlen zu diesen Körperschaften, die auf Grund des allgemeinen Männerwahlrechts und des passiven Frauenwahlrechts erfolgten. Nach demselben Recht war auch bekanntlich bei den letzten Parlamentswahlen gewählt worden. Damals errang eine einzige Frau Sitz und Stimme in der Kammer, eine Genossin, die jedoch der sozialistischen Frauenagitation ablehnend gegenüber steht. Keine der Sozialistinnen ward gewählt, die die organisierte sozialistische Frauenbewegung vertreten, denn keine von ihnen stand so weit vorn auf der gemeinsamen sozialdemokratischen Kandidatenliste, daß die Erringung eines Mandats für sie gesichert gewesen wäre. Die Genossinnen haben daraus gelernt. Sie verlangten und erzielten von der sozialdemokratischen Partei, daß sie auf ihren Kandidatenlisten Frauen an sicherer Stelle einfügte. Die Voraussetzung dafür war durch die rastlose Aufklärungs- und Schulungsarbeit geschaffen worden, die unsere sozialistischen Frauenklubs in vierzehn Jahren geleistet haben. Diese Arbeit hat eine stattliche Zahl sozialistischer, proletarischer Frauen erzogen, die der Aufgabe gewachsen sind, in den Gemeinderäten das sozialdemokratische Kommunalprogramm zu vertreten. 50 Genossinnen wurden in die Gemeinderäte gewählt, fast alles erprobte Kämpferinnen für den Sozialismus, Genossinnen, die seit Jahren tüchtige, treue Arbeit in der sozialistischen Frauenbewegung leisten. In Rotterdam und Wormerveer wurden Vorstandsmitglieder des Bundes sozialdemokratischer Frauenvereine gewählt, in Amsterdam eroberte die Redakteurin des Bundesorgans „De Proletarische Vrouw" ein Mandat.

Die Genossinnen sind selbstverständlich hoch erfreut, daß so viele ihrer besten in die Gemeinderäte einziehen, jedoch sie verhehlen sich nicht, daß diese dort unter außerordentlichen Schwierigkeiten zu wirken haben. Die liberalen Parteien haben bei den Gemeinderatswahlen große Verluste erlitten, die katholischen Parteien dagegen in vielen Kommunen beträchtlich gewonnen, und Holland hat eine sehr reaktionäre katholische Regierung. Das alles wird sich auf kommunalem Gebiete fühlbar machen. Auch Kommunisten sind gewählt worden, zum ersten Male, und die Unterzeichnete befürchtet leider, daß durch ihre Anwesenheit das Wirken der Sozialdemokraten erschwert werden wird. Die Kommunisten rekrutieren ihre Gefolgschaft überwiegend aus den rückständigsten, unaufgeklärtesten Elementen des Proletariats. Die meisten der Neubekehrten mißverstehen Lenins Schriften, so scheint es der Unterzeichneten. Sie glauben, es müsse alles umgekehrt gemacht werden als bisher, die Bourgeoisie könne im Handumdrehen ihres Besitzes enteignet werden und auf ihr Drohnendasein verzichten müssen, damit ein Idealstaat entstehe. Solche Erwartungen und Auffassungen erscheinen der kommunalen Kleinarbeit wenig förderlich. Es gilt da, noch sehr viel aufklärende Arbeit zu leisten.

Die Genossinnen, die in die Gemeinderäte gewählt worden sind, haben dort nicht nur für soziale Mutterschaftsfürsorge, Reformen und Einrichtungen zugunsten der Kinder und noch andere Neuerungen einzutreten. Sie müssen nicht minder nachdrücklich kämpfen für die Kommunalisierung verschiedener Wirtschaftsbetriebe und Institutionen, zumal auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung. Es sei nur daran erinnert, wie bitter die Unbemittelten der großen Städte unter dem Mangel und der Teuerung von Milch, Gemüse usw. leidet. Immer offensichtlicher wird es zur dringenden Notwendigkeit, daß die Gemeinden selbst die Versorgung der Bevölkerung mit unentbehrlichen Lebensmitteln in die Hand nehmen, daß sie eine planmäßige, genossenschaftliche Gemeinwirtschaft an die Stelle der kapitalistischen Anarchie setzen. So sind es vielerlei und schwere Aufgaben, die unserer erwählten Genossinnen harren, Aufgaben, die klare Einsicht, große Hingabe und Zähigkeit fordern, damit sie im Kampfe mit den starken Hindernissen gelöst werden können. Wir haben die feste Zuversicht, daß unsere sozialistischen Gemeinderätinnen Gutes, ihr Bestes für den Sozialismus leisten werden.

Carry Pothuis-Smit.

Amsterdam.

Nachschrift der Redaktion. Wir vermögen nicht die Befürchtungen unserer geschätzten internationalen Korrespondentin zu teilen, daß die Wahl von Kommunistinnen in die Gemeinderäte die Arbeit dort erschweren werde. Umgekehrt sind wir der Ansicht, daß sie angeregt und gefördert werden kann durch den Wetteifer der beiden sozialistischen Richtungen, ihr Bestes zu leisten. Außerdem wird in vielen Fällen ein Zusammengehen, ein Handinhandarbeiten möglich sein. Wir sind außer Stande darüber urteilen zu können, ob die Kommunisten in den Niederlanden Lenins Schriften richtig auffassen oder falsch auslegen. Jedoch über das Eine sind wir nicht im Unklaren. Daß es ein sehr großes Verdienst der Kommunisten ist, wenn sie sich auch an die rückständigsten Schichten des Proletariats wenden, wenn sie diese zu erwecken, zu sammeln, zu heben, zu schulen streben. Der Klassenkampf des Proletariats kann nicht ohne diese Schichten, geschweige denn gegen sie, mit Erfolg geführt werden. Er bedarf zu seinem siegreichen Ausgang auch dieser Schichten als Kämpfer. Sie müssen aufgeklärt und von dem Geist des Sozialismus erfüllt, mit einem Wort revolutioniert werden. Eine sozialistische Bewegung wäre zur Schwäche verurteilt, die einzig und allein von der dünnen Oberschicht, von der „Aristokratie" des Proletariats getragen würde und nicht von den breitesten Massen.

Aus der besten aller Welten.

Das schwarze Elend der Kriegsbeschädigten ist auch Frauenelend. Müssen wir das erst beweisen angesichts der Tatsache, daß die weitaus meisten Kriegsbeschädigten eine Gattin und Kinder haben, eine Mutter und Schwestern, eine Braut? Kurz angesichts der Tatsache, daß das traurige Schicksal vieler Hunderttausende bedauernswerter Krüppel auch das Dasein von großen Massen Frauen tief beeinflußt. Zur Beleuchtung dieses Elends seien einige Zahlen angeführt. Für einen völligerwerbsunfähigen Kriegsbeschädigten beträgt die tägliche Rente 4 Mark 50 Pfennige. Ob der Unglückliche ledig ist oder eine Familie erhalten soll, und wie groß die Zahl seiner erziehungsbedürftigen Kinder ist, danach wird nicht gefragt. Mag der Mann, mag sein Weib zusehen wie mit dem Betrag auszukommen ist, auch wenn noch soviel hungrige Kleine um den Tisch herumsitzen und der Zustand des armen Kriegskrüppels besondere Pflege erfordert. Dazu die [illegible] preise des gesamten Lebensbedarfs, von der Wohnungsmiete bis zu dem Schuhwerk, die hohen Preisen nicht zu [illegible]. Wie das in der Gesellschaft der Klassengegensätze zwischen arm und reich, Ausbeutenden und Ausgebeuteten selbstverständlich ist, besteht ein großer Unterschied zwischen den Renten der kriegsbeschädigten Offiziere und der „Gemeinen". Das tritt besonders auch bei der Verstümmelungs- und der Kriegszulage zu Tage. Die Verstümmelungszulage beträgt für einen [illegible] Offizier jährlich 600 Mark, für den „Gemeinen" [illegible] nur 324 Mark. Die Kriegszulage stellt sich für den Soldaten auf 180 Mark im Jahr, für den Offizier auf 1200 Mark. Gewiß wird der verstümmelte Offizier menschlich so schmerzvoll [illegible] wie der verstümmelte einfache Soldat. Jedoch es liegt auf der Hand, daß zahlreiche „Gemeine" durch die Verstümmelung ihrer Glieder weit schwerer beim Erwerb behindert werden als manche Offiziere. Recht viele von diesen [illegible] Berufsstellen einnehmen, bei denen sich die Verstümmelung [illegible] hemmend fühlbar macht. Berufsstellen, die den Arbeitern, Bauern, Handwerkern usw. in Folge mangelnder Bildung verschlossen sind.

Die mitgeteilten Rentensätze stehen im schreienden Widerspruch zu der Regierungserklärung: „Die beschämenden Zeiten, in denen der Staat den verstümmelten Kriegern die Drehorgel um die Schulter hing, werden für immer vorbei sein". Dieses Versprechen ist bis heute nicht erfüllt worden. Warum nicht? Wir hören die Antwort: Weil Deutschland ein armes Land ist, weil nicht genügend Geld da ist, um den Kriegsbeschädigten höhere Renten zahlen zu können. Ja, aber hatte dieses nämliche Deutschland nicht 4½ Jahre lang Hunderte und Aberhunderte von Milliarden für die Fortsetzung des Kriegs, die immermehr Kriegsbeschädigte schaffen mußte? Hat es nicht wieder und wieder die Möglichkeit eines früheren Friedensschlusses prompt abgewiesen, der die Zahl der Kriegsbeschädigten herabgemindert, Riesensummen gespart und für die Kriegsinvalidenfürsorge freigestellt hätte? Außerdem hatte das Deutsche Reich trotz seiner Armut für andere Zwecke recht erkleckliche Beträge zur Verfügung. Es hatte die Mittel, um nach der Revolution vom 9. November einen sehr zahlreichen Stab von Offizieren weiter zu unterhalten und diesen Herren ihre bei den höheren Chargen gerade nicht kleinen Gehälter und „Gebührnisse" weiterzuzahlen. Nach einer Verordnung vom 25. März

erhalten z. B. Offiziere statt der mangelnden Dienstwohnungen **Mietsentschädigungen von 8000 bis 15333 Mark.** Wie man sieht, ist die Regierung ernstlich bemüht, das Wohnungselend zu beseitigen. Wenigstens für jene Kreise, die der Fürsorge würdig sind. Entsprechend jener Moral der bürgerlichen Gesellschaft, die Heinrich Heine in den unsterblichen Versen gegeißelt hat:

„Wer da hat, der wird gar bald
noch viel mehr dazu bekommen".

Wir haben auch nichts von der Armut des Reichs gehört, als in der Nationalversammlung zu Weimar festgestellt wurde, daß die **Noskegarden in den ersten drei Monaten des laufenden Jahres 8 Milliarden** gekostet haben. Die nützlichen Dienste dieser nützlichen Elemente können nicht hoch genug gewertet und bezahlt werden. Erfüllen die weißen Garden doch die wichtigste Aufgabe der bürgerlichen Ordnung: den kapitalistischen Geldschrank zu schützen. Für unsere umsturzschwangeren Zeiten bedeutet das: unzufriedene, fordernde, vorwärtsdringende Proletarier und Proletarierinnen niederschlagen, die Revolution im Blute ersticken. Wird diese dringendste Aufgabe gelöst, die die ausbeutenden Klassen und ihre regierenden Lakaien kennen, so mögen die unglückseligen Kriegsbeschädigten und ihre Familien sehen, wo sie bleiben. Die Regierung wäscht ihre Hände in Unschuld. Sie verkriecht sich hinter die leere Kasse, bis den arbeitenden Massen der starke Geduldsfaden reißt und sie der Herrschaft der ausbeutenden Minderheit ein Ende machen, um mit der Aufrichtung ihrer „eigenen" Herrschaft durch die Räte Recht und Brot für die Opfer des Krieges und die Ihrigen, wie für alle zu sichern, die durch ihr Mühen die Gesellschaft erhalten.

Feuilleton

Wiederkehr.

Kehre wieder über die Berge, Mutter der Freiheit, Revolution!
Heißt nicht Gerechtigkeit deine Schwester? Heißt nicht Recht dein mißachteter Sohn? —
Kehre wieder über die Höhen!
Lange wand'st du das Antlitz gewendet,
sahst nicht, wie deine Menschen geschändet,
daß deine eigene Schmach nicht zeihn.

Kehre wieder über die Berge! Dein ist die Rache! Dein! Nur dein!
Wende dein Antlitz, dein starres, hernieder, welches wie zuckender Wetterschein
schon so oft auf die Frevler gefallen!
Reiche uns allen die rettende Hand,
laß deine Stimme von Land zu Land
hoffend, [illegible] und drohend erschallen!

Kehre wieder über die Berge. — Ehe in Licht das Dunkel vergeht
über den [illegible] der Schuld'gen zermalmend dein gewaltiger F[illegible]
werden dein [illegible] dich schaun
wir, [illegible] aus verloren!
Wir, die Verworfenen — zum Haupt erkoren —
rufen dich, Mutter, in heißem Vertraun!

Härte die Herzen, die schwankend geworden, weil sie zu lange, zu [illegible] schon gezaudert!
Kläre den Sinn des Rechts, der noch bangt und noch schaudert,
zeige ihm [illegible] eines Zieles Gewinn!
Strecke mit lohenden, leuchtenden [illegible]
vor sein Auge gereifte Garben,
vor seinen Wunsch die Erfüllung hin!

Kehre wieder über die Berge, Mutter der Freiheit, gesegnete du
Lächle mit einem einzigen Blicke deinen schwankenden Kindern nur zu,
und sie werden wie Eisen sein!
Zeige die Freiheit, die er verloren,
und das Recht, zu dem er geboren,
jedem einzelnen — und er ist dein!

Ja, du kommst! Und wir grüßen dich tausend-
tausendmal, Mutter! — und dröhnend und brausend
rollt unser Ruf zu des Erdballs Grenzen!
Aus den Kerkern, wo wir geschmachtet,
trotz der Ruchlosen, die uns verachtet,
sehn wir die Flammen der Freiheit schon glänzen!

Kehre wieder! — es ruft dich die Menschheit heut im Abend des qualvollsten Tags!
Da ist kein Herz, das nicht höher schon klopfte, heißaufloderndes, froheren Schlags
heut, wo eine Ahnung es streift,
heute, wo [illegible] wir lauschen,
daß wie der Urzeit prophetisches Rauschen
deiner Berge uns zwingend ergreift!

Heute in Qual wir, und morgen schon, morgen,
morgen vielleicht schon in Freiheit geborgen
unsere Kinder, die über die Leichen
ihrer im Kampfe gefallenen Väter,
jeder Einzelne der Menschheit Vertreter,
schweigend und ernst sich die Hände reichen!

Ja, du vernahmst unserer Sehnsucht Rufen!
Über der Zeiten zerfallene Stufen
steigst du gewaltigen Schrittes schon,
kehrst du wieder über die Berge,
bist der Gerechtigkeit rächender Scherge,
Mutter der Freiheit, Revolution!

John Henry Mackay.

Totenfeier.

Rosa Luxemburg zum Gedächtnis.

Auf grünem Felde ruht der Sarg, rotrosenkranzbedeckt, von Sonnenglanz umwoben. Wie atmend bauschen Schleifen sich im Sonnenwind. Und unsere Seelen schwingen mit. Fanfarenstöße. Alles still. Blumenduft kost unsere Stirnen. Fern in dem Haine zirpt ein Vogel.

O, zündet Kerzen an, Mädchen in weiß! Lasset Lorbeer rieseln, Blumen taumeln auf die Kämpferin. Sie fiel als erste in der Schlacht. Sie ward das Opfer roher Bubenhände. Ihr Hirn zerschossen. Ihre Glieder leblos, starr. Und doch ist sie nicht tot!

Wenn die Leiber ihrer Mörder längst vermodert, wird ihr Name leben. Leben wird ihr Geist. Auf dem Grunde unsres Herzens brennt unnennbar Weh. Und doch sind wir nicht todeskrank. Wohl flammt die Qual in uns. Wohl krampfen Hände sich. Doch Lähmung ist das nicht.

Durch Menschenmauern stößt der Sarg. Die Hüte fliegen ab. Ein Kinderhändchen wirft dem Sarg Kußhand zu. Im Mutterantlitz, tränenschwer, reißt Jammer tiefe Furchen.

Nun an die Gruft! Matrosen senken rote Fahnen. Es ist so still, daß man zu sterben meint. Man denkt an Dinge, die so fern schon liegen, daß man sie nur durch einen Schleier sieht. An Wünsche, die verschwiegen geblüht und sich entfaltet haben zu reifen Früchten, schwer und süß. Nun perlen Worte von den Lippen ihrer Freunde. Schmerzschrei. Kampfruf tost auf. Wir vernehmen Schwingenschlag der neuen Zeit. Dann poltern Erdschollen dumpf. Fußscharren. Staub springt uns an. Rot flammt der Himmel. Denn es will Abend werden.

Fried-Hardy Worm.

Proletkult.

Ich sehe euch lächeln, mitleidig die Achseln zucken, euch — die Realpolitiker, die Neunmalweisen —, höre euch zischeln, Hand vorm Mund, der platzen möchte: der Phantast! wenn ich sage: Musik, Musik hinein in politische Versammlungen, wo Schweiß aufstiebt aus Poren arbeitsschwerer Brüder und Schwestern, wo wir glühen, ganz Flamme, ganz Begeisterung sind. Das ganze etwa so: Brausende Symphonie. Sie ebbt ab, zittert noch in Seelen nach — und jetzt das fleischgewordene Wort. Klärt, schürt, stachelt auf, peitscht! Innerlichkeit explodiert. Jeder Nerv ist Kampf. Jede Fiber flammt. Brausende Akkorde schlägt nun an. Ein Lied des Zorns. Drommeten, Pauken! Unverlöschbarer Eindruck wird haften bleiben. An jedem Nerv wird Akkord schwingen. Belebt, beschwingt, voll lohender Seele müssen Versammlungen von Revolutionären sein. So voll unendlicher Liebe, klirrenden Kampfrufs! Also: Her die Fanfaren! Zackt Luft in Fetzen! Und dann: schürt, peitscht, stachelt auf!

Fried-Hardy-Worm.

Inhalt: Die Finanznot. — Die Frauen für die Räte, die Frauen in die Räte. — Die Rätefrage vor dem Frauen-Reichsausschuß der U.S.P. Notizenteil: Aus der Bewegung: Von der Agitation. Aus der dritten Internationale: Die Frauen in der kommunistischen Bewegung. Sozialistische Frauenbewegung im Ausland: Eine Diskussion über den Ausbau und die Aufgaben der sozialistischen Frauenorganisation in Österreich. Der internationale Frauenrat der Sozialisten- und Arbeiterorganisationen Großbritanniens. Frauenwahlrecht: Die Einführung des aktiven Frauenwahlrechts in Holland. Fünfzig Sozialistinnen in die Holländischen Gemeinderäte gewählt. Aus der besten aller Welten: Das schwarze Elend der Kriegsbeschädigten. — Feuilleton: Wiederkehr. Totenfeier. Proletkult.

Nummer 8 Preis 15 Pfg.

Die Kommunistin

Frauenorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Herausgegeben von Klara Zetkin

Die Kommunistin erscheint am 1., 11. und 21. eines jeden Monats. Preis der Einzelnummer 15 Pfennig, durch die Post bezogen vierteljährlich 1.25 Mark (ohne Bestellgeld)

Stuttgart, 1. August 1919

Zuschriften für die Redaktion an Klara Zetkin, Wilhelmshöhe, Post Degerloch b. Stuttgart. — Zuschriften für den Verlag an Anna Stegmaier, Stuttgart, Ostendstr. 70.

Um die Räte.

Als im November die Revolution das alte halbabsolutistische Regierungssystem zerschlug, entstanden die Räte der Arbeiter, Soldaten und in einigen wenigen Gegenden auch der Bauern. Über Nacht, wie aus der Pistole geschossen. Ohne Vorbereitung unter den breitesten Massen der schaffenden Besitzlosen und Ausgebeuteten, ohne Klarheit über ihr Wesen und ihr Ziel, kurz nicht als das Werk klarer Erkenntnis, sondern als der Ausdruck proletarischen instinktiven Klassenempfindens, ausgelöst durch das Beispiel der Räterolle in der russischen Revolution. Die Massen der Wertschaffenden mit Hand und Hirn ahnten, empfanden, hofften, daß die Räte die revolutionären Organe sein würden, die das „neue Deutschland" der befreiten Arbeiter schufen. Die Räte hatten einen Augenblick die Macht zur Neuschöpfung. Aber auch nur einen Augenblick.

Dem Vollzugsrat der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte war in Vertretung der Räte des ganzen Reichs die oberste politische Macht zugefallen. Er wußte nichts anderes mit ihr anzufangen, als sie einer provisorischen Regierung von sechs Volksbeauftragten zu übergeben, er ließ sich durch diese des Rechts entäußern, an der Regierung auch nur als gleichberechtigt mitzuwirken. Der erste Rätekongreß vollendete den Verzicht der Räte auf die politische Macht. Er forderte eine Nationalversammlung als höchsten Ausdruck des Willens und der Macht des vorgeblich einen und einheitlichen Volks; er setzte einen Zentralausschuß ein, der, eine Spottgeburt von reformlerischem Dreck ohne revolutionäres Feuer, ein bescheidenes Kontrollorgan der provisorischen Regierung sein sollte, und dessen Kontrolltätigkeit sich einem Schatten gleich verflüchtigte. Als die Nationalversammlung zusammentrat, besiegelte der Zentralausschuß feierlich in aller Form die Auslieferung der Rätemacht an die besitzenden Klassen. Er führte ein Wahlsystem ein, daß den bürgerlichen und sozialpatriotischen Wählern die Oberhand sicherte.

Die Räte selbst ließen gehen, ließen geschehen. Sie hatten den Zentralausschuß, den sie verdienten. Die gleiche Entwicklung wie im Reiche, so in den Einzelstaaten und in den Gemeinden. Die Räte ließen ein Stück ihres Rechts, ihrer Macht nach dem andern fahren. Heute sind sie fast überall einflußlose Gebilde, ohne die Macht und den Willen, auf den Klassenkampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie entscheidend einzuwirken, geschweige denn, ihn zu leiten. Der württembergische Landtag beschloß, daß am 15. Juli die Arbeiter- und Bauernräte aufzulösen seien. Für den gegen diesen Spruch einsetzenden Protest hatte er keine andere Antwort, als Übergangsbestimmungen, die eine schemenhafte Existenz der Räte gnädig zulassen — mit Kontrollrecht bei Maßnahmen des Ernährungs- und Wohnungswesens in der Gemeinde — bis ihre Stellung durch das Reich geregelt ist.

Die besitzenden Klassen und ihre mehrheitssozialdemokratischen Geschäftsführer im Reich, in den Bundesstaaten, in den Gemeinden haben viel schärfer als die ausgebeuteten Werktätigen die Bedeutung der Räte als revolutionäre Kampf- und Aufbauorgane erkannt. Überall haben sie ihre Machtmittel zur Erdrosselung der Räte gebraucht. Und sie haben zum Machtaufgebot Beschimpfungen, Lügen, Verleumdungen gefügt. Den regierenden Spitzen der Mehrheitssozialdemokratie, den Ebert und Scheidemann war wie den letzten Regierungsblättchen keine Verdächtigung zu schmutzig, daß sie sich nicht nach ihr gebückt und sie aufgehoben hätten, um die Räte damit zu bewerfen. Jedennoch! Der Rätegedanke hat das Gefühl, das Bewußtsein wachsender Massen ergriffen und gewinnt dort immer klarere Gestalt, immer festeren Halt. Die Herrschenden und Regierenden sehen keine andere Rettung mehr vor ihm als ihm dem Schein nach Zugeständnisse zu machen, in Wahrheit ihn zu verfälschen und seines revolutionären Inhalts zu berauben. Die Reichsregierung brütet bekanntlich schon seit Monaten über einen Entwurf, der die Räte in der Gesetzgebung „verankern" soll. Für das wirtschaftliche Gebiet, als „Betriebsräte", deren „gesetzliche Anerkennung" das fleischlose Linsengericht sein soll, für das die Ausgebeuteten ihr revolutionäres Erstgeburtsrecht auf politische Arbeiterräte verkaufen.

Was die Regierung will, das entspricht durchaus dem gut bürgerlichen, kapitalistischen Herzen, das unter ihrem verschossenen roten, mehrheitssozialdemokratischen Gewand klopft. Die revolutionären politischen Räte der Habenichtse hat sie als freche Eindringlinge aus dem Hause geworfen. Hingegen will sie bürgerlich gesitteten Betriebsräten das Recht zugestehen, mit den Unternehmern und Regierungsvertretern an einem Tisch zusammen zu sitzen, mit diesen Herrschaften zusammen zu beraten, zu prüfen, zu begutachten. Nicht bloß die Arbeits- und Produktionsbedingungen in den Betrieben, die Einstellungen und Entlassungen von Arbeitern und Angestellten, nein, man höre und staune: sogar auch sozialpolitische Gesetzentwürfe und Maßnahmen einer hohen gütigen Regierung. Und die Räte selbst sollen das Recht haben, solche Gesetzentwürfe auszuarbeiten und vorzulegen, solche Maßnahmen vorzuschlagen. Mit anderen Worten: die Betriebsräte sollen raten und reden dürfen, aber nicht die Macht besitzen, zu handeln, zu entscheiden. Sie würden summa summarum nichts anderes sein, als die alten nach neuer Mode herausstaffierten ohnmächtigen Arbeiterausschüsse. Das ist und bleibt der Kern der Regierungsvorschläge, wie sie in Einzelheiten unwesentlich verändert von Zeit zu Zeit „vertraulich", „offiziös" oder „offiziell" dem lieben Publikum mitgeteilt werden.

Diese Gesetzmacherei des Möchte-gern-und-kann-doch-nicht der Regierung wird gekennzeichnet durch die Stellungnahme der vom **Zentralausschuß** einberufenen **Konferenz der Betriebsräte aus dem ganzen Reich.** Nach eingehender Beratung des **Gesetzentwurfs der Regierung über die Betriebsräte** faßte diese Tagung am 9. Juli folgenden Beschluß:

„Die vom Zentralrat der deutschen Republik im Auftrage der Reichsregierung aus allen Teilen des Reichs berufenen Vertreter der Betriebsräte **lehnen** den von der Reichsregierung als Referenten-

entwurf bezeichneten Gesetzentwurf über Betriebsräte entschieden ab. Sie erklären, daß der vorliegende Entwurf keine für Verhandlungen geeignete Grundlage darstellt. Die Betriebsräte erblicken darin lediglich eine Neugestaltung der alten Arbeiter- und Angestelltenausschüsse und weisen deshalb hierfür den Namen „Betriebsräte" als eine Irreführung der Arbeiterschaft zurück. Sie betrachten den Entwurf durch die bestehenden Einrichtungen in den einzelnen Betrieben als bereits überholt. Die Vertreter fordern ein organisch aufgebautes wirtschaftliches Rätesystem als Grundlage der kommenden Sozialisierung. Sie verlangen sofortige Ausarbeitung eines neuen Gesetzentwurfes unter entscheidender Mitwirkung der bestehenden Betriebsräte."

Dieser Beschluß ist um so beachtlicher, als die Konferenz offensichtlich zu dem Zweck einberufen worden war, die gleiche Rolle zu spielen wie der Zentralausschuß. Nämlich die des Regierungsmameluken. Die Absicht ist trotz der Bemühungen des Zentralausschusses der Cohen und Genossen gründlich „vorbeigelungen". Der mitgeteilte Beschluß ließ den neugebackenen Reichsarbeitsminister Schlicke sich dazu bequemen, höchstselbst in einer Sitzung der Konferenz zu erscheinen. Er vermeinte die tagenden Betriebsräte durch die Mitteilung umzustimmen, daß der Gesetzentwurf inzwischen eine Umarbeitung erfahren habe. Man bewundere die Weisheit, Gründlichkeit und die dunklen Vorsehungswege der Regierung! Sie läßt eine Konferenz der Betriebsräte aus dem ganzen Reiche zusammenberufen zu dem Zweck, über einen Gesetzentwurf zu beraten, der inzwischen umgeändert worden ist und also, bei Lichte besehen, keine Gültigkeit mehr hat, nicht mehr existiert. Kann man eine größere Mißachtung von Arbeiterinteressen und Arbeitervertretern bekunden, als sie in dieser Art der Behandlung zu Tage tritt? So handelt eine „Volksregierung", eine „Arbeiterregierung", deren Mehrheit von Auch-Sozialdemokraten gebildet wird.

Die Konferenz zog leider nicht sofort die praktische Schlußfolgerung aus der sehr klaren und eindeutigen Sachlage. Nämlich das Verhandlungstischtuch zwischen sich und der Regierung zu zerschneiden. Die Gepflogenheiten des überschätzten Parlamentelns und der Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern wirken nach. Die Verhandlungen begannen nun von vorn, und unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers fand eine grundsätzliche Aussprache über die Betriebsräte statt. Ihr Ergebnis war die Einsetzung einer siebengliedrigen Kommission von Betriebsräten — vier davon Mehrheitssozialdemokraten, drei Unabhängige, die einen Teilvorschlag über die Aufgaben der Betriebsräte ausarbeitete. Die Kommission gab das volle Entscheidungsrecht der Betriebsräte preis und zog sich auf die Abschwächung der Mindestforderung des Mitbestimmungsrechts zurück. Die Konferenz fügte dem Teilvorschlag diese Erklärung hinzu:

„Die Vertreter der Betriebsräte Deutschlands übereichen der Regierung in der Anlage einen Teilvorschlag zur Abänderung des Gesetzentwurfes über Betriebsräte. Infolge des bereits in der gestrigen Verhandlung gekennzeichneten Verhaltens der Regierung war es unmöglich, in den wenigen, zur Verfügung stehenden Stunden die unbedingt erforderliche gänzliche Neubearbeitung des Entwurfs durchzuführen. Wir erklären nochmals, daß der in unserem Vorschlag ausgedrückte Grundsatz des vollen Mitbestimmungsrechts der Betriebsräte in allen Angelegenheiten der Unternehmungen die Mindestforderung der von uns vertretenen Arbeiterschaft darstellt. Wir ersuchen die Regierung um sinngemäße Durcharbeitung des Gesetzentwurfs in allen Teilen, entsprechend den aufgestellten Mindestforderungen unter Mitwirkung der Betriebsräte. Nichterfüllung dieser Forderung würde für das Wirtschaftsleben von den verhängnisvollsten Folgen sein. Wir ersuchen daher die Regierung, mit aller Kraft die Verwirklichung dieses Grundsatzes vor dem Parlament zu vertreten, und falls diese Forderung gegenwärtig nicht durchführbar ist, den Entwurf zwecks Neuberatung mit den Betriebsräten zurückzuziehen."

Der Reichsarbeitsminister als Beauftragter des kapitalistischen Klassenstaats ließ nicht mit sich schachern. Auch die dürftige Mindestforderung war ihm zuviel. Er bekannte unumwunden, daß die Gesetzentwürfe der Regierung nur die alten Arbeiter- und Angestelltenausschüsse betreffen, einer späteren Zeit müsse es vorbehalten bleiben, die so stürmisch verlangten Betriebsräte zu schaffen. Herr Schlicke kann auf die spätere Zeit warten. Er forderte die Konferenz möge sich entscheiden, ob sie an dem vorliegenden Gesetzentwurf mitarbeiten wolle oder nicht. Die Konferenz beschloß mit großer Mehrheit, nicht in weitere Beratungen einzutreten. Sie rechtfertigte ihr Nein unserer Empfindung nach schwächlich mit einem formalen Grund, indem sie erklärte, die Delegierten seien zur Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs über Betriebsräte gewählt worden, sie könnten ohne Befragung ihrer Auftraggeber von einem Gesetzentwurf über Arbeiter- und Angestelltenausschüsse nicht mitarbeiten.

Die Kampfansage der Betriebsräte muß in kraftvoller Wiederkehr von breitesten Massen der Hand- und Kopfarbeitenden gegeben werden, die bereit sind, zur entschlossenen Kampfestat. Das ist die Schaffung ihrer revolutionären Betriebs- und Arbeiterräte ohne „Verankerung durch die Gesetzgebung", aber dafür getragen von der realen wirtschaftlichen und politischen Macht des Proletariats. Das Volk der Arbeit muß endlich den Traum von der „gesetzlichen Verankerung" seiner Räte austräumen. Er entstand in der dumpfigen, lähmenden Atmosphäre des mehrheitssozialdemokratischen Aberglaubens von der alleinseligmachenden Wunderkraft des bürgerlichen Parlamentarismus und wurde genährt und gepflegt von den Unabhängigen, die so gern den Radikalismus grundsätzlichen Wortbekenntnisses mit dem Opportunismus des Handelns verbinden. Wer denn soll die Betriebsräte „gesetzlich verankern"? Im Reich wie in den Einzelstaaten Parlamente, deren Lebenszweck es ist, die wankende bürgerliche Ausbeutungsordnung zu stützen, Dämme gegen die heranbrausenden revolutionären Flutwellen zu errichten, die das wankende und krachende Gebäude des Kapitalismus hinwegzureißen drohen. Regierungen, die nur Mut, Entschlossenheit, Tatkraft beweisen, wenn es sich darum handelt, zu Nutz und Frommen des Geldsacks und der Macht der Besitzenden die Revolution zu fesseln, im Blute ihrer proletarischen Vorhut zu ersäufen.

Aus der Hand dieser Parlamente und dieser Regierungen Betriebs- und Arbeiterräte zu erwarten, die wirtschaftlich und politisch die Sozialisierung durchführen, die Ueberleitung des Kapitalismus in den Sozialismus: das wäre der närrischen Hoffnung ebenbürtig, man könne — wie Engels sich ausdrückte — „eine Zahnbürste melken". Die „Verankerung" der Betriebsräte in der Gesetzgebung nach dem Wünschen und Wollen der herrschenden und regierenden Gewalten soll alles andere sein, nur nicht eine Sicherstellung und Steigerung der Macht der Räte, die kapitalistische Wirtschaft zu überwinden, die sozialistische Ordnung aufzurichten. Ihr Ziel ist Fesselung der revolutionären Macht des Proletariats, ist Täuschung, Blendung der proletarischen Massen.

Professor Delbrück, ein angesehener konservativer Geschichtsforscher, hat das ohne lügnerische Verbrämung und Verschleierung ehrlich ausgesprochen. In Nr. 176 der „Preußischen Jahrbücher" schrieb er: „Unsere Industriekapitäne und großen Firmenchefs werden sich daran gewöhnen müssen, auf Schritt und Tritt mit den Betriebsräten der Arbeiter und den Vertrauensleuten der Angestellten ihre Maßnahmen zu beraten und zu vereinbaren. Sie bleiben dabei immer noch mehr Herren, als wenn ihr ganzer Betrieb enteignet, vom Staat übernommen wird und sie nur als angestellte Direktoren in ihren Stellen belassen werden. Auf die Dauer aber hat das konstitutionelle Regiment doch größere Vorteile. Die engere Verbindung, in die das Mitregiment alle Angestellten und Arbeiter mit ihrem Werke bringt, schafft auch ein größeres Verantwortlichkeitsgefühl, und die so gebundenen Angestellten und Arbeiter können einmal die Bundesgenossen ihrer heutigen Herren werden, um die volle Sozialisierung, die Aufsaugung durch den Staat zu verhindern. So mag es wohl zur zukünftigen Taktik gehören, die Arbeiterführer unter dem Titel von Arbeiterräten mit dem Staatsinteresse zu verknüpfen. Betriebs- und Arbeiterräte im Interesse der kapitalistischen Wirtschaft, des kapitalistischen Staats, das ist des Pudels Kern!

Für die Hand- und Kopfarbeitenden, die ihrer Ausbeutung und Knechtung durch das Kapital müde sind, ist die Lage der Dinge, ist ihre eigene Aufgabe klar. Sie haben den Plunder und Spuk der gesetzlichen Verankerung der Räte verächtlich beiseite zu stoßen. Ihre Antwort auf die Versuche, den Rätegedanken zu verfälschen kann nur die eine sein: „Wir pfeifen auf die Beschlüsse unserer Feinde! Wir schaffen uns unsere Räte und stellen unsere ganze Macht hinter sie. Räte, die nicht demütig schwätzen, sondern die zielklar, kühn handeln. Betriebsräte, die die kapitalistische Wirtschaft zur sozialistischen umwälzen. Politische Räte, die das alte morsche Ding des Kapitalistenstaats jung hämmern zu dem Arbeiterstaat. Nicht auf Papier, im Bewußtsein breitester proletarischer Massen wird die Losung verankert: „Alle Macht den Räten!" Sie wird siegen.

Räte und Sozialisierung.

Von C. L.

I.

Der politische Zusammenbruch des alten Systems im November ist längst in die soziale Revolution umgeschlagen. Es geht heute nicht mehr darum, ob Wilhelm und seine goldbetreßten Generäle regieren sollen oder der Kleinbürger Fritz Ebert und seine vertrockneten Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre. Heute geht der Kampf um höhere, gewaltigere Ziele: Um die Frage, wer den Produktionsprozeß beherrschen soll, die Kapitalistenklasse oder das Proletariat. Heute ist die Frage auf die Tagesordnung gesetzt, ob die Diktatur des Kapitalismus abgelöst werden soll durch die Diktatur des Proletariats, ob Deutschland, ob die ganze Welt verschüttet werden soll unter den Trümmern der zusammenengebrochenen bürgerlichen Gesellschaft, oder ob das werktätige Volk die neue Gesellschaft des Sozialismus errichten wird. Der Kampf um die Beherrschung der Produktionsmittel durch das dazu organisierte Proletariat, der Kampf um die Sozialisierung und die Räte, das ist der Inhalt der stürmisch hin- und herwogenden Generalauseinandersetzung, die mit der deutschen Revolution begonnen hat.

Die Räte und die Sozialisierung: Beide gehören zusammen. Eines ist ohne das andere nicht zu verstehen. Die Räteverfassung ist leer, inhalt- und blutlos ohne die Sozialisierung. Die Sozialisierung ist blind, führer- und steuerlos ohne die Räte. Wer daher nicht weiß, was Räte und Sozialisierung bedeuten, der wird in dem wildbewegten Meer der Revolution bald Richtung und Ziel verlieren. Klarheit über diese beiden schon zum Schlagwort gewordenen Begriffe ist daher vonnöten.

II.

Die Arbeiter- und Soldatenräte sind wie aus dem Nichts hervorgezaubert in der Novemberrevolution auf die politische Bühne Deutschlands getreten. Sie waren da im Augenblick des Zusammenbruchs der militärischen und staatlichen Demokratie, als Bundesrat, Reichstag, das alte Kaisertum, Offiziere und Beamten verschwunden waren. Die Fülle der Staatsmacht, die jene Behörden und Beamten innegehabt hatten, fiel ihnen zu.

Die Forderung der revolutionären Arbeiterschaft: „Alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten!" war am 9. November verwirklicht. Die sechs Volksbeauftragten, die die Regierung übernahmen, haben den Auftrag für ihre Tätigkeit von der Versammlung der Berliner Arbeiterräte erhalten, die als Vertretung des in seinen Räten organisierten Proletariats der Reichshauptstadt zur Trägerin der Staatsmacht von ganz Deutschland geworden waren.

So war im Keime schon das Ziel der ganzen Revolution vorgezeichnet. Aber die Entfaltung gesellschaftlicher Tendenzen geht nicht gradlinig und hemmungslos vor sich. Die geschichtliche Entwicklung setzt sich nur durch im Kampfe der um die Macht ringenden Klassen. Die sich in dem Auftreten der Arbeiter- und Soldatenräte ankündigende proletarische Revolution stieß bald auf den erbitterten Widerstand der sich zusammenraffenden Bourgeoisie, die alle ihre Kräfte der Arbeiterklasse entgegen warf. Von allen Seiten, der Offizierskaste, der Büreaukratie, dem besitzenden Bürgertum angegriffen, bekämpft und verleumdet, haben die Arbeiterräte, kaum geboren, ihre Machtstellung an die nach parlamentarisch-demokratischen Grundsätzen gewählte Nationalversammlung und die von dieser gebildeten Reichsministerien abgeben müssen. Sie haben ihre leitende Stellung in den Einzelstaaten und in den Gemeinden verloren.

Trotzdem sind sie nicht tot. Vielleicht läßt erst dieser Kampf um die Räte, der noch lange nicht ausgekämpft ist, der Arbeiterschaft zum geistigen Besitz werden, was ihnen am 9. November fast ohne ihr Zutun in den Schoß gefallen ist, läßt sie reif werden zur Erkenntnis, was die Räte in Wahrheit bedeuten. Und diese wachsende Erkenntnis bestimmt die Arbeiterschaft, mit der größten Zähigkeit an den Räten als an der für sie wichtigsten Errungenschaft der Revolution festzuhalten. In allen Streiks, die gewaltigen Erdbeben gleich, das wirtschaftliche und politische Leben Deutschlands erschüttern, taucht immer und immer wieder die Forderung nach der Durchführung und Anerkennung der Räte auf.

III.

Was sind nun diese Räte, für die die Arbeiter mit ihrer ganzen Energie sich einsetzen? Was bedeuten sie, welche Aufgaben sind ihnen gestellt?

Die Räte sind die Kampf- und Aufbauorganisation der um ihre wirtschaftliche und politische Befreiung, um die sozialistische Gesellschaft ringenden Arbeiterklasse. Das Rätesystem hat die Aufgabe, die Sozialisierung einzuleiten und durchzuführen. Wir verstehen daher die Räte nur, wenn wir wissen, was Sozialisierung ist.

Die Sozialisierung ist die bewußt durchgeführte Ueberleitung der kapitalistischen zur sozialistischen Produktionsweise. Sie ist die Aufhebung der kapitalistischen Ausbeutung der Hand- und Kopfarbeiter, die allen Reichtum der Gesellschaft schaffen, ist die Aufhebung dieser Ausbeutung durch die Überführung der Produktionsmittel, Fabriken, Maschinen, Grund und Boden, Rohstoffe aus dem Privateigentum der Unternehmer in die Hand der Arbeitenden selbst, in Gesellschaftseigentum. Verschwindet das Eigentum der einzelnen Unternehmer an den Produktionsmitteln, so verschwindet auch der kapitalistische Profit, die Aneignung des durch den Arbeiter erzeugten Wertes und Mehrwertes durch den Eigentümer der Produktionsmittel, der als solcher den Produktionsprozeß in Bewegung setzt. Der ganze gesellschaftliche Reichtum gehört nach der Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln seinen Erzeugern, der Gesamtheit der arbeitenden Menschen. Die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ist verschwunden.

Die Herbeiführung dieses Zustandes, die Ablösung der allein durch das Profitinteresse des Privateigentümers bestimmten und in Gang gehaltenen kapitalistischen Produktionsweise durch die sozialistische Wirtschaftsweise, das ist die Sozialisierung.

IV.

Was verknüpft nun die Arbeiterräte mit der Sozialisierung? Die Antwort ergibt sich, wenn man die Sozialisierung klar und nüchtern betrachtet als das, was sie ist: als ein gewaltiges Ringen der ausgebeuteten Klassen mit ihren Ausbeutern um die Aufhebung der Ausbeutung. Die Räte sind die Waffen der Ausgebeuten in diesem Kampf. Sie sollen die alte Gesellschaft zerstören und gleichzeitig die neue aufbauen.

Daß das Unternehmertum etwa freiwillig sein Privateigentum an den Produktionsmitteln aufgeben sollte, daran ist nicht zu denken. Dadurch würde es seine beherrschende Leitung im wirtschaftlichen Leben, seine ausschlaggebende Stellung im Staate verlieren. Noch nie aber in der Geschichte hat eine herrschende Klasse freiwillig auf die Grundlage ihrer Herrschaft verzichtet. Mag auch die Überzeugung in dem Kopfe einzelner Kapitalisten sich immer mehr durchsetzen, daß nur die planmäßige Durchführung der Wirtschaft das deutsche werktätige Volk vor dem Untergang in Anarchie und Elend retten kann, die Kapitalisten als herrschende Klasse werden bis zuletzt um ihre Vormacht kämpfen.

Nun, so wird mancher denken, dann muß der Staat durch seine Machtmittel, durch die Gesetzgebung, die Ausbeuter ent-

eignen. Wozu also die Räte? Wer so fragt, der glaubt, der Staat sei eine Einrichtung, die über den Klassen schwebe, bestimmt und geeignet, die zwischen ihnen vorhandenen Gegensätze auszugleichen. In Wahrheit aber ist der Staat nichts weiter als die Machtorganisation der besitzenden und herrschenden Klassen, eben der ausbeutenden Unternehmer. Der Staat ist ein Instrument der Klassenherrschaft, er ist die Maschine, mit der die Klasse der Kapitalisten die Klasse der Arbeiter beherrscht. Verwaltung, Gerichtswesen, Militär, kurz alle Machtmittel der öffentlichen Gewalt, stehen im Dienst der herrschenden Klassen, stehen im Bann ihrer wirtschaftlichen und politischen Anschauungen. Die wichtigsten entscheidensten Posten im Staate sind von den Angehörigen dieser Klassen besetzt.

V.

Aber haben wir nicht heute nach der Revolution das nach dem freiesten demokratischen Wahlrecht von allen Männern und Frauen gewählte Parlament, die Nationalversammlung in Weimar? Kann sie nicht helfen, die Sozialisierung durchzusetzen? Die Antwort auf diese Frage hat bereits die Nationalversammlung selbst gegeben. Sie hat bisher versagt und wird auch in Zukunft versagen. Denn auch das demokratischste Parlament der Welt bleibt als solches immer nur ein Teil des bürgerlichen Staates, ein Teil seines Organisationsmechanismus, und wird deshalb nie imstande sein, den Staat aufzuheben, zu dem es notwendig gehört. Der moderne Parlamentarismus, die Mitwirkung des Volkes an der Gesetzgebung durch gewählte Abgeordnete ist gewiß ein Kind der Revolution, aber ein Kind der Revolution, die gleichzeitig mit ihm der Entwicklung des modernen Kapitalismus die Bahn freigelegt hat. Die große französische Revolution von 1789 ist es gewesen, die weiter geführt hat, was die Revolution in England begonnen: den Menschen frei zu machen, frei von den Fesseln des feudalen Grundeigentums und der Zunft und damit frei, seine Kraft als Hand- und Kopfarbeiter an andere zu vermieten. Sie hat den Weg frei gemacht zur Lohnarbeit und Ausbeutung des Menschen. Sie hat damit die modernen „Staatsbürger" geschaffen, die gleich sind vor dem Gesetz, aber ungleich im Wirtschaftsprozeß, in dem der Unternehmer kommandiert, der Angestellte zu gehorchen hat. Das Parlament ist nichts weiter als die Vertretung dieser Staatsbürger, die politisch, dem Buchstaben nach, Gleichen und Freien, wirtschaftlich aber Ungleichen. Und solange der Parlamentarismus besteht, hat diese Ungleichheit, die sich ausdrückt in der wirtschaftlichen Machtstellung der herrschenden Klassen noch stets über die formale, politische Gleichheit gesiegt. Weimar beweist dies.

Das Sozialisierungsgesetz, das die Nationalversammlung unter dem Druck gewaltiger Streiks annehmen mußte, hat abgesehen von seinem Namen, mit der Sozialisierung nichts zu tun. Es ist nur ein Rahmengesetz, ein Versprechen der künftigen Sozialisierung, das wahrscheinlich nie von dieser bürgerlichen Versammlung eingelöst werden wird. Ähnlich ist es mit dem Kohlen-Wirtschaftsgesetz, das auf eine Verstaatlichung des Kohlenhandels hinausläuft, den Unternehmerprofit und die Ausbeutung der Arbeiter aber bestehen läßt. Die Nationalversammlung wird unter dem ausschlaggebenden Einfluß der alten Sozialdemokratie vielleicht eine Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse durchsetzen — auch dies ist nach dem brutalen Verhalten Noskes den Eisenbahnern und anderen Streikenden gegenüber höchst zweifelhaft geworden — nie aber die Aufhebung der Lohnarbeit durch die Sozialisierung beschließen. Der bürgerliche Staat kann auch als Republik die Befreiung der Arbeiter nicht vollenden.

VI.

Zur Durchführung der Sozialisierung, zur Aufhebung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen bleibt nur der Kampf der Klassen, die Überwindung der Machtstellung der Ausbeuter durch die wachsende Macht des Proletariats. Dieser Kampf, den die Arbeiterschaft schon seit Jahrzehnten führt, ist mit dem Novemberzusammenbruch in ein entscheidendes Stadium getreten. Die Revolution hat die Arbeiter die Form der Organisation finden lassen, durch die sie den Sieg an ihre Fahnen heften wird: die Räte. Bisher hat in der Geschichte noch jede revolutionäre Klasse sich die zur Durchführung ihres Kampfes notwendigen Organisationsformen geschaffen. Der Parlamentarismus war eine solche Form für das revolutionäre Bürgertum. Wenn jetzt die Räte urwüchsig aus der Arbeiterschaft entstanden sind, so beweist das, daß das Proletariat reif geworden ist, die Herrschaft anzutreten und die sozialistische Gesellschaft einzuführen.

Die Räte sollen die Geburtshelfer der neuen Gesellschaft sein. Warum gerade die Räte, warum keine andere Organisationsform der Arbeiterschaft?

Die Sozialisierung ist eine wirtschaftliche Umwälzung, die Überführung der absterbenden kapitalistischen Wirtschaftsform in die sozialistische. Sie ist aber nicht durchzuführen ohne politischen Kampf, den Kampf um die Staatsmacht, den Staat selbst, dies zu erobernde Bollwerk der herrschenden Klasse. Diese wirtschaftliche und politische Revolution mit dem einheitlichen Willen auf das Ziel der sozialistischen Gesellschaft auszurichten, das vermögen nicht die Gewerkschaften, das vermag allein das Rätesystem. (Schluß folgt).

Die Frauen für die Räte, die Frauen in die Räte!

Von Klara Zetkin.

(Schluß.)

In der seitherigen Betätigung der Räte kommt es fühlbar zum Ausdruck, daß ihnen das Verständnis, die Mitarbeit der Frauen fehlt. Zugegeben, daß zunächst der Kampf um die nackte Existenz der Räte, um ihre Macht, daß das Ringen um Klarheit über ihr Sein und ihre Aufgaben ihr Wirken gehemmt hat. Jedoch was trotzdem seither geleistet worden ist, spricht dafür, daß Fraueninteressen und Frauenforderungen noch nicht tragende und treibende Kräfte der Räteaktion sind. Es sei nur an den Knäuel der Fragen erinnert, der zusammen mit der Demobilisation und Arbeitslosigkeit betreffs der Frauenarbeit, ihrer Grenzen, ihrer Bedingungen usw. aufgerollt worden ist, Fragen von größter grundsätzlicher und praktischer Bedeutung, deren gewissenhafte Prüfung zu der Antwort zwingt, daß jeder Versuch zur Lösung auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft eine jämmerliche Stümperei bleibt. Je mehr aber die Räte zu wirkenden, kämpfenden Organen der revolutionären Macht des Proletariats werden, je kraftvoller sie den Abbruch des Kapitalismus, den Aufbau der sozialistischen Ordnung in Angriff nehmen: um so weniger bleibt es ihnen erspart, sich mit allen Teilproblemen der Frauenfrage auseinanderzusetzen. Das aber nicht in der „grauen Theorie", vielmehr in drängender wuchtender Praxis. Deshalb: die Frauen für die Räte, die Frauen in die Räte!

Die Durchführung der Losung scheint selbstverständlich und einfach. Nach den bisher geltenden Richtlinien besitzen die Arbeiterinnen, die weiblichen Berufstätigen Wahlrecht und Wählbarkeit zu den Räten unter den gleichen Bedingungen wie die Männer. Es könnte sich demnach nur darum handeln, dieses Recht nutzbar zu machen und mit den allgemeinen Mitteln und Methoden der Frauenagitation durch Wort und Schrift die weiblichen Wahlberechtigten aufzuklären, zu sammeln, in das Leben der Räte und ihr Wirken einzuführen und so für die Mitarbeit in diesen zu schulen. Das letzte Erfordernis zur Verwirklichung unserer Losung wäre höchstmögliche Steigerung der Energie, der Hingabe an die betreffende Agitation, entsprechend der revolutionären Situation, in der wir stehen. Die Dinge liegen jedoch nicht so einfach, daß damit alles gesagt und getan sein würde. Wahlrecht und Wählbarkeit sind gebunden und sollen gebunden sein an den Betrieb, an die Berufsgruppe. Der Boden für die vereinigende, erweckende und erziehende Agitation ist in der Folge naturgemäß ebenfalls der Betrieb, die Berufsgruppe. Es sind ohne Unterschied des Geschlechts die produktiv Tätigen, die von der Agitation für die Räte und von dem Leben der Räte erfaßt werden.

Wie aber steht es mit den vielen Millionen Frauen des werktätigen Volks, die nur Hausfrauen, Mütter sind? Freilich: im Sinne der bürgerlichen, der kapitalistischen Ökonomie sind sie nicht produktiv tätig, denn sie erzeugen mit all ihren Sorgen und Mühen keinen Mehrwert, den Kapitalisten einstreichen können. Aber sie verrichten unstreitig gesellschaftlich nötige und nützlichere Arbeit als die Proletarier eines Betriebs, in dem zur Befriedigung der Modelaune reicher Müßiggänger irgendwelche greulichen Uhrkettenanhängsel fabriziert werden. Das hausmütterliche Schalten und Walten setzt die Männer für produktive Arbeit frei, die Mutter trägt, pflegt und bildet die künftigen Produzenten, den Wert der Werte. Es wäre schreiendes Unrecht, es hieße der Arbeiterdemokratie der Räte ins Gesicht schlagen, sollten die Hausfrauen, die Mütter der breitesten schaffenden Massen nicht als Beauftragende und Beauftragte ihren vollen Anteil am Leben der neuen Gesellschaftsorgane nehmen. Hat diese Frauenschicht nicht vielseitige, weitreichende Forderungen zu vertreten, die nicht bloß in ihrem Interesse, sondern in dem der Gesamtheit erfüllt werden müßten? Andererseits wäre es eine politische Kurzsichtigkeit ohnegleichen, ja eine platte Unmöglichkeit, für die Räte auf die fordernde Sympathie, auf die fruchtbare Mitarbeit der vielen Millionen Hausfrauen und Mütter zu verzichten. Je höher, brausendere Wellen die Revolutionsflut treibt, je mehr sie in das Los ungezählter Einzelner, ungezählter Familien hineinschlagen, um so bedeutsamer, unentbehrlicher wird es, daß die Hausfrauen, die Mütter mit klarer Einsicht und schrankenloser Hingabe die Räte und ihr Werk unterstützen. Beim Kampf zur Überwindung des Kapitalismus wie bei der mühsamen, schwierigen, suchenden und tastenden Arbeit zur Verwirklichung des Sozialismus. Massenstreiks mit ihren Opfern und Gefahren können ohne die verständnisvolle Anteilnahme auch der nicht berufstätigen Frauen nicht durchgefochten werden.

Die vorläufige Verfassung der russischen Räterepublik ist bekanntlich als Ausdruck der proletarischen und bäuerlichen Klassendiktatur sehr streng darin, gesellschaftliche Parasiten vom Wahlrecht und der Wählbarkeit zu den Räten auszuschließen. Niemandem das gleiche, volle Bürgerrecht zu verleihen, der statt von eigener Arbeit ausbeutend von dem Schaffen anderer lebt. Sie zuerkennt dieses Recht jedoch ausdrücklich den Hausfrauen der werktätigen Massen, zuerkennt es ihnen sogar dann, wenn sie im Haushalt fremde Hilfskraft verwenden. Kein Bürgerrecht für die Dame, die von arbeitslosem Vermögen oder Einkommen lebt und sich in ihrem geschäftigen Nichtstun noch bedienen läßt. Volles Bürgerrecht der Hausmutter im schaffenden Volk, die nicht dadurch zur müßigen, schädigenden Verzehrerin gesellschaftlichen Reichtums zur Ausbeuterin fremder Arbeitskraft wird, daß ihr bei der Versorgung des Hauswesens, der Pflege und Betreuung ihres Häufleins Kinder Hilfe zur Seite steht. Die Sowjetverfassung begründet das volle Bürgerrecht für die Hausfrauen damit, daß diese durch ihre Arbeit es den Männern ermöglichen, sich ganz produktiver Arbeit zu widmen. Leider besagt die Sowjetverfassung nichts darüber, nach welchem Modus die Hausfrauen und Mütter dem Rätesystem eingegliedert sind. Und das ist die sich aufdrängende Frage, auf die wir Antwort haben müssen, wenn wir unsere Losung verwirklichen wollen: die Frauen für die Räte, die Frauen in die Räte.

Die Agitation für die Wahl der Räte und zur Unterstützung ihrer Aktionen, die Herstellung eines lebendigen inneren Zusammenhangs mit den Räten durch Berichterstattung der Gewählten, durch ihre Beauftragung und Kontrolle seitens der Wählenden: all das könnte sehr wohl durch die Beteiligung der Hausfrauen an den Versammlungen, Besprechungen, Sitzungen der Betriebs- und Berufsgruppen der betreffenden Männer vermittelt werden. Bei diesen Veranstaltungen könnte und müßte das Nötige geschehen, um auch die nicht erwerbstätigen Frauen mit Verständnis für die Aufgaben der Räte zu erfüllen und zur eifrigen Mitwirkung in ihnen heranzuziehen. Das beste Mittel zur Erweckung und Schulung der Hausfrauen ist und bleibt „die Propaganda der Tat", die einsichtsvolle und energische Vertretung aller Forderungen, die unmittelbar oder mittelbar im Interesse der Hausfrauen und Mütter liegen. Die entsprechend gerichteten Veranstaltungen würden eine enge, feste Gemeinschaft des Denkens, Wollens und Handelns schaffen. Sie könnten sehr wohl ergänzt werden durch besondere Frauenversammlungen für die einzelnen Orte, Bezirke usw. In diesen Frauenversammlungen wären eingehend Fragen zu behandeln, an deren Klärung die Hausfrauen und Mütter ein besonderes Interesse haben, dort könnten Vorschläge für Kandidatinnen oder Kandidaten zu den Räten aufgestellt werden u. a. m. Mit einem Wort: solche Frauenversammlungen sollten vorbereitend, entlastend für die gemeinsamen Veranstaltungen wirken und zur Beteiligung der nicht erwerbstätigen Frauen an ihnen aneifern.

Wie sollen die Hausfrauen und Mütter zu den Räten wählen und in sie gewählt werden? Das ist die andere Frage, die sich aufdrängt. Man könnte die nichterwerbstätigen Frauen als eine besondere Wählergruppe orts- oder bezirksweise zusammenfassen und ihnen eine Zahl von Vertreterinnen in den Räten zuerkennen, die ihrem numerischen Verhältnis zu den berufstätigen Frauen und Männern entspricht. Diese Wählerinnengruppe hätte ihre Vertretung in einem eigenen, selbständigen Wahlgang zu küren, für den natürlich die allgemeinen Bedingungen der Rätewahl gelten müßten. Meines Dafürhaltens würde jedoch dieses Verfahren nicht im Interesse der Solidarität, der Gemeinsamkeit des Denkens, Wollens und Handelns liegen, in der wir alle Angehörigen der werktätigen Massen ohne Unterschied des Geschlechts zu einer gewaltigen, unwiderstehlichen Macht zusammenballen müssen. Empfehlenswerter dünkt es mir, daß die wahlberechtigten Hausfrauen und Mütter den Betrieben und Berufsgruppen der Gatten zugewiesen werden, und daß innerhalb dieser Gruppen Kandidatenaufstellung und Wahl gemeinsam erfolgt. Die Sonderinteressen und Sonderforderungen der nichterwerbstätigen Frauen können dabei volle Berücksichtigung finden, ohne daß sie trennend wirken, zu Momenten der Gegensätze und Absonderung würden. Noch andere Wahlverfahren sind denkbar, nach denen die Hausfrauen und Mütter ihr Wahlrecht zu den Räten ausüben können. Ich beschränkte mich jedoch darauf, zwei davon kurz zu charakterisieren, um die Diskussion über die Frage in Fluß zu bringen. Daß die Frage selbst noch nicht gestellt worden ist, beweist, wie viel und wie energisch wir arbeiten müssen, damit Notwendigkeit und Bedeutung des Zusammenwirkens der schaffenden Männer und Frauen in den Räten erkannt wird, und daß Erkenntnis sich in Praxis umsetzt. Dieses Zusammenwirken ist eine Voraussetzung für den erfolgreichen Aufbau und Ausbau der Räte.

In den Räten, ihrem Leben und ihren Aktionen muß die Einsicht wirksam sein, daß der proletarische Klassenkampf nur siegreich sein kann, wenn auch die breitesten Frauenmassen seine Schlachten schlagen helfen; daß die sozialistische Ordnung nur als Ordnung höchsten Wohlstandes und höchster Kultur verwirklicht werden kann, wenn alle erwachsenen Gesellschaftsglieder als frei und gleichberechtigt Schaffende zusammenwirken. Gegenwartskampf und Zukunftsarbeit müssen richtunggebend, entscheidend dafür sein, daß den Frauen der werktätigen Massen ihr voller Anteil an dem Leben der Räte wird. Die Revolution ruft uns die Losung zu: die Frauen für die Räte, die Frauen in die Räte. Wägen wir, was zu ihrer Erfüllung geschehen kann, wagen wir, was dazu geschehen muß. Es dient unserer Forderung: alle Macht den Räten. Im Anfang war die Tat!

Volksgesundheit und Wohnungsnot.

Wenn es gilt, Sitze in irgendeinem Landes- oder Gemeindeparlament zu erobern, erscheinen regelmäßig auf der Bildfläche große Aufrufe mit schönen Verheißungen für die Wähler und Wählerinnen. Was wird da nicht alles von Bürgerlichen und Sozialdemokraten um die Wette versprochen! Deutschland soll in ein gelobtes Land verwandelt werden. „Durchgreifende" Reformen auf allen Gebieten werden in sichere Aussicht gestellt: in der Lebens-

mittelversorgung, der öffentlichen Gesundheitspflege, der Volksbildung, zur Steuerung der Wohnungsnot usw.

Die Verhältnisse, die der Krieg geschaffen hat, drängen die Frage der Wohnungsreform besonders in den Vordergrund. Überall, in Stadt und Land tritt das Wohnungselend breiter Massen kraß in Erscheinung. Die gute Gesellschaft kann die Augen nicht davor schließen, daß armselige Wohnungshöhlen Brutstätten von Seuchen, von schwersten Gesundheitsschädigungen sind, daß sie nur zu oft und zu leicht zu Brutstätten sittlicher Verwahrlosung werden. Die Wohnungsreform steht auf der Tagesordnung. Gesunde, zweckmäßige, traufe Wohnungen sollen durch die Gemeinden, den Staat oder durch Baugenossenschaften errichtet werden zu Mietspreisen, die den Unternehmergewinn ausschließen oder zu einer Baurente herabdrücken. Für die Durchführung dieser Forderungen treten alle Parteien ein. „Mein Liebchen, was willst du noch mehr?" Deutsche Proletarierin, für dich und die deinen wird aufs beste gesorgt! Daß die Zahl derjenigen immer kleiner wird, die diesen frohen Botschaften Glauben schenken, haben die jüngsten Gemeinderatswahlen in Württemberg und in vielen anderen Bundesstaaten gezeigt. Begreiflich genug!

Was ist bis jetzt für das Gemeinwohl an Reformen geleistet worden, die diesen Namen wirklich verdienen? Was ist insbesondere zur Bekämpfung des Wohnungselends geschehen, das neben der Lebensmittelnot am brennendsten ist? Die Wohnungsfrage fordert schnellste Lösung. Was haben die demokratisch-sozialdemokratischen Regierenden zu diesem Ziel unternommen? Großes haben sie geleistet, fürwahr! Einige öffentliche Gebäude sind als „Notwohnungen" der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt worden, einigen ehrbaren Bürgern wurden von ihren 15 Zimmern 2—3 mit vielen Entschuldigungen entzogen. Nach so großen Anstrengungen ruhen nun die Regierenden offenbar aus auf dem sanften Ruhekissen des guten Gewissens der erfüllten Pflicht. Mögen die Arbeitenden in schrecklichen Höhlen immer enger zusammengepfercht hausen; mögen Tuberkulose, Geschlechtskrankheiten, Kindersterblichkeit in erschreckendem Maße zunehmen; mögen die Besitzlosen in Schmutz ersticken, der durch die unmöglichen Wohnungsverhältnisse unvermeidlich wird. Die Regierenden haben ihre Schuldigkeit getan. Sie können ja auch nicht mehr tun, denn woher die nötigen Mittel zu großzügiger Wohnungsreform nehmen? Wir müssen die großen Männer und weiten Taschen der gut besoldeten Horden stopfen, die die Proletarier in Schach halten sollen. Denn daß man dem großen, ausbeutenden Kapital ernstlich auf den Leib rückt, das geht doch nicht an. Das schaffende Volk mag in Wohnungslöchern verderben, die kapitalistische Wirtschaft darf nicht angetastet werden.

Wir können nicht bauen, wir haben keine Rohstoffe, so heißt es. Nun, das bolschewistische Rußland konnte auch nicht bauen, weil es an Rohstoffen fehlte, aber es konnte rechnen. Seine Rechnung war sehr einfach: alle Zimmer der Wohnungen wurden gezählt und gerade so einheitlich wie die Brotkarten verteilt, ohne viel Federlesens. Das kulturell hochentwickelte Deutschland kann natürlich nicht die Pfade der Barbaren wandeln. Darum steht der Karren der Wohnungsreform immer noch da, wo er vor sieben Monaten stand.

Der Zustand der Volksgesundheit fordert aber dringend eine rasche Lösung. Aufschub ist Frevel, ist Verbrechen. Es ist eine von Ärzten und Statistikern nachgewiesene Tatsache, daß die Geißel des Volkes — die Tuberkulose — überwiegend eine Wohnungskrankheit ist, denn bei den elenden Wohnungsverhältnissen der breiten Massen ist die Übertragung des Übels unvermeidlich. Von den unmittelbaren Schäden, die eine enge undurchlüftbare, seuchtsomenlose Wohnung auf den Organismus ausübt, nicht zu sprechen. „Wo die Sonne nicht hinkommt, kommt der Arzt hin", sagt das Sprichwort. Wenn ganze Familien in einem Zimmer kampieren müssen; wenn in einem Raum geschlafen, gekocht, gegessen, gewaschen werden muß; wenn die wenigen Betten von Gesunden und Kranken geteilt werden müssen: ist es da verwunderlich, daß Geschlechtskrankheiten und ansteckende Seuchen jeder Art sich immer mehr ausbreiten?

Und erst die Gefahren für die Kinder! Unterernährt, dazu ohne Luft und Sonne, wird die Gesundheit ihres Organismus für die Dauer des ganzen Lebens durch das Wohnungselend untergraben. Rachitis, die sogenannte Englische Krankheit, ist vorwiegend die Krankheit der Proletarierviertel, sie verkrüppelt die Kinder in Kellerwohnungen. Die große Steigerung der Säuglingssterblichkeit während der heißen Sommermonate wird auch mit bedingt durch die unmöglichen Wohnungsverhältnisse der besitzlosen Klassen. Nicht zu reden von den sittlichen Schädigungen, denen die Kinder preisgegeben sind, wenn die Wohnungsnot sie zusammenpfercht mit Erwachsenen, die selbst unterzogen, vielleicht sogar verkommen, verderbt sind.

Das Wohnungselend ist vom Krieg nicht erst geschaffen, sondern nur vermehrt und verschärft worden. Es gehört untrennbar zur kapitalistischen Wirtschaft, zur bürgerlichen Gesellschaft. Darum finden wir es nicht nur in Deutschland, sondern in allen Staaten mit kapitalistischer Entwicklung. Wo der Kapitalismus herrscht, wird nicht gebaut um das Wohnungsbedürfnis der breitesten Massen in kulturwürdiger Weise zu befriedigen, wird nicht gebaut unter Berücksichtigung des Volkswohls und der Volksgesundheit. Mietwohnungen werden gebaut im Interesse des Unternehmerprofits.

Gewiß, es gibt Baulichkeiten, Anlagen, die bessere, gesunde Wohnungsverhältnisse für die Werktätigen schaffen sollen. Manche von ihnen werden durch menschenfreundliche Gesinnung ins Leben gerufen, andere durch Genossenschaften, durch die Gemeinden, den Staat, die beide auf ihre Kosten kommen wollen, dritte auch aus kluger Berechnung. Wir haben Gartenstädte, Arbeiterkolonien, Siedlungen, Eigenheime, Musterhäuser, Kleinbeamtenwohnungen und ähnliches. Allein was sind Einrichtungen dieser Art, soweit sie wirklich ganz frei sind von Einflüssen der kapitalistischen Profitsucht? Kleine Oasen inmitten der grenzenlos sich dehnenden Wüste des allgemeinen großen proletarischen Wohnungselends.

Arbeiter, Arbeiterinnen, vor allem ihr Mütter, ihr müßt euch klar werden über die Tragweite des jetzigen Wohnungsjammers. Ihr müßt verstehen, daß dabei auf dem Spiel steht nicht mehr und nicht weniger als die Gesundheit, die Gesundung eurer Kinder, ja des ganzen Volkes der Werktätigen. Die gegenwärtig Herrschenden und Regierenden werden euch nicht freiwillig gewähren, daß euer Heim gesund, zweckmäßig, gemütlich und schön sei, eine Stätte der Ruhe und Erquickung, der Kraftsammlung für Arbeit und Pflichterfüllung, eine Stätte der Lebensfreude. Regierende, die die Interessen des Kapitalismus vertreten, können euren Nöten kein Gehör schenken! Zwecn Herren kann niemand dienen. Genug geharrt! Wir können uns nicht mehr begnügen mit sozialen Reformchen, die das Übel nicht an der Wurzel packen. Wir fordern eine durchgreifende Volkshygiene, die ohne durchgreifende Wohnungspolitik unmöglich ist. Eine solche großzügige Politik und Hygiene kann nur auf dem Boden einer sozialistischen Gesellschaft wachsen und gedeihen.

Eine Ärztin.

Notizenteil.

Vom Schlachtfeld des Klassenkampfes.

Eine schamlose Gewalttat mehr. Am 24. Juni ist in Berlin Mathilde Jacob plötzlich in Haft genommen worden. Zuerst ohne jedes Schriftstück, daß auch nur einen Scheingrund für die Maßregel vortäuschen konnte, dann auf Grund eines Schutzhaftbefehls, der plump und dreist auf einer Lüge fußt. Alle Schritte, Mathilde Jacob die Freiheit zurückzugeben, sind bis nun erfolglos geblieben. Wer ist Mathilde Jacob? So werden die meisten Leserinnen fragen, so fragten die politisch Kämpfenden, als die Nachricht von dieser Verhaftung durch die Tagespresse ging. Stand sie etwa in den vordersten Reihen der revolutionären Vorhut des deutschen Proletariats, faßt sie im dichtesten Gedränge gegen den kapitalistischen Ausbeuterstaat, den die Ebert, Bauer und Noske so freundlich mit Hilfe von politischen Büttelmaßregeln und Maschinengewehren verwalten?

Nichts von alledem ist der Fall. Aber in den Augen der berüchtigten Mörder- und Spitzelzentrale des Edenhotels zu Berlin, die in Wirklichkeit Deutschland regiert, hat sich Mathilde Jacob eines größeren Verbrechens schuldig gemacht. Sie war Rosa Luxemburgs treue, aufopfernde, schwesterlich sorgende Freundin, und ist das über das Grab hinaus geblieben. In ihrer glühenden revolutionären Leidenschaft, mit ihrem großen gütigen Herzen dachte und sorgte Rosa Luxemburg an alles Große und Bedeutende, das die Welt bewegt, an alle Menschen, die in ihren Lebenskreis traten. Jedoch sie dachte kaum an sich selbst, sie sorgte nicht für sich selbst. Der Alltag ließ sich nicht von der Tür weisen, er meldete seine Forderungen an. Und da war die treue Mathilde mit ihrer Liebe und Fürsorge zur Stelle. Wie eine Schwester, wie eine Mutter dachte sie vor, griff sie ein, sorgte und pflegte sie. Nicht der politische Kampf war es, der die beiden Frauen fest verband, ihre Freundschaft beruhte auf echter, reiner Menschlichkeit, die sich froh gab und die freudig empfing. Mathilde Jacob war Rosa Luxemburgs „Heinchen am Herde", ihr häuslicher Schutzgeist, auch wenn sie von ihr getrennt war. Ihrer Energie ist es an erster Stelle verdankt, daß die endlich gefundene Leiche der großen Kämpferin aus Zossen nach Berlin zurückgeführt wurde und dort ein Rosa Luxemburgs würdiges Begräbnis finden konnte. Die verhängte Schutzhaft ist unstreitig ein Racheakt dafür. Man lese diesen Schutzhaftbefehl:

Reichswehrgruppenkommando 1 Berlin, 26. Juni 1919.
(Abteilung Lüttwitz)

Schutzhaftbefehl.

Gegen die Schreibmaschinistin Mathilde Jacob wird hiermit auf Grund des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Dezember 1916 in Verbindung mit dem Erlaß des preußischen Staatsministeriums vom 3. März 1919 Schutzhaftbefehl erlassen.

Mathilde Jacob betätigt sich im Sinne der kommunistischen Partei. Nach ihrer eigenen Angabe war sie eng befreundet mit Frau Dr. Luxemburg und hat sie bei ihrer umstürzlerischen Tätigkeit unterstützt. Ihre Tätigkeit richtet sich mithin auf die gewaltsame Beseitigung der rechtmäßigen Regierung und die Errichtung der Diktatur des Proletariats.

Unter besonderer Berücksichtigung der gegenwärtigen inneren und äußeren politischen Lage ist ihre Tätigkeit als die Sicherheit des Reichs gefährdend anzusehen.

Über die Verhaftung steht der Verhafteten jederzeit das Rechtsmittel der Beschwerde an das Reichsmilitärgericht zu."

gez. Noske.
Für die Richtigkeit:
Meinburg, Rittmeister.

Dieser Wisch beruht auf einer Lüge. Mathilde Jacob hat nicht die Angabe" gemacht, sie habe Rosa Luxemburg bei ihrer umstürzlerischen Tätigkeit unterstützt. Diese Angabe ist Spitzelphantasie. Persönliche Freundschaft ist nicht gleichbedeutend mit einem gemeinsamen politischen Kampf. Zuerst war die Verhaftung mündlich damit begründet worden, Mathilde Jacob sei Rosa Luxemburgs Sekretärin gewesen. Das war nicht richtig, und sogar wenn es gestimmt hätte, wäre es kein ausreichender Grund für die Schutzhaft gewesen. Mit der gleichen Begründung könnte man jeden einsperren, der in irgendwelchem Arbeits- oder Freundschaftsverhältnis zu politischen Kämpfern gestanden ist. Die vollendete Unsinnigkeit der Begründung war denn auch so augenscheinlich, daß nach einem andren Vorwand gesucht werden mußte. Die neue Begründung ist rechtlich nicht weniger haltlos und äußerdem erlogen. Aber was tut das? Nicht das Recht hat den Befehl diktiert, sondern die Macht. Mathilde Jacob wird das Schicksal von Hunderten, von Tausenden teilen, die heute die Gefängnisse füllen. Trotz ihrem guten Recht auf Freiheit wird sie hinter schwedischen Gardinen bleiben, solange die regierenden Mehrheitssozialdemokraten sich als Diener der Gegenrevolution an der Macht halten. Der württembergische Noske, Leutnant Hahn, hat es im Prozeß gegen Genossen Hörnle und die Mitangeklagten offen ausgesprochen, daß er willkürliche Verhaftungen vornehmen ließ und Spitzel verwendete, „kraft des Rechts desjenigen, der die Macht hat."

Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

Die Agitations- und Organisationsarbeit der englischen Genossinnen hat durch die letzten Parlamentswahlen einen starken Antrieb erhalten. Sie wird kraftvoll und mit Eifer betrieben. Was insbesondere die Arbeiterpartei anbelangt, so ist seit ihrer Gründung noch nie so begeistert und planmäßig für die Aufklärung und den Zusammenschluß der Frauen gewirkt worden wie in den letzten Monaten. Nach den Wahlen ist nicht die von vielen erwartete Abflauung der Bewegung eingetreten. Wohin die Organisatoren und Organisatorinnen kommen, können sie sich davon überzeugen, daß in den Parteiorganisationen, mögen sie Siege erfochten oder Niederlagen erlitten haben, mit dem festen Entschluß gearbeitet wird, künftige Fortschritte zu sichern. Die Organisatorinnen der Partei bereiten alle Gegenden Englands, um Frauenversammlungen abzuhalten, neue Frauengruppen zu gründen und die bereits bestehenden Sektionen zu fördern und kräftig zu entwickeln. Mit bestem Erfolg. In Schottland wird in der gleichen Weise gearbeitet, auch von dort werden die erfreulichsten Fortschritte gemeldet. Die Frauenversammlungen werden gut besucht, die Frauengruppen gewinnen an Mitgliedern und leisten treffliche Arbeit, neue Sektionen entstehen. Die organisierten Genossinnen sind bestrebt, mit Unterstützung der Arbeiterpartei Vertreterinnen in alle öffentlichen Körperschaften zu bringen. Sie bekämpfen sich rege an allen Reformbestrebungen und Kämpfen, die das Los der arbeitenden Frauen, der proletarischen Kinder verbessern sollen. Darüber vergessen sie die sozialistische Erziehungsarbeit nicht. Ihr Streben gewinnt dem Sozialismus unter den Frauen des werktätigen Volks wachsende Anhängerschaft. Es geht vorwärts, dem Sozialismus entgegen.

Frauenwahlrecht.

Ein erster Sieg des Frauenwahlrechts in Belgien kann gebucht werden. Er ist bedeutsam, gemessen an den sehr großen Widerständen, die gerade in Belgien der vollen politischen Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts entgegenstehen. Er ist noch unbefriedigend, nur eine Abschlagszahlung, verglichen mit dem Recht, das die Revolution in anderen Ländern den Frauen gebracht hat. Der Kampf, der am 10. April in der belgischen Kammer um die politische Gleichberechtigung der Frauen geführt wurde, ist lehrreich. Er läßt deutlich erkennen, daß er letzten Endes auf der einen Seite von dem Wunsch der Klerikalen beherrscht wird, ihren Zielen die unaufgeklärten Frauenmassen dienstbar zu machen, auf der anderen Seite von der Befürchtung der Antiklerikalen", diese Frauenmassen könnten tatsächlich die klerikale Herrschaft stützen.

Der belgischen Kammer lagen Entwurf und Anträge zu einem neuen Wahlgesetz für die zu schaffende konstituierende Nationalversammlung vor. Die Liberalen und Sozialdemokraten forderten die Abschaffung des verhaßten Pluralwahlrechts und die Herabsetzung des Wahlrechtsalters auf das 21. Lebensjahr. Die Klerikalen waren bereit, der Forderung des allgemeinen Wahlrechts unter der Bedingung zuzustimmen, daß dieses Recht durch Ausdehnung auf die Frauen zu einem wirklich allgemeinen Wahlrecht gemacht werde. Die Liberalen widersetzten sich diesem Verlangen mit äußerster Zähigkeit, sie bekämpften die Einführung des Frauenwahlrechts in der erbittertsten Weise. Ihre Haltung war von Einfluß darauf, daß die mit ihnen verbündeten Sozialdemokraten davon absahen, das entsprechende Amendement der Rechten zu unterstützen. „Rechter Hand, linker Hand beides vertauscht", wie es in einem feuchtfröhlichen Studentenlied heißt. Sozialdemokraten, die entgegen ihren Grundsätzen und den Beschlüssen nationaler und internationaler Tagungen auf das stolze Vorrecht, auf die schöne Pflicht verzichten, die vornehmsten Vorkämpfer für die politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts zu sein, die den Reaktionären die billige Gelegenheit in die Hand spielen, als Verteidiger dieser Rechtsforderung aufzutreten. Sozialdemokraten, die aus Rücksicht auf ihre bürgerlichen Bundesgenossen den Augenblick sogar ablehnen, den Kampf für dieses Recht zu unterstützen, den andere aufgenommen haben. Auf der anderen Seite Klerikale und Konservative, die als Verfechter des Frauenwahlrechts in die Schranken treten, obgleich sie es grundsätzlich als eine Sünde wider göttliches, sittliches und natürliches Gebot bekämpft haben. Wer sieht da nicht, daß es im Augenblick allen politischen Parteien nur um die parteipolitischen Interessen ging und nicht um das grundsätzliche Recht des weiblichen Geschlechts, um Menschenrecht?

Jedoch ein bemerkenswerter Umschwung hat sich in dem Bewußtsein breiter Massen des belgischen Volks vollzogen, namentlich der proletarischen Massen. Die politische Rechtlosigkeit der Frau wird in steigendem Maße als bittere Ungerechtigkeit, als Schädigung des weiblichen Geschlechts empfunden. Deshalb mußten sich die Liberalen und Sozialdemokraten zu Zugeständnissen an den Antrag der Rechten bequemen. Diese aber ließ ihrerseits nicht ungern von ihrer Forderung abhandeln, von der sie ja bei Licht besehen grundsätzlich nichts wissen will, und deren Nutzen, die Machtstärkung der Reaktion, ein ungewisser Wechsel auf die Zukunft ist. So sanken sich die Verfechter und Gegner der Einführung des Frauenwahlrechts in gleicher Grundsatzlosigkeit zu einem Kompromiß in die Arme. Ihr Gegensatz sollte nicht zu einer Regierungskrise führen. Das „Ministerium der nationalen Verteidigung" hatte nämlich erklärt, daß es zurücktreten werde, wenn die Rechte ihre kleine parlamentarische Mehrheit ausnützen würde, um das allgemeine Frauenwahlrecht durchzudrücken.

Das neue Wahlgesetz gewährt das Wahlrecht zum Parlament zwei Gruppen von Frauen. 1. Den Gattinnen von Soldaten oder Zivilisten, die während des Kriegs vom Feinde getötet worden sind. Wenn die Betreffenden keine Gattin hinterlassen haben, so erhält die Mutter das Wahlrecht. 2. Allen Frauen, die während der Besetzung Belgiens wegen patriotischer Handlungen in Haft genommen oder verurteilt worden sind. Was das Gemeindewahlrecht anbelangt, so ist der Sieg ein vollkommener, weil es darüber zu einem besonderen Kompromiß zwischen der Rechten und der Sozialdemokratie kam. Das allgemeine Frauenwahlrecht zu den Gemeinderäten wurde eingeführt.

Der parlamentarischen Situation entsprechend hatte die sozialdemokratische Partei leider auch ihre Pflicht preisgegeben, eine aufklärende Agitation für die volle politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts zu entfalten. Die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen dagegen haben mit größter Energie und Begeisterung in Versammlungen und durch die Presse agitiert. Gleichzeitig aber haben sie wieder einmal bewiesen, daß sie bereit sind, sich mit Dankenrecht zu begnügen, statt für Frauenrecht zu kämpfen. Angesichts der ablehnenden Haltung der Liberalen ließen sie die grundsätzliche Forderung des allgemeinen Frauenwahlrechts fallen und wollten sich mit einem Frauenrecht auf Gemeindeebene begnügen. Nach ihnen sollte das Wahlrecht zu den nächsten Wahlen zwei Gruppen von Frauen zuerkannt werden. 1. Die Familienmütter sollten die Zusatzstimme erhalten, die bei der Herdauer des Pluralwahlrechts den verheirateten Männern zugestanden wäre, da diese Zusatzstimme eine indirekte Vertretung der Ehefrauen und Kinder bedeute. 2. Wahlberechtigt sollten die 21jährigen Frauen werden, die durch ihr Zeugnis ihre allgemeine Bildung nachweisen können oder deren Stellung eine gute Bildung voraussetzen läßt. Bei den geradezu sprichwörtlich gewordenen Volksbildungsverhältnissen in Belgien hätte das von den Frauenrechtlerinnen vorgeschlagene Kompromiß ein Vorrecht für die Frauen der besitzenden Klassen bedeutet, eine Stärkung der Macht dieser Klassen.

Die ersten Siege im Kampf um die politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts in Belgien sind kräftige Ansporne für das weitere Ringen um volles Frauenrecht. Hoffentlich holt die Sozialdemokratische Partei in diesem Ringen nach, was sie bisher aus Furcht vor dem Klerikalismus versäumt hat. Dieser Feind wird nun und nimmer dadurch überwunden werden, daß die Frauen rechtlos bleiben. Umgekehrt; die Gleichberechtigung der Frauen, ihre Aufklärung, ihr Hineinziehen in die sozialen Kämpfe der Gegenwart ist eine der wichtigsten Bedingungen dafür, daß die Macht des Klerikalismus zusammenbricht.

Feuilleton

Das Meer.

Von W. Korolenko.

Die Sonne ging unter, und der Wind hob sich.

Der Westen war purpurn gefärbt, und je weiter und tiefer der Horizont aufflammte, desto kälter und unergründlicher schien das Blau des Meeres. Die Wasser spielten, das Meer wogte, und hie und da hoben sich rauschend weiße Kämme; es schien, als steige das Gewoge und Gewässer aus der Tiefe hervor, bleich vor zurückgehaltenem Grimm.

Die Wolken zogen in breiten Streifen über den Himmel und schienen die Glut zu erhöhen. Und vom Osten her näherten sich schwarz die dunklen Schatten der Nacht und legten sich über das wogende Meer und zogen zugleich mit dem Winde dem flammenden Westen entgegen, gleichwie dem Rachen eines gewaltigen Feuerofens. In der Ferne wiegte sich ein weißes Segel, wie der Fittich eines erschreckten Vogels. Der verspätete Fischer floh vor dem einbrechenden Sturme, sein Boot zum Ufer des Hafens lenkend.

Der Sturm war nah . . . das heimatliche Ufer kaum sichtbar. Das Meer wogte; tiefes Dunkel lagerte sich darüber . . . Das Fischerboot hielt seinen Kurs zur Festung, die vom Meere aus sichtbar war.

Die Wellen schlagen ans felsige Gestade; der weiße Schaum umsäumt das steil abstürzende Ufer der Insel, die Wasser spielen, sich immer höher und höher erhebend, sie fallen und brausen.

Finster dem Spiele der Wellen zuschauend steht die Festung, wie ein Gegner; die düsteren, moosbewachsenen Felsen hüten ihre Kräfte, die Wogen des Meeres tun es auch.

Der Himmel wird dunkler, die Nacht bricht herein. Von dort, wo sich zischend weite Reihen weißer Häupter aus dem Meere erheben, vom Dunkel überlagert, kommt der gewaltige Sturm und die Nacht.

In einem Fenster der Festung leuchtet ein roter Lichtschein auf, und bald verschwindet die Insel mit der Festung im Dunkel hinter den wogenden Wellen . . . Nur der Lichtschein ist noch zu sehen, ein kleiner, trauriger Funke über der zischenden Fläche, über dem brausenden, unendlichen Abgrund.

„Halt! . . . Werda?

Der Posten ruft es vom Wall aus dem Boot zu. Doch der Fischer kann Segel und Steuer nicht aus den Händen lassen, und die Stimme wird übertönt vom Rauschen des Meeres. Das Boot wartet vorsichtig den Anprall der Wogen ab; es weicht zurück, erzittert plötzlich . . ., im Nu fällt das Segel, und das Boot fliegt der kleinen Bucht zu.

„Werda?", fragt der Posten nochmals und blickt mit Spannung in das kleine Boot, das sich jetzt leicht auf dem ruhigen Wasser der Bucht wiegt.

„Halloh . . ., sieh, wie es stürmt, öffne . . ."

„Warte, gleich! Ich rufe nur den Wachthabenden."

Auf dem Wall erscheinen mehrere Gestalten. Die Stimmen der Menschen hört man kaum im Rasen des Sturmes. Bald öffnet sich das Tor in der Mauer, und der Fischer betritt die Festung. Dort in der traulichen Wärme, im hellen Schein der Lampe erzählt er bei einem heißen Trunk den Umsitzenden von dem Rauschen und Tosen der Wellen des Ozeans, von der undurchdringlichen Nacht, die dort über den Tiefen lagert . . .

Hinter der Mauer liegt jetzt nur das Meer und das düstere Gefängnis mit dem roten Flämmchen. Es brüllt, es brandet das Meer, und der Sturmwind fegt über die aufgeregten Wellen dahin . . . Das Boot an der Kette wiegt sich am Fuße der Mauer, wie ein lebendiges Etwas, das sich gegen die gewaltig hereinbrausende Macht der Wellen wehrt.

* * *

Das Licht im Fenster des Turmes scheint einen Augenblick zu verlöschen.

Der Kopf eines Mannes lehnte sich an das Eisengitter. Der Gefangene blickte ins Meer hinaus — und sprang hastig vom Fenster zurück. Das Meer brauste, und unten am Ufer schaukelte und wiegte sich ein Boot auf den Wellen. Er meinte, es sei nur eine Täuschung, ein Wahnbild seiner erregten Phantasie — ein düsterer Spuk des nächtlichen Dunkels, den seine erregte Vorstellung ihm vorzauberte. Er schritt in der engen Zelle auf und ab, und sein Schatten huschte an den Eisenstäben der Fensteröffnung vorüber. Und wieder sah der Mann gespannt hinab in die Dunkelheit. Die Wellen schlugen rauschend an das Ufer, und das sich wiegende Boot lockte und reizte den Gefangenen. Der Mast knarrte gleichmäßig unter den Schlägen der Wogen gegen die Planken des Seglers; dem Gefangenen schien es, als rufe ihn eine Stimme und fordere ihn auf, dem dunklen, engen Kerker zu entfliehen. Der Mann sprang zurück, duckte sich in der entgegengesetzten Ecke der Zelle nieder und schaute mit wildem Blick zum Fenster. Die Nachtflamme beleuchtete mit gleichmäßigem, rötlichem Lichte die bis auf jeden Fleck an der Wand längstbekannte Zelle. Doch jetzt sah der Gefangene nur eines: durch das dunkle Fenster blickte die stürmische Nacht herein. Das Heulen des Sturmes trat an die Stelle der bedrückenden Stille des Gefängnisses und ließ den Mann den Eindruck des Bootes nicht vergessen. Seine erregten Sinne ließen ihn das Knarren des Mastes zwischen dem Rauschen des Meeres und dem Pfeifen des Sturmes wie eine liebliche Musik in die Seele dringen.

Der Gefangene richtete sich plötzlich entschlossen auf und trat zur Wand. Er nahm einen Stein heraus und holte aus dem geheimnisvollen Versteck eine kleine Feile hervor. Zur Tür tretend, horchte er eine Weile angestrengt durch das Schlüsselloch. Alles war still. Im Gang nebenan hörte man keine Schritte, alles Leben im Gefängnis schien erstorben, nur das unablässige Heulen des Sturmes war hörbar. Behutsam trat der Mann wieder zum Fenster. Schon längst, an ebenso stürmischen Tagen, hatte er die Stäbe angefeilt, um das Knirschen der Feile durch das Wüten des Sturmes zu verdecken, so daß von seiner Arbeit der Posten auf der Mauer nichts hören konnte.

Wozu er das tat, wußte er selbst nicht genau. Vor seinem Fenster schritt der Posten auf und ab und konnte mit einem Blick das ganze Ufer überschauen. Die Boote lagen in der Nacht stets auf der anderen Seite, und nur in stürmischen Nächten hatte der Gefangene arbeiten können, nur in stürmischen Nächten, wenn der Posten sich in seine Schutzhütte zurückzog und sich in seinen Mantel wickelte, in der festen Überzeugung, daß bei solchem Unwetter niemand entfliehen konnte. Nur in solchen Nächten konnte der Eingekerkerte hoffen, die Stäbe an seinem Fenster zu durchfeilen und damit die Möglichkeit zu bekommen, seinem düsteren Gefängnis zu entweichen. Er war sich der Gefährlichkeit des Unternehmens wohl bewußt. Doch das menschliche Herz ist so seltsam, daß es zu schlagen aufhört, wenn ihm der letzte Funke Hoffnung erlischt. Und Hoffnung, dunkle, unbestimmte Hoffnung lebte noch in dem Gefangenen, und übers Meer blickend, wenn es ruhig und spiegelglatt vor ihm lag, wartete er mit Ungeduld auf einen Sturm. Wenn dann der Wind pfiff, und das Meer seine rauschenden und tosenden Wellen zischend am Ufer zerschellen ließ, verbrachte er lange Nächte mit Feilen, um, wenn der Sturm sich gelegt hatte, auf seinem harten Lager von der heiß ersehnten Freiheit zu träumen. Der Gefangene wußte, das ihn von der Freiheit nichts trennte als ein dünner, fast durchgefeilter Eisenstab, und die Möglichkeit, das sturmbewegte Meer zu durchschwimmen.

Und wieder ging er an die Arbeit.

(Schluß folgt).

Inhalt: Um die Räte. — Räte und Sozialisierung. — Die Frauen für die Räte, die Frauen in die Räte. (Schluß). — Volksgesundheit und Wohnungsnot. — Notizenteil. Vom Schlachtfeld des Klassenkampfes: Eine schamlose Gewalttat mehr; Sozialistische Frauenbewegung im Ausland: Agitations- und Organisationsarbeit der englischen Genossinnen; Frauenwahlrecht: Ein erster Sieg des Frauenwahlrechts in Belgien. — Feuilleton: Das Meer.

Nummer 9 Preis 15 Pfg.

Die Kommunistin

Frauenorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Herausgegeben von Klara Zetkin

Die Kommunistin erscheint am 1., 11. und 21. eines jeden Monats. Preis der Einzelnummer 15 Pfennig, durch die Post bezogen vierteljährlich 1.25 Mark (ohne Bestellgeld)

Stuttgart, 11. August 1919

Zuschriften für die Redaktion an Klara Zetkin, Wilhelmshöhe, Post Degerloch b. Stuttgart. — Zuschriften für den Verlag an Anna Stegmaier, Stuttgart, Ostendstr. 70.

Genossinnen, Genossen! Dem Lüttwitz hat es beliebt durch das Oberkommando Noske auf Grund des Gesetzes über den Belagerungszustand für Berlin den Vertrieb der „Kommunistin" zu verbieten. Wir werden uns bemühen, den Berliner Genossinnen baldigst Ersatz für ihr Organ zu schaffen. Eure Pflicht aber, Genossinnen und Genossen, ist es, den Faustschlag der Lüttwitze und Noske gegen Euer Recht zu beantworten. Es geschieht dadurch, daß Ihr außerhalb von Berlin nun erst recht mit dem größten Eifer für die Verbreitung der „Kommunistin" werbt. Beweist, daß Euer Wille stärker ist als Gewaltmittel des kapitalistischen Ausbeuterstaats!

Trümmer.

Mit Ach und Krach ist die Reichsverfassung des „neuen Deutschlands" endlich fertig geworden. Das freie Werk einer angeblich freien Volksvertretung, die durch Reden und Beschlüsse bewiesen hat, daß sie in ihrer erdrückenden Mehrheit eine höchst unfreie, einseitige Vertretung bürgerlich-kapitalistischer Klasseninteressen ist. In ihrer erdrückenden Mehrheit, denn wo es darauf ankam, wo proletarische Interessen und Forderungen scharf gegen kapitalistisches Wesen standen, da haben sich die Mehrheitssozialdemokraten als gehorsamer Diener der kapitalistischen Ordnung bürgerlichem Diktat löblich unterworfen. Was die Schaffung der Nationalversammlung allein schon verkündete, das bescheinigt nun schwarz auf weiß die Reichsverfassung: einen Sieg der Gegenrevolution über das vorwärtsdrängende Proletariat.

Die neue Reichsverfassung ist der papierene Ausdruck der politischen Situation des Augenblicks. Sie spiegelt wieder, daß die durch die Novemberrevolution eingeleitete große geschichtliche Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit, ausbeutender Bourgeoisie und ausgebeutetem Proletariat unentschieden hin und her schwankt und vorübergehend stockt. Die vom Weltkrieg in rasender Schnelle auf die Spitze getriebene Entwicklung der Dinge zieht den besitzenden Klassen den Boden ihrer Ausbeutungs- und Herrschaftsgewalt unter den Füßen fort, während sie gleichzeitig, mehr als die Möglichkeit, die Notwendigkeit schafft, daß ein freies Volk auf freiem Grund steht. Aber herrschaftsgewohnt und herrschaftsgewillt suchen die besitzenden Klassen ihre unterhöhlte Machtstellung mit allen Mitteln zu halten. Und dem Proletariat fehlt es noch an der kampfgeborenen Reife und Entschlossenheit, im kühnen, rücksichtslosen Marsch erobernd vorwärts zu stürmen. Die Furcht vor der Stärke seiner Feinde überwiegt das Vertrauen in die eigene Kraft. Kleinmütiges Verzagen läßt kein opferbereites Wagen aufkommen. Statt seine gewaltige Faust beschlagnahmend auf die Staatsmacht zu legen und sie zu einem Werkzeug seiner Befreiung umzuschmieden, hat das Proletariat sie in den gierigen Händen der Besitzenden gelassen, das alte Instrument der Herrschaft dieser Minderheit und seiner eigenen Unterdrückung und Ausbeutung.

Die Reichsverfassung hängt der Klassenherrschaft der Besitzenden, der Ausbeutung und Unfreiheit der Habenichse einen modern zugeschnittenen Mantel um, mit demokratischen Verzierungen geschmückt. Sie ist eine Verfassung bürgerlich-kapitalistischer und nicht proletarisch-sozialistischer Ordnung. Was sie an Fortschritten enthält — auch nur in dem beschränkten Sinn bürgerlicher Demokratie — das ist so herzlich wenig, daß Herr Gröber vom Zentrum mit einem gewissen Recht sagte, es habe nicht der Revolution bedurft, um diese Fortschritte zu zeitigen. In der Tat! Mit dem Wünschen und Wollen der besitzenden Klassen und ihrer politischen Geschäftsführer, zu denen auch Mehrheitssozialdemokraten gehören, ja, an erster Stelle gehören, soll die Revolution in Deutschland nun mit der Reichsverfassung „abgeschlossen" sein. Könnte das je Wirklichkeit werden, so müßte man freilich mit dem französischen Sprichwort ausrufen: „So viel Lärm um einen Eierkuchen!" Jedoch die Revolution ist eine so ernste, gewaltige und respektlose Geschichtsmacht, daß sie auf ihrem Marsch durch die Welt wahrhaftig nicht vor dem in Weimar beschlossenen Papierwisch zurückschrecken oder über ihn stolpern wird. Sie wird eine Verfassung schaffen, die der Ausdruck proletarischer Macht und proletarischen Rechtes ist.

* * *

Bei der zweiten Lesung des gegenrevolutionären Machwerks rief der Berichterstatter, Herr Konrad Haußmann, unter herzlicher Zustimmung der Löbe, David und Co. begeistert aus, die Nationalversammlung habe dem deutschen Volk die freieste Verfassung der Welt beschert. Herr Haußmann ist seines Zeichens Demokrat. Sein Ausspruch, der jubelnd von der mehrheitssozialdemokratischen Presse nachgetrillert wird, ist lehrreich. Er bedeutet, wie weit die Demokratie ihre Ziele zurückgesteckt hat, wie unaufhaltsam sie vor dem Feuer der Revolution nach rechts flüchtet. In einem entscheidenden Punkt hat die Reichsverfassung allerdings neues, revolutionäres Recht festgehalten. Es ist die leidenschaftlich umstrittene Gewährung des Wahlrechts für alle zwanzigjährigen Reichsangehörigen, ohne Unterschied des Geschlechts. Dieses formale politische Recht ist nicht wertlos, ist nicht zu unterschätzen, aber es rührt nicht an die Wurzeln der sozialen Unfreiheit der ausgebeuteten Massen. Es gibt Gleichberechtigung vor dem Gesetz, aber nicht in der über Leben und Tod, Arbeit und Hunger entscheidenden Wirtschaft. Die politisch gleichberechtigten Hand- und Kopfarbeiter bleiben wirtschaftlich die Lohnsklaven ausbeutender Kapitalisten. Die politischen Sachwalter der Besitzenden konnten so das von der Revolution gebrachte Wahlrecht unangetastet lassen, und sie mußten das tun. Dieses Recht ist ein Augenblender, dessen die bürgerliche Gesellschaft bedarf, um die breitesten Massen der Enterbten willig zu halten, das alte kapitalistische Joch weiterzuschleppen.

In anderen Fragen ist die Nationalversammlung bei Schaffung der Reichsverfassung sogar weit hinter den grundsätzlichen Forderungen der konsequenten politischen, bürgerlichen Demokratie zurückgeblieben, ja hinter 1848 zurückgeflüchtet. Statt die Reichseinheit zu schaffen, hat sie die Verfassung und Sprache um das wirklich nicht schöne Wort „Gliedstaaten" bereichert und ein übles Kompromiß über die möglichen „Grenzberichtigungen" und nötigen Zusammenfassungen von einzelnen „Gliedstaaten" zusammengebraut. Das in den Zeiten, wo die Reichseisenbahn sich endlich durchsetzt, und wo die Steuerfrage zu einer Reichssteuereinheit zwingt, die das partikularistische Sonderleben der Einzelstaaten an der Wurzel trifft, von anderem Entwicklungszwang zur Reichseinheit zu schweigen.

Den Monarchisten wird das Umlernen zu „Realrepublikanern" dadurch versüßt, daß die oberste Vertretung und Leitung des Reichs nicht in den Händen einer Körperschaft von Volksbeauftragten liegt, sondern daß die deutsche Republik in Gestalt eines Präsidenten eine persönliche Spitze erhält. Allerdings mit einer Jakobinermütze auf dem Haar und nicht mit einer Krone auf dem gesalbten Haupt, denn der Präsident wird vom Volk auf Dauer gewählt. Dafür sind in Zeiten stürmischer Entwicklung die Machtbefugnisse des Präsidenten so groß, daß kein Monarch von Gottes Gnaden sich größere zu wünschen braucht. Die Verfassung macht in solchen Zeiten den Präsidenten zum Diktator. Sie verleiht ihm das Recht, „bei Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung mit bewaffneter Macht einzuschreiten und die Grundrechte ganz oder zum Teil aufzuheben". Mit anderen Worten: der Präsident ist berechtigt, Feinde der öffentlichen Sicherheit und Ordnung von Noskegardisten niederkartätschen zu lassen. Er ist berechtigt, Preß- und Versammlungsfreiheit zu knebeln und ganz abzuschaffen. Das Postgeheimnis, Brief- und Telegraphengeheimnis aufzuheben. Die Unverletzlichkeit und den Schutz der Person und der Wohnung zu zertrümmern und sogar die des Heiligsten — des Privateigentums —, den „Meuterern" wider die Ordnung des Kapitalismus dürfen Zeitungen, Druckereien usw. beschlagnahmt werden.

Gewiß! Der Präsident ist für so einschneidende Maßnahmen an die einzuholende Genehmigung des Reichstags gebunden und muß ohne diese verfügte Maßnahmen aufheben. Aber das ist nichts als leere Formalität. Ein Präsident, der mit gepanzerter Faust „Ordnung" stiften will, ist seiner Kumpanei in Regierung und Parlament sicher. Die betreffenden Bestimmungen der „republikanischen" Verfassung übertrumpfen das berüchtigte preußische Belagerungszustandsgesetz von 1851, also aus der Zeit der schlimmsten Reaktion. Der Mehrheitssozialdemokrat Katzenstein gestand als freiwilliger Regierungskommissar zu, das sei nötig, weil die früheren revolutionären Bewegungen bei weitem nicht so gefährlich gewesen wären als die jetzigen. Das Wort muß die Massen lehren.

* * *

Möglichst viel Macht nach oben, möglichst wenig Einfluß nach unten, das ist auch der Sinn der beschlossenen langen Legislaturperioden des Reichstags. Nur alle vier Jahre darf der vielbesungene Volkswille durch Neuwahl des Reichstages darüber entscheiden, wer als Gesetzgeber Volksinteressen vertreten oder auch zertreten soll. Man vergleiche damit die Bestimmung der russischen Sowjetverfassung, daß sämtliche Räte und Volksbeauftragte, von den niedersten bis zu den höchsten, jederzeit abberufbar sind. Die Russen, ja die Russen, diese Bekenner und Täter eines „tatarischen Sozialismus". Sie wissen in ihrer Barbarei nichts von dem besonderen parlamentarischen Verstand, der mit dem parlamentarischen Amt kommt und langjähriges Auswirken verdient, mag es nun den Wählern zum Heil oder Unheil gereichen. Übrigens zügelt die neue Verfassung nicht nur die Macht der dummen, gängelungsbedürftigen Massen, sondern auch die des besser erleuchteten Parlaments. Die Auslandspolitik bleibt nach wie vor das Tempelgeheimnis der allein best erleuchteten Regierung und ihrer zünftigen Diplomaten. Es wurde sogar der bescheidene Antrag der Unabhängigen Sozialdemokraten abgelehnt, daß die Regierung verpflichtet sei, Akten und Verhandlungsprotokolle der Auslandspolitik dem Parlament vorzulegen. Die Mehrheitssozialdemokraten halfen ihn niederstimmen. Natürlich nur, um die „Demokratie" zum Siege zu führen.

* * *

Besonders kraß tritt es in dem Abschnitt über die sogenannten „Grundrechte" der Deutschen zu Tage, daß die Verfassung die Vergangenheit, daß sie alte soziale, rechtliche Bindungen festhalten soll, Herrschaft, Vorzugsstellung für die einen, Unterwerfung, Fehme, Nachteil für die andern. Es beruht offenbar auf einer schlecht verdauten Erinnerung an die große französische Revolution und ihre Erklärung der Menschenrechte, daß „Grundrechte" in der Verfassung festgelegt werden sollten. Dabei wurde eine Kleinigkeit vergessen, aber gerade diese Kleinigkeit besagt alles, entscheidet alles. Nämlich daß seit der großen französischen Revolution über hundert Jahre verflossen sind, und daß die Bourgeoisie sich seither aus einer für ihre Freiheit kämpfenden, revolutionären Klasse zu einer herrschenden, politisch gesättigten, reaktionären Klasse gewandelt hat, die sich durch das ihr nahe auf den Leib gerückte Proletariat in ihrer Macht- und Ausbeutungsstellung bedroht fühlt.

Die Erzberger, Dernburg, Riesser mitsamt ihren mehrheitssozialdemokratischen Bundesbrüdern sind nicht die Träger und „Macher" der Umwälzung, sondern Nutznießer und Marodeure der Novembertage, sind Möchte-gern-Henker der weiterschreitenden Revolution. Sie geizen nicht nach dem Ruhme, die Freiheit über Europa zu tragen, sie wollen nur die „Weltbüttel" des Bolschewismus sein, das Proletariat in die alte Knechtschaft des Kapitalismus gebannt halten. Aus der Erklärung der Menschenrechte schlägt uns noch heute berauschend der glühende Odem einer gewaltigen Zeit entgegen, tritt uns die weitausholende Geste großer Männer entgegen. Sie ist und bleibt ein weltgeschichtliches Dokument großen Stils auch für jene, die wissen, daß sich die Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit der Revolution von 1789 als die „eine gewissenlose Handelsfreiheit" der Bourgeoisie entpuppte. Sie konnte die Massen der barfüßigen, zerlumpten, sansculottischen Freiwilligen zum Kampf wider eine Welt äußerer und innerer Feinde rufen.

Die Grundrechte der deutschen Verfassung dagegen, daß Gott erbarm! Diese Karikatur, deren Mutter die zünftige Juristerei, deren Vater der Haß gegen alles Neue, Gerechte, Starke, Freie ist, wird nicht einen Hund hinter dem Ofen vorlocken. Die deutschen Grundrechte werden nie ein Herz höher, stürmischer schlagen machen, nie einen Geist mit kühnem Flug in Zukunftsweiten tragen. Das Proletariat wird sie als wertlose Papierfetzen zerreißen, und wenn sie je aus archivarischem Staub hervorgeholt werden, wird ihre Lektüre nichts anderes erzeugen als gähnende Langeweile. Kleinlicher Plunder von Zwergen geschaffen, die da wähnen, mit Paragraphen Weltgeschichte zu machen, der Revolution wehren zu können, ihr Werk weiter zu tun.

* * *

Die Nationalversammlung lehnte es ab, in den Grundrechten mit der Abschaffung des Adels die platteste Konsequenz der besungenen bürgerlichen Demokratie zu ziehen. Unter dem fadenscheinigen Vorwand, der Adelstitel sei ein Teil des Namens. Die Töchter hervorragender Kriegsersatzfabrikanten können also auch künftig der Ehre gewürdigt werden, mit ihrer Millionenmitgift rostige Wappenschilder vergolden zu dürfen.

Die religiösen und sittlichen Vorurteile des Mittelalters brachten im Bund mit verstaubter, engbrüstiger Rechtsgelahrsamkeit die Forderung selbstverständlicher Humanität, moderner Wertung vom Menschenleben, von Schuld und Sühne zu Fall, die Todesstrafe abzuschaffen. Der Demokrat Haußmann rechtfertigte das Nein der bürgerlichen Mehrheit mit dem Hinweis darauf, daß im revolutionären Kampfe für den „Gedrückten" Schillers Wort gelten kann:

„Zum letzten Mittel, wenn kein anderes mehr verfangen will,
Ist ihm das Schwert gegeben."

Um diese Stellungnahme richtig einzuschätzen, vergegenwärtige man sich diese Tatsachen. Bereits 1848 war die Todesstrafe beseitigt worden, es blieb der Reaktion vorbehalten, sie in den einzelnen Bundesstaaten wieder einzuführen. Eine parlamentarische Dreiviertelmehrheit beschloß 1870 die Abschaffung der Todesstrafe, kroch aber zu Kreuz vor der Drohung des Bundesrats, er werde bei Aufrechthaltung des Beschlusses das ganze Strafgesetzbuch mit seinen Verbesserungen verwerfen. Der Novembersturm hat den Bundesrat fortgefegt, aber sein reaktionärer Geist lebt unverfälscht weiter und triumphiert unter der Maske der Demokratie.

* * *

Ein Kapital besonderer Schmach bildet die Behandlung und Regelung grundsätzlicher Rechtsforderungen, die vor allem Fraueninteressen tief berühren. Es handelte sich darum, die volle soziale, rechtliche Gleichstellung der Geschlechter herbeizuführen, der gesellschaftlichen Achtung und Benachteiligung der unehelichen Mutter und des unehelichen Kindes, dem Ausnahmerecht gegen Prostituierte ein Ende zu machen, und damit gleichzeitig die zweierlei geschlechtliche Moral für Mann und Frau zu beseitigen.

Naiven Gemütern mochte es eine Selbstverständlichkeit dünken, daß die Grundrechte endlich mit moralischem und juristischem „Urväter Hausrat" aufräumten, den die Rücksicht auf das tote Eigentum gegen den lebendigen Menschen zusammengehäuft hat und festhält. Zumal in einem Parlament, das auch von politisch gleichberechtigten Frauen gewählt worden ist und dem Frauen angehören. Aber nicht einmal die Forderung fand Gehör, daß Lehrerinnen und andere Beamtinnen auch nach ihrer Verheiratung in ihrem Amt bleiben können.

Auf der ganzen Linie siegte die alte über die neue Zeit. Letzten Endes war es der bürgerliche Eigentumsfanatismus, vermummt als Heiligkeit der bürgerlichen Ehe und Familie, der die dringlichen Rechtsreformen niederschlug. Die Heiligkeit der Ehe und Familie in einer Gesellschaft, in der sich Frauen und Männer sexuell verkaufen, in der reiche Dämchen Müßiggang und Gold, die Früchte kapitalistischer Ausbeutung, ausnützen, um Liebelei und Ehebruch sportsmäßig zu betreiben und in der große Städte Einnahmequellen in konzessionierten Bordells haben. Wir werden auf diesen Teil der Verhandlungen noch zurückkommen, bei denen Genossin Zietz die grundsätzliche sozialistische Auffassung vorzüglich vertreten hat.

* * *

Die Nationalversammlung blieb sich und ihrer Aufgabe als Hüterin alten Unrechts treu, indem sie in der Verfassung das Recht des Kindes, des Geistes auf Freiheit an die Kirche auslieferte. Sie hat die Einheitlichkeit und Weltlichkeit der Schule preisgegeben, zwei Grundbedingungen für die durchgreifende Reform der Volksbildung, zwei Forderungen, die von den besten Pädagogen erhoben wurden und vertreten werden.

Es war jahrzehntelang der Stolz und Ruhm der Sozialdemokratie, ein Beweis ihres idealen, kulturellen Wesenskerns, daß sie im politischen Kampfe für diese Forderungen das Banner vorantrug. Nun haben die Sozialpatrioten auch sie wie andere Grundsätze zu dem alten Eisen geworfen, das sie auf dem politischen Trödelmarkt meistbietend verschachern. So vollständig haben sie in der Schulfrage vor dem Zentrum abgedankt, daß sogar die Demokraten in der billigen Pose grundsatztreuer Helden aufmarschieren konnten. Allerdings auch diese nur auf den Anlaß wartend, umfallen zu dürfen und damit das Tor zu ihrem Wiedereintritt in die Regierungsherrlichkeit aufzustoßen. So hat sich der Mehrheitsblock zu dem schmählichen Schulkompromiß zusammengefunden, das den Demokraten zu Liebe nur unwesentlich geändert worden ist.

Denn nur die Simultanschule — nicht die weltliche Schule — soll nach den bis jetzt vorliegenden Nachrichten die Regel sein. Die „Erziehungsberechtigten", die Eltern entscheiden in der Gemeinde darüber, ob die Grundschule konfessionell, simultan oder weltlich sein soll. Minderheiten können unter so leichten Umständen Privatschulen errichten, daß die Kirchen — namentlich die so reiche katholische Kirche — nach wie vor mit der knöchernen Hand des Dogmas die jungen Geister zurechtkneten können. Ein Reichsschulgesetz soll ja die ganze Schulfrage regeln. Da es jedoch an die Richtlinien der Grundrechte in der Verfassung von vornherein gebunden ist, kann es auch nicht die Freiheit geistiger Entwicklung durch die Einheitlichkeit und Weltlichkeit der Grundschule fördern. Dem Zentrum, den kirchlich Gesinnten, ist es in dem Kampfe um die Schule sicherlich um Grundsatz und politische Macht gegangen. Den Mehrheitssozialdemokraten mit samt ihrem demokratischen Geschwister jedoch letzten Endes nicht einmal um wirkliche politische Macht, vielmehr nur um die Regierungsfähigkeit. Was Sache persönlicher Überzeugung sein soll, innerstes, heiligstes Gut des Einzelnen, was das Recht des Kindes auf ein freies, gesundes Wachsen und Werden ist: das wurde zur Ware politischen Tauschers entwürdigt. Was die Verfassung darüber festlegt, ist nicht ein menschliches Grundrecht, es ist nichts anderes als der Geschäftsvertrag politischer Händler.

* * *

Über der neuen Reichsverfassung weht die schwarzrotgoldne Fahne. Sie konnte als Reichsbanner nur nach zähen parlamentarischen Redegefechten gehißt werden, die gemessen an der Gleichgültigkeit, mit der die wichtigsten politischen und persönlichen Rechte im Handumdrehen „erledigt" wurden, als homerische Schlachten erscheinen. Es ging den Herrschern von links und rechts um ein Symbol. Die alten Reichsfarben schwarzweißrot, das Symbol der Monarchie, des Junkerregiments, schwarzrotgold dagegen das Symbol der bürgerlichen Demokratie, der Bourgeoisherrschaft. Die Farben sind zum Teil sinnig gewählt: schwarz die Macht der Kirche, des Zentrums versinnbildlichend, gold die des Kapitals, der bürgerlichen Demokratie. Nur das Rot will für die Mehrheitssozialdemokratie nicht passen. Denn das neue Deutschland ist das alte deutsche Reich der Reichen, in dem das Proletariat seine Ketten weiterträgt. Die Sozialpatrioten aber haben das leuchtende Rot des sozialistischen Banners mit dem Blut und Schmutz des Weltkriegs und Bürgerkriegs besudelt, so daß sie es nicht mehr führen dürfen.

Die schwarzrotgoldne Reichsfahne weht über einer Verfassung, die kein stolzer festgefügter monumentaler Bau ist, in dem freie Zukunftsbürger sich wohl, heimisch fühlen können. Diese Verfassung ist ein Haufen häßlicher, wüster Trümmer von Grundsätzen, Programmen, Idealen. Sie wird die Zeit der gewalttätigen, blutigen Bourgeoisdiktatur nicht überdauern, deren Vollstrecker Mehrheitssozialdemokraten sind. Das kämpfende Proletariat wird als siegreiches Proletariat diese Trümmer mit gewaltigem Fußtritt verächtlich bei Seite stoßen. Es wird seine eigene Verfassung schaffen, keine Verfassung des bürgerlichen Parlamentarismus, sondern die Verfassung der proletarischen, sozialistischen Räteordnung. Und über diesen Bau wird das rote Banner rauschen, das Banner des internationalen Sozialismus.

Räte und Sozialisierung.

Von C. L.

VII.

Der Kampf um die wirtschaftliche Umwälzung, die Enteignung der Ausbeuter, der Kampf um die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, kann nur da geführt werden, wo die Produktionsmittel sind, also im Betrieb, in der Fabrik, auf dem Gutshof des Großgrundbesitzers. Der Betrieb ist die Grundlage, die Zelle des revolutionären Lebens. Hier ist gleichzeitig die Herrschaft des Unternehmertums ökonomisch verankert. Sie wird allmählich ausgeschaltet, wenn und indem die allein bestimmende Macht des Fabrikherrn ausgeschaltet, sein aus dem Privateigentum an den Produktionsmitteln sich ergebendes Recht beseitigt wird, allein nach Gründen des Profits zu bestimmen, ob, wann und wo produziert werden soll. Wer hat am besten die Möglichkeit zur Aufhebung dieser Macht bei gleichzeitiger Fortsetzung der Produktion? Denn diese muß weitergehen, soll die Gesellschaft nicht sterben. Niemand anderes als die Arbeiter und Angestellten des Betriebes.

Sie stehen zusammengeballt als Ausgebeutete dem kapitalistischen Unternehmer gegenüber. Sie sind das Lebenselement des Betriebes, sie setzen die Maschinen in Lauf, führen die Verwaltung, sorgen für Einkauf und Verkauf, führen die Bücher. So ergibt sich ganz selbstverständlich und urwüchsig aus dem modernen Großbetrieb mit seiner kunstvollen Organisierung und bis ins Einzelste gehenden Arbeitsteilung die zur Durchführung der Sozialisierung geeignete Organisationsform, nämlich die Vertretung der eine organische Einheit bildenden Arbeiterschaft des Betriebes in dem von dieser gewählten Betriebsrat.

Ist der Betrieb die Zelle des Wirtschaftslebens, so ist der von ihm gewählte Betriebsrat die Grundlage für die Sozialisierung. Nur von unten auf, vom Einzelbetrieb ausgehend, kann sie verwirklicht werden.

Die vom Betriebsrat zu erfüllenden Aufgaben ergeben sich aus dem Ziel seiner Tätigkeit, der Aufhebung der Ausbeutung durch die Überführung der Produktionsmittel in die Hände der Gesamtheit. Seine Tätigkeit erschöpft sich daher nicht darin, daß, wie es die Regierung in ihrem Gesetzentwurf über die Betriebsräte plant, er nur bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, bei der Einstellung, Entlassung und Beförderung der Arbeiter mitwirkt. Diese Tätigkeit, so wichtig sie ist, läßt den Unternehmer immer noch als Herrn des Betriebsorgans bestehen. Wenn aber sozialisiert werden soll, so muß gerade die Produktion selbst unter die Herrschaft des Betriebsrates gebracht werden. Der Betriebsrat hat daher die Pflicht, durch geeignete Delegierte mitzuwirken bei dem Einkauf der Rohstoffe und Maschinen, bei der Bestimmung der Art und des Umfanges des Betriebes, bei der Preiskalkulation und Buchführung, und das alles mit dem Ziele, den Unternehmer auszuschalten. So wird praktisch unter Fortsetzung des Betriebes die Enteignung der Produktionsmittel durchgeführt, indem die wirtschaftliche Verfügung über sie dem Unternehmer entzogen wird.

VIII.

Damit ist jedoch erst der Ausgangspunkt für die Sozialisierung erreicht, nicht aber diese selbst durchgeführt. Die Sozialisierung ist keineswegs die Vergesellschaftung eines Einzelbetriebes durch die in ihm tätigen Arbeiter, sondern die der gesamten Produktion. Hand in Hand mit der Ausschaltung des Unternehmers im Einzelbetrieb, mit ihr organisch verbunden und aus ihr hervorwachsend, ist die Zusammenfassung aller Betriebe eines Produktionszweiges, eines einheitlichen Wirtschaftsgebietes durch Delegationen der Betriebsräte. Diese Delegationen regeln die gemeinsamen Interessen des Wirtschaftsbezirkes oder der einzelnen Produktionsgruppen derart, daß der einzelne Betrieb sich dem allgemeinen Interesse einzuordnen hat.

Schließlich vereinigen sich die Vertreter aller Produktionszweige in einem höchsten Volkswirtschaftsrat, der die Gesamtheit des arbeitenden Volkes repräsentiert. Er gleicht die widerstreitenden Interessen der einzelnen Gruppen aus und ordnet nach sorgfältig ausgearbeitetem Plan die Produktion aller Betriebe, die ihrerseits allein bestimmt wird nach den festgestellten Bedürfnissen der Gesamtheit.

So bildet sich Stein für Stein, Stufe um Stufe der große Bau der das ganze Land umspannenden Organisation der Betriebsräte, die die wirtschaftliche Umwälzung vom Kapitalismus zum Sozialismus zu verwirklichen berufen sind.

IX.

Dieser schöne Aufbau bleibt jedoch auf dem Papier stehen, wenn es der Arbeiterklasse nicht gelingt, mit der wirtschaftlichen Vorherrschaft auch die politische Macht zu erringen. Die politische Macht der Arbeiterschaft und die Durchführung der Sozialisierung sind untrennbar verbunden, bedingen einander.

Zur Erkämpfung der politischen Macht, zur Erringung und Behauptung der Staatsgewalt dienen wiederum Räte, die politischen Räte, die Arbeiterräte.

Der Arbeiterrat entsteht ebenso wie der Betriebsrat im Betrieb. Die in der Werkstatt vereinigten Arbeiter sind jederzeit in der Lage, zu Versammlungen zusammenzutreten, politische Ereignisse zu besprechen und die Maßnahmen für ihr Eingreifen in das politische Geschehen zu beschließen. So erklärt es sich, daß zuerst 1905 in der ersten russischen Revolution, 1917 in der zweiten russischen Revolution und 1918 in der deutschen Revolution gleichzeitig mit dem politischen Zusammenbruch der alten Regierungsgewalt die Arbeiter in ihren Betrieben zusammentraten und sofort durch ihre Delegierten die Aufgaben der weggeschwemmten Behörden und Beamten übernahmen.

Zum Unterschied von den Betriebsräten, die sich nach wirtschaftlichen Bezirken und Betriebsgruppen ordnen, umfassen die ebenfalls in den Betrieben gewählten Arbeiterräte entsprechend den von ihnen zu lösenden Aufgaben die Delegierten der verschiedenen Betriebe eines politischen Bezirkes, einer Stadt, Gemeinde, Provinz, des ganzen Staates.

An der Spitze steht als ausführendes Organ der Reichsvollzugsrat, der von dem Reichskongreß der Arbeiterräte gewählt wird.

Wie im Einzelnen die politische Macht für die Räte zu erringen ist, welche Mittel die Arbeiterschaft dazu ergreifen muß, das geht über den Rahmen dieses Aufsatzes hinaus, der die Räteverfassung nur in ihrem Ausbau und ihren Aufgaben erörtern will.

X.

Die Wirkungsweise der Arbeiterräte ist ebenso wie ihre Entstehungsweise von der der bürgerlichen Behörden durchaus verschieden. Die Arbeiterräte sind keine parlamentarische Körperschaft und auch keine Bürokratie. Das Rätesystem steht vielmehr in bewußtem Gegensatz zu diesen beiden Einrichtungen des bürgerlichen Staates.

Das Parlament erfaßt entsprechend der Auffassung des bürgerlichen Staates, von der Gleichheit aller, jedes Einzelnen vor dem Gesetz den Menschen in seiner Vereinzelung, ohne Rücksicht auf seine Stellung im Produktionsprozeß. Das Rätesystem erfaßt entsprechend der Auffassung des Sozialismus von der werteerzeugenden, aber noch kapitalistisch ausgebeuteten Arbeit den werktätigen Menschen dort, wo er produktiv tätig ist, im Betrieb, in der Fabrik, unmittelbar in seiner Tätigkeit, der Arbeitsgemeinschaft mit seinesgleichen.

Der Parlamentarier wird von vielen Einzelnen, Vereinzelten gewählt in feierlichem Verfahren, nach leidenschaftlicher Agitation, in der nur zu oft Verleumdung und Lüge eine hervorragende, ja entscheidende Rolle spielt. Er erhält sein Mandat auf längere Zeit, meist für mehrere Jahre und ist solange der Einwirkung seiner Wähler entzogen. Das Mitglied des Arbeiterrates stammt unmittelbar aus der tätigen Betriebsgemeinschaft, die ihn aus täglichem Umgang genau kennt. Er erhält — eine der wichtigsten Eigentümlichkeiten des Rätesystems — sein Mandat nicht auf lange vorher bestimmte Zeit, sondern auf Widerruf. Er kann jederzeit von seinen Auftraggebern zurückgeholt werden, untersteht also der dauernden Kontrolle seiner Wähler. Das Rätesystem läßt somit im Gegensatz zum Parlamentarismus den Willen des Wahlkörpers unmittelbar und jederzeit erkennbar in Erscheinung treten.

Das Parlament ist nur Gesetzgebungsmaschine, die ausführende und die richterliche Gewalt sind ihm entzogen. Die Arbeiterräte sind grundsätzlich die Träger der gesamten, ungetrennten staatlichen Gewalt. Sie verwalten die verschiedenen Zweige ihrer Tätigkeit durch verschiedene, aus ihrer Mitte gebildete Kommissionen. Das Rätesystem kennt die bürgerliche Staatslehre von der Trennung der Gewalten nicht mehr.

Von der Bureaukratie unterscheiden sich die Räte dadurch, daß sie nicht auf Lebenszeit von oben her ernannt, sondern von unten her auf steten Widerruf gewählt werden, so daß ein Verwaltungsschlendrian bei ihnen überhaupt nicht entstehen kann.

XI.

Es bleibt nun, nachdem die Bedeutung und der Aufbau der Räte klargestellt ist, noch die Frage nach der Beteiligung der Frauen an ihnen zu beantworten. Die Räte sind die Verfassung die das ganze werktätige Volk sich selbst gibt. In ihnen sind alle vertreten, die gesellschaftlich nützliche Arbeit leisten.

Nur die Nichtstuer, die Profitschlucker haben nichts in ihnen zu suchen. Es ist also ganz selbstverständlich, daß auch die werktätigen Frauen zu den Räten wählen, in sie hinein gewählt werden.

Schwierigkeiten macht nicht diese grundsätzliche Frage, schwierig ist allein die Frage, in welcher Weise alle werktätigen Frauen das Wahlrecht ausüben sollen. Werktätig sind ja nicht nur die Frauen, die im Betrieb als Hand- oder Kopfarbeiter beschäftigt sind; diese wählen eben wie die Männer in ihrem Betriebe mit diesen zusammen. Neben diesen Arbeiterinnen und Angestellten gibt es die hauswirtschaftlich tätigen Frauen und Mädchen des arbeitenden Volkes. Daß sie ebenfalls gesellschaftlich nützliche Arbeit in ihrem Haushalte leisten, liegt auf der Hand. Wie aber diese in unzählige Wohnungen zerstreuten Frauen zu einem Wahlkörper vereinen? Hier fehlt als Mittelpunkt der Betrieb, der die Arbeiter und Angestellten zu einer Einheit zusammenschweißt. Sollen diese Frauen und Mädchen sich den Betrieben ihrer Männer und Väter anschließen? Ist da nicht zu fürchten, daß durch diese Betriebsfremden das Wählergewicht des Betriebes verfälscht, die Stimmung der in ihm Arbeitenden nicht richtig zum Ausdruck gebracht wird? Oder sollen die Hausfrauen sich beziehungsweise zu besonderen betriebsähnlichen Hausfrauen-Wahlkörpern zusammenschließen? Ist da nicht zu fürchten, daß sie, die der Politik und dem Wirtschaftsleben leider oft noch fremd gegenüberstehen, aus irgend einer Augenblicksstimmung heraus wählen? So viel Möglichkeiten, so viel Schwierigkeiten, die alle daraus erwachsen, daß die natürliche Grundlage der Räteorganisation, der Betrieb, hier nicht vorhanden ist.

Vielleicht läßt sich diese Schwierigkeit überhaupt nicht einheitlich beheben. Es werden vielmehr Fassungen gefunden werden müssen, die den verschiedenen Gegenden Deutschlands, dem verschiedenen Reifegrad ihrer wirtschaftlichen Entwicklung entsprechen. Das Rätesystem ist ja keineswegs ein starrer, ein für allemal gültiger und unveränderlicher Aufbau. Es ist vielmehr ein elastische, anpassungsfähige Verfassung, die sich den jeweiligen Situationen anschmiegt und mit der fortschreitenden Reife des Proletariats sich vollendet zur Verfassung der sozialistischen Gesellschaft.

XII.

Im Vorstehenden die Grundlagen der Räteverfassung in ihrem Gegensatz zum bürgerlichen Staat.

Betriebs- und Arbeiterräte begleiten einander von Stufe zu Stufe des wirtschaftlichen und politischen Neuaufbaus, vom Betrieb ausgehend, der die gemeinsame Wiege bildet, bis sie sich im Volkswirtschaftsrat und Reichsvollzugsrat wieder vereinen.

Die Räteverfassung löst die schwierigen Aufgaben der gleichzeitig sich vollziehenden wirtschaftlichen und politischen Umgestaltung durch ein einheitliches, nur in seinen Funktionen sich trennendes Organ: die Betriebs- und Arbeiterräte. Sie löst das schwierige Problem der strengsten Zentralisation aller Gewalt in einer einheitlichen Spitze bei gleichzeitiger Dezentralisation der Verwaltung und Wirtschaftsführung durch die einzelnen Räte. Es wird dies dadurch erreicht, daß diese einzelnen Arbeiter- und Betriebsräte von vornherein als Teil des organisch aus ihnen hervorwachsenden Ganzen entstehen, von ihm seine Aufgaben empfangen und umgekehrt die Spitze aus sich heraus bilden.

Waffe des Kampfes der Arbeiterschaft, Grundlage der Organisation der zukünftigen Gesellschaft — das sind die Räte. Sie werden das prophetische Wort zur Tat werden lassen, daß die Befreiung nur das Werk der Arbeiter selbst sein kann.

Soziale Fürsorge für Mutter und Kind im Sowjetrußland.

Die sozialistische Räterepublik Rußland muß unter den gegebenen Umständen ein doppeltes Gesicht tragen, muß zwiefache Aufgaben erfüllen. Sie muß Kämpferin und Erbauerin zugleich sein.

Sie ist gezwungen, ihre Existenz, die Entfaltungsmöglichkeiten des Sozialismus zu verteidigen. Gegen die Feinde von außen: die Heere der alliierten Staaten, deren herrschende Klassen Rußland nicht als Ausbeutungsfeld verlieren und nicht als revolutionäres Beispiel für die Völker leben lassen wollen, und die deutschen „Grenzschutztruppen", die im Baltikum die Geschäfte der Junker und Bourgeoisie besorgen, und die des Ententeimperialismus dazu. Gegen die Feinde im innern: die Gegenrevolutionäre aller Art, die mit dem Kapitalismus und Imperialismus der ganzen Welt ein Herz und eine Seele sind und sich mit ihm gegen die Sowjetrepublik verschworen, die einen um das alte Gewalt- und Korruptionssystem des Zarismus wieder aufzurichten, die anderen um eine neue Herrschaft der Ausbeutung und Unterdrückung durch die Bourgeoisie zu begründen. Das sozialistische Rußland muß sich wehren, muß tun, was nach Marx eine Notwendigkeit für die revolutionäre Arbeiterklasse ist: „Hände niederschlagen".

Gleichzeitig aber muß es alle gesellschaftlichen Vergangnisse umwälzen, muß es die kapitalistische in die sozialistische Ordnung überleiten. Eine Riesenaufgabe das allein schon, mit Riesenschwierigkeiten, die geradezu ungeheuerlich vermehrt und getürmt werden durch den Krieg an den Fronten, durch den offenen und geheimen Bürgerkrieg und die Zerrüttung aller Verhältnisse, die die furchtbare Hinterlassenschaft des Zarismus und der Beteiligung Rußlands am Weltkrieg sind. Daß trotzalledem und alledem die russischen Kommunisten unverzagt, hingebungsvoll, mit großer Leidenschaft am Werk des Aufbaues sind, in all Bereich für die unüberwindliche schöpferische Macht des Sozialismus, nur die geistigen und sittlichen Kräfte, die er in seinen Bekennern weckt und werden läßt. Kräfte, die sich verdoppeln, verzehnfachen, und deren bei Kampf und Arbeit immer höher tragende Flagge leuchten.

Die bürgerlichen Blätter und mit ihnen die sozialdemokratischen Organe der Ebertiner schweigen in Schilderungen des „bolschewistischen Terrors" und der Nöte, die der Sozialismus nicht zu bannen vermöge. Sie schweigen in allen Sprachen und Tönen von der aufbauenden Arbeit, die tagtäglich in Rußland geleistet wird, und die auf das Ziel gerichtet ist, den Kapitalismus durch den Sozialismus zu überwinden. Das Wissen darum könnte die Tardenden begehrlich machen. Der Aufklärungsunterricht der Tatsachen könnte sie wachrütteln und vorwärtsreißen zum Kampfe für die ganze Revolution, als zum Kampfe für ganzes Recht. Wir geben nachstehend einen gedrängten Überblick über Maßnahmen der Sowjetrepublik, die unsere Genossinnen besonders interessieren. Dank der Diktatur der „ungebildeten" Arbeiter und Bauern werden in Rußland Forderungen Wirklichkeit, denen sich die durch „Besitz und Bildung ausgezeichneten Klassen" in dem kapitalistischen deutschen Reich der Reichen zum Teil noch immer in harter Gegnerschaft entgegenstemmen.

Kann daß die russischen Proletarier und Bauern die Staatsmacht in die eigene Hand genommen hatten, wendete auch die revolutionäre Regierung ihre besondere Aufmerksamkeit der sozialen Fürsorge für Mutter und Kind zu. Sie wurde dabei von der Erkenntnis geleitet, daß es heiligste Pflicht der Gesellschaft sei, nicht bloß unsäglichem Gegenwartselend ungezählter Frauen und Kinder zu steuern, sondern auch mit der leiblichen und seelischen Gesundheit von Mutter und Kind unschätzbare Zukunftswerte zu bewahren und zu entwickeln.

Die soziale Fürsorge für Mutter und Kind wurde von der Regierung zwei besonderen Sektionen zugewiesen — Abteilungen, Departements oder Unterstaatssekretariaten nach westeuropäischer Benennung — die dem Volkskommissariat für soziale Fürsorge unterstehen. Dieses Ministerium ist eine Neuschöpfung der Revolution. Solange der Zarismus herrschte, war die besitzlose Bevölkerung, wenn des Lebens Nöte sie überfielen, auf die demütigenden Spenden von Reichen und Gutherzigen und Wohltätigkeitsvereinen angewiesen. Diese Spenden waren nicht nur bitter, sondern oft auch recht karg, alles in allem doch nur Tropfen, die auf dem glühenden Stein des Massenelends verdunsteten, ohne es im großen Umfange zu mildern, geschweige denn zu beseitigen. Zu den Errungenschaften der ersten Revolution des russischen Proletariats im Jahre 1905 gehörte die gesetzliche Krankenversicherung der Industriearbeiterschaft. Je-

doch die 1906 triumphierende Gegenrevolution sorgte dafür, daß dieser Versuch einer Sozialgesetzgebung in kümmerlichen Anfängen stecken blieb. Erst durch die Revolution vom Oktober-November 1917 sind die Hilfs- und Fürsorgebedürftigen aus den Niederungen des Almosenempfangens auf die Höhe des Rechtsanspruchs gehoben worden. Das diktierende Proletariat schaffte die Pfennigwohltätigkeit ab und setzte an ihre Stelle die Pflicht des Staats, der Gesellschaft zur Fürsorge für alle hilfsbedürftigen arbeitenden Bürger und Bürgerinnen.

Die Organisation des Volkskommissariats für soziale Fürsorge ist durch **Bestimmungen über die soziale Fürsorge für Arbeitende** geregelt, die am 31. Oktober 1918 vom Rat der Volkskommissare — der Regierung — bestätigt worden sind. Danach erstreckt sich die soziale Fürsorge ausnahmslos auf alle Schaffenden, die ihren Lebensunterhalt durch eigene Arbeit und nicht durch die Ausbeutung fremder Arbeit gewinnen. Da die Einführung der allgemeinen Arbeitspflicht und die Überführung der kapitalistischen Unternehmungen in Gesellschaftsbesitz darauf hinwirken, daß alle heutigen ausbeutenden, arbeitslosen Bourgeois in Arbeitende verwandelt werden, so wird die soziale Fürsorge in nächster Zukunft die gesamte Bevölkerung Rußlands erfassen. Wir geben einige allgemeine Bestimmungen der sozialen Fürsorgeorganisation wieder, weil sie dem **arbeitenden**, den **berufstätigen Frauen** zu gute kommen, den gesetzlichen Arbeiterinnenschutz ergänzen und damit ein wertvolles Stück **Mutterschutz** bedeuten.

Die soziale Fürsorge tritt in allen Fällen ein, wo die Arbeitenden nicht mehr als Schaffende, Tätige ihren Unterhalt sicherstellen können, mag es sich nun um vorübergehende oder um dauernde Arbeitsunfähigkeit und Arbeitsbehinderung handeln. Bei Krankheit, Unfall, Verletzung und Verstümmelung, Altersgebrechen aller Art, unfreiwilliger Arbeitslosigkeit usw. haben die Betroffenen ein Anrecht auf soziale Hilfe. Die Unterstützung im Falle von unverschuldeter Arbeitslosigkeit wird bis zum Tage neuer Beschäftigung gezahlt, und zwar in der Höhe des niedrigsten tarifmäßigen Lohnes am Orte. Dauernde volle Arbeitsunfähigkeit wird berechnet, wenn mehr als 60 Prozent der Arbeitsfähigkeit eingebüßt worden sind. Die Rente beträgt in diesem Falle monatlich den fünfundzwanzigfachen Betrag des mittleren Ortstageverdienstes. Bei 45—60 Prozent Arbeitsunfähigkeit stellt sich die Rente auf dreiviertel, bei 30—45 Prozent auf ein halb, bei 15—30 Prozent auf ein fünftel der vollen Rente. Arbeitsunfähige in Folge von Krankheit, Unfall usw. erhalten bis zum Tage ihrer Wiederherstellung Unterstützung in der Höhe ihres ausfallenden Verdienstes. **Das Gleiche gilt für Schwangere und Wöchnerinnen während acht Wochen vor und acht Wochen nach der Niederkunft**, falls sie körperlich arbeiten, während nur 6 Wochen für alle anderen Schwangeren und Wöchnerinnen. **Die volle unentgeltliche ärztliche Behandlung von Schwangerschaftsbeschwerden, Nachwirkungen der Entbindung usw.**, ist den Müttern durch die allgemeinen Bestimmungen **gesichert**, ebenso selbstverständlich die **unentgeltliche Geburtshilfe durch Hebamme und Arzt**. Die Organe der sozialen Fürsorge haben die Aufgaben, Vorbeugungsmaßregeln gegen Erkrankung, Unfall usw. anzuordnen und der gesamten Bevölkerung ärztliche Beratung und ärztlichen Beistand jeder Art zu vermitteln, angefangen von der ersten Hilfeleistung bei plötzlicher Erkrankung bis zur Behandlung durch Spezialärzte in Ambulatorien, Sanatorien und Kurorten. Den Arbeitenden steht außerdem das Recht zu auf unentgeltliche Arznei- und Hilfsmittel, sanitäre Gebrauchsgegenstände, künstliche Gliedmaßen usw. Man ersieht aus diesen allgemeinen Bestimmungen, wie groß das Maß der sozialen Fürsorge ist, das der arbeitenden Frau, der Berufstätigen, der Hausmutter zuteil wird, um sie gesund zu erhalten und gesund zu machen. Es liegt auf der Hand, daß diese Maßnahmen bewahrte oder wiederhergestellte Gesundheit und Kraft für die Aufgaben der Mutterschaft bedeuten. Wenden wir uns nun zu den besonderen Einrichtungen zum Schutze für die Mutter und das Kind, die Sache der beiden Sondersektionen des Ministeriums für soziale Fürsorge sind.

Die ersten Schritte zu diesen Einrichtungen geschahen bereits im Dezember 1917, nur wenige Wochen nachdem das Proletariat unter Führung der tatkräftigen Bolschewiki die Staatsmacht erobert hatte. In steter Fühlung mit sachverständigen Genossinnen und Genossen — darunter **Alexander Kollontay** — setzte die Regierung damals einen fünfgliedrigen **Ausschuß für Schutz und Sicherstellung der Mutterschaft und Kindheit** ein, dessen Aufgabe sein sollte: „Die Fragen zu bearbeiten und die unaufschiebbaren Maßnahmen durchzuführen, die dem Schutz und der Sicherstellung der Mutterschaft als sozialer Funktion gelten, wie dem Schutz der Kindheit als einer unmittelbaren und unabweisbaren Pflicht des Staates.“ Dem Ausschuß wurde aufgegeben, innerhalb der Hauptverwaltung des Volkskommissariats für soziale Fürsorge eine besondere **Abteilung für Mutter- und Kinderschutz** einzurichten. Dieser Abteilung sollte alles Material zur Frage zugeführt werden, wie auch das Vermögen und die vorhandenen Geldmittel des früheren altrussischen Kuratoriums für Mutterschutz, einer Wohlfahrtseinrichtung, die aus öffentlichen Mitteln unterstützt worden war. (Schluß folgt).

Notizenteil.

Vom Schlachtfeld des Klassenkampfes.

Nach der tapferen „Republik“ Wilhelm Herzogs und anderen Blättern, die das bürgerlich-kapitalistische Gewaltregiment nicht als der volutionen Weisheit höchsten Schluß zu feiern vermochten, soll nun auch die „Kommunistin“ gegen die Mauer gestellt werden. Die mit der Beschnüffelung und Bespitzelung der Presse Beauftragten um den „Arbeiter“ Noske haben das Erscheinen und den Inhalt der „Kommunistin“ mit Mißfallen bemerkt. Wir würden uns schämen, wenn es nicht der Fall wäre, denn der Blutstrom des Weltkriegs scheidet uns von diesen Gesellen. Der Redaktion gingen diese beiden Schriftstücke zu:

Der Polizei-Präsident
Abteilung I. A.
Tagebuch 1384. I. A. a. 1919.

Berlin, den 29. Juli 1919.
C. 25.

An Frau

Klara Zetkin,

Stuttgart.

In der Anlage übersende ich auftragsgemäß Abschrift einer Verfügung des Oberkommandos Noske vom 16. Juni 1919.

Im Auftrage

gez.: Roder.

Abschrift zu Nr. 1384. I. A. a. 1919.

Oberkommando Noske.
I. c. Nr. 11242 A. I.

Berlin, den 16. Juli 1919.

Auf Grund des § 9 b des Gesetzes über den Belagerungszustand wird der Vertrieb der Zeitschrift „Die Kommunistin“, die in Stuttgart gedruckt wird, für Berlin verboten. Die noch vorhandenen Exemplare der letzen Nummern sind zu beschlagnahmen.

Dem Polizeipräsidium zur Kenntnis und Benachrichtigung der Herausgeberin Klara Zetkin in Stuttgart, Wilhelmshöhe, Post Degerloch.

gez. von Lüttwitz,
Oberbefehlshaber.

Unsere Antwort darauf haben die Genossinnen und Genossen an der Spitze dieser Nummer gelesen. Wir kämpfen weiter. Nun erst recht!

Über das ordnungsstiftende Walten der Reichstruppen in Hamburg geht uns von der **Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit** diese Zuschrift zu:

„Frau Frieda F. fuhr am 1. Juli im Hamburg von einer Theatervorstellung in einem Auto nach Hause. Das Auto wurde durch eine Sperrkette an einem der Drahtverhau der Hamburger Straßen aufgehalten und der Wachtposten verlangte von Frau F. einen Ausweis, daß sie berechtigt sei, innerhalb der Sperrzeit für Straßenverkehr, abends 10 bis früh 4 Uhr, zu passieren. Frau F. erklärte, solchen Ausweis nicht zu haben, jedoch sich durch telephonischen Anruf bei ihrem Mann legitimieren zu wollen. Der Posten führte sie zum nächsten Wachtlokal. Hier wurde ihr Ersuchen sich mit ihrem Mann telephonisch zu verständigen, in brüsker Form abgeschlagen. Der stationierte Feldwebel duzte und schimpfte Frau F. Als sie sich dies verbat, wurde der Ton noch ausfallender, worauf Frau F. in ihren Antworten den Feldwebel ebenfalls mit „Du“ anredete. Hierauf versetzte der Feldwebel Frau F. einen Faustschlag ins Gesicht, der ihr einen Zahn ausbrach und das linke Auge traf, sodaß es blau-rot aufschwoll und Nase und Backe eine blutige Hautwunde erhielten. Die empörte Frau erwiderte diese Brutalität, indem sie gleichfalls mit erhobener Hand auf den Feldwebel losging. Aber bevor sie ihn erreichen konnte, wurde ihr eine wollene Militärdecke über den Kopf geworfen, 5 bis 6 Soldaten packten zu, man hob die Röcke auf und peitschte Frau F. mit Reitpeitschen auf Gesäß und Oberschenkel. Darnach wurde sie weiter mit Fußtritten und unflätigen Reden traktiert, z. B.: „wenn du ein Mann wärest, hätte ich dir ein paar blaue Bohnen in den A . . . gefeuert“ usw. Die mißhandelte Frau bat um etwas Wasser, höhnisch hieß es, die Wasserleitung sei gesperrt, um einen Stuhl,

Stühle seien nur für die Wache da, wurde geantwortet. Darauf ordnete der Feldwebel an, 6 Mann gehen mit, denn Frau F. könnte ohnmächtig werden. Mehrfach wurde sie noch von einem Wachtlokal zum andern geschleppt, bis sie 3 Uhr nachts auf der Katharinenwache eingeliefert wurde. Laut ärztlichem Zeugnis, ausgestellt von Herrn Oberstabsarzt T. ist der Körper von Frau F. von zahlreichen fingerbreiten, 20—30 cm langen Peitschenstriemen bedeckt, die, teils blutunterlaufen, teils offene Wunden, nach 8 Tagen noch nicht vernarbt und vergangen waren. Zwei Tage mußte Frau F. liegen, von Tritten, Püffen und Stößen in den Rücken ergaben sich weitere schmerzhafte Schäden, ganze Strähne Haare sind bei den Mißhandlungen der Frau ausgerissen, außerdem fanden die uniformierten Herren Geschmack an der Uhr und der Börse Frau F's, mit Mk. 210, welche andern Tags auch Herr F. bei der selbstverständlichen von ihm eingeleiteten Beschwerde nicht wiedererlangt hat.

Soweit sind wir also jetzt in der deutschen Kultur gekommen, daß wir Männer unter uns haben, die feig und brutal sind, über eine Frau herzufallen und sie zu peitschen.

Unter dem Kommando des Afrikaners von Lettow-Vorbeck hat sich dieses Vorkommnis bisher noch ungeahndet ereignet. Herr von Lettow-Vorbeck hat seine Mannschaft mit Reitpeitschen versehen, für unmittelbare Strafexekutionen nach eigenem Gutdünken, damit **beim schießen nicht soviel getötet oder schwer verwundet werden**, afrikanische Methoden im Mutterlande „Kolonialersatz“.

Was werden bei dieser Sache die deutschen Frauen tun? Werden sie diese Streiche, von denen jede von ihnen getroffen wird, ohne Widerspruch entgegen nehmen? Und was tun die deutschen Männer? Wird sich in ihren Reihen kein nennenswerter Protest gegen dieses neue Dokument unserer Militärdiktatur erheben? Wer nicht abrückt von den Tätern dieser gemeinen Tat, der trägt mit an ihrer Verantwortung, der stellt sich in eine Reihe von solchen Männern, die fähig sind, sich tätlich an einer Frau zu vergreifen.“

Wir sind unsererseits nicht im unklaren über das, was jene tun werden, die sich mit Vorliebe und einer besonderen Betonung deutsche Frauen und Männer zu nennen pflegen. Sie werden bestenfalls von dem rohen Feldwebel und seinen bestialischen Spießgesellen abrücken und deren Schandtaten als „beklagenswerte Auswüchse“ preisgeben. Jedoch sie werden nun und nimmer von der Militärdiktatur abrücken, deren unvermeidliche Früchte solche Auswüchse sind. Denn diese Militärdiktatur dünkt ihnen jetzt das einzige Mittel, die kapitalistische Ausbeutungsgewalt zu erhalten. Die Militärdiktatur mag alle Gebote der Gesittung alle Menschlichkeit, alle Ideale zerstampfen, wenn sie nur den Geldschrank schirmt.

Das Korps Lettow-Vorbeck hat zur „Rechtfertigung“ den bürgerlichen Zeitungen diese Erklärung geschickt. „Der Fall der Mißhandlung der Frau Dr. Freundlich hat besondere Erregung hervorgerufen. Die gerichtliche Untersuchung hierüber ist dadurch erschwert und verlangsamt worden, daß Frau Freundlich, die „animiert“ war, den Ort, an dem die Mißhandlung stattfand, nicht angeben kann. Nach bisherigen Feststellungen **scheint** aber auch Frau Freundlich, die bis vor einigen Jahren unter Kontrolle der Sittenpolizei stand, die Soldaten durch Worte und Taten erheblich gereizt zu haben.“

Diese Einsendung rechtfertigt gar nichts. Wie viele gut bürgerliche Herren und Damen — darunter Offiziere — müßten wegen „animierter“ Stimmung ausgepeitscht werden, sollten die „Erziehungsmethoden“ des Korps gelten. Und wenn frühere geschlechtliche Niedrigkeit, wenn frühere Prostitution ein Grund für schwere Mißhandlungen wäre, welche grausamen Strafen müßten dann sehr viele Zierden der bürgerlichen Gesellschaft treffen!

Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

Die Reichs-Frauenkonferenz der deutsch-österreichischen Genossinnen ist wegen verschiedener äußerer Hindernisse bis zum Herbst verschoben worden. Sie soll dann einen Tag vor dem Parteitag der Sozialdemokratie stattfinden. Den Genossinnen ist in der „Arbeiterinnen-Zeitung“ nahegelegt worden, bis dahin sowohl in dieser wie auch in Zusammenkünften und Versammlungen die Hauptfragen zu erörtern, mit denen die Konferenz sich zu beschäftigen haben wird. Es sind dies die gemeinsame politische Organisation der Frauen mit den Männern, die durch die Revolution möglich geworden ist und die Erscheinungsform der „Arbeiterinnen-Zeitung“.

Das Organ der Genossinnen hat seine Bedeutung und seinen Wert durch die steigende Verbreitung erwiesen. Es hat eine Auflage von 100 000 erreicht. Soll es nach dem bevorstehenden Übertritt der Genossinnen zur sozialdemokratischen Partei noch weiter erscheinen, und wie oft? Es herrscht Einstimmigkeit unter den Genossinnen, daß das Erscheinen einer aufklärenden und schulenden sozialistischen Frauenzeitung mehr als je eine Notwendigkeit ist. Die Frauen strömen in großer Zahl der Sozialdemokratie zu, und ihre politische Gleichberechtigung stellt ihnen neue, wichtige Aufgaben. Die Meinungen gehen nur darüber auseinander, ob die „Arbeiterinnen-Zeitung“ statt vierzehntägig wie seither, künftig allwöchentlich oder aber einmal im Monat in größerem Umfange erscheinen soll.

Was die Frage der gemeinsamen Organisation anbelangt, so betont die „Arbeiterinnen-Zeitung“ namentlich, mit Recht, daß die eigene Aufklärungs- und Werbearbeit der Frauen unter den Frauen nicht aufgegeben werden dürfe, ferner daß weibliche Funktionäre an der Einkassierung der Beiträge, den Verwaltungsarbeiten usw. der Genossen ihren Anteil nehmen müssen. Sie schreibt u. a.: „Nie wird darauf verzichtet werden können, daß zur Aufklärung und sozialistischen Schulung der Frauen besondere Wege eingeschlagen werden, solange der Sozialismus nicht verwirklicht ist. Eigene Vorträge, Diskussionen und Versammlungen für Frauen, wo alle die Frauen speziell berührenden Fragen zur Erörterung gelangen, werden noch lange notwendig sein, denn so wie früher werden Mann und Frau **nicht gleichzeitig** ihren Bildungsbestrebungen nachgehen können. Obwohl die Revolution viel geändert hat, ist es doch noch so, daß die Frauen in Gegenwart der Männer meist nur Zuhörende sind und nur zur tätigen Mitarbeit gelangen, wenn sie speziell dazu geschult werden. Die Genossen, respektive die Parteiinstanzen werden da hilfreiche Hand bieten und Entgegenkommen zeigen müssen“.

Unsere deutsch-österreichischen Genossen empfinden es schmerzlich, daß durch den Machtspruch des Ententeimperialismus die arbeits- und kampftüchtigen Sozialistinnen in **Deutschböhmen**, **Mähren** und **Schlesien** aus dem gemeinsamen Verband gerissen werden. Aber sie wissen, daß sie mit ihnen in ihrem Ziel, dem Sozialismus, fest verbunden bleiben. Keine politischen, gewaltsam aufgerichteten Grenzen können die innere Einheit zerstören. Von diesem Bewußtsein getragen, werden die deutsch-österreichischen Genossinnen diesseits und jenseits der künstlich errichteten Schranken ihre Pflicht im proletarischen Befreiungskampf weiter tun. Die eines Teils ihrer Kerntruppe, den Textilarbeiterinnen, Porzellan- und Glasarbeiterinnen usw., beraubten Genossinnen in dem kleingewordenen Deutschösterreich werden mit Ernst und Eifer die Fragen prüfen, die durch den bevorstehenden Beitritt zur sozialdemokratischen Partei in den Vordergrund des Interesses geschoben wurden. Sie sind überzeugt, daß die Beschlüsse der Reichs-Frauenkonferenz die Zustimmung des Parteitags finden werden.

Feuilleton

Heidelied.

Aus dem Holländischen von E. B. Koster. **Deutsch von R. Nuben.**

Wo die wilde Biene summt,
Da ist mein Gebiet,
Klänge von der Heide
Klingen durch mein Lied.

Wo die wilden Blumen blüh'n,
Da ist mein Gebiet,
Düfte von dem Heidekraut
Strömen durch mein Lied.

Wo der wilde Wind weht,
Da ist mein Gebiet,
Rauschen von dem Heidewind
Säuselt durch mein Lied.

Farben, Klänge, Düfte,
Wirbeln durch mein Lied;
Fühlt ihr, wie die Verse
Heideglück durchzieht?

Das Meer.

Von W. Korolenko.

Das Meer grollte, das Boot wiegte sich leicht in der Bucht, der Mann feilte, und auf der Mauer suchte der Wächter Schutz in seiner Hütte vor den Stößen des Sturmes.

Der Gefangene hatte jetzt den letzten Stab durchfeilt. Entschlossen schwang er sich auf die Fensterbrüstung und warf noch einen letzten Blick in die Zelle zurück, die er in endlos scheinenden Tagen und schlaflosen Nächten ungezählte Male durchschritten hatte; nach dem harten Lager mit dem Strohsack; nach dem schwachbrennenden Lämpchen, das in dem engen kahlen Raum traurig flackerte. Nach einem kühnen Satz befand er sich draußen auf der Erde.

Das Wüten des Sturmes machte den Mann wanken. Jetzt erst kam es ihm zum Bewußtsein, was ihm bevorstand. Dort in der Zelle hatte er die Gewalt des Orkans nicht stark empfunden. Er fühlte sich plötzlich macht- und kraftlos. Ihm schien das Dunkel noch dunkler, der Sturm noch gewaltiger, das Grollen des Meeres noch stärker. Der Mann schlich in der Dunkelheit am Fuße der Mauer dahin und duckte sich an der Ecke nieder. Weit und breit um sich her sah er nur das graue, aufgewühlte Meer und das Gemäuer des Turmes.

Und das Meer führte seine tosende Zwiesprache mit dem Felsen am Ufer weiter. Tausende von Stimmen, sich vermischend in einem heranflutenden dumpfen Ton erschollen von weit her, wo das Dunkel sich tief herniederneigte über die weißen, zischenden Häupter der Wellen, die einander zu jagen, zu haschen schienen. Eine zahllose Menge phantastischer, belebter Ungeheuer, so schien es, stritten über etwas, und dieser Streit, so verworren und unverständlich er war, machte den Mann erzittern durch seine elementare Gewalt. Er konnte sich nicht losreißen von dieser Finsternis, die voll war von Tönen und gespenstigem Leben. Und plötzlich überfiel eine riesige Welle das Ufer, wie ein Tier, mit gebogenem Rücken und phosphorglänzendem Schweif.

Einen Augenblick verschwand alles im Wasser und in tausendstimmigen Tönen. Der Mensch drückte sich an den Felsen, im furchtbaren Schreck des Augenblicks alles vergessend, ja sein Leben.

Das Ungeheuer, das aus dem Dunkel sich erhoben hatte, blieb einige Augenblicke Herr, alles überschüttend mit seinen Tropfen und übertönend mit dem Geräusche seines Falles. Dann war es gewesen.

Das Meer trat wieder zurück. Das Tosen verstummte, die weißen Häupter der Wellen glätten sich, und Steine, vom Felsen losgerissen, fielen rollend ins Meer ...

Mit heißem, sehnsuchtsvollem Blick folgte der Mann, an die Mauer gelehnt, den zurückgleitenden Wellen. Sie schienen ihn mit ihrem Geplätscher hinauszurufen in die Freiheit. Und als die Flut sich von neuem nahte im Ansturm der Wellen, schmiegte er sich abermals an die Mauer. „Bleib hier!", flüsterte diese ihm zu, „hinter mir ist Ruhe und Stille, dort Unruhe und Gefahr!"

Der Schrecken vor der grausen, erregten Elementargewalt hatte die freiheitsdürstende Seele des Mannes gefangen genommen. Einen Augenblick schwankte er, aber ein Blick nach der Zelle, aus der er entflohen, gab ihm seinen früheren Mut zurück, und das Brausen des Meeres schien ihm jetzt wie ein brüderlicher Ruf.

Der Mann stürzte zum Boot und löste die Kette. Das Boot lag in einer kleinen Bucht. Die Festung sprang schroff vor ins offene Meer, gerade in der Richtung aus der der Sturm gegen das Ufer anbrauste. Die Mauer hielt ihn auf, und hinter ihr war das Meer verhältnismäßig ruhig. Nur weiter draußen vom Ufer entfernt stieß der Wind, dessen Gewalt von der Mauer gebrochen wurde, wieder aufs offene Meer. Dort konnte man wieder weiße Wellenhäupter erblicken.

Der Flüchtling prüfte mit raschem Blick das Boot: es war in Ordnung. Ein Strandbewohner hatte es anscheinend gebaut. Das Segel lag auf dem Bootsboden, die Ruder waren eingezogen. Das Steuer schaukelte sich, von den Wellen bewegt, in Erwartung einer kundigen Hand.

Noch einmal spähte der Mann ins dunkle Meer hinaus ... Jetzt schwankte er nicht mehr, er hatte sich entschieden; er berechnete.

Ein neuer Anprall des Sturmes. Der Mann sprang ins Boot, wandte es dem fernen Ufer zu, stellte das Segel und ergriff das Steuer. Als die Insel unter der Gewalt der anstürmenden Wogen erzitterte, war er zur Abfahrt fertig. Wieder zerschellten und zerstäubten die Wasser in abertausend Tropfen unter Tosen. Eine große Welle schlug gegen das Boot und hob es hoch empor. Es erzitterte, blieb stehen und schoß plötzlich wie ein Pfeil ins Dunkel hinaus ... Das Segel blähte sich straff und stramm, wie angewurzelt stand der Mann am Steuer.

Ein paar Augenblicke vergingen. Der Flüchtling wandte sich um, ohne den Gedanken an eine Rückkehr. Die Festung starrte nach ihm wie ein großes schwarzes Ungeheuer. Bald sah er nur noch den rötlichen Schimmer, der aus seinem Kerker strahlte. Doch die Schnelligkeit, mit der sein Boot dahinglitt, ließ Festung und Lichtschein bald im undurchdringlichen Dunkel verschwinden. Die Wassergrenze, hinter der ihn die volle, hemmungslose Gewalt des Sturmes erwartete, lag nahe vor ihm. Doch das, was er hinter sich gelassen hatte, diese tödtliche Ruhe und Stille, war schrecklicher als der größte Aufruhr des Ozeans. Hier draußen wartete seiner ein Kampf mit dem Tode um sein Leben, dort drinnen blickte ihn der Tod selbst an im dämmrigen rötlichen Lichtschein. Der Kiel des Bootes hob und senkte sich jetzt auf schaumgekrönten Wellen. Der Flüchtling blickte entschlossen und fest in die Weite. In diesem Augenblick schien er mit dem Boot verwachsen, ein Teil des Bootes selbst. Er fühlte die Kälte der Wellen, die an die Seitenplanken des Bootes schlugen, er wiegte sich mit dem Wiegen des Kiels, der in die dunkle Tiefe tauchte, seine Brust weitete sich vor dem Ansturm des Windes, der das Segel blähte. Das beflügelte Ding, aus Holz und Segeltuch, durch eines Menschen sicheren Blick und feste Hand beseelt, stürzte in den offenen Rachen des Ozeans.

Mutig auf Posten!

Das Steuer senkte sich, knirschte und stand wie festgeschmiedet. Der Mast knarrte und bog sich nieder, um sich gleich darauf wieder gerade aufzurichten. Das Boot stieg fast senkrecht in die Höhe, es pfiff der Kiel, die Wogen durchschneidend, und wie ein Vogel wiegte sich das Fahrzeug oben auf dem Kamm der Welle.

Da stand es still. Die mächtigen rasenden Gewässer schienen mit ihm zu spielen und sich an ihm zu ergötzen. Einen Augenblick nur. Doch in der Brust des Mannes erwachten Empfindungen für ein ganzes Leben! Und gleich darauf ein Dröhnen hinter ihm. Die Luft erzitterte davon, der Ton rollte über das Meer dahin, der Donner eines Schusses sprang über die zahllosen Häupter der Wellen ...

Hell beleuchtet stiegen die Wogen empor, erglänzten in rotem Lichte und verloschen, vom Dunkel ringsum verschlungen.

Das Boot sauste hinab in den Abgrund und hob sich wieder mit der Welle. Der Mann warf abermals einen Blick hinter sich. Die Insel und das Gefängnis waren jetzt verschwunden. Die Hand des Mannes drückte fest auf das Steuer. Ihm schien, als müsse das Eisen unter diesem Drucke zerschmelzen. In seiner Brust erhob sich ein nie empfundenes Gefühl der Freude. Laut und unbewußt schrie er hinaus ins Meer ...

Er war allein — allein, weit und breit, allein mitten im unbegrenzten Ozean, in der Gewalt des Sturmes und seiner eigenen Kraft. Er hielt sein Schicksal in seiner Hand —, und diese Hand zittert nicht, sein Auge wird ihn nicht im Stich lassen. Von Welle zu Welle, von Abgrund zu Abgrund ...

Der Himmel war dunkel, das Meer grollte, und soweit der Blick reichte war nichts als Finsternis und das triumphierende, nimmerrastende, unersättliche Brausen der Wellen.

* * *

Am andern Morgen ging die Sonne am klaren, wolkenlos blauen Himmel auf. Der Sturm war verstummt, das Meer beruhigt.

Die feuchten Steine der Festung glänzten im hellen Sonnenlicht. Die blauen Wogen schmiegten sich, leise plätschernd zu Füßen der Mauer, blitzend und mit den goldigen Strahlen spielend. In der Ferne erhob sich das Ufer des Festlandes. Die Berge prangten in saftigem Grün, überall lachte frisches Leben, erstanden aus stürmischer Nacht.

Auf der Mauer der Festung stand ein neuer Posten. Ein kleiner Dampfer, dem Ufer zustrebend, ließ eine lange Rauchfahne hinter sich.

Der Fischer, der in der Nacht vor der Unbill des Wetters in der Festung Unterkunft gefunden hatte, stand am Ufer und spähte ins Meer hinaus. Sein Boot war verloren, doch er dachte nicht an das Boot. Er betrachtete das blitzende, lachende Meer, gedachte des gestrigen Sturmes und — des Entflohenen.

Wo mochte dieser jetzt weilen? Lag er wohl auf dem Grunde des Meeres, oder befand er sich schon in der Ferne, auf den Bergen und ließ seinen Blick zurück über diesen finsteren Bau schweifen?

Wo er auch sein mochte, wohin ihn das herrliche, grausame, gewaltige Meer auch getragen hatte — er hatte gelebt! Statt Jahre qualvollen Hindämmerns hatte ihm das Meer Augenblicke vollen, ganzen sprühenden Lebens geschenkt.

Inhaltsverzeichnis: Trümmer. — Räte und Sozialisierung (Schluß). — Soziale Fürsorge für Mutter und Kind in Sowjetrußland. — Vom Schlachtfeld des Klassenkampfes: Nach der tapferen Republik; Über das ordnungsstiftende Walten der Reichstruppen. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland: Die Reichs-Frauenkonferenz der deutsch-österreichischen Genossinnen. — Feuilleton: Heidelied; Das Meer (Schluß).

Nummer 10 **Preis 15 Pfg.**

Die Kommunistin

Frauenorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Herausgegeben von Klara Zetkin

Die Kommunistin erscheint am 1., 11. und 21. eines jeden Monats. Preis der Einzelnummer 15 Pfennig, durch die Post bezogen vierteljährlich 1.20 Mark (ohne Bestellgeld)

Stuttgart, 21. August 1919

Zuschriften für die Redaktion an Klara Zetkin, Wilhelmshöhe, Post Degerloch b. Stuttgart. — Zuschriften für den Verlag an Anna Stegmaier, Stuttgart, Ostendstr. 70.

An die sozialistischen Frauen aller Länder!

Genossinnen!

Noch sind die Verkehrshindernisse und andere Schwierigkeiten nicht vollständig beseitigt, die als Begleiterscheinungen des Weltkriegs die Beziehungen zwischen den Sozialistinnen der verschiedenen Länder in schwerster Weise beeinträchtigt, ja zum Teil unmöglich gemacht haben. Aber immerhin ist eine Erleichterung des Verkehrs da, und die Zeit scheint nahe, wo keine äußeren Umstände mehr es hindern werden, daß die Genossinnen der einzelnen Länder frei miteinander verkehren können.

Genossinnen, Schwestern, wir müssen bereit sein, die Situation dazu zu nützen. Die alten Verbindungen müssen gefestigt, neue stärkere Bande müssen geknüpft werden zwischen den Sozialistinnen aller Länder. Mehr Arbeit, mehr Kampf für die Verwirklichung des Sozialismus, muß unsere Losung sein. Einheitlichkeit der Arbeit und des Kampfes! Die Ereignisse rufen es uns zu. Die Weltrevolution des Proletariats hat angehoben. Sie geht unaufhaltsam ihren Gang. Sie bringt uns Frauen die volle soziale Befreiung, aber sie bedarf auch unser, um zu siegen. Scharen wir uns zielbewußter, entschlossener und opferbereiter als je um das rote Banner.

Genossinnen, eine Zusammenkunft führender Sozialistinnen aus allen Ländern ist eine nachweisbare Notwendigkeit. Die unter dem Zwange äußerer Verhältnisse so lange hinausgegebene internationale Konferenz muß stattfinden. Die Vorschläge zur Tagesordnung sind Euch seit langem bekannt. Angesichts der Zerklüftung im Lager des internationalen Sozialismus halte ich es nicht für empfehlenswert, die internationale Frauenkonferenz im Anschluß an einen allgemeinen Sozialistenkongreß tagen zu lassen. Sie muß eine selbständige Veranstaltung sein, die fest auf dem Boden des internationalen Sozialismus steht. Als Tagungsland schlage ich im Hinblick auf die praktischen Verhältnisse die Schweiz vor, als Ziel Ende September oder Anfang Oktober. Ich bitte bald um Vorschläge über Tagungsland und Tagungszeit.

Genossinnen, Schwestern, bekundet, daß die sozialistische Fraueninternationale lebt und wirkt, daß sie kraftvoll und geschlossen handeln will. Vorwärts zu Arbeit und Kampf! Hoch der internationale Sozialismus!

Mit sozialistischem Gruß

Klara Zetkin,
Internationale Sekretärin.

Sowjet-Ungarns Sturz.

Den Nutznießern, Gläubigern und Dienern der kapitalistischen Ausbeutungswirtschaft ist Heil widerfahren. Ein überschwenglicher Jubelchor braust durch die bürgerliche Welt. Die Zierden der Deutschen Bank, der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft und der Schwerindustrie fühlen sich in brüderlicher Festtagsstimmung, ein Herz und eine Seele mit den Trustenagenten der Vereinigten Staaten, den Textil- und Stahlfürsten Großbritanniens, den Gruben- und Kreditgewaltigen Frankreichs, den Besitzern der Latifundien und Schwefelgruben in Italien. Das Gespenst scheint zu weichen, das sie alle ängstigt, die ihren Reichtum, ihre Macht, ihre arbeitslose Existenzmöglichkeit ausgebeuteter fremder Arbeit verdanken, sie alle die sich an den Bestand der bürgerlichen Ordnung klammern, oder um ihn besorgt sind, und wäre es auch nur in der verächtlichsten Rolle von Lakaien und Schergen.

Der Kommunismus hat eine Niederlage erlitten. Ein revolutionärer Vortrupp des kämpfenden Proletariats ist geschlagen. Das sozialistische Räte-Ungarn ist nicht mehr. Eine hell lodernde Flamme ist ausgetreten worden, die sich an dem gewaltigen Feuer der russischen Revolution entzündet hatte. Kündet ihr Erlöschen nicht, daß auch jenes Feuer niederbrennen muß, ehe seine fressende Lohe die ganze Welt überfällt und verzehrt? Sowjet-Ungarns Sturz ist der Vorbote des Falls der sozialistischen Räterepublik Rußlands, ist das Hoffnungsspfand, daß der „Bolschewismus" nicht Staat auf Staat erobert und umwälzen wird. Mit der kommunistischen Räteregierung in Ungarn ist der Sozialismus selbst überwunden, vernichtet. Er hat seine Lebensunfähigkeit als gesellschaftserneuerndes, gesellschaftsbildendes Prinzip erwiesen. Die Diktatur des Proletariats, die Räteverfassung sind Schrecken des Chaos, kein Weg, der aus diesem herausführt.

Ist das nicht die Freudenmelodie, die verschieden abgetönt und abgewandelt von allen gesungen und gelallt wird, die bewußt oder unbewußt den Kommunismus hassen, weil sie ihn fürchten? Die schlotternde Angst der Ausbeuter in allen Ländern vor der Revolution als dem jüngsten Gericht über ihre Herrlichkeit entlädt sich in einem Freudentaumel. Wilden gleich tanzen diese Herrschaften berauscht auf dem Grab ihrer erschlagenen Feinde. Seitdem die Versailler Weißgardisten der Thiers und Gallifets die glorreiche Pariser Kommune in Blut erstickten, hat die Welt nicht so einmütigen, tiefempfundenen Jubel der Ordnungsliebenden, Gutgesinnten von Clemenceau bis Hermann Müller, vom Temps in Paris bis zum Vorwärts in Berlin erlebt, wie bei der Nachricht: die Räterepublik Ungarn hat aufgehört zu existieren. Und wie damals, so ergießt sich heute eine Schlammflut von Verleumdungen, Verdächtigungen, Beschimpfungen über die Geschlagenen.

Jedoch, stimmt es denn tatsächlich, was da behauptet wird, daß in Ungarn einige wenige Verworfene und Fanatische mittels brutaler Gewalt die Segnungen der Kultur, der „reinen" Demokratie vernichteten, weil sie ihren Vorteil gemein berechnend oder töricht verblendet die Mehrheit unter das Joch des Kommunismus zwingen wollten? Daß der Sozialismus vor seine praktische

Erprobung gestellt, seine Ohnmacht erhärtet hat, mit den sozialen Übeln fertig zu werden, die Massen aus Nacht und Not zu Freiheit und Kultur zu führen? Daß die Diktatur des Proletariats ihrer Gemeingefährlichkeit überführt vor der Überlegenheit der Demokratie abdanken mußte? Soviel es in dem dichten, unentwirrbaren Gestrüpp unvollständiger, schiefer, erlogener Nachrichten erkennbar scheint, haben auch in Ungarn die Kommunisten nicht das Ziel verfolgt, als Minderheit durch Putsche die Staatsgewalt an sich zu reißen und die Diktatur des Proletariats durch eine Diktatur über das Proletariat zu ersetzen, um Sozialismus auf dem Zwangswege zur Durchführung zu bringen. Ihre Arbeit, ihr Kampf war darauf gerichtet, durch Massenerkenntnis die befreiende soziale Revolution als zielklare Willenstat der ausgebeuteten Massen selbst vorzubereiten. Den Pariser Arbeitern und Kleinbürgern wurde im März 1871 die Staatsmacht als herrenloses Gut in den Schoß geworfen. Den Kommunisten Ungarns wurde im März 1919 sie als harte Pflichtbürde aufgezwungen.

Ist es etwa eine Verschwörung, ein Aufstand gewesen, der unter Führung der Kommunisten zur Aufrichtung der ungarischen Sowjetrepublik geführt hat? Keineswegs. Aus dem Zusammenbruch der Habsburgischen Doppelmonarchie erstand im Herbst 1918 in Ungarn eine Republik, die schwächlichen, bürgerlichen Wesens war. Gleich der Kerenskirepublik in Rußland, dem „neuen Deutschland" des Ebertregiments eine Verkörperung des Ideals jener „reinen" Demokratie, die Herrschaft der Besitzenden mit sozialdemokratischer Verbrämung bedeutet. Die strahlende Schönheit des Ideals wurde durch keinen Schatten der häßlichen Diktatur des Proletariats getrübt und entstellt. Die „reine" Demokratie triumphierte in Gestalt einer Koalitionsregierung von „realpolitisch" und „gerecht" gerichteten Mehrheitssozialisten und bürgerlichen Politikern.

Doch siehe da! Die Ehe zwischen bürgerlicher und proletarischer Demokratie blieb auch in Ungarn unfruchtbar. Die Regierung des demokratischen Grafen Karolyi enttäuschte gleicherweise das Proletariat, das Bürgertum, die Bauernschaft. Zwischen großen Versprechungen und winzigen Taten hin- und hertorkelnd war sie unfähig, durch großzügige wirtschaftliche und soziale Reformen die blutigen Nöte zu bannen, mit denen der Krieg die Massen der Werktätigen überschüttet hatte. Sie war unfähig, durch solche Reformen, durch Entflammung des Glaubens an eine lichtere Zukunft die nationale Widerstandskraft der Bevölkerungsmassen gegen die vorbrechenden imperialistischen Eroberungsgelüste der Rumänen und Tschechoslowaken zu wecken und zu stärken. Denn ihrer Zwitternatur ach so war sie außer Stande, ihre Politik mit fester, starker Hand nach dem großen Ziel zu steuern: Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Ordnung; war sie außer Stande, die Massen der Proletarier und armen Bauern selbst zu Trägern einer entsprechenden Politik zu machen. Kraft und Entschlossenheit bis zur Brutalität gesteigert bestätigte die Regierung der einen Demokratie nur in einem? In der Verfolgung, der Niederbüttelung der Kommunisten, die das Proletariat zum Kampf für eine wirklich sozialistische Politik riefen.

Als Ausgangs März die feindlichen Truppen Budapest ernstlich bedrohten, als zu befürchten war, daß die Herrschaft der Eroberer die Nöte aufs Höchste verschärfen werde, brach die Herrlichkeit der Demokratie kläglich zusammen. Die bürgerlichen Politiker — Graf Karolyi an der Spitze — flüchteten geradezu aus ihren Regierungsämtern. Die ausschlaggebenden Mehrheitssozialdemokraten verhandelten mit den eingekerkerten kommunistischen Führern. Partei- und Gewerkschaftsorganisationen bestürmten diese, mit den Mehrheitssozialdemokraten zusammen die Staatsmacht zu übernehmen. Es kam zu einer Einigung der feindlichen Brüder, zu der die breitesten proletarischen Massen drängten. Die Auffassung der Kommunisten setzte sich siegreich durch. Ungarn wurde zur sozialistischen Räterepublik, die Diktatur des Proletariats trat in Kraft. Genosse Bela Kun und andere Kommunisten verwandelten sich aus Häftlingen in Minister. Eine stürmische Woge enthusiastischer Hoffnungsseligkeit hob die Enterbten und Darbenden in Ungarn über die gähnende Tiefe ihrer Leiden empor. Ein Strom der Begeisterung flutete vom Sowjet-Ungarn aus durch die Welt, überall den Mut, das Selbstvertrauen, den Freiheitswillen der Ausgebeuteten stärkend.

Ob es „weiser", „politischer" gewesen wäre, daß die Kommunisten in Ungarn dem Drängen der Massen widerstanden und nüchtern gerechnet und gewogen hätten? Die Nachrichten sind zu unvollständig, zu ungenau, zu tendenziös zurechtgestutzt, um jetzt schon diese Frage beantworten zu können. Allein wir sind überzeugt, daß unsere Genossen sich der ungeheuren Schwierigkeiten der Lage und ihrer eigenen Verantwortlichkeit bewußt waren. Sollte Sowjet-Ungarn leben, so galt es das schwärzeste Elend zu überwinden, die völlig zerrüttete Wirtschaft aufzubauen, die Gegenrevolutionäre im Lande und die imperialistischen Feinde an den Grenzen niederzuwerfen. Angesichts der wirtschaftlichen Struktur des Landes konnte es zweifelhaft erscheinen, ob die Diktatur des Proletariats, ob die Räteverfassung in dem Bewußtsein breitester Massen genügend vorbereitet und zu einer Macht geworden sei, die Kampf und Opfer für den Sozialismus freudig tragen läßt. Aber es gibt geschichtliche Augenblicke, wo auch für die revolutionäre Vorhut des Proletariats Schillers Wort Bestätigung heischt: „Nichtswürdig ist das Volk, das nicht sein Alles freudig setzt an seine Ehre". Das mögen jene tadeln, ja verfluchen, die länger als vier Jahre mit allen Regierungen durch das Bruderblut des Weltkriegs gewatet sind. Unsere ungarischen Genossen hielten es für ihre Pflicht der Treue zum Proletariat und zum sozialistischen Ideal, ihren Teil an der Staatsmacht zu nehmen, um durch die Diktatur des Proletariats in einer Räterepublik die kapitalistische in die sozialistische Ordnung jung zu hämmern.

Dreifaches Hoffen befeuerte ihre Kraft. Sie erwarteten, es werde der Roten Armee Sowjet-Rußlands gelingen, im Süden soweit vorzudringen, daß die beiden sozialistischen Staaten sich vereinigen könnten. Sie glaubten an ein rasches Fortschreiten der Revolution in Deutschland und an ihr Überspringen auf die Ententestaaten. Sie waren überzeugt, der höchste Idealismus werde die Widerstandskraft der Besitzlosen in Ungarn bis zur Unüberwindlichkeit steigern. Dem Hoffen der ungarischen Kommunisten ist die Erfüllung versagt geblieben. Wohl hat das über Nacht zusammengeraffte Rote Heer Sowjet-Ungarns tapfer gekämpft und manchen glänzenden Erfolg errungen; wohl hat das werktätige Volk, den Blick auf den befreienden Sozialismus gerichtet, Unsägliches heldenhaft erduldet. Auf die Dauer jedoch waren seine Feinde, waren die Todfeinde des Kommunismus die Stärkeren. Enger und enger schnürte sich der eiserne Ring der feindlichen Truppen um das kleine Land zusammen, dem wichtigste Gebiete der Lebensmittelversorgung entrissen waren. Der Friede wurde zur Frage von Leben und Tod, und der Friede war nur für den höchsten Preis zu haben: die Opferung der Räterepublik.

Unbeugsam beharrten die politischen Geschäftsführer der Ententekapitalisten darauf, nicht mit der Räteregierung über den Frieden zu verhandeln. In der kommunistischen Regierung wollten sie die Räterepublik selbst tödlich treffen, mit ihr stand und fiel die Diktatur des Proletariats, die Räteverfassung. Der unversöhnliche Haß der ausbeutenden, für ihre Herrschaft zitternden Bourgeois stellte die Forderung und drückte sie durch. Der Haß der Ausbeuter der ganzen Welt gegen den Sozialismus, der die Ausgebeuteten der ganzen Welt befreit. Henker der Weltbourgeoisie wollten die Ententeimperialisten Sowjet-Ungarn erwürgen. Sein Schicksal sollte die rebellierenden Lohnsklaven aller Länder schrecken. Gewiß: die Räterepublik hätte einen Verzweiflungskampf gegen die erdrückende Übermacht wagen können. Allein dieser Kampf war in Wirklichkeit bereits entschieden, nachdem die Hungerblockade den Massen die Knochen gebrochen, das Blut aus den Adern gesaugt hatte. Der Endkampf wäre zum greuelvollen Schlachten geworden, voller Ruhm, aber ohne Sieg, mit Opferung der Kräfte, die die Zukunft erobern müssen. Die kampfgewohnten, todumlauerten kommunistischen Führer der ungarischen Räterepublik übten die höchste Selbstverleugnung auf das letzte Glück der schweren Stunde zu verzichten: für ihr Ideal kämpfend zu fallen. Die Männer, die von dem schreibenden und redenden Hausgesinde der kapitalistischen Mordordnung als blutdürstige Ungeheuer begeifert wurden, traten von der Regierung zurück, um nutzloses Blutvergießen zu verhüten: Sowjet-Ungarn war gewesen.

Mit Zymbeln und Posaunen verkündeten die bürgerlichen und mehrheitssozialdemokratischen Blätter, die fluchwürdige Schreckensherrschaft der proletarischen Diktatur wurde durch die segensschwere Ordnung der Demokratie abgelöst, die Barbarei eines kleinen kommunistischen Gewalthaufen durch die Kultur harmonischen Zusammenwirkens aller „aufbauenden Kräfte der Gesellschaft." Dieser Fortschritt vom „Irrtum zur Wahrheit" sollte verkörpert und wirksam werden durch eine neue Koalitionsregierung von mehrheitssozialdemokratischen, gewerkschaftlichen Führern und bürgerlichen Politikern. Es fanden sich Sozialdemokraten, Gewerkschafter, die ohne zu erröten aus Brüdern der Kommunisten zu Bundesgenossen der bürgerlichen Parteien wurden, aus Sachwaltern des Proletariats zu Dienern der Bourgeoisie. Jedoch nach dem Sturz der Kommunisten, der Räterepublik fühlte sich die Gegenrevolution der Borgeois und Junker so sicher, daß sie auf das Firmenschild einer bürgerlich-proletarischen Koalitionsregierung verzichten konnte. Sie bedurfte nicht der Augenverblender, sie konnte nackt durch die Gassen schreiten. Die regierenden Mehrheitssozialdemokraten und Gewerkschafter waren tanzende Eintagsfliegen. Unter dem Waffenschutz der in Budapest einbrechenden Rumänenhorden — 40000 Mann stark — hielten die verschworenen junkerlichen Gegenrevolutionäre von Szegedin ihren Siegeseinzug. Nicht die Sozialdemokratie, ja nicht einmal die bürgerliche Demokratie, ein Habsburger gibt als Reichsverweser der neuen Regierung das Gepräge: der nämliche Erzherzog Josef, der während des Kriegs in die Ecke gestellt werden mußte, weil seine Lorbeeren von dem Blute der Truppen troffen, die er mit Maschinengewehren vorwärts in die Schlacht schießen ließ. Die kaum verhüllte Monarchie triumphiert mit dem Segen und Dank der Bajonette des nämlichen Ententeimperialismus, der vorgeblich die Demokratie über Europa tragen wollte. Eindringlich zeigt der opferreiche Anschauungsunterricht der Tatsachen in Ungarn, daß die Diktatur des Proletariats — so lange noch eine Klassengesellschaft besteht — die einzige mögliche Demokratie im Sinne von Mehrheitsherrschaft ist. Noch ehe daß der Hahn dreimal gekräht hatte, entpuppte sich auch dort die von militärischer Gewalt zurückgeführte bürgerliche Demokratie als die gewaltsamende Diktatur der bürgerlichen Minderheit. Der rasende weiße Schrecken offenbart die wahre Natur der „waren Demokratie." Die Kommunisten und Sozialisten, die Arbeiter und Bauern, die verdächtig sind, sich zu ihnen zu bekennen, sind gehetztes Freiwild. Die vom bürgerlichen Eigentumsegoismus gezeugte und genährte Ordnungsbestie feiert Orgien. Was der teure Gottesmann Martin Luther anfeuernd den deutschen Fürsten zur Niederzwingung der revolutionären Bauern zurief — liebe Herren, würgt, schlagt nieder, stecht, haut, brennet, daß keiner entrinne, — es ist die Praxis der mordenden und sengenden Hausen, die die Ententeimperialisten gegen Sowjet-Ungarn entfesselt bewaffnet und kommandiert haben.

Jedennoch trotzalledem und alledem Sowjet-Ungarn ist nicht tot, und es ist siegreich geschlagen. Sein Ruhm und sein Sieg ist seine arbeitende Existenz dieser vier Monate, von denen nicht ein Tag verstrichen ist, ohne daß er durch Maßnahmen zur Fesselung und Vernichtung des Kapitalismus der Verwirklichung des Sozialismus zugestrebt hat. Und das während auch nicht ein Tag zur Rüste gegangen ist, der nicht bittersten, verzweifelten Kampf gegen die vielfach übergelegene Macht der umringenden Feinde gefordert hätte. Erst wenn sich die ganze Summe der Leistungen der ungarischen Räterepublik überschauen läßt, aber auch die ganze Summe der Schwierigkeiten und Gefahren, gegen die sie sich zu behaupten hatte, wird ein Urteil darüber möglich sein, mit welchen Fehlern und Irrwegen im Einzelnen die Praxis beschwert gewesen sein mag. Allein so viel steht heute schon fest. Sowjet-Ungarns Sturz ist nicht das Ergebnis von Mißgriffen im Einzelnen, von Gebrechen und Mängeln des Erkennens und Handelns, geschweige denn von angeblichen „Verbrechen" führender Männer. Die militärische Übermacht des Ententeimperialismus hat ihn durchgesetzt, der als „Weltbüttel" der goldenen Internationale amtiert hat.

Gewiß muß das revolutionäre Proletariat aller Länder auch die einzelnen Lebensäußerungen der ungarischen Räterepublik kritisch bewerten, um aus ihnen zu lernen. Zur Stunde aber, wo auf der ganzen Welt Klasse gegen Klasse steht, die Ausgebeuteten gegen die Ausbeuter, heißt es sich zu Sowjet-Ungarn als ganzer geschichtlicher, revolutionärer Erscheinung zu bekennen. Hie Diktatur des Proletariats, hie bürgerliche Klassendiktatur! Hie Sozialismus, Kommunismus, hie Kapitalismus! Unter Führung von Kommunisten hat Sowjet-Ungarn dem Weltproletariat die Fahne im Kampfe für seine Diktatur, seine Befreiung, sein Endziel vorangetragen. Mögen über seinen Sturz alle frohlocken, die die Ewigkeit der kapitalistischen Ausbeutungswirtschaft wollen. Mögen über seine vermeintlichen oder wirklichen Fehler heuchlerisch alle zu Gericht sitzen, die sich gekränkt fühlen, daß die Revolution in Ungarn wie in Rußland ihre eigenen Wege geht, ohne nach den weisen Rezepten „anerkannter Theoretiker" zu fragen. Das revolutionäre Proletariat darf tief bewegt, trauernd und doch bewundernd seine Fahnen vor dem gefallenen Sowjet-Ungarn senken. In der festen Überzeugung, daß seine kurze Existenz fortwirkendes geschichtliches Leben sein wird, verkörpert in der Erkenntnis, dem Willen, der Tat von werktätigen Massen, denen die Macht eignet, den Kommunismus zum Siege zu tragen. Das blutende, niedergeworfene Sowjet-Ungarn ruft dem Weltproletariat in stolzem Selbstvertrauen zu:

„Bald richt ich mich rasselnd in die Höh!
Bald fehr ich reißiger wieder."

Es hat seine Pflicht getan. An dem Proletariat Deutschlands, an dem Proletariat der Ententestaaten ist es, endlich die seine zu tun. Ganz zu tun.

Soziale Fürsorge für Mutter und Kind im Sowjetrußland.

(Schluß).

Dem eingesetzten Ausschuß wurde ferner aufgegeben, sofort eine allrussische staatliche Zentrale für Mutter- und Kinderschutz zu schaffen und zwar in den Räumen des Kaiser Nikolaus I. Mädcheninstituts und der Alexandra Mädchenschule, die zu einem „Mutterschaftspalast" ausgestaltet werden sollten. Der Ausschuß für Schutz und Sicherstellung der Mutterschaft und Kindheit, dem Genossin Alexandra Kollontay angehörte, ging mit ebenso viel Sachkenntnis als Energie und Begeisterung an sein Werk. Sein großzügiger Arbeitsplan machte die Umsetzung, das Bauen weiterer solcher Organe notwendig. Das Arbeitsfeld war ein so großes und vielseitiges, daß die anfängliche eine Abteilung zur Mutter- und Kinderschutz in zwei Sektionen oder Unterstaatssekretariate getrennt werden mußte, von denen nun jede ihren eigenen abgegrenzten Wirkungskreis hat, obgleich beide natürlich Hand in Hand arbeiten.

Die Sektion für Mutter- und Säuglingsschutz hat eine schon recht beträchtliche Zahl von Heimen und Asylen für Schwangere errichtet. Hier können solche die letzten Wochen vor der erwarteten Niederkunft verleben, je nach ihrem Befinden leicht arbeitend oder sorgsam gepflegt. Für Wöchnerinnen stehen Geburtshilfsanstalten offen, wo sie in ihrer schwersten Stunde von Hebammen und Ärzten Beistand finden — wenigstens sind sehr viele der russischen Hebammen beruflich weit besser ausgebildet als ihre westeuropäischen Kolleginnen und verfügen aber gute medizinische Kenntnisse. In diesen Heimen werden die Wöchnerinnen in Säuglingsernährung und Kinderpflege unterwiesen. Für kranke Wöchnerinnen bestehen besondere Abteilungen, sowohl im Hinblick auf mögliche Ansteckungsgefahr, wie die nötige besondere Pflege. Wenn die Niedergekommene das Wöchnerinnenheim verläßt, so kann sie mit ihrem Neugeborenen in ein Säuglingsheim übertreten, das unter der Aufsicht von Kinderärzten steht. Für Säuglinge, deren Mütter sterben, gibt es besondere Pflegestellen, wo die Kleinen auch Brustnahrung erhalten. Die Sektion errichtet bei Fabriken und Werkstätten Kinderkrippen in Verbindung mit Stillstuben, wo die Mütter ihren Säuglingen die Brust reichen können. Die gleichen Einrichtungen werden von ihr auf dem Lande während des Sommers für die Frauen geschaffen, die bei der Feldarbeit tätig sind. Die Sektion hat eigene Milchwirtschaften, die Milch für Mütter und Kinder liefern, sie kontrolliert und beaufsichtigt den Handel mit Säuglings- und Kindermilch. Sie organisiert Kurse, für die Ausbildung von Lehrern und Lehrerinnen der Mutter- und Säug-

lingsheime. Hier können sich die Hörer und Hörerinnen auch für Spezialfächer ausbilden.

Der Sektion für Kinderschutz fällt vor allem die Sorge für die Erziehung aufsichtsloser oder sonstwie gefährdeter Kinder zu: für die Erziehung verlassener Waisen, unehelicher Kinder, Kinder von Bettlern und Prostituierten, von Vätern und Müttern, denen wegen Trunksucht, Verbrechen usw. die elterliche Gewalt entzogen worden ist usw. Dazu kommt die Fürsorge für drei Arten anormaler Kinder. Für körperlich Anormale, für geistig Anormale und sittlich Minderwertige. Zu den letztgenannten werden alle Kinder und Minderjährigen gerechnet, die ein Vergehen oder Verbrechen begangen haben, und die nach dem Gesetz vom 17. Januar 1918 nicht vor Gericht gestellt und verurteilt, sondern dem Volkskommissariat für soziale Fürsorge überwiesen wurden. Zu den Aufgaben der Sektion gehört die Errichtung von Kinderheimen und Asylen, die aufsichtslosen Kleinen die Familie ersetzen sollen. Die Erziehung dort beruht auf dem Grundsatz des Arbeitsunterrichts und der Selbsttätigkeit der Pfleglinge. Mit den Heimen und Asylen sind deshalb nicht bloß Spielplätze und Spielräume, Bibliotheken und Lesezimmer verbunden, sondern auch je nach den Umständen Werkstätten, Gartenanlagen, Kleintierzüchtereien usw. Haben die Pfleglinge ein bestimmtes Alter erreicht, so müssen sie — dafern es sich nicht um Anormale handelt — die allgemeinen Schulen und Bildungsanstalten besuchen. In den Heimen verbleiben sie bis zum 17. Lebensjahre, mit dem sie dann ihren eigenen Lebensweg gehen, jedoch nicht ohne daß der Staat ihnen auch fernerhin durch besondere Beauftragte, eine Art Vormünder, Aufmerksamkeit und soziale Fürsorge zuwendet.

Was das Volkskommissariat für soziale Fürsorge zum Schutz für Mutter und Kind schafft, das wird weitergeführt durch die Maßnahmen des Ministeriums für Volksbildung. An erster Stelle ist da das Netz von Volkskindergärten zu nennen, das sich über ganz Rußland ausdehnen soll. Die Kindergärten sollen die Kleinen vorschulpflichtigen Alters von 4 bis 8 Jahren aufnehmen und die erste, vorbereitende Stufe der Einheitsschule sein. Für Kinder von 4 bis 6 Jahren ist der Besuch der Kindergärten freiwillig, für Kinder von 6 bis 8 Jahren ist er obligatorisch. Der Gründung von Kindergärten liegt u. a. die Erwägung zugrunde, daß die der Schule zugeführten Kleinen häufig nicht genügend weit entwickelt und vorbereitet sind, um dem Unterricht mit Nutzen folgen zu können. In den Kindergärten sollen die Kinder für ihn vorbereitet werden, ohne daß man ihren zarten Kräften zu viel zumutet.

Wie die Dinge in Rußland liegen, genügt es nicht, Einrichtungen zu organisieren und mit Mitteln auszurüsten: es fehlt an wirkenden Kräften für die Einrichtungen, es müssen solche Kräfte ausgebildet werden. Das Kommissariat für Volksbildung hat deshalb beschlossen, daß in Moskau und einer größeren Reihe von Provinzstädten Kurse für Männer und Frauen abgehalten werden, die sich in den Kindergärten als Helfer und Helferinnen betätigen wollen, wie auch Kurse für pädagogisch durchgebildete Lehrkräfte, die die Erziehung der Kinder im vorschulpflichtigen Alter leiten. Die Kurse für Helfer und Helferinnen sollen sechs Monate, die für pädagogisch gebildete Leiter und Leiterinnen länger dauern. In Moskau ist gleichzeitig eine Schule für Wärterinnen an den Kinderkrippen gegründet worden. Dieser Schule sollte eine Musterkrippe für die kleinen Kinder berufstätiger Mütter angegliedert werden. Die Ausbildung der Pflege- und Lehrkräfte für Krippen- und Kindergärten erfolgt unentgeltlich.

Für die Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni 1918 waren in den Haushaltungsplan der russischen Räterepublik für Findelhäuser, Wöchnerinnen- und Säuglingsheime, Kinderhorte, Kinderkrippen usw. 22730000 Rubel eingestellt. Im zweiten Halbjahr 1918 hat das Volkskommissariat für soziale Fürsorge insgesamt 600 Millionen Rubel verausgabt. Der Kostenanschlag für das erste Halbjahr 1919 lautet auf 2 Milliarden Rubel. Bei der Beurteilung dieser Summen muß die Entwertung des russischen Rubels und die große soziale Not berücksichtigt werden, — die soziale Not, als böse Erbschaft des Zarismus und Kapitalismus, wie des Weltkriegs; die soziale Not als Frucht auch der geradezu hermetischen Absperrung Rußlands vom Weltverkehr durch den Weltimperialismus. Aber trotzdem bleibt eine gewaltige Leistung sozialer Fürsorge übrig, die mutig in Angriff genommen wurde, und an deren Durchführung beste Kräfte aufopferungsvoll arbeiten. Diese Leistung ist ebenso bewunderungs- wie nachahmungswert. Wie berechtigt sind doch die Bannflüche, mit denen bürgerliche und mehrheitssozialdemokratische Blätter und Politiker — den Unabhängigen Karl Kautzky nicht zu vergessen — die „tatarische Abart des Sozialismus", die „bolschewistischen Kulturzerstörer" belegen! Wie erhaben, wie strahlend steht der sozialen Fürsorge für Mutter und Kind im Sowjetrußland die Kulturfeindschaft und Kulturmehrung gegenüber, wie sie durch die Maschinengewehre der schwarz-rot-goldenen deutschen Bourgeoisiediktatur erfolgt, deren Vollzugsbeamte die Ebert, Bauer und Noske sind im Bunde mit allen Gewalten der Vergangenheit! Die Losung stimmt: Der Bolschewismus ist die Weltgefahr! Der Kapitalismus ist die Weltrettung! Es fragt sich nur: für wen?

—

Die Hungerblockade der Entente gegen die ungarische Räterepublik.

Die Ententeimperialisten haben die sozialistische Räterepublik Ungarn zur Strecke gebracht. Sie amtierten damit als die Vertreter der ausbeutenden Kapitalistenklassen aller Länder, deren Sehnsucht es war, mit dem ungarischen Proletariat die aufsässig gewordenen Lohnsklaven der ganzen Welt niederzuringen, die proletarische Weltrevolution zu erschlagen. Das alles selbstverständlich im Namen der „Demokratie" und aus heißer Liebe für die „Kultur". Die von den Ententeimperialisten begönnerte „Kultur" erfährt hellste, wenn auch nicht überraschende Beleuchtung durch die Kampfesführung gegen Sowjet-Ungarn. Kennzeichnend für deren Brutalität und Grausamkeit ist die Hungerblockade. Dies konnte — begünstigt durch die geographische Lage Ungarns, durch die militärischen und politischen Verhältnisse an seinen Grenzen — mit einer Schärfe und Unerbittlichkeit durchgeführt werden, verglichen mit der die Strenge der Hungerblockade gegen Deutschland fast mild erscheint. Das kleine Ungarn, dessen Industrie und Wirtschaft zum Teil noch wenig entwickelt ist, verfügte nicht über die vielerlei Hilfsmittel zur Abwehr des Elends, die hier zur Verfügung standen. Kann es da Wunder nehmen, daß die vom Weltkrieg geschaffene Not in's Unbeschreibliche, in's Entsetzliche stieg?

Es wird eine der Ruhmestaten der sozialistischen Räterepublik Ungarns bleiben, den Kampf gegen das vielköpfige Ungeheuer dieser Not mit fast übermenschlicher Kraft von Tag zu Tag geführt zu haben. Und es ist wahrlich nicht ihre Schande, daß sie während ihrer kurzen, arbeitsreichen, kampferfüllten Existenz in diesem Ringen nicht gesiegt hat. So unendlich vieles und so tief furchendes die Räterepublik zur Bekämpfung des Massenelends getan hat: in der kleinen Spanne Zeit ihres Bestands, übermächtige Feinde ringsum, starke, gewissenlose, tückische Feinde im Lande, konnte sie es nicht überwinden. Es wuchs und wuchs zu phantastischer Höhe, nicht ein Beweis für die Unzulänglichkeit des Sozialismus als gesellschaftserneuernder Macht, wie geflissene oder beschränkte Gegner behaupten, nein als Ausdruck der Tatsache, daß feindliche Riesengewalten teils ganze sozialistische Maßnahmen selbst, teils volle Wirksamkeit solcher Maßnahmen verhinderten.

Die Hungerblockade ist eine der scheußlichsten und erfolgreichsten Waffen des Ententeimperialismus gewesen, um das Räte-Ungarn in die Knie zu zwingen. Kein Zweifel, daß die von ihr geschaffene herzzerreißendste Not viel dazu beigetragen hat, die Widerstandskraft des ungarischen Proletariats zu zermürben. Das wird durch den Bericht verständlich, den das Internationale Büro des Roten Kreuzes zu Genf in der ersten Hälfte des Juli veröffentlichte, und den die Sekretärin der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit, die Amerikanerin Emily Balch, weiteren Kreisen zugänglich gemacht hat. Es sind also keine Kommunisten, Spartakisten, Bolschewisten, die das „Versagen ihrer Heilsrezepte" verantwortlich machen wollen, indem sie den Ententeimperialismus anklagen, durch seine Hungerblockade die werktätigen Massen Ungarns dem schwärzesten Elend ausgeliefert zu haben. Es sind bürgerlich einwandsfreie Zeugen, die auf Grund sorgfältiger, gewissenhafter Untersuchungen feststellen, was war, was ist.

Die Veröffentlichung hebt zunächst hervor, daß es dem Internationalen Roten Kreuz nicht gestattet ist, Ungarn irgendwelche Hilfe und Unterstützung angedeihen zu lassen, weil die strengste Blockade noch in Kraft steht. Demnach handle es sich jetzt nicht darum, Geld oder andere Unterstützungen für das schwer leidende Land zusammenzubringen. Worauf es ankomme sei vielmehr, von den alliierten Mächten die Erlaubnis zu erhalten, Hilfe senden zu dürfen, wenigstens kondensierte Milch für die kleinen Kinder und Material für Aerzte und Krankenhäuser. Der Bericht enthält dann folgende Elendsbilder:

„Tausende sterben, nicht nur infolge Unterernährung, sondern auch infolge von Krankheiten, verursacht durch Kälte, Mangel an Wäsche, Seife und allen notwendigen Mitteln zur Reinlichkeitspflege. Säuglinge sterben, weil ihren Müttern infolge von Überarbeit, sowie milch- und fettarmer Nahrung die Milch versiegt ist. Sie sterben, weil keine Sauger da sind und keine kondensierte Milch als Ersatz für die frische Milch. Meist fehlt es am Nötigen, die Kleinen zuzudecken, und die armen Geschöpfe liegen ohne Betten in der Wiege. Ein kalter Luftzug kann ihren Tod herbeiführen; sind die schwachen, kleinen Körperchen doch unfähig, irgend welchen äußeren Einflüssen Widerstand zu leisten. Auch die Gefahr der Ansteckung ist sehr groß, nachdem Budapest, das vor dem Kriege eine der saubersten Städte war, nun in das Gegenteil verwandelt worden ist. Unrat und Kehrichthaufen liegen in den Höfen, da es an Futter für die Pferde zur Abfuhr fehlt. Die Straßen werden nicht besprengt, weil die hydraulischen Anlagen infolge Kohlenmangels keine Kraft erzeugen können. Der Schweizer Arzt Dr. Sillie, Delegierter des Internationalen Roten Kreuzes, hatte Gelegenheit zu sehen, wie Kinder in Budapest zur Welt kommen. Er berichtet darüber unter dem 17. Februar 1919 (Also noch vor der Begründung der Räterepublik, zur Zeit der gepriesenen Koalitionsregierung von bürgerlichen Demokraten und Sozialdemokraten. D. R.) Seither konnte keine Abhilfe geschaffen werden, sodaß die Lage sich noch verschlechtert hat:

Städtisches Krankenhaus für Geburtshilfe,

Bakaster, Budapest.

Was einem vor allem auffällt, ist das gänzliche Fehlen von Bettüchern. Die schlechten Decken können nicht gewechselt und desinfiziert werden, weil zu wenig vorhanden sind. Ich sah eine Patientin, die zwei Tage vorher eine schwere Operation durchgemacht hatte, auf einer bloßen Matratze liegen, bedeckt mit einer zerlumpten Decke. Die Lage der eingebrachten Frauen unterscheidet sich davon in keiner Weise. Sofort nach ihrer Ankunft erhalten sie ein Bett wie beschrieben, dessen Matratze von der Vorgängerin ohne Leintuch oder irgend welche Decke benützt worden ist. Die Matratzen sind infolge der fehlenden Reinigungsmittel, wie Seife usw. mit dem Blut der früher eingetretenen Frauen beschmutzt und müssen in diesem Zustand von der nächsten Mutter benützt werden! Die neugeborenen Kinder werden in alte zerissene Lumpen gewickelt, nachdem alle Kinderwäsche längst aufgebraucht ist. Einige der Kleinen werden auf Federn ohne Decken gelegt; das Ganze eine schmutzige Masse, die den widerlichsten Anblick bietet. Die Säuglinge sowohl wie ihre Mütter haben ihren Platz spätestens nach 8—10 Tagen zu verlassen, um für neu ankommende Frauen Raum zu schaffen. Zu Hause sterben die Kleinen gewöhnlich an Hunger und Kälte. Das Krankenhaus verfügt über keinerlei Wäsche, so daß die Säuglinge buchstäblich nackt heimgeschickt werden.

Die zukünftigen Mütter sind in einem ungeheizten Raum untergebracht, wo die unglücklichen Frauen unter den dünnen Decken frösteln. Die Nahrung ist auf das äußerste beschränkt, sie besteht in einer leichten Gurkensuppe und höchstens 3/10 Liter Milch für den Tag, das ganze Hospital erhält nur 60 Liter. Dieses Krankenhaus ist gegenwärtig das beste von allen in Budapest.

Seit dem 2. Kriegsjahr waren in Budapest vor den Bäcker-, Metzger-, Kartoffel- und Kohlenläden von 2 Uhr morgens an Frauen mit ihren Kindern an der Brust zu sehen, damit sie morgens um 8 Uhr, wenn die Läden geöffnet wurden, die Ersten waren. Genügten doch die Vorräte nie, und wer später kam, erhielt nichts mehr. Es kam oft vor, daß Mütter ihre Säuglinge Nachbarn oder Fremden liehen, da diese dadurch das Recht hatten, zuerst an die Reihe zu kommen. Eine Anzahl Säuglinge brachte auf diese Weise die Winternächte in den Straßen zu, bis ein barmherziger Tod sie von ihrem jammervollen Dasein befreite. In diesen langen Reihen Wartender — zusammengesetzt aus menschlichen, in schmutzige Lumpen gehüllte Wesen — befanden sich Kinder jeden Alters, die starren Blicke auf die zu öffnenden Türen gerichtet. Sie kamen mit der Dämmerung, um Posten zu stehen für ihre Mütter, während diese den Haushalt besorgten, da sie den Tag über Brot verdienen mußten an Stelle des sich an der Front befindlichen Vaters. Wenn die Schule anfing, kam die Mutter, um ihr Kind abzulösen, d. h. wenn die Schulen nicht infolge Kohlenmangels oder Kinderkrankheiten geschlossen waren. In diesem Fall bummelten die Kinder, deren Mütter zur Arbeit gehen mußten, in den Straßen der Stadt herum, in alte Lumpen gehüllt und große Schuhe voller Löcher an den Füßen. Seit 1916 ist Ungarn ohne jeden Ersatz von Kinderschuhen. Über den letzten Winter wurden in den Ambulanzen eine beträchtliche Anzahl von Kindern mit Frostbeulen behandelt.

Jede Art von Medizin fehlt, sogar Vaseline und Lebertran. Sechs Monate vor dem Waffenstillstand war in Ungarn kein Material mehr für Binden vorhanden. Die armen Verwundeten bekamen täglich Gaze auf ihre tiefen, eiternden Wunden. Aber jetzt fehlt auch diese, und als Ersatz wird Papier verwendet, das in einigen Stunden von dem Eiter aufgelöst ist. So kann keine ersprießlich chirurgische Arbeit mehr geleistet werden. Alle diese Leidenden sind zum Tode verurteilt oder bleiben ihr Lebtag hilflose Krüppel. Die Kindersterblichkeit nimmt täglich zu."

Es muß beachtet werden, daß die vorstehenden Schilderungen sich zum großen Teil auf Zeiten beziehen, die vor der Räteherrschaft in Ungarn lagen. Es geht aus ihnen hervor, daß das Massenelend schon 1916 zum Himmel schrie, als die nibelungentreuen deutschen Gladiatoren der österreichisch-ungarischen Monarchie, die mehrheitssozialdemokratischen Hänisch und bürgerlichen Konsorten, in Budapest noch glänzende Informationsreisen und Verbrüderungsfeste feierten, und die Presse die üppigen Tafelfreuden in den großen Hotels nicht genug rühmen konnte. Das Massenelend reckte auch riesengroß die dürren, geipenstigen Glieder, als die klugen, besonnenen, richtigrechnenden Führer der Sozialdemokratie mit bürgerlichen Politikern im Bunde unter Graf Karolyi's Leitung die Geschicke eines „demokratischen Gemeinwesens" bestimmten, als der Parlamentarismus das Füllhorn seiner Gaben über das Land ausschüttete, keine unheilschwangere Diktatur des Proletariats dessen Glück zerrüttete, und die bösen Kommunisten die Gefängnisse füllten. Die kommunistische Räterepublik mußte mithin ein geradezu erdrückendes Erbe furchtbarster Massennöte übernehmen. Gegen sie halfen keine sozialen weißen Salben, keine kleinen Reformpflästerchen, es bedurfte eines Eingreifens mit eiserner Faust, um den Jammer auch nur zu mildern, zu lindern. So erklären sich jene Eingriffe der Räteregierung gegen das Heiligste der bürgerlichen Welt, gegen das Eigentum, von denen die Presse schaudernd berichtete: die „Aufteilung" der Vorräte in Kleider-, Wäsche- und Möbelmagazinen unter das Proletariat, die Beschlagnahme der Bourgeoiswohnungen usw.

Jedoch die Räterepublik konnte des Elends nicht Herr werden, weil sich der eiserne Ring der Hungerblockade immer fester, erwürgender um das Land legte. Breiteste Massen der Werktätigen verstanden diesen Zusammenhang der Dinge, und deshalb war auch die höchste Not außer Stande, ihr Vertrauen zum Sozialismus, zur Räterepublik zu erschüttern. Das bezeugten große Frauenkundgebungen, die am 31. Mai in Budapest stattgefunden haben. In 15 überfüllten Versammlungen nahmen die Frauen Stellung zur Lebensmittelnot, brachten ihre Klagen und Beschwerden vor und erhoben ihre Forderungen zur Abhilfe. Bei diesen Veranstaltungen kam das enge Vertrauensverhältnis zwischen den breiten Massen und den freigewählten Führern außerordentlich eindrucksvoll zum Ausdruck. Überall referierten Volksbeauf-

tragte, Regierungsvertreter, und die Versammlungen gestalteten sich zu einer zwanglosen Aussprache zwischen ihnen und den Frauen. Die Führer hoben hervor, daß der bittere Mangel an Lebensmitteln eine Hinterlassenschaft des Kapitalismus und Weltkriegs sei, und eine Folge des Vernichtungskampfes des Ententeimperialismus gegen Ungarn. Die Frauen schilderten ihre Nöte und verwiesen auf Mittel und Wege, ihnen zu steuern. In allen Versammlungen erklärten sie, daß sie die Hauptursache ihrer Entbehrungen und Leiden wohl erkannt hätten und bereit wären, für die Verwirklichung des Sozialismus, für die Räterepublik auch weiterhin zu dulden und zu kämpfen. Viele Proletarierinnen Budapest's sind wahre Märtyrerinnen, Heldinnen im Ertragen des entsetzlichsten Jammers gewesen. Sie waren den Männern ebenbürtig, die sich gegen die rumänischen, serbischen und tschechisch-slowakischen Weißgardisten der Entente für die Sache der Freiheit geschlagen haben. Allein der Opfer- und Heldenmut der Einzelnen, ja Vielen, hat dem Verhängnis nicht zu wehren vermocht, daß auf's unerträglichste gesteigerte Entbehrungen die körperliche und seelische Kraft der Massen gebrochen haben. Auch das muß bei der Beurteilung der Vorgänge in Ungarn berücksichtigt werden. Es ist nicht die Ursache des Sturzes der Räterepublik, wohl aber ein diesen erklärender Umstand unter anderen Umständen. Auch seine richtige Einschätzung läßt die Macht der sozialistischen Idee hell aufleuchten, die bewirkte, daß unsägliches Leid bis an die Grenze des Möglichen, ja über die Kraft hinaus ertragen worden ist. Die Macht dieser Idee wird in dem heute geschlagenen Proletariat lebendig bleiben und ein neues Sowjet-Ungarn Proletariat lebendig bleiben und ein neues Sowjet-Ungarn schaffen, das den Kampf mit dem Kapitalismus siegreich besteht. Wann? Die Antwort von dieser Frage hängt nicht allein von der Erkenntnis und dem Tatwillen der ungarnische Proletarier ab, sie ist die Sache der Ausgebeuteten der Welt, die aus Kreuzesträgern des Kapitalismus zu bewußten Kämpfern für den Kommunismus werden.

Notizenteil.

Vom Schlachtfeld des Klassenkampfes.

Das Münchener Standgericht gegen das Völkerrecht. Die Klassenjustiz des Münchner Standgerichts hat in ungeheuerlicher Weise das Völkerrecht zerfetzt. Es hat unseren russischen Genossen Dr. Tobias Axelrod unter Aberkennung ehrenhafter Gesinnung zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Wegen seiner führenden Beteiligung an der Räterepublik München, die Hochverrat gewesen sein soll. Die trockene Guillotine fünfzehnjähriger Zuchthaus-Strafe soll das mörderische gleiche Werk verrichten, das die Standrechtkugeln an Genossen Levine getan haben. Ein ruhig, stehender Mann, von selbstlosester Leidenschaft für die Sache des blutenden, kampfenden Proletariats beseelt, soll aus der Reihe der Lebenden gestrichen werden. Warum? Weil er es gewagt hat, seiner Überzeugung getreu zu handeln. Weil er die Sache der Entrechteten auch dann mit Energie und reiner Hingabe vertreten hat, als diese Sache im schärfsten Gegensatz zu der Sache der ausbeutenden Kapitalistenklasse und ihrer sogenannten Ordnung geriet. Weil er seine eigenen persönlichen Interessen dem Befreiungskampf der revolutionären Proletarier zum Opfer brachte, deren Vertrauensmänner ihn auf führenden Posten berufen hatten. Und diesen Mann erdreisten sich die als Standrichter amtierenden Offiziere die ehrenhafte Gesinnung abzusprechen.

Das Urteil wäre im höchsten Maße lächerlich, wenn es nicht so furchtbar wäre. Genossen Axelrods Name wird in der Geschichte des internationalen Sozialismus noch leuchten, wenn es längst vergessen ist, welche Knirpse ihn verurteilt haben. Die Härte des Urteils gegen ihn sticht auffällig ab von der durchaus gerechtfertigten Milde des Spruchs gegen Dr. Neurath, der wegen seiner führenden Beteiligung an der Münchener Räterepublik zu 1 Jahr 6 Monaten Festung verurteilt wurde bei Anerkennung der ehrenhaften Gesinnung. Offenbar sollte in Genossen Axelrod der „Landfremde" getroffen werden, der Anhänger des Bolschewismus, der durch seine bösen Beispiele die guten Sitten der braven, deutschen, kapitalistenfürchtigen Kinder verdirbt. Das Urteil beweist nur, daß Genosse Axelrod den Millionen deutschen Proletariern näher steht, daß er unlöslicher mit ihnen verbunden ist als die Richter, die durch einen unüberbrückbaren Gegensatz des Empfindens und Denkens von den breitesten Massen der Werktätigen geschieden sind.

Doch setzen wir von der Ungeheuerlichkeit des Spruchs ab, so bleibt noch die andere nicht geringere Ungeheuerlichkeit des Prozesses selbst gegen Genossen Axelrod. Dieser war als beglaubigter Beauftragter der russischen sozialistischen Räterepublik nach Deutschland gekommen. Als beauftragter Vertreter eines fremden Volkes genoß er das Recht der Unverletzlichkeit und der Exterritorialität, d. h., er stand rechtlich nicht auf dem Boden Deutschlands, sondern auf dem seines Vaterlandes, nicht deutsches Recht, russisches Recht war für ihn maßgebend. Genosse Axelrod war als höherer Beamter im auswärtigen Dienst der russischen Räterepublik nach Deutschland gekommen. Auf der Reise nach der Schweiz wurde er in Stuttgart auf Befehl der Nachtreter der Scheidemann-Landsberg rechtswidrig verhaftet und nach München abgeschoben. Dort interniert ihn die Regierung Eisner in einem Sanatorium. Einen leidlich schelnenden Grund dafür haben wir nie gehört, und die Maßregel war völkerrechtswidrig. Die Räterepublik holte Axelrod aus dem Sanatorium hervor und betraute ihn mit wichtigen Aufgaben der Finanzverwaltung.

Es ist ein selten dagewesener Bruch des Völkerrechts, daß er nach dem Sturz der Räterepublik vor das Standgericht geschleppt wurde. Die Republik Mexiko ließ seinerzeit den Kaiser Maximilian erschießen, des österreichischen Kaisers Bruder, der gegen sie für die Krone kämpfte, die Napoleon III. ihm aufs Haupt gedrückt hatte. Aber sie tastete nicht die Gesandten Österreichs und Frankreichs an, obgleich beide Staaten Maximilian bis zuletzt in jeder Weise, ja sogar militärisch unterstützt hatten. Der Prozeß gegen Genossen Axelrod stellt außerdem einen zweiten Rechtsbruch dar. Genosse Axelrod war nach dem Zusammenbruch der Münchener Räterepublik geflüchtet. Er wurde in Tirol verhaftet und von den dortigen Behörden nach Bayern ausgeliefert, und das mit dem Bruch des geltenden Rechts, nach dem politische Flüchtlinge nicht ausgeliefert werden dürfen. Genosse Axelrod hat sofort bei der österreichischen Regierung gegen den Rechtsbruch telegraphisch protestiert. Die Tiroler Behörden nahmen zwar die Bezahlung der Telegramme entgegen, haben diese aber nicht rechtzeitig befördert und den Flüchtling in die Hand der bayrischen Gegenrevolutionäre gegeben. So häufte sich in dem Prozeß Axelrod ein Unrecht auf das andere.

Genosse Axelrod hat es der unzweideutigen Rechtslage entsprechend konsequent abgelehnt, sich zur Sache zu verteidigen und den Richtern auf ihre Beschuldigungen zu antworten. Er hielt die Auffassung fest, daß er als von der deutschen Regierung anerkannter Abgesandter der russischen Räteregierung das Recht der Exterritorialität besitze und deshalb keiner deutschen Gerichtsbarkeit unterstehe. Wie der Prozeß geführt worden ist, darüber berichtet die „Freiheit" skandalöse Beispiele. Mit Genossen Axelrod zusammen war Genosse Sleßarew verhaftet und unter Anklage des Hochverrats gestellt worden. Nach zweimonatlicher Untersuchungshaft mußte er freigesprochen werden. Er wurde als Zeuge vernommen. Genosse Sleßarew ist Schriftsteller und hatte Notizen gemacht, in denen die einzelnen Personen mit A., B., C. und so fort bezeichnet sind. Das Standgericht bezog alle Notizen, in denen ein A. vorkommt, auf den Genossen Axelrod. Und das obgleich Sleßarew entschieden dagegen protestierte und wiederholt die Unmöglichkeit der Beziehung in den tollsten Widersprüchen zutage trat. Als dieser Zeuge Einspruch gegen die tendenziöse Stimmungsmache erhob, zu der seine Aufzeichnungen mißbraucht wurden, entzog ihm der Vorsitzende das Wort. Das nennt sich Gerechtigkeit.

Mit dem Standgericht zusammen sitzen die bayerische und die deutsche Regierung auf der Anklagebank wegen Bruch des Völkerrechts. Vom blinden Haß gegen die proletarische Revolution beherrscht, haben sie in leichtfertiger Weise das Völkerrecht verletzen lassen. Sie haben damit das Unrecht vergrößert, dessen sie sich dadurch schuldig machen, daß sie den Genossen Radek, ebenfalls einem Abgeordneten der russischen Räterepublik, seit vielen Monaten gefangen halten. Wenn dem sozialistischen Sowjetrußland endlich der Geduldsfaden reißt, wenn es den Bruch des Völkerrechts ahndet, so hat Deutschland das Recht verwirkt, sich zu beklagen. Das deutsche Proletariat darf nicht länger zu dem Rechtsbruch des regierenden Kapitalistengesindes schweigen. Es muß in Wahrung des Völkerrechts und im Bewußtsein seiner internationalen Solidarität und Pflicht seine Stimme für die Genossen Axelrod und Radek erheben. Das ganze Verbrechen dieser Männer besteht darin, als internationale Sozialisten für die Befreiung der deutschen Werktätigen aus den Ketten des Kapitals gehandelt zu haben. Die deutschen Proletarier müssen ihnen Treue für Treue halten.

Für den Frieden und die internationale Solidarität.

Eine internationale Kundgebung bürgerlicher Frauenrechtlerinnen in Deutschland. Die internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit hat nachstehende Solidaritätsbekundung veröffentlicht: Den gleichgesinnten Frauen aller Nationen, die am Weltkrieg beteiligt waren, senden deutsche Frauen herzlichen Gruß! Endlich ist Friede geschlossen! Kein Friede des Rechts, sondern ein Friede der Gewalt, der zu verurteilen ist, nicht weil er schwere Schuld sühnen will, sondern weil er neue Keime zu neuer Feindschaft in sich trägt, weil er einen neuen Vertrauensbruch unter den Völkern bedeutet, neuen Haß entflammt und das Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht achtet.

Wir Frauen, die wir uns in der internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit zusammenfanden, sind auch während des Weltkriegs mit den Frauen aller Nationen in alter Treue verbunden gewesen. Tiefes Leid, schwere Not der Kriegsjahre hat uns fester denn je geeint, dafür bot Zürich 1919 den schönsten Beweis. Die dortige Zusammenkunft war getragen von gegenseitiger Hilfsbereitschaft, von gegenseitigem Verstehen, von einem starken mutigen Frauengeist, dem es gelingen muß, Haß und Chauvinismus zu überwinden, Kultur unter den Völkern wieder aufzurichten, sie einander näherzubringen und dem Recht an Stelle der Gewalt Gültigkeit zu verschaffen.

Die Schuldfrage ist grundsätzlich auf unseren Konferenzen nicht besprochen worden, deshalb hatten wir keine Gelegenheit zu erklären, daß wir die Schuld der deutschen Regierung am Ausbruch des Krieges in vollem Umfange anerkennen, wir haben schwer gelitten unter dem Bewußtsein der maßlosen Brutalität der verderbrischen deutschen Kriegsführung und gegen sie protestiert, sobald wir davon Kenntnis erhielten. Wenn es nicht gelang, daß während der Kriegsjahre in Deutschland und im Ausland im vollen Umfange zur Kenntnis zu bringen, so lag das am Zwang unserer Verhältnisse, an der verhetzenden Presse, die uns totschwieg. Die Mitglieder des deutschen Zweiges der internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit werden alles tun, um der Wahrheit Verbreitung zu verschaffen, die selbst heute noch den wenigsten in Deutschland bekannt ist. Wir bitten unsere Mitarbeiterinnen, in allen Ländern zu verbreiten, daß es in Deutschland Männer und Frauen gibt, die Deutschlands Schuld am Kriege und Pflicht zur Sühne erkennen und auch unter dem Drucke des jetzigen Gewaltfriedens keinen Haß gegen irgend eine Nation kennen, sondern ehrlich guten Willens sind, an einer neuen Völkergemeinschaft mitzuarbeiten.

Wir deutschen Frauen wissen und wollen es in Deutschland verbreiten, daß es in den Ländern der alliierten und assoziierten Mächte Männer und Frauen gibt, die das Vorgehen ihrer Regierungen bei Friedensabschluß auf das schärfste verurteilen und dagegen protestieren, die gegen Unrecht kämpfen, gleichviel von welcher Seite es kommt. Diese gegenseitige Tätigkeit der Aufklärung sei unser erster Friedensgruß!

Wir stehen in allen Ländern einer furchtbaren Erbschaft des Krieges gegenüber, einer Demoralisation der Völker, die vielleicht künftig noch furchtbarer aufflammen wird, als bisher, die an den aufgehäuften Reichtümern der einen Seite ebenso verhängnisvolle Nahrung findet, wie an der verzweifelnden Armut der andern. Den Folgen einer fünfjährigen Gewaltherrschaft und des Gewaltfriedens mit dem sie besiegelt wurde, zu begegnen, ist die schwere Aufgabe, vor der alle Völker der Erde stehen. Wir Frauen wollen die ersten sein, die mit vereinten Händen über Meere und Ländergrenzen gemeinsam den Aufbau beginnen.

Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit.
Dr. Anita Augspurg, Lida Gustava Heymann, Dr. Olga Kniachewsky,
Thea Merteimeyer, Frida Perlen.

Eine Kundgebung internationaler Solidarität der italienischen Sozialistinnen. Die Haltung der italienischen Sozialdemokratie während des Weltkrieges ist ein Ruhmesblatt in der Geschichte des internationalen Sozialismus. Die Partei als Ganzes ist nach der Absplitterung des kleinen reformistischen, nationalistischen Flügels fest auf dem Boden des proletarischen Klassenkampfes geblieben und hat sich mit Energie und Opferfreudigkeit dem imperialistischen Taumel entgegengeworfen. Sie hat sich der dritten Kommunistischen Internationale angeschlossen. Mit Ausnahme einer Handvoll Damen, die sich vorübergehend für Sozialistinnen gehalten hatten, haben unsere italienischen Genossinnen ihr Teil am Kampf der Partei gegen den Imperialismus und Sozialpatriotismus genommen. Freudig und hingebungsvoll haben sie während des Krieges die Ideen des internationalen Sozialismus unter die Frauen des werktätigen Volks getragen. Viele von ihnen haben dafür die härtesten Verfolgungen und Strafen erduldet. Sie fahren fort zu kämpfen.

Kürzlich bekundete die sozialistische Frauengruppe in Rom durch die nachstehende Resolution ihre Solidarität mit dem Proletariat aller Länder: „Die sozialistische Frauengruppe zu Rom, die sich der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit angeschlossen hat, ist der Überzeugung, daß der Friedensvertrag von Versailles eine brutale Stärkung der kapitalistischen Herrschaft herbeiführt, die Hundert Millionen Arbeiter der wirtschaftlichen und politischen Sklaverei unterwirft. Sie ist weiter der Überzeugung, daß dieser Pakt der Schandlichkeit durch die grausame Androhung der Hungerblockade erzwungen werden soll, die Millionen Schuldlose und Kinder zum Hungertod und die Rasse zum Verkommen verurteilt. Sie ist endlich der Überzeugung, daß das bewaffnete Vorgehen gegen Rußland und Ungarn nicht nur im Widerspruch steht zu dem vielgerühmten und versprochenen Recht der Völker auf Freiheit und Selbstbestimmung, das nach der verlogenen Behauptung der Ententedemokratie der Preis des Krieges sein sollte, sondern daß es in Wirklichkeit ein kapitalistischer Vorstoß gegen die sozialistisch-kommunistische Ordnung ist, die allein dem Weltproletariat seine Befreiung verbürgt. Sie protestiert deshalb gegen alle diese Formen der Gewalt — die die sozialistische Partei übrigens vorausgesehen hatte —, und das um so mehr, als sie nur neue und schrecklichere Kriege vorbereiten. Sie fordert das Proletariat auf, seine ganze Kraft daran zu setzen, die Internationale der Völker zu verwirklichen." Unsere Genossinnen brachten ihre Resolution bei einer Kundgebung der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit ein. Sie gelangte dort zur Annahme zusammen mit einem zweiten Protest gegen den Gewaltfrieden von Versailles.

Aus der besten aller Welten.

Die wahren Notleidenden. Seit die Herren Rüstungsindustrieller und Inhaber „kriegswichtiger" Betriebe das „teure Vaterland" nicht mehr beliefern und bemogeln können, seit aufsässige Proleten begonnen haben, nicht bloß gegen unerträgliche Arbeitsbedingungen, sondern gegen den unerträglichen Kapitalismus selbst meutern, erklingt in den bürgerlichen Zeitungen und bei den Tagungen kapitalistischer Unternehmen gar ergreifend das Lied von der Kapitalistennot. Natürlich klingt es ebenfalls erschütternd in den Parlamenten — wozu auch wären sie demokratisch —, in mehrheitssozialdemokratischen Zeitungen und Ministerreden. Die gesitteten Mehrheitssozialdemokraten zeichnen sich vor den „rüden Spartakisten" bekanntlich vorteilhaft durch ihre „wahre Objektivität" aus, die ihnen erlaubt, „voll und ganz" auch mit den notleidenden Kapitalisten zu fühlen. Wie entsetzlich lastet diesen Kreuzesträgern die Dornenkrone! Namentlich in diesen Tagen! Hier das Martyrium einer zerrütteten Wirtschaft, die nur magere Profite spendet, ja, vielleicht — schrecklich zu sagen — gar keine Profite abwirft, oder das schrecklichste, Zuschuß erfordert, und die armen Kapitalisten konnten doch nichts für die Zeiten der Not sparen! Dort die Gefahr, begreiflichen, arbeitsunlustigen und arbeitsscheuen Gesindels, das von dem „Spartakus" ihrer Lage verhetzt bis zu Arbeitszeit, Lohnerhöhungen, Entschädigungssummen, Betriebsräte und was das verlangt, ja sogar streikend die Arme kreuzt, die die Herrgott doch nur eigens zur fleißigen Arbeit für die Reichen geschaffen hat. Eine Notlage das, die des Bedauerns, der Tränen wert ist und vor allem der mitfühlenden Tat verständnisvoller Bruderliebe, der bemühten, freudigen Unterwerfung der ausgebeuteten Werktätigen unter die Skorpionenhiebe des ausbeutenden Kapitalismus. Der Proletarier tue endlich wieder, was seine Pflicht ist: Er schaffe fleißig, eifrig, aufreibend, er schaffe möglich, hingebungsvoll, begeistert in dem erhebenden Bewußtsein, Millionare zu züchten und sich selbst den Bettelsack umhängen zu dürfen! Er schwöre, daß er felsenfest überzeugt ist von der Vortrefflichkeit und Ewigkeit der kapitalistischen Ausbeutungswirtschaft, von der Kulturmission poblerziehender Weißgardisten! Und siehe da: der schmerzgequälte Kapitalist kann wieder lächeln. Er kann aus neue frohen Herzens seinem schweren Beruf nachgehen. Aus den idealsten Gründen natürlich. Um Arbeitern väterlich jorgend Lohn und Brot zu geben und um dem Vaterland zu dienen.

Lesen und hören wir es nicht tagtäglich? Dem Sinne nach, denn die Sache klar und eindeutig auszusprechen, dazu sind die Kapitalisten, ist ihr journalistisches und politisches Hausgesinde zu zartsinnig, zu wohlerzogen. Wir fügen dem Lied vom Kapitalistenjammer einen Vers hinzu. Er lädt das Elend der bedauernswürdigen Aktionäre der „Donnersmark-Hütte erkennen, den Niedergang ihrer wohlerworbenen Dividenden. Die Arbeiter und Angestellten dieses Unternehmens hatten ihre Mitwirkung bei der Geschäftsführung gefordert und die Entlassung von Direktoren, die in dem Ruf standen, allzu zu neidig die Interessen der Kouponschneiderei zu vertreten. Der Aufsichtsrat der Donnersmark-Hütte antwortete darauf: „Die Aufrechterhaltung der schon seit Monaten mit außerordentlichen Verlusten arbeitenden Betriebe ist nur möglich, soweit die erforderlichen Geldmittel noch zu beschaffen sein werden, und daß die Aufrechterhaltung zu Zeit nur aus Rücksicht auf die allgemein wirtschaftlichen Interessen unseres Volkes erfolgt. Diese Umstände bedingen mehr als je das Verbleiben der mit den Verhältnissen vertrauten und eingearbeiteten technischen Leiter und Beamten".

Also das Unternehmen arbeitet mit Verlust. Es zahlt zu. So wird behauptet. Der letzte veröffentlichte Abschluß für 1918 weist denn auch „nur" eine Dividende von 12 Prozent auf. Die armen Aktionäre: Man jammere mit ihnen. 1917 durften sie nämlich 22 Prozent Dividende schlucken. 10 Prozent weniger, 10 Prozent Enttäuschung, „nur" so viel Dividende wie 1914, welch ein Unglück! Die Dividenden haben sich in den letzten 5 Jahren wie folgt bewegt: 1914: 12 Proz., 1915: 15 Proz., 1916: 18 Proz., 1917: 22 Proz., 1918: 12 Proz. Ergibt zusammen nach Adam Riese für die 5 Jahre 82 Prozent Dividende, einen Durchschnitt für das Jahr von **16,4 Prozent.** Der Aufsichtsrat war also vollauf berechtigt, über die „außerordentlichen Verluste" zu klagen und die Forderungen der Arbeiter und Ang stellten abzuweisen. Jedoch könnte den jammernden Kapitalisten nicht ein für allemal gründlich geholfen werden? Gewiß! Man befreie sie von ihren Profit- und Dividendensorgen, indem man ihre Betriebe sozialisiert. Warum denn wehren sich die Herren mit Händen und Zähnen gegen diese Maßregel? U. A. w. g

Für unsere Kinder

Der glückliche Prinz.

Ein Märchen von Oskar Wilde.

Hoch über der Stadt auf einem großen Sockel stand die Statue des glücklichen Prinzen. Der Prinz war über und über mit dünnen goldenen Blättern bedeckt, zwei leuchtende Saphire bildeten seine Augen, und ein großer Rubin blitzte auf der Scheide seines Schwertes.

Der glückliche Prinz wurde sehr viel bewundert, sehr viel. „Er ist so schön wie ein Wetterhahn", bemerkte einer der Stadträte, der stets darauf aus war, sich durch das Zurschautragen künstlerischer Neigungen einen guten Namen zu machen. „Nur nicht ganz so nützlich", fügte der Stadtrat hinzu, da er fürchtete, die Menschen könnten ihn sonst für unpraktisch halten — —, und das war er doch durchaus nicht.

„Warum bist du nicht so wie der glückliche Prinz?" fragte eine empfindsame Mutter ihren kleinen Jungen, der weinte, weil er den Mond haben wollte. „Den glücklichen Prinzen fällt es niemals ein, um etwas zu weinen".

„Ich bin froh, daß es wenigstens Einen in der Welt gibt, der ganz glücklich ist," sagte leise ein Enttäuschter mit einem Blick auf die wunderbare Statue.

„Er sieht genau aus wie ein Engel", sagten die Waisenknaben, wenn sie in ihren purpurroten Mänteln und ihren blendendweißen Läßchen aus der Kathedrale traten.

„Wie wißt ihr das?" fragte der Mathematiklehrer. „Ihr habt doch niemals einen Engel gesehen."

„Oja, das haben wir doch im Traum", antworteten die Kinder.

Und der Mathematiker runzelte die Stirn und sah sehr ärgerlich aus, denn er war grundsätzlich gegen Kinderträume.

Eines Nachts flog eine kleine Schwalbe über die Stadt. Ihre Gefährten waren schon vor sechs Wochen nach Ägypten gezogen, aber sie war zurückgeblieben, weil sie sich in ein wunderschönes Schilfrohr verliebt hatte. Sie hatte es im Frühling zum ersten Mal gesehen, als sie über den Fluß flog, hinter einer großen gelben Motte her, und sie war von der Schlankheit des Rohres so entzückt gewesen, daß sie Haut gemacht hatte, um mit ihm zu plaudern.

„Darf ich dich lieben?", fragte die Schwalbe, die immer gern gerade auf ihr Ziel losteuerte. Und das Schilfrohr verneigte sich tief vor ihr.

So flog die Schwalbe immer und immer wieder um das schlanke Schilfrohr herum und streifte das Wasser mit ihren Flügeln, daß sich leichte Wellen bildeten. Das war ihre Art des Werbens, und es dauerte so den ganzen Sommer hindurch. „Das ist eine komische Verbindung", zwitscherten die übrigen Schwalben, und dabei hat das Rohr viel zu viel Anverwandte. In der Tat waren die Ufer des Flusses dicht mit Schilfrohr besetzt.

Dann, als der Herbst kam, flogen die Schwalben fort, bis auf die eine, die sich in das Schilfrohr verliebt hatte. Als sich aber die kleine Schwalbe allein sah, fühlte sie sich sehr einsam und begann ihrer Liebe überdrüssig zu werden. „Das Schilfrohr versteht sich gar nicht zu unterhalten", sagte sie, „und ich fürchte, daß es sich viel zu viel einbildet, denn es liebäugelt mit dem Wind". Tatsächlich machte das Rohr, jedesmal wenn der Wind blies, die anmutigsten Verneigungen.

„Ich gebe ja zu, daß es sehr häuslich und wirtschaftlich veranlagt ist", fuhr die Schwalbe zu sich selber fort, „aber ich liebe das Reisen, und daher sollte meine Frau es auch lieben".

„Willst du mit mir fortreisen?", fragte sie das Schilfrohr. Das schüttelte nur den Kopf, es hing so sehr an seiner Heimat.

„Du hast mit mir gespielt!", rief die Schwalbe aus, „ich gehe jetzt fort zu den Pyramiden, leb' wohl." Und sie flog auf und davon.

Den ganzen Tag über flog die Schwalbe und erreichte am Abend eine Stadt. „Wo soll ich mich nun niederlassen?", fragte sie sich. „Ich hoffe, daß die Stadt die nötigen Vorbereitungen für meine Unterkunft getroffen hat."

Da entdeckte die Schwalbe die Statue des glücklichen Prinzen auf dem hohen Sockel. „Hier werde ich bleiben", rief sie aus, „das ist eine feine Lage, in guter, frischer Luft". Mit diesen Worten ließ sie sich zu den Füßen des Prinzen nieder.

„Ich habe ein goldenes Schlafzimmer", sagte die Schwalbe wohlgefällig zu sich selbst, während sie sich umschaute und sich anschickte schlafen zu gehen. In dem Augenblick aber, da sie den Kopf unter die Flügel stecken wollte, fiel ein großer Wassertropfen auf sie. „Wie eigentümlich", rief sie aus, „am Himmel ist nicht das kleinste Wölkchen zu sehen, die Sterne blitzen und funkeln, und doch regnet es. Das Klima im Norden Europas ist doch wirklich abscheulich. Das Rohr liebte den Regen sehr, aber das war reinste Selbstsucht."

Da fiel ein zweiter Tropfen.

„Was für einen Zweck hat solche Statue denn eigentlich, wenn sie nicht mal den Regen abhalten kann', sagte die Schwalbe. „Ich will mich lieber für die Nacht nach einem guten Schornstein umsehen".

Aber noch ehe sie die Flügel ausgebreitet hatte, fiel ein dritter Tropfen. Unwillig schaute die Schwalbe nach der Richtung, von wo der Tropfen gefallen war und sah — — ja, was sah sie?

Die Augen des glücklichen Prinzen waren mit Tränen gefüllt, und Tränen rannen ihm über die goldenen Wangen. Sein Gesicht sah im Mondschein so schön aus, daß das Herz der kleinen Schwalbe voller Mitleid war.

„Wer bist du?", fragte sie.

„Ich bin der glückliche Prinz".

„Warum weinst du denn?", fragte die Schwalbe weiter. „Du hast mich ja mit deinen Tränen begossen".

„Als ich noch lebte und ein Menschenherz hatte", antwortete der Prinz, „da wußte ich nicht, was Tränen sind, denn ich lebte in dem Palast von Sanssoucie, das will sagen, ohne Sorgen. Der Kummer hatte keinen Zutritt zu ihm. Tagsüber spielte ich mit meinen Gefährten im Garten, und des abends leitete ich den Tanz in der großen Halle. Rund um den Garten lief eine sehr hohe Mauer, aber ich habe niemals daran gedacht zu fragen, was wohl dahinter läge, so schön war alles um mich her. Meine Höflinge nannten mich den glücklichen Prinzen, und glücklich war ich in der Tat, wenn Freude Glück bedeutet. So lebte und so starb ich. Und jetzt, da ich tot bin, hat man mich hier auf den Sockel gestellt, so hoch, daß ich alles Elend und allen Jammer in meiner Stadt sehen kann, und obgleich mein Herz aus Blei ist, muß ich nun doch immer weinen." (Schluß folgt.)

Türmerlied.

Zum Sehen geboren,
Zum Schauen bestellt,
Dem Turme geschworen,
Gefällt mir die Welt.
Ich blick' in die Ferne,
Ich seh' in der Näh'
Den Mond und die Sterne,
Den Wald und das Reh.
So seh' ich in allen
Die ewige Zier,
Und wie mir's gefallen,
Gefall' ich auch mir.
Ihr glücklichen Augen,
Was je ihr gesehn,
Es sei, wie es wolle,
Es war doch so schön!

Nicht allein mich zu ergötzen,
Bin ich hier so hoch gestellt;
Welch ein greuliches Entsetzen
droht mir aus der finstern Welt!
Flammenblicke seh' ich sprühen
Durch der Linden Doppelnacht;
Immer stärker wühlt ein Glühen,
Von der Zuglust angefacht.
Ach! die innre Hütte lodert,
Die bemoost und feucht gestanden;
Schnelle Hilfe wird gefordert,
Keine Rettung ist vorhanden.
Ach, die guten alten Leute,
Sonst so sorglich um das Feuer,
Werden sie dem Qualm zur Beute!
Welch ein schrecklich Abenteuer!
Flamme flammet, rot in Gluten
Steht das schwarze Moosgestelle;
Retteten sich nur die Guten
Aus der wildentbrannten Hölle!
Züngelnd lichte Blitze steigen
Zwischen Blättern, zwischen Zweigen;
Äste dürr, die flackernd brennen,
Glühen schnell und stürzen ein.
Sollt' ihr Augen dies erkennen!
Muß ich so weitsichtig sein!
Das Kapellchen bricht zusammen
Von der Äste Sturz und Last,
Schlangengleich sind mit spitzen Flammen
Schon die Gipfel angefaßt.
Bis zur Wurzel glüh'n die hohlen
Stämme, purpurrot im Glüh'n, — — —
Was sich sonst dem Blick empfohlen
Mit Jahrhunderten — ist hin.

Aus Goethes Faust II. Teil.

Inhalt: An die sozialistischen Frauen aller Länder! — Sowjet-Ungarns Sturz. — Soziale Fürsorge für Mutter und Kind im Sowjetrußland. (Schluß). — Die Hungerblockade der Entente gegen die ungar. Räterepublik. — Vom Schlachtfeld des Klassenkampfes; Das Münchener Standgericht gegen das Völkerrecht. — Für den Frieden und die internationale Solidarität. Eine internationale Kundgebung bürgerlicher Frauen in Deutschland; Eine Kundgebung internationaler Solidarität italienischer Genossinnen. — Aus der besten aller Welten: Die wahren Notleidenden. — Feuilleton: Für unsere Kinder. Der glückliche Prinz; Märchen von Oscar Wilde; Türmerlied (Goethe).

Nummer 11 Preis 15 Pfg.

Die Kommunistin

Frauenorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Herausgegeben von Klara Zetkin

Die Kommunistin erscheint am 1., 11. und 21. eines jeden Monats. Preis der Einzelnummer 15 Pfennig, durch die Post bezogen vierteljährlich 1.25 Mark (ohne Bestellgeld)

Stuttgart, 1. September 1919

Zuschriften für die Redaktion an Klara Zetkin, Wilhelmshöhe, Post Degerloch b. Stuttgart. — Zuschriften für den Verlag an Anna Stegmaier, Stuttgart, Ostendstr. 70.

Die Internationale Konferenz in Luzern.

Ein Leichnam ist zum dritten Mal galvanisiert vor die Öffentlichkeit gestellt worden. Der Leichnam der Zweiten großen Sozialistischen Internationale, die als erstes Opfer des Imperialismus kampflos und ruhmlos, ja mit Schmach bedeckt, auf den Schlachtfeldern des Weltkriegs gefallen ist. Vergeblich bemühen sich Theoretiker und Praktiker der Arbeiterbewegung, namentlich reformistische Theoretiker und Praktiker um ihre Wiederbelebung. Jeder Versuch, die Zweite Internationale wieder auf die Beine zu stellen, ihr lebendig wirkende Kraft zurückzugeben, erweist nur mit zunehmender Bestimmtheit, daß sie tot, wirklich tot ist. Den künstlich erzeugten Lebensäußerungen der Zweiten Internationale ist das eine gemeinsam, daß sie dem schwachen, wesenlosen Schatten gleichen, den Ereignisse von größter Tragweite hinter sich lassen. Und zweimal ist ihnen tieffurchendes Geschehen gefolgt, das jene Zuckungen auch den Hoffnungsseligsten und Gutgläubigsten als täuschenden Lebensschein offenbarte, das Tod und Zersetzung nur eindringlicher bescheinigte.

Die Stockholmer Verhandlungen zur Wiederaufrichtung der zweiten Internationale hatten mit einer bitteren, aber verhältnismäßig harmlosen Selbsttäuschung und Enttäuschung geendet. Die Berner Konferenz, die das gleiche Ziel verfolgte, brachte Schlimmeres. Die Preisgabe, den Verrat der Grundsätze des internationalen Sozialismus, die Verhöhnung des Gebots der Stunde: das Weltproletariat in reinlicher Scheidung von jeder bürgerlicher Ideologie loszulösen und zu schärfstem Klassenkampf in geschlossener Front gegen den Weltimperialismus und Weltkapitalismus zu stellen. Fast über Nacht sprachen die Ereignisse das vernichtende Urteil über ihr Werk.

Der siegreiche Imperialismus der Ententemächte trat mit den Friedensverträgen von Versailles und Saint-Germain hervor, die in ihren Auswirkungen für die Kapitalisten Deutschlands und Österreichs bei weitem nicht so verhängnisvoll sind, wie für die proletarischen Massen, und die nicht bloß den Imperialismus der Zentralstaaten knebeln, sondern auch der Weltrevolution schwerste Hindernisse in den Weg wälzen. Der Imperialismus der Ententemächte übernahm die Rolle des „Weltbüttels" gegen den „Bolschewismus", von der Generäle aus Wilhelms II militärischer Hinterlassenschaft und mehrheitssozialdemokratische Regierungsmänner für „das neue Deutschland" geträumt. Er steigerte seine Aktion gegen sie russische Räterepublik, bewaffnete und bezahlte gegen die zaristische Heerführer und ließ den verhaßten proletarischen Staat von Polen, Ukrainern, Tschechoslovaken, Serben, Rumänen, Finnen, kaukasischen und sibirischen Völkerschaften bekriegen. Er wirkte zu diesem Ziel mit baltischen Baronen und deutschen „Grenzschutztruppen" zusammen. Er betätigte in der gleichen Weise die Grundsätze „der Demokratie" und „des Selbstbestimmungsrechts der Völker" gegen das inzwischen erstandene Räte-Ungarn. In Deutschland zerstampfte die kapitalistische Gegenrevolution' Mehrheitssozialdemokraten an der Spitze, die kaum errungenen politischen Freiheiten. Sie überfüllte die Gefängnisse und Gefangenenlager mit „Meuterern" wider die kapitalistische Ausbeutungsordnung, und türmte Leichenhügel auf Leichenhügel.

Deutschlands Proletariat erlebte in Berlin, Halle, Düsseldorf, Bremen und vielen anderen Städten, erlebte namentlich in München seine Junischlacht und seine Kommune. Es lernte im Feuer exerzieren und schuf sich eine revolutionäre Tradition. Maschinengewehre und Flammenwerfer konnten nicht verhindern, daß stets aufs neue, heute hier, morgen da, jetzt in diesem, nun in jenem Wirtschaftszweig Streiks mit elementarer Wucht ausbrachen. Hungeraufstände und Streiks in Italien; Aufstände, Unruhen in Frankreich und England; revolutionäre Zuckungen auf dem Balkan; Empörung und Rebellion unter nationalem Banner in Irland, in Ägypten und Indien; Südafrika und Australien, Canada und die Vereinigten Staaten vom Fieber der „labour unrast" „der Arbeiterunruh" erfaßt und geschüttelt. Überall, wo der Kapitalismus sich etabliert und entwickelt hatte, ein Schwanken, ein Zittern und Beben des Bodens, das die vulkanischen Kräfte kündete, die ihren Kerker zu sprengen drohten. Überall dort Anzeichen, Lebensäußerungen der begonnenen und fortschreitenden Weltrevolution.

Ideologische Nebel, die den Blick der werktätigen Massen verhüllt hatten, zerflatterten, fielen feucht, schwer in Blutstropfen zur Erde. Seiner schillernden Hülle bar zeigt sich Wilsons hochgelobter Völkerbund, auf den die Berner Konferenz geschworen hatte, in nackter Häßlichkeit als der Gewalt- und Ausbeutungspakt der Ententeimperialisten, als die modernisierte „heilige Allianz" der Kapitalisten gegen die Proletarier. Die vergötterte „eine Demokratie" demaskierte sich selbst als eine große weltgeschichtliche Täuschung, als die bürgerliche Demokratie. Aus der Theorie in die Praxis umgesetzt deckte ihre Ideologie international die Ausbeutung und Knechtschaft von Staaten, Nationen und Rassen durch andere Staaten, Nationen und Rassen, Raub und Krieg um Weltmacht und Weltausbeutung, national deckte sie die Ausbeutung und Knechtschaft des Proletariats durch die Besitzenden, Klassenherrschaft und Klassendiktatur der Bourgeoisie.

Aug' in Auge mit diesen Ereignissen und ihren Lehren hat die Zweite Internationale auch nicht einmal mit dem Hauch einer Aktion die kämpfende Welt bewegt. Und trotzdem sollen die Proletarier glauben, daß sie lebt, daß sie tatsächlich, tatbereit sei! Die internationale Konferenz zu Luzern ist nicht der Beweis ihrer Wiederauferstehung, vielmehr ein Zeugnis mehr ihres Todes. Der Geist ist nicht mehr, der einst in der zweiten Internationale gebraust und gegärt hat, der Geist des revolutionären internationalen Sozialismus, der Wille zur rücksichtslosen, grundsatztreuen Führung des Klassenkampfes. Was denn wäre die elementarste, selbstverständlichste Pflicht einer sozialistischen Internationale gewesen, die Leben ist und Tat sein will? Die alte Lassallesche Mahnung zu befolgen: auszusprechen was ist und die Schlußfolgerungen daraus für die

Praxis zu ziehen. Auf unseren Fall angewendet besagt es dieses: Die Konferenz mußte mit unerbittlicher Schärfe und Klarheit feststellen, daß — wie Rosa Luxemburg es bereits im Frühjahr 1916 aufzeigte — der Weltkrieg die Gesellschaft vor die Wahl gestellt hat: schlimmste kapitalistische Barbarei oder Vormarsch zum Sozialismus, kapitalistische Weltanarchie oder sozialistische Weltordnung durch die Weltrevolution. Die Konferenz mußte klare, nicht dreh- und deutelbare Richtlinien vorzeichnen für die Sammlung der ausgebeuteten Hand- und Kopfarbeiter auf dem granitnen Felsgestein der Grundsätze des internationalen revolutionären Sozialismus. Sie mußte für diese Massen den trügerischen Schein jeder bürgerlichen Ideologie zerstören, mußte ihnen die bare Unmöglichkeit und Verderblichkeit eines Zusammenwirkens mit der Bourgeoisie zeigen. Sie mußte ihnen sagen, daß wenn je so jetzt der Kampf ums Ganze geht: hie Kapitalismus, hie Sozialismus! Kurz sie mußte den Massen revolutionäre Erkenntnis geben als die Voraussetzung ihrer Vereinigung und ihres Vorstürmens zum revolutionären Ringen.

Die Konferenz zu Luzern hat nichts von alledem getan. Sie vollendete, was der in Bern eingesetzte Ausschuß begonnen. Sie beriet und beschloß das von ihm ausgearbeitete Statut der Zweiten Internationale und schuf damit einen festen Rahmen für den internationalen Zusammenschluß der Proletarier und Einrichtungen, Organe für ihre internationale Betätigung. Allein was ist das ohne den Geist, der lebendig und schöpferisch macht? Nichts als ein toter, klappernder Apparat. Freilich hat die Konferenz zu Luzern den geschaffenen Sammlungs- und Organisationsapparat auch mit Geist erfüllen wollen. Jedoch der von ihr destillierte und auf Flaschen gezogene Geist, die Einleitung zu den Statuten und der Richtung gebenden Resolutionen ist nicht vom kettensprengenden, sturmfrischen Wesen des internationalen Sozialismus, er ist vielmehr der Ausfluß zagender, angstvoll-kleinlich rechnender und wägender reformistischer Kompromispolitik.

Die programmatischen Erklärungen sind ein verschwommenes Wischiwaschi, das der galvanisierten zweiten Internationale erlaubt, mit der gleichen Inbrunst an das sanft evolutionistisch klopfende Herz sie alle zu nehmen, die im Weltkrieg und in der Revolution den internationalen Sozialismus verraten oder wenigstens nicht verteidigt haben. Die Ebert und Noske, die mit jeder wilhelminischen Regierung durch das Meer proletarischen Bruderbluts gezogen sind, sie, die noch am Vorabend des 9. November die Monarchie und die Hohenzollerndynastie vor der Revolution zu retten suchten, und diese nun mit Maschinengewehren zur Strecke zu bringen trachten, auf daß der Kapitalismus erhalten bleibe. Die Vandervelde, Thomas und Henderson, die Zierden imperialistischer Regierungen in Belgien, Frankreich und England gewesen sind. Die Gompers aller Länder, die die Geschäfte der Kapitalistenklasse treuefrigst besorgen; die Renaudel und O'Grady, die dem Gewalt- und Hungerkrieg der französischen und englischen Imperialisten gegen das kommunistische Rußland und Ungarn nichts Stärkeres entgegenzustellen wissen, als süßsaure Sympathieerklärungen. Die Kautsky und Axelrod, die ihre wichtigste Aufgabe darin erblicken, den „bolschewistischen Methoden" zu fluchen und von den Praktiken der demokratischen Kerenskiperiode zu schweigen, in der der weiße Schrecken den Noskowirren lehrte, wie man revolutionäre Kämpfer hinter Kerkermauern zusammenpfercht und von ordnungsstiftenden Truppen niedermetzeln läßt. In dieser Internationale ist nur für jene „Toren" und „Verbrecher" kein Platz, die als revolutionäre Sozialisten arbeiten, kämpfen, Verfolgung und Haß der herrschenden Kapitalistenklasse und ihrer Gefolgschaft tragen, die Kampfesbrüder von gestern und Todfeinde von heute sind, für jene „Plünderer" und „Räuber", die fechtend fallen, auf den Lippen ein Glückslächeln und ein Glaubenswort an die sozialistische Zukunft, die Weltrevolution.

In der Tat! Die programmatische Stellungnahme der Konferenz wurde eingeleitet durch ein Credo, nicht etwa an die Macht des international geeinten Proletariats, sondern an die Tugenden der klug zu überzeugenden Regierungen. Sie erhob sich für Sicherung des Weltfriedens und der Weltfreiheit zu dem alten Kyrie Eleison der Hoffnung auf Wilsons Völkerbund. Und sie klang in dem Sanktissimus der Liebe aus, daß in der Zweiten Internationale auch der Platz solcher sozialistischen Parteien sei, die als vielgetreue Schildknappen des Kapitalismus für diesen nach den Schlachten des Weltkriegs noch die des mörderischen Bürgerkriegs schlagen. Der Weg zur Milderung des schonungslosen Raubfriedens von Versailles, so wurde feierlich erklärt, sei geöffnet durch die Versicherung Hermann Müllers, — den Gott in seinem Zorn vom sozialdemokratischen Parteivorsitzenden zu Deutschlands Außenminister werden ließ, — das unglückliche Volk werde den aufgezwungenen Vertrag peinlichst einhalten. Das Menschheitsheil werde erblühen, wenn der westimperialistische Nationalitätenbund durch Einschluß Deutschlands zum wirklichen Völkerbund geworden sei und ein wirkliches Völkerparlament erhalten habe. Kein Wort davon, daß die revolutionäre proletarische Internationale den Frieden und die Freiheit der Völker erkämpfen müsse im schärfsten Gegensatz zu den Weltaufteilungs- und Weltherrschaftsbündnissen der besitzenden Klassen. In der Kommission fiel Hilferdings Erklärung glatt ab, die Unabhängigen könnten nur einer Internationale angehören, „in der kein Raum sei für Parteien, die wie die deutschen Rechtssozialisten in völliger Preisgabe des Klassenkampfes und der sozialistischen Grundsätze, insbesondere in der revolutionären Periode durch Koalitionen mit bürgerlichen Parteien eine konterrevolutionäre Haltung einnehmen". Mit anderen Worten: der Ausschluß der Scheidemänner wurde abgelehnt.

Ähnliche Vorstöße der Unabhängigen, zu einer grundsätzlichen Entscheidung zwischen Reform und Revolution, Sozialisten und Sozialpatrioten zu treiben, begegneten der unwilligen Mahnung, die Streitfragen der Deutschen in Deutschland auszutragen. So schwach ist das Bewußtsein von der internationalen sozialistischen, proletarischen Solidarität bei den Herren Doktoren, die die Zweite Internationale vom Tode erwecken wollen. Oder anders gesehen: so stark, zwingend ist ihre Erkenntnis, daß ein klares, fest umrissenes Bekenntnis zu den Grundsätzen des internationalen Sozialismus, daß die Praxis dieser Grundsätze die Verwesung des Leichnams beschleunigen müßte. In den meisten Ländern würde die entsprechende Forderung die Arbeiterbewegung und die Arbeiterorganisationen zerfetzen, zerreißen, in denen sich die Zweite Internationale verkörpern soll. Deshalb wurde auch der schüchtern gesammelte Programmsatz von der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat kaum wesentlich verschärft. Es fiel der Antrag, die Konferenz möge sich für die Diktatur der Arbeiterklasse aussprechen, denn sonst hätten sich doch die Anhänger und Praktikanten der Bourgeoisdiktatur trollen müssen. Das Rätesystem wurde nur nebenbei als etwas Nebensächliches gestreift. Eine gründliche Auseinandersetzung damit wäre ja Lästerung des Parlamentarismus gewesen. Das alles in Tagen, wo die Nachricht von der Erwürgung der sozialistischen Räterepublik Ungarn durch den Ententeimperialismus grell wie mit Blitzlicht die weltgeschichtliche Situation beleuchtete.

An dieser Situation gemessen — und sie allein kommt als Maßstab in Betracht — ist das Ergebnis der Luzerner Konferenz mehr als kläglich. Seit der Berner Tagung hat die Lage sich immer schärfer zugespitzt, heischt sie immer lauter, dringlicher die geschlossene, einheitliche revolutionäre Aktion des Proletariats in allen Ländern. Jedoch die Schutzherrn der Zweiten Internationale drücken diesem pappene und stumpfe Waffen in die Hand und lassen es mit den besitzenden Klassen national verbrüdert, statt es ihnen international geeint im unversöhnlichen Klassenkampf entgegenzuwerfen. Von ihnen geschoben ist die Zweite Internationale ein paar Schritte vorwärts gestolpert, aber nicht aufwärts, gerettet auf den unverrückbaren Grund des proletarischen Klassenkampfes, sondern abwärts auf der schiefen Ebene des Paktierens mit der Welt des Kapitalismus.

Am Grabe noch pflanzen die Unabhängigen Sozialdemokraten die Hoffnung auf, deren Vater der Abscheu vor der

Dritten Internationale ist, ihre Mutter die eigene Grundsatzunsicherheit und Schwäche. Hilferding hatte vor der Konferenz in der „Freiheit" einen Hannibalschwur des Kampfes für die revolutionären Prinzipien der Internationale geleistet. Das hat indessen die tagenden Sozialpatrioten und ihre neutralen reformistischen Gönner wenig geschreckt. Diese verließen sich darauf, daß dem Wortbekenntnis nicht die bekräftigende Tat folgen würde. Die Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratie haben diese Erwartung nicht zu Schanden werden lassen. Sie kehrten einer Tagung nicht den Rücken, die die Grundsätze des internationalen Sozialismus preisgegeben hatte, sie berieten und beschlossen in Gemeinschaft mit Männern, die sie für unwürdig halten, einer sozialistischen Internationale anzugehören. Genosse Crispien freut sich sogar der in Luzern erfolgten „Annäherung der Parteien". Welch rührend bescheidenes Gemüt! Offenbar dünkt es Crispien schon eine „Annäherung", daß die waschecht sozialpatriotische und reformistische Mehrheit ihn und Genossen Hilferding nicht als Störenfriede aus der Konferenz geworfen hat. Diese Mehrheit hatte guten Grund den „Radikalinskis" „Duldsamkeit" zu erzeigen. In Luzern wie in der „Regierung der Volksbeauftragten" erfüllten die Unabhängigen die Aufgabe, reformistische, sozialpatriotische Handlungen mit radikaler, internationaler Wortmusik zu begleiten und dadurch sich selbst und die proletarischen Massen zu täuschen. Ist es etwas anderes als Selbsttäuschung und Massenirreführung, wenn sich noch jetzt nach der Luzerner Tagung führende Unabhängige an die Zweite Internationale klammern, mit der Begründung, daß erst der für Februar 1920 geplante große internationale Sozialistenkongreß endgültig entscheiden werde? Denn was alles kann sich nicht bis dahin zur Klärung und Sammlung des Proletariats ereignen! Sogar ein Vorwärts der Weltrevolution, als Tat des Ententeproletariats, das für die Arbeiterklasse Deutschlands handelt, als weltgeschichtliche Belohnung für das eigene tatenlose aber „treue" Harren auf die Befreierin.

Gewiß: ein Teil der Unabhängigen Sozialdemokraten lehnt sich gegen die gekennzeichnete Taktik auf. Er fordert den Bruch mit der Zweiten Internationale, den Anschluß an die Dritte kommunistische Internationale zu Moskau, die an Kiental und Zimmerwald angeknüpft hat. Aber schon hat Karl Kautsky, der unter dem Gewitter der russischen Revolution seinen Weg nach dem reformistischen Damaskus gefunden hat, seine Stimme ob der Neigung zu solchem Frevel erhoben. „Will man die großen Kämpfe, denen das Weltproletariat entgegengeht, ausfechten unter dem Kommando der augenblicklichen Machthaber von Moskau? Will man sie ausfechten in Reih und Glied mit den proletarischen Massen Westeuropas?" So fragt der Mann, der mehr als viele andere mit Schuld daran trägt, daß die alte deutsche Sozialdemokratie das reiche, kostbare Erbe revolutionärer sozialistischer Grundsätze vergeudet und beschmutzt hat. „Wie anders malt sich doch in diesem Kopf die Welt!"

Die Dritte Internationale untersteht nicht „dem Kommando der augenblicklichen Machthaber in Moskau". Nebenbei: das „augenblickliche Machthaben" der Bolschewiki dauert nun fast zwei Jahre, eine lange Spanne Zeit in einer Revolution, lange genug, damit die Träger des „tatarischen Sozialismus" die Kulturarbeit von Jahrhunderten geleistet haben. Allerdings „nur" nach Gorki, der bei weitem nicht so sachverständig ist wie Kautsky. Doch zurück zum Hammel der Kautsky'schen Frage. Die Dritte Internationale gibt sich selbst ihre grundsätzlichen und taktischen Richtlinien. Die Frage steht auch nicht wie Kautsky sie formuliert: Unterwerfung unter das Kommando der augenblicklichen Machthaber in Moskau oder in geschlossener Front mit dem westeuropäischen Proletariat. Sie lautet für die Theorie: Marx oder Wilson, für die Praxis: Lenin oder Henderson-Gompers. Die Entscheidung für Marx-Lenin besagt jedoch keineswegs, ohne die proletarischen Massen Westeuropas, ja gegen sie, sondern umgekehrt: mit diesen Massen gegen die sozialpatriotischen und reformistischen Führer. Von diesen Führern muß man das Proletariat trennen, will man es national und international zum revolutionären Kampfe für den Sozialismus einen.

Es ist nicht unseres Amtes uns den Kopf mit Mutmaßungen darüber zu zerbrechen, wie wohl die Unabhängige Sozialdemokratie wählen wird. Mögen die Toten ihre Toten begraben! Die proletarischen Massen Westeuropas beginnen sich mehr und mehr um die Dritte Internationale zu scharen. Außer der kommunistischen Partei in allen Ländern haben sich ihr bereits angeschlossen die ruhmreiche italienische Sozialdemokratie, die norwegische Sozialdemokratie, die jungsozialistische Partei Schwedens, die jungsozialistische Vereinigung der skandinavischen Länder, die schweizerische Sozialdemokratie mit ihr bei, dafern eine Urabstimmung den Beschluß ihres letzten Parteitags bestätigt. Langsam, grollend rollt der Donner der Weltrevolution. Er ruft das Weltproletariat auf das geschichtliche Blachfeld, wo die Schlacht um den Birkenbaum geschlagen wird. In geschlossener Front, das rote, unbefleckte Banner der dritten Internationale voran.

—

Bürgerlich-kapitalistisches Frauen- und Kinderrecht.

I.

Als es darum ging, nach der Novemberrevolution die politische Macht dem Proletariat zu entwinden, sie wohlbefestigt in die Hand der Bourgeoisie zurückzulegen, als zu diesem gegenrevolutionären Zweck die Losung der Nationalversammlung unter die vertrauenseligen Massen geworfen wurde: da gehörten nicht wenige der erwachten und erwachenden Frauen zu den Hoffnungsüberschwenglichen. Frauen aller Klassen, aller politischen Parteien, aller sozialen Richtungen. Ein neues Reichsparlament auf Grund „des freiesten Wahlrechts der Welt" sollte die Zukunft gestalten. Ein Reichsparlament, zu dem allen Frauen, von 20 Jahren an, ohne Unterschied der Klasse, des Berufs, des Vermögens, der Bildung Stimmrecht und Wählbarkeit zuerkannt worden war. Ein Reichsparlament, dem die Revolution das Tor geöffnet hatte, für die Frauen seit langem im heißesten Kampfesgetümmel gefochten hatten.

Mußte die Nationalversammlung nicht ein neues Deutschland aufbauen, in dem auch das Weib als sozial Vollberechtigte, als Freie und Gleiche wohnen würde? Ein neues Deutschland, das nicht der einzige Ausdruck „militärstaatenbildenden Männerwillens" sein würde, sondern ein Gebilde höherer Kultur, dem die Besonderheit der Frauenmitarbeit am Aufbau das Gepräge gebe. Der politische Frühlingshimmel war voller Lerchenlieder männlicher Verheißungen und weiblicher Hoffnungen.

Das Tirilieren von der Zaubermacht der allversöhnenden „Demokratie", des „einen reinen Volkswillens" übertäubte die mißtönende Kritik der „verbissenen Fanatiker" der „versteigenen Revolutionsromantiker", die die große geschichtliche Lehre vom Klassengegeiz und Klassenkampf nicht einzuargen vermochten. Die Riesenhand der Berliner Januaraufstände hatte zwar diese Lehre bei Belsazars Siegesmahl mit blutigen Lettern an die Wand geschrieben. Die entsetzliche Meuchelung Rosa Luxemburgs durch gegenrevolutionäre Ordnungsbanditen mit und ohne Offiziersepauletten redete besonders eindringlich zu den Frauen. Nichtsdestoweniger standen breiteste Frauenmassen den Dingen in jener Schützenfestverbrüderungsstimmung gegenüber, in der die „verehrten Damen" als „holde Königinnen" gefeiert werden und über sinnig-munigen Trinksprüchen die harte Wirklichkeit ihrer sozialen Stellung vergessen. Durfte bei der Wahl der Nationalversammlung das Dienstmädchen nicht so gut wie die „Gnädige" seine Stimme abgeben, ja — dafern es der zu leistenden Arbeit zuträglich war — sogar vor der Gnädigen an die Urne treten? Wer wäre angesichts solcher Gleichberechtigung kleinlich genug gewesen, die Frage aufzuwerfen, ob das Dienstmädchen nicht von seiner Herrschaft nicht beeinflußt, ja gezwungen worden sei, für Volksvertreter statt für Volksvertreter zu stimmen!

Die Wahlen brachten Frauen aller Parteien in die Nationalversammlung, Frauen, die seit Jahren mit mehr oder minder

Klugheit, Energie und Hingabe für die Gleichberechtigung und Hebung ihres Geschlechts gewirkt hatten. Es war erreicht! Frauen aller Klassen waren als Volksvertreterinnen, als Zusammenwirkende vereinigt. Die frühere Fabrikarbeiterin, das ehemalige Dienstmädchen, sie diskutierten, verhandelten, beschlossen zusammen mit leibhaftigen weiblichen Doktoren irgend welcher Fakultät, mit Gattinnen und Töchtern aus den „besten Familien." Das Rhodus war da, auf dem die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen springen konnten. In der Nationalversammlung galt es, ihren alten Glaubenssatz zu beweisen, daß die Frauen aller Klassen zu einer heiligen Schwesterschaft vereinigt seien, wenn Fraueninteressen geschützt werden müßten. Wie oft, wie inbrünstig war dieser Glaubenssatz nicht hergebetet worden, um die sozialistische Auffassung zu widerlegen von der entscheidenden Bedeutung des Klassengegensatzes, des Klassenkampfes auch innerhalb der Frauenwelt. So sind Millionen Frauen zur Wahlurne gegangen, berauscht vom Glauben an die papierene Macht des Stimmzettels, der den „einen reinen Volkswillen" zum Ausdruck bringen müßte, berauscht vom Glauben, daß Frauen unter allen Umständen Frauenwohl verteidigen würden. Versunken war vor ihren Blicken die häßliche, brutale, grausame Welt des Klassengegensatzes zwischen Reichen und Armen, Ausbeutenden und Ausgebeuteten, Herrschenden und Unterworfenen. Jene Welt, in der die wirtschaftlich Unfreien, die fürs Brot fronen müssen, auch geistig und politisch Unfreie sind, ganz gleich, wie ihr formales Recht auf dem Papier lautet; jene Welt, in der auch des Weibes Geschick dadurch gestaltet wird, ob ein Mädchen auf der Sonnenhöhe der Gesellschaft oder in deren dunklen Armutshöhlen geboren wird.

Millionen Frauen, die am 19. Januar wählen gingen, vergaßen das, vergaßen, was die Ereignisse, die Tatsachen, was Hunger und Kummer laut genug mit der Kraft der Steine redeten, wenn Menschen schwiegen. Nämlich daß der bürgerlich-kapitalistische Klassenstaat noch nicht überwunden war, weil das Proletariat noch nicht die ganze politische Macht in seine starke Faust genommen und dazu benutzt hatte, den Kapitalismus durch den Sozialismus niederzuringen. Solange der bürgerlich-kapitalistische Klassenstaat besteht, mit seiner Scheidung in Besitzende, die auch arbeitslos genießen können, und Habenichtse, die selbst bei Überarbeit darben, kann die Nationalversammlung nicht Verkörperung des hochgepriesenen „reinen Volkswillens" sein, der allen Frauen Recht und Wohl sichern. Solchen Willen sollte sie auch gar nicht wirksam werden lassen, sondern ihn nur vortäuschen. Aufgabe, Daseinsberechtigung der Nationalversammlung war es, den Besitzenden und Ausbeutenden wieder die Staatsmacht in die Hand zu spielen, die bürgerlich-kapitalistische Klassenherrschaft mit neuen gleißenden Rechtsformen zu vergolden. Sie sollte und wollte nichts anderes schaffen als modernisiertes bürgerliches Klassenrecht, das letzten Endes sich als Besitzrecht, Besitzmacht entpuppt. Solches Recht aber steht im schroffen Gegensatz zu dem Menschenrecht, dessen die breitesten Frauenmassen bedürfen. Die Beratungen und Beschlüsse der Nationalversammlung haben das anschaulich gezeigt, als es sich bei der Verfassung darum handelte, neues Frauen- und Kinderrecht zu schaffen. Sie sind zu überzeugenden Lehren von der sich durchsetzenden Macht der Klassengegensätze geworden.

II.

Artikel 108 der Verfassung lautete nach dem Entwurf des Ausschusses: „Männer und Frauen haben — grundsätzlich — dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten. Öffentlich-rechtliche Vorrechte und Nachteile der Geburt oder des Standes bestehen nicht." Dieser Artikel sieht „grundsätzlich" auf dem Papier so aus, als verbürge er die volle staatsrechtliche Gleichstellung des weiblichen und männlichen Geschlechts. In Wirklichkeit öffnet er einer Praxis der Ungleichheit Tür und Tor. Was grundsätzlich anerkannt ist, kann, aber muß nicht praktisch wirksam werden. Die Unabhängigen Sozialdemokraten beantragten deshalb mit Fug und Recht, das Wort „grundsätzlich" zu streichen und durch die Verfassung festzulegen, daß alle Bestimmungen aufzuheben seien, die die Rechtsstellung der Frau auf dem Gebiete des bürgerlichen Rechts beschränken.

Einen Schritt hinter diesen Forderungen blieben die Mehrheitssozialdemokraten zurück. Nach ihnen sollte die Verfassung die Gleichstellung der Männer und Frauen nur in den staatsbürgerlichen Rechten aussprechen, nicht auch in den Pflichten. Des weiteren wollten sie den betreffenden Satz hinzugefügt wissen: „Die Bestimmungen des öffentlichen und bürgerlichen Rechts sind entsprechend zu gestalten." Daß diese Mehrheitssozialdemokraten von der Forderung gleicher staatsbürgerlicher Pflichten für beide Geschlechter absahen, begründeten sie damit, den Frauen könne kein Militär- und Kriegsdienst auferlegt werden. Als ob es außer diesem Dienst nicht noch sehr viele verantwortungsreiche, staatsbürgerliche Pflichten gäbe, die die Frau wie der Mann erfüllt! Als ob die Frau nicht während des Krieges als Ärztin, Verwundeten- und Krankenpflegerin, als Samariterin schwerste Aufgaben bewältigt! Als ob sie nicht bei der Roten Armee Sowjet-Rußlands bewiesen hätte, welches Heldentum sie an der Front als Organisatorin von Bildungseinrichtungen, als Vermittlerin geistiger und sittlicher Werte für die Kämpfenden fähig ist! Und sieht etwa die Verfassung, ein Gesetz die Rechtsstellung jener Männer vor, die ungeeignet für den Kriegs- und Militärdienst sind? Wiegt nicht die gefahrenschwere Bürde der Mutterschaft an gesellschaftlicher Bedeutung reichlich den Wert militärischer Leistungen auf? Die Forderung der Mehrheitssozialdemokraten war zum mindesten überflüssig, ihre Begründung aber ein schwächliches Zugeständnis an die Auffassung des „Militärstaates."

Trotz dieses Zugeständnisses wurde der mehrheitssozialdemokratische Antrag mit 144 gegen 128 Stimmen a gelehnt. Leider hatte auch der Antrag der Unabhängigen mit 149 gegen 119 Stimmen das gleiche Schicksal. Gegen die Anträge der beiden sozialdemokratischen Fraktionen hatten sich nicht blos Deutschnationale und Deutsche Volksparteiler mit den üblichen Trivialitäten aus Großvaters Zeit gewendet, sondern auch zwei Demokraten, darunter Herr Quidde, der sich vor den nicht zu übersehenden Folgen der sozialdemokratischen Anträge ängstigte. Muß der Mann kurzsichtig sein! Der Widerstand des Zentrums gegen die erhobenen Forderungen war natürlich, doch dürfte es für naive Gemüter eine Enttäuschung sein, daß eine Abgeordnete den Standpunkt dieser Partei vertrat. Frau Teusch tanzte außerhalb des heiden Ringelreihens der einen großen Schwesternschaft, als sie in ihrer Eigenschaft als „deutsche Frau" ein „System der absoluten Gleichmacherei" zurückwies. So ist es bei der unzulänglichen Fassung des Artikels 108 geblieben.

Wenn die Frau durch weitergeltendes engbrüstiges Recht daran gehindert wird, wie der Mann arbeitend, wirkend zu wachsen und zu schaffen, so mag sie sich an dem Gedanken laben, daß die Verfassung ihr wenigstens „grundsätzlich" gleiche staatsbürgerliche Rechte und Pflichten wie dem Mann zuerkennt. „Das ist der Dank vom Hause Habsburg." Will sagen von den bürgerlichen Parteien, die während des Kriegs mit den Mehrheitssozialdemokraten wetteiferten, „die tapferen Heimkriegerinnen" zu beweihräuchern, „die die Schützengräben der deutschen Wirtschaft" hielten, und die zur Zeit der Wahlagitation um die Stimmen der Wählerinnen unter Lobsprüchlein auf die Frauen bettelten gingen, deren „Weise" die „Ordnung und das Eigentum" retten sollte. Die „Ordnung und das Eigentum" des ausbeutenden Kapitalismus, der das Menschentum von Millionen Frauen zerstampft.

Die Nationalversammlung besaß auch kein Verständnis für die Forderung der Unabhängigen Sozialdemokratie, die Ausnahmegesetze gegen die Prostituierten aufzuheben. Die sachverständigsten Ärzte, Sozialpolitiker usw., sind sich längst darüber im Klaren, daß diese Ausnahmegesetze der Ausbreitung der Prostitution nicht entgegenwirken, daß sie außer Stande sind, die hygienischen und sittlichen Schädigungen auch nur herabzumindern, die für breite Bevölkerungskreise im Gefolge dieses sozialen Übels auftreten. Die gesellschaftliche Achtung der Dirnen hat nur eine sichere Folge: diese bedauernswerten Geschöpfe als von der Polizei gehetztes Freiwild den Kupplern, Bordellwirten und Zuhältern zu grenzenloser Ausbeutung zu überliefern, es ihnen so gut wie unmöglich zu machen, sich je aus dem Sumpf des Lasters zu erheben. Nebenbei verleihen die Ausnahmegesetze gegen die Prostituierten besonders verworfenen oder tölpelhaften Sittenpolizeiern die Macht, ehrbaren Frauen die abscheulichsten Unannehmlichkeiten zu bereiten. Sie sind schreiendes Unrecht, wenn die Männer, die mit Dirnen verkehren, nicht auch der gesellschaftlichen Achtung, dem Ausnahmerecht verfallen, wenn Städte das „gute, alte Recht" mittelalterlicher Gemeinden aufrecht halten: Einkommen aus Bordellen zu beziehen.

Der Antrag der Unabhängigen stieß auf die geschlossene Gegnerschaft der bürgerlichen Parteien und der Regierung, in der Mehrheitssozialdemokraten ausschlaggebend sind. Die Herrschaften zogen sich unter der Führung des Regierungskommissars Dr. Preuß hinter die Ausrede zurück, die aufgerollte Frage müsse Gegenstand der Spezialgesetzgebung sein. Offenbar war es ihnen insgesamt höchst ungemütlich, daß durch Genossin Zietz's ernste, sachliche Ausführungen helles Licht darauf fiel, welche Schmutz- und Lasterhaufen das honette Haus der bürgerlichen Ordnung umschließt. Schmutz- und Lasterhaufen, die ihr so wesenzugehörig, so untrennbar von ihr sind, wie der neumöblierte parlamentarische Salon, Nationalversammlung benannt. Die Abgeordnete Dr. Kahl von der Deutschen Volkspartei schämte sich nicht, auf Genossin Zietz's Darlegungen mit einem Gemisch von Möchte-gern-Witzen und plumpen, gehäßigen persönlichen Sticheleien zu antworten. Und wieder war es eine Frau, die Abgeordnete Neuhaus vom Zentrum, die sich als erste gegen den Antrag erklärte. Die beiden Mehrheitssozialdemokratinnen Lutze und Blos aber drückten sich um eine klipp und klare Stellungnahme zu der Frage herum. Ihnen genügte eine Erklärung der Regierung, daß die Sache geregelt werden sollte. Das bürgerliche „Anstandsgefühl" hat gesiegt. In der Verfassung wird von der Prostitution nicht geredet, nach ihr gibt es keine Prostitution. Der Moral der bürgerlichen Gesellschaft getreu. Diese Gesellschaft kann zwar ohne die Prostitution nicht auskommen, aber sie macht die Prostituierten „unehrlich." Die Ordnungssäulen amüsieren sich mit Dirnen, aber sie grüßen sich nicht „unter den Linden."

Ausnahmerecht soll auch nach wie vor das Los großer Gruppen weiblicher Berufstätigen sein, deren Leistungen die Gesellschaft nicht entbehren kann. Das Zölibat, die Ehelosigkeit soll für Lehrerinnen und andere Beamtinnen im öffentlichen Dienst weiter bestehen. Artikel 118 der Verfassung besagt: „Die Ehe steht als Grundlage des deutschen Familienlebens und der Erhaltung und Vermehrung der Nation unter dem besonderen Schutz der Verfassung." Wie reimt es sich mit der hier bekundeten hohen Wertung der Ehe, des Familienlebens, daß Lehrerinnen und andere Beamtinnen ihre Berufstätigkeit in Staat und Gemeinde aufgeben müssen, wenn sie sich verheiraten? Äußerer Zwang stellt in diesem Falle die Frau vor die Wahl, sich für die Ehe oder den Beruf zu entscheiden, äußerer Zwang verhindert sie daran, nach reiflicher Prüfung, in voller sittlicher Freiheit den Versuch zu wagen, die Aufgaben des Berufs mit den Pflichten der Mutterschaft zu vereinigen. Daß solche Vereinigung schwer ist, weiß jede Frau, die mit ganzer Seele Mutter ist und doch eine Berufstätigkeit ausübt. Daß sie nicht unmöglich ist, hat die Erfahrung genügend klargestellt, auch daß — die nötigen persönlichen Eigenschaften und entsprechend gestaltete äußere Umstände vorausgesetzt — bei der Vereinigung die Mutter und die Berufstätige wachsen, das Kind und die Arbeit gewinnen kann. Besonders für die Lehrerinnen ist das in Ländern erwiesen, wo Ehe und Mutterschaft nicht zum Aufgeben des Berufs zwingen.

Die Unabhängigen Sozialdemokraten hatten in Würdigung der Sachlage beantragt, in der Verfassung festzulegen: „Ehefrauen dürfen an der Erlangung oder Ausübung eines Amtes wegen ihrer Verheiratung nicht gehindert werden." Ihre Forderung scheiterte an dem Nein aller bürgerlichen Parteien, die weiblichen Abgeordneten inbegriffen. Besonders verdient das Verhalten der demokratischen Herren und Damen an den Pranger gestellt zu werden. Seit ihre Partei durch die zunehmende „Politisierung" der Frau gezwungen worden ist, ihren alten spießbürgerlichen Standpunkt in der Frauenfrage zu revidieren, hat sie sich angelegen sein lassen, gerade die Lehrerinnen, Postbeamtinnen usw. als Gefolgschaft zu gewinnen. Während der Agitationswochen zu den Nationalversammlungswahlen hat sie ihnen hoch und heilig energische Interessenvertretung zugeschworen. Führende Demokratinnen haben seit langen Jahren für die Beseitigung des Zölibats der Beamtinnen gekämpft. Nun aber haben sie die Forderung schmählich im Stich gelassen, ihren Verrat bemäntelnd mit ihrem Gottvertrauen auf die Weisheit der guten Regierung, die schon zur rechten Zeit die nötige gesetzliche Änderung herbeiführen werde. Warum die Preisgabe des Frauenrechts? Wirklich nur um der Auffassung der Zentrümler und Konservativen vor der Ehe und Familie ein Kompliment zu machen? Ach nein, der wahre Grund liegt tiefer. Die bürgerlichen Kreise und Politiker empfinden, daß es ums Ganze geht, um den Bestand der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft. Diese Gesellschaft gilt es in jeder Erscheinungsform zu schützen. Auch in derjenigen der bürgerlich-kapitalistischen Wertung der Ehe und Familie. Vor dieser Notwendigkeit bürgerlicher Politik mußte das Frauenrecht zurücktreten.

(Schluß folgt.)

Das Recht des unehelichen Kindes.

Rede der Abgeordneten Luise Zietz in der Nationalversammlung.

Der bisherige Rechtszustand ist eine bittere Ungerechtigkeit gegen das uneheliche Kind und seine Mutter, eine Ungerechtigkeit, die unserer heutigen Eigentumsordnung entsprungen ist und der auf ihr basierenden doppelten Moral für Mann und Weib. Als mit der Entwicklung des Privateigentums die Einzelehe aus dem Bestreben des Mannes entstand, den erworbenen Besitz seinen legitimen Nachkommen zu hinterlassen, da bildete sich jene doppelte Moral, die bis auf den heutigen Tag besteht, die vom Weibe Keuschheit und eheliche Treue verlangt, ohne dem Mann die gleiche Pflicht aufzuerlegen. Diese doppelte Moral ächtet das Weib als Gefallene, wenn es Mutter wird, ohne gesetzmäßige Gattin geworden zu sein, während in manchen Kreisen der Mann als besonders interessant gilt und mit einem milden verzeihenden Lächeln als Schwerenöter bezeichnet wird, der in seiner geschlechtlichen Moral überhaupt ohne Hemmung ist. Unter keinen Umständen darf nach unserer Ansicht die moralische Einschätzung und die soziale Achtung einer Frau von der vorehelichen Mutterschaft abhängig sein. Denn unzählige uneheliche Mütter stehen in ihrer moralischen Qualifikation und in ihrer sittlichen Auffassung ungleich höher als manche legitime Ehefrau.

Wo die Frau nicht aus Liebe die Hand zum Ehebunde reicht, sondern aus Rücksicht auf die angenehme und angesehene Stellung, die der Mann ihr zu verschaffen und zu geben vermag, weil er Reichtum und Amt und Würden sein eigen nennt, da ist die Ehe nichts weiter als eine standesamtliche und kirchliche Sanktion der Prostitution, eine große gesellschaftliche Lüge von der Heiligkeit der Ehe. Nicht viel besser ist es bestellt um jene Frauen, die, ohne erfüllt zu sein von dem heiligen Feuer der Gattenliebe, in erschreckender Gleichgültigkeit gegen den Mann ihrer Wahl in die Ehe treten, lediglich, um Frau zu werden. Auf sie treffen zu die geißelnden Worte, die Friedrich Nietzsche in Zarathustra sagt: „Ach, diese Armut der Seelen zu zweien, ach, dieser Schmutz der Seelen zu zweien, ach, dies erbärmliche Behagen zu zweien, Ehe nennen sie dies alles, und sagen, ihre Ehe sei im Himmel geschlossen." Im Gegensatz dazu stehen nicht nur jene Ehefrauen, sondern auch zahlreiche uneheliche Mütter, die erfüllt sind von dem Geiste jenes Nietzschewortes, das da sagt: „Nicht nur fort sollst du dich pflanzen, sondern hinauf. Ehe heiße ich den Willen zu zweien, das eine zu schaffen, das mehr ist, als die es schufen." Das ist die Voraussetzung für die Aufwärtsentwicklung der Menschheit. Heilig sollten deshalb der Menschheit alle Mütter sein.

Aber unvereinbar mit der Ehrfurcht vor dem Mysterium der Mutterschaft ist die moralische Einschätzung, die soziale Achtung und die rechtliche Unterwürfigkeit der unehelichen Mutter und ihres Kindes, die manche von ihnen in den Tod getrieben hat. Eine Gesellschaft, die solch einen Zustand aufrecht erhält, vergißt, zu welch unendlicher Dankbarkeit sie allen Müttern verpflichtet ist, die unter Gefahr ihres Lebens ihr den höchsten Dienst leisten: die Erhaltung und Fortpflanzung der Art; allen Müttern, die der Menschheit in dem Kinde den zukünftigen Vollmenschen, den Schaffenden und den Schöpfer geben. Und wahrlich, zu allen Zeiten sind unter den Tüchtigsten, ja unter den Großen der Menschheit nicht wenig uneheliche Ursprungs gewesen. Ich will nur an einen einzigen Großen aus der Zeit der Renaissance erinnern, an Leonardo da

Vinci, der bekanntlich der uneheliche Sohn einer Bäuerin war, an der er in höchster Liebe und Verehrung hing, und von der er dankbar anerkannte, daß er von ihr die Veranlagung zu dem besten seiner Talente ererbt habe.

Im Interesse der einzelnen und der Gesellschaft ist es deshalb, die Beseitigung der Ausnahmegesetze gegen die uneheliche Mutter und ihr Kind durchzusetzen, und just in der gegenwärtigen Zeit schreien die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse gerade nach dieser Beseitigung. Bei den enormen Kosten, die gegenwärtig die Anschaffung auch nur der allernotwendigsten Haushaltungsgegenstände verursacht und bei der furchtbaren Wohnungsnot ist die Gründung eines eigenen Heims für Unbemittelte vielfach fast unmöglich. In solchen Zeiten, das hat hundertfach die Erfahrung gelehrt, nimmt die Zahl der unehelich Geborenen stark zu, und es geht nicht an, daß Tausende und Abertausende verstemt werden, weil sie infolge der schrecklichen Notlage auf die Ehe verzichten müssen. In der Not des Krieges ist den unehelichen Müttern und Kindern die gleiche Unterstützung wie den Ehelichen zugesprochen worden, ist den unehelichen Müttern auch die gleiche Wochenhilfe zuteil geworden wie den Ehelichen. Und das mit Recht! Da ist es nur konsequent, nun auch die rechtliche Grundlage für die allgemeine Gleichstellung zu schaffen.

Die Ausnahmebestimmungen gegen die Unehelichen sind keineswegs ethischen Beweggründen entsprungen und sollen auch keineswegs sittlichen Zwecken dienen, sondern sind lediglich Schutzbestimmungen, für das Eigentum des Vaters und seiner legitimen Kinder und Familie, und wenn Frau Brömer hier schon hingewiesen hat auf die Verjagung Hagars und Ismaels, so bin ich nicht ihrer Meinung, daß allein der Haß Sahras dafür maßgebend war, sondern so wie Hagar und Ismael in die Wüste gejagt wurden, als Abraham im vorgerückten Alter noch einen legitimen Sohn bekam, dem er sein Erbe hinterlassen wollte, so sieht man gegenwärtig durch Ausnahmebestimmungen des bürgerlichen Rechts das schützende Gitter um das geheiligte Eigentum des Erzeugers und jagt die uneheliche Mutter und ihr Kind in die Wüste sozialer Aechtung und wirtschaftlicher Not. Das darf nimmermehr geschehen. Und wo wirklich sich jemand noch anmaßt, pharisäerhaft über die Moral der unehelichen Mutter zu Gericht zu sitzen, dem rufe man das Wort Christi zu: „Wer unter Euch ohne Sünde ist, der werfe den ersten Stein auf sie!“

Kein Mensch — und stünde er in blütenweißer Unschuld des Körpers und der Seele da — hat im besonderen ein Recht, das uneheliche Kind büßen zu lassen, das ganz unschuldig an seiner Existenz ist. Das geschieht aber, wenn ihm verboten ist, den Namen des Vaters zu tragen, und wenn es in § 1589 Abs. 2 des bürgerlichen Gesetzbuchs heißt: „ein uneheliches Kind, und dessen Vater gelten nicht als verwandt.“ Eine willkürliche, eine widernatürliche Bestimmung, die etwa auf gleicher Stufe steht mit der Behauptung, die Erde bewege sich nicht. Wie viele Seelenpein ist den unehelichen Müttern und Kindern durch diese widersinnige und grausame Rechtsbestimmung schon bereitet worden! Für den Mann aber, der in unehelichem Geschlechtsverkehr das Kind zeugte, sind diese Rechtsbestimmungen ein vorzügliches Mittel, seine Tat zu verdecken und das Vorhandensein seines unehelichen Kindes zu verheimlichen.

Diese Bestimmungen sind sicherlich kein Mittel, die geschlechtliche Moral des Mannes zu heben und sein geschlechtliches Verantwortungsgefühl zu stärken, sofern das durch Gesetzesparagraphen überhaupt möglich wäre. Wir beantragen, daß die beiden genannten Bestimmungen fallen, und das uneheliche Kind den Namen des Vaters erhält. Damit würde auch die gesetzliche Grundlage geschaffen für die Anordnungen der Verwaltungen über eine Führung der Standesregister, die den „Makel“ der Geburt nicht mehr erkennen läßt. In der Polemik gegen unserer Antrag ist hier gesagt worden, viele Mütter wollten gar nicht, daß das Kind den Namen des Vaters trage. Wenn sie die Gleichberechtigung des unehelichen Kindes mit dem ehelichen wollen, dann dürfen sie hier nicht wieder eine Ausnahme machen, sondern müssen ihm auch das Recht zusprechen, den Namen des Vaters zu tragen. Wenn eine Mutter einen anderen Wunsch hat, dann kann sie beantragen, daß das Kind ihren Namen trägt.

Daß die uneheliche Mutter sich Frau nennen darf, wird im gesellschaftlichen Leben ihr in Zukunft hoffentlich niemand mehr bestreiten, nachdem es ja mehr und mehr Sitte geworden ist, daß erwachsene weibliche Personen sich überhaupt Frau nennen. Aber wir sind der Meinung, es muß ihr das Recht auf die Bezeichnung Frau auch im Verkehr mit Behörden gegeben werden, und darum haben wir unseren Zusatzantrag gestellt.

Eine bittere Ungerechtigkeit ist es ferner, wenn das bürgerliche Recht bestimmt, der Vater habe für das uneheliche Kind den Unterhalt entsprechend der Lebensstellung der Mutter zu gewähren. Wie oft es vorgekommen, daß ein reicher Mann, der ein armes Mädchen, ein Dienstmädchen oder eine Fabrikarbeiterin schwängerte, zu dem lächerlich geringen Satz von 25 bis 30 Mark monatlicher Alimente verurteilt worden ist, weil das der sozialen Stellung der Mutter entspreche. Der Mutter war es alsdann nur bei härtester Arbeit und unter schwersten Entbehrungen möglich, das Kind durchzubringen, während der Vater im Überfluß lebte. Damit muß aufgeräumt werden. Was hier gegen diese Forderung eingewendet ist, schlägt alles daneben, und trifft absolut nicht das, was unser Antrag bezweckt. Die Last der Fürsorge und Erziehung ruht ja ohnehin auf den Schultern der Mutter, und es bedarf der Mutterliebe in ihrer höchsten Kraft und Opferfähigkeit, um dem Kinde eine lichte Jugend zu schaffen, denn die uneheliche Mutter muß ja ihrem Kinde Mutter und Vater sein.

Wenn Goethe in seinem epischen Hauptwerk „Hermann und Dorothea“ die Mühsal der Mutter schildert und Dorothea sagen läßt „Zwanzig Männer verbunden trügen nicht diese Beschwerden und sie sollen es auch nicht, doch sie sollen dankbar es einsehen,“ so trifft das auf die unehelichen Mütter ganz besonders zu. Zum Danke für diese Mühsal bestimmt das bürgerliche Recht: Die uneheliche Mutter hat nicht die Elterngewalt über ihr Kind; zur Vertretung des Kindes ist sie nicht berechtigt, und gestern ist hier einer der Abgeordneten aufgetreten und hat gesagt: dafür tritt der Generalvormund ein. Das wollen wir eben nicht. Wir wollen, daß die uneheliche Mutter auch das Elternrecht über ihr Kind hat.

Unser Antrag: „Die unehelichen Kinder sind den ehelichen gleichgestellt“ will mit allen diesen Ungerechtigkeiten aufräumen. Er bedeutet also, daß die Unterhaltungspflicht nach der sozialen Stellung des Vaters zu bemessen ist, daß die unehelichen Kinder auch im Erbrecht den ehelichen gleichzustellen sind, und daß Vater und Mutter die elterliche Gewalt über das Kind bekommen. Damit würde endlich auch dem Vater ein gerechterer Pflichtteil an der Fürsorge für sein uneheliches Kind zugeschoben.

Völlig enden wird daß Golgatha der unehelichen Kinder erst in einer sozialistischen Gesellschaft, in der Schutz des toten Besitzes und die Sorge um seine Erhaltung und Vermehrung nicht mehr der oberste Leitstern in der Ökonomie und Gesetzgebung ist, sondern die Fürsorge für den lebenden Menschen. Erst die sozialistische Gesellschaft als der höchste Ausdruck menschlicher Solidarität wird die Sorge um die Aufwärtsentwicklung und das Wohlergehen aller Menschen als regelndes Prinzip anerkennen und jedes gesunde neugeborene Kind als eine Bereicherung der menschlichen Gesellschaft freudig begrüßen.

Zehn Gebote für Arbeiter.

Aus einem Flugblatt der 48er Revolution.

Erstes Gebot: Du sollst arbeiten. Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen. So steht geschrieben. Und doch essen viele, die nicht arbeiten. Das muß aufhören.

Zweites Gebot: Du sollst keinen Müßiggänger neben dir dulden. Wenn du einen siehst, der müßig neben dir steht und fähig zur Arbeit ist, so gib ihm ein Schurzfell und eine Hacke und sprich zu ihm: „Jetzt schaffe! Denn siehe, Bruder, wenn du müßig gehst, muß ich deinen Teil Arbeit mit übernehmen, und das ist unrecht. Darum schaffe, reicher Müßiggänger.“

Drittes Gebot: Du sollst keine Sklavenarbeit verrichten. Alle Menschen sind frei und gleich. Es wird keiner als Sklave geboren. Es braucht keiner ein Sklave zu werden. Deine Arbeit kann und muß eine freie sein, eine solche, die deinen Fähigkeiten und Neigungen entspricht, deinen Geist nicht erdrückt und deinen Leib nicht erschlafft. Nicht zum Nachteil deiner selbst. Nicht als Sklave für einen Herrn sollst du arbeiten, sondern als freier Mann für dich und deinen Bruder, der gleichfalls wiederum für dich und sich arbeitet. Die einzigen Sklaven die es geben soll auf dieser Welt, das sind die Maschinen, die dem Menschen untertan sind.

Viertes Gebot: Du sollst gerechten Lohn für deine Arbeit fordern. Wenn man dir sagt, die Geschäfte gehen schlecht, dein Lohn muß verkürzt werden, du mußt dich fügen in die schlechte Zeit usw., und dir so nach und nach den gerechten Lohn entzieht und dich zum elendesten der Lasttiere macht, so antworte: Die schlechte Zeit macht ihr! Nicht nur eurer Habsucht, eurer unersättlichen Geldgier, eurer tollen Konkurrenz wegen gehen die Geschäfte schlecht, ihr überrennt euch einer den andern und in eurem Fall wollt ihr uns Arbeiter mit hineinziehen. Das muß aufhören! Wir haben den Preis der Waren zu bestimmen. Wir, die sie schaffen, nicht ihr. Wir wollen einen gerechten Lohn für unsere Arbeit, denn jeder Arbeiter ist seines Lohnes wert.

Fünftes Gebot: Du sollst keinen Hunger leiden. Siehst du, es fällt kein Sperling von dem Dache aus Hunger, kein Wurm kriecht im Grase, der sich nicht sättigt, kein Fisch schwimmt im Wasser, der verschmachtet. Und du, Mensch, müßtest Hunger leiden? Warum das? Baust du nicht das Ackerfeld, reisen dir nicht die Ähren in die Hand, bäckst du nicht selber das Brot, bricht's du nicht selbst die Frucht vom Baum? Warum sollst du Hunger leiden? Ein Narr, der für andere arbeitet und für sich hungert.

Sechstes Gebot: Du sollst nicht in zerrissenen Kleidern gehen. Die Veilchen auf den Wiesen, die Rosen in den Gärten haben schimmernde Gewänder an, der Vogel trägt ein schmuckes Federkleid, der Bär hat einen warmen Pelz. Hast du nicht den Flachs gesäet und die Seide gesponnen, hast du nicht des Königs Purpurmantel gewebt? Warum willst du in Lumpen gehen?

Siebentes Gebot: Du sollst dich deines Lebens freuen. Der Zweck des Lebens ist, daß der Mensch glücklich sei. Hast du alles getan, was nötig ist zur Erhaltung und Verschönerung des Menschenlebens. Hast du dem Boden die Nahrung abgerungen, hast du dem Geiste Flügel gegeben, d. h. bist du ein ganzer Mensch, gesund an Körper und Geist, geworden, so mußt du glücklich sein und dich des Lebens freuen, du und alle deine Brüder!

Achtes Gebot: Du sollst in Ehren leben. Ehre! D. h., es soll keiner über dir stehen und dich verhöhnen: „Arbeiter, unwissender Arbeiter, armer Arbeiter!“ Nein, du sollst zu jenen sagen, die bisher von deinem Schweiße sich genährt: „Müßiggänger, arme Müßiggänger! Ich verzeihe euch alles, was ihr an mir verschuldet. Ich reiche euch die Bruderhand. Auch ihr sollt in Ehren leben, durch eure Arbeit!“

Neuntes Gebot: Du sollst dein Ohr verschließen vor den Pfaffen. Der Baum der Erkenntnis ist der Baum des Lebens. Die Pfaffen, die nichts tun wollen, und die doch leben, schwelgen wollen, scheuchen dich zurück vom Baum der Erkenntnis. „Nicht hier“, sagen sie, „sollst du genießen, sondern jenseits. Hier dulde, dort oben wirst du belohnt“. So bieten sie dir ein Schaugericht, um das wirkliche selbst zu genießen. Du aber sollst erkennen, daß das Recht zu leben, das Recht glücklich zu sein, hier glücklich zu sein, ist.

Zehntes Gebot: Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst. Nur so gelingt es dir, der Knechtschaft dich zu entziehen. Nur so kannst du wahrhaft frei sein, denn Freiheit und Gleichheit gehen nur von einem Dritten, der Brüderlichkeit aus. Haß und Neid entzweien. Liebe vereinigt. Einzeln bist du schwach, in Gemeinschaft stark und kräftig.

Notizenteil.

Frauenwahlrecht.

Das Frauenwahlrecht bei den letzten Parlamentswahlen in England hat dem Anschein nach seine erste Erprobung nicht gut bestanden. Von den aufgestellten Kandidatinnen wurde nur eine einzige gewählt, Genossin Mac Arthur, eine der besten Gewerkschaftsführerinnen und Kandidatin der Unabhängigen Arbeiterpartei, macht darüber diese aufklärenden Ausführungen:

„Die Maßnahmen der Reaktion, des Privilegs, des Großkapitals haben augenblicklich einen politischen Sieg davongetragen. Keiner, der die politische Situation studiert hat, konnte bei den gegebenen Umständen, unter denen die Wahlen stattfanden, ein anderes Resultat erwarten. Ganz selbstverständlich suchen diejenigen, die durchgefallen sind, nach den Ursachen ihrer Niederlage; es ist nicht überraschend, daß bei sehr vielen die Neigung besteht, die Niederlage dem Frauenstimmrecht zuzuschreiben. Dieser Meinung kann ich ganz und gar nicht beipflichten.

Manch begeisterter Anwalt des Frauenstimmrechtes hatte die Gewohnheit, als Beweis für seine Ansicht von dem bewunderungswürdigen Gebrauch zu sprechen, den die Frauen von der politischen Macht machen würden. Ein Argument, das nicht sehr ernsthaft ist. Der Gebrauch, den die Frauen vom Stimmrecht machen könnten, hatte nichts mit ihrem Recht auf dieses Stimmrecht zu tun. Wenn die Frauen heute noch ihrer Unwissenheit gestimmt haben, so sind die Gegner des Frauenstimmrechtes zum Teil für die mangelnde politische Erziehung der Frauen verantwortlich. Aber in der Tat, die Frauen haben, wie es leicht vorauszusehen war, in der Mehrzahl genau so gestimmt wie die Männer wenn auch sehr oft aus ganz entgegengesetzten Gründen.

Man muß festhalten, daß gegenwärtige Stimmrecht ein Stimmrecht der mittleren Jahre ist. Die Frauen unter 30 Jahren, deren Leistungen in den Fabriken die Befreiung ihres Geschlechtes zur Voraussetzung hatten, haben kein Wahlrecht. Das Ideal und die Begeisterung nahezu einer Million junger Menschen ist eingeschart aus den Schlachtfeldern.

Die älteren Frauen hatten nicht die Gelegenheit — und oft auch nicht den Wunsch — politischen Versammlungen beizuwohnen. Die Wahlliteratur betrachten sie als langweilig. Die Vorstellungen, die sie von dem Programm der Kandidaten hatten, hatten sie zufällig aufgelesen von ihren Männern, von den Unterhaltungen mit den kleinen Geschäftsleuten und auf der Straße. In Zukunft sollten sich die Kandidaten darauf einrichten, Mohammed nachzuahmen: Wenn die Frauen zu den Versammlungen nicht kommen können oder nicht kommen wollen, so müssen die Kandidaten zu den Frauen kommen ....

In den Wahlkreisen, in denen die Kandidaten sich in den Kopf gesetzt hatten, in Frauenversammlungen die Fragen des Wiederaufbaues der Gesellschaft nach dem Kriege zu besprechen, gab es keinen Zweifel über die Natur der weiblichen Forderungen. Die Frauen wollen einen dauernden Frieden, die Aufhebung der Wehrpflicht, Gerechtigkeit gegen die Soldaten und ihre Familie, schleunigste Demobilisierung und einen energischen Feldzug gegen das Wohnungselend.

Der Durchfall der Kandidatinnen, mit einer einzigen Ausnahme, wird von manchen als Zeichen gedeutet, daß Frauen nicht von Frauen vertreten sein wollen. Nach meiner Meinung sind die Vorurteile gegen weibliche Kandidaten unter Männern und Frauen gleichmäßig verteilt. Indes das Wahlergebnis zeigt keineswegs, daß solche Vorurteile ganz allgemein verbreitet sind. Wenn manche Kandidatinnen nur wenige Stimmen erhielten, so nur deshalb, weil ihre Kandidaturen in letzter Stunde aufgestellt wurden, und weil sie es an der notwendigen Wahlarbeit fehlen ließen. In meinem Wahlkreis war die Stimmenzahl, die die Arbeiterpartei erhielt, bei einer nur vierwöchigen Wahlkampagne sicherlich nicht durch die Tatsache vermindert, daß der Kandidat eine Frau war.

Die Frauen im Parlament haben eine Zukunft. Ihre Anschauungen werden schließlich dort ebenso ihren Ausdruck finden wie anderswo. Doch die Frauen haben außerhalb des Parlaments eine große Aufgabe zu erfüllen, eine Aufgabe, die vielleicht nützlicher ist als diejenige, die im Parlament bewältigt werden kann, eine Aufgabe, deren Resultate schon vor den nächsten allgemeinen Wahlen sich zeigen können“.

Für unsere Kinder

Der glückliche Prinz.

Ein Märchen von Oscar Wilde.

„Wie, er ist also nicht ganz aus Gold?“, sagte die Schwalbe zu sich selbst. Sie war zu höflich, um irgendwelche persönliche Bemerkungen laut zu machen.

„Weit fort von hier“, erzählte der Prinz mit seiner leisen, melodischen Stimme weiter, „weit fort in einer engen Gasse steht ein ärmliches Haus. Eines der Fenster ist offen, und so kann ich eine Frau an einem Tisch sitzen sehen. Ihre blassen Züge sind abgehärmt, und sie hat rauhe, rote Hände, ganz zerstochen von der Nadel, denn sie ist Näherin. Sie stickt Passionsblumen in ein Atlasgewand, das die schönste Ehrendame der Königin beim nächsten Hofball tragen soll. In einem schmalen Bett in einem Winkel des Zimmers liegt ein kleiner kranker Knabe. Er fiebert und bittet seine Mutter flehentlich

um Orangen. Sie kann ihm aber nichts anderes geben als Wasser. Schwalbe, Schwalbe, kleine Schwalbe, willst du der Frau nicht den Rubin aus der Scheide meines Schwertes bringen, meine Füße haften fest an diesem Sockel, und ich kann mich nicht rühren."

„Ich werde in Ägypten erwartet", sagte die Schwalbe, „meine Schwestern fliegen immer weiter den Nil entlang und unterhalten sich mit den großen Lotosblumen. Bald werden sie sich schlafen legen in dem Grabe des großen Königs. Er ist in kostbare. gelbe Stoffe gehüllt und mit Spezereien einbalsamiert. Um den Hals trägt er seine Kette von mattgrünem Nephrit, und seine Hände sind wie gelbe Blätter".

„Schwalbe, Schwalbe, liebe kleine Schwalbe", bat der Prinz, „willst du nicht diese eine Nacht bei mir bleiben und mein Boote sein? Der Knabe ist so durstig, und seine Mutter ist so traurig".

„Aber ich mache mir im Grunde nicht viel aus Knaben", antwortete die Schwalbe. „Als ich letzten Sommer an dem Fluß wohnte, waren da zwei ungezogene Knaben, die Söhne des Müllers, die mit Steinen nach mir warfen. Getroffen haben sie mich natürlich nicht, dafür fliegen wir Schwalben viel zu gut, und außerdem entstamme ich aus einer Familie, die wegen ihrer Behendigkeit weit und breit berühmt ist".

Der glückliche Prinz sah so traurig aus, daß es die kleine Schwalbe bekümmerte. „Es ist sehr kalt hier", sagte sie, „aber ich will trotzdem bei dir bleiben und dein Bote sein".

„Ich danke dir, liebe Schwalbe", sagte der Prinz.

So pickte die Schwalbe den großen Rubin aus der Schertscheide und flog davon über die Dächer der Stadt, den roten Edelstein im Schnabel.

Sie flog an dem Turm der Kathedrale vorbei, an dem die kleinen, weißen Marmorengel weithin leuchteten; sie flog an dem Palast vorüber und hörte fröhliche Tanzweisen. Ein schönes Mädchen trat mit einem jungen Mann auf den Balkon hinaus. „Wie wunderbar sind doch die Sterne," sagte der Mann, „und wie wunderbar ist doch die Macht der Liebe". „Ich hoffe nur, daß mein Kleid zum Hofball fertig wird", meinte das schöne Mädchen, „ich lasse mir Passionsblumen hineinsticken. Aber die Schneiderinnen sind alle so faul".

Die Schwalbe flog weiter über den Fluß und sah die Laternen an den Masten der Schiffe hängen. Sie flog über das Judenviertel und sah die alten Juden, wie sie miteinander handelten, und wie sie auf kupfernen Wagen das Geld auswogen. Endlich erreichte sie das armselige Haus und schaute hinein. Der Knabe warf sich fieberglühend im Bett hin und her, und die Mutter war während der Arbeit eingeschlafen, so müde war sie. Die Schwalbe glitt in das Zimmer, legte den großen funkelnden Rubin auf den Tisch neben den Fingerhut. Dann flog sie leise um das Bett des Knaben und fächelte seine heiße Stirn mit ihren Schwingen. „Wie kühl ist mir", sagte der Knabe. „ich glaube es geht mir jetzt besser", und er sank in einen erquickenden Schlummer.

Die Schwalbe flog wieder zurück zu dem glücklichen Prinzen und erzählte ihm, was sie getan. „Merkwürdig", sagte sie, „mir ist mit einem Mal ganz warm geworden, obgleich es doch kalt ist."

„Das kommt davon, daß du eine gute Tat getan hast," sagte der Prinz, Die kleine Schwalbe begann nachzudenken, fiel aber bald in Schlaf darüber, denken machte sie stets schläfrig.

Als der Tag anbrach, flog die Schwalbe zum Fluß hinab und nahm ein Bad. „Was für eine seltene Erscheinung", sagte der Professor der Vogelkunde, während er über die Brücke ging, „eine Schwalbe im Winter!" Und er schrieb darüber einen langen Brief an die Lokalzeitung. Alles sprach von diesem Aufsatz, der so wortreich war, daß niemand ihn verstehen konnte.

„Heute nacht mache ich mich auf nach Ägypten," sagte die Schwalbe und freute sich unbändig bei dem Gedanken. Sie besuchte alle Denkmäler und öffentlichen Bauwerke der Stadt und saß lange auf der Kirchturmspitze. Wo immer sie hinkam, da piepten die Spatzen, und einer sagte zum andern: „Was für ein vornehmer Vogel!", und darüber war die Schwalbe sehr vergnügt.

Als der Mond aufging, flog sie zu dem glücklichen Prinzen zurück. „Hast du vielleicht Aufträge für Ägypten?", rief sie. „Ich reise gerade dahin ab."

„Schwalbe, Schwalbe, kleine Schwalbe," sagte der Prinz, „willst du nicht noch eine Nacht bei mir bleiben?"

„Ich werde in Ägypten erwartet," antwortete die Schwalbe. „Morgen fliegen meine Gefährten zum zweiten Wasserfall hinauf. Dort liegt das Nilpferd unter den Binsen, und auf einem großen granitnen Thron sitzt der Gott Memnon. Die ganze Nacht lang blickte er zu den Sternen, und wenn der Morgenstern aufglänzt stößt der Gott einen langen Freudenschrei aus, und dann ist er wieder still. Um Mittag kommen die gelben Löwen ans Flußufer, um zu trinken. Sie haben Augen wie grüne Berylle, und ihr Gebrüll übertönt das Tosen des Wasserfalls."

„Schwalbe, Schwalbe, kleine Schwalbe," sagte der Prinz, „weit, weit von hier, über der Stadt sehe ich einen jungen Mann in einer Dachstube. Er sitzt an einem mit vielen Papieren bedeckten Tisch und neben ihm steht in einem Wasserglase ein kleiner Strauß verwelkter Veilchen. Sein Haar ist braun und gelockt, seine Lippen sind rot wie Granatblüten, und er hat große, träumerische Augen. Er versucht ein Schauspiel fertigzuschreiben, aber er kann nicht weiter arbeiten vor Kälte. Es ist kein Feuer im Ofen, und der Hunger hat den Jüngling ohnmächtig gemacht."

„Ich will noch eine Nacht länger bei dir bleiben," sagte die Schwalbe, die ein gutes Herz hatte. „Soll ich dem jungen Mann ebenfalls einen Rubin bringen?"

„Ach, ich habe keinen Rubin mehr," sagte der Prinz, „nur meine Augen sind mir noch geblieben. Sie sind aus seltenen Saphieren verfertigt, die man vor tausend Jahren aus Indien gebracht hat. Picke eines heraus und bringe es dem jungen Dichter. Er wird es an einen Edelsteinhändler verkaufen und sich sich für den Erlös Essen und Feuerung verschaffen und sein Stück beenden können."

„Lieber Prinz," sagte die Schwalbe, „das kann ich nicht tun," und fing an zu weinen.

„Schwalbe, kleine Schwalbe," sagte der Prinz, „tu, wie ich dich heiße."

Da pickte die Schwalbe dem Prinzen das Auge aus und flog zur Dachkammer des Studenten. Es war nicht schwer hineinzukommen, denn das Dach hatte ein Loch. Durch dieses schlüpfte die Schwalbe in die kleine Stube. Der Jüngling hielt den Kopf in den Händen vergraben, und so hörte er nicht das Flattern des Vogels. Als er zufällig aufschaute, fiel sein Blick auf den schönen Saphier, der auf den verwelkten Veilchen lag.

„Man fängt an, mich zu würdigen," rief der Dichter aus. „Der Edelstein kommt sicher von einem großen Bewunderer Jetzt kann ich mein Stück fertigschreiben." Und der junge Mann sah glückstrahlend aus.

Am nächsten Tage flog die Schwalbe hinab zum Hafen. Sie setzte sich auf den Mast des größten Schiffes und beobachtete die Matrosen, die an Tauen große Ballen aus dem Schiffsraum emporwanden. . . „Ohoi — ohoieoi!" schrien sie bei jedem Ruck am Tau. „Ich geh' nach Ägypten!" rief die Schwalbe, aber niemand schenkte ihr Aufmerksamkeit. Als der Mond aufging, flog sie zu dem glücklichen Prinzen.

„Ich komme, dir Lebewohl zu sagen," rief sie.

(Schluß folgt).

Inhalt: Die internationale Konferenz zu Luzern. — Bürgerlich-kapitalistisches Frauen- und Kinderrecht. — Das Recht des unehelichen Kindes: L. Zietz. — Zehn Gebote für Arbeiter. — Frauenwahlrecht: Das Frauenwahlrecht bei den letzten Parlamentswahlen in England. — Feuilleton: Für unsere Kinder. Der glückliche Prinz. (Fortsetzung.)

Nummer 12 Preis 15 Pfg.

Die Kommunistin

Frauenorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Herausgegeben von Klara Zetkin

Die Kommunistin erscheint am 1., 11. und 21. eines jeden Monats. Preis der Einzelnummer 15 Pfennig, durch die Post bezogen vierteljährlich 1.25 Mark (ohne Bestellgeld)

Stuttgart, 11 September 1919

Zuschriften für die Redaktion an Klara Zetkin, Wilhelmshöhe, Post Degerloch b. Stuttgart. — Zuschriften für den Verlag an Anna Stegmaier, Stuttgart, Ostendstr. 70.

Der Kampf um die Betriebsräte.

I.

Die Rätefrage steht auf der Tagesordnung des öffentlichen Lebens. Wachsende Massen derer, die mit der Hand oder dem Hirn für ihren Lebensunterhalt arbeiten und von Kapitalisten ausgebeutet werden, fordern eine neue Ordnung der gesellschaftlichen Verhält[illegible] [illegible]rch die Räte. Diese Massen empfinden und erkennen, daß sie besonderer Mittel und Wege, neuer eigener Werkzeuge bedürfen, um die zermalmende Macht des ausbeutenden Kapitals zu überwinden. Als solche Werkzeuge erscheinen ihnen die Räte. Die Räte sind Körperschaften von freigewählten Beauftragten, Vertretern der Arbeitenden, der Werktätigen aller Berufe und Arten, Beauftragte die ihren Wählern und Wählerinnen jederzeit voll verantwortlich sind und von ihnen jederzeit zurückberufen werden können. Unsere Leserinnen werden sich daran erinnern, daß es politische Arbeiterräte gibt und wirtschaftliche Arbeiterräte, deren Grundform die Betriebsräte sind. Beide Arten von Räten müssen zusammenwirken zu dem Ziel, die Macht des Kapitals, der besitzenden Klassen zu überwinden und die Befreiung der ausgebeuteten Proletarier und Proletarierinnen durch den Sozialismus zu verwirklichen.

Den politischen Arbeiterräten liegt es ob, im zähen, nimmerrastenden Kampfe dem bürgerlichen Ausbeuterstaat seine Waffen und Machtmittel zu entreißen und für die gesamten nicht ausbeutenden Massen zu erobern; zu erobern für sie nicht bloß die oberste Regierungsgewalt, vielmehr auch den ganzen Verwaltungs- und Herrschaftsapparat in der Gemeinde und im Staat. Denn heute dient dieser Verwaltungs- und Herrschaftsapparat ebenso wie die Gesetzgebung und Regierung in der Hauptsache den Interessen der Reichen und Ausbeutenden. Aber für die Befreiung des werktätigen Volkes genügt es nicht, daß die politische Macht des Ausbeutertums gebrochen wird. Ihre Grundlage muß zertrümmert werden. Das ist die wirtschaftliche Macht, die in dem Privateigentum an den großen Mitteln der Gütererzeugung beruht, im Privateigentum an Fabriken, Maschinen, Rohstoffen, Bergwerken Geld und anderem Geldeswert. Denn solches Privateigentum gibt den einzelnen Kapitalisten, gibt der besitzenden Minderheit die Macht, die ungeheure Mehrzahl der Bevölkerung auszubeuten und zu knechten, die vielen Millionen, die für Lohn oder Gehalt ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, um ihren Lebensunterhalt zu erwerben. Die ausbeutende und knechtende wirtschaftliche Macht der Besitzenden, muß durch die wirtschaftlichen Arbeiterräte zerstört werden. Aufgabe der Betriebsräte ist es, die Macht der Kapitalisten in den Fabriken, Werkstätten, Hüttenwerken großen Gutshöfen usw., kurz in der Wirtschaft zu vernichten, die wirtschaftliche Macht für die Kopf- und Handarbeitenden zu erringen.

Es ist Großes und Herrliches, was die Mühseligen und Beladenen von den Räten erwarten: die Befreiung der Arbeit, das Ende der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Bei dieser ihrer Bedeutung versteht es sich, daß die Räte von allen gehaßt, verwünscht und verfolgt werden, die dank fremder, ausgebeuteter Arbeit Reichtum und Macht, „die Welt und ihre Herrlichkeit" gewinnen. Und nicht minder von denen, die Diener und Schützer der Reichen und Mächtigen sind, und die sich darum bemühen, die heutige kapitalistische Ordnung aufrecht zu halten, die Millionäre und Bettler züchtet, Herren und Knechte will, Genießende, ja Schlemmende und Darbende, Hungernde, Müßiggänger und Überarbeitete, Abgehetzte, Übergebildete und Unwissende. Deshalb ist es selbstverständlich, daß Regierung und Nationalversammlung die Räte verabscheuen und zu beseitigen trachten, die das Proletariat seit dem Ausbruch der Revolution im November vorigen Jahres geschaffen hat. Regierung und Nationalversammlung verdanken zwar ihr Dasein der Revolution — sie sind Revolutionsgewinnler — aber sie fürchten und hassen die Revolution und ihre Werkzeuge, die Räte. Denn Regierung und Nationalversammlung wollen die kapitalistische Ordnung schirmen und erhalten, sie wollen die weiterschreitende Revolution abwürgen, den Sieg des werktätigen Volkes über seine Peiniger vereiteln.

II.

Die politischen Arbeiterräte, denen im November 1918 die oberste Staatsgewalt im Reich zugefallen war, haben Stück um Stück ihrer Macht an die Gegenrevolution abgedankt oder unfreiwillig an sie verloren. Nach der Revolution war es der Vollzugsrat der Arbeiterräte von Berlin, der die Regierung Scheidemann-Haase einsetzte. Jetzt konnte die Regierung Bauer-Erzberger-Noske den nämlichen Vollzugsrat aus seinem Sitz hinauswerfen, Mitglieder der Körperschaft ohne Grund, gegen Recht und Gesetz verhaften lassen. Die vollständige Ohnmacht der politischen Arbeiterräte kommt in diesem Vorgang zur Erscheinung und noch mehr in der Gleichgültigkeit, mit der die proletarischen Massen ihn aufgenommen haben. Jedoch auch den revolutionären Betriebsräten soll es an den Kragen gehen. Sie sind den Ebert, David und ihren bürgerlichen Bundesbrüdern nicht minder ein Scheuel und Greuel wie die politischen Arbeiterräte. Das beweist der brutal-niederträchtige Kampf, den die regierenden Mehrheitssozialdemokraten und Gewerkschaften in inniger Seelenharmonie mit den Grubenbaronen gegen die Zechenräte der Bergarbeiter geführt haben und führen. In diesem Kampf haben die politischen Schutztruppen der Thyssen und Stinnes alles aufgeboten: von den erbärmlichsten Lügen und Verleumdungen bis zu den Maschinengewehren, sie haben Tausende hinter Kerkermauern und in Gefangenenlagern einsperren, Hunderte morden und verstümmeln lassen, um die Durchsetzung des Rätesystems zu verhindern.

Allein den Betriebsräten ist nicht so leicht der Garaus zu machen wie den politischen Arbeiterräten. Ihr Werk, ihre Bedeutung für die Verteidigung der Arbeiterinteressen ist so augenscheinlich, daß sie bereits fester in dem [illegible] und den Gedanken der Massen „verwurzelt" sind. Und hinter jedem Betriebsrat steht ein geschlossenes Ganze, stehen die Arbeiter

und Arbeiterinnen des Betriebs, die eine Macht sind, sofern sie einig zusammenhalten. Die Anerkennung und Durchsetzung der Betriebsräte gehört zu den Hauptforderungen sehr vieler Streiks der Revolutionszeit. Die Betriebsräte können nicht so mir nichts dir nichts wie die politischen Arbeiterräte mit Gewalt abgetan werden. Die Nutznießer und Schützer der kapitalistischen Ausbeutungswirtschaft sinnen so darauf, sie durch Nüken und Tücken zu beseitigen, unschädlich zu machen. Sie wollen ihr Wesen verfälschen. Die „Verankerung" der Betriebsräte durch die Gesetzgebung ist das Mittel dazu.

Ende Februar ließ die Regierung der „einen Demokratie" durch den geschwätzigen Mund des Durchhalters Scheidemann feierlich erklären, daß keines ihrer Mitglieder daran dächte, die Arbeiterräte in der Verfassung zu „verankern". Nicht lange, und sie mußte unter dem Druck der gewaltigen Streiks im Ruhrgebiet, in Mitteldeutschland und Berlin durch Riesenplakate den Proletariern ihr Versprechen verkünden, zu tun, was sie abgeschworen hatte. Aber was sie zur Einlösung dieses Versprechens getan hat und tun will, das ist danach. Es entspricht durchaus dem Wünschen und Wollen des Unternehmertums, der besitzenden Minderheit, jenem Wünschen und Wollen, das als Gegenrevolution mit Belagerungszustand, Standrecht und Noskegardisten zu den Enterbten redet. Wie in anderer Beziehung so wurde ihm auch betreffs der Abwürgung der Betriebsräte durch das Gewerkschaftsbeamtentum Hand- und Spanndienste geleistet.

Was tat dieses, als die Feuerbrände der Revolution aufzulohen begannen und den Proletariern mahnend zuriefen, ihr Recht, ihre Freiheit zu erkämpfen? Es spielte die verräterische Rolle als Hausknecht der Kapitalisten weiter, die es während des Kriegs mit dem Burgfrieden und dem Hilfsdienstgesetz gespielt hatte. Der Vollzugsrat der Arbeiterräte in Berlin hatte zu Beginn der Revolution die Gewerkschaften damit beauftragt, unverzüglich revolutionäre Betriebsräte zu schaffen, die die Sozialisierung der Wirtschaft von unten auf durchzuführen hätten. Vom antirevolutionären Geist ihrer Führerschaft beherrscht und irregeleitet haben die Gewerkschaften auf die Pflicht und Ehre verzichtet, Geburtsfehler einer neuen, höheren Wirtschaftsordnung zu sein. Sie taten nichts, um überall revolutionäre Betriebsräte ins Leben zu rufen, ja schlimmer noch! Wo solche Räte doch entstanden, aus dem richtigen Instinkt oder der klaren Einsicht der Arbeiterschaft geboren, von Kommunisten und Unabhängigen Sozialdemokraten gefordert und gefördert, — manchmal waren mit süßsaurer Miene auch Mehrheitssozialdemokraten dabei — da suchten sie ihre Entwicklung und ihr Wirken zu hemmen und zu hindern. Statt das System der Betriebsräte auszubauen und zu festigen, setzten sie ihm die Arbeitsgemeinschaft zwischen Proletariat und Unternehmertum entgegen. Die Gewerkschaftsführer besorgten damit auf dem Gebiete der Wirtschaft zu Nutz und Frommen der ausbeutenden Kapitalisten die Geschäfte der Gegenrevolution, die die Mehrheitssozialisten auf dem Gebiete der Politik so treueifrig betreiben.

III.

Welches denn ist der Sinn der vielgelobten Arbeitsgemeinschaft von Unternehmern und Lohnarbeitenden? Der Sinn des Bündnisses zwischen Lamm und Löwe, bei dem zu guterletzt der Löwe stets das Lamm auffressen wird. Die Parität, d. h. die Gleichberechtigung beider Teile der Arbeitsgemeinschaft beseitigt nicht die Ausbeutungs- und Herrschaftsgewalt der Kapitalisten über die Lohnfrohndenden. Umgekehrt, sie setzt die Gewalt voraus, anerkennt sie und tastet sie nicht an. Wohl wird durch die Parität der Arbeitsgemeinschaft diese Macht in gewisse Schranken gebannt, jedoch ebenso das Recht, die Pflicht der Proletarier, ihre eigene Macht kämpfend gegen das Unternehmertum aufzubieten. Diesem aber bleiben trotz der gesetzten Schranken noch genug Mittel und Wege zur Ausplünderung der gefesselten Arbeiterschaft.

Seit die Revolution ihre mächtige Stimme erhoben, geht es für die Männer und Frauen des schaffenden Volkes nicht mehr um ihre formale, papierne Gleichberechtigung mit den Ausbeutern, sondern um ihr volles Recht zur Zertrümmerung der Ausbeutungsherrschaft selbst. Der Kapitalist darf nicht länger neben dem Schaffenden stehen, ein Gleichberechtigter, er hat seine gesellschaftliche Existenz als Ausbeutender und Herrschender verwirkt, er muß als Ausbeutender und Herrschender verschwinden. Der Weltkrieg mit seinen Begleiterscheinungen, die Zerrüttung, der Zusammenbruch der Wirtschaft, sie sind der Beweis dafür, daß die Kapitalistenklasse weder wirtschaftlich noch moralisch ein geschichtliches Recht dazu hat, noch länger die Wirtschaft zu leiten, Reichtum und Macht aus den Massen der unfreien Lohn- und Gehaltarbeitenden herauszupressen.

Die Arbeitsgemeinschaft stärkt das von der Revolution bestrittene und erschütterte Recht der kapitalistischen Ausbeuterclique, sie trägt zu seinem Fortbestand, zu seiner Verewigung bei. Sie stellt sich im Gegensatz zu den Betriebsräten. Diese bedeuten nicht gleichberechtigte Zusammenarbeit mit dem Unternehmertum, sondern zielbewußten Kampf gegen das Unternehmertum zur Überwindung und Zertrümmerung seiner Macht. Die Parität, die Gleichberechtigung der Arbeiter und Unternehmer ist nichts, als ein heuchlerischer Versuch, den Fortbestand der kapitalistischen Ausbeutungswirtschaft zu retten. Der Kapitalist soll auf ein wenig von seiner Übermacht verzichten, um dafür die unbestrittene Macht selbst zu behalten, ausbeuten und herrschen zu können. Betriebsräte das besagt Revolutionierung der Wirtschaft, um den Kapitalismus durch den Sozialismus zu ersetzen. Arbeitsgemeinschaft bedeutet Verewigung des Kapitalismus und damit Verewigung der proletarischen Ausbeutung und Knechtschaft. Arbeitsgemeinschaft und Betriebsräte vertragen sich wie Wasser und Feuer.

Die Hausfrauen und die Räte.

In Nr. 7 der „Kommunistin" wurde aufgefordert zu der Frage Stellung zu nehmen, in welcher Form sich die Hausfrauen, also die nicht berufstätigen Frauen, an den Wahlen zu den Räten beteiligen sollen. Es ist dabei nur an die Hausfrauen gedacht, die keine fremden Hilfskräfte in ihrem Haushalt beschäftigen, und deren Männer kein arbeitsloses Einkommen beziehen, nicht von der Ausbeutung fremder Arbeitskraft leben. Ich möchte aber die Frage noch einmal aufrollen, inwiefern die Hausfrauentätigkeit selbst „gesellschaftlich nützliche Arbeit" ist und darum ein Anrecht zur Beteiligung an den Rätewahlen gibt.

Die durchgeführte kommunistische Gesellschaft muß auf der gleichen Arbeitspflicht aller arbeitsfähigen Männer und Frauen beruhen. Und zwar wird nicht nur die Verpflichtung zur Arbeitsleistung bestehen, sondern es wird auch vonseiten der Gesamtheit darüber gewacht werden müssen, daß die Arbeitsleistung jedes einzelnen Gliedes der Gesellschaft eine solche ist, die sich planmäßig in die Gesamtwirtschaft einfügt. Es muß produktive, gesellschaftlich nützliche Arbeit sein. Genossin Zetkin machte in ihrem Artikel „Frauen für die Räte, Frauen in die Räte" mit Recht darauf aufmerksam, daß durchaus nicht jede Arbeit, die heute von proletarischen Männern im Dienste des Kapitals verrichtet wird, in diesem Sinne produktive Arbeit ist. Daraus folgt, daß bei Überwindung des anarchistischen Zustands in dem sich unser Wirtschaftsleben heute befindet, sehr viele Tätigkeitsgebiete ausgeschaltet werden können, die heute eine große Zahl von Proletariern tagaus tagein in Atem halten.

Es frägt sich nun, ob so betrachtet die Tätigkeit der Hausfrau als produktive Tätigkeit angesprochen werden kann. Dabei soll der Nachdruck nicht darauf gelegt werden, daß die Hausfrau keine neuen Werte schafft, denn auch das wirtschaftliche Verwalten vorhandener Werte ist gesellschaftlich notwendige Arbeit. Eine andere Frage ist die, ob nicht in der heutigen Form des Einzelhaushalts allein zu viele Frauenkräfte in dieser verwaltenden Tätigkeit festgehalten werden. Wohl ist es richtig, daß „das hausmütterliche Schalten und Walten die Männer für produktive Arbeit freisetzt", aber es fragt sich, ob zu diesem Zweck zahlenmäßig ein so großer Aufwand an Frauen notwendig wäre, wie heute für ihn verbraucht werden. Es fragt sich außerdem, ob es angebracht ist, daß etwa eine begabte Frau, die während ihrer Mädchenzeit eine Fachausbildung genossen hat, sich nach ihrer Verheiratung ausschließlich dem Haushalt widmet, damit etwa ihr Mann Entwürfe zu „greulichen Uhrkettenanhängseln" herstellen kann.

Indem wir diese Fragen aufwerfen, wollen wir nicht einer zwangsweisen Auflösung des Einzelhaushalts das Wort reden. Wir wollten nur einmal an dem ganzen Komplex der Fragen rühren, die sich hier auftun und die Frauen selbst zum Nachdenken darüber anregen, ob das Aufrechterhalten der heutigen Form des Einzelhaushalts für die Gesamtheit wünschenswert erscheint. Wir wissen wohl, daß die stärksten Gegner der gemeinschaftlichen Hauswirtschaft heute nicht unter den Frauen zu suchen sind, sondern unter den Männern. Selbst unter den Männern, die theoretisch geschulte und tätige Sozialisten und Kommunisten sind, und die dann auf die Theorie pfeifen, wenn es sich um die geheiligte Atmosphäre des individuellen Kochtopfs handelt.

Wir wissen auch, daß eine Umgestaltung des Haushalts im kommunistischen Sinn nicht von heute auf morgen dekretiert werden kann, und wir gestehen der proletarischen Hausfrau selbstverständlich ebensowohl ein Wahlrecht zu den Räten zu, wie dem Fabrikarbeiter, oder selbst dem Handlungsreisenden, der im Dienst irgend einer überflüssigen Modenindustrie steht.

Für die Zukunft sollte aber im Auge behalten werden, daß ein Unterschied besteht nicht nur zwischen Hausfrau und Hausfrau, sondern sogar zwischen proletarischer Hausfrau und proletarischer Hausfrau. Wenn es gerechtfertigt erscheint, daß eine Frau die mehrere Kinder hat, ihre ganze Kraft an ihre hausfraulichen und mütterlichen Aufgabe setzt, so erscheint es schon weit weniger gerechtfertigt, daß eine junge, arbeitsfähige Frau ihre ganze Lebensaufgabe darin sieht, ihrem ebenso jungen und arbeitsfähigen Mann Haushalt und Küche zu besorgen. Es ist auch nicht gerecht im Sinne der gleichen Arbeitspflicht für alle, daß die Tätigkeit dieser Nurgattin ebenso bewertet werden soll wie die der Mutter, die für sechs Kinder zu sorgen hat. Hier ist ein Ausgleich in dem Sinne zu erstreben, daß der kinderlosen Gattin noch ein gewisses Maß an produktiver gesellschaftlicher Arbeit auferlegt wird, und daß auch ihr Wahlrecht erst dann eintritt, wenn die Summe dieser beiden Tätigkeiten der allgemeinen gesellschaftlichen Norm entspricht.

A. M.

Wir teilen selbstverständlich die grundsätzliche Auffassung dieses Artikels und ihre praktische Anwendung auf den einzelnen Fall.

D. R.

Bürgerlich-kapitalistisches Frauen- und Kinderrecht.

III. (Schluß)

Den Höhepunkt der Rechtsverlengnung und Kulturschmach haben die neuen Gesetzgeber bei der Behandlung des Rechts der unehelichen Mütter und Kinder erklommen. Es lagen dazu bei der zweiten Lesung der Verfassung von beiden sozialdemokratischen Fraktionen Anträge vor, die in der gleichen Richtung gingen. Der Antrag der Unabhängigen lautete kurz und bündig: „Das uneheliche Kind trägt den Namen des Vaters und steht dem ehelichen Kinde gleich. Die Mutter des unehelichen Kindes hat den Anspruch, auch im amtlichen Verkehr als Frau bezeichnet zu werden." Die Mehrheitssozialdemokraten verlangten: „Ehe und Mutterschaft stehen unter dem Schutze der Verfassung und haben Anspruch auf die Fürsorge des Staates. Das uneheliche Kind hat das gleiche Recht auf Unterhalt, Erziehung und Erbe an Vater und Mutter, wie die ehelichen Kinder. Die Gesundung und soziale Förderung der Familie ist Aufgabe des Staates und der Gemeinden. Die unehelichen Kinder haben ein Recht auf den Namen des Vaters und stehen den ehelichen Kindern rechtlich gleich." Soweit es sich um das Recht der unehelichen Mutter und des unehelichen Kindes handelt, besteht kaum ein wesentlicher Unterschied zwischen den beiden Anträgen. Darüber hinaus aber hat der Antrag der Mehrheitler eine besondere Bedeutung. Er beleuchtet, daß diese Partei auch betreffs der Auffassung von der Ehe und Familie „umzulernen" und sich mit der bürgerlichen Welt zusammen zu finden scheint.

In der Tat! So gut wie allgemein wurde von den Sozialdemokraten die Ehe als eine Privatangelegenheit betrachtet, als eine persönliche Sache von Mann und Weib, die sich in Liebe und Achtung zu einem gemeinsamen Lebenswerk vereinigen, zu einer sittlichen Einheit zusammenschließen. Der Antrag der „Umlerner" stellt nicht bloß die Mutterschaft — wie durchaus berechtigt ist — sondern auch die Ehe unter den besonderen Schutz der Verfassung und die Fürsorge des Staats. Diese Forderung ist zum mindesten so zweideutig, daß sie mißbelos im Sinne bürgerlicher Auffassung von der Heiligkeit der kapitalistischen Zwangs- und Prostitutionsehe ausgelegt werden kann. Sie unterscheidet sich nicht scharf, grundsätzlich von dem Text, den der Ausschuß dem Artikel 118 der Verfassung gegeben hatte. Dieser besagte, daß „die Ehe als Grundlage des deutschen Familienlebens unter dem Schutze der Verfassung steht", und daß „die Gesundung, Reinerhaltung und Förderung der Familie Aufgabe der Bevölkerungspolitik des Staates und der Gemeinde" ist. Noch größer war die Übereinstimmung zwischen dem sozialdemokratischen und diesem demokratischen Antrag: „Die Ehe steht unter dem Schutz der Verfassung. Die Mutterschaft hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge des Staates."

Politisch Unerfahrene können aus diesen verschiedenen und doch wesenseinen Fassungen die Erfüllung allerhand dunglicher Reformforderungen herauslesen. Ihr wirklicher Sinn wurde jedoch unzweifelhaft festgestellt durch die Debatten, die sich um die Rechtsstellung der unehelichen Mutter und ihres Kindes bewegten. Sie brachten zum Ausdruck, was die Gesetzgeber bezweckten. Nämlich nichts anderes als die Heiligsprechung und Befestigung der kapitalistischen Eigentumsehe. Die Entwicklung der sozialen Zustände und die von ihr getragene Umwälzung des Fühlens und Denkens der Menschen zerfetzen die kapitalistische Eigentums- und Sachehe und wälzen sie um in die Gefühls- und Menschlichkeitsehe der sozialistischen Ordnung. Auf dem Boden der bürgerlichen Eigentumsordnung vollzieht sich aber auch dieses Stück des geschichtlichen Vergehens und Werdens unter Widersprüchen und Gegensätzen. Eine Teilerscheinung des Umwandlungsprozesses ist der Kampf für das volle, gleiche Recht, für das Menschenrecht des unehelichen Kindes, für das Aufhören der sozialen Ächtung seiner Mutter. Der Weltkrieg mit der phantastischen Höhe seiner Menschenopfer, mit seinen vielgestaltigen schädlichen Rückwirkungen auf die Vermehrung und Gesundheit der Bevölkerung ist diesem Kampf förderlich, der letzten Endes um bürgerliche Eigentumsverhältnisse geht. Auch das uneheliche Kind muß seiner Kräfte, seines lebendigen, schaffensmöglichen Menschentums halber als gesellschaftlicher Reichtum gewertet werden. In der gleichen Zeit aber drängt das Proletariat stürmisch gegen die ganze bürgerliche Eigentumsordnung vorwärts, und die Verschärfung des Klassenkampfes macht die Befestigung und Behütung dieser Ordnung zur vornehmsten Sorge der Besitzenden. Widersprüche treten hervor, Gegensätze prallen aufeinander. Das Menschenrecht der unehelichen Mutter und ihres Kindes stößt sich an den harten Schranken des Eigentumsrechts der bürgerlichen Familie.

IV.

Augenscheinlich trat das zu Tage in zwei Anträgen bürgerlicher Parteien. Das Zentrum beantragte in einem besonderen Artikel 118a zu bestimmen: „Die Mutterschaft genießt Schutz und Fürsorge nach Maßgabe der Gesetze. Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung gerechte Bedingungen für ihre leibliche, seelische und gesellschaftliche Entwicklung zu schaffen." Die Demokraten forderten: „Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche, seelische und gesellschaftliche Entwicklung zu schaffen wie den ehelichen Kindern." Die Forderung sieht nach voller Gleichberechtigung des unehelichen Kindes aus, verlagt sie jedoch in einem entscheidenden Punkt, in dem entscheidenden Punkt für

bürgerliche Eigentums- und Rechtsbegriffe. Das uneheliche Kind erhält nicht gleiches Erbrecht mit seinen ehelichen Geschwistern. Die Demokraten erkennen seinen Anspruch auf gleiche Erziehung mit diesen, aber nicht auf gleichen Besitz mit ihm. Eine salomonische Entscheidung das, die äußerst kennzeichnend für das soziale Mochte-gern und Kann-doch-nicht der bürgerlichen Demokratie ist. Fürwahr! Wie gern möchte sie nicht jeden sozialen Fortschritt, jede Steigerung der Kultur, aber ach! Sie kann doch nicht los vom Heiligkeits- und Ewigkeitsbegriff des bürgerlichen Eigentums. Der hängt ihr, der Eisenkugel des Galeerensträflings gleich, am Bein und hindert jeden raschen, energischen, großen Schritt nach vorwärts. Die Auseinandersetzung um die Rechtsstellung des unehelichen Kindes bestätigt das deutlichst, wie sie den oben herausgeschälten Kern der umstrittenen Sache selbst zeigt. Und abermals muß es unterstrichen werden, daß die weiblichen Abgeordneten der bürgerlichen Parteien gegen das volle Menschenrecht von Frau und Kind und für das tote Eigentumsrecht gestanden sind. In wohlüberdachten, sorgfältig stilisierten, gutvorbereiteten Reden, wie die Presse hervorgehoben hat.

Gewiß: alle bürgerlichen Rednerinnen hatten warmempfundene Worte für das harte Los der unehelichen Mütter und ihres Kindes auf den Lippen: scharfe Worte des Tadels für den Mann, der ein Weib zur Mutter macht, ohne die Verpflichtungen des Vaters mit aller Treue zu erfüllen; brandmarkende Worte gegen die zweierlei Moral für die beiden Geschlechter. Gewiß auch: sie forderten dringlich, beredt für das uneheliche Kind eine „bessere", „würdige", „gerechte" Rechtsstellung, namentlich aber gesicherte, ja gleiche Entwicklungsbedingungen mit dem ehelichen Kind. Aber, aber — vor der Gleichstellung der unehelichen und ehelichen Mutterschaft flüchteten sie in eine Woge bürgerlich-sittlicher Wohlanständigkeit und Gemeinplätze. Gott, ja, die uneheliche Mutter muß gewiß nicht immer eine „Gefallene", ein „lasterhaftes Geschöpf" sein; sie kann als „Opfer" beklagt, als „pflichttreue Mutter" bewundert werden. Allein es fehlt ihr doch die höhere Weihe der trivialen standesamtlichen Formeln oder der bemoosten kirchlichen Zeremonien, Formeln und Zeremonien, die nur zu häufig das gemeinste bürgerliche Eheschachergeschäft decken. Trotz aller schönen, beweglichen Sätze fühlte man aus den Reden der Damen die Schranken heraus, die bürgerliches Empfinden und Denken zwischen eheliche und uneheliche Mutterschaft setzt, und die keine unbefangene, vorurteilslose menschliche Wertung der Mutterschaft überhaupt zulassen.

Frau Neuhaus, die Vertreterin des Zentrums meinte u. a.: „Die große Mehrzahl der sog. Verhältnisse ist doch nur vorübergehender Natur. Erst die Ehe gibt der Frau und dem Kind einen gesicherten Boden. Eine Gleichstellung der Ehe mit anderen Verhältnissen, die nicht wie sie auf Treue und Verantwortlichkeit gegründet sind, ist verhängnisvoll." Im Namen der Deutschnationalen erklärte Frau von Gierke unter dem Beifall der Rechten, die sozialdemokratischen Anträge und auch die demokratische Forderung bedeutete einen Versuch, die Mutterschaft mit der Ehe gleichzustellen. Ihre Partei lehne das entschieden ab. „Ehe und Familie müssen im Volksleben ihren besonderen, geheimsten Platz behalten. Sobald man diese ethische Norm verläßt, verläßt man die sichere Fahrrinne, und in den Stürmen und Wogen, in die man sich damit begibt, gelangt man leicht zur Strandung im Bolschewismus." Frau Brömmer, die Rednerin der Demokraten ging in Auffassung und Forderung einen Schritt weiter, aber die Schranken bürgerlicher Wertung vermochte sie auch nicht zu überschreiten. Das kam weniger in dem zum Ausdruck, was sie ausführte, als in dem, worüber sie schwieg. Frau Brömmer betonte, der Makel unehelicher Geburt müsse schwinden, und die Fürsorge für die unehelichen Kinder sei eine der vornehmsten Aufgaben des Staats. Die Führung des Vaternamens durch das uneheliche Kind trenne jedoch dieses von der Mutter und lenke die Aufmerksamkeit auf die uneheliche Geburt. Das Recht des unehelichen Kindes an seinem Vater dürfe nicht preisgegeben werden. Aus all dem Einerseits und Andererseits ergebe sich für die demokratische Partei, daß sie zwar grundsätzlich nichts gegen die sozialdemokratischen Anträge einzuwenden habe, allein ihnen auch nicht zuzustimmen vermöge. Und der bequeme Ausweg über alle Augenblicksbedenken: Ein besonderes Gesetz müsse die Rechtsstellung des unehelichen Kindes regeln. Unter Mutterschaftsschutz denke die Demokratie an Ausbau der Mutterschaftsversicherung, Verbesserung des Hebammenwesens, Wöchnerinnenheime, Stillprämien usw.

Herr Burlage, ein Jurist vom Zentrum, faßte gleichsam als Generalwortführer der bürgerlichen Parteien das Credo der bürgerlichen Gesellschaft in diesen Sätzen zusammen: „Man kann die unehelichen und ehelichen Kinder unmöglich gleichstellen. Ebenso wenig geht es an, jeder unehelichen Mutter Elternrechte zuzubilligen. (Als ob jede eheliche Mutter solcher würdig wäre! D. R.) Wir haben den Eindruck, daß durch den Antrag der Unabhängigen die Ehe bewußt und absichtlich herabgedrückt werden soll." Der mehrheitssozialdemokratische Antrag galt also den Bürgerlichen offenbar für weniger „umstürzlerisch" als derjenige der Unabhängigen.

Der von uns kritisierte Satz der sozialdemokratischen Mehrheitler hatte seine Schuldigkeit getan: ihren Antrag von dem Odium befreit, die Sozialpatrioten wollten die kapitalistische Ehe antasten. Die Rede der Mehrheitssozialdemokratin Frau Röhl mußte diese Meinung verstärken. So Treffliches sie im Einzelnen enthielt, so wenig unterschied sie sich durch eine grundsätzliche, geschichtliche Auffassung der vorliegenden Frage von den Ausführungen der demokratischen Frau Brömmer. Was Frau Röhl zur Begründung der geforderten Rechtsreformen entwickelte, das hätte jede vorurteilslose, wohlmeinende, gefühlvolle bürgerliche Rednerin auch ausführen können. Nur Genossin Zietz hob mit ihrer Rede die Debatten auf die Höhe einer grundsätzlichen Auseinandersetzung über den sozialen Kern der aufgerollten Frage, auf den sie helles geschichtliches Licht fallen ließ. Sie sagte Wesentliches, das die Gegensätzlichkeit der sozialistischen und bürgerlichen Auffassung klar hervor hob und Weltanschauung gegen Weltanschauung setzte.

Dieser Grundsätzlichkeit entsprechend wurden die Forderungen der Unabhängigen Sozialdemokratie abgelehnt mit Ausnahme der einen, daß die Mutter des unehelichen Kindes den Anspruch hat, auch im Verkehr mit den Behörden als Frau bezeichnet zu werden. Er gelangte mit 138 gegen 133 Stimmen zur Annahme. Die beiden mehrheitssozialdemokratischen Anträge fielen gleichfalls, und zwar derjenige, der für das uneheliche Kind das Recht auf den Vaternamen und rechtliche Gleichstellung mit dem ehelichen verlangte, in namentlicher Abstimmung mit 165 gegen 126 Stimmen. Gnade fanden vor der bürgerlichen Mehrheit nur die oben angeführten beiden Anträge der Demokraten, sowie ein dritter Antrag dieser Partei: „Die Gesundung und soziale Förderung der Familie ist Aufgabe des Staates und der Gemeinde. Kinderreiche Familien haben Anrecht auf ausgleichende Fürsorge."

V.

Bei der dritten Lesung der Verfassung kam es noch zu einem hitzigen Nachgefecht um das Schibboleth der gegensätzlichen Überzeugungen. Es wirft ein scharfes Streiflicht auf die sich vollziehende Revolutionierung der Geister, daß ausgerechnet das Zentrum eine Verbesserung vor der Gleichberechtigung der Frau forderte. Diese einzige bürgerliche Partei, die politisch klug ist, wie der Einäugige zum König unter den Blinden wird, bewies auch angesichts des unabweisbaren Drängens nach vollem Frauenrecht, daß ihr die feine Witterung für das eignet, was sich nicht länger aufhalten läßt. Und sie verstand es, eine Abschlagszahlung an das grundsätzliche Recht des Weibes zu vereinigen mit dem inneren Widerspruch dieses Rechts: der stärkeren Befestigung der bürgerlichen Ehe. Da das Zentrum sich damit wieder einmal als der gewandte Preisfechter bürgerlicher Interessen bewährt hatte, erhielt es eine Mehrheit für seinen Antrag, nach dem der Artikel 118 nun diese endgültige Fassung erhalten hat: „Die Ehe steht als Grundlage des Familienlebens und der Erhaltung und Vermehrung der Nation unter dem besonderen Schutze der Verfassung. Sie beruht auf der Gleichberechtigung der beiden Geschlechter." Auf Zusatzantrag der Demokraten wurde hinzugefügt: „Die Reinerhaltung, Gesundung und soziale Förderung der Familie ist Aufgabe des Staates und der Gemeinden. Kinderreiche Familien haben Anspruch auf ausgleichende Fürsorge. Die Mutterschaft hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge des Staates."

Mit der Annahme dieses Textes war das Schicksal der neuerlich eingebrachten Anträge der beiden sozialdemokratischen Parteien auf rechtliche Gleichstellung, bezw. volle Gleichstellung der unehelichen mit den ehelichen Kindern besiegelt. Die Frauen mögen sich merken, daß ein Demokrat sie entschieden bekämpfte, Herr Dr. Ablaß, der kühn behauptete, „die Gleichstellung des unehelichen und ehelichen Kindes würde in der Praxis zu einer Vorzugsstellung der unehelichen Kinder führen und zu außerordentlicher Verwirrung der Familienverhältnisse." Die Debatten endeten mit der Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge und — der „Würde des hohen Hauses" entsprechend — mit einem wüsten Lärm. Die parteiterten Hüter der Familienreinheit, von denen natürlich ein jeder als keuscher Joseph in die Ehe eingetreten ist und keiner je die eheliche Treue verletzt hat — hatten zumal Genossin Zietz Ausführungen wieder mit Zwischenrufen unterbrochen. Als dann noch die Mehrheitssozialdemokratin Frau Schuch das Wort ergriff, fiel mit Bezug auf die starke Beteiligung der Frauen an den Debatten die Bemerkung: „Wehe, wenn sie losgelassen." Sie gab das Signal zu einem Radau, der „stilvoll" den Kampf um die Festlegung von Frauenrecht und Kindesrecht in der Verfassung schloß. Sämtliche weibliche Abgeordneten haben bei der zweiten und dritten Lesung mit ihren Parteien für oder gegen die einzelnen Anträge gestimmt. Die „eine Schwesterschaft" in der Verteidigung von Frauenwohl hat sich also geradezu glänzend nicht bewährt.

Wir haben ausführlich von dem berichtet, was über Frauen- und Kinderrecht im politischen Komödienhaus zu Weimar geredet und beschlossen worden ist, weil es von großer Bedeutung für die breitesten Frauenmassen ist. Ein Anschauungsunterricht wie er belehrender, aufrüttelnder nicht gedacht werden kann. Die Beschlüsse der Nationalversammlung und, bei ihrer Durchführung, „die Absichten der Gesetzgeber", wie sie in den Debatten sich geäußert haben, sollen Frauen- und Kinderrecht, Frauen- und Kindeslos gestalten. Zu nächster Zukunft, und wenn es nach dem Wünschen und Wollen der parlamentarischen Mehrheit geht, auf sehr lange Zeit hinaus. Die Verfassung soll nicht bloß Augenblicksdauer haben, das haben Die von Ebert bis Erzberger und Dernburg feierlich geschworen. Nun wohl! Diese Verfassung bringt das soziale Recht der Frau und des Kindes unter das Eigentumsrecht der kapitalistischen Wirtschaft, der bürgerlichen Ordnung. Sie setzt das Recht des toten Besitzes an die Stelle des lebendigen Menschen. Das „neue Deutschland" wird im Zeichen eines zwar reformierten, aber trotzdem ausgesprochen bürgerlich-kapitalistischen Frauen- und Kindesrechts stehen.

Auch darin offenbart sich einer jener sozialen Widersprüche, die von der geschichtlichen Entwicklung untrennbar sind, so lange nicht durch die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln der Widerspruch aller Widersprüche überwunden ist: die Hoheit des Besitzes über das Recht des Menschen, die Ausbeutung und Knechtschaft des Menschen durch den Menschen. Von den treibenden Kräften der kapitalistischen Wirtschaft vorwärts gezwungen hat die bürgerliche Gesellschaft mit der Anerkennung des Rechts der Person, der Gewerbe- und Bildungsfreiheit dem politischen Wohl die rechtlichen Ansätze zur vollen, sozialen Gleichberechtigung der Frau und des unehelichen Kindes geschaffen. Jedoch die Fortentwicklung dieser Ansätze erfolgt im Gegensatz zu den wirtschaftlichen und sozialen Interessen des Mannes, der sich in seiner Vorrechts- und Vormachtstellung durch die Konkurrenz, den freien Wettbewerb der Frau bedroht fühlt, sie erfolgt im Gegensatz zu der Vorrechts- und Vormachtstellung des Privateigentums, das die Grundlage der bürgerlichen Ordnung ist. Deshalb setzt sie sich langsam und unter harten Kämpfen durch, deshalb wird auf dem Boden der Bourgeoisgesellschaft die Lösung der auftretenden Widersprüche unvollkommen und Stückwerk bleiben.

Im besonderen trifft das für Zeitumstände zu, wie wir sie jetzt in Deutschland erleben. Mit allen Mitteln, mit der Bettleroper der bürgerlichen Demokratie und billiger Reformen, mit den Maschinengewehren und Flammenwerfern der gewalttätigsten, blutigen Kapitalistendiktatur suchen die Besitzenden und ihre Schutztruppen das Proletariat auf seinem Vormarsch zum Sozialismus niederzuwerfen. Die Nationalversammlung soll rechtliche, gesetzliche Barrikaden gegen diesen Vormarsch bauen, soll jeden Weg verlegen, auf dem die Habenichtse sich an die bürgerliche Eigentumsordnung heranarbeiten und Bresche in sie legen könnten. In diesem Zusammenhang der Dinge mußte die modernisierte Heiligsprechung der bürgerlich-kapitalistischen Eigentumsehe auf Kosten des Frauen- und Kindesrechts Aufgabe der Nationalversammlung sein. Die bürgerlichen Parteien haben ihren Willen getan, diese Aufgabe erfüllt. Die weiblichen Abgeordneten inbegriffen. Sie haben bei dieser sehr wichtigen Sache bestegelt, daß sie im Grunde die Verfechterinnen vom Damenrecht sind und bleiben. Eigentumsmacht geht ihnen vor Frauen- und Kindesrecht. Die bürgerlich-kapitalistische Ordnung mit ihren Einrichtungen steht ihnen höher als das Geschick von Millionen „Schwestern", von Hunderttausenden von Kindern. Unter die Räder im Kampfe ist die Mehrheitssozialdemokratie gekommen. Ihren Führern dünkte die Gelegenheit günstig, die „Grundsatzfesten" zu nimmen, gleichzeitig aber durch Versicht auf die scharfe Betonung der sozialistischen Auffassung — als billiger und schlechter „Friedensersatz" für die sozialistische Wertung der Ehe sentimentale Sprüchlein von Humanität — das berühmte „positive Etwas" einer Reform zu erkaufen. Sie müssen sich mit einem Reformchen begnügen, das nicht einmal den Stempel der Firma trägt.

Die Proletarierinnen können aus diesem Kapitel des Kampfes um Frauen- und Kindesrecht lernen, daß es den besitzenden und herrschenden Klassen bei jeder Einzelfrage ums Ganze geht, um Sein oder Nichtsein des Kapitalismus, der bürgerlichen Ordnung. Möchten die Frauen daraus die richtige praktische Schlußfolgerung ziehen. Die aber ist keine andere als auch ihrerseits Aug in Auge mit jeder Einzelforderung, jeder Einzelerscheinung den Kampf ums Ganze aufzunehmen. Den Kampf gegen den Kapitalismus, für den Sozialismus. Jenen Kampf, in dem der Sieg weder mit Unterstützung der weiblichen Bourgeoisie, noch mittels der Nationalversammlung oder eines anderen Parlaments errungen werden kann. Jenen Kampf, in dem der Trotz zerschmettert werden muß, auf dem die kalte, mörderische Besitzmacht liegt, damit sich Menschenrecht und Menschlichkeit zu ihrer vollen Höhe aufrecken können. Die Schlachten dieses weltgeschichtlichen Kampfes schlagen die Massen der ausgebeuteten Hand- und Kopfarbeitenden überall, wo der Kapitalismus sich zeigt, überall, wo sie Brust an Brust mit ihrem Todfeind ringen können und ringen müssen. Diese Massen schaffen sich in den Räten ihre revolutionären Kampfesorgane, und das rote Banner des internationalen Kommunismus, Sozialismus weht ihnen voran.

Reiseeindrücke aus Sowjet-Rußland.

Die preußisch-russische Grenze, die ich 1909 überschritten hatte, fand ich 1919 nicht wieder. Hinweggefegt hatte Krieg und Revolution die blanken deutschen Grenzbeamten in Cydtkuhnen, sowie die baumlangen russischen Gendarmen in Wirballen. Weggefegt ist der Doppeladler, zerzaust der deutsche Aar. Die Lichter brennen nicht mehr vor dem Heiligenbilde im russischen Wartesaal, fort ist die ganze saubere Ordnung hüben, sowie die ganze liebe Unordnung drüben. Ein weites Land — Kriegsgebiet — liegt ausgebrannt und verwüstet zwischen dem eigentlichen „Deutschland" und „Rußland". Schier unermeßlich ist das Zerstörungswerk, an dem Menschenhand fünf Jahre lang gearbeitet hat. Eine einzige Bahnhofsmauer mit der Aufschrift „Smorgon" erinnert daran, daß hinter dieser Ruine früher eine Judenstadt von 80000 Einwohnern gelegen hat. Die Lederfabriken Smorgons waren berüchtigt durch ihre Krankheiten, die jährlich Tausende von Proletariern hinwegrafften. Giftgase und Kruppgeschosse haben dieses Räubernest des Kapitalismus dem Boden gleich gemacht, der Wiederaufbau dieser Stadt bleibt einem neuen Geist vorbehalten, dem Geiste des Sozialismus!

Diesen neuen Geist spürt man sofort beim Betreten Sowjetrußlands. Welch ungeheurer Unterschied gegen einst! Die erste Bahnstation in Rußland offenbarte früher ein Bild der schreiendsten Klassengegensätze. Hier die adelige Dame, ein Geschöpf der jahrhundertelangen günstigen Ausnahmestellung ihrer Familie, raffinier-

terster Körperpflege; mit jedem erdenklichen Luxus reist sie im internationalen Schlafwagen aus dem Modebad Ostende auf ihre Güter in der russischen Steppe. Hier der elegante Offizier, der dickbäuchige Kaufmann und daneben das gemeine Volk in seinen Lumpen, die Bauern mit Fußlappen und Bastschuhen . . . Diese Gegensätze findet man im äußeren Bild der russischen Räterepublik nicht mehr. Die Bourgeoisie trägt keine Brillanten mehr, denn die Räteregierung hat die Brillanten beschlagnahmt, und das arbeitende Volk hat die beschlagnahmten Pelze und Röcke der Bourgeoisie bekommen.

Nichts versinnbildlichte mir auf der Reise den Geist des neuen Rußland deutlicher als ein kleines Erlebnis auf einer Station zwischen Wilna und Moskau. Auf einem Geleise hielt ein Zug, der wie ein Blatt aus einem Märchenbuch anmutete. Alle Wagen des Zuges waren von oben bis unten mit überlebensgroßen Malereien in den lebhaftesten Farben bedeckt. In künstlerisch wertvollen Bildern war die aufbauende Arbeit des Proletariats im kommenden Reich des Kommunismus dargestellt, und die Rolle, die das Buch dabei spielt hervorgehoben. Denn dieser Märchenzug war eine Wanderbibliothek. In Begleitung erfahrener Lehrer und Bibliothekare rollt eine Sammlung der besten Bücher durch das ganze Sowjet-Rußland, hält auf den kleinsten entlegensten Stationen und verteilt unter die Bevölkerung Bücher und Zeitungen. Außer diesem „Lenin'schen" Zuge, den ich in Minsk gesehen habe, fahren noch einige andere Züge, die dem Volke Wissen und Klarheit vermitteln. „Das Buch ist für den Menschen was das Fenster für das Haus", las ich neben anderen schönen Inschriften auf dem Bibliothekzug.

Wie diese Art, dem Volke in einem lustig bemalten Zug Kenntnisse zuzuführen, so hat alles in Rußland, was für das arbeitende Volk gemacht wird, etwas ungemein Frisches und Kräftiges an sich. Trotzdem die Lebensmittel knapp sind, trotz der herrschenden Not und äußeren Verarmung, ist die Stimmung unter der Arbeiterklasse nirgends niedergeschlagen. Der klardenkende Proletarier weiß, daß die Hungersnot eine Folge der langen kapitalistischen Mißwirtschaft, eine Folge der wirtschaftlichen Zerrüttung ist, die noch vom russisch-japanischen Kriege herrührt, und er sagt: „Wenn die Bolschewiki uns augenblicklich kein Brot verschaffen können, so kann es auch keine andere Regierung." Die dumpfe sklavische Ergebenheit, die das russische Volk zum willenlosen Werkzeug des zaristischen Regimes machte, hat einem stolzen Gefühl der eigenen Kraft und einem Selbstbewußtsein Platz gemacht, wie man es selten unter dem westeuropäischen Proletariat antrifft. Selbst das Bäuerlein aus dem entlegendsten Winkel Sowjetrußlands, der Mann, der weder lesen noch schreiben kann, weiß: Jetzt gibt es keine „Herrschaften mehr, jetzt sind wir Menschen alle gleich!"

Von den Maßnahmen, die zugunsten des werktätigen Volkes von der Sowjetregierung getroffen worden, hat keine einen so unmittelbaren und wohltuenden Einfluß auf das Leben der Arbeiter und besonders der Proletarierin ausgeübt, wie die zur Bekämpfung der Wohnungsnot. In Moskau, Petersburg und anderen Industriezentren hatte das Proletariat zum Teil in den schauderhaftesten Verhältnissen gehaust, während die Villenviertel der Petersburger „Inseln", die Paläste und Fürstenbauten Moskaus berühmt waren. Die Sowjetregierung hat der Wohnungsnot dadurch abgeholfen, daß sie die Wohnungen rationiert hat. Die Bourgeoisie mußte zusammenrücken und den Arbeitern Platz machen. Keine Maßnahme der Arbeiterregierung hat das Bürgertum so ins Herz getroffen wie diese. Da die bürgerlichen Zeitungen in Rußland unterdrückt sind, so begann die Bourgeoisie mündlich eine Kampagne der Verleumdung gegen diese Wohnungsverteilung. Es hieß sogar, die Arbeiter würden nicht gern in die Wohnungen der Reichen ziehen, und nur Strolche und Verbrecher gäben sich dazu her, fremde Wohnungen zu „versauen". In der Tat gab es in der ersten Zeit nach der Wohnungsverteilung große Mißstände zu überwinden. In einer eleganten 10—15-Zimmer-Wohnung, in der vielleicht ein alter General mit seiner Dienerschaft wohnte, mußten plötzlich 2—3 Proletarierfamilien beherbergt werden. Die Salons mit den Seidentapeten, die zierlichen Rokokomöbel erwiesen sich für die gesunden Bedürfnisse der arbeitenden Menschen als höchst unpraktisch. Die ganze Pracht ging schnell zum Teufel. Allmählich wurden praktische Betten, Tische usw. herbeigeschafft, und man ist jetzt soweit, daß die Arbeiter in menschenwürdigen luftigen Räumen wohnen.

Die Arbeiterkinder drücken sich nicht mehr auf schmutzigen Höfen und auf der Straße herum, sondern besuchen Kindergärten und Kleinkinderschulen, wo für ihr körperliches und geistiges Gedeihen gesorgt wird. Die Arbeiterfrau ist kein Lastier mehr, sie ist ein freies Mitglied der Gesellschaft, sie hat dieselben Rechte und dieselben Pflichte wie der Mann.

Das Proletariat übt nicht allein die politische Macht aus, sondern verleiht dem ganzen öffentlichen Leben sein Gepräge. Die feinen Cafes und Restaurants sind geschlossen, dafür sind die „Sowjet-Speisehallen" da. Die eleganten Automobile, Schlitten und Wagen sind aus dem Straßenbild verschwunden, die großen Kaufhäuser und Läden sind nationalisiert und werden vom Staat weitergeführt. Die Bourgeoisie gibt nicht mehr den Ton an in den Straßen, sie ist von der Bildfläche verschwunden: die einen sind mit ihrem Geldbeutel ins Ausland geflüchtet, andere haben sich in ihre Löcher verkrochen, aber der größte Teil hat notgedrungen zur Arbeit gegriffen und hat sich proletarisiert Das Straßenbild einer Stadt wie Moskau wird einzig und allein vom Proletariat beherrscht, Überall sieht man Arbeiter und Arbeiterinnen, in den Straßen, im Theater, in den Hörsälen, in den Versammlungen und Konzerten. Unvergeßlich wird für die Teilnehmer am Gründungskongreß der III. Kommunistischen Internationale (Anfang März 1919) das große Festkonzert bleiben, das zu Ehren der Internationale im Großen Theater zu Moskau gegeben wurde. Das weite prunkvolle Haus, die Zarenloge, die Logen der Fürsten und Minister, alle Reihen waren ausschließlich mit Proletarier und Proletarierinnen besetzt. Das Orchester, das früher die Zarenhymne spielte, stimmte die mächtigen Klänge der „Internationale" an. Und der Beifall, mit dem die Reden der russischen und fremden Kongreßmitglieder aufgenommen wurden, zeigte, daß für die russischen Arbeiter „Internationale" und „Diktatur des Proletariats" keine leeren Worte sind, sondern lebendige Begriffe, für die sie kämpfen, für die sie Opfer zu bringen und in deren Namen sie zu siegen verstehen.

F.

Notizenteil.

Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

Die Sammlung und Organisierung der deutschen Genossinnen in Tschechoslovakien ist bereits mit Eifer aufgenommen worden. Sie vollzieht sich selbstverständlich im engsten Anschluß an den geschlossenen Aufmarsch der deutschen Sozialdemokratie des neuen „Nationalstaates", der neben Tschechoslovaken auch Millionen Deutscher umschließt. Am 30. August sollte in Teplitz-Schönau der konstituierende Parteitag der deutschen Sozialdemokratie im tschechoslovakischen Staate stattfinden. In Verbindung damit war eine Frauenreichskonferenz vorgesehen. Ihre Aufgabe sollte es sein, sich mit dem Ausbau der Organisation unter den Frauen zu beschäftigen, sowie mit der Herausgabe eines besonderen Frauenblattes. Die Organisation sollte zusammenfassenden Mittelpunkt, Anregung und Leitung durch ein Frauenreichskomitee erhalten, wie es in Deutsch-Österreich besteht. Alle diese Maßnahmen sind durch die von dem Ententeimperialismus erzwungene Trennung Deutsch-Böhmens und Deutsch-Mährens von Deutsch-Österreich notwendig geworden. Bis nun hatten die deutschen Genossinnen in Böhmen und Mähren in der Wiener Arbeiterinnen-Zeitung ihr Organ und in dem Frauenreichskomitee für Deutsch-Österreich ihre Führung. Nun müssen sie sich eigene Organe schaffen, um die Frauen deutscher Nationalität in Tschechoslovakien für den Sozialismus zu sammeln und zu schulen. Die Genossinnen aller Länder dürfen überzeugt sein, daß diese Aufgabe im Geist internationaler Solidarität geschieht, in engster innerer Fühlung und Gemeinschaft mit den Schwestern in Österreich, wie mit den tschechoslovakischen Genossinnen, den Genossinnen der ganzen Welt.

Eine Konferenz der Landesvertrauenspersonen der deutschösterreichischen Genossinnen hat am 2. August in Wien getagt. Sie war unabweisbar geworden durch die Verhältnisse, die sich durch die Möglichkeit der gemeinsamen Organisation der Genossinnen und Genossen in Verbindung mit dem starken Zustrom von Frauen zur sozialdemokratischen Partei herausgebildet haben. Hauptaufgabe der Konferenz war es, das richtige Verhältnis zu schaffen zwischen der gemeinsamen Organisation und der notwendigen selbständigen Bewegungsfreiheit der Genossinnen, die Frauenmassen zu erfassen, zu sammeln und zu schulen, eine Aufgabe, die zu ihrer Lösung besonderer Organe und Einrichtungen bedarf.

Nicht in allen Parteiorganisationen war der vorliegenden Notwendigkeit Rechnung getragen worden. Weniger absichtlich als in Folge des Umstands, daß in vielen Orten die Genossen bis dahin gar keine Fühlung mit der sozialistischen Frauenbewegung hatten, daß sie die betreffenden Beschlüsse und Einrichtungen nicht kannten und nun auf einmal Hunderte weiblicher Mitglieder in der gemeinsamen Organisation festhalten und aufklären sollten. So kam es zu Konflikten. Noch steht der Beschluß der Reichsfrauenkonferenz von 1917 in Kraft, daß der Monatsbeitrag weiblicher Parteimitglieder 60 Heller nicht übersteigen darf. Nun werden vielerorts die Beiträge der Männer und Frauen gleichangesetzt mit 70 und 80 Heller, ja mit einer Krone für den Monat. In vielen Orten erhielten die weiblichen Parteimitglieder nicht — wie es seither gewesen — für ihren Beitrag das Frauenorgan geliefert: die Arbeiterinnen-Zeitung. Es kam vor, daß hier und da die Parteiorganisation Hunderte weiblicher Mitglieder zählte, die nicht einmal wußten, daß für ihre sozialistische Erziehung ein eigenes Frauenblatt bestehe. Beim Reichsfrauenkomitee liefen noch andere Klagen ein. So z. B. daß den Genossinnen nicht die nötige Gelegenheit gegeben werde, Aufklärungs- und Bildungsarbeit unter den Frauen zu leisten. Es fehlte an Frauenzusammenkünften, an Vorträgen über Fragen, die die Proletarierinnen besonders angehen, an großen Versammlungen, die diese aufrütteln und dem Sozialismus zuführen. Ernste Befürchtungen für die Zukunft der sozialistischen Frauenbewegung tauchten auf und veranlaßten das Reichsfrauenkomitee zur Einberufung einer Konferenz der Landesvertrauenspersonen der Genossinnen.

Der Tagung wohnten Genossinnen bei aus Oberösterreich, Niederösterreich mit dem Neusiedler Industriegebiet, Tirol, Steiermark und Kärnten, Salzburg war in Folge der plötzlichen Erkrankung der Delegierten unvertreten. Die Genossinnen in Deutschböhmen, Mähren und Schlesien waren zu der Konferenz eingeladen worden, hatten aber leider der Reise einwirkender Hemmnisse wegen keine Vertreterinnen entsenden können. Nur eine Genossin aus Schlesien nahm als Gast an den Beratungen teil, weil sie sich zufällig in Wien befand. Der Verlauf der Konferenz war sehr anregend und fruchtbar. Mit einer Ausnahme — die betreffende Genossin hatte gebundenes Mandat — stimmten alle Vertrauenspersonen der Genossinnen der gemeinsamen Organisation zu, unter der Voraussetzung, daß den Genossinnen das Recht gewahrt bleibe, eigene Frauenversammlungen, Lese- und Diskussionsabende zu veranstalten. In den einstatteten Berichten aus allen Landesteilen war als gleiche Erfahrung festgestellt worden, daß ohne diese Mittel die neugewonnenen weiblichen Mitglieder nicht an die Partei gefesselt und mit dem Geist des Sozialismus erfüllt werden konnen. Ebenso einmütig sprachen sich die Genossinnen für die obligatorische Lieferung der Arbeiterinnen-Zeitung durch die Parteiorganisation aus. Es wurde der Wunsch geäußert, das Frauenorgan möge wieder reichhaltiger werden und vor allem wieder mit der Kinderbeilage erscheinen, ein Wunsch das, dessen Erfüllung bereits bevorstand, als er geäußert wurde. Die durch das Erscheinen der Kinderbeilage notwendig werdende Preiserhöhung der Arbeiterinnen-Zeitung wollen die Genossinnen vor den Parteiorganisationen vertreten. Unser österreichisches Schwesterorgan hat jetzt eine Auflage von 110000 Exemplaren. Die Genossinnen nahmen von der Konferenz die Überzeugung mit, daß die sozialistische Frauenbewegung innerhalb der gemeinsamen Organisation den erforderlichen Spielraum erhalten werde, ihre besondere Aufgabe zu erfüllen: immer größere Massen der arbeitenden Frauenwelt zu erwecken, der sozialistischen Bewegung einzugliedern und sie zu zielklaren, opferbereiten Kämpferinnen für diese zu erziehen.

Soziale Fürsorge für Mutter und Kind.

Ein Gesetz für neue Wochenhilfe ist von der Nationalversammlung in letzter Stunde vor den Ferien angenommen worden. Mehr Fürsorge für die Wöchnerinnen war zur unabweisbaren, brennenden Notwendigkeit geworden, leider aber genügt das gesetzlich festgelegte Mehr bei weitem nicht dem vorliegenden Bedürfnis und der Bedeutung der Sache. 1911, als die Reichsversicherungsordnung geschaffen wurde, hatte sich die damals noch einige Sozialdemokratie vergeblich darum bemüht, daß der Versicherung eine umfassende Mutterschaftsversicherung eingegliedert würde. Der Zwang der Verhältnisse setzte während des Krieges eine unzulängliche Kriegswochenhilfe durch. Mit der Demobilisation des Heeres und dem Aufhören des Hilfsdienstes ging jedoch diese Fürsorge für die Wöchnerinnen mehr und mehr zurück. Die Not weitester Volkskreise aber stieg. Bereits im März dieses Jahres nahm der sozialpolitische Ausschuß der Nationalversammlung einstimmig einen Antrag an, der die Regierung aufforderte, unverzüglich einen Gesetzentwurf über eine Reichswochenhilfe einzubringen.

Dieser Antrag blieb ein totgeborenes Kind. Er kam im Plenum der Nationalversammlung nie zur Verhandlung. Dieses hatte wahrhaftig Wichtigeres zu tun, als für arme Wöchnerinnen zu sorgen. So z. B. endlose Verhandlungen über die Farben der Reichsfahne zu führen, dem „Arbeiter" Noske die Zustimmung zur Niederwerfung der ungebärdigen Proletarier in Halle und anderwärts auszusprechen, die Zechenbarone gegen die Sozialisierung ihrer Betriebe zu schützen usw. Und die Regierung? Konnte sie nicht unaufgefordert den armen Wochnerinnen ein paar Tröpfchen Hilfe bringen? Nur verständnislose Frauen können ein paar Tröpfchen Hilfe bringen? Nur verständnislose Frauen können so töricht fragen! Wer Deutschlands politisches Leben auch nur wenig kennt, muß doch wissen, daß die Regierung ebenfalls Besseres zu tun hatte, als sich über eine Reichswochenhilfe den Kopf zu zerbrechen. Mußte sie nicht die „Demokratie" retten, indem sie den Belagerungszustand wieder herstellte, die Gefängnisse mit Zehntausenden von „Spartakisten" füllte, Tausende „Aufrührer" dem Tode überlieferte? Mußte sie nicht das „neue Deutschland" aufbauen, indem sie Streikende mit Maschinengewehren zur Erkenntnis ihrer Arbeitspflicht zurückführen ließ, mit indirekten Abgaben auf Zucker u. a. nach dem Beutel der kleinen Leute griff und sich schützend vor die großen Vermögen und Einkommen stellte?

So ging denn als „Regierungsersatz" die mehrheitssozialdemokratische Fraktion daran, einen Gesetzentwurf über Wochenhilfe und Mutterfürsorge auszuarbeiten, der von der Nationalversammlung zur Durchberatung an den sozialpatriottischen Ausschuß verwiesen wurde, und nach seiner Läuterung dort nun vom Plenum des Parlaments zur Annahme gelangt ist. Die mehrheitssozialdemokratische Presse selbst muß eingestehen, daß das neue Gesetz kein Meisterwerk ist, aber sie tröstet sich mit dem Gedanken, daß es doch „etwas Positives" ist, und sie entschuldigt das Wenig des „positiven Etwas" mit dem Geldmangel. Wir fragen: hatte man im „neuen Deutschland" nicht Geld genug? Wir fragen: hatte man im „neuen Deutschland" nicht Geld genug für Millionen, die der Unterhalt der Noskegarden und Grenztruppen zu Nutz und Frommen der baltischen Barone in den ersten drei Monaten dieses Jahres verschlangen? Haben nicht die Kapitalisten Millionen gekostet, die in Berlin, München und anderwärts Hunderte von Proletariern zu Boden streckten?

Nach dem neuen Gesetz für Wochenhilfe und Wochenfürsorge erhalten 1. Die versicherten Wöchnerinnen einen einmaligen Beitrag zu den Entbindungskosten in der Höhe von 50 Mark; ein Wochengeld in der Höhe des Krankengeldes, jedoch nicht unter 1,50 Mark täglich und das für 10 Wochen, von denen mindestens 6 in die Zeit nach der Niederkunft fallen müssen; eine Beihilfe bis zum Betrage von 25 Mark für Hebammendienste und ärztliche Behandlung bei Schwangerschaftsbeschwerden; ein Stillgeld in der Höhe des halben Krankengeldes, jedoch mindestens 75 Pfg. täglich für 12 Wochen. 2. Die versicherungsfreien Ehefrauen, Töchter, Stief- und Pflegetöchter von Versicherten haben Anspruch auf die gleichen Leistungen, mit dem Unterschied jedoch, daß für sie das Wochengeld auf 1,50 Mark und das Stillgeld auf 75 Pfg. täglich begrenzt ist. 3. Die von der Krankenversicherung nicht erfaßten minderbemittelten Wöchnerinnen erhalten die gleiche Wochenhilfe wie die versicherungsfreien Familienangehörigen versicherter Männer. Als minderbemittelt gilt eine verheiratete Frau, wenn das Einkommen ihres Mannes und das ihre zusammen nicht 2500 Mark im Jahr übersteigt; eine unverheiratete Wöchnerin, wenn ihr Einkommen 2000 Mark nicht übertrifft, zuzüglich in beiden Fällen 250 Mark für jedes Kind unter 15 Jahren. 4. Die Ehefrauen ehemaliger Kriegsteilnehmer, die bis zur Beendigung des Krieges und in Ausnahmefällen innerhalb 8 Wochen danach entbunden wurden, erhalten die gleiche Fürsorge. Wir werden noch auf diesen bescheidenen Ansatz zur Mutterschaftsfürsorge zurückkommen.

Frauenwahlrecht.

Die Einführung des aktiven und passiven Frauenwahlrechts in Italien wurde von der Kammer beschlossen, indem sie einem entsprechenden Zusatzantrag der Regierung zur Verfassung annahm. Von der Zuerkennung des Wahlrechts sollen die Prostituierten ausgeschlossen sein, eine Achtung, das die sich nicht auf das moralische Recht beruten kann, solange Frauen und Männer sich für Reichtum und gesellschaftliche Stellung in die Ehe verkaufen und die Männer keine Einbuße an Ansehen und Achtung erleiden, die mit Prostituierten verkehren. Nur Vorurteil und Heuchelei kann einen Unterschied machen in der moralischen Bewertung der politischen abgestumpften Dirne, die ihren Körper gegen Zoll- oder Akkordlohn preisgibt und der Frau oder dem Mann, die Leib und Seele für die Lebensdauer an die Meistbietenden loschlagen. Wird der bürgerliche Ehekacher vielleicht dadurch sittlich und geheiligt, daß er vor dem Standesamt oder in der Kirche abgeschlossen wird? Übrigens ist das angenommene Gesetz auch sonst nichts Abschließendes, Ganzes. Das Wahlrecht für Verwaltungskörperschaften erhalten die Frauen noch nicht. Über seine Einführung sollen erst Abstimmungen entscheiden die nicht vor dem 31. Juli 1920 stattfinden werden. Vorausgesetzt, daß die klerikalistische Herrschaft in Italien noch so lange hält.

Für unsere Kinder

Der glückliche Prinz.

Ein Märchen von Oscar Wilde.

„Schwalbe, kleine Schwalbe," sagte der Prinz, „willst du nicht noch eine Nacht bei mir bleiben?"

„Es ist jetzt Winter", antwortete die Schwalbe, „und der kalte Schnee wird bald da sein. In Ägypten aber scheint die Sonne warm auf die grünen Palmen, und die Krokodile liegen im Schlamm und schauen träge vor sich hin. Meine Gefährten bauen ihr Nest im Tempel von Baalbeck, und die weißen und rotgefiederten Tauben schauen ihnen zu und girren. Lieber Prinz, ich muß dich verlassen, aber ich werde dich nie vergessen, und im nächsten Frühling bringe ich dir zwei ebenso schöne Edelsteine wie die, die du weggeschenkt hast. Der Rubin soll noch roter sein als eine rote Rose und der Saphir so blau wie das große Meer."

„Dort unten auf dem Platz," begann der Prinz, „da steht ein kleines Streichholzmädchen. Es hat seine Hölzchen in den

Rinnstein fallen lassen, und nun sind sie alle verdorben. Das Mädchen weint, denn sein Vater wird es schlagen, weil es kein Geld mit heimbringt. Picke mir nun das andere Auge aus und bringe es der Kleinen."

„Ich will noch eine Nacht bei dir bleiben," sagte der Vogel, „aber ich kann dir dein Auge nicht auspicken. Du wärest dann ja ganz blind."

„Schwalbe, kleine Schwalbe," bat der Prinz, „tue, wie ich dir sage."

Und so pickte die Schwalbe dem Prinzen auch das andere Auge aus und flog fort. Sie strich nahe über den Kopf des Streichholzmädchens hin und ließ den Edelstein in seine Hand fallen. „Was für eine hübsche Glasscherbe," rief die Kleine und lief vergnügt nach Hause.

Darauf flog die Schwalbe zum Prinzen zurück. „Nun bist du blind," sagte sie, „und deshalb will ich immer bei dir bleiben".

„Nein, kleine Schwalbe," erwiderte der Prinz, "du mußt fort nach Ägypten."

„Ich will immer bei dir bleiben," sagte die Schwalbe und schlief zu Füßen des Prinzen ein.

Am nächsten Tag setzte sie sich dem Prinzen auf die Schulter und erzählte ihm Geschichten von all dem, was sie in fremden Ländern gesehen hatte. Sie erzählte von den Reihern, die in großer Zahl an den Nilufern stehen und mit ihren Schnäbeln Goldfische fangen; von der Sphinx, die so alt ist wie die Welt selbst, in der Wüste lebt und alles weiß; von den Kaufleuten, die langsam neben ihren Kamelen einhergehen; vom König des Mondgebirges, der so schwarz ist wie Ebenholz und einen großen Kristall anbetet; von der großen grünen Schlange, die in einem Palmenbaum schläft und zwanzig Priester hat, die sie mit Honigkuchen füttern; und von den Zwergen, die auf breiten, flachen Blättern über einen großen See segeln und mit den Schmetterlingen im steten Kriege leben.

„Liebe kleine Schwalbe," sagte der Prinz, „du erzählst mir von wunderbaren Dingen, aber was will das sagen gegen die Leiden der Menschheit. Fliege über meine Stadt, kleine Schwalbe und dann erzähle mir, was du gesehen hast."

So flog die Schwalbe denn über die große Stadt und sah die Reichen froh und lustig in ihren großen, prächtigen Häusern, während Bettler im Torweg saßen. Sie flog durch dunkle Gassen und sah die blassen Gesichter hungernder Kinder mit glanzlosen Augen auf die schwarze Straße schauen. Unter einem Brückenbogen saßen eng beieinander zwei kleine Jungen, um sich gegenseitig zu erwärmen. „Wir haben Hunger!" jammerten sie. „Ihr dürft nicht hier bleiben," fuhr sie der Wächter an und jagte sie in den Regen hinaus.

Die Schwalbe hatte genug gesehen. Sie flog zu dem glücklichen Prinzen zurück und berichtete ihm alles.

„Ich bin ganz mit feinem Gold bedeckt," sagte der Prinz, „du mußt es mir abnehmen, Blatt für Blatt, und den Armen bringen, damit sie ihr Elend lindern können."

Betrübt pickte die Schwalbe Blatt um Blatt des feinen Goldes von dem Prinzen ab und brachte es den Armen, deren Gesichter sich aufhellten. Die Kinder bekamen zu essen und wurden wieder fröhlich. „Jetzt haben wir Brot!" riefen sie . . .

Der Schnee kam, und nach dem Schnee der Frost. Die Straßen sahen aus, als wären sie aus Silber, so glänzten und glitzerten sie; lange Eiszapfen wie kristallne Dolche hingen von den Dachrinnen herunter. Die Menschen wickelten sich in Tücher und hüllten sich in Mäntel. Die Jugend tummelte sich auf dem Eise. Nur der armen kleinen Schwalbe wurde immer kälter und kälter, aber sie wollte den Prinzen nicht mehr verlassen, denn sie liebte ihn zu sehr. Sie pickte Krumen auf vor des Bäckers Tür, wenn dieser weggang, versuchte sich warm zu halten, indem sie mit den Flügeln schlug.

Aber schließlich wußte sie doch, daß sie sterben müsse. Sie hatte gerade noch so viel Kraft, um auf des Prinzen Schultern zu flattern. „Lebe wohl, guter Prinz!" flüsterte sie kaum hörbar, „darf ich deine Hand küssen?"

„Ich freue mich, daß du jetzt nach Ägypten gehst," sagte der Prinz, „du bist schon zu lang hier geblieben, liebe, kleine Schwalbe, du sollst mich auf den Mund küssen, denn ich liebe dich."

„Ich gehe nicht mehr nach Ägypten," hauchte die Schwalbe. „Ich muß sterben. Der Tod ist der Bruder des Schlafes, nicht wahr?" Und sie küßte den glücklichen Prinzen auf den Mund und fiel tot vor seine Füße nieder.

In dem selben Augenblick tönte aus dem Innern des Standbildes ein eigentümliches Knacken, als ob etwas zerbrochen wäre. Das bleierne Herz war mitten entzweigeborsten. Es war aber auch ein außerordentlich strenger, harter Frost.

Früh am Morgen des nächsten Tages ging der Bürgermeister mit den Stadträten über den Platz. Als sie an der Statue vorüberkamen, sagte der Bürgermeister, indem er nach dem Standbild hinaufschaute: „Sieht doch, wie schäbig der glückliche Prinz aussieht." „Ja, wirklich schäbig," bemerkten die Stadträte, die immer der gleichen Ansicht waren, wie der Bürgermeister, und dann erst betrachteten sie ebenfalls die Statue.

„Der Rubin ist aus dem Schwert gefallen, die Augen des Prinzen sind nicht mehr da, und von seiner Vergoldung ist auch nichts mehr zu sehen," sagte der Bürgermeister, der näher heran zu dem glücklichen Prinzen getreten war. „Er sieht wahrhaftig nicht viel besser aus als ein Bettler."

„Wenig besser als ein Bettler," sagten die Räte.

„Und hier liegt wahrhaftig ein toter Vogel zu seinen Füßen," ließ der Bürgermeister sich wieder vernehmen. „Wir müssen eine Bekanntmachung erlassen, daß es Vögeln nicht erlaubt ist, hier zu sterben," und der Stadtschreiber mußte diesen Vorschlag aufnotieren.

Nun wurde das Standbild des glücklichen Prinzen abgebrochen. „Da es nicht mehr schön ist, hat es auch keinen nützlichen Zweck mehr," sagte der Professor der Kunstgeschichte an der Universität.

Hierauf wurde die Statue eingeschmolzen. Der Bürgermeister berief eine Versammlung, die entscheiden sollte, was mit dem Metall zu geschehen habe. „Wir müssen natürlich ein anderes Denkmal haben," sagte er, „und das muß ein Denkmal von mir sein."

„Von mir," sagte jeder der Stadträte. Und nun fingen sie ein großes Gezänk an, und kamen zu keinem Entschluß.

„Wie sonderbar," sagte der Werkführer in der Schmelzhütte; „dieses geborstene Bleiherz will nicht schmelzen, wir müssen es so wegwerfen wie es ist." Und so wurde das blierne Herz auf den Kehrichthaufen geworfen, auf den auch die tote Schwalbe gekommen war.

„Bring' mir die kostbarsten Dinge aus der Stadt," sagte der liebe Gott zu einem Engel. Dieser brachte ihm das bleierne Herz und die tote Schwalbe.

„Du hast recht gewählt," sagte Gott, „in meinem Paradiesgarten wird dieser kleine Vogel nun für alle Zeiten singen, und in meiner goldenen Stadt wird der glückliche Prinz glücklich sein. (Schluß)

Bedeutung von Fremdwörter:

Sozialisierung = Vergesellschaftung, eine Umänderung der Zustände, bei der an die Stelle des Rechts und der Macht des Einzelnen das Recht und die Macht zur Entscheidung aller, der Gesamtheit tritt.
Umwandlungsprozeß = Umwandlungsvorgang.
Credo = Glaubenssatz.
Odium = das Hassenswerte, Schändliche, Schimpfliche.
Schibboleth = Wort, Ausdruck, Zeichen, das die Parteien scheidet, Zugehörigkeit und Nichtzugehörigkeit zu der einzelnen Partei erkennen läßt.
Produktionsmittel = Mittel der Gütererzeugung.
Kampagne = Feldzug.
Komplex = Gesamtheit von Tatbeständen und Vorgängen.
Solidarität = Verbundensein, Gemeinschaft, Zusammengehörigkeit.
Konflikt = Zusammenstoß, Kampf.
Mandat = Auftrag zur Vertretung.
Plenum = Vollversammlung eines Parlaments, einer Körperschaft. Der Gegensatz zum Plenum ist die Sitzung oder Versammlung eines Ausschusses.
Funktion = Amt, Tätigkeit.
Positives = Greifbares, Bestimmtes, ein Ergebnis, Erfolg.
Proletariat = Klasse der Lohn- und Gehaltarbeitenden.
Bourgeoisie = Bürgertum als Ganzes im Allgemeinen, im besonderen, eigentlichen Sinne kapitalistisch wirtschaftendes, ausbeutendes und herrschendes Großbürgertum.
Aristokratie = Adelsherrschaft, Klasse der Adligen.

Nummer 13 Preis 15 Pfg.

Die Kommunistin

Frauenorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Herausgegeben von Klara Zetkin

Die Kommunistin erscheint am 1., 11. und 21. eines jeden Monats. Preis der Einzelnummer 15 Pfennig, durch die Post bezogen vierteljährlich 1.25 Mark (ohne Bestellgeld)

Stuttgart, 21. September 1919

Zuschriften für die Redaktion an Klara Zetkin, Wilhelmshöhe, Post Degerloch b. Stuttgart. — Zuschriften für den Verlag an Anna Stegmaier, Stuttgart, Ostendstr. 70.

Technischer Schwierigkeiten wegen erscheint die heutige Nummer unserer Zeitung etwas verspätet. Wir bitten unsere Abnehmer um Entschuldigung.

Der Verlag.

Der Kampf um die Betriebsräte.

IV.

Der Gesetzentwurf der Reichsregierung über die Betriebsräte entspricht durchaus dem Wesen, der allgemeinen Politik dieser Regierung. In den entscheidenden Bestimmungen verrät er deutlich seinen Zweck: an Stelle der revolutionären Betriebsräte der Arbeiter und Angestellten Ausschüsse zu setzen, die nicht bloß wirtschaftlich harmlos, machtlos, sondern dem kapitalistischen Unternehmen nützlich sein sollen. Die revolutionäre Waffe des Proletariats in seinem Befreiungskampfe wird durch das Gesetz zusammengebogen zu einem Werkzeug, das die Herrschafts und Ausbeutungsmacht des Unternehmertums befestigt. Das „konstitutionelle", „demokratische" Regime, das durch die „gesetzliche Verankerung der Betriebsräte" für Fabriken, Werkstätten, Büros usw. geschaffen werden soll, ist das wirtschaftliche Seitenstück zur bürgerlichen Demokratie auf politischem Gebiet. Es gibt dem Proletariat den Schein gleichen Rechts, heiligt und kräftigt aber dabei für die Bourgeoisie das Sein der entscheidenden Macht. Es verfälscht und entwertet den „Rätegedanken, um die kapitalistische Ausbeutungswirtschaft zu erhalten.

Schon die Schaffung des Artikels 165 der Reichsverfassung, der von den Betriebsräten handelt, konnte nur für freiwillig Blinde Zweifel darüber lassen, daß dieses Inhalt und Ziel des Sondergesetzes sein würde. Der Artikel stellt die „verfassungsgemäße" Organisation der Betriebsräte auf den Boden der paritätischen Arbeitsgemeinschaft zwischen den ausgebeuteten Lohnarbeitenden und den ausbeutenden Kapitalisten. Er kennt überhaupt nicht den großen, das gesellschaftliche Leben beherrschenden Gegensatz zwischen den [illegible] schwachen Schöpfern und den wirtschaftlich [illegible] übermächtigen Aneignern des gesellschaftlichen [illegible] den Gegensatz von Ausbeutenden und Ausgebeuteten. Die verfassunggebenden Herren und Damen wußten als die reinste politische Unschuld vom Lande nichts von dem Kampf der enteigneten Lohnarbeiter und der aneignenden Kapitalisten um den Arbeitsertrag. So gibt es für die Verfassung nur gleichberechtigte „Arbeitgeber" und „Arbeitnehmer," die friedlich-schiedlich wie die Mitglieder des Rauchvereins „Langrohr" beieinander sitzen und „vereinbaren."

Diese paradiesische Auffassung von den Klassengegensätzen und Klassenkämpfen ist die tragende Grundlage des Gesetzentwurfs über die Betriebsräte. Die Regierung hat sich an sie als an die Rettungsplanke geklammert, die ihr von der Gewerkschaftsbürokratie gereicht worden ist. Wie zur Erdrosselung der politischen Arbeiterräte so hat sich auch zur Meuchelung der revolutionären Betriebsräte die Gewerkschaftsbürokratie mit der mehrheitssozialdemokratischen Parteibürokratie innig gesellt, eine „Einheitsfront" für die Macht des Kapitals, gegen das Recht der Arbeit. Die frei in der Luft schwebende Annahme von der Gleichberechtigung der „Arbeitgeber und Arbeitnehmer" gibt dem vorgeschlagenen Sondergesetz sein Gepräge. Diese Annahme ist entweder Gedankenlosigkeit oder Schwindel. Die gesetzliche Gleichberechtigung von Lohnsklaven und Kapitalisten im Betrieb bleibt mehr oder weniger papieren — wie das gleiche politische Recht in der politischen Praxis — solange der Unternehmer die wirtschaftliche Macht des „Herrseins im Hause" in den Händen hält. Und diese Macht wird durch den Gesetzentwurf nicht beseitigt, sondern anerkannt und „verankert". Noch heute ist wahr, was Heinrich Heine gesungen:

„Des römischen Reiches Kinderstube
Ist keine römische Mördergrube."

Die Betriebsräte nach dem Herzen und Willen der Bauer-David, Robert Schmidt, und tutti quanti werden die ausbeut, enden Macht der Bourgeoisie kaum an der Hautoberfläche mit Stecknadeln ritzen, ihr aber keine tödlichen Stiche versetzen.

V.

Die von der Regierung vorgeschlagenen Bestimmungen über die Vertretung der „Arbeitnehmer" durch Betriebsräte lassen unzweideutig hervortreten, daß die Lohn- und Gehaltsfrondenden der Betriebe nicht zu möglichst einheitlicher, geschlossener Macht zusammengefaßt werden sollen, um Brust an Brust mit dem Unternehmer zu ringen, um ihn als Ausbeutenden auszuschalten, ihm die Mittel zu entwinden, sich unbezahlte Arbeit, Mehrwert anzueignen. Sie laufen darauf hinaus, die wirtschaftliche Macht zu zersplittern, die die geeinte Gesamtheit aller Hand- und Kopfarbeitenden eines Betriebs darstellt. Sie entsprechen dem Grundsatz, daß die wenigen Reichen herrschen können, wenn die vielen Armen geteilt sind. Der revolutionäre proletarische Klassenkampf heischt die zielklare Vereinigung der Arbeiter, technischen und kaufmännischen Angestellten. Das nicht nur im Hinblick auf den gemeinsamen Feind — den Kapitalismus — und seine Überwindung, sondern auch im Hinblick auf die gemeinsamen Aufgaben des Aufbaus der sozialistischen Wirtschaft. Nach dem Gesetzentwurf sollen die Arbeiter und Angestellten ihre Vertreter zum Betriebsrat in getrennten Gruppen wählen; eine gemeinsame Wahl darf nur erfolgen, wenn die beiden Gruppen in geheimer Abstimmung sich mit Mehrheit dafür entscheiden. Jede Gruppe entscheidet allein in ihren Angelegenheiten und ist nur für sie zuständig. Die zum Teil noch in bürgerlichem Denken befangenen Angestellten sollen vor der „bolschewistischen Verseuchung" bewahrt und eine Garde des Unternehmertums bleiben. Die einzelnen Betriebsräte von Betrieben, die zwar wirtschaftlich ein Ganzes bilden, jedoch von einander getrennt in einer Gemeinde oder mehreren wirtschaftlich zusammenhängenden Gemeinden liegen,

können bloß dann zu einem Gesamtbetriebsrat vereinigt werden, wenn der Unternehmer seine Zustimmung dazu gibt.

Die Regierung hat nicht gewagt, die Grenze für das Wahlrechtsalter zu erhöhen. Alle mindestens 18 Jahre alten Arbeiter und Angestellten, ohne Unterschied des Geschlechts, wählen in geheimer Abstimmung ihre Vertreter und Vertreterinnen in die Betriebsräte. Dagegen ist das Recht, in den Betriebsrat gewählt zu werden, an Bedingungen geknüpft, die so aussehen, als sollten sie die Wahl einer sachlich und persönlich besonders geeigneten, vertrauenswürdigen Vertreterschaft sichern. Bei Lichte betrachtet steckt aber hinter ihnen nichts, als der Wunsch, „unruhige," „maßlose," „unreife" Elemente fernzuhalten. Es kann nur gewählt werden, wer mindestens 20 Jahre alt ist, nicht mehr in Berufsausbildung steht und mindestens seit 6 Monaten im Betrieb oder Unternehmen und seit 3 Jahren im Beruf oder Gewerbezweig tätig ist. Die Wahl erfolgt für die Dauer eines Jahres, statt daß die Erwählten wie in den russischen Sowjets jederzeit abberufbar sein müßten. Aus dem uns vorliegenden Text geht nicht hervor, ob der Betriebsrat eines Unternehmens in seiner Gesamtheit mit dem Kapitalisten verhandelt oder durch eine Vertretung. Das Letztere scheint die Regel sein zu sollen, in richtiger Würdigung der verschleppenden und abschwächenden Wirkung von „Instanzen," von Einzelpersonen und kleinen Grüppchen, die, losgelöst von der größeren Masse und ihrem Einfluß, ihrer Macht, erfahrungsgemäß eher „Vernunftgründen" zugänglich sind, auf gut deutsch: in Folge von Rückgratverweichung umfallen. Der Obmann des Betriebsrats und seine Stellvertreter sollen nämlich „bezugt" sein, den Betriebsrat gegenüber dem Arbeitgeber und dem Schlichtungsausschuß zu vertreten. Obmann kann aber nicht das erste beste Mitglied des Betriebsrats werden. Nur ein deutscher Reichsangehöriger darf dieses Ehrenamt bekleiden. Offenbar gemäß der traurigen Erfahrung des Bürgermeisters von Krähwinkel. Verzeihung, der Reichsregierung — der weiland internationale Sozialdemokraten angehören:

„Ausländer, Fremde sind es zumeist,
Die unter uns gesät den Geist,
Der Rebellion. Dergleichen Sünder,
Gott Lob! sind selten Landeskinder."

Eine weitere „Instanz", mit ganz besonderer Vertrauensaufgabe sieht der Gesetzentwurf vor. Eine „Vertrauensperson" ist im Betrieb einzusetzen für die Entgegennahme der Gründe, die der Unternehmer für die Einstellung von Arbeitern und Angestellten hat. Diese Vertrauensperson muß reichsangehörig, mindestens 25 Jahre alt und 3 Jahre im Betrieb oder Unternehmen tätig sein. Wenn sich Betriebsrat und Kapitalist über keine Persönlichkeit für das Amt einigen können, so schlägt der Betriebsrat 3 Personen vor, von denen der Unternehmer eine zu wählen hat. Der „Vertrauensperson ist offensichtlich die Rolle eines Tempelwächters im Allerheiligsten des kapitalistischen Betriebs zugedacht. Sie soll die vertraulich zugeflüsterten Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse hüten, die einem einzelnen Kapitalisten einen höheren Profit als seinen Konkurrenten sichern. Aus der erlaubten „Sachkenntnis" heraus soll dann die „Vertrauensperson" beruhigend und begütigend auf die Arbeiter und Angestellten einwirken, damit sie sich mit Maßnahmen abfinden, die zwar ihren eigenen Interessen zuwiderlaufen, dafür aber den kapitalistischen Profit mehren.

Der höchste Respekt vor den „Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen", als Profitquelle des einzelnen Unternehmers, gehört überhaupt zu den Wesenszügen des Gesetzentwurfs. Er droht den Betriebsräten strengste Strafen für die Preisgabe solcher Geheimnisse an. Es ist bekannt, was alles die kapitalistische Profitgier mit dem Schleier des Betriebsgeheimnisses deckt: Unsauberkeiten, die sich bis zur Schweinerei steigern — man braucht dabei noch nicht einmal an die zusammengekauften verendeten Katzen, Hunde und Ratten der berühmt gewordenen Hamburger Konservenfabrik zu denken —; Verfälschungen, die kaum noch von Giftmischerei zu unterscheiden sind; Kniffe und Pfiffe, bei denen der Unternehmer das Zuchthaus nicht bloß mit dem Armel, sondern mit dem ganzen Arm selbst streift. Doch davon abgesehen, was ist's mit den wirklich ernsten Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen, die sich auf Neuerfindungen und Verbesserungen von Maschinen und Werkzeugen beziehen, auf Fortschritte des Arbeitsverfahrens, auf Mittel und Wege des Rohstoffbezugs, das Warenabsatzes und a. m.? Sie frommen dem Privatinteresse, dem Vorteil des einzelnen Kapitalisten, dem sie einen Vorsprung vor seinen Konkurrenten und Brüdern in Ausbeutung und Gewinntrieb sichern, sie schädigen jedoch die Allgemeinheit. Sie lassen das einzelne Unternehmen emporblühen, verhindern aber, daß andere Betriebe der gleichen Art sich die Errungenschaften der Wissenschaft und Technik zu eigen machen und durch ihre höhere Entfaltung und Leistungstüchtigkeit den gesellschaftlichen Reichtum, die Kultur mehren. Als persönliche Profitquelle wird Dank des Geschäftsgeheimnisses eingedämmt, was gesellschaftlicher Segensstrom werden sollte. Proudhons Wort bewahrheitet sich, daß Eigentum Diebstahl ist, das Privateigentum an Fortschritten der Gütererzeugung wird zum Diebstahl am Wohlstand, an der Kultur der Gesamtheit. Die Bestimmungen des Gesetzentwurfs, die dem Schutz der Betriebsgeheimnisse gelten, bringen sinnenfälligst zum Ausdruck, daß die regierenden Mehrheitssozialdemokraten und Gewerkschafter mit Sack und Pack vor dem Kapitalismus kapituliert haben. Oberstes Gesetz ist ihnen das Profitinteresse der einzelnen Kapitalisten und nicht das Wohl der Allgemeinheit. Sozialdemokraten als Hüter der kapitalistischen Geschäftsgeheimnisse! Das Proletariat könnte ausrufen: „Der Kasus macht mich lachen." Aber es geht bei diesem Kasus letzten Endes um der Proletarier Haut. Statt Lachen darum der kraftvolle Fußtritt, der den kapitalistischen Gesetzentwurf mitsamt seinen Vätern zu dem geschichtlichen Kehricht wirft.

VI.

Auch andere Vorschriften des Entwurfs atmen den Willen, die Macht und das Recht der Hand- und Kopfarbeitenden zu fesseln, um das „Herrsein" der Kapitalisten stark zu erhalten. Der Betriebsrat muß den Arbeitgeber von jeder Sitzung benachrichtigen, die während der Arbeitszeit stattfindet. Sein Obmann hat dafür zu sorgen, daß der Betrieb „nicht erheblich unter zu häufigen Sitzungen während der Arbeitszeit leidet." Die sachliche Rücksicht auf den Betrieb — soweit sie selbstverständlich ist — deckt als falsche Flagge die Absicht, die Betriebsräte an ihre „gottgewollte Abhängigkeit" vom Kapitalisten zu mahnen, sie zu hindern, mehr zu tagen, zu beraten und zu beschließen, als diesem angenehm ist, sie zu hindern, als Macht aufzutreten und einen Druck auszuüben. Auf Verlangen des Arbeitgebers oder mindestens eines Viertels der Mitglieder des Betriebsrats muß eine Sitzung stattfinden. Ebenso kann auf Antrag des Unternehmers oder eines Viertels der Arbeitnehmer des Betriebs der Schlichtungsausschuß die Auflösung eines Betriebsrats „wegen gröblicher Verletzung seiner gesetzlichen Pflichten" beschließen. Die Stimme des einen Kapitalisten wiegt mithin so schwer wie die von mindestens einem Viertel der Betriebsräte, ja einem Viertel aller Arbeiter und Angestellten eines Unternehmens. Die Regierung wertet den Unternehmerverstand um recht viel höher als die Proletarier-vernunft. Ehre dem Ehre gebührt!

Der Betriebsrat als Ganzes muß zurücktreten, wenn mehr als zwei Drittel der Wahlberechtigten in einer Betriebsversammlung in geheimer Abstimmung seine Tätigkeit mißbilligen. Die Arbeiter und Angestellten haben es nicht so leicht wie der Kapitalist, einen Betriebsrat loszuwerden, mit dessen Wirken sie unzufrieden sind. Nach § 17 ist ein Betriebsrat überhaupt nicht zu errichten oder er ist aufzulösen, wenn in der Natur des Betriebs besondere Schwierigkeiten gegen seine Errichtung und Tätigkeit liegen, und wenn auf Grund eines allgemein verbindlichen Tarifvertrags eine andere Vertretung der Arbeitnehmer besteht oder errichtet wird. Das Gerede von der „Natur des Betriebs", die sich nicht mit der Errichtung und Tätigkeit eines Betriebsrats verträgt, ist der reinste Kautschuk. Wer entscheidet darüber, ob durch die geheimnisvolle, vieldeutige „Natur des Betriebs" die Errichtung und das Wirken eines Betriebsrats ausgeschlossen ist? Alle diese Bestimmungen

zwecken im Grunde darauf ab, den Bestand und die Tätigkeit der Betriebsräte in möglichster Abhängigkeit vom Unternehmer zu halten und diesem die entscheidende Macht zu bewahren, die Betriebsräte aber der steten und nachdrücklichen Beeinflussung durch ihre Wählerschaft zu entziehen. Ein wenig Recht, ein wenig Scheinrecht den Ausgebeuteten, dem Ausbeutenden die Macht, das ist der Wesenskern des Gesetzes.

VII.

Besonders klar offenbart sich dieser Wesenskern in den Vorschriften, die die Aufgaben der Betriebsräte regeln sollen. Da wird auch nicht in einer einzigen Beziehung das Recht der Hand- und Kopfschaffenden „verankert", für den Betrieb über die Produktionsverhältnisse zu entscheiden, die doch bestimmend in das Leben der Proletarier eingreifen. Die Betriebsräte erhalten das Recht zugesprochen „mitzuwirken", zu „vereinbaren", zu „fördern", „anzurufen", „Einspruch zu erheben", nur nicht das eine wirkliche, klare Recht zu entscheiden, zu erklären: so und nicht anders muß der Betrieb gestaltet werden, selbstverständlich unter Berücksichtigung der Bedingungen, die für die allgemeine Wirtschaft maßgebend sind. Trotz der vielen Paragraphen und Worte schrumpft das sagenhafte „verankerte" Recht der Betriebsräte zur Vertretung der Arbeiterinteressen zu der Erlaubnis zusammen, mit dem Unternehmer verhandeln, schachern und feilschen zu dürfen. Das alte Elend der Ohnmacht der Arbeiter- und Angestelltenausschüsse, nur frisch aufgebügelt und modernisiert herausgeputzt. Dem Kapitalisten bleibt ja das Recht, mit einer kühlen Handbewegung vom Verhandlungstisch zu fegen, was die Betriebsräte „vereinbaren", durch ihre „Mitwirkung", ihren „Einspruch" für die Arbeiter und Angestellten erzielen wollen.

Aber der Schlichtungsausschuß oder eine andere ihm entsprechende „gesetzlich anerkannte Schiedsstelle"! Nun die dem Kapital zinsenden Habenichts kennen aus Erfahrung das Wirken der Schlichtungsausschüsse und ähnlicher Einrichtungen. Ihrer Natur, ihren Aufgaben nach sind solche Körperschaften nicht Machtorgane, die das Recht der Proletarier durchdrücken und sichern sollen. Ihr Zweck ist die Verkleisterung des unversöhnlichen Gegensatzes zwischen Kapital und Arbeit, zwischen ausbeutenden Bourgeois und ausgebeuteten Proletariern. Sie sollen nicht Werkzeuge des Kampfes sein, in dem die Lohnsklaven um ihr Recht ringen, vielmehr Werkzeuge des Friedens zwischen Unternehmertum und Lohnarbeiterschaft. Und bei diesem Frieden werden die Arbeiter und Angestellten im Allgemeinen die Geprellten sein. Für die wenigen Pfennige, die ihnen zugesprochen werden, müssen sie Marksstücke hergeben. Denn alle „Zugeständnisse" an die Proletarier lassen die Macht der Kapitalisten unerschüttert, als Besitzer der großen Produktionsmittel arbeitslos die Frucht fremder Arbeit sich aneignen zu können, den Mehrwert einzusäckeln, den nur die Arbeit des lebendigen Menschen erzeugt.

Übrigens soll das bescheidene Recht der Betriebsräte zur „Mitwirkung" unter dem kapitalistischen Herrn sich nicht auf die ganze Wirtschaft, die gesamten Produktionsbedingungen des Betriebs erstrecken. Es ist auf die Gestaltung der Arbeitsbedingungen im engeren Sinne beschränkt. Die Betriebsräte haben „mitzuwirken" und zu „vereinbaren" bei der „Regelung der Löhne und sonstigen Arbeitsverhältnissen, namentlich auch bei der Festsetzung der Akkordlöhne und Stücklohnsätze", bei der Einführung neuer Löhnungsmethoden, der Festlegung der Arbeitszeit, des Erholungsurlaubs, der Regelung des Lehrlingswesens, der Aufstellung der Arbeitsordnung und sonstigen Dienstvorschriften, bei Einstellungen und Kündigungen, bei der Bekämpfung von Gesundheits- und Unfallgefahren usw. Großmütig wird ihnen das Recht zugestanden, an der Verwaltung von Betriebswohlfahrtseinrichtungen „mitzuwirken", soweit dem Unternehmer ein Verfügungsrecht daran zusteht. Mit anderen Worten: es ist ihnen gestattet, über Einrichtungen mitzureden, die der Kapitalist stets aus den Taschen der Arbeiter und Angestellten bezahlt, und für die ihm die gute Gesellschaft der konventionellen Lüge die Bürgerkrone des „Wohltäters" reicht.

Dagegen versagt der Gesetzentwurf den Betriebsräten das entscheidende Recht, an der Gestaltung der Produktionsverhältnisse des Betriebs auch nur „mitzuwirken", ja auch nur Einblick in sie zu gewinnen. Wie das Räderwerk des Betriebs ineinandergreift, wie es sich dem größeren Industriegebiet, der Wirtschaft im Lande, der Wirtschaft der Welt eingliedert, daß soll ein Geheimnis bleiben, um das zu wissen nur der Ausbeuter würdig ist. Kein Recht auf Einsicht in alle Bücher, alle Geschäftsverhältnisse des Betriebs, kein Recht zur Einflußnahme auf ihre Gestaltung. Der Betriebsrat soll allerdings das Recht erhalten, Aufschluß zu verlangen über all die Betriebsvorgänge, die die Verhältnisse der Arbeiter und Angestellten berühren. Aber dieses Zipfelchen Recht wird durch den Nachsatz beschnitten, „soweit dadurch nicht Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse gefährdet werden". Was alles kann sich nicht mit diesem Geheimnis verhüllen. In größeren Unternehmungen, die zur Führung von Handelsbüchern verpflichtet sind und mindestens 50 Arbeiter und Angestellte beschäftigen, kann der Betriebsrat auch verlangen, daß ihm für das abgelaufene Geschäftsjahr die Bilanz und eine Gewinn- und Verlustrechnung zur Einsichtnahme vorgelegt wird. Die Spatzen pfeifen von den Dächern, wie Bilanzen und Abrechnungen mißbraucht werden, um den wirklichen Stand kapitalistischer Unternehmungen zu verschleiern, die Wirtschaftsergebnisse zu fälschen. Kennzeichnender jedoch als die diesbezüglichen Einzelbestimmungen des Entwurfs ist der sie beherrschende Wille, den Betriebsräten die Einsichten, den Überblick, die Beweglichkeit vorzuenthalten, die Voraussetzungen dafür sind, daß die Arbeiter und Angestellten von unten auf an der Sozialisierung der kapitalistischen Unternehmungen entscheidend mitwirken.

Die Betriebsräte sollen nicht zu Trägern der Sozialisierung werden, sie sollen als bescheidene, nützliche Diener des Kapitalismus amtieren. Der Gesetzentwurf spricht das mit dürren Worten aus. Die nachstehenden Bestimmungen bedürfen keines Kommentars. Die Betriebsräte haben das „Einvernehmen innerhalb der Arbeiterschaft sowie zwischen ihr und dem Arbeitgeber zu fördern ... den Betrieb vor Erschütterungen zu bewahren, insbesondere in Fällen drohender Arbeitseinstellung im Zusammenwirken mit den Berufsvereinen dafür zu sorgen, daß die Arbeit nicht eher eingestellt wird, ehe dies in geheimer Abstimmung und mit Zweidrittelmehrheit beschlossen ist, es sei denn, daß die Satzungen der Berufsvereine übereinstimmend ein anderes Mehrheitsverhältnis vorschreiben." Der Entwurf macht den Betriebsräten ferner zur Pflicht, „die Betriebsleitung durch Rat zu unterstützen, um dadurch mit ihr zu einem möglichst hohen Stand und für möglichste Wirtschaftlichkeit der Betriebsleistungen zu sorgen." Den Betriebsräten ist also die ehrenvolle Rolle zugedacht, als Beratende und Anregende den kapitalistischen Profit zu steigern und als Antistreikagentur, als wirtschaftliche Weißgardisten die Kapitalistenmacht und Kapitalistenherrschaft zu schützen. Die offene Verhöhnung des Rätegedankens. So ist es selbstverständlich, daß mit dem Inkrafttreten des Gesetzes alle revolutionären Betriebsräte aufgelöst werden sollen. Die Kapitalistenmacht, der Kapitalismus soll verankert werden.

Wem das aus den Gesetzentwurf der Regierung noch nicht klar wird, den müssen darüber die Ausführungen belehren, mit denen der Reichsarbeitsminister Schlicke in der Nationalversammlung die „gesetzliche Verankerung der Betriebsräte" begründet hat. Er erklärte denen, „die die volle Selbstbetätigung der Arbeiter und Betriebsräte an der Verwaltung fordern, nicht nur zur Erhöhung der Leistungen des Betriebs, sondern überhaupt zur Sozialisierung: Sozialisierung kann nicht durch die Betriebsräte erfolgen ... Kämpfe werden unter dem Betriebsrätegesetz nicht wieder so scharf auftreten können, weil sonst unsere Wirtschaft nicht wieder aufgebaut werden kann. Wir ersparen uns Erschütterungen durch wirtschaftliche Kämpfe ... Die Befugnis, die Betriebsräte erhielten das volle Recht, in alle Dispositionen hineinzureden, ist nach dem Wortlaut des Gesetzes nicht begründet, wohl aber können die Betriebsräte segensreich wirken durch Aufklärung. Ermahnung zur Pflicht und dadurch, daß sie die Arbeiter veranlassen, sorgsam mit dem

anvertrauten Material umzugehen." So zu reden erdreistete sich ein Mann, der ehe er der „Ehre" gewürdigt wurde, in einer bürgerlich-kapitalistischen Regierung Arbeitsminister zu sein, der größeren Ehre teilhaftig war, den Proletariern im Kampfe für ihre Befreiung führend voranzugehen!

Die klassenbewußten Proletarier und Proletarierinnen können, dürfen auf solche Worte und solches Gesetz nur eine Antwort haben: „Wir pfeifen darauf! Nun erst recht! Nun erst recht, die Arbeit, der Kampf für die revolutionären Betriebsräte. Nun erst recht die Arbeit, der Kampf für die Losung: alle Macht den Räten! Die Bahn frei für die Sozialisierung, für den Sozialismus! Fort mit dem Betriebsrätegesetz, der gegenrevolutionären Regierung!

An das Volk der Arbeit.

Arbeitende! Schaffende! Die Revolution steht vor der Schwelle unserer Zukunft. Die Sonne steigt für uns am Himmel empor, für die Ausgebeuteten. Der Morgen naht, an dem wir verpflichtet sein werden, unser Schicksal in die eigene Hand zu nehmen. Bereiten wir uns darauf vor! Lernen wir, organisieren wir uns! Unser erster Mai in Frankreich ist heuer wieder blutig gewesen. Von den Unseren sind gefallen. Kein Grübeln darüber! Keine Mutlosigkeit! Die Bourgeoisie hat die Proletarier wieder einmal belogen. Sie wird uns nichts geben, nichts gewähren. In allen Ländern, wo der Kapitalismus herrscht ist das Loos der Proletarier das gleiche. Ausbeutung, Unterdrückung heißt es, heißt es auch dann, wenn die Worte Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit an allen Kasernen, Gefängnissen und Ministerpalästen prangen.

Die Revolution wartet auf uns. Schließen wir die Reihen. Die erwachten Arbeiter und Arbeiterinnen jeden Betriebs müssen sich zusammentun und die sozialistische Aufklärungsarbeit organisieren. Betriebsräte müssen gegründet werden, die die Bedingungen der Gütererzeugung regeln und dem Kapitalisten die Macht aus den Händen winden, Proletarier auszubeuten. Nicht länger darf der tote Besitz das Mittel bleiben, aus lebendigen Menschen Profit herauszupressen. Enteignen wir überall die Enteigner des schaffenden Volks! Politische Arbeiterräte müssen ins Leben treten, die der Kapitalistenklasse die Macht in der Gemeinde und im Staat entreißen. Die ganze Macht, die volle Macht. Die Macht der Gesetzgebung, Verwaltung und Regierung. Diese Macht gehört zusammen in eine Hand, in die starke Hand des Proletariats.

Arbeitende, Schaffende aller Länder! Lassen wir uns durch das Beispiel der russischen Proletarier und armen Bauern lehren! Glauben wir an die befreiende Macht des Sozialismus und an unsere Kraft, ihn zum Siege zu tragen. Die große, reine Flamme der proletarischen Revolution, die in Rußland entzündet wurde, muß auf alle Länder überspringen. Überall muß sie die schmutz- und blutriefende Kapitalsherrschaft verzehren. Mit dieser Macht muß es zu Ende sein, wenn die Arbeitenden, Werktätigen wollen. Wenn sie brüderlich zusammenstehen, nicht getrennt durch zünftigen Berufshochmut, durch Vorurteile des Geschlechts, durch bunte Grenzpfähle der Staaten.

Proletarier, Proletarierinnen aller Länder, bereiten wir uns vor, der Revolution würdig zu sein. Stark und kühn genug, ihre Gefahren zu bestehen und ihre Opfer zu tragen. Von Wissen genährt und von Verantwortlichkeitsgefühl erfüllt, ihre aufbauende Arbeit in Wirtschaft und Gesellschaft zu leisten. Der Sieg, die Zukunft muß unser sein. Wir Frauen aber wollen in allen Ländern den Ehrgeiz haben, bei Kampf und Arbeit an erster Stelle zu stehen. Weil wir Frauen, weil wir Mütter sind. Dieser Wille muß uns einigen, wie das große Ziel uns verbindet.

An die Arbeit! Wir werden die Kapitalisten der ganzen Welt unterkriegen. Mut! Ausdauer! Vertrauen in unsre Kraft! Mit uns der Sieg!

Louise Saumoneau-Paris.

Die sozialistische Frauenbewegung in Deutsch-Österreich.

Es hat manchmal den Anschein, als ob jede Frauenbewegung zu irgend einer inneren Unfruchtbarkeit verurteilt wäre. Die bürgerl. Frauenbewegungen haben Zeiten des Aufschwunges und des Erfülltseins, aber ihre Mühlen laufen leer. Sie bewegen sich im Kreise eines von allen wirtschaftlichen Bedingungen losgelösten reinen, absoluten „Frauenrechts"; ihr Inhalt ist Opposition, ist bloße Form gegen Formen, ohne wirkliche Erkenntnis gesellschaftlicher Zusammenhänge.

Die sozialistischen Frauen aber sind durch die Kluft der materialistischen Geschichtsauffassung und der sozialistischen Überzeugung von ihren bürgerlichen Geschlechtsgenossinnen getrennt. Sie sind durchdrungen von dem Bewußtsein, das einzig und allein der Kampf um den Sozialismus, der Kampf an der Seite der männlichen Klassengenossen die vollständige Befreiung der Frau herbeiführen kann. Und diese Erkenntnis ist die Grundlage ihrer agitatorischen und organisatorischen Tätigkeit, diese Erkenntnis vermag es, Massen von proletarischen Frauen um eine Fahne zu sammeln. Aber diese großen Massen werden gefühlt in vollständiger Abhängigkeit von der Partei, es mangelt ihnen an Initiative und selbständigem, agitatorischem und geistigem Inhalt. Die sozialistische Frauenbewegung stellt sehr oft nur einen schwachen Abklatsch der großen Partei dar der sie zugehört. Organisatorisch, politisch soll in jede sozialistische Frauenbewegung in untrennbarer Verbindung und Übereinstimmung mit ihrer Partei sich befinden. Aber ein besonderer eigener geistiger Gehalt, eine besondere kräftige Bewegung mit eigenen Zielen, die über das politische hinausgehen und es doch umfassen, würden erst eine sozialistische Frauenbewegung ausmachen, die für den Aufbau einer kommunistischen Gesellschaft und für die Erziehung der Frauen für sie wirklich Wertvolles, Eigenes schaffen könnte.

Bei uns in Deutsch-Österreich sind alle Frauenbewegungen matt, unlebendig und unselbständig. Die bürgerliche Frauenbewegung ist wie das gesamte politische Leben der Bourgeoisie gänzlich bedeutungslos. Eine Anzahl von Vereinen und Vereinchen fristen ihr Leben. Eine ganz gute Zeitschrift „Neues Frauenleben" erscheint schlecht und recht jeden Monat, aber im politischen Leben sind die bürgerlichen Frauen gänzlich bedeutungslos. Es gelang ihnen kaum, ein einziges Mandat in der Nationalversammlung zu erringen.

Die sozialdemokratische Frauenbewegung ist schon ziemlich alt und gut organisiert. An ihrer Spitze stehen bekannte tüchtige Führerinnen, Adelheid Popp, Therese Schlesinger, Emmy Freundlich usw. Vor dem sogenannten Umsturz war es den Frauen nicht gestattet, an politischen Vereinen teilzunehmen, und so waren sie in eigenen Vereinen organisiert, die sich über das ganze Reich erstreckten. Nach dem Umsturz, der den Frauen bekanntlich die volle politische Freiheit gab, wurden diese Vereine aufgelöst und die sozialistischen Frauenorganisationen mit der sozialdemokratischen politischen Partei verschmolzen. Die Agitation unter den Frauen geht natürlich getrennt vor sich, ebenso erscheint die „Arbeiterinnenzeitung" selbstverständlich weiter. All dem fehlt nach wie vor der lebendige Schwung einer wirklich aufsteigenden Bewegung.

Das liegt vor allem an der Masse der proletarischen Frauen Deutsch-Österreichs. Diese Frauen sind theoretisch ganz uninteressiert, wenig gebildet, ohne Klassenbewußtsein, sie leben nur für die vielen kleinen Sorgen des Tages, sie quälen sich ab mit den Lebensmittelfragen und all den anderen sie bedrückenden Dingen des Haushaltes und haben für „Politik" eigentlich wenig übrig. Aber ihr wirtschaftliches, immer noch unbeschreiblich großes Elend macht sie instinktiv revolutionär und tatbereit. Vor den Wahlen zur Nationalversammlung war das politische Interesse ungleich stärker als gewöhnlich, die Wahlbeteiligung war ziemlich groß; die Frauen erhofften eine unmittelbare Verbesserung ihrer Lage durch den Sieg der Sozialdemokraten. Diese Verbesserung ist nicht eingetreten, und die Enttäuschung darüber hat die alte Gleichgültigkeit der Frauen gegen die Politik erzeugt. Aus den Betrieben und Ämtern sind die im Kriege beschäftigten Frauen so ziemlich verschwunden; bei der Straßenbahn, bei der Eisenbahn in den öffentlichen Bureaus sieht man nur noch sehr selten Frauen. Die heimkehrenden Männer haben sie rücksichtslos aus der Erwerbstätigkeit gedrängt. Alles Sich-Wehren einzelner Berufsgruppen dagegen, wie z. B die Aktion von 3000 Straßenbahnschaffnerinnen, war vergeblich. Das Heer der arbeitslosen Frauen ist groß. Die Prostitution nimmt aus vielen Ursachen steig zu. Die Kriegerwitwen haben sich dem Invalidenverband angeschlossen, sie lehnen aber ängstlich jedes politische Auftreten ab und verfolgen nur rein wirtschaftliche Ziele.

Die kommunistische Frauenbewegung und Organisation steckt noch in den Kinderschuhen. Zwar sind in der Provinz viele Frauen in der kommunistischen Partei; sie sind sogar recht oft der revolutionäre, vorwärtstreibende Teil der kommunistisch gesinnten Arbeiterschaft. Aber in Wien selbst gibt es nur schwache und instinktive Gruppen; vor allem fehlt der Bewegung der organisatorische Zusammenhang. In letzter Zeit beginnt es zwar etwas besser zu werden, und es bedürfte sicherlich nur geringer Kraftanstrengung, um die zwar noch indifferenten, aber durch das Elend revolutionierten Frauen zum Klassenbewußtsein zu bringen. Daß da bis jetzt hierin noch nichts geschehen ist, war vor allem die Schuld der Genossen. Die aus einem übertriebenen Begriff der Einheit der Partei heraus sich gegen jede besondere Organisationseinrichtung für die Frauen, ja sogar gegen jede besondere Agitation unter den Frauen sträuben und dadurch den Zustrom und die Eingliederung der Frauen in die kommunistische Partei geradezu verhindern. So erschien z. B. im Anfange der Bewegung vier Monate hindurch ein eigenes Frauenblatt: „Die revolutionäre Proletarierin" als Beilage zum Zentralorgan der Kommunistischen Partei, dem „Weckruf", später „Die soziale Revolution", jetzt „Die Rote Fahne". Dann wurde dieses Blatt mit der Begründung eingestellt, daß die Frauen das Zentralorgan lesen sollten, und daß man sie nicht an ein eigenes Blatt gewöhnen dürfe. Diese Entscheidung war ein schwerer Fehler. Das Frauenorgan war viel leichter geschrieben als das Hauptblatt, wurde gern gelesen, und die Einstellung seines Erscheinens hat die kommunistische Frauenbewegung sehr zurückgeworfen. Eigene Frauenversammlungen innerhalb der Lokalorganisationen werden sehr selten und ungern veranstaltet, systematische Propaganda unter den Frauen kann infolge der ablehnenden Haltung der Genossen nur sehr schwer getrieben werden. Man stößt mit Bemühungen die Frauenbewegung zu fördern, auf gläserne Wände. Und so bleiben die hoffnungsvollen Keime in der Provinz in Wien stecken und können sich nicht weiter entwickeln.

In der letzten Zeit beginnt man aber bei den Kommunisten, durch einen gewissen Druck von unten her veranlaßt, der revolutionären Aufklärungsarbeit unter den Frauen mehr Aufmerksamkeit zuzuwenden. Die Partei hat ein neues Organisationsstatut ausgearbeitet, das über die Arbeit unter den Frauen folgende Bestimmungen enthält: In jeder Lokalorganisation wird ein Propagandaausschuß von 2—5 Genossinnen gebildet, der die Aufgabe hat, planmäßig propagandistisch unter den Frauen zu arbeiten, Frauenversammlungen zu veranstalten und unter Umständen besondere Aktionen — eine Frauendemonstration z. B gegen die Lebensmittelteuerung — vorzubereiten. Die Propagandaausschüsse eines Kreises wählen eine Genossin in die Kreiskonferenz, die dort beratende Stimme hat. Außerdem sollen die berufslosen Frauen — Hausfrauen und Hausgehilfinnen — als Zweige organisiert werden und als solche Vertretungsrecht mit Sitz und Stimme in der Landes- und Reichsparteivertretung haben. Diese Organisation wird jetzt überall durchgeführt, und wir versprechen uns davon zweierlei: 1. Systematische kommunistische Aufklärungsarbeit unter den proletarischen Frauen und 2. die Einbeziehung der Frauen in den politischen revolutionären Kampf der kommunistischen Partei. An eine Frauenbewegung, die ihre Ziele noch weiter steckt, wagen die Kommunistinnen in Deutsch-Österreich vorläufig noch nicht zu denken. Die Not des Tages, das wirtschaftliche Elend ist so groß, die Revolution verschlingt so sehr alle Kräfte, daß augenblicklich alles andere zurückgestellt werden muß, was Aufgabe unserer Frauenbewegung sein könnte. Eine gute Organisation der Frauen, die kommunistischer Überzeugung sind, wird aber ihren ganzen Wert erst nach der Ergreifung der Macht durch das Proletariat beweisen. Die Frauen auf die notwendigen Umwälzungen im Familien- und Wirtschaftsleben nicht nur vorzubereiten, sondern ihnen diese Umwälzungen, so wie sie sich vollziehen werden, Schritt für Schritt verständlich zu machen, das wird die Aufgabe einer solchen Organisation sein. Aus dieser Arbeit wird dann erst die eigentliche kommunistische Frauenbewegung erwachsen, die die bürgerliche Scheinkultur des Familienlebens, der Erziehung und der Sexualheuchelei zerstört, und die kommunistische Kultur wahren Gemeinschaftslebens erkennt und verwirklicht.

Elfriede Friedländer-Wien.

Auf an die Frauen!

Ihr Frauen! Ihr Mädchen! Ihr Mütter! Laßt mich an Euch Worte richten, nicht Worte, die so leicht aus geschwätzigem Munde sich lösen, — nein —, Worte als Klang einer Seele, auf deren Saiten die Schmach, der Jammer unserer Tage ihre traurenden, bitteren Weisen singen.

Ich liebe Euch, ihr Frauen, wie ich die Sonne liebe, deren Strahlen Wachstum, Schönheit unserer Erde spendet. Nicht um Eures äußern Scheines willen, o nein, weil Ihr etwas wundervoll Gütiges und Weiches in der Hülle eures Körpers wie eine seltene Kostbarkeit berget.

Wie oft in den Wirrnissen meines Lebens führte mich eine traute Frauenhand aus Trübsal und Leid zu dem goldnen Flimmer der lächelnden Freude, ob es nun die Hand der Mutter, der Freundin oder der Liebsten war. Seit meiner Kindheit Tage sehe ich einen Schein der Heiligkeit über Euch schweben und nimmer wird, so lange ich den schönen Drang zu lieben fühle, dieser Schein von Euch fallen.

Doch ich sehe, o ich sehe es täglich tausendmal, wie die gierigen Krallen eines gefräßigen Ungeheuers nach Euch Frauen greifen, Euren Leib zerfleischen, Eure Seele zerreißen. Ich sehe traurend, wie Ihr zu harter Fron gezwungen werdet, wie Eure Zartheit, Eure leibliche Anmut auf blutbesteckten Altären dem unersättlichen Götzen Mammon zum Opfer dargebracht wird. Ich sehe, wie Eure Frische frühzeitig, schon im Mädchen, dem Düstergrau des Alters weichen muß. Ich sehe, wie das Gift unirer Zeit an Eueren Seelen frißt, wie Elend und Kummer des Leibes scharfe Linien in Eure Mienen furchen.

So sehe ich Euch durch die Straßen gehen, und die Sonne zaubert kein Lächeln auf Eure Antlitz. Ich höre Eure Kinder schreien, die Ihr dem Kot der Straße überlassen müßt. Aufschreien, heulen wie ein verletztes Tier könnte ich ob diesen Greuels, dieser grauenhaften Schmach der Zeit. Muß ich Euch Eure Feinde nennen? Zu Euch von der Schar der Satten reden, sie, die nur lachen? Soll ich sie anklagen? Was hilft es. Sie hören nicht. Euch will ich bittend rufen: Wahret Eure Würde, kämpft für Euren Stolz, für Euer Menschentum. Ihr Frauen, die Ihr das Herz des Lebens seid, laßt Euch die reinen Quellen Eures Seins nicht trüben, aus deren klaren Wassern wir Männer doch des Daseins Labsal kosten, an denen die Kinder sich ergötzen.

Wir alle haben einen Feind, den nämlichen. Es ist der Kapitalismus. Als er Eure Brüder, Eure Gatten, Eure Geliebten wie Tiere zur Schlachtbank führen ließ, als ohne zu fragen, bedingungslos das Teuerste Euch genommen wurde, als heiliges Menschenblut in Strömen über verheerte Felder floß, — damals dachten, träumten Viele unter uns, Euer natürlicher Sinn müßte dem Wahnsinn des Mordens Einhalt gebieten. Dachten, träumten Viele, daß nur über Eure Leiber die Opferzüge das Feld des Todes erreichen könnten. Doch nur im Stillen habt ihr Eure Tränen vergossen, Eure Hände um die gedanken- und fragenschweren Häupter geklammert und Euer pochendes, aufbäumendes Herz gegen die Kissen Eurer Betten gepreßt.

Und nun? Nun? Wo das Morgenrot einer neuen Zeit auf nahen Wolken sichtbar schwebt, rufe ich zu Euch Frauen: Laßt Euren klaren Blick durch keinen Schein je mehr trüben, steht aufrecht im Kampf. Ihr Hüterinnen unserer heiligsten Gefühle und unserer Zukunft. Blickt Euren Feinden in die Augen. Diesen Feinden gebührt der Kampf. Helft mit, den Sieg der neuen Zeit erringen, ebnet ihr die Wege, schmückt sie mit Blumen Ihr Mädchen, Ihr Frauen; Ihr Mütter, Eurer Kinder Gartenland blüht und grünt nur unter der Sonne des wahrgewordenen Kommunismus.

Seht wo: der Zukunft Leuchte in den Händen hält. Folget ihnen! Kommt, Ihr Frauen aus den staubigen Räumen der lärmenden Fabriken, aus den Hütten, den lichtlos engen Räumen der Armen. Laßt Eure Liebe nicht verkümmern, laßt sie Kampf werden! Seid stark! Seid stolz bewußt Eurer höchsten Pflicht! Helfet! Spendet! Kämpfet! Seid der Schmach der Zeit eingedenk. Sprecht inbrünstig, wie ein Gebet: Wir wollen, wir wollen! . . . Wir wollen die neue Zeit. Wir wollen den Sozialismus. Höret Euren sehnlichsten Wunsch, laßt ihn Tat werden.

Gebt Schwung und Kraft den Männern, die Eure Leid und Kampfgenossen sind, wenn sie müde werden sollten, wenn sie straucheln sollten. Seid Funke, facht die Glut für den Sozialismus zum lodernden Brand. Hört der Stunde gebieterischen Ruf: Erkennet, daß der Sozialismus siegen muß. Ihr braucht Eures Menschentums. Eurer Kraft nur bewußt zu werden, braucht Erkenntnis zu Willen und Tat reifen zu lassen, und unsre Schmach, die Trübsal unirer Tage versinket.

Dann wird Jubel, Jauchzen aus frohen, heitern Herzen quellen und über den segensreichen Gefilden der neuen, besseren Zeit ertönen. Blumen, Kränze werden wir in Euer Haar flechten und Eure Kinder, denen Ihr des vollen Menschentums Bahnen geöffnet habt, werden Euch Lieder singen und dankend Eurer Toten gedenken. Die Zukunft wird dann sehen im Strahlenkranz der lebensvollen Wirklichkeit: das edle, große Weib.

Ein stiller Genosse.

Erwerbslose Frauen.

Die Not der erwerbslosen Frauen vor der Nationalversammlung, das war ein kurzes, kaum beachtetes Zwischenspiel, das über die Weimarer Schaubühne ging, kurz ehe das ebenso prunkvolle als geschmacklose und lächerliche Ausstattungsstück der Präsidentenvereidigung aufgeführt wurde. Wie nebensächlich war doch die Behandlung der aufgerollten Frage, die das Geschick vieler Zehntausende Frauen und Mädchen aus tiefste berührt. Es gibt für die weitaus meisten der Herren und Damen die „Volksvertreter" sein wollen, ja auch wahrhaftig viel interessantere und wichtigere Dinge als die alltägliche Frage, wie Frauen leben können, die hungern müssen, wenn ihre Hände feiern, und die heute ohne Rücksicht auf diesen harten Umstand aus den Betrieben und Büros hinausgejagt werden, in die man sie gestern hineingelobt und hineingezwungen hat. Solche Dinge sind die Auskügelung von Gesetzen und Maßnahmen, die darauf abzielen, die geradezu ungeheuerlichen Steuerlasten zum größten Teil auf dem Rücken der Armen und Kleinen zu laden, damit die Reichen und Sehrreichen möglichst geschont bleiben. Schöne Predigten an die Proletarier, ihre Kraft bis zum Äußersten anzuspannen, um die Wirtschaft wieder in Blüte zu bringen, damit die Ausbeutenden fetten Gewinn einzustreichen vermögen. Politische Kuhhandelsgeschäfte um Ministerposten und anderes mehr. Wo bliebe da Zeit und Lust, sich eingehend, sachkundig und mitfühlend mit der Frage der weiblichen Erwerbslosigkeit zu befassen, die uns in den Straßen in Gestalt arbeits- und brotsuchender Frauen erschütternd vor Augen tritt?

Weibliche Abgeordnete bürgerlicher Parteien veranlaßten, daß die Nationalversammlung sich die Zeit nehmen mußte, von der Erwerbslosigkeit der Frauen reden zu hören. Frau Dransfeld, Mitglied des Zentrums, hatte eine Interpellation eingebracht, inwieweit die Regierung bereit sei, bei der wirtschaftlichen Demobilmachung der weiblichen Arbeitskräfte Frauen bei allen Stellen mitwirken zu lassen, die mit sozialpolitischen Maßnahmen, die Frauenarbeit betreffend, zu tun haben. Die Interpellation wurde von Frau Dr. Baum begründet, die zur Demokratie gehört. Diese Abgeordnete führte

aus, das „wir" uns im allgemeinen mit den Verordnungen einverstanden erklären können, die die Zentralstelle für Demobilmachung über die Entlassung von Frauen herausgegeben hat. Allerdings müsse dringend gewünscht werden, daß das Verbleiben der Frauen in ihren bisherigen Stellungen nicht abhängig gemacht wird von der Erwerbsbedürftigkeit allein. Wogegen man sich aber mit aller Entschiedenheit wenden müsse, das sei die schlechte und falsche Auslegung und praktische Durchführung dieser Verordnungen. Der Grund dafür liege darin, daß die ungemein schwierige Regelung der Frauenarbeit sich bisher ohne genügende Betätigung der Frauen selbst vollzogen hat. Möge die Regierung vor allen Dingen dafür sorgen, daß die Frauenreferate bei den Zentralstellen erhalten, bezw. weiter ausgebaut werden." Der Reichsarbeitsminister Schlicke gab darauf die tröstliche Versicherung, in das Arbeitsministerium würden fortan in die geeigneten Stellen Frauen berufen werden. Eine Empfehlung dieses Vorgehens werde er auch an die Landesstellen richten. Besondere Frauenreferate aber sage er nicht zu. Die Erwerbsbedürftigkeit als Bedingung für die Weiterbeschäftigung von Frauen werde zwar vorläufig noch beibehalten werden müssen, bei der Wiederkehr geordneter Verhältnisse aber fortfallen.

Frage und Antwort zeigen, wie wenig die erwerbslosen Frauen von der bürgerlichen Gesellschaft zu erwarten haben. Die Erwerbslosigkeit breiter Frauenmassen gehört zu den schreiendsten Übeln der Gegenwart. Sie zeitigt Notstände der schlimmsten Art, gibt viele Tausende weiblicher Berufstätiger dem bitteren Elend preis, bedroht ihre Gesundheit, stößt gar manches junge Blut ins Laster. Der Hunger ist ein schlechter Erzieher, obendrein in Zeiten, wo der Überfluß, der aufdringlichste Luxus, die schamloseste sittliche Verwahrlosung der Kriegsgewinnler und ihrer Sippen feigenblattlos durchs Land schreitet. Arbeitslosigkeit, Erwerbslosigkeit für mehr oder minder große proletarische Massen ist ein Wesenszug der kapitalistischen Ordnung. Das Ausbeutertum bedarf zu seiner Profitpresserei der Arbeitslosen, die die Not gefügig macht und in Lohndrücker ihrer Brüder und Schwestern verwandelt. Der Krieg mit seinen Folgen hat die Arbeitslosigkeit ins Riesenhafte gesteigert. Namentlich sind Frauen ihre Opfer. Nicht genug weibliche Arbeitskräfte konnten als „Nothelferinnen" in die Fabriken und Büros, in die Läden und Ämter aller Art gezogen werden. Nun werden fast überall die Frauen und Mädchen als erste vor die Tür gesetzt. Ihre weitere Beschäftigung ist nicht mehr lohnend, profitreich für die kapitalistischen Privatunternehmer und die kapitalistischen Gemeinde- und Staatsbetriebe. Und Frauen und Mädchen sind im allgemeinen fügsamer, weniger „begehrlich", widerstandsunlustiger, kampfesunfähiger als die Männer. Wenn sie brotlos auf dem Pflaster liegen, so fürchtet die bürgerliche Gesellschaft weniger von ihnen. Ihnen vor allem darum der Kummer und Hunger, die Sorge und Pein der Erwerbslosigkeit.

Die große, verwickelte, weitfassende Frage aber die auf dem Grunde der weiblichen Massenerwerbslosigkeit liegt, verkleinert sich für die bürgerlichen Damen, die Nationalversammlung, und die Regierung zur Frage der Verwendung von einigen Dutzend Frauen mehr oder weniger bei sozialpolitischen Einrichtungen. Kein Streit darüber, daß die Verwendung von Frauen bei solchen Einrichtungen sachlich vollauf gerechtfertigt ist. Kein Zweifel, daß die sozialpolitische Beamtin bei der Entlassung weiblicher Berufstätigen im Einzelnen manche Härte, manche Ungerechtigkeit vermeiden wird, die auf eine vorurteilsvolle Auffassung von der Stellung des Weibes in der Gesellschaft zurückzuführen ist. Aber davon eine Minderung der weiblichen Erwerbslosigkeit, eine Milderung des Jammers von sorgebeladenen, darbenden Tausenden erwarten, heißt doch den Ozean mit dem Teelöffelchen ausschöpfen wollen. Nicht der Egoismus, der Unverstand des Mannes ist entscheidend dafür, daß Zehntausende erwerbsloser Frauen nicht wissen, wie sie ihre traurige Existenz fristen sollen. Das Profitinteresse, die Macht der ausbeutenden Kapitalistenklasse ist es. Nicht sozialpolitische Beamtinnen werden die Not der erwerbslosen Frauen wenden, der Kampf des Proletariats gegen den Kapitalismus wird das tun. Hinein in diesen Kampf, erwerbslose Frauen!

Notizenteil.

Vom Schlachtfeld des Klassenkampfes.

Entbehrung und Maulkorb für Proletarierinnen. In **Berlin** wollten die Frauen der Schutzhaftgefangenen am 28. Juli eine Versammlung abhalten. Zweck sollte sein, sich über die bedrängte Lage auszusprechen und zu beraten, in die diese Frauen durch die gegen Recht und Gesetz erfolgte Einsperrung ihrer Männer geraten sind. Die Versammlung wurde vorschriftsmäßig angemeldet. Die Einberuferin empfing folgende Antwort:

„Auf die Anzeige vom 22. d. M. erwidere ich im Auftrage des Oberkommandos Noske ergebenst, daß die für den 28. d. M. in den Sophiensälen, C. 54, Sophienstr. 17/18 geplante Frauenversammlung nicht zugelassen werden kann.

In Vertretung: gez. (Unterschrift)."

Der frühere Sozialdemokrat Noske, der einmal für politische Freiheit geschwärmt und gekämpft hat, zerstampft mit dem Kommissstiefel das verfassungsgemäße Versammlungsrecht. Ohne Angabe von Gründen! Wozu auch sollte er sich und seine polizeilichen Ordnungskosaken in die Unkosten stürzen, Gründe anzugeben? Er hat von Proletarier Torheit und Sklavensinn die Macht, und Maschinengewehre und Kugeln ersetzen alle Gründe. Außerdem pfeifen die Spatzen auf den Dächern die Gründe für das Verbot der Versammlung. Wer nicht ganz vernagelt ist, der weiß, daß Herr Noske der Büttel der Kapitalisten ist und der Bürger der Revolution sein möchte; weiß, daß die himmelschreiende Schutzhaftschmach zu den Praktiken der Regierungsweisheit gehört, mit der der Reichswehrminister und seine Kumpane die revolutionären Proletarier der kapitalistischen Ordnung tributpflichtig halten wollen; weiß, daß Herrn Noskes Schlaf im nachgelassenen Hohenzollernbett ebenso wenig durch das Darben und Hungern der Familien von Schutzhäftlingen gestört wird, wie durch die Todesseufzer niederkartätschter „Spartakisten" und die Schreie viehisch mißhandelter Gefangenen. Jedoch Herrn Noskes sonst so robuste Nerven werden empfindlich, wenn in der Oeffentlichkeit ausgesprochen werden soll, was alle Welt weiß. Wenn die Schmach, das Verbrechen der mehrheitssozialdemokratischen Regierer laut, deutlich hinausgeschrieen werden soll. Dann sind die „heiligsten Güter" in Gefahr, denn für diese Hüter der kapitalistischen Ausbeutungswirtschaft kauert hinter jedem offenen, wahren Wort das Schreckgespenst der proletarischen Revolution. Beschworene Freiheiten, gesicherte Rechte? Ah bah! Für die Proletarier darf es nur eine Freiheit geben. Die Freiheit, sich in Lohnsklaverei zu verkaufen, um den Kapitalisten reiche Profite zu erschanzen. Nur ein Recht. Das Recht, zu allen Tat- und Unterlassungsstunden der kapitalistenfürchtigen Regierung Ja und Amen zu sagen. Das Ganze nennt sich „sozialistischer Volksstaat" und ist Ausdruck der „reinen Demokratie", für die alle „Einsichtvollen," von Bauer und Noske, Erzberger und Dernburg bis Kautsky sich begeistern.

Die kapitalistische Demokratie als Zuchthaus für Friedens- und Freiheitskämpfer offenbart sich auch unter den stolz rauschenden Sternenbanner der Vereinigten Staaten. Unsere Genossin Kate Richard O'Hare sitzt für fünf Jahre im Staatsgefängnis zu Jefferson (Missuri). Warum? Weil sie „ihr volles Herz nicht wahren" konnte und als Sozialistin sprach und handelte. Mit der Leidenschaft einer wahren, festen Ueberzeugung rief sie die nordamerikanischen Proletarier auf, ihre Hände rein zu halten vom Blut des Brudermordens im imperialistischen Weltkrieg, nicht die Schlachten der ausbeutenden Kapitalisten zu schlagen, sondern sich zum revolutionären Kampfe für den Sozialismus zu erheben. Genossin O'Hare war internationale Sekretärin der sozialistischen Partei in den Vereinigten Staaten. Als Führende hielt sie sich mit Recht doppelt verpflichtet, gegen den Imperialismus und für den Sozialismus zu kämpfen. Sie ließ sich an der Erfüllung ihrer Kampfespflicht nicht durch ihre Muttergefühle hindern — vier Kinder sind durch das Urteil der Klassenjustiz der Sorgfalt einer zärtlichen, gewissenhaften Mutter beraubt worden. Genossin O'Hare war sich klar darüber, daß sie ihren Kindern die beste Mutter war, wenn sie sich mit Selbstverleugnung dem Kapitalismus entgegenwarf, der Millionen blühender Menschenleben auf den Schlachtfeldern vernichten ließ. Daß sie die Erziehung ihrer Kinder am wirksamsten förderte, wenn sie ihnen das Beispiel selbstlosen Einsetzens für das Recht, die Freiheit, das Glück aller Ausgebeuteten und Enterbten gab. Daß sie ihren Kindern das köstliche Erbe sicherte, wenn sie dazu mithalf, im Sozialismus ein Menschheitsvaterland zu erobern. Die kapitalistische Ordnung hat für solche Mutterpflichterfüllung und Bürgertugend nur einen Lohn: das Zuchthaus. „Jedem das Seine." Das ist bürgerliches Recht.

Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

Die rege Betätigung unserer Genossinnen in der Schweiz läßt zum Ausdruck kommen, daß auch in diesem Lande der bürgerlichen Demokratie der Klassenkampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie sich verschärft hat. In Basel und Zürich nahmen die sozialistischen Frauen zielklar und energisch Anteil an dem letzten Generalstreik, der durch die Maßregelung der Färbereiarbeiterschaft in Basel heraufbeschworen worden war. Unter dem Druck der Wucherpreise des Lebensunterhalts hatte diese Arbeiterschaft es gewagt, höheren Lohn zu fordern. Die rücksichtslose Brutalität, mit der das Ausbeutertum gegen die Fordernden vorging, die Not, die auf dem gesamten Volk der Arbeit lastet, die offene Parteinahme der Behörden für die Interessen des Geldsacks ließen in Basel die Proletarier aller Berufe erkennen, daß sie solidarisch miteinander verbunden sind. Sie traten in einen Generalausstand, und die Regierung benutzte den ersten besten Vorwand, um unter den meuternden Lohnsklaven ein Blutbad anzurichten. Die Antwort darauf war die Erklärung des Sympathie-Generalstreiks auch in Zürich und anderen Industrieorten. Da sich das Klassenbewußtsein der Proletarier in der ganzen Schweiz leider als nicht geweckt und stark genug erwies, brach die Bewegung zusammen. In Basel und Zürich nahmen die Kapitalisten und ihre politischen Diener in der Regierung ihre Rache dafür, daß sie vor der Arbeiterschaft gezittert hatten. Es hagelte Maßregelungen, Verhaftungen, Anklagen, Bestrafungen.

Die Genossinnen bewiesen, daß sie von der Erkenntnis ihrer Pflicht durchdrungen waren. Während des Streiks hatten sie in Basel und Zürich wacker mit den Streikenden gekämpft. Nach dem Ende der Bewegung regte die Frauenkommission der sozialdemokratischen Partei eine Solidaritätsaktion an, um die große Not der Basler Streikenden und Gemaßregelten zu lindern. Sie schlug vor, daß besser gestellte Genossinnen und Genossen, zumal auf dem Lande, Kinder von Gemaßregelten und Streikenden aufnehmen, daß die Parteiorganisationen Geldsammlungen für einen Erholungsaufenthalt der Kinder eröffnen, daß Lebensmittel, namentlich Obst und Gemüse, den Familien der Betroffenen zugeschickt werden sollten. Die Anregung hat guten Anklang gefunden. Schon wenige Tage nachdem unsere Genossinnen damit in die Oeffentlichkeit getreten waren und ihre Liebestätigkeit begonnen hatten, konnten 30 darbende Kinder aus Basel zur Erholung in das Zürcher Landgebiet geschickt werden, rasch folgten noch mehr. Ortliche Parteigruppen sammelten eifrig, Obst- und Gemüsesendungen gingen bei dem Textilarbeiterverband für notleidende Familien streikender Färbereiarbeiter ein. In Zürich kommen die Sammlungen den Opfern des Generalstreiks zu Gute. Hoffentlich wird es den vereinten Bemühungen gelingen, durch tätige proletarische Solidarität die Färbereibarone daran zu hindern, ihr Ziel zu erreichen: durch die schwärzeste Not die Arbeiter in die Knee zu zwingen, und ihre Organisation zu zertrümmern.

Dem außerordentlichen Parteitag der schweizerischen Sozialdemokratie zu Basel wohnten gegen 20 weibliche Delegierte bei. Die Hauptfrage, die zur Entscheidung stand, war die des Anschlusses der Partei an die Dritte Internationale. Sie wurde vom Parteitag nach lebhaften Debatten bejaht, jedoch noch von einer Urabstimmung der Parteimitglieder abhängig gemacht. Bei Debatten und Abstimmung maßen sich die beiden Richtungen in der schweizerischen Sozialdemokratie miteinander, die grundsätzliche, radikale und die opportunistische. Es kam dabei zum Ausdruck, daß ein erheblicher Teil der Genossen noch Bedenken gegen den Beitritt zur Dritten Internationale hat — weil sie in Unkenntnis ihres Wesens und ihrer vorläufigen Satzungen von ihr eine einseitige Festlegung der Taktik befürchten. Jedoch blieb es nicht zweifelhaft, daß trotzdem so gut wie keine Sympathie für die Zweite Internationale vorhanden ist, die künstlich zum Leben erweckt werden soll. Der Austritt der schweizerischen Sozialdemokratie aus ihr ist endgültig. Erfreulicher Weise sprach sich der Parteitag mit aller Klarheit auch gegen den reaktionären Vergewaltigungsfrieden des Wilsonschen Völkerbundes aus. Die weiblichen Delegierten waren überwiegend für den Anschluß an die Dritte Internationale, der von Genossin Rosa Bloch in der „Vorkämpferin" und anderen Parteiorganen wie in Versammlungen mit überzeugender Klarheit und packender Kraft verfochten worden war. Die Urabstimmung über die umstrittene Frage hat seither stattgefunden. Die Mehrheit der Abstimmenden hat bedauerlicherweise gegen den Beitritt der schweizerischen Sozialdemokratie zur Moskauer Internationale entschieden. Nur in Basel, Zürich und einigen anderen großen Industriezentren ergab sich eine starke Mehrheit für den Anschluß, allein sie war nicht groß genug, den Ausfall der Abstimmung in den kleineren Orten und der Westschweiz zu verbessern. Jedoch bedauerlicher als der Ausgang der Abstimmung selbst ist die schwache Beteiligung der Parteimitglieder an ihr. Nicht die Hälfte der Mitglieder haben abgestimmt. Die Zahlen offenbaren eine Gleichgültigkeit, einen Mangel an Interesse und Schulung, die den Ausfall der Abstimmung erklären und darauf hinweisen, welch große Aufklärungs- und Erziehungsarbeit an der Partei mit Energie geleistet werden muß. Die Genossinnen werden das ihre tun, um Gleichgültigkeit, Einsichtslosigkeit und Grundsatzunsicherheit zu bekämpfen. Sie werden auch weiterhin in erster Reihe stehen, um das schweizerische Proletariat um das Banner des revolutionären internationalen Sozialismus zu sammeln.

Feuilleton

Die Tat.

Müde der Bücher, müde der Worte,
Die mir den Willen versengten, verdorrten,
Such ich im Grund meiner Selbstbewußtheit
Die Tat, die rettet, die Tat, die befreit.
Das Leben, dort stürmt es, schäumend im Rasen,
Gleich einem galoppierenden Pferde,
Start und spendend über die Straßen
Der Erde.
Die Starken unter den Menschen wissen
Dort im Staub und Sturm seine Mähne zu fassen
Und von Wunder zu Wundern hin fortgerissen,
Von ihm sich schwingen und tragen zu lassen,
Und die Berge der Wagnisse trotz aller schlimmen
Winde und Stürme beherzt zu erklimmen.
Die Tat!
Ich weiß von solchen, die in dem verlärmten
Gewitterhimmel sie drohend und grad
Mit blutigen Händen und Wutschreien stürmten.
Und solche, die die sich unfaßlich
Träumen gleich urgründigen Meeren,
Deren Tiefen jedem Senkblei sich
Schweigend verwehren.
Und weiß wieder solche, für die sie kalt,
Aber trotzig und zielbewußt ist
Und mit klaren Ziffern den dunklen Gehalt
Des schwarzen Schiffes Schicksal mißt.
Und solche, denen sie sich mit den Schweigen,
Das Blumen und Büsten umkleidet, zeigen.
Und weiß von solchen, die allerwegen
Sie finden, wo Zorn und Wahnsinn sich regen.
Und weiß von solchen, deren Unrast noch
Ihr nach durch die Nacht ins Morgenrot hetzt,
Da sie sich längst an die Schwelle doch
Ihres ernsten und ruhigen Stolzes gesetzt.
Das Leben, das leise, das Leben, das wilde,
Das sanfte, und jenes, das allezeit
Mit sich und dem Tode in ewigem Streit,
Das bittere und das vollgestillte.
Es ist dort, wo am Pol zwischen eisigen Bänken
Der Mensch sich erst mühsam die Wege schafft,
Und ist hier im Haßen und sich Verschenken
Der purpurn schwellenden Leidenschaft,
Ist in Strömen und Meeren, an Stranden verloren,
Deren Schrecknis noch keiner erfuhr, sie zu schildern,
Es ist in den Wäldern, den tropischen Floren,
Die Afrikas Berge und Flüsse umwildern,
Es ist, wo immer, Welle an Welle,
Ein heiliger Wille ins Ewige schäumt,
Es ist, wo das Genie arbeitet,
Die falschen Werte vom Wege räumt
Und mit Klarheit und Wahrheit an ihrer Stelle
Die gewaltigen Wandlungen neu vorbereitet.
Der Bücher müde, der Worte satt,
Such ich in meiner Selbstbewußtheit
Die Tat!
Die Tat, die rettet, die Tat, die befreit.
Ich will, daß sie kraftvoll und trotzig sei,
Wie ein schöner Eisblock durchsichtig und rein,
Ohne Trug, ohne Scheu,
Um aller derer würdig zu sein,
Die irgendwo einsam, ohne der Menschen Wissen,
Sich selber die Flagge des Stolzes hissen.
Ich will sie getauft in einem klaren
Quell umfassendster Menschlichkeit,
Ich will, daß sie allen, den reinlos wahren
Willen ihrer Aufrichtigkeit weiht
Und alles, was heut noch die Güte beschränkt,
Mit einer äußersten Anstrengung sprengt
Und grenzenlos sie dann an die Welt verschenkt.
O, leben, leben und sich selbst gesteigert
Empfinden mit des Herzens heißem Takte,
O, klarer leben, wenn ins nie Gewagte
Zum ersten Male unsre Straße weist,
Und stolzer nur, wenn sich das Schicksal beugen
Und unsre Hände von dem Werke reißt.
O, nur hellläugig träumen, was an Reinem
Und Großen man in jenen Paradiesen leisten könnte,
Die einst am Ende
Der heiligen Bemühung golden glorreich scheinen.
O, leben und leben, ekstatisch und trunken
In diesen Stunden festlicher Einsamkeit,
Da Geist und Begierde den zündenden Funken
Der tollen Hoffnung ins Leben streut
Und die Flamme des Überirdischen erneut.

Müde der Worte, der Bücher satt,
Such ich die Tat,
Das schneidende Schwert,
Das meine Kraft für den Sieg bewehrt.

Und ich denke so glühend, wie andere beten
An all' jene Helden, die göttlichen, milden,
Die an die Spitze der menschlichen Gilden
Führend hintreten.
Funkelnden Regenbogen gleich
Stehen sie über dem armen Reich
Von Neiden und Hassen.
Die Strahlen der Botschaft, die sie uns bringen,
Durchdringen
So leuchtend die Mauern, die Tempelgelasse,
Daß die Masse, gierig den neuen Sinn
Zu erfassen,
Den ihr Wesen den Rätseln des Schicksals umlegt,
Sich ihn
Nach diesen neuen göttlichen Formen
Einprägt,
Indes noch die Schar der Klugen und Weisen
Mit Wortbeweisen
Über tote Texte, vergessne Normen
Sich streitet und schlägt.
Dann werden die Worte, die panzerbewehrten,
Hochschweben ob Kämpfen und Heldentum,
Die Stirnen aufglänzen, die Stimmen aufklingen
Und mit goldnen Blitzen der Ruhm
Beflügelt sich in die Ferne schwingen.
Und die ihre Seele am traulichen Herde
Alter Erinnerung wärmen und hegen,
Springen nun auf, greifen zum Schwerte
Und stürmen ekstatisch der Zukunft entgegen.

Emile Verhaeren.

Hängt ihn!

Aus „Gedichte in Prosa" von Iwan Turgenjeff.

„Es war im Jahre 1803," begann mein alter Bekannter; „kurz vor Austerlitz. Das Regiment, in dem ich als Offizier diente, lag irgendwo in Mähren im Quartier.

Es war uns streng verboten, die Bevölkerung zu drangsalieren und zu brandschatzen; wurden wir doch ohnehin, wenngleich wir als Verbündete galten, mit mißtrauischen Blicken betrachtet.

Mein Bursche war ein ehemaliger Leibeigener meiner Mutter, Namens Jegor. Er war ein ehrlicher Mensch, der keiner Fliege etwas zu Leide tat. Ich kannte ihn von Kindheit an und behandelte ihn wie einen Freund.

Da, eines schönen Tages entstand in dem Hause, in dem ich wohnte, ein entsetzliches Schimpfen und Schreien: meiner Wirtin waren zwei Hühner gestohlen worden, und nun beschuldigte sie meinen Burschen dieses Diebstahls. Er verantwortete sich, so gut es gehen wollte, und rief mich zum Zeugen an . . . Wie sie ihn, Jegor Awtamonoff, des Diebstahls anklagen könne! Ich suchte die Wirtin von Jegors Ehrlichkeit zu überzeugen, aber sie wollte von nichts hören.

In demselben Augenblick dröhnte von der Straße her der laute Lärm stampfender Pferdehufe: es war der Oberstkommandierende, der mit seinem Stabe vorüber kam.

Er ritt im Schritt: dick und schwer saß er mit gesenktem Kopf und auf die Brust herabhängenden Epauletten auf seinem Pferde.

Die Wirtin erblickte ihn, stürzte auf ihn zu und warf sich vor seinem Pferde auf die Knie, — und ganz aus Rand und Band und mit fliegendem Haar, begann sie sich laut über meinen Burschen zu beklagen, wobei sie in einem fort mit der Hand auf ihn zeigte:

„Herr General," schrie sie; „Eure Hoheit! überzeugen Sie sich selbst! Helfen Sie uns! Retten Sie uns! Dieser Soldat hat mich bestohlen!"

Jegor stand da in der Haustür, stramm und kerzengerade, mit der Mütze in der Hand, ja sogar die Brust hatte er herausgestreckt und die Hacken aneinander geschoben, just wie eine Schildwache — aber ohne ein Wort zu sagen! Hatte er die Sprache verloren angesichts dieser ganzen, mitten auf der Straße haltenden Generalität, oder war er versteinert im Vorgefühl des über ihn hereinbrechenden Unglücks? . . . Da stand mein armer Jegor, mit einem Gesicht so grau wie Tonerde und blinzelte!

Der Oberstkommandierende warf ihm einen zerstreuten, unheilkündenden Blick zu und brummte zornig: „Nun?" . . Aber Jegor steht da, noch immer wie ein Bild von Stein und zeigt die Zähne! Ja, sah man ihn von der Seite an, so hätte man meinen können, er lache.

Da sprach der Oberstkommandierende die zwei kurzen Worte: „Hängt ihn!" — stieß seinem Pferde die Sporen in die Weichen und ritt weiter, anfangs wieder im Schritt, dann in scharfem Trabe. Der ganze Stab folgte ihm; nur ein junger Adjutant wandte sich im Sattel um und warf Jegor einen flüchtigen Blick zu.

Es war unmöglich, den Befehl unbeachtet zu lassen . . . Jegor ward sofort ergriffen und abgeführt.

Da verlor er ganz und gar den Gebrauch seiner Sinne; nur zwei- dreimal rief er mühsam mit erstickter Stimme: „O Gott, O Gott!" — und dann in halblautem Ton: „O Gott weiß es — ich wars nicht!"

Bitter, bitter weinte er, als er Abschied von mir nahm. Ich war in Verzweiflung. „Jegor! Jegor!" schrie ich, „aber warum hast du dem General denn gar nicht geantwortet!"

„Gott weiß es, ich war's nicht," wiederholte der Ärmste und schluchzte. Die Wirtin war im höchsten Grade erschreckt. Diese Wendung hatte sie denn doch nicht erwartet, und nun begann sie laut zu heulen. Alle nacheinander flehte sie um Schonung und Barmherzigkeit an, versicherte, die Hühner hätten sich wiedergefunden, und sie wolle erklären, wie die ganze Sache zusammenhinge . . .

Selbstverständlich nützte dies alles nicht das mindeste. Denn sehn Sie, mein Herr, es war im Kriege und die Ordnung — die Disziplin —!" . . Und die Wirtin heulte immer lauter.

Jegor, dem der Geistliche bereits die Beichte abgenommen und das Abendmahl gereicht hatte, wandte sich nach mir um:

„Sagen Sie ihr doch, Herr, sie möcht es sich nicht so zu Herzen nehmen . . . Ich hab' ihr ja vergeben." — —

Und nachdem mein Bekannter diese letzten Worte seines Burschen wiederholt, flüsterte er wie für sich: „Jegoruschka, mein armer unschuldiger Kamerad!" — und die Tränen rannen ihm über die gefurchten Wangen.

August 1879.

Erklärung von Fremdwörtern:

Aktion = Tat, Handlung.
Solidaritätsaktion = Betätigung des Gemeinschaftsempfindens.
opportunistisch = rechnungsträgerisch.
absolut = vollständig, vollkommen, ganz.
Opposition = Widerspruch, Gegensatz.
Initiative = Anfang, Entschluß zum Vorgehen, Handeln.
theoretisch = die Lehre, Lehrmeinung entsprechend.
ekstatisch = höchst begeistert, verzückt.
Konstitutionelles Regime = verfassungsgemäße Regierung, d. h. eine Regierung, bei der die Macht des regierenden Fürsten eingeschränkt ist durch das Recht der Regierten, eine Vertretung zu wählen, die an der Gesetzgebung teilnimmt und die Verwaltung beeinflussen kann.
Parität, paritätisch = Gleichberechtigung zweier Teile.
Bureaukratie = Beamtenschaft.
tutti quanti = alle zusammen, alle Ihresgleichen.
Produktionsverhältnisse = Verhältnisse der Gütererzeugung.
konventionell = dem Herkommen, Brauch, äußeren Zwang entsprechend.
Bilanz = geschäftl. Abschluß, Abrechnung von Einnahmen u. Ausgaben.
Disposition = Verfügung, Anordnung, Einteilung.

Inhalt: Der Kampf um die Betriebsräte (Fortsetzung). — An das Volk der Arbeit! — Die sozialistische Frauenbewegung in Deutsch-Österreich. — Ruf an die Frauen. — Erwerbslose Frauen. — Notizenteil. Vom Schlachtfeld des Klassenkampfes: Entbehrung und Maulkorb für Proletarierinnen; Die kapitalistische Demokratie als Zuchthaus für Friedens- und Freiheitskämpfer. Sozialistische Frauenbewegung im Ausland: Die rege Betätigung unserer Genossinnen in der Schweiz. — Feuilleton. Die Tat, Gedicht von Emile Verhaeren. „Hängt ihn", von Turgenjeff. — Erklärung von Fremdwörtern.

Nummer 14 **Preis 15 Pfg.**

Die Kommunistin

Frauenorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Herausgegeben von Klara Zetkin

Die Kommunistin erscheint am 1., 11. und 21. eines jeden Monats. Preis der Einzelnummer 15 Pfennig, durch die Post bezogen vierteljährlich 1.25 Mark (ohne Bestellgeld)

Stuttgart, 11. Oktober 1919

Zuschriften für die Redaktion an Klara Zetkin, Wilhelmshöhe, Post Degerloch b. Stuttgart. — Zuschriften für den Verlag an Anna Stegmaier, Stuttgart, Ostendstr. 70.

Wegen technischer Schwierigkeiten, veranlaßt durch „höhere Gewalt", war es uns unmöglich, die fällige Nummer rechtzeitig unseren Lesern zuzustellen. Wir lassen deshalb eine Nummer ausfallen und bitten unsere Leser dies berücksichtigen zu wollen.

Der Verlag.

Fraueninteresse und Frauenpflicht.

Der Kampf um die Betriebsräte, der den fortgeschrittensten Teil der Arbeiter, der Ausgebeuteten in Atem hält, wird in entscheidender, tief eingreifender Weise das Schicksal von Millionen Frauen und Mädchen beeinflussen. Ist es da nicht selbstverständlich, daß diese Frauen und Mädchen an ihm teilnehmen und seine Schlachten schlagen müssen? In den beiden letzten Nummern der „Kommunistin" ist eingehend dargelegt worden, welches der Inhalt, das Ziel des Kampfes um die Betriebsräte ist.

Es geht um nicht mehr und nicht weniger als darum, was die Betriebsräte sein, was sie bedeuten sollen. Sollen sie revolutionäre Werkzeuge, Waffen sein, die die Habenichtse, die vom Kapital Ausgebeuteten und Versklavten in der Wirtschaft, im Betrieb für ihre Befreiung von Ausbeutung und Knechtschaft gebrauchen? Sollen die Betriebsräte diesem großen, herrlichen Ziel dienen, so müssen sie sich gegen den ausbeutenden Kapitalismus kehren, müssen dem Unternehmer Zoll für Zoll die Macht streitig machen und entreißen, als „Herr im Hause" des Betriebs zu schalten und zu walten, um Profit, möglichst hohen Profit herauszuwirtschaften. Die Macht des Unternehmers muß eingeschränkt und schließlich ganz beseitigt werden, aus fremder Arbeit Profit zu pressen, arbeitslos Mehrwert, Gewinn einzustreichen, sich auf Kosten unbezahlter Arbeit zu bereichern.

Gewiß, dieses Ziel kann nur erreicht werden, wenn auch außerhalb der Wirtschaft, dem Betrieb, wenn in der Politik, im Staat die Macht und Herrschaft der Besitzenden und Ausbeutenden als Gesamtheit, als Klasse gebrochen wird. Jedoch dieser Tatbestand beseitigt nicht die Notwendigkeit, daß die revolutionären Betriebsräte in jedem einzelnen Unternehmen, gegen jeden einzelnen ausbeutenden Kapitalisten den Kampf zielklar aufnehmen und führen. Das aber, und gerade das, soll ihnen verwehrt sein. Nicht revolutionäre Betriebsräte im Dienste der Befreiung der Hand- und Kopfarbeitenden von Ausbeutung und Unterdrückung sollen bestehen und wirken. Nein, gegenrevolutionäre Betriebsräte, die zu Nutz und Frommen der ausbeutenden Herren tätig sind, die den ausbeutenden Kapitalismus erhalten und befestigen. Also wollen es die Nutznießer der Ausbeutungs- und Herrschaftsgewalt des Kapitals, also wollen es die mit ihnen verbündeten und ihnen untertänigen Herren Regierenden. Allein sie können es nicht wagen, dieses Ziel offen zu zeigen. Deshalb suchen sie die Massen zu täuschen. Zu diesem Zwecke wollen sie Betriebsräte bescheren, die in der Gesetzgebung „verankert" sind, von ihr anerkannt werden, den Arbeitenden nur geringe Rechte, Scheinrechte verleihen und die Macht zur arbeitslosen Profitschluckerei in den Händen der ausbeutenden Kapitalisten lassen. Betriebsräte, die Kämpfer gegen den Kapitalismus und Bauleute des Sozialismus sind oder aber Betriebsräte, die Diener des Kapitalismus und Hindernisse für den Sozialismus sein sollen, Arbeiterbefreiung oder Kapitalsherrschaft, das ist die Frage, die zur Entscheidung steht.

Die Entscheidung ist von weitreichender Wichtigkeit für das Leben und Weben der Millionen Frauen, die mit Hand oder Hirn dem Kapital zins- und tributpflichtig sind, weil sie als Berufstätige ihr Brot erwerben müssen und durch diese Notwendigkeit unter die Botmäßigkeit vom Kapital geraten. Ihre Arbeit ist ja in Wirklichkeit und trotz des „freiesten Wahlrechts der Welt" nicht frei. Sie ist abhängig von dem kapitalistischen Unternehmer, der in Wort- und Begriffsfalschmünzerei als der „Arbeit- und Brotgeber" bezeichnet wird, der aber in Wahrheit und Tat der Arbeit- und Brotnehmer der Erwerbstätigen ist. Freilich: der Besitz, der Reichtum stellt die Dinge auf den Kopf. Der Kapitalist, dem die Arbeiterin, die Verkäuferin, die Angestellte durch ihr Mühen Brot gibt und mancherlei mehr — die Mittel einer arbeitslosen und luxuriösen Existenz —, wird zum Brotherrn. Er ist ja der Besitzer und Herr der Arbeitsmittel, der Mittel der Gütererzeugung, auf die die Erwerbstätige die Kraft ihrer Muskeln und Nerven übertragen muß, wenn sie ihren Lebensunterhalt gewinnen will. Und für die Erlaubnis, die Mittel der Gütererzeugung oder Güterverteilung — wie im Handelsgewerbe — benutzen zu dürfen, beansprucht der Kapitalist als ihr Besitzer die ganze Frucht der Arbeit. Die Hand- oder Kopfarbeitende erhält davon bloß einen Teil als Lohn oder Gehalt. Den Überschuß, das Mehr streicht der [illegible] ein, auch wenn er selbst keinen Finger bei der Arbeit krumm gemacht hat. Die Erwerbstätige aber muß [illegible]. Wenn sie feiert, so muß sie hungern, es sei denn, daß sie [illegible] Wohl ihrer Familie war und [illegible] kann.

Die berufstätigen Frauen und Mädchen in den Fabriken und Werkstätten, in Handelshäusern und Büros, in den Verwaltungsstuben und Verkehrsanstalten, in den [illegible] landwirtschaftlichen und gärtnerischen Unternehmungen, kurz überall, wo menschliche Arbeitskraft Reichtum und Kultur schafft, sind leider bei weitem noch nicht klar über diesen Stand der Dinge. Jedoch alle, alle wohl empfinden ihn schmerzlich an ihrem Leib, an ihrer Seele, in allen Bedürfnissen ihres Lebens. Die Arbeit, der Erwerb ist die Grundlage ihrer Existenz. Die mehr oder weniger günstige Gestaltung der Arbeitsbedingungen und die Höhe oder Niedrigkeit ihres Lohnes, ihres Gehalts bestimmen über den Lebenszuschnitt der Arbeiterin und Angestellten. Was der Kapitalist als „Herr im Hause" in dieser Beziehung verfügt — sei es der einzelne Unternehmer, sei es im sogenannten öffentlichen Dienst der Staat, als Vertreter der ganzen Kapitalistenklasse — das wird für die broterwerbende Proletarierin zum Lebensgesetz. Es entscheidet über das Heim, das sie bewohnen darf, wie über die Ausstattung, die sie ihm gibt, bis zum

Blumenstock, den sie sich um den Preis eines ungegessenen warmen Mittagsmahls oder anderer Entbehrung gönnt. Über ihr Brot und die Zukost dazu, wie über das Kleid, das sie trägt. Es entscheidet über die Zeit und Kraft, die sie als Mutter ihren Kindern widmen darf, wie über die Muße, in der sie sich selbst lebt, ihren Bildungshunger zu stillen trachtet. Es entscheidet darüber, wann und wieviel sie sich des leuchtenden Lichts und der wärmenden Sonne erfreut.

Kann es da den berufstätigen Frauen gleichgültig sein, wer — innerhalb der Grenzen, die durch die allgemeine Wirtschaft gegeben sind — im Betrieb das letzte Wort spricht über die Produktion, die Arbeitsbedingungen und die Höhe des Erwerbs? Der revolutionäre Betriebsrat, dessen Ziel es ist, den kapitalistischen Profit zu beseitigen und damit dem Ausgebeutetwerden der Schaffenden ein Ende zu bereiten? Oder aber der Kapitalist, der über sein Ausbeutungsgeschäft zwar mit einem gesetzlich anerkannten, nichtrevolutionären Betriebsrat reden muß, aber dessen Wünsche und Forderungen nicht zu beachten braucht, weil ihm selbst allein die Macht eignet, über die Produktionsmittel zu verfügen? Das Wirken eines revolutionären Betriebsrats bedeutet für die Arbeiterin und Angestellte einen höheren Verdienst, mithin einen besseren, sorgenfreieren Lebensunterhalt. Es bedeutet eine kürzere, geregelte Arbeitszeit, also ein Mehr an freier Zeit, in der die Erwerbstätige Weib, Mutter, Mensch sein darf, sich erholen und bilden kann. Es bedeutet Schutz gegen Berufskrankheiten, Arbeitsunfall, Rücksicht auf Gesundheit und Lebenskraft der Arbeitenden, achtungsvolle Behandlung aus der Überzeugung heraus, daß die Werktätigen mit Hand und Kopf nicht lebendiges Anhängsel der Maschinen, Rädchen im Betrieb sind, vielmehr fühlende, denkende, wollende Menschen und Schöpfer des Reichtums, der Kultur, der Gesellschaft. Denn die Rücksicht auf die Arbeitenden im Betrieb und auf das Wohl der ganzen Klasse der Arbeitenden in der Gesellschaft ist das oberste Gesetz für die Tätigkeit des revolutionären Betriebsrats und nicht der möglichst hohe Gewinn des kapitalistischen Unternehmers.

Daß dabei die Interessen und Ansprüche der berufstätigen Frauen voll gewahrt werden, liegt in ihrer eigenen Hand. Auch ihnen steht das Recht zu, die revolutionären Betriebsräte zu wählen und in sie gewählt zu werden. Die Arbeiterinnen und Angestellten entscheiden also selbst darüber, wer sie im revolutionären Betriebsrat vertritt, sie vermögen selbst in ihm an der Gestaltung der Arbeitsbedingungen mitzuwirken, denn wenn sie mit der Tätigkeit ihrer Vertreter und Vertreterinnen nicht zufrieden sind, so können sie diese jederzeit von ihrem Posten abberufen. Im Betriebsrat können so viel Frauen Sitz und Stimme haben, als es der Zahl der im Betrieb, der Berufsgruppe beschäftigten weiblichen Erwerbstätigen, ihrem Verständnis, ihrem Willen entspricht. Mit dem allem eröffnet sich die Aussicht, daß zwei Hauptforderungen erfüllt werden, die den Arbeiterinnen und Angestellten besonders am Herzen liegen und zu deren Verwirklichung die Not der Zeit immer stärker drängt.

Die weiblichen Erwerbstätigen dürfen nicht rücksichtslos aus Arbeit und Brot geworfen werden, weil sie „nur" Frauen sind, weil dem Mann von vornherein ein Vorrecht auf Berufstätigkeit und Verdienst zuerkannt wird. Möglichst gleichmäßige Verteilung der Arbeitsgelegenheit für alle Erwerbsbedürftigen und eine entsprechende Arbeitszeitverkürzung für alle ohne Unterschied, muß die Regel sein. Ebenso gleicher Lohn für gleiche Leistung, ohne Unterschied, ob die Leistenden Männer oder Frauen sind. Während des Krieges wurden die Frauen als „Rothelferinnen" in die Fabriken und Ämter gerufen, und aus ihrer billigeren Arbeit preßten die kapitalistischen Unternehmungen Millionengewinne heraus. Heute sieren die Frauen zuerst als Bettlose auf's Pflaster weil Handel und Handel augenblicklich nicht profitreich ist und weil letzten Endes die Besitzenden und Ausbeutenden die feiernden und darbenden weiblichen Erwerbslosen weniger fürchten als die Männer, die keinen Verdienst haben. Morgen aber — sobald es gelingen sollte die alte Ausbeutungswirtschaft wieder in Blüte zu bringen — werden die Herren Kapitalisten neuerlich weibliche Arbeitskräfte werben und verwenden, weil sie billig und willig sind, als Lohndrückerinnen gebraucht werden, kurz, weil ihre Ausnutzung den kapitalistischen Profit erhöht. Die revolutionären Betriebsräte haben dagegen anzukämpfen, daß es nicht die kapitalistische Profitsucht ist, die selbstherrlich über diese Dinge bestimmt. Sie werden aber Arbeit und Brot der Frauen und Mädchen um so erfolgreicher verteidigen, je einsichtsvoller diese selbst an dem Kampf der revolutionären Betriebsräte teilnehmen.

Angesichts der Verhältnisse läßt sich mit Händen greifen, was Frauenpflicht ist. Fraueninteresse schreibt sie bestimmt, unzweideutig vor. Die weiblichen Erwerbstätigen müssen mit klarer Erkenntnis und starkem Willen dafür arbeiten und kämpfen, daß in allen Betrieben und Berufen revolutionäre Betriebsräte amtieren. Die Existenz und die Entwicklung der revolutionären Betriebsräte ist zur Stunde schwer bedroht, wie wir in den beiden letzten Nummern nachgewiesen haben. Wenn der Regierungsentwurf über die „gesetzlich verankerten" Betriebsräte Rechtskraft erlangt, sollen alle anderen bestehenden Betriebsräte und Arbeiterausschüsse zu existieren aufhören. Der Sinn dieser Bestimmung ist klar. Die um ihren Profit zitternden Kapitalisten sollen von dem Alpdruck der revolutionären Betriebsräte befreit werden. Statt notigen, zielbewußter Kämpfer gegen ihre Ausbeutungsmacht sollen ihnen fanfte, fügsame Knechte zur Seite stehen. Die regierenden Mehrheitssozialdemokraten und Gewerkschafter und die herrschenden Kapitalisten haben einen starken Bundesgenossen ihres Sinnens und Trachtens. Es ist „der Feind, den wir am tiefsten hassen, der uns umlauert schwarz und dicht." Es ist „der Unverstand der Massen", ihr Mangel an Einsicht, an Mut, an Vertrauen in die eigene Kraft, an Opferbereitschaft, an Willen, der Taten gebiert. Ohne diesen Bundesgenossen sind die Besitzenden und Ausbeutenden schwach, wenngleich die regierenden Bauer und David, wie die Erzberger und Bell ihre Schildhalter sind und alle Rücken und Tücken, alle brutalen Machtmittel der Staatsgewalt in den Dienst der kapitalistischen Ordnung stellen. Frauenpflicht ist es, mit festem Blick und Willen mitzuhelfen, den Feind auf der ganzen Linie niederzuringen.

Es gilt den energischsten Kampf gegen das verräterische, kapitalistenfromme Betriebsrätegesetz der Regierung. Die breitesten proletarischen Massen müssen gegen dieses Gemisch von Schwindel und Brutalität mobilisiert werden, müssen ihren Willen bekunden: fort mit dieser Spottgeburt aus kapitalistischem Dreck ohne revolutionäres Feuer! Ein starker Damm ist gegen die anbrausende Flut kapitalistischer Macht zu errichten. Er wird erbaut durch die Wahl revolutionärer Betriebsräte. Die Konferenz der revolutionären Betriebsräte zu Halle hat diese Losung gegeben, und auch die Kommunistische Partei hat sie zu der ihrigen gemacht. In allen Betrieben und Berufsgruppen, wo noch keine revolutionären Betriebsräte ihres Amtes walten, sind sie zu schaffen. Überall dort, wo Betriebsräte ihr revolutionäres Wesen und Ziel vergessen haben, sind sie abzuberufen und durch bewußte Klassenkämpfer zu ersetzen. So muß neben dem heißen, leidenschaftlichen Kampf die zähe, geduldige Arbeit gehen; der Proteststurm in der Öffentlichkeit muß ergänzt werden durch den Aufbau in den Betrieben. Arbeit und Kampf aber haben eine gemeinsame Voraussetzung ihres Erfolges: ein unermüdliches Aufklären, Werben, Sammeln und Erziehen unter den breitesten proletarischen Massen.

Jedoch wie, wenn trotz allem der sofortige greifbare Erfolg versagt bliebe? Wenn trotz allem das Schandgesetz der Regierung zum Schutze des Kapitalismus nicht zu Fall gebracht werden könnte? Wenn es beschlossen werden würde, nicht weil die kapitalistischen Besitzenden und Herrschenden so unüberwindlich stark und mächtig sind, es den ausgebeuteten Massen aufzwingen zu können, vielmehr weil diese Massen sich durch Stumpfsinn, Kleingläubigkeit, mangelnde Opferbereitschaft selbst ihrer Kraft entäußern und auf den Gebrauch ihrer Macht verzichten! Dann muß der erwachte, der wissende und wollende Teil der Enterbten und Ausgebeuteten seine ganze Kraft aufbieten, um entgegen den Absichten und dem Willen der Regierung und Nationalversammlung und ihrer kapitalistischen Auftraggeber die „gesetzlich verankerten" Betriebsräte aus gefügigen Werkzeugen der kapitalistischen Unternehmer und ihrer Profitgier in revolutionäre Waffen des Proletariats umzuschmieden, das seiner Ketten und Ausbeutung müde ist. Revolutionäre Kämpfer und Kämpferinnen müssen in die Betriebsräte gewählt werden, die ohne jede Achtung vor dem kapitalistischen Profit und der kapitalistischen Macht mit ihrer Tätigkeit über die engen Schranken des Gesetzes hinausgreifen, diese Schranken zertrümmern und das Sein und Tun der Betriebsräte mit einem revolutionären Inhalt erfüllen. Ohne den Segen des Gesetzes und gegen seinen Willen müssen die Betriebsräte revolutionär werden. Überwinder des Kapitalismus, Wegbereiter des Sozialismus.

Bei alledem aber können, müssen die erwerbstätigen Frauen erkenntnisklar, willensstark und opferbereit mitwirken. Mitwirken, indem sie selbst arbeiten und kämpfen, mitwirken, indem sie ihre Schwestern der Frohn und Not aus Gleichgültigkeit und Schwäche aufrütteln, sie aufklären und für Arbeit und Kampf sammeln und schulen. Keine der erwerbstätigen Frauen ist zu ungelehrt, um diese ihre Pflicht zu tun. Keine zu schwach, um die Lasten und Opfer der Arbeit und des Kampfes zu tragen. Keine zu gering, als daß die Gesamtheit der Arbeitenden und Kämpfenden auf ihre Kraft verzichten könnte. Die Frauen müssen mit Hirn, Herz und Hand dabei sein, damit der Kampf um die revolutionären Betriebsräte das wertvollste und wichtigste Ergebnis schafft. Die immer größere Vereinigung aller Ausgebeuteten zum Ansturm wider den Kapitalismus, zu seiner Niederringung, zum Siege des Sozialismus. Fraueninteresse gebeut es, Frauenpflicht schafft es. Wo ein Wille ist, da ist ein Weg.

Warum brauchen wir Kommunisten eine Frauenbewegung?

Von B. Th.

I.

Die kommunistische Bewegung hat sich als Partei nicht nur geistig, sondern auch organisatorisch neu aufzubauen. Sie ist dabei bemüht, aus den Fehlern der alten Bewegung zu lernen, um ihren Aufgaben und Zielen gerecht zu werden. Sie will sich also eine Organisationsform schaffen, die in allen Teilen geeignet ist, das Hauptziel der Kommunistischen Partei zu erreichen: die Umwandlung der herrschenden kapitalistischen Produktionsweise in eine kommunistische. Die Kommunistische Partei, die jetzt in das Stadium ihres organisatorischen Ausbaues getreten ist, beginnt nun auch der proletarischen Frauenbewegung ihre besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Wie in der Partei überhaupt, haben wir in der Frauenbewegung nicht nur bereits sozialistisch gesichnte Teile des Proletariats erfaßt, es strömen ständig politisch und sozialistisch gänzlich ungeschulte Teile der proletarischen Massen in unsere Reihen. Dadurch tauchen längst beantwortete Fragen und Probleme ständig immer wieder von neuem auf. So beobachten wir, daß mit dem Erstehen einer Frauenbewegung zugleich in unserer Partei die Frage aufgeworfen wird: Weshalb brauchen wir eine besondere kommunistische proletarische Frauenbewegung?" Diese Frage ist längst in bestimmter Richtung beantwortet worden. Wir müssen in der Hauptsache längst gesagtes wiederholen. Doch kommt bei der Beantwortung dieser Frage noch hinzu, daß wir sie unter dem Gesichtswinkel der neuen Aufgaben der kommunistischen Bewegung überhaupt zu prüfen haben. Aufgaben, die sich aus der geschichtlichen Umwälzung anläßlich des Weltkrieges ergeben.

Nur uns ist es eine Selbstverständlichkeit, daß wir unter „besonderer Frauenbewegung" keine organisatorisch und politisch gesonderte Frauenbewegung verstehen dürfen. Unsere Frauenbewegung hat vielmehr innerhalb des organisatorischen Rahmens der Partei nur einen Teil des Ganzen zu bilden, der nach Inhalt und Ziel fest, unlöslich mit diesem verbunden ist. Die Besonderheit beschränkt sich darauf, daß wir eine eigene Frauenzeitung haben, eigene Frauenagitationsgruppen, Frauenversammlungen, Frauenzusammenkünfte und ähnliche Veranstaltungen, die einen Gedankenaustausch zwischen den Kommunistinnen schaffen und pflegen sollen. Die Gründe, warum wir gesonderte Einrichtungen zur Erfassung und Schulung der proletarischen Frauen benötigen, erwachsen teils aus der besonderen geschichtlichen sozialen Stellung der Frau, teils aus ihrer physisch-psychischen Besonderheit als Weib.

Die soziale Stellung der Frau, sei es im öffentlichen und wirtschaftlichen Leben, sei es in der Familie, hat sich wohl unter der fortschreitenden Entwicklung erheblich verändert. Jedoch ist sie trotzdem in mehr als einer Beziehung fast die alte geblieben. Auch dort, wo der Text der Gesetze die Frau als politisch gleichberechtigt anerkennt, fehlt es noch recht sehr an der Praxis wirklicher Gleichberechtigung. Die Pflichten und Leistungen der Frau werden gar zu oft als etwas sozial Nebensächliches, Minderwertiges, Geringes eingeschätzt und entsprechend gering gewürdigt. Zum Beispiel erhält die Frau heute noch für die gleiche Leistung in der Fabrik, im Bureau, oder sonst einem Amt fast durchweg einen geringeren Lohn bez. kleineres Gehalt als der Mann. Die proletarische Frau wird in der kapitalistischen Wirtschaft, der bürgerlichen Gesellschaft schlimmer ausgebeutet als der Mann. Ihre Knechtung, ihre Versklavung übertrifft die des proletarischen Mannes. Alles das wirkt in ihrem Verhalten zum öffentlichen Leben nach. Infolgedessen hat die Proletarierin einen längeren Weg zu ihrer Befreiung zurückzulegen als ihr Klassengenosse. Obwohl zur Aufgabe der sozialistischen Bewegung auch der Kampf für die Befreiung der Frau gehört, so gilt für ihn, was für den allgemeinen Emanzipationskampf des Proletariats gilt: daß er ihr eigenes Werk sein muß. Haben wir doch mit der Tatsache zu rechnen, daß häufig selbst der sozialistisch geschulte Arbeiter in seiner Haltung seiner Frau gegenüber sich nicht von der alten kleinbürgerlichen Auffassung des „Herrn im Hause" loszureißen vermag. In dem Kampfe um freies Menschentum hat die proletarische Frau nur zu oft selbst ihren Mann zum Gegner. Ferner kommt hinzu, daß durch die Jahrtausende alte gesellschaftliche Knechtung und gesetzliche Rechtlosigkeit der Frau, durch ihr in die vier Wänden der Familie eingeschränktes Dasein ihr Interesse am öffentlichen, am politischen Leben geringer ist als beim proletarischen Manne. Trotz der Wandlung der Dinge, die die Frau immer mehr aus den engen Pfählen des Hauses hinaus in das gesellschaftliche Wirtschaftsleben schleudert und zur Berufstätigen macht, haftet ihr die alte, engbegrenzte Denkweise noch zähe an. Die geringe Einschätzung der Frau hinkt ihrer Bedeutung im wirtschaftlichen Leben bedenklich hinterdrein.

So steht die Proletarierin nach Zahl und Verständnis dem proletarischen Befreiungskampfe noch ferner als der Mann. Unter den Folgen des härteren Druckes erhebt sie sich schwerer als er. Ihrem Erwachen zu Klassenbewußtsein und menschlichem Selbstbewußtsein, der Auswirkung, Betätigung von Klassenbewußtsein und Selbstbewußtsein stellen sich besondere und sehr große Hemmungen entgegen. Diese Umstände lassen es als notwendig erkennen, besondere Wege zu gehen, um die Frauen zu erfassen, besondere Mittel anzuwenden, um sie aufzurütteln, zu sammeln und zu schulen, kurz sie aufzurütteln, um sie hineinzureißen in die allgemeine proletarische Emanzipationsbewegung und zu stellaren, opferbereiten Kämpferinnen zu erziehen. Ohne hier gültigen Verfassung Zugeständnisse zu machen, ist an ihren besonderen Interessen anzuknüpfen, um sie vom engen Kreis ihres persönlichen Lebens in's weite Feld des Kampfes ihrer Klasse zu führen. Ihren durch den Haushalt, die Familie begrenzten Horizont müssen wir erweitern, öffnen für die Interessen der Allgemeinheit, der menschlichen Kultur, der Höherentwicklung der Menschheit. Die Hemmungen und Widerstände, die in der besonderen sozialen Stellung der Frau liegen, können nicht ohne besondere Mühe und Arbeit entfernt, beseitigt werden. Jedoch solche besondere Mühe und Arbeit muß aufgewendet werden, um die im weiblichen Proletariat liegenden lebenskräftigen Quellen dem großen Strome des proletarischen Befreiungskampfes zuzuleiten.

Zu der geschichtlich bedingten eigenartigen Stellung der Frau in der Gesellschaft fügt sich hinzu ihre physisch-psychische Eigenart, die in ihrer Natur als Weib, als Mutter wurzelt und wiederum besondere Fraueninteressen zeitigt. Der Sozialismus erstrebt die Erziehung des Kindes als gemeinsames Werk von Mann und Frau. Doch ist das Kind in der ersten Lebenszeit:

auf's engste an die Mutter gefesselt, und auch später ist das Werk der Kindererziehung vorherrschend Frauenwerk. Die Ursachen, warum dies der Fall ist, sind teils geschichtlich bedingt, gesellschaftlicher Art und damit auch wandelbar, teils ergeben sie sich aus der Tatsache, daß die Frau als Trägerin und Gebärerin des Kindes mit allen Fasern ihrer Psyche inniger, enger mit diesem verbunden ist als der Mann. Deshalb sind die Fragen der Kinderpflege, der Kindererziehung heute vorwiegend Frauenfragen und müssen als solche in der sozialistischen Frauenbewegung besonders berücksichtigt und behandelt werden. Das aber selbstverständlich von der Warte der sozialistischen Erkenntnis aus, in ihrem inneren Zusammenhang mit dem gesellschaftlichen Ganzen. Auch das Verhältnis der Frau zum Kinde erfordert ihre körperliche Eigenart als Weib eigene Maßnahmen, soll ihre Gesundheit, Lebenskraft, Leistungsfähigkeit gehoben und erhalten werden. Das gilt namentlich für das Erwerbsleben, das heute im Banne der verhängnisvollen kapitalistischen Ausbeutung der Arbeitenden steht. Der weibliche Organismus ist vor [illegible] schädlichen Einflüssen zu schützen. Es sind Maßnahmen erforderlich, die die geringere wirtschaftliche Kraft der Frau berücksichtigen. Ganz besonders aber bedarf die Frau zur Zeit der Schwangerschaft und des Stillens der Rücksichtnahme und Fürsorge. Und wer ist besser berufen als die Frau selbst die Leiden und Schmerzen des Weibes, der Mutter zum Ausdruck zu bringen, zu zeigen, wie die kapitalistische Wirtschaft die Achtung vor dem Weibtum und der Mutterschaft rücksichtslos zerstampft und für die Befreiung als Mutter, als Frau von der Furcht der Ausbeutung zu kämpfen!

Wohl vertritt auch in dieser Hinsicht die sozialistische Bewegung die besonderen Fraueninteressen. Jedoch nur dann werden alle Nöte der Frauen erkannt, die Forderungen der Frauen gehört werden, wenn die Proletarierinnen selbst als sozialistische Kämpferinnen ihre Leiden, ihre Interessen zum Ausdruck bringen, wenn sie selbst für ihr Recht als Frauen, Menschen, Ausgebeutete kämpfen.

Zur Frage der freien Schule.

Vorbemerkung. Der nachfolgende Artikel stammt aus der Feder von Genossin Lenin, der hochgesinnten, gleichgerichteten Arbeits- und Kampfesgefährtin des großen Führers der russischen revolutionären Sozialisten, der an der Spitze der Räterepublik steht. Genossin Lenin unterscheidet sich wesentlich von den Frauen der Präsidenten und Minister in den bürgerlich-kapitalistischen Staaten, das Deutsche Reich der Reichen davon nicht ausgeschlossen. Nie hat man von ihren Reisen, Bade- und Sommeraufenthalten, ihren Empfangsabenden und Toiletten gehört oder von einer flotten Fahrt in die Lüfte, unter dem Schutz zweier Leutnants, wie es die Presse von der Gattin des Reichswehrministers Noske zu melden wußte. Hingegen findet man Genossin Lenins Namen stets dort, wo für den Aufbau des Volksbildungswesens in Rußland gearbeitet wird. Wie sie als revolutionäre Kämpferin ihrem Gatten als treueste Waffengefährtin zur Seite geschritten ist, so steht und wirkt sie nun neben ihm an der Aufrichtung der sozialistischen Ordnung. Namentlich auf dem Gebiet der Volksbildung, auf dem sie sachkundig daheim ist. Genossin Lenin ist Lehrerin, Erzieherin nach Bildungsgang und Neigung, und wie sie als Revolutionärin stets auch Lehrerin, Erzieherin war, so ist sie als Lehrerin und Erzieherin Revolutionärin. Genosse Lunatscharski hat sich als Leiter des Volksbildungswesens im Sowjet-Rußland in der Geschichte der Pädagogik, der Kultur, des Sozialismus einen unsterblichen Namen geschaffen. Genossin Lenin gehört zu seinen eifrigsten Mitarbeitern, anregend, ausführend, ganz besonders der Entwicklung der einheitlichen Arbeitsschule ihre Kraft widmend.

Ihr Artikel bringt nichts grundsätzlich Neues, nichts was nicht von fortgeschrittenen Psychologen und Pädagogen gefordert wird. Wohl aber zeigt er, wie fruchtbar die einschlägigen Forderungen für die Praxis sind, welche Erfolge winken, wenn sie konsequent verwirklicht werden. Das ist für unsere Leserinnen von Wert, die als Mütter ein hohes Interesse an der Gestaltung der freien Schule haben. Der Artikel läßt erkennen, wie diese orientiert sein muß. Er bringt damit Fingerzeige und Anregungen für die Organisation der Sonntagsschulen und Kindergruppen, die wir gründen, um die kleinen Proletarier im Geiste des Sozialismus zu erziehen. Er gibt uns auch Winke für die Durchführung unserer Lese- und Diskussionsabende. So mögen Genossin Lenins Darlegungen dazu bei, Kräfte zu wecken und zu stählen, die bei uns den proletarischen Klassenkampf tragen, Kräfte, die wir an den Aufbau des Sozialismus setzen müssen. Mit dieser Einführung hat unsere russische Genossin das Wort. Sie schreibt:

Man schreibt und spricht viel über die Frage der freien Schule. Aber man schreibt und spricht viel mehr darüber, wie und was in dieser Schule unterrichtet werden soll, als darüber, wie diese Schule organisiert werden muß. Indes hängt der Erfolg jeder freien Schule vor allem von ihrer Organisation ab. Der Lehrer der neuen Schule muß viel mehr Talent zum Organisieren als zum Unterrichten aufweisen, wie man es heute gemeiniglich versteht. Er muß es verstehen, die allgemeine Arbeit der Kinder zu organisieren, diese Arbeit durch eine gemeinsame Idee zu einem Ganzen zusammen zu fassen, damit die Schule nicht zu einer Anstalt entarte, in der die Kinder anstatt selbständig arbeiten zu lernen, sich daran gewöhnen, herumzulungern und zu fordern, daß man sie bediene und unterhalte.

Freilich, die Frage der freien Schule ist weniger die Frage einer theoretischen Betrachtung als eine Sache der Erfahrung. Das hindert aber nicht, daß diese Seite der Frage ebenfalls in der Presse erörtert werde. An dieser Stelle möchte ich nur auf die Rolle eingehen, die die Kinder selbst in der Organisation der freien Schule spielen werden.

Die heutige Schule betrachtet die Kinder [illegible] als Rohmaterial, als [illegible], aus dem diese oder jene Figur geformt werden soll: ein [illegible], ein Beamter, ein guter Bürger oder ein Mann, der in der Öffentlichkeit steht. Dabei wird allerdings sehr viel von der [illegible] des Zöglings geschrieben und von der Notwendigkeit, auf seine Individualität Rücksicht zu nehmen. Aber was wird darunter verstanden? Man versteht darunter lediglich, daß man die Eigenschaften des Stoffes kennen soll, aus dem man etwas formen will. Die lebendige menschliche Persönlichkeit des Kindes mit dem viel verschlungenen, verwickelten Innenleben, das sich in seiner Seele abspielt, wird außer acht gelassen. Diese menschliche Persönlichkeit wird allzuwenig ernst genommen und nur zu wenig respektiert.

Mit sehnsüchtigen Augen betrachtet das Kind das Leben in seiner Umgebung, es beobachtet und denkt nach. Die Beziehungen zwischen den Mitgliedern der Familie, die Beziehungen zwischen den Menschen, mit denen das Kind in Berührung kommt, regen in seinem Kopfe tausend Fragen an, aber dieser Kopf versteht nur nicht, die Fragen zu formulieren, sie in einer dem Erwachsenen verständlichen Sprache auszudrücken. „Wenn das Kind nicht weint, so weiß die Mutter nicht, was es meint." Der Erwachsene hält gewöhnlich das Kind sozusagen für viel kindlicher, als es in Wirklichkeit ist. Das Kind wird in der Treibhausatmosphäre des Kinder- und des Schulzimmers gehalten und dem Leben entfremdet, zu dem es drängt.

Ich weiß wohl, daß die Verfechter der freien Schule in der Theorie diese menschliche Persönlichkeit des Kindes berücksichtigen, aber „le mort saisit le vif", sagen die Franzosen: „der Tote zieht den Lebendigen nach", und so hat die in der Pädagogik vorherrschende Auffassung sicherlich auf die Anhänger der freien Schule einen gewissen Einfluß gehabt, insofern diese Anhänger nicht dafür gesorgt haben, die junge heranwachsende Generation (vom 10.—12. Lebensjahr) auf ihre Seite zu bringen.

Wenn das Kind es nicht versteht, seine Auffassung der sich in seiner Umgebung abspielenden Vorgänge auszudrücken, so heißt das noch keineswegs, daß es über sie nicht nachdenkt, und daß man mit ihm über sie nicht sprechen soll. Es ist natürlich ganz unnormal, wenn das Kind sinnlos die Worte der Erwachsenen nachplappert, so z. B. über Geschehnisse und Tatsachen des öffentlichen Lebens, über die selbständig zu urteilen es durchaus nicht imstande ist, da ihm die nötigen Kenntnisse dazu fehlen. So etwas ist natürlich eine ganz krankhafte Erscheinung. Aber ich kann mir nicht denken, daß ein Kind von 10—12 Jahren nicht imstande sei folgenden Gedankengang auszudrücken: „Den Menschen geht es jetzt sehr schlecht. Jeder, der ihnen nützlich sein will, muß viel nachdenken, viel wissen, viel arbeiten. Die freie Schule macht sich zur Aufgabe, ihren Schülern dazu verhelfen, solche Menschen zu werden, die selber glücklich sein und den anderen Mut, Wissen und Liebe zur Arbeit beibringen würden. Aber die Lehrer der freien Schule können in dieser Hinsicht nichts ausrichten, wenn die Kinder selbst nicht daran arbeiten, wenn sie selbst nicht bestrebt sind, Wissen zu erwerben und es anzuwenden, wenn sie ihren Kameraden und den anderen Kindern, — allen, die dafür in Betracht kommen — nicht dabei behilflich sein werden Wissen zu erwerben und anzuwenden."

Das ist der Grundgedanke, der meiner Meinung nach als roter Faden durch das ganze Leben der neuen Schule gehen muß. Dieser Gedanke muß sie zu einem einheitlichen lebendigen Organismus machen, bei dem die Schüler sowohl wie die Lehrer von einer gemeinsamen Idee beseelt sind und an der gemeinsamen Sache arbeiten. Natürlich hängt dabei alles vom Enthusiasmus der Lehrer ab. Wenn der Lehrer an seine Sache glaubt, so überträgt sich sein Glaube und seine Begeisterung unwillkürlich auf seine Schüler. Aber das allein genügt nicht. Man muß die Schüler lehren, diese Idee im Leben zu verwirklichen. Und dabei wird von höchster Wichtigkeit sein, die Schüler selbst im weitesten Maße sich an dem Unterricht beteiligen zu lassen. Jeder Zögling muß gleichzeitig sowohl Schüler wie Lehrer sein.

Wer Kinder beobachtet hat, weiß, wie stark ihr Drang ist, ihr Wissen den anderen mitzuteilen. Kaum hat ein Kind lesen gelernt, so möchte es schon diese Kunst seinen Brüderchen und Schwesterchen oder seinen Spielgenossen beibringen. Das Kind wird dazu durch die Aktivität seiner Natur und den Wunsch gedrängt, die erworbenen Kenntnisse praktisch zu verwenden. Auch die gesellschaftlichen Triebe des Kindes kommen dabei zur Geltung: der Wunsch, den anderen nützlich zu sein. Vielleicht äußert sich hierin auch unklar das Bedürfnis nach Selbstkontrolle.

Wie dem auch sei, es ist eine Tatsache, daß das Kind sehr gern die Rolle des Pädagogen spielt. Und man muß gestehen, daß ihm die Voraussetzungen dazu gegeben sind. Das Kind begeistert sich für die Kenntnisse, die es soeben erfaßt hat, es fühlt geradezu, wie sein Gesichtskreis sich dank dem erworbenen Wissen geweitet hat, und seine Begeisterung überträgt sich unwillkürlich auch auf seinen Schüler, denn Kinder ahmen ja so leicht nach. Außerdem ist in psychologischer Hinsicht ein Kind dem anderen Kinde viel näher, als ein Erwachsener: es ist oft imstande, seinem Kameraden das klarzumachen, was der Lehrer ihm nicht klarzumachen vermochte.

Der Lehrer der freien Schule soll diesen Drang der Kinder, andere zu lehren ausnutzen, ihn organisieren und in das richtige Fahrwasser lenken. Dieser Gedanke ist an und für sich nicht neu. Er findet ausgedehnte Anwendung in den englischen Schulen, wo der Lehrer häufig beim Unterricht und besonders in Sachen der Erziehung sich der Hilfe von Schülern der höheren Klassen bedient. Dieser Gedanke wird besonders stark von Lacombe betont in seinem höchst interessanten Buche: „Erziehung auf Grund der Psychologie des Kindes". Er sagt: „Man soll die Kinder dazu anregen, daß sie einander Fragen stellen und sich gegenseitig prüfen, inwiefern sie die Lektion richtig verstanden und sich angeeignet haben. Auf diese Weise wird jeder Schüler der Reihe nach das Amt des Lehrers ausüben." Und weiter: „Wenn ich einen Schüler befrage und merke, daß er irgend eine Frage oder einen geschichtlichen Abschnitt beherrscht, so mache ich ihn zum Repetitor für die anderen, indem ich ihm vor den anderen erkläre: Das kannst du gut und könntest darin deinen Kameraden behilflich sein. Wenn einer von ihnen etwas nicht begriffen hat, oder wenn ihm etwas entfallen ist, so kann er, anstatt sich an mich zu wenden, dich fragen. Du kannst mich vollkommen ersetzen. — Jedes Mal, wenn der Lehrer sich durch einen seiner Schüler ersetzen lassen und somit seine Tätigkeit ausschalten kann, soll er es tun. Man glaube mir, das wird außerordentlich nützlich sein."

Das Heranziehen der Kinder selbst zum Unterrichten hat eine ungeheure erzieherische Bedeutung. Die heutige Schule ist in den meisten Fällen eine sehr schlechte Erzieherin: nicht nur, daß sie die gesellschaftlichen Instinkte des Kindes nicht fördert, sondern sie erstickt sie geradezu. Bei denen, die sich über Erziehungsfragen Gedanken machen, wird wohl kaum Zweifel darüber bestehen, daß das in der heutigen Schule vorherrschende System der Zensuren, Belohnungen und Bestrafungen dazu angetan ist, in dem Kinde den abscheulichsten Egoismus zu entwickeln und in ihm das Gefühl der Solidarität, der gegenseitigen Sympathie und der elementarsten Gerechtigkeit zu ertöten.

In einer Schule aber, wo die Kinder gleichzeitig lernen und lehren, werden sie sich nicht als Sklaven fühlen, die wortlos die ihrer Meinung nach ungerechtesten Forderungen zu erfüllen haben, auch nicht als Gäste, die von den Lehrern zu unterhalten und zu amüsieren sind, sondern als nützliche Mitglieder einer kleinen Gemeinde, die ihrer bedarf, und deren sie bedürfen.

Gar nicht hoch genug ist die erzieherische Bedeutung davon einzuschätzen, daß das Kind das Bewußtsein bekomme, es sei ein nützliches Mitglied der Gesellschaft und verrichte eine nützliche Arbeit. Dieses Bewußtsein entwickelt in dem Kind Selbstachtung und ein ernstes Verhalten den Sachen und sich selbst gegenüber; es schützt den Jüngling vor Selbstzersplitterung, seelischer Leere und Unbeständigkeit.

Das Kind hat ein sehr starkes Bedürfnis, nützlich zu sein. Innerhalb der Familie wird dieses Bedürfnis noch halbwegs befriedigt. In der heutigen Schule aber wird dieses Bedürfnis unterdrückt und verkümmert. In der freien Schule soll der Lehrer die Kinder lehren nützlich zu sein und ihre ganzen [illegible] Kräfte den anderen zur Verfügung zu stellen. Er muß dem Kinde erklären, womit und wie es seine jüngeren Kameraden behilflich sein und ihnen dieses oder jenes beibringen kann.

Meiner Meinung nach muß man alle Bemühungen darauf verwenden, daß dieser Drang der Kinder befriedigt werde, nützlich zu sein. In diesem Zwecke sollte die Möglichkeit einer einfachen Volksschule angegliedert sein, und die Kinder müßten den Auftrag haben, die Volksschule mit vermitteln zu verlegen. Dabei braucht man den Kindern nur eine Anleitung zu geben. Zum Beispiel lernen, wie man aus alten illustrierten Zeitschriften Sammelbücher über Geographie oder Geschichte oder Illustrationen zu Märchen usw. zusammenstellen kann. Lernen, wie verschiedene Modelle, physikalische Apparate usw. usw. angefertigt werden. Wieviel Initiative und Beharrlichkeit entwickeln dabei die Kleinen! Wie werden sie dadurch dem Lehrer näherkommen, und wie wird sich ihre Individualität entfalten! Dabei wird gleichzeitig ihr Bedürfnis befriedigt werden, den andern und zwar durch ihre eigene, persönliche Hilfe zu nutzen.

Zu diesem Zweck kann man auch die Schule mit einem Kindergarten verbinden und den Kindern die Möglichkeit geben, für die Kleinen zu nähen, Spielzeug für sie anzufertigen, sie herumzutragen oder sie zu beschäftigen. Freilich ist das alles nicht so einfach, freilich muß man das alles organisieren, einrichten, aber wie wäre es auch anders möglich!

Ich kehre zur Frage des gegenseitigen Unterrichts zurück. Das Heranziehen der Kinder zum Unterricht wird eine erzieherische Bedeutung haben noch in einer anderen Beziehung.

„Durch das Lehren lernen wir", heißt eine bekannte Lehrerregel. Jedermann, der sich mit Unterrichten befaßt hat, weiß, welch ein ausgezeichnetes Mittel der Selbstkontrolle das Unterrichten bildet. Sobald man anfängt, dem anderen etwas zu erklären, werden einem sofort alle Lücken des eigenen Wissens und Könnens sichtbar. Und so merkt das Kind, das vorübergehend zum Lehrer wird, wie ungenügend sein Wissen ist, und wie sehr es dessen Vervollständigung bedarf. Beständige Selbstkontrolle und Selbstwertung ist in pädagogischer Hinsicht außerordentlich wertvoll.

Beim Heranziehen der Kinder zum Unterricht wird nebenbei auch ihre Selbstbeherrschung entwickelt werden, ihre Geduld, ihre Rücksicht gegen andere, ihr Interesse für die Fortschritte ihrer Kameraden usw.

Das Heranziehen der Kinder zum Unterricht wird dazu führen, daß man mit ihnen sehr früh über gewisse Fragen der Erziehung und der Unterrichtsmethoden dieses oder jenes Faches wird beraten müssen. Heutzutage wird Pädagogik nur in der höheren Klasse der Gymnasien durchgenommen. Jedoch die Kinder haben schon viel früher dafür Interesse, weil es sie selber betrifft. Die Kinder [illegible] beständig unter einander sowohl die Unterrichtsmethoden wie die verschiedenen Gepflogenheiten ihrer Lehrer. Und wahrhaftig, sie zeigen dabei nicht geringen Beobachtungssinn. Warum sollte nicht der Lehrer an diesen Gesprächen teilnehmen und sie in das richtige Fahrwasser lenken? Das wird den Lehrer mit den Kindern vertraut machen, wird das gegenseitige Verstehen steigern und die Kinder für die Organisation der freien Schule und der freien Erziehung Interesse einflößen. Wieviel Neues und Wertvolles werden sie in der Folge der Sache bieten.

Man hört oft sagen: „Die neue Schule erfordert Lehrer ganz andren Schlages als die jetzigen Lehrer. Das müssen Menschen sein, die für die Fragen der Erziehung ein tiefes Interesse haben, ungewöhnliche organisatorische Fähigkeiten besitzen, über große Kenntnisse verfügen und viel Beobachtungsgabe, Initiative und Scharf-

sinn aufweisen. Woher soll man solche Lehrer nehmen? Wenn die freie Schule die Kinder selbst zum Unterricht heranziehen wird, wenn es ihr gelingen wird, sie von Anfang an in die Organisation der Schule mit hineinzuziehen, sie mit ihren Ideen auf dem Gebiete der Erziehung vertraut zu machen und die Ergebnisse dieser Ideen in der Praxis zu zeigen, — so wird der neue Stamm der Lehrer neuen Schlags erzogen werden.

Und diejenigen der Schüler, — sie werden natürlich in der Mehrzahl sein, — die einen anderen als den Lehrerberuf einschlagen, werden für immer ein tiefes Interesse für Fragen der Volksbildung behalten. Da sie Sinn für deren Bedeutung haben, so werden sie die Verwirklichung der freien Schule auf jede Art und Weise fördern.

Nebenbei kann das Heranziehen der Kinder zum Unterricht noch ein Problem lösen, das vielen als unlösbar erscheint. Damit man die Individualität des Kindes sich entfalten lasse, ist es notwendig, daß man sich mit ihm bis zu einem gewissen Grade auch individuell beschäftige. Bei dem gegenwärtigen System des Unterrichts kann ein einziger Lehrer sich auf diese Art nur mit einer beschränkten Anzahl von Schülern abgeben. Infolgedessen würde eine freie Schule, in der der Unterricht ausschließlich vom Lehrerpersonal geleitet wäre, ein sehr kostspieliges Unternehmen. Ist aber erst einmal die Schule in eine Arbeitskolonie umgewandelt, in der jeder Schüler bald als Lehrer und bald als Schüler funktioniert, so wird sie eine bedeutend kleinere Anzahl von Lehrern erfordern, wird bedeutend billiger sein und den breitesten Schichten der Bevölkerung einen individuellen Unterricht zu gute kommen lassen.

N. Krupskaja (Uljanow-Lenin), Moskau.

Wenn die Sklaven sich erheben . . .

Ich erhielt von verschiedenen Leuten mehrere Briefe — sie sind alle in einem hysterischen, heulenden Tone geschrieben, aus ihren Zeilen sprüht eine dunkle, bange Angst. Man fühlt es klar heraus, daß diejenigen, die sie geschrieben haben, schwere Stunden und Tage verleben, man sieht, daß viele bittere, quälende Gedanken ihr Herz zerfleischen, ihren Schlaf fortscheuchen — —.

„Was ist mit diesem guten, russischen Volke geschehen, weshalb ist plötzlich aus ihm ein blutgieriges Raubtier geworden?" So fragt mich eine Dame, deren Brief auf einem teuren, parfümierten Papier geschrieben ist. — „Vergessen ist Christus und seine Lehre, geschändet sind die Predigten der Liebe, verschwunden ist die Achtung vor dem Menschen . . ." teilt düster der „Adelige F." aus Sumy mit. Und er erkundigt sich bei — „sind Sie zufrieden?" — „Wo sind denn die Früchte der Predigten der Liebe zum Nächsten, wo ist der Einfluß der Schule und der Kirche?" so fragt mich Ch. Brontein aus Tambow.

Die einen schimpfen und drohen mit dem Tode, die andern klagen und heulen bloß, alle sind aufgeregt, allen ist schwer zumute, allen ist es qualvoll und bange, in diesen erhabenen, tragischen Tagen leben zu müssen. Ich kann nicht einem jeden einzeln antworten, und so antworte ich allen zugleich.

„Die Tage der Vergeltung sind gekommen, meine Herren und Damen, die Tage der Abrechnung für ihre verbrecherische Gleichgültigkeit gegen das Leben des Volkes. Alles, was Sie empfinden, alles, was Sie quält — haben Sie verdient. Und ich kann Ihnen nur eines sagen, nur eines wünschen —, daß Sie noch tiefer, mit noch größerer Macht das ganze Entsetzen dieses von Ihnen geschaffenen Lebens in sich aufnehmen, begreifen, durchleben sollen. Mögen Ihre Herzen angstvoll schlagen, mögen wirre Träume Ihren Schlaf stören, möge alles Wahnsinnige und Grausame, das in unserem Lande vorgeht, Sie wie ein Feuer sengen — Sie verdienen es. Das wird Sie zugrunde richten oder auch — möglicherweise — alles Gesunde und Ehrliche, das in Ihrer Seele, die Sie so wenig gepflegt haben, noch übrig blieb, vom Schmutze und von der Gemeinheit reinigen, die sich darin eingenistet hatten — Ihre Seele, die Sie mit Gier, mit Herrschsucht, mit Lüge und mit allem möglichen Unrat angefüllt haben."

Gnädige Frau! Sie wollen wissen, was mit dem Volke vorgegangen ist? Die Geduld ist ihm gerissen. Lange hat es geschwiegen, lange hat es sich, ohne sich zu rühren, der Gewalt unterworfen, lange hat es geduldig ihr ganzes Leben auf seinem knechtischen Rücken getragen — und nun — kann es nicht weiter. Es hat jedoch noch lange nicht die ganze ihm gewaltsam aufgebürdete Last von sich abgewälzt. Sie sind zu früh erschrocken, gnädige Frau! Und weshalb — wollen wir aufrichtig sprechen — weshalb sollte das Volk kein Raubtier sein? Was haben Sie getan, damit es kein solches sein solle. Haben Sie dem Volke etwas Vernünftiges beigebracht, haben Sie irgend etwas Gutes in seine Seele gesät?

Ihr ganzes Leben lang nahmen Sie ihm seine Arbeit, seinen letzten Bissen Brot, nahmen Sie ihm alles weg, einfach und leicht weg, ohne zu verstehen, daß Sie nahmen. Sie lebten, ohne sich zu fragen — wodurch, durch welche Kraft Sie lebten. Durch den Prunk Ihrer Toiletten riefen Sie den Neid der Armen und Unglücklichen hervor; wenn Sie auf dem Lande neben den Muschiki (Bauern) lebten, sahen Sie auf diese wie auf Menschen einer niedrigeren Rasse herab. Jene aber verstanden alles. Sie sind ziemlich feinfühlige und garnicht so böse Menschen, doch Sie haben Sie schließlich böse gemacht. Das ist ja sehr einfach: da Sie angesichts der Enterbten Feste feierten, konnten Sie von ihnen keine Dankbarkeit erwarten. Ihr Gesang, Ihre Musik konnte nicht den Hungrigen veredeln, Ihr herablassend verächtliches Benehmen dem Muschiki gegenüber konnte in seiner Seele keine Achtung vor Ihnen nähren. Was haben Sie für ihn getan? Haben Sie dafür gesorgt, daß er gutherziger wurde? Sie haben ihn grausam gemacht. Wünschten Sie, daß er gescheiter werde? Sie dachten garnicht daran. Der Muschik war für Sie ein Lasttier; manchmal unterhielten Sie sich mit ihm wie mit einem Wilden, doch niemals sahen Sie in ihm einen Menschen. Was Wunder also, daß er für Sie ein Raubtier ist?

Gnädige Frau! In Ihrer Frage drückt sich nicht bloß Ihre Unkenntnis des Lebens aus, es liegt darin auch die Heuchelei des Sünders, der bereits fühlt, daß er gesündigt hat, der seine Sünden aber noch nicht aufrichtig bekennen will.

Sie wußten, Sie konnten nicht umhin zu sehen, wie der Muschik lebt. Der Mensch, der geschlagen wird, muß früher oder später sich rächen, der Mensch, mit dem man kein Mitleid gehabt hat — kennt kein Mitleid — das ist klar. Noch mehr als das — es ist gerecht. So begreifen Sie mich doch: das Entsetzliche liegt nicht darin, daß man schlägt, sondern darin, daß man nicht anders kann, als schlagen; nicht darin liegt das Entsetzliche, daß man kein Mitleid hat, sondern darin, daß man kein Mitleid haben kann. Wie können Sie Mitleid in einem Herzen suchen, in das Sie Rache gesät haben?

Gnädige Frau! In Kiew hat das gute russische Volk aus den Fenstern des Hauses Brodsky (bekannter Großindustrieller) zugleich mit den Möbeln auch die Gouvernante auf das Pflaster hinabgeschleudert, der Kanarienvogel im Käfig aber blieb sorgsam verschont. Denken sie doch darüber nach. Der kleine Vogel hat etwas wie ein Gefühl des Mitleids hervorgerufen, der Mensch aber wurde zum Fenster hinausgeworfen. Mitleid muß also vorhanden gewesen sein, doch der Mensch scheint es nicht verdient zu haben — darin liegt das Entsetzliche und die Tragödie. Gnädige Frau, sind Sie auch überzeugt, daß Sie im Rechte sind zu verlangen, daß man sich gegen Sie wie gegen einen Menschen zu benehmen habe, da Sie sich doch selbst Ihr ganzes Leben lang ohne Mitleid, ohne Erbarmen gegen den Menschen benommen und in ihm kein ebenbürtiges Wesen gesehen haben? Sie schreiben Briefe, Sie sind gelehrt, Sie haben wahrscheinlich auch Bücher gelesen, in denen das Leben des Muschiks geschildert wird. Was können Sie von den Bauern für sich verlangen, wenn Sie, wohl wissend wie er lebt, keine Besserung in seinem Leben herbeiführen halfen. Und nun hat er Ihr Leben zum Schlechteren gewendet und hat Sie gezwungen, mit einer vor Angst zitternden Hand von Verzweiflung erfüllte Briefe an einen Menschen zu schreiben, der — das sollten Sie doch wissen — Ihre Angst nicht zerstreuen, Ihren Kummer nicht lindern wollen wird, o nein!

Die Vergeltung ist naturlich. Wir leben in einem Lande, in dem die Menschen bis zum heutigen Tage geschlagen, mit Nagaikas gepeitscht, mit Stockhieben zu Tode geprügelt worden sind, in einem Lande, in dem Rippen gebrochen, Menschen zur Unterhaltung ins Gesicht geschlagen worden, in dem es für die

Vergewaltigung des Menschen keine Grenzen gibt, in dem die Arten der Torturen bis zum Ekel, bis zur wahnsinnigen Scham mannigfaltig sind. Ein Volk, das in einer Schule erzogen wurde die einer trivialen Abbildung der Höllenqualen so ähnlich ist, ein Volk, das mit Fäusten, mit Ruten und Nagaikas erzogen worden ist, kann nicht weichherzig sein. Ein Mensch, der auf der Polizei mit Füßen getreten worden ist, wird fähig, andere zu treten. In einem Lande, in dem so lange Zeit Rechtlosigkeit geherrscht hat, wird es dem Volke schwer, mit einem Male die Macht des Rechtes zu erfassen, man kann unmöglich von ihm, das keine Gerechtigkeit kannte, Gerechtigkeit verlangen. Alles wird selbstverständlich dort, wo Sie gnädige Frau und die Gesellschaft, ohne Protest dagegen zu erheben, alle Entsetzen der an Menschen verübten Gewalttaten zugelassen haben. Die Menschen empfinden jetzt tiefer und ein scheeler Blick, den Sie Ihrem Dienstmädchen zuwerfen, ist gleichbedeutend der Ohrfeige, die Ihr Vater vor fünfzig Jahren seinem Lakaien gab. Die Menschen wachsen und es wächst in ihren das Gefühl der eigenen Würde, und dennoch behandelte man sie noch immer als Sklaven und glaubte noch immer gewissermaßen ein Tier in ihnen zu sehen. Gnädige Frau! Verlangen Sie von den Menschen nicht, was Sie ihnen nicht gegeben haben. Sie haben kein Anrecht auf Mitleid, das Mitleid ist Ihnen unbekannt. Das Volk ist gequält worden und wird auch heute noch gequält von allen, die früher ein Gramm Macht über das Volk hatten oder noch jetzt haben. Jetzt, da unsere endlich verjagte geistlose Regierung des Zarismus und Kapitalismus das Land bis zur Revolution gebracht hat, haben alle seine finsteren Kräfte, die ganze Schattenhaftigkeit jener Macht empfunden, die seit Jahrhunderten sie unterdrückt hatte, und nun haben sich diese Kräfte erhoben, sie sind auferstanden und sie nehmen Rache für alles, was sie in der langen Nacht der Rechtlosigkeit erdulden mußten.

Es gibt aber in dem Lande eine andere lichte, von einem großen Gedanken erhellte und beseelte Kraft, die von dem leuchtenden Traume an ein Reich der Gerechtigkeit, der Freiheit, der Schönheit umfangen ist . . . Im übrigen aber, gnädige Frau, bin ich nicht imstande, der blind geboren wurde, in Worten die Schönheit und die Größe des Meeres zu schildern . . .

Maxim Gorki.

Notizenteil.

Soziale Fürsorge für Mutter und Kind.

Mütter- und Kinderheime in — Rußland. In Nr. 9 und 10 des Blattes haben wir ausführlicher über die soziale Fürsorge berichtet, die im sozialistischen Räte-Rußland den Müttern und Kindern zuteil wird. Stetig wirken die Sowjets dafür, daß diese Fürsorge nicht bloß Programm, toter Buchstabe bleibt, vielmehr praktisch durchgeführt wird. So hat die Sonderabteilung für Mütter- und Kinderschutz des Moskauer Sowjets in diesem Jahre eine Reihe von Mütter- und Kinderheimen errichtet, deren Leistungen über die der gewöhnlichen Wöchnerinnenheime hinausgehen. In jedem Heim befindet sich nämlich: ein Saal für Vorlesungen über Kleinkinderpflege und -ernährung usw.; eine Dauerausstellung von Gegenständen, die der Pflege und Ernährung von Kindern bis zum Alter von 2 Jahren dienen; eine Kinderheilanstalt; ein Kindergarten; eine Krippe für Kinder, deren Eltern tagsüber berufstätig sind. In jedem Heim ist des weiteren eine ärztliche Mütterberatungsstelle eingerichtet, und es wird gute Kindermilch verteilt. Müttern und Kindern kommt ferner eine allgemeine Maßregel der Wohnungsfürsorge zu Gute. Der Moskauer Sowjet ließ alle in der Umgebung der Stadt gelegenen Landhäuser der Bourgeoisie und Aristokratie in Stand setzen und den Arbeitern und ihren Familien für die Sommermonate zuweisen. Solcher Maßregeln bedarf es natürlich in Deutschland nicht. Denn hier gibt es in den Städten keine Proleten, die mit den Ihrigen in schauerlichen Wohnungshöhlen verkümmern, und keine Reichen, die leerstehende Villen und Prachthäuser haben. Deutschland hat ja das freieste Wahlrecht der Welt, und ein früherer Sattlermacher kann als Reichswehrminister in einem hinterlassenen Bett Wilhelms II. von Hohenzollern schlafen. Heil!

Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

Eine Konferenz von Vertreterinnen organisierter englischer Proletarierinnen hat in Southport am 24. Juni im Anschluß an einen Kongreß der Arbeiterpartei stattgefunden. Diese Partei war mit aller Energie daran gegangen, die richtigen Schlußfolgerungen daraus zu ziehen, daß die Verfassungsreform noch während des Krieges einem sehr großen Teil der Frauen das politische Wahlrecht verliehen hatte. Sie hatte beschlossen, daß die Aufklärungs- und Werbearbeit unter den Frauen planmäßig und rege zu betreiben sei. Besondere Frauengruppen sollten möglichst überall gegründet und der Partei angegliedert werden. Die Partei stellte Organisatorinnen an, die für die Durchführung der Beschlüsse zu wirken hatten. Die Arbeit hat Früchte getragen, wie die Konferenz zu Southport bewies, an der außer den Vertreterinnen der Frauengruppen der Arbeiterpartei auch solche des Frauengewerkschaftsverbandes und ausgesprochen sozialistischer Frauenvereinigungen teil nahmen. Die 154 Delegierten vertraten wohl die Mehrzahl der organisierten Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen, die in England mit mehr oder weniger Klarheit und Entschiedenheit sich zum Sozialismus bekennen.

Die Vorsitzende, Genossin Suzan Lawrence gab den Tätigkeitsbericht, aus dem hervorging, daß eine rege Agitationsarbeit getrieben worden war. Die Frauengruppen hatten sich außerdem angelegen sein lassen, für Verbesserungen in der Lage der Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen nachdrücklich einzutreten und zu diesem Zweck mit anderen proletarischen Frauenorganisationen zusammen zu wirken. Ein eingesetzter ständiger Aktionsausschuß gestaltete die Arbeit fruchtbarer. In ihm waren vertreten: die Frauengruppen der Arbeiterpartei, der Frauengewerkschaftsverband, die Genossenschafterinnengilde und die Vereinigung der Eisenbahnerfrauen. Die Leitung war den Genossinnen Marion Phillips (Arbeiterpartei), Mary Mac Arthur (Frauengewerkschaftsverband) und Llewelyn Davies (Genossenschafterinnengilde) anvertraut; sie hat durch Anregung und eigene Arbeit Treffliches geleistet. Jede Gelegenheit wurde genützt, um die Interessen der proletarischen Frauen zu vertreten und ihre Ansprüche wie ihren Einfluß zur Geltung zu bringen. Der Aktionsausschuß nahm an allen Kämpfen teil, die während des Tätigkeitsjahres geführt wurden, um die soziale Lage der werktätigen Massen zu heben, und seine Betätigung war oft von entscheidendem Einfluß. Flugschriften wurden herausgegeben, die die Frauen des arbeitenden Volks über die verschiedenen Tagesforderungen aufklärten, lokale Auskunftsstellen für Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen in vielen Orten geschaffen u. a. m.

Der Frauenausschuß forderte und begründete die Errichtung eines Ministeriums für Volksgesundheit und führte eine energische Kampagne zur Bekämpfung der Wohnungsnot. Dazu gehörte, daß der Ausschuß öffentliche Versammlungen und Vorträge veranstaltete, Flugblätter verbreitete, Artikel in der Presse veröffentlichte, Erhebungen und Befragungen durchführte über die Wohnungsverhältnisse und die Wünsche der Proletarierinnen, ihr Heim betreffend, Hausbaupläne mit Kostenberechnungen entwerfen und veröffentlichen ließ, die zeigten, daß ein gesunder und verhältnismäßig billiger Wohnungsbau möglich sei usw. Der Ausschuß setzte es durch, daß die von der Regierung berufene Kommission, die sich mit der Bergarbeiterfrage zu beschäftigen hatte, auch Bergarbeiterfrauen aus drei großen Grubenbezirken hörte. Ihre hauptsächlichsten Forderungen waren: eine durchgreifende Wohnungsreform und die Errichtung von Douchen und Bädern für die Bergarbeiter an der Einfahrt zu den Gruben. Der Frauenausschuß war im Konsumentenrat der Genossenschaften vertreten. Seine Vorsitzende, Genossin Philipps, befürwortete vor dem Arbeitsministerium die Forderung, im Bäckereigewerbe die Nachtarbeit abzuschaffen. Die organisierten Genossinnen traten für die Einführung von Altersrenten für Lohnarbeitende und die Verbesserung des Loses der Hausangestellten ein. Als mit dem Waffenstillstand die Rüstungsindustrie viele Zehntausende von Arbeiterinnen aufs Pflaster warf, aus denen sie während der Hochkonjunktur des Mordprofits reichsten Gewinn herausgepreßt hatte, betätigten sie sich mit Erfolg dafür, daß den Betroffenen eine entsprechende Erwerbslosenunterstützung gesichert wurde. An allen Arbeiten und Kämpfen der Arbeiterpartei nahmen sie natürlich ihren vollen Anteil.

Der Tätigkeitsbericht wurde lebhaft erörtert. Die Konferenz nahm im Anschluß an ihn drei Resolutionen an, die erkennen lassen, daß die Proletarierinnen in England unter den gleichen Uebelständen leiden wie ihre Schwestern in anderen Ländern und die gleichen, bzw. ähnlichen Forderungen erheben wie diese. Zur Wohnungsfrage: Festsetzung des Mietpreises im Verhältnis zum Lohn. Schaffung geräumiger Wohnungen für kinderreiche Familien. Preiskontrolle der Wohnungsbaumaterialien. Berufung von Proletarierinnen in die Körperschaften und Kommissionen, die für die Wohnungsreform maßgebend sind. Unterbrechung der Ausführung von Luxusbauten, die keinem notwendigen Bedürfnis dienen. Zur Ernährungsfrage: Nationale und internationale Regelung der Lebensmittelpreise. Kommunale Milchversorgung der Städte. Eingliederung dieser Forderung in das Aktionsprogramm der Arbeiterpartei bei den kommenden Gemeinderatswahlen. Errichtung öffentlicher Küchen auf Staatskosten. Arbeitslosigkeit: Sofortige Schaffung von Arbeitsgelegenheit für weibliche Erwerbslosen. Die Konferenz nahm vor ihrem Schluß noch Stellung zu zwei politischen Fragen. Sie stimmte einer Protestkundgebung zu gegen die Einmischung der englischen Regierung in die Angelegenheiten des sozialistischen Räterußlands, insbesondere gegen die Verwendung englischer Truppen in Rußland zur Niederringung der Sowjetregierung. Sie forderte daß der Ministerpräsident sein Versprechen auf Durchführung der Abrüstung halte. Unsere englischen Genossinnen dürften bis auf den St. Nimmerlein auf die Einlösung dieses Versprechens warten, wenn nicht der Klassenkampf des Proletariats die Abrüstung, wenn nicht die Weltrevolution den Weltfrieden sichert.

Feuilleton

Kriege der Unfreien.

Du tapferes Volk in deinem Löwenzorn,
Wie kühn du schwingst dich über Zaun und Planken,
Voll Wut die Feind greifst in seinen Flanken
Begeistert aus der Freiheit Feuerborn;

Ein Sankt Georg mit eingedrücktem Sporn
Sie all' zurückwirfst über ihre Schranken,
In großer Heldeneintracht sonder Wanken
Doch tief im Herzen lässest deinen Zorn:

Wie hoch wir um dein Heldenblut dich ehren,
Doch mahnst du uns an jenen närr'schen Tropf,
— Laß' dir's gesagt sein lachend und mit Zähren —

Der, als die Laus ihn biß in seinem Schopf,
Sich gegen solche Plackerei zu wehren,
Mit Ingrimm kratzte auf des Nachbars Kopf.

Gottfried Keller.

Ein Gespräch.

(Aus Gerhart Hauptmanns sozialem Drama „Vor Sonnenaufgang".)

Helene: Welche Verhältnisse nennen Sie zum Beispiel verkehrt?

Loth: Es ist zum Beispiel verkehrt, wenn der im Schweiße seines Angesichts Arbeitende hungert und der Faule im Ueberflusse leben darf. Es ist verkehrt, den Mord im Frieden zu bestrafen und den Mord im Kriege zu belohnen. Es ist verkehrt, den Henker zu verachten und selbst, wie es die Soldaten tun, mit einem Menschenabschlachtungsinstrument, wie es der Degen oder der Säbel ist, an der Seite stolz herumzulaufen. Den Henker, der das mit dem Beile täte, würde man zweifelsohne steinigen. Verkehrt ist es dann, die Religion Christi, diese Religion der Duldung, Vergebung und Liebe, als Staatsreligion zu haben und dabei ganze Völker zu vollendeten Menschenschlächtern heranzubilden. Dies sind einige unter Millionen, müssen Sie bedenken. Es kostet Mühe, sich durch alle diese Verkehrtheiten hindurchzuringen; man muß früher anfangen.

Helene: Wie sind Sie denn nur auf alles dies gekommen? Es ist so einfach und doch kommt man nicht darauf.

Loth: Ich mag wohl durch meinen Entwicklungsgang darauf gekommen sein, durch Gespräche mit Freunden, durch Lektüre, durch eigenes Denken. Hinter die erste Verkehrtheit kam ich als kleiner Junge. Der Lehrer sagte: Sei fleißig, halte dich brav, dann wird es dir auch unfehlbar gut gehen im Leben. Der Mann lehrte uns eine Verkehrtheit, dahinter kam ich sehr bald. Mein Vater war brav, ehrlich, durch und durch bieder, und ein Schuft, der heut jetzt als reicher Mann lebt, betrog ihn um sein paar Tausend Taler. Bei eben diesem Schuft, der eine große Seifenfabrik besaß, mußte mein Vater sogar, durch die Not getrieben, in Stellung treten.

Helene: Unsereins wagt es gar nicht — wagt es gar nicht, so etwas für verkehrt anzusehen, höchstens ganz im Stillen empfindet man es. Man empfindet es oft sogar, und dann — wird einem ganz verzweifelt zu Mut.

Loth: Ich erinnere mich einer Verkehrtheit, die mir ganz besonders klar als solche vor Augen trat. Bis dahin glaubte ich: der Mord werde unter allen Umständen als ein Verbrechen bestraft; darnach wurde mir jedoch klar, daß nur die milderen Formen des Mordes ungesetzlich sind.

Helene: Wie wäre das wohl . . .

Loth: Mein Vater war Siedemeister, wir wohnten dicht an der Fabrik, unsere Fenster gingen auf den Fabrikshof. Da sah ich noch manches außerdem. Es war ein Arbeiter, der fünf Jahre in der Fabrik gearbeitet hatte. Er fing an, stark zu husten und abzumagern . . . ich weiß, wie uns mein Vater bei Tisch erzählte: Burmeister — so hieß der Arbeiter — bekommt die Lungenschwindsucht, wenn er noch länger bei der Seifenfabrikation bleibt. Der Doktor hat es ihm gesagt. — Der Mann hatte acht Kinder, und ausgemergelt, wie er war, konnte er nirgends mehr Arbeit finden. Er mußte also in der Seifenfabrik bleiben, und der Prinzipal tat sich darauf viel zugute, daß er ihn beibehielt. Er kam sich unbedingt äußerst human vor. — Eines Nachmittags, im August, es war eine furchtbare Hitze, da quälte er sich mit einer Karre Kalk über den Fabrikshof. — Ich sah gerade aus dem Fenster, da merkte ich, wie er still steht — wieder still steht und schließlich schlägt er lang auf die Steine. — Ich lief hinzu — mein Vater kam, andere Arbeiter kamen, aber er röchelte nur noch, und sein ganzer Mund war voll Blut. Ich half ihn ins Haus tragen. Ein Haufen kalkiger, nach allerhand Chemikalien stinkender Lumpen war er; bevor wir ihn im Hause hatten, war er gestorben.

Helene: Ach, schrecklich ist das.

Loth: Kaum acht Tage später zogen wir seine Frau aus dem Fluß, in den die verbrauchte Lauge unserer Fabrik abfloß. — Ja, Fräulein! Wenn man dies alles kennt, wie ich es jetzt kenne — glauben Sie mir! — dann läßt es einem keine Ruhe mehr. Ein einfaches Stückchen Seife, bei dem sich in der Welt sonst niemand etwas denkt, ja, ein paar rein gewaschene, gepflegte Hände schon können einen in die bitterste Laune versetzen.

Erklärung.

Die „Rote Fahne" von Berlin, auf deren Herausgabe die Zentrale der K.P.D. keinen Einfluß hat, hat in den letzten Nummern wiederholt Artikel veröffentlicht, die völlig dem Geiste des Kommunismus widersprechen und syndikalistisch waren. Als solche Artikel sprechen wir an denjenigen, der die Sabotage als individuellen Einzelakt als die neue Waffe des Proletariats erklärt.

In ihrer Nummer 55/56 veröffentlicht nunmehr die „Rote Fahne" einen Artikel, an dessen Schluß es heißt, daß das Proletariat erkennen müsse, daß es sich auf anderem Boden als dem der Partei zu formieren habe. Dieser Boden sei die revolutionäre Betriebsorganisation.

Damit ist im syndikalistischen Sinne Wesen und Zweck der politischen Partei überhaupt und der kommunistischen im besonderen verneint.

Die Zentrale der K.P.D. erklärt, daß sie den oder die Verfasser dieses Artikels und die für dessen Aufnahme Verantwortlichen als der K.P.D. nicht mehr zugehörig betrachtet.

Die Zentrale der K.P.D.

Wir begrüßen diese Erklärung, mit deren Auffassung wir durchaus einverstanden sind. Sie wirft helles Licht darauf, wie dringend eine Klärung in unseren Reihen ist.

Erklärung von Fremdwörtern.

Individualität = Persönlichkeit, Eigenart.
Individuum = Einzelmensch.
individuell = was dem Einzelnen eigen, eigentümlich ist.
Pädagogik = Erziehungswissenschaft.
Pädagoge = Erzieher.
pädagogisch = was den Lehren, Absichten der Erziehungswissenschaft gemäß ist, was erzieherisch wirkt.
Aktivität = Tätigkeitstrieb, Betätigungsdrang, Antrieb, Wille zum Handeln.
aktiv = tätig.
Kontrolle = Aufsicht, Prüfung.
Psychologie = Wissenschaft vom Geiste vom Innen-Seelenleben von der Art und Weise, wie das Fühlen, Denken, Wollen vor sich geht.
psychologisch = was sich auf das Geistes-Innenleben bezieht.
Repetitor = Wiederholer, Einpauker, Nachhelfer.
Instinkt = Naturtrieb.
instinktiv = von dem Naturtrieb beherrscht.

Inhaltsverzeichnis: Fraueninteresse und Frauenpflicht. — Warum brauchen wir Kommunisten eine Frauenbewegung. B. Th. — Zur Frage der freien Schule. — Wenn die Sklaven sich erheben. M. Gorki.

Notizenteil. Soziale Fürsorge für Mutter und Kind: Mütter- und Kinderheime in Rußland. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland: Eine Konferenz organisierter englischer Genossinnen.

Feuilleton: Gedicht: Krieg der Unfreien. G. Keller. — Ein Gespräch.

Nummer 15 Preis 15 Pfg.

Die Kommunistin

Frauenorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Herausgegeben von Klara Zetkin

Die Kommunistin erscheint am 1., 11. und 21. eines jeden Monats. Preis der Einzelnummer 15 Pfennig, durch die Post bezogen vierteljährlich 1.25 Mark (ohne Bestellgeld)

Stuttgart, 21. Oktober 1919

Zuschriften für die Redaktion an Klara Zetkin, Wilhelmshöhe, Post Degerloch b. Stuttgart. — Zuschriften für den Verlag an Anna Stegmaier, Stuttgart, Ostendstr. 70.

Erwerbslose, erwerbende Proletarier vereinigt euch!

Der Winter steht vor der Tür. Ein Winter, der erbarmungslos und wilder als der in eine Schafherde einfallende Wolf unter den Menschen zu wüten droht. Ein Winter des bittersten Mangels an Kohle, Brot und Kartoffeln, an Kleidung und Obdach; ein Winter der unerschwinglichen Wucherpreise für das, was zu kaufen ist, des Schleichhandels und spitzbübischen Schiebertums; ein Winter der Arbeitslosigkeit, die für Hunderttausende Brot- und Heimlosigkeit besagt. Freilich: all diese Schrecken drohen nur den Millionen, die von ihrer eigenen, wertschaffenden Arbeit der Hand oder des Hirns leben. Sie sind nicht vorhanden für die ausbeutenden Nutznießer dieser Arbeit. Hinter glänzenden Scheiben reden kostbarste Pelze, echtwollene Kleider, dicke, mollige Decken und Teppiche, „stilvolle" Möbel von behaglicher, schöner Kleidung und Wohnung; kräftige, leckere Nahrungsmittel locken zu Kauf und Genuß. Alles ist zu haben, was Menschen Notdurft stillt und „Menschen Begehr" ist. Jedoch zu welchen Preisen! Zu Preisen, die nur der Kriegsgewinnler zahlen kann, der Mordwerkzeuge und anderen Heeresbedarf fabriziert hat, oder der Schieber, oder auch der politische Industrieritter, der sich als Revolutionsgewinnler aus dem bescheidenen Sitz in einem Partei- oder Gewerkschaftsbureau in einen Regierungssessel „emporgestrebt" hat. Der Arbeiter und Angestellte kann diese Preise nicht erschwingen.

Aber protzen und prahlen die Zeitungen und Parlamentsredner des Bürgertums und der Mehrheitssozialdemokratie nicht täglich mit den hohen Löhnen und Gehältern der Hand- und Kopfarbeitenden? Müssen diese nicht immer und immer aufs neue die alte Leier hören, daß ihre „maßlosen" Lohnansprüche Handel und Industrie, die ganze Wirtschaft zu Grunde richten, die Finanzen von Gemeinde, Staat und Reich zerrütten? Daß die hohen Löhne und Gehälter ihnen ein beneidenswertes Dasein sichern, neben dem die armen, sorgenbeschwerten Kapitalisten als Märtyrer mit der Dornenkrone stehen. Und gar die Arbeitslosen! Natürlich nicht jene kleine erlesene Schar von Arbeitslosen, deren einer Lebensberuf die Arbeitslosigkeit ist, weil ihr zweiter in der Aneignung unbezahlter, ausgebeuteter Arbeit besteht, und die deshalb als ewig „Feiernde" an der reich besetzten Tafel des Lebens sitzen. Nein, jene „gewöhnlichen "Sterblichen, denen die kapitalistische Wirtschaft das "heilige Recht" und die „ehrenvolle Pflicht" zuerkennt, unbezahlte Arbeit für das Ausbeutertum zu leisten, sie, deren Magen knurrt, deren Glieder vor Frost zittern, wenn ihre Hand oder ihr Hirn feiert, feiern muß. Sogar die Arbeitslosen sind der Sorgenqual dieser Zeiten enthoben, so wird von den Lobrednern der heutigen Ordnung versichert. Empfangen sie nicht die Erwerbslosenunterstützung, und ist diese nicht höher als der Lohn eines hochwertigen gelernten Arbeiters anno tobacco?

„Wenn man's so hört, fast könnt es leidlich scheinen." Doch man höre erst das andere. Löhne, Gehälter, Erwerbslosenunterstützung dürfen nicht gemessen werden an der ausgezahlten Geldsumme, sondern an dem, was dafür an Lebensbedarf erworben werden kann. Und das ist heute in der Zeit der Geldentwertung, der Wucherpreise, äußerst wenig. Hinter dem trügerischen Schein der hohen Gehälter und Löhne hockt die nackte, häßliche Tatsache, daß Arbeiter, Angestellte, Beamte bis recht hoch hinauf, heute viel armseliger leben, als in den früheren Jahren niedriger Einnahmen und niedriger Preise des Lebensbedarfs. Löhne und Gehälter humpeln langsam hinter den Preisen für Nahrung, Kleidung, Wohnung her und erreichen sie nicht. Die Spannung ist groß, ist größer geworden zwischen dem Arbeitseinkommen der wertschaffenden Männer und Frauen und den Kosten der Existenz. Dieser Tatbestand kommt den Ausgebeuteten fühlbar zum Bewußtsein in Gestalt von Stockprügeln auf den Magen, Peitschenhieben auf den Rücken, über den Kälteschauer laufen und den die Müdigkeit beugt, in Gestalt von harten Entbehrungen, Unterernährung und gesteigerten, verschärften Sorgen. Die Erwerbslosen aber empfinden das alles in höherem Maße. Die Unterstützung, die ihnen widerwillig genug gewährt wird, reicht nicht aus, Darben und Kummer zu bannen. Sie schützt wohl vor dem raschen Verhungern, jedoch nicht vor dem chronischen, dem dauernden Hunger, vor dem Nicht-ordentlich-sattwerden und anderen quälenden Leiden. Die Erwerbslosenunterstützung ist die Erlaubnis für Habenichtse, vegetieren zu dürfen, bis das Kapital bei besserer Konjunktur und winkendem fettem Profit die Arbeitslosen als Lohndrücker und Schmutzkonkurrenten gegen die heute erwerbenden Proletarier auszuspielen vermag. Nicht aus sentimentaler Rücksicht auf die Menschen, lediglich wegen des erhabenen Zwecks künftiger Profitpresserei lassen die herrschenden Kapitalisten es geschehen, daß die Arbeitslosen über diese Zeiten „durch gefüttert" werden. Die Herren müssen sich die nötige Reservearmee von Lohnsklaven und Lohnsklavinnen im Arbeitskittel wie in der Hose mit Bügelfalte und im kokettem Modekostüm erhalten.

Das karge Stück Brot wird den Erwerbslosen dick mit bitteren Schmähungen und Verleumdungen bestrichen. „Arbeitsscheues Gesindel" werden sie von den offenherzig und derb redenden „Gutgesinnten" genannt, „Arbeitsunlustige" von den milderen Gemütsmenschen, deren Spezialität die Sozialreform, Volksbildung und andere schöne Dinge sind, und die nie den mit aufgeblähten Wänglein gepriesenen „Segen der Arbeit" aus Erfahrung kennen gelernt haben, noch die Bisse der wütenden Hungerschlange. Der „Schwäbische Merkur" bezeichnete die Erwerbslosenunterstützung als „Faulheitsprämie". Warum auch verstehen diese Proleten nicht die Kunst, von der Luft zu leben und sich mit paradiesischen Feigenblättern zu kleiden? Ist es nicht eine Verruchtheit ohnegleichen von ihnen, daß sie als Arbeitslose winzige Brosamen von dem Reichtum zurückfordern, den sie als Werktätige bei Überarbeit geschaffen haben? „Abbau der Erwerbslosenunterstützung", das ist seit Monaten die Losung, die von allen vertreten wird, die inbrünstig nach jener „Gesundung von Deutschlands Wirtschaft" rufen, die für sie gleichbedeutend ist mit der gesicherten Ausbeutungsmacht und Ausbeutungsgelegenheit der edlen kapitalistischen Klassen. Abbau der Erwerbslosenfürsorge, das ist der Schrei der Biedermänner

und Biederweiber, die dem deutschen Volk aufdringlich die Notwendigkeit des Sparens predigen, sobald es sich um Arbeiterforderungen handelt.

Sie haben recht! Es ist wirklich und wahrhaftig die höchste Zeit, daß an der Fürsorge für Arbeiter und Angestellte gespart wird, die Müßiggängern die Schüsseln füllten, halbgebildete Protzen zu „Gönnern von Wissenschaft und Kunst" machten und sich selbst den Bettelsack webten und nähten. Deutschland hat so viel dringendere Aufgaben zu erfüllen als diesen Toren des Lebens Notdurft zu sichern. Mußte das Reich nicht 22 Millionen hinlegen, um ein Haus anzukaufen und einzurichten, das des früheren Sattlers Ebert würdig sei, der die verschossene rote Jakobinermütze nicht mehr stolz auf dem Haupte trägt, sondern als Unterlage auf seinem Präsidentensessel mit der majestätischen Gestalt deckt und drückt. Ist es nicht eine Notwendigkeit — dafern die Besitzenden in Württemberg ruhig verdauen und schlafen sollen — das vom 1. Oktober 1919 bis 1. Oktober nächsten Jahres rund $17\frac{1}{2}$ Millionen für eine staatliche Polizeiwehr und die kommunalen Einwohnerwehren verausgabt werden? In anderen Gliedstaaten des Reichs liegen die Dinge ebenso. Der Unterhalt der Noskegardisten, die im Osten das Händchen baltischer Junker gegen die Freiheitsbestrebungen der Esten, Letten und Livländer zu schützen hatten, die in Berlin, Halle, Düsseldorf, Bremen, München die kapitalistische Ausbeutungswirtschaft gegen das Drängen befreiungssehnsüchtiger Proletarier verteidigten, er hat in den ersten 5 Monaten des Jahres über 12 Milliarden verschlungen. Die Landsknechte, die unter Führung ihres monarchistischen Häuptlings Grafen von der Goltz im Baltikum nach Beute und Eroberungen hungern und Deutschland in die schwersten Konflikte mit der Entente zu stürzen und durch einen monarchistischen Putsch zu erschüttern drohen, haben seit Monaten jeden Tag 800 000 Mark gekostet. Für den Unterhalt und die Gebührnisse der „arbeitswilligen" 400 000 Mann der Reichswehr muß Deutschland monatlich $1\frac{1}{2}$ Milliarden aufbringen. Jeder Reichswehrmann kostet im Durchschnitt im Monat 3750 Mark, im Tag 125 Mark, in Wirklichkeit weniger, weil ja die Offiziere und Unteroffiziere über dem Durchschnitt erhalten, und zwar je höher oben um so mehr.

Wer daran zweifelt, daß diese Aufwendungen sein müssen, verdient durch die alle Zweifel endende Logik der Kleinkalibrigen oder Maschinengewehre zum Schweigen gebracht zu werden. Müssen die Bauer, Noske und Erzberger nicht mit starker Faust und Waffengewalt Deutschlands „heiligste Güter" schützen lassen? Die deutsche „Kultur" vor „bolschewistischer Barbarei" bewahren, die von außen und von innen droht? Die deutsche Kultur der „Bahn frei für die Tüchtigen", die so glorreichen Ausdruck gefunden hat in dem schmählichen Schulkompromiß, das die weltliche, auf der Grundlage des Arbeitsunterrichts reformierte Einheits- und Erziehungsschule preisgab. Die bolschewistische Barbarei, die in Rußland trotz der ungeheuersten Schwierigkeiten mit beispielloser Energie den nie mehr zu tilgenden Anfang großzügigster Volksbildungsarbeit machte, die erziehende, einheitliche Arbeitsschulen, Kindergärten, Lehrerseminare, Lehrerbildungskurse, Bibliotheken, Kunstveranstaltungen für das Volk geradezu aus dem Boden stampfte, das Land von „Bildungszügen" durchqueren ließ usw. Die deutsche Kultur, die darin gipfelt, daß irgend ein halbgebildeter Emporkömmling ein herrliches, unvergleichliches Meisterbild in seiner „Diele" aufhängt, um sich für seinen „Kunstsinn" von seinen Gästen beweihräuchern zu lassen, und es nicht in einem edelgestalteten und geschmückten Fabriksaal aufstellt, wo sich „seine" Arbeiter und Angestellten daran erfreuen und erheben könnten. Die „deutsche Kultur" des Kapitalismus, des internationalen Kapitalismus, dessen letztes Wort ist: Luxus, Raffinement, Übersättigung, Entartung, kraftloses, ungesundes Aesthetentum für Wenige und das Zerstampftwerden zu Kulturdünger der Vielen. Die Barbarei des internationalen Sozialismus, deren Ziel ist, nicht bloß das Brot des Leibes, nein auch das Brot des Geistes, der Wissenschaft, Kunst als sicheres Erbgut allen zu verbürgen, allen die gesellschaftlichen Bedingungen zu schaffen, nach ihren natürlichen Maßen zu wachsen, zu werden, zu wirken!

Damit die „Kultur" des Kapitalismus in Deutschland gerettet werden kann, sollen die Erwerbslosen sich darein schicken, die seitherige Unterstützung zu verlieren. Am ersten Januar schon soll die Erwerbslosenunterstützung aufhören und an ihre Stelle eine Arbeitslosenversicherung treten. Ausgerechnet in der Zeit, wo die Winterhärten die Qualen der Arbeitslosen verschärfen, und wo der Kohlenmangel und die heimkehrenden Kriegsgefangenen die Arbeitslosigkeit unheimlich steigern müssen. Es sind „erfahrene Sozialpolitiker", die den „Abbau der Erwerbslosenfürsorge" in die Hand genommen haben. Es war ein früherer Gewerkschaftsbeamter, der nun als Reichskanzler erklärte: „Schließlich verlangen die gewerkschaftlichen Grundsätze und nicht minder die finanziellen Machtverhältnisse des Reiches eine Umgestaltung der vielfach mißbrauchten Arbeitslosenfürsorge im Sinne einer verstärkten Arbeitsbeschaffung für die Erwerbslosen. Wir wollen sie zu Notstandsarbeiten heranziehen und mit größter Rücksichtslosigkeit allen denen, die die zugewiesenen Arbeiten nicht annehmen, die Unterstützung versagen. Den endgültigen Abbau der heutigen Zustände soll die gesetzliche Arbeitslosenversicherung bringen, die im Reichsarbeitsministerium in Vorbereitung ist." Also Herr Bauer, der nach dem Kapitalistenjargon früher von Arbeitergroschen lebte, und der nun sein Amt als Reichskanzler sicher nicht seiner platten Mittelmäßigkeit verdankt, sondern dem Umstand, daß ihm als Gewerkschaftsführer proletarische Vertrauensselige folgten.

Was ist des Pudels Kern? Daß die Reichsregierung, in der Mehrheitssozialdemokraten ausschlaggebend sind, der Mehrheitssozialdemokraten die Firma geben, daß diese Reichsregierung sich die erzkapitalistische Meinung zu eigen macht, die Arbeitslosen seien „vielfach" — d. h. nach eben derselben Meinung „fast alle" — schaffensunwilliges Pack, das nur ein Verlangen habe: sich faulenzend von der Allgemeinheit erhalten zu lassen. Daß die „sozialdemokratische Regierung" fest entschlossen ist, den Hunger gegen die Arbeitslosen zu mobilisieren, um sie durch dessen brutale Gewalt zu zwingen, den kapitalistischen Profit für jeden Lohn und unter allen Bedingungen zu mehren; elend bezahlte Verrichtungen zu übernehmen, von denen die Ärmsten nichts verstehen, Verrichtungen, die die Kräfte ihres zermürbten Körpers übersteigen, die sie von ihren Lieben trennen — das als Urquell der Erneuerung Deutschlands gepriesene Familienleben ist offenbar nur für die Besitzenden heilig, neben deren Kaufehe der Ehebruch und das Bordell stehen. Aber wird nicht die Arbeitslosenversicherung in den „Grenzen des Notwendigen, Maßvollen und daher Gerechtfertigten" der schwärzesten Not wehren? Und das obendrein auf der Grundlage der Solidarität, die alle Glieder des werktätigen Volks, alle ausgebeuteten Lohnarbeitenden ohne Unterschied des Berufs, des Geschlechts miteinander verknüpft? Unter den Umständen, unter denen die Arbeitslosenversicherung geschaffen wird, soll sie alles andere sein, nur nicht Bekräftigung der proletarischen Solidarität. Sie ist gedacht als Peitsche, die die Erwerbslosen bedingungslos unter das kapitalistische Joch treibt, als Peitsche, die vom Proletariat selbst geschwungen wird.

Die Versicherung mit ihren Beiträgen soll die erwerbenden Arbeiter und Angestellten im Interesse der kapitalistischen Wirtschaft zu Antreibern und Zuchtmeistern ihrer erwerbslosen Brüder und Schwestern machen. Sie soll zum Schwert werden, das teilt und beherrscht. Indem die Arbeitslosenversicherung die Kosten einer unentbehrlichen sozialen Fürsorge der gesamten Klasse ausgebeuteter Kopf- und Handarbeiter aufbürdet, will sie gleichzeitig inmitten dieser Klasse eine Kluft aufreißen zwischen „anständigen Arbeitnehmern" und „arbeitsscheuen Drückebergern". Das Kapital kann dann um so bequemer und rücksichtsloser über die erwerbenden und erwerbslosen Proleten herrschen und die einen gegen die anderen ausspielen. Die von der Regierung im herzlichen Einvernehmen mit den Kapitalisten wirksam gemachte Solidarität der Arbeitslosenversicherung erinnert sinnenfällig an die Solidarität der russischen Dorfgemeinde unter dem Zarismus. Der Höhepunkt dieser Solidarität war, daß Väterchen die ganze Gemeinde mit einer Strafexpedition wegen rückständigen Steuerleistungen heimsuchen ließ. Die vorgesehenen Unternehmerbeiträge

dürfen über den kapitalfrommen Zweck der Arbeitslosenversicherung nicht täuschen. Das um so weniger, als die Arbeiter und Angestellten selbst in Gestalt des ihnen abgenommenen Mehrwerts ihrer Leistungen auch diese Beiträge bis zum letzten Heller selbst zahlen.

Die Regierung der Täuschung und Niederzwingung des Proletariats will zu Nutz und Frommen ihrer kapitalistischen Auftraggeber mit der Arbeitslosenversicherung die Solidarität der Lohnfrohnenden ausbeuten, wie der einzelne Unternehmer den einzelnen Proletarier auswuchert. Die Massen müssen diese Rechnung durchstreichen. Die Solidarität der Ausgebeuteten ist kein leerer Wahn. Die erwerbenden und erwerbslosen Arbeiter und Angestellten haben ein gemeinsames, gleiches Interesse. Die Erwerbenden von heute können die Erwerbslosen von morgen sein, die auf die „Faulheitsprämie" angewiesen, alle Not, allen Schimpf des „arbeitsscheuen Gesindels" zu tragen haben. In der kapitalistischen Wirtschaft trennt keine granitne Mauer arbeitende und arbeitslose Proletarier. Nichts als eine dünne Papierwand steht scheidend zwischen ihnen, die die kapitalistische Profitsucht in jedem Augenblick mit brutaler Faust durchstößt. Über jedem Ausgebeuteten schwebt das düstere Schicksal, von der Höhe einer bescheidenen, gesicherten Existenz in den Abgrund der Arbeitslosigkeit geschleudert zu werden, im Lumpenproletariat zu versinken. Der Erwerbende schützt in dem Erwerbslosen sich selbst.

Deshalb gemeinsamer Kampf der erwerbenden und erwerbslosen Proletarier! Kein Abbau, bessere Ausgestaltung der Erwerbslosenfürsorge. Gewährung einer „Beschaffungszulage", wie sie jetzt beim Anbruch des Winters den staatlichen Beamten, Angestellten, Arbeitern gewährt wird. Nicht bloß „Notstandsarbeiten", sondern auch planmäßige Organisation und gerechte Verteilung der vorhandenen Arbeitsgelegenheiten. Verkürzung des Arbeitstags und Regelung der Arbeitszeit für alle. Gleiche Entlohnung für Männer und Frauen bei gleicher Leistung, gleicher Unterstützungsbetrag für beide Geschlechter. Für diese und ähnliche Forderungen gemeinsamer Kampf der erwerbenden und erwerbslosen Ausgebeuteten gegen den gemeinsamen Feind: den Kapitalismus und seine talmisozialistische Regierung. Gemeinsamer Kampf für ein höheres Ziel, als jenes, das schwärzeste Elend der Stunde zu mildern: Kampf zur Beseitigung der kapitalistischen Ausbeutungswirtschaft und zur Aufrichtung der kommunistischen Gesellschaft. Karl Marx sagt, daß eine Gesellschaft verloren sei, die ihren Sklaven nicht mehr die nackte Existenz zu sichern vermöge. Die notbeladene Existenz der Erwerbslosen bezeugt, daß die bürgerliche Gesellschaft diese Stufe der Entwicklung erreicht hat. Der Kapitalismus ist außer Stande, ungezählten Massen seiner Lohnsklaven und Lohnsklavinnen auch nur das nackte Dasein zu sichern. Fort mit ihm! Dies unser Ziel. Dafür, Erwerbende, Erwerbslose, vereinigt euch!

Etwas über das Moralproblem.

Von D. R.

I.

Unter den Einwänden, die gegen den Kommunismus erhoben werden, beziehen sich viele auf das Moralproblem. Und zwar kommen sie nicht nur aus der bürgerlichen Welt; auch in proletarischen Kreisen und bei den Kommunisten selber bestehen Zweifel und Unsicherheit über die Lösung des Moralproblems innerhalb einer kommunistisch organisierten Gesellschaft.

Da wird die Frage gestellt: wie sind in einer kommunistischen Gemeinschaft, in der Alle gleich bewertet werden und Alle das Gleiche erhalten sollen, in der für Alle gesorgt wird, noch hervorragende Leistungen möglich? Beruhen diese besonderen Leistungen, die den Wohlstand des Einzelnen begründen, die aber auch in Gestalt von Erfindungen, Entdeckungen, Vervollkommnungen aller Art das Gemeinschaftsleben fördern, den Fortschritt der Kultur bewirken, nicht auf der individuellen Tüchtigkeit Einzelner, auf ihrer Initiative? Wie wird das alles weiter noch wirksam werden, in Erscheinung treten können, da der Einzelne nicht mehr für sich selbst, für seinen persönlichen Wohlstand und das Wohlergehen seiner Familie zu arbeiten genötigt ist und also kein Interesse mehr daran hat, etwas außerordentliches zu leisten? Ausschlaggebend für die Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit und Tüchtigkeit, für das Hervorbringen kultureller Werte soll also der aus dem Persönlichen quellende Antrieb sein, der Drang, für sich selbst und seine Angehörigen ein schönes Leben zu schaffen. Wenn dieser persönliche Antrieb fortfalle, so meint man, würde die höchste Entfaltung des Daseins unmöglich gemacht, würde alle menschliche Leistung herabgedrückt, nivelliert werden zu gleichgültiger Mittelmäßigkeit. So stellt man sich, stellt sich vor allem der Bürger die Folgen einer kommunistischen Gemeinschaft vor. Man traut also der menschlichen Natur sehr wenig zu, vor allen Dingen nicht, daß sie das Gute nur um des Guten und das Schöne um des Schönen willen vollbringen könnte, aus Freude an der Arbeit, am Vollbringen selbst.

Da wäre denn zu untersuchen, ob die geäußerten Befürchtungen für das Heil und die Entwicklung der „Menschheit" begründet sind.

Zunächst die Frage: Handelt es sich denn wirklich bei denen, die solche Zweifel äußern und mit ihnen gegen den Kommunismus argumentieren, um ein Interesse am Wohle des Ganzen, der Menschheit, oder nicht vielmehr um das höchsteigene Interesse und Wohlsein? Dieses Interesse und Wohlsein steht und fällt mit der Möglichkeit der hergebrachten Art der „Entfaltung", nämlich mit dem freien Schalten und Walten mit den Produktionsmitteln, die persönliches Eigentum sind. Ist denn überhaupt schon planmäßig für die höchste Entfaltung menschlichen Daseins gearbeitet worden, mit dem Maßstab: höchste Vollendung des Ganzen?

Ist nicht das ganze Bild der Vollendung menschlichen Seins, der Kultur, ein rein zufälliges Ergebnis der Summe dessen, was hunderttausend Einzelne aus egoistischen Gründen für sich, für ihr persönliches Glück und Wohlbefinden schufen? Das glänzende Bild des Ganzen rechtfertigt das, was der Einzelne in ihm leistet, und gibt seinen Leistungen in manchen Fällen außer dem persönlichen noch einen allgemeinen Wert in dem Maße, wie die Leistungen für das Ganze wichtig sind. Unwillkürlich, einem inneren Gesetze folgend, unterstreicht und betont jede Gesellschaftsschicht, und zwar zuerst jede herrschende Klasse, die Moralgrundsätze, die für ihre Lebensweise und ihre soziale Zusammensetzung günstig sind und heißt sie gut, setzt Lohn auf ihre strenge Befolgung und Strafe auf jede Unterlassung. Die Sitten- und Moralgesetze sind nicht feststehend und ewig gültig, sondern die jeweilig herrschende Klasse hat sich selbst die Gesetze geschrieben, die Werte festgesetzt, die für ihre Entfaltung notwendig und günstig waren. So erfüllte das französische Bürgertum in der französischen Revolution die Welt mit dem Rufe „Freiheit und Gleichheit", weil es unbeschränkte Freiheit brauchte, Handel zu treiben und Profit zu machen. Wie beschränkt diese Freiheit doch war, wie fest ihre Grenzen nach unten gezogen, das spürt das Proletariat noch bis auf den heutigen Tag. Auch Moses schrieb ja seine Gesetztafeln, als Gebote von Gott, die sein Volk brauchte in den neuen umwälzenden Zeiten, durch die er es führte. So auch entspricht in der heutigen kapitalistischen Gesellschaft der Drang nach Entfaltung der Persönlichkeit dem persönlichen Interesse. Damit dies persönliche Interesse aber allgemein gültig werden und Moral und Sitte bestimmen könnte, mußte es mit dem allgemeinen, dem Menschheitsinteresse als zusammenfallend hingestellt und gepriesen werden. So wurde neben dem Individualismus, oder besser Egoismus, der Altruismus heilig gesprochen, d. h. das Interesse für die Allgemeinheit.

Aber trotz der Einsetzung des Altruismus als höchste Tugend (Kant's kategorischer Imperativ) ist den Individualisten der Kommunismus, der doch das Interesse für die Allgemeinheit in höchster Steigerung und Vollendung will, ein Schreckbild, da er in ihrer Vorstellung jede individuelle Entwicklung ausschließt.

Wir wissen aber, daß erst der Kommunismus die höchste Entfaltung menschlicher Individualität, persönlicher Eigenart ermöglichen wird. Freilich auf einer anderen Grundlage als heute. Und das eben erscheint unseren Individualisten unmöglich. Es kommt ihnen nämlich nicht auf diese höchste Entfaltung des menschlichen Daseins an, weder um dieser Entfaltung selbst noch um der Gemein-

schaft willen, sondern auf die Art und Formen, in denen sie gerade heute möglich ist. Gerade die Voraussetzungen, die für den Individualismus innerhalb der heutigen kapitalistischen Gemeinschaft nötig sind, die sind ihnen das Wichtige. Denn wenn auch, oder besser, weil der Altruismus, das Interesse an der Allgemeinheit, als höchste Tugend gefordert und gepriesen wird, so wurzeln doch in Wirklichkeit die eigentlichen Motive des Handels nicht im Interesse am Allgemeinen, sondern gerade im Persönlichen, im Egoistischen. So dreht sich die Kardinalfrage der Moral um Individualismus und Altruismus. Diese Frage wollen wir in der nächsten Abhandlung untersuchen.

—

Warum brauchen wir Kommunisten eine Frauenbewegung?

Von B. Th.

II.

Im Vordergrund der bisherigen Frauenbewegung stand die Aufgabe, die Frauen politisch und geistig zu schulen, um sie als gleichwertige Kämpferinnen dem allgemeinen Befreiungskampfe des Proletariats einzureihen. Der Krieg hat das Antlitz der Welt, hat die gesellschaftlichen Verhältnisse in tiefgehender Weise verändert. Alle sozialen Gegensätze wurden verschärft, alle sozialen Probleme auf die Spitze getrieben, neue soziale Fragen tauchten auf, Zukunftsforderungen wurden zu Gegenwartslosungen. Geschichtliche Ereignisse und Tatsachen wandelten und klärten die rein theoretische, wissenschaftliche Erkenntnis. Ehedem glaubten sich wohl die meisten zu der Annahme berechtigt, der Kapitalismus werde durch seinen Wahnsinn, seine Unwirtschaftlichkeit als System, seinen Untergang finden in der unerhörten Ueberproduktion, die sich von Zeit zu Zeit durch internationale Krisen Luft schaffte und den scheinbar festgefügten Bau des Kapitalismus hörbar krachen ließ. Nun haben die Folgen der Riesenhaftigkeit der Produktivkräfte, die sich in wenig Händen befinden, haben die Anhäufung des kapitalistischen Reichtums und die Ueberproduktion zu den imperialistischen Weltmachtsbestrebungen des Kapitals geführt und damit den Weltkrieg gezeitigt. Dieser aber hat für unabsehbare Zeit der Tendenz des Kapitalismus nach Ueberproduktion die Voraussetzungen genommen. Nicht wie ehedem Ueberproduktion, sondern Unterproduktion bringt nun das kapitalistische System ins Wanken. Der geräumige Schlund des Weltkrieges hat nicht nur den Ueberfluß an Werten aufgesaugt, er hat auch ungeheure Zukunftswerte an Menschen und Dingen verschlungen, vernichtet. Dies tritt in der maßlosen Verschuldung des Staates zu Tage, die heute schon das gesamte sogenannte Nationalvermögen übersteigt und in ihrer Schuldverzinsung Werte der Produktion beansprucht. Der Zweck der kapitalistischen Produktionsweise ist Schaffung von Profit für den Unternehmer. Wenn dieser Zweck weiter erreicht werden soll, so kann die Wirtschaft die erforderlichen Werte nicht erzeugen. Diese wirtschaftliche Wandlung der sozialen Verhältnisse, der ganzen Welt hat neue soziale Erscheinungen, Fragen und Aufgaben vor uns gestellt.

Bereits hat die proletarische Revolution damit begonnen, auf internationaler Grundlage den Bankerott des kapitalistischen Systems zu liquidieren. Der Sozialismus, der Kommunismus ist längst keine Zukunftsmusik mehr für das Proletariat. Er ist zu einer in absehbarer Zeit zu lösenden Tages- und Machtfrage geworden. Das Proletariat ist gezwungen, seine Taktik, seinen Kampf, seine ganze Politik im Hinblick darauf einzustellen, daß nun die Umwandlung der kapitalistischen in eine sozialistische Produktionsweise, die Ablösung der Bourgeoisieherrschaft durch die Diktatur des Proletariats erfüllt wird. Der wissenschaftliche Sozialismus gab uns die Möglichkeit, bisher in groben Umrissen, bestimmte Linien die Entwicklungstendenzen des Kapitalismus zum Sozialismus zu erkennen und als wegweisend für unseren Kampf festzustellen. Aber es war nicht möglich, die geschichtlichen Bedingungen und Formen im Einzelnen vorauszusehen, unter denen der Umwandlungsprozeß vom Kapitalismus zum Sozialismus sich vollziehen werde. Doch hebt gerade die geschichtliche Erkenntnis von den Grenzen unseres Wissens den wissenschaftlichen Sozialismus über alle Utopistereien hinaus. Er hütet sich in der Folge, sein System in die blaue Luft zu bauen, sondern ist bemüht, auf dem Boden der Tatsachen, der jeweiligen entwicklungsgeschichtlichen Epoche die hieraus erwachsenden Schlußfolgerungen für die Art und Formen des proletarischen Klassenkampfes zu ziehen. So haben wir auch für die Frauenbewegung die Frage zu stellen und zu untersuchen, ob für sie auf der gegenwärtigen Stufe der geschichtlichen Entwicklung, den Erscheinungen des proletarischen Klassenkampfes neue Gesichtspunkte und Aufgaben erstehen und welcher Art sie sind.

Die geschichtliche Lage gleicht der reifen Frucht des herbstlichen Baumes. Da das Proletariat von der Geschichte berufen ist, diese Frucht zu pflücken, so ergibt sich aus dieser Tatsache die Selbstverständlichkeit, daß auch die Frauen mit der gereiften Situation, ihrer Aufgabe und den Methoden zu ihrer Lösung bekannt gemacht werden. Die Schulung der Frauen für den Sozialismus, für die Sozialisierung der Produktion ist heute von viel weittragenderer Bedeutung als ehedem. Damals handelte es sich nur darum, die Ergreifung der politischen und wirtschaftlichen Macht durch das Proletariat vorzubereiten, heute geht es hingegen um die Ergreifung und Ausübung dieser Macht selbst. Solange das Proletariat nur als oppositioneller Machtfaktor im Staate, in der Gesellschaft wirkt, sind Fehler, Unterlassungssünden nicht von der einschneidenden Bedeutung, als wenn es zur herrschenden Macht wird. Daher ist die Erziehung, die Schulung der proletarischen Frauen heute von besonderer Wichtigkeit. Auch sie müssen mit höchstem Verantwortlichkeitsgefühl, mit gesteigertem Pflichtbewußtsein gegenüber ihren geschichtlichen Aufgaben erfüllt werden.

Da Rußland in der proletarischen Weltrevolution den Reigen eröffnet hat, ist seine Entwicklung in mannigfacher Hinsicht lehrreich, Richtung zeigend für uns, für das gesamte Proletariat geworden. Ohne die Einrichtungen und Maßnahmen von dort in bedingungsloser, mechanischer, sklavischer Weise auf anders entwickelte Länder zu übertragen, haben wir uns mit dem Geist der russischen Revolution zu erfüllen, die sich in ihr durchsetzenden Tendenzen zu verfolgen. Unter Berücksichtigung der bei uns gegebenen besonderen geschichtlichen Umstände müssen wir von den Vorgängen, den Methoden und Einrichtungen, besonders aber auch aus den Fehlern der russischen proletarischen Revolution lernen. Die Frauen namentlich haben ein Interesse daran, mit den russischen Einrichtungen und Dingen bekannt zu werden, weil erst der Kommunismus für sie die endgültige Befreiung aus Jahrtausende alter Knechtschaft bringen wird.

Man hört den Einwand, daß wir als Kommunisten heute schon die Gleichstellung der Geschlechter innerhalb der Kommunistischen Partei durchzuführen hätten und daher ablehnen sollten, für die Frau besondere Einrichtungen der Agitation und Schulung zu treffen. Dieser Einwand kann nur aus mangelndem Verständnis und Vertrautsein mit dem Ganzen der vorliegenden Fragen erhoben werden. Wie wir unser Ziel nicht auf Wolken bauen, so führen auch unsere Wege auf dem Boden der Wirklichkeit vorwärts. Wir knüpfen dort an, dort bauen wir weiter. Für die Frauen bedeutet dies, daß wir, um sie für unsere Aufgabe zu gewinnen, sie in der Rückständigkeit aufzurichten haben, die durch ihre besondere soziale Entrechtung bedingt und gezeitigt wurde. Dort müssen wir anfangen, dort aufbauen. Wir können von der heutigen Frau zu der Frau als Mitträgerin des Kommunismus nicht in Sprüngen gelangen. Wir müssen die Frauen in ihrer Gesamtheit erfassen, ihre Kräfte, ihren Geist wecken und entwickeln für die Forderungen des Kommunismus, denn selbst in der ersten Zeit nach der Machtergreifung des Proletariats wird die Frau nicht von einem Tage zum andern das abstreifen können, was die früheren gesellschaftlichen Verhältnisse an ihr gesündigt haben. Auch darin werden die von den sozialen Verhältnissen bestimmten Gründe besondere Einrichtungen zur Schulung und Erziehung der Frauen noch als notwendig erscheinen lassen. Die besonderen Fraueninteressen, die aus der physisch-psychischen Eigenart der Frau sich ergeben, wirken auch in der kommunistischen Gesellschaft zunächst weiter, selbst wenn die Wertung der Frau eine Wandlung erfährt. Und zwar wird diese Wandlung sich in der Richtung vollziehen, daß die Frau als Mutter ganz andere Berücksichtigung erhalten, andere Rechte erlangen wird, wie unter der heutigen kapitalistischen Knechtungs- und Ausbeutungsgesellschaft. Der Emporstieg der Frau zu höherer geistig-sittlicher Menschlichkeit, zur Vollmenschlichkeit wird bewirken, daß sie ihre Interessen viel lebendiger vertreten und verfechten wird, entsprechend ihrem größeren Pflichtenkreis.

Von welcher Seite wir auch die Sache der proletarischen Frauen betrachten, so ergibt sich überall die Notwendigkeit, besondere Einrichtungen für die Frauen zu treffen, um sie dem allgemeinen Befreiungskampf des Proletariats zuzuführen, sie vorzubereiten zum voll- und gleichwertigen Glied der sozialistischen Gesellschaft, auf daß sie ihre Pflichten als Bürgerin, als Frau und Mutter, der Trägerin des nachkommenden Geschlechts, erfüllen und ihnen kraftvoll dienen kann.

—

Von Verbrechen, Strafe u. Amnestie.

Die bürgerliche Ordnung sucht sich und ihr Recht durch eine Unsumme von Strafbestimmungen zu schützen. Wie ein Stacheldraht einen Garten, ein Feld vor dem Betretenwerden bewahren soll, also hat das Strafrecht die Aufgabe, die bürgerliche Ordnung und das zu schirmen, was nach ihr richtig, Recht sein soll in den Beziehungen von Mensch zu Mensch, in den Beziehungen von Mensch zu Gut und Besitz. Wer den Dingen auf den Grund sieht, der erkennt, daß die stärkste Wurzel der bürgerlichen Ordnung, des bürgerlichen Rechts die Sorge um das Eigentum, den Besitz ist. Der Besitz ist letzten Endes maßgebend für die Beziehungen von Mensch zu Mensch. Das ist natürlich, soweit man in gesellschaftlichen Dingen von natürlich reden darf. Das Privateigentum ist ja die Grundlage der kapitalistischen Ordnung, des bürgerlichen Rechts. Das Bürgerliche Gesetzbuch Deutschlands trägt wie der berühmte Code Napoleon in Frankreich, daß die Rücksicht auf das Eigentum das tiefste Wesen des bürgerlichen Rechts ausmacht. Im Familienrecht, im Handelsrecht, auf allen Gebieten der sogenannten Rechtsordnung und Rechtspflege sind die Verhältnisse der lebendigen Menschen, ihre Beziehungen zu einander, untergeordnet unter die Sorge um den toten Besitz und das Verhalten der Menschen zu ihm. Kurz das Recht spiegelt den Wahnsinn der kapitalistischen Wirtschaft wieder, nach deren ungeschriebenen, aber zwingenden Gesetzen der besitzende Mensch ohne selbst zu arbeiten die Frucht fremden Mühens in der Gestalt unbezahlter Arbeit sich aneignen kann; der Habenichts aber Wenigbesitzende aber in Gestalt seiner Leistung unbezahlte Arbeit für den Besitzenden liefern muß.

Das Wesen des bürgerlichen Rechts als eines Rechts zum Schutz des Eigentums und der gesellschaftlichen Ordnung, deren Grundlage das Eigentum ist, kommt besonders scharf in dem Strafrecht zum Ausdruck und in den damit zusammenhängenden Strafvollzugsgesetzen. Hier ist das in Bestimmungen über Bestimmungen mit Händen zu greifen. Es tritt aber auch in dem Grundcharakter der einschlägigen Satzungen zu Tage, daß derjenige, der das Recht der bürgerlichen Ordnung **gebrochen** hat, ohne weiteres als **Verbrecher** betrachtet und behandelt wird und nicht — wie es recht häufig der Fall sein müßte — als **Gebrochener**, als **Kranker**, Schmacher, Widerstandsunfähiger. Die gesetzlichen Vorschriften über Strafe und Strafvollzug drehen sich in erster Linie und in der Hauptsache um die **Straftat**, um das Maß ihrer Schädlichkeit für die bürgerliche Ordnung und der Unverträglichkeit mit ihr. Der **Täter** wird als Schädling an der bürgerlichen Ordnung abgeurteilt. **Er soll außer Stand gesetzt werden, ihr zu schaden.** Allein die bürgerliche Gesellschaft beanügt sich nicht damit, nicht mit dem, was vom Standpunkt ihres Interesses aus begreiflich ist; sie geht darüber hinaus. Sie **bestraft** den Täter für seine Tat, für den Bruch der bürgerlichen Ordnung und ihrer Rechtssatzungen. Und die Strafe trägt den Charakter der **Rache**. Denn daß Strafe und Strafvollzug, wie wir sie heute kennen, im allgemeinen Mittel der **Besserung und Erziehung** wären, wird heute kaum ein Sachkundiger zu behaupten wagen. Eugen Pottier, der vom revolutionären Geist erfüllte Sänger der Pariser Kommune, hat die Wirkungen der Zuchthäuser treffend also gekennzeichnet: „Als mühsam buchstabierender Abcschütze des Verbrechens tritt der junge Uebeltäter ins Gefängnis, als geläufig Lesender verläßt er es."

Auf der Grundlage revolutionierter wirtschaftlicher Verhältnisse, wächst in der bürgerlichen Ordnung unter dem Sturm und Drang der Klassenkämpfe eine neue, höhere gesellschaftliche Ordnung heran. Die Gesellschaft des Sozialismus, des Kommunismus, die als Maß aller Dinge den **Menschen** und nicht mehr das Eigentum haben wird. Sozialismus, Kommunismus besagt daher weit mehr als grundlegende Neuregelung der Wirtschaft allein. Sozialismus, Kommunismus besagt, daß auf der Grundlage der wirtschaftlichen Neuordnung alle anderen gesellschaftlichen Verhältnisse sich wandeln, daß alle Beziehungen von Mensch zu Mensch eine Umgestaltung, Erneuerung erfahren werden. Das Eigentum der Besitz wird seine Macht über diese Verhältnisse verlieren. Sie werden in sittlicher Freiheit geregelt werden, deren feste Grundlage die **Solidarität** ist. Solidarität ist Gemeinschaftsbewußtsein, ist die Erkenntnis, daß der einzelne Mensch nicht losgelöst von Seinesgleichen einsam auf einer Insel lebt, sondern als Gleichberechtigter und Gleichverpflichteter inmitten des brausenden Stroms einer Gemeinschaft von Gleichberechtigten und Gleichverpflichteten; ist die Erkenntnis, daß jeder Einzelne ein Glied in der Kette unendlicher Geschlechter ist, verbunden mit den vorhergehenden und den nachfolgenden Geschlechtern wie mit den Mitlebenden; von den Errungenschaften der gesegnet oder verflucht durch vererbte Anlagen und Eigenschaften; bei Arbeit, Genuß und Leid von den Zeitgenossen empfangend und ihnen bei Arbeit, Genuß und Leid spendend, den Nachlebenden verpflichtet, als Mehrer ihres Kulturerbes in den unendlichen Wellen des Lebens zu verrinnen. Der Einzelne gleicht inmitten der Gesellschaft, der Menschheit, der Menschheitsentwicklung einem jener winzigen Korallentierchen, die im engsten Verbundensein mit einander aus bestimmten Meeresteilen einen jener Korallenriffe aufbauen, die die Grundmauern von vielen Südseeinseln sind.

Es versteht sich, daß der revolutionierten Auffassung von den gesellschaftlichen Verhältnissen auch eine veränderte Betrachtung und Wertung von Verbrechen und Strafe entspricht. Wie die wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen der neuen Gesellschaftsordnung, so entwickelt auch sie sich als Teil der neuen Gesellschaftsmoral bereits im Schoße der bürgerlichen Ordnung. Entwickelt sich hier, gehemmt und behindert durch eben diese Ordnung selbst mit ihrem ganzen drum und dran und behaftet mit den Muttermalen ihrer Abstammung. Jedoch die Ansätze zu einer „menschlichen" Betrachtung und Wertung von Verbrechen und Strafe sind da. Erkenntnisse der Naturwissenschaften und der Gesellschaftswissenschaften haben zu ihnen geführt und ringen um ihre Anerkennung im Strafvollzug. Immer lauter, dringlicher fordern Fachgelehrte, daß nicht nur und auch nicht in erster Linie die Tat und ihr Verhältnis zum bürgerlichen Recht zu betrachten sei, sondern der **Täter**, der Mensch; daß die Hauptfrage nicht lauten dürfe: was hat der Verbrecher begangen, vielmehr: wie, warum, unter welchen Umständen ist ein Mensch zum Gesetzesbrecher geworden. In Verbindung damit erhebt sich die andere Forderung, Strafmaß und Strafvollzug dürfe nicht den Charakter der Rache, der Wiedervergeltung tragen, bestimmend dafür müsse die Rücksicht auf vorhergehende Erziehung sein, auf Bewahrung der Gesellschaft vor künftigem Schaden, auf Wiedereingliederung der Rechtsbrüchigen in das rechtsrechte Leben der bürgerlichen Ordnung.

Zwei Gruppen von wissenschaftlichen Erkenntnissen sind entscheidend geworden für die moderne Auffassung von Verbrechen und Strafe, von der Notwendigkeit entsprechender Reformen des Strafrechts und des Strafvollzugs. Im Mittelpunkt der einen steht das sichere Wissen, daß jeder einzelne Mensch nicht als paradiesischer Adam in „reiner Unschuld" geboren wird. Seine Vorfahren geben ihm ein starkes Gepäck seelischer und seelischer Anlagen und Eigenschaften mit auf die Welt, nützliche und schädliche. Unter diesen Anlagen und Neigungen befinden sich sogenannte „gesellschaftsfeindliche" Triebe, — gesellschaftsfeindlich übermäßig, gemessen an den Satzungen der bürgerlichen Gesellschaft, des bürgerlichen Rechts. Anlagen und Neigungen, die ungezügelt oder unbezähmbar emporwuchernd den Einzelnen dazu treiben, sein Wünschen und Begehren, sein Interesse eines Augenblicks hemmungslos durchzusetzen, ohne

Rücksicht darauf, daß er damit geltendes Recht bricht und Nebenmenschen in ihren wirklichen oder vermeintlichen Interessen schädigt.

Allerdings: der Rechtsbruch wird nur an den äußeren Rechtsformen und Rechtsnormen gemessen, nicht an der Sache selbst. Dafür ein Beispiel. Der mit dem unwiderstehlichen Trieb nach Reichtum, nach rohem Lebensgenuß erblich Belastete, der in kleinen, engen Verhältnissen steht, wird unter Umständen leicht zum Betrüger, zum Dieb, zum Straßenräuber, vielleicht gar zum Mörder und kommt vor den Strafrichter. Der mit dem nämlichen Instinkt erblich Belastete, der eine schwindelhafte Aktiengesellschaft gründet, Hunderte, Tausende kleiner Sparer um ihre Notgroschen prellt, moralisch und dafür verantwortlich ist, daß der jener dieser armen Teufel in Verzweiflung zum Strick greift, wird Ehrenvorsitzender von Industrie- und Finanzvereinigungen, Bankdirektor, vielleicht Minister, dafern es ihm nur gelingt, erste Schwindelunternehmungen durch nachfolgende größere, erfolgreiche Beutezüge zu „sanieren", zu decken und immer dicht am Zuchthaus vorüber mit geldsackbeladenem Piratenfahrzeug in den Hafen bürgerlicher Wohlanständigkeit einzulaufen.

Die erbliche Belastung des Einzelnen, die zu Vergehen und Verbrechen wider die Gesellschaft führt, ist ihrem Grad nach sehr verschieden. Ihre Stufenleiter geht von der breiten, untersten Sprosse der Willensschwäche, der Unfähigkeit zum starken, unerschütterlichen Widerstand gegen den Druck der Not, harte, erbarmungslose Daseinsbedingungen, wie gegen die gleißenden Lockungen leichten, schrankenlosen Genusses und die schlau berechneten Künste der Verführung, bis zu dem inneren elementaren wilden Trieb, zu stehlen, zu rauben, zu morden, Frauen zu vergewaltigen, als Dirnen im Schlamm unterzugehen. Die Stufenleiter der erblich Belasteten reicht vom strauchelnden Schwächling, den der äußere Zufall zum Vergehen stößt, bis zum sogenannten „geborenen Verbrecher", für den das Verbrechen unentrinnbares Verhängnis, zwingendes inneres Bedürfnis ist. Die erblich mit der Neigung, ja dem Zwang zum Vergehen und Verbrechen Belasteten sind moralisch Kranke, Anormale verschiedenen Grades. Mit Recht sprechen die Engländer von einer „moral insanity", d. h. sittlicher Ungesundheit, Kränklichkeit. Bei sehr vielen der erblich Belasteten ist die „moral insanity" in körperlicher Schwäche, körperlichen Eigenschaften und Veranlagungen verwurzelt. Forschungen haben ergeben, daß unter den „geborenen Verbrechern und Dirnen" die Zahl der körperlich Anormalen sehr groß ist, die durch ihre Familie mit den Folgen von Alkoholismus und Geschlechtskrankheiten behaftet sind. Eine entsetzliche Anklage und Mahnung.

Jedoch in dem Hang zu Vergehen wider die Gesetze der bürgerlichen Gesellschaft und gegen das Wesen dieser Gesellschaft selbst kommt noch ein anderes zum Ausdruck als verhängnisvolle körperliche und geistig-sittliche Erbschaft der persönlichen Vorfahren. Das ist der Entwicklungsgang der Menschheit selbst von der Tierheit bis zu der heute erreichten Menschlichkeit; das ist die geschichtliche Entwicklung der Gesellschaft von ihren ersten Uranfängen bis zur heutigen kapitalistisch bürgerlichen Gesellschaft, die bereits in den Geburtswehen einer neuen Zeit liegt. Jede Stufe der Menschheits- und Gesellschaftsentwicklung — und sie reicht bis in die graueste unerforschte Vorzeit zurück und umfaßt Stufen, die ungezählte Jahrtausende gedauert haben — hat das unbewußte Fühlen, das dämmernde Denken, das triebmäßige Wollen von vielen Geschlechtern geprägt. Wie die Entwicklung des Kindes im Mutterleib die „Stammesgeschichte der Menschheit" nachbildet, auf die Herkunft des Menschen aus dem Tierreich, seine Verwandtschaft mit diesem deutlich hinweist, wie im menschlichen Körper verkümmerte oder mißgestaltete Teile an Gestaltung und Lebensweise in Urzeiten erinnern, so liegen auch in den Tiefen seiner Seele, unter der Schwelle seines Bewußtseins Empfindungen, Regungen, Begierden aus jener dunklen Vergangenheit. Empfindungen, Regungen, Begierden, die gewöhnlich durch die Macht der Gewohnheit, der Sitte, der Erziehung, der Umwelt, mit einem Wort: der Kultur gebunden sind, die aber von den Umständen entfesselt und wirksam, beherrschend werden können. Wie wilde Tiere lauern sie hinter den Gitterstäben der Moral, des Rechts, der Kultur unserer Tage, um in einem gegebenen Augenblick von besonderen Umständen gelockt, begünstigt auszubrechen und mit elementarer Gewalt blind, moralisch hemmungslos sich auszutoben.

Der Weltkrieg mit seinen Schrecken und Barbareien ist ein riesenhaftes klassisches Beispiel dafür, welche starken Ueberlebsel, Reste des Tieres noch im Menschen mächtig sind, und daß bei Vielzuvielen die Kultur nicht ein unablösbarer Teil des Wesens ist, sondern nur ein dünner, glänzender Firnis, den jedes Unwetter abwäscht. Weder das religiöse Gebot, noch die Moral edler Menschlichkeit oder das Bekenntnis zur sozialistischen Internationalität hat Menschen schaudernd davor zurückbeben lassen, Menschen zu verstümmeln und zu morden, wertvollstes Menschenwerk zu zerstören. Die politisch und gewerkschaftlich mustergültig organisierten Proletarier Deutschlands, deren hohe kulturelle Entwicklung in der ganzen Welt gepriesen wurde, haben in Belgien und Lille Frauen bestialisch mißhandelt, haben im Osten von Finnland bis zur Ukraine ungezählte revolutionäre Kämpfer und Kämpferinnen für den Sozialismus niedergemacht, mit Maschinengewehren dahingemäht, wie es die unkultivierten Neger aus Afrika, die wilden Bergvölker aus Indien in den Heeren der Entente nicht fühlloser, grausiger zu tun vermocht hätten.

Die wenigsten geben sich Rechenschaft darüber, wie stark die tierische Vergangenheit noch in ihnen lebt, und wie leicht und rasch sie eines Tages in ihnen wie ein reißender Sturzbach die Dämme der Kultur durchbrechen kann. Wenn auch nicht immer in Taten, so doch in Gedanken. Goethe bemerkte einmal, daß es kaum ein menschliches Verbrechen gäbe, dessen er sich in seiner Phantasie nicht schuldig gemacht habe. Wie viele müßten das Gleiche bekennen, wenn sie gleich ehrlich wie Goethe wären. Die Gedankensünden, zahllos wie der Sand am Meer, müßten zur Duldsamkeit und Milde angesichts der Tatsünden der Nebenmenschen mahnen. Sie legen auf die Lippen das so selbstverständliche, erschütternde und für viele Tugendstolze und Pharisäer so schwere, ja unmögliche Bekenntnis: homo sum! Ein Mensch bin ich, von dunklen, finsteren, vormenschlichen, unmenschlichen Gewalten bewegt, körperlich und seelisch von „der Väter Sünden bedroht". Und dieses Bekenntnis muß sehend und großherzig machen, „alles zu verstehen und alles zu verzeihen", auch wenn man selbst mit Widerstandskraft gegen das Spiel vorzeitlicher Triebe und erblicher Familienbelastung begnadet ist. In diesem Fall gerade erst recht. Der leiblich und seelisch Gesunde und Starke darf nicht in pharisäerhaftem Hochmut auf die Kranken und Schwachen herabblicken, die zu Strauchelnden und Gefallenen geworden sind, er muß vielmehr das Seine tun, damit diese von der Natur Bedauernswerten, Benachteiligten feste Stütze, Hilfe, Erziehung finden.

Erwägungen, die von der umrissenen Gruppe von Erkenntnissen ausgehen, müßten Strafrecht und Strafvollzug gestalten. Sie müßten dazu führen, daß im Mittelpunkt der Prüfung und Beurteilung von Vergehen und Verbrechen der **Täter** in seiner Menschlichkeit stände. Ehe vom Staatsanwalt nach allen möglichen und unmöglichen vergilbten, knöchernen Paragraphen die Verwerflichkeit der Tat „nachgewiesen", von den Richtern nach eben solchen Paragraphen das Maß der Strafe festgesetzt wird, müßte gründlich, erschöpfend die Fragen aufgehellt sein: wer ist der Täter, und wie kam er zu seiner Tat? Aufgehellt allerdings nicht im Sinne der Gerichtsformalien, nach denen es genügt, daß bürokratisch seelenlos Personalien und Lebenslauf des Angeklagten aufgezeichnet und heruntergeleiert werden. Nein, aufgehellt im Geiste vorurteilsloser, verstehenwollender Menschlichkeit. Eine zweite Gruppe wissenschaftlicher Erkenntnisse müßte zu solchem Untersuchen und Beurteilen führen, ehe verurteilt, gestraft werden dürfte. Sie wird gebildet durch unser Wissen von dem gewaltigen Einfluß, den das soziale Milieu, auf deutsch, die gesellschaftliche Umwelt, Umgebung auf den Menschen ausübt. (Schluß in nächster Nummer.)

Aus der kommunistischen Frauenbewegung.

Frauenagitation in Württemberg. Im Auftrag der K.P.D. unternahm die Unterzeichnete im August und September eine Vortragsreise durch Württemberg, um die Frauen der werktätigen Bevölkerung mit unseren Zielen vertraut zu machen. Obschon in Anbetracht der Erntezeit der Besuch nicht überall ein sehr großer war, ist doch die Arbeit im ganzen genommen, von Erfolg gewesen. In **Feuerbach** war eine allgemeine Volksversammlung einberufen worden, die sehr gut besucht war. Der Vortrag fand beifällige Aufnahme, und die anwesenden Frauen waren ohne Zweifel für uns gewonnen. **Münster**, wo wir in Genossin **Täuble** eine tüchtige Agitatorin besitzen, hatte eine sehr stimmungsvolle Versamm-

lung, trotzdem an diesem Abend gerade Veranstaltungen anderer Art stattfanden. In **Stuttgart** zeigte sich ebenfalls, daß wir bereits tüchtige, tätige Genossinnen haben; die Diskussion war sehr rege, sachlich und von gutem Geist erfüllt. Der Besuch der Versammlungen war leider in **Zuffenhausen** und **Cannstatt** unbefriedigend, dafür die Stimmung um so besser und wohl alle Anwesenden sind mit den Zielen einverstanden gewesen, die ihnen gezeigt wurden. In **Fellbach**, wo Genossin **Hauke**, von unseren Genossen wirksam unterstützt, ausgezeichnet vorgearbeitet hatte, war die Versammlung überfüllt. Gegner traten in all diesen Versammlungen nicht auf. In **Böblingen** sprach noch äußerst wirkungsvoll Genosse **Melcher**. Die Versammlungen leiden öfter unter den Beleuchtungsverhältnissen, auch in Böblingen wurde die gut besuchte Versammlung gegen Schluß nur von zwei Kerzen erhellt. In **Sindelfingen**, **Ludwigsburg**, **Eßlingen**, **Kornwestheim**, **Heilbronn**, **Neckarsulm**, wo hier und da Gegner das Wort ergriffen, waren die Frauen sehr zahlreich vertreten. Dagegen waren Sonntag nachmittag in **Böckingen** so wenig Besucher erschienen, daß die Versammlung ausfallen mußte. Um so erfreulicher waren die Erfolge in **Biberach**, Erzbergers Domäne. Der Schützenkeller war bis auf den letzten Platz gefüllt, zum Teil von Zentrumsanhängern. Die Ausführungen über die Ziele des Kommunismus wurden ohne alle Unruhe, ja mit Beifall aufgenommen. An der Diskussion beteiligte sich ein Demokrat, Herr Maier, der zum Teil sachlich, aber doch durch die bürgerliche Presse sehr falsch informiert, gegen den Kommunismus sprach. U. a. verlas er einen Brief eines angeblichen „Spartakisten" über die Kämpfe um 8. August in Chemnitz, der in der „Chemnitzer Allgem. Zeitung" erschienen war, und in dem sich der Schreiber selbst bezichtigte, einen Noskesoldaten bestialisch umgebracht und ausgeraubt zu haben. Mittlerweile ist nachgewiesen worden, daß der angeblich erschlagene Soldat noch lebt und daß ihm überhaupt kein Haar gekrümmt worden ist. Nach dem Demokraten trat Herr Graf, Zentrumsabgeordneter des Württembergischen Landtags, der Vortragenden entgegen. Seine Ausführungen bestanden zum Teil in schlechten Witzen, zum Teil in Herausforderungen der Arbeiterschaft. Führte Herr Graf doch aus, die Arbeiter verdienten ein schönes Stück Geld und könnten behaglich leben; kein Arbeiter würde mit ihm frühstücken wollen, denn er lebe geradezu schlecht. Überwiegend erging sich jedoch der fromme Zentrümler in Schmähungen und Verleumdungen. Alles was gegen unsere Partei an gehässigen Verlogenheiten und Schauermärchen in der jetzt offiziellen Presse der Regierung veröffentlicht worden ist, tischte der Herr auf. Vom Vorsitzenden darauf aufmerksam gemacht, daß er bereits dreiviertel Stunden gesprochen habe, und daß in einer halben Stunde das Licht ausgehen würde, beantwortete er höhnisch damit: „Um elf Uhr bin ich fertig". Damit hätte er der Vortragenden ein Schlußwort unmöglich gemacht. Unsere Genossen legten deshalb dem Zentrümler mit Nachdruck nahe, seine Ausführungen zu beenden. Darauf entstand Tumult seiner Parteianhänger, den zu beschwichtigen Herr Graf allein imstande war. Leider mußte nun das Schlußwort kurz sein, und nur die gröbsten Verdrehungen konnten widerlegt werden. Trotzdem haben wir einen Erfolg buchen können. **Ravensburg**, **Friedrichshafen** und **Tuttlingen** hatten glänzend besuchte Versammlungen, wie auch **Ulm** und **Heidenheim**. In den beiden zuletzt genannten Orten standen auch örtliche Lebensmittel- und Wohnungsnotangelegenheiten auf der Tagesordnung. Die Genossen **Tittel**-Ulm und **Kentner**-Heidenheim hatten hierzu die Referate. Ein sehr bürgerliches Auditorium fand ich in **Giengen a. d. Brenz**. Leider war die sehr schöne, geräumige Turnhalle schwach besucht, was nicht verwunderlich war, da in dem kleinen Landstädtchen alle Kräfte mit der Ernte beschäftigt waren, und Samstag abend für Hausfrauen im allgemeinen keine gute Versammlungszeit ist. In den öffentlichen Versammlungen zu **Stuttgart-Ostheim** und **Botnang** war eine stattliche Zuhörerschaft erschienen, und es gab eine rege Diskussion in unserem Sinne. Auch in zwei **Betriebsversammlungen** hat die Unterzeichnete gesprochen. Die eine war für die Arbeiterschaft der Schuhfabrik **Haueisen** in **Cannstatt** veranstaltet, die andere fand im **Daimlerwerk Untertürkheim** statt.

Der Keim zu einer kommunistischen Frauenbewegung in Württemberg ist gelegt. Die zielbewußten Genossinnen in unserer Partei werden dafür Sorge tragen, daß sich die Bewegung kraftvoll entwickelt, nicht im Gegensatz zur allgemeinen Partei, sondern umgekehrt mit ihr bis zum baldigen Sieg unserer Sache.

Martha Schlag-Chemnitz

Feuilleton

Herbstlied.

Der Herbstwind weht; die letzten Blätter fallen
ins Wintergrab;
Der Raben lautes Krächzen hör' ich schallen
vom Turm herab.

Verwelkt und dürr hängt noch an Gartenmauern
der Blumen Rest,
Und bange, flugesmüde Vöglein kauern
im engen Nest.

Wo einst geschwebt auf maienhaften Bahnen
der Rose Duft,
Weht feucht, ach! wie von frühem Eis ein Ahnen,
Oktoberluft.

Und wann der Sturm die grauen Nebel dränget
das Meer entlang,
Und scheu mit schrillem Schrei die Möve hänget
am Felsenhang —

Dann spricht's in mir zu den beklomm'nen Sinnen:
„Vergänglichkeit!"
Dann scheint so klein mir in der Brust tief innen
so Lust wie Leid.

Der Herbstwind weht; die letzten Blätter fallen —
Was seufzest du?
Auch dir, auch dir wird einst nach kurzem Wallen
die lange Ruh'.

Ernst Ziel.

Wohltätigkeit.

Aus: „Das rote Zimmer" von August Strindberg.

„Dies Haus sieht gut aus"."

„Sieht es gut aus?" fragte die ältere Dame. „Ich finde, es sieht schrecklich aus."

Es war ein altes einstöckiges Haus aus Holz, das auf einen Bergfelsen hinaufgeklettert war und nun so aussah, als habe es Hüftweh; es war scheckig, als habe es Aussatz gehabt; es sollte nämlich einmal angestrichen werden, es war aber beim Spachteln geblieben; es sah in jeder Beziehung erbärmlich aus, und man konnte kaum an das Schild der Feuerversicherung glauben, das an der Wand rostete und verhieß, daß ein Phönix aus der Flamme emporsteigen werde.

„Ich meine, es sieht für unsern Zweck gut aus. Wissen Sie vielleicht Kutscher, ob in diesem Haus Arme wohnen?"

„Wissen tue ich's nicht, aber ich glaube, man kann darauf schwören."

„Schwören ist Sünde, also lassen Sie's! Warten Sie jetzt hier auf uns, während wir hinaufgehen und unseren Dienst verrichten."

„Hör mal, Eugenie, wollen wir nicht erst hier unten mit den Kindern sprechen," sagte Frau Homan zu Frau Falk und blieb stehen.

„Ja, das können wir tun. Komm her, mein lieber Junge! Wie heißt du?"

„Albert," antwortete ein kleiner blasser Sechsjähriger. „Kennst du Jesus, mein Jungchen?"

„Ne!" antwortete der Kleine lachend und steckte den Finger in den Mund.

„Das ist ja fürchterlich," sagte Frau Falk und griff zu ihrem Notizbuch. „Ich schreibe: Katharina-Gemeinde. Weiße Berge. Tiefe geistige Finsternis bei den Minderjährigen. — Kann man Finsternis sagen? — Willst du denn Jesus nicht kennen lernen?" fragte sie den Jungen weiter.

„Ne!"

„Willst du denn ein Geldstück haben, mein Junge?"

„Ja!"

„Ich bitte, mußt du sagen!" — „Im höchsten Grade verwahrlost; es gelang mir jedoch, sie durch Milde zu einem bessern Betragen zu erziehen."

„Ist das ein fürchterlicher Geruch! Laß uns weitergehen, Eugenie," bat Frau Homan.

Sie gingen die Treppen hinauf und traten in ein großes Zimmer ein, ohne anzuklopfen. Es war durch Kreidestriche in drei Kreise geteilt; in je einem trieb ein Tischler und ein Schuhmacher sein Handwerk, der dritte Kreis war ausschließlich fürs Familienleben bestimmt.

Der Tischler nahm den Hobel und hobelte auf ein ästiges Brett los, so daß die Damen schreien mußten, um gehört zu werden.

„Dürftet hier jemand nach Erlösung und Gnade?" schrie Frau Homan, während Frau Falk den Zerstäuber mit Kölnischem Wasser über die Kinder blies, die vor Brennen in den Augen zu weinen anfingen.

„Bieten Sie Erlösung an, meine Damen?" fragte der Tischler, der seine Arbeit unterbrach. „Wo haben Sie die her? Vielleicht gibt es auch Wohltätigkeit und Demut und Hochmut? Was?"

„Sie und ein roher Mensch und werden einmal verdammt sein," antwortete Frau Homan.

Frau Falk schrieb in ihr Notizbuch und sagte:

„Der ist gut."

„Sprechen Sie," sagte Frau Homan.

„Das kennen wir! Vielleicht wollen Sie über Religion mit mir sprechen, meine Damen? Ich kann über alles sprechen. Wissen Sie, meine Damen, daß Anno 829 ein Konzil in Nicea war, wo der heilige Geist in die schmalkaldischen Artikel aufgenommen wurde?"

„Nein, das wissen wir nicht, mein guter Mann."

„Warum nennst du mich gut? Niemand ist gut als Gott allein, sagt die Schrift. — Sie kennen also das Konzil von Nicea von 829 nicht, meine Damen? Wie will man denn andre was lehren, wenn man selbst nichts weiß? Na, und wenn jetzt die Wohltätigkeit losgehen soll, so halten Sie sich dran, während ich den Rücken kehre, denn die wahre Wohltätigkeit geschieht im geheimen. Lieben Sie die nur immer an den Kindern, die können sich nicht verteidigen; lassen Sie uns aber in Frieden. Gebt uns Arbeit, wenn ihr wollt, und lernt die Arbeit bezahlen, dann braucht ihr nicht so herumzulaufen! Eine Prise Schuster!"

„Kann man schreiben: Großer Unglaube, ganz verhärtet, Eveline?" fragte Frau Falk.

„Versuch es besser, liebe Eugenie".

„Was schreiben Sie auf, meine Damen? Sind es unsere Sünden? Dann ist das Buch sicher zu klein."

„Die Frucht der sogenannten Arbeitervereine. . ."

„Sehr gut," sagte Frau Homan.

„Hütet euch vor den Arbeiterverein," sagte der Tischler. „Hunderte von Jahren ist man gegen die Könige losgezogen, jetzt aber haben wir entdeckt, daß es nicht ihre Schuld ist; das nächstemal zieht man gegen alle Müßiggänger los, die von fremder Arbeit leben: dann werden wir was erleben!"

„Still, still!" sagte der Schuster.

„Wohnen hier noch mehr Leute, die erlösungsbedürftig sind . ." fragte Frau Falk.

„Nein," sagte der Tischler, „Erlösung brauchen Sie nicht, aber Speise und Kleider, aber am liebsten Arbeit, viel Arbeit und gut bezahlte Arbeit. Aber es ist am besten, die Damen gehen nicht hinein, denn der eine hat die Pocken . ."

Die Pocken!" schrie Frau Homan; „und man hat uns kein Wort davon gesagt! Komm, Eugenie, wir wollen die Polizei herschicken! Pfui, was sind das für Menschen!"

„Aber die Kinder! Wem gehören diese Kinder? Antwortet!" sagte Frau Falk und drohte mit dem Bleistift.

„Mir gute Frau," sagte die Mutter.

„Aber der Mann! Wo ist der Mann?"

„Der läßt sich nicht mehr blicken," sagte der Tischler.

„Dann werden wir die Polizei nach ihm schicken. Und wir lassen ihn ins Arbeitshaus stecken. Hier soll's anders werden. — Das ist ja wirklich ein gutes Haus, wie ich sagte, Eveline!"

„Wollen sich die Damen nicht setzen?" fragte der Tischler. „Es plaudert sich besser, wenn man sitzt; wir haben nur keine Stühle, aber das tut nichts; wir haben auch keine Betten, die hat die Beisteuer zur Gasbeleuchtung erstens verschlungen: damit ihr nämlich nachts vom Theater nicht im Dunkeln nach Haus zu gehen braucht, wir haben kein Gas, wie ihr seht; und zur Wasserleitung zweitens: damit eure Mägde keine Treppen zu steigen brauchen, wir haben keine Wasserleitung; und zum Krankenhaus drittens: damit eure Söhne nicht zu Hause liegen müssen . . ."

„Komm Eugenie, um Gottes willen, das wird ja unerträglich . ."

„Ich versichere Ihnen, meinen Damen, daß es hier bereits unerträglich ist," sagte der Tischler. „Und es kommt der Tag, wo es noch schlimmer wird; dann aber, dann kommen wir von den weißen Bergen und den Schinderbuchtbergen herunter mit großem Getöse wie ein Wasserfall und fordern unsere Betten zurück! Fordern? Nein, wir nehmen! Und ihr müßt euch auf Hobelbänke legen, wie ich habe tun müssen, und ihr müßt Kartoffeln essen, daß eure Bäuche sich wie ein Trommelfell spannen, als hättet ihr die Wassertortur durchgemacht wie wir . . ."

Die Damen waren verschwunden, unter Zurücklassung einer Stoßes Broschüren.

„Pfui Teufel, wie das nach Kölnischem Wasser riecht!" Ganz wie nach Dirnen!" sagte der Tischler. „Eine Prise, Schuhmacher!"

Er wischte sich mit seiner blauen Schürze die Stirn und griff wieder zum Hobel, während die andern ihre Betrachtungen anstellten.

Druckfehlerberichtigung. In dem Gedicht „Kriege der Unfreien" von Gottfried Keller hat sich im ersten Vers in der dritten Zeile ein Druckfehler eingeschlichen. Der erste Vers muß wie folgt lauten:

Du tapfres Volk in deinem Löwenzorn,
Wie lühn du schwingst dich über Zaun und Planken,
Voll Wut die Feinde greifst in deinen Flanken
Begeistert aus der Freiheit Feuerborn

Erklärung von Fremdwörtern.

Finanzen = Geldwesen, Geldwirtschaft.
Konjunktur = Geschäftsaussichten, Marktlage, Wirtschaftszustand.
Logik = folgerichtiges Denken, die Lehre und Anwendung folgerichtigen Denkens.
Raffinement = Überfeinerung, aufs äußerste getriebene Kultur, aber auch rücksichtslose Ausnutzung aller Vorteile.
Ästhetik = die Lehre vom Schönen, Wissenschaft des Kunstschönen.
Ästhet = Jemand, der alle Erscheinungen und Vorgänge einseitig, unter sogenannten rein künstlerischen Gesichtspunkten betrachtet und würdigt oft gleichbedeutend mit einem Übersinnlichen, Versiegenen. Ästhetentum = die Auffassung, Handlungsweise der Ästheten, auch die Ästheten als Gesamtheit.
Problem = eine noch unerörterte, ungelöste Frage oder Aufgabe.
Moral = Sittlichkeit.
Individuum = der Einzelmensch, die Einzelpersönlichkeit, individuell, dem Einzelnen entsprechend, persönlich, eigenartig. Individualist, jemand der die Auffassung, das Interesse, das Recht des Einzelnen stark betont und dem Recht, dem Interesse einer Vielheit, der Gesamtheit voranstellt.
argumentieren = beweisen, schlußfolgern, begründen.
Egoismus = Selbstsucht, Ichsucht, Eigenliebe.
Egoist = der Eigensüchtige, Selbstliebe.
Kants kategorischer Imperativ = Kants Auffassung, daß das Sittengesetz ein unbedingtes Gebot der Vernunft sei, und sich ohne Rücksicht auf andere Beweggründe durchsetzen müsse als ein alles beherrschendes „Du sollst."
Motive = Gründe, Beweggründe des Handelns.
Kardinalfrage = Hauptfrage, Mittelpunkt einer Sache.
Amnestie = Erlaß, Aufhebung der Strafe, „Vergessen" der Strafe, d. h. die Straftat als nicht geschehen betrachten.
konstituieren = gründen, Satzungen festlegen.
Autorität = höchstes Ansehen, höchstes Sachverständnis, jemand der höchstes Ansehen genießt.
chronisch = lange Zeit dauernd, anhaltend, schleichend.
Überproduktion = übermäßige Erzeugung von Waren, Gütern.
Krise = Höhepunkt, Wendepunkt, Krankheitserscheinung, höchst schwierige Lage.
Tendenz = Neigung, Hang, Zweck.
liquidieren = abrechnen, sich endgültig mit Zuständen, Verhältnissen auseinandersetzen, die nicht mehr existieren, existenzfähig sind.
Taktik = Kunst der Schlacht- und Kampfführung, planvolles Vorgehen, Handeln.
Diktatur = Herrschaft.
Utopistereien = Gedankenschöpfungen einer besseren Gesellschaftsordnung.
Methode = Art und Weise, Lehrart, Plan für die Behandlung eines Gegenstandes.
Opposition = Gegnerschaft, Widerspruch; oppositionell, gegnerisch.
Faktor = Kraft, Umstand, bestimmende Macht.

Inhaltsverzeichnis: Erwerbslose, erwerbende Proletarier vereinigt euch! Etwas über das Moralproblem. Von D. R. — Warum brauchen wir Kommunistinnen eine Frauenbewegung? Von B. Th. — Von Verbrechen, Strafe und Amnestie. — Aus der Kommunistischen Frauenbewegung: Frauenagitation in Württemberg. — Feuilleton: Herbstlied. Gedicht von E. Ziel. Wohltätigkeit. Von Strindberg. — Druckfehlerberichtigung — Erklärung von Fremdwörtern.

Nummer 16 Preis 15 Pfg.

Die Kommunistin

Frauenorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Herausgegeben von Klara Zetkin

Die Kommunistin erscheint am 1., 11. und 21. eines jeden Monats. Preis der Einzelnummer 15 Pfennig, durch die Post bezogen vierteljährlich 1.20 Mark (ohne Bestellgeld)

Stuttgart, 1. November 1919

Zuschriften für die Redaktion an Klara Zetkin, Wilhelmshöhe, Post Degerloch b. Stuttgart. — Zuschriften für den Verlag an Anna Stegmaier, Stuttgart, Ostendstr. 70.

Zwei Jahre Revolution.

November 1917. Das vierte Jahr des furchtbaren imperialistischen Weltkriegs, der das Werk des ausgereiften Kapitalismus ist und sein Verhängnis werden muß. Noch immer vernichten Panzerautos und Maschinengewehre Menschenleben, Menschenwerk und Menschenideale. Die Regierungen aller kriegführenden Länder fahren in dem ehrenwerten vaterländischen Geschäft fort, die Regierten zu belügen und zu beschwindeln, um sie weiter an Molochs Wagen zu spannen. Die besitzenden Klassen aller Nationalitäten — Hyänen des Weltkriegs — beuten ohne Scham und Scheu die „glänzende Konjunktur" der Schlachtfelder aus. Zu Millionenheeren zusammengeballt, kadavergehorsam ihren betreßten Vorgesetzten untertan, morden die werktätigen Männer der um Weltherrschaft und kapitalistischen Profit ringenden Staatengruppen und lassen sich morden. Die Frauen füllen „die Schützengräben der Industrie", sie stellen Mordwerkzeuge her und hungern. Der Sieg des Imperialismus, des Kapitalismus über den internationalen Sozialismus, jener Sieg mit dem der Weltkrieg begonnen hatte, er scheint ein endgültiger zu sein. Die zweite sozialistische Internationale hatte das Weltproletariat nicht in geschlossener Front auf das große geschichtliche Blachfeld des Klassenkampfes gegen den Imperialismus geführt. Von der chauvinistischen Blechmusik der angeblichen Vaterlandsverteidigung betäubt war sie ehrlos, kampflos unter den Rädern des Kriegswagens verröchelt.

November 1917. Der totgeglaubte Sozialismus erhebt stolz sein Haupt. In Rußland schreitet die Revolution siegreich durch Petersburgs und Moskaus Straßen, durch die großen Industriezentren, hinaus aufs Land. Eine proletarische Revolution, die proletarische Revolution, die dem verlogenen Zwischenspiel der Kerenskiherrschaft, der imperialistischen bürgerlichen Demokratie mit sozialrevolutionärem Aushängeschild ein Ende macht. Das Bibelwort wird wahr: Die Letzten werden die Ersten sein. Unter der Führung der zielklaren, kühnen sozialistischen Partei der Bolschewiki ergreift das junge russische Proletariat die Staatsmacht. Die arme Bauernschaft im Gefolge erhielt es die Diktatur der Arbeiterklasse, deren Grundlage und Organe die revolutionären Arbeiter- und Bauernräte sind.

Das sozialistische Sowjet-Rußland will den Frieden, es will die Zusammenballung der Kräfte des Landes zur gewaltigen Tat, die ausbeutungslose sozialistische Ordnung aufbauen. Es schützt die russischen Heere von den imperialistischen Schlachtfeldern zurück; es ruft seine Söhne zur sozialistischen Kulturarbeit der Gesellschaftserneuerung; es rüstet zum Kampfe mit der Gegenrevolution. Das sozialistische Sowjet-Rußland vertraut auf die Solidarität der Klasseninteressen der Proletarier, der Ausgebeuteten und Unterdrückten aller Länder; es glaubt an die Macht des in dieser Solidarität verwurzelten internationalen Sozialistischen Gedankens. Es ist kühn in dem Bewußtsein, daß die Sache die Sache der Enterbten und Befreiungssehnsüchtigen der ganzen Welt ist; es ist stolz und stark in der Erkenntnis, daß es die Sturmglocke der Weltrevolution gezogen hat, daß es als revolutionäre Vorhut des Weltproletariats die Sache der Werktätigen aller Länder führt, dem internationalen Sozialismus Bahn bricht.

Die wandelnde Feuersäule der russischen Revolution ruft nur eine Minderheit der Werktätigen in anderen Ländern zur Selbstbesinnung und auf den sichern Weg des Klassenkampfes. Die Mehrheit kämpft und stirbt weiter, den imperialistischen Schlachtgesang trunkener Sklaven auf den Lippen. Das Proletariat der Zentral- und der Ententestaaten verrät das sozialistische Räte-Rußland, und es verrät damit sich selbst. Keines schmählicher als das deutsche Proletariat. Deutsche Arbeiter sind es, die unter dem Kommando wilhelminischer Offiziere und zum Vorteil des internationalen Kapitalismus die revolutionären Arbeiter und Bauern in Finnland, im Baltikum, in der Ukraine niederschlagen, die in Polen der ententefreundlichen Bourgeoisie den Steigbügel halten. Deutschlands Proletariat läßt es geschehen, daß die säbelrasselnde Faust des General Hoffmann das sozialistische Sowjet-Rußland unter das koudinische Joch des Gewaltfriedens von Brest-Litowsk zwingt, und daß damit die Lebensnotwendigkeiten der jungen Republik unerträglich eingeschränkt werden, die Macht ihrer inneren Todfeinde eine Stärkung erfährt. Das sozialistische Räte-Rußland ist enttäuscht, nicht entmutigt. Es arbeitet, kämpft, hofft. Unter den ungeheuersten Schwierigkeiten im Innern und von außen führt es das Schwert wider die Gegenrevolution im Lande und an den Grenzen, handhabt es die Kelle zum Aufbau des Sozialismus. Es weiß, daß die Stunde der Weltrevolution schlagen muß, die vollenden wird, was es begonnen.

November 1918. Die Geschichte hat ihre eigene zwingende Logik, ihr ehernes Muß! Dem Weltkrieg folgt die Weltrevolution. Der Sieg des deutschösterreichischen Imperialismus über den russischen Gegner bereitet den Triumph des Ententeimperialismus vor. Der militärische Zusammenbruch der Zentralstaaten öffnet der Revolution in Westeuropa das Tor. In den Nationalstaaten, die aus den Trümmern der Habsburgischen Doppelmonarchie entstehen, zunächst einer politischen Revolution. Die bürgerlichen demokratischen Republiken, die diese Revolution schafft, — mit oder ohne sozialdemokratische Zierstücke — tragen jedoch bereits die soziale Revolution im Leibe. Aus dem Chaos des vom Kriege bis auf den Grund zerrütteten Wirtschaft, bitterster nationaler Kämpfe, ententeimperialistischer Gelüste, zugespitzter sozialer Gegensätze, himmelschreiender Notstände, schießt in Ungarn einem leuchtenden Meteor gleich eine sozialistische Räterepublik empor, um nach einigen Monden von diesem Chaos verschlungen zu werden. Nicht ihre zusammengelogenen, vermeintlichen oder wirklichen Fehler bestimmen ihr tragisches Geschick, das steht in den Sternen der allgemeinen geschichtlichen Lage geschrieben. Sowjet-Ungarns Erdrosselung durch die würgende Faust des Ententeimperialismus schreibt nicht dem Rätegedanken das historische Verdammungsurteil, Sowjet-Ungarns arbeits- und kampfreiches Dasein erweist vielmehr die tragende, fruchtbare Macht dieses Gedankens. Er harrt seiner sicheren Auferstehung, denn der weiße Terror der nachehmenden Besitzenden kann wohl Tausende von Proletariern und

armen Bauern töten, nicht aber die unsterbliche Idee des Sozialismus.

November 1918. Die Revolution läßt ihr Banner über Deutschland wehen. Sie wirft den Kaiser- und Königsthron Wilhelm II., die Thrönlein der anderen Fürsten von Gottes Gnaden zum historischen Plunder. Sie bändigt den Militarismus, und Vertrauensselige wähnen, sie habe ihn erschlagen. Widerstandslos, kampflos lassen die besitzenden Klassen die Staatsgewalt in die Hand des Proletariats fallen. Das deutsche Proletariat hat kein Verständnis für die Gunst der geschichtlichen Stunde und seine Verantwortlichkeit in ihr. Seine sozialdemokratischen Führer fürchten die Macht der geborenen und geschworenen Todfeinde der Arbeiter alle mehr, als daß sie der proletarischen Kraft vertrauen. Ihre kleinmütige Scheu vor der Gewaltigkeit der ihrer wartenden Aufgaben ist größer, als ihr Glaube an das schöpferische Leben der sozialistischen Idee, als ihre revolutionäre Kühnheit zu wagen, um zu gewinnen. Sie verzichten darauf, durch einen großzügigen Anschauungsunterricht revolutionärer Politik Parteiüberzeugung zur Klassenerkenntnis des werktätigen Volks zu machen, die Massenwillen und Massenbetätigung erzeugt. Sie lehren das Proletariat nicht den revolutionären Gebrauch der Staatsgewalt, sie predigen ihm vielmehr die Teilung dieser Gewalt mit der Bourgeoisie, das ist in Wirklichkeit die Preisgabe seiner Macht und Herrschaft. Die Kapitulation der Mehrheitssozialdemokratie vor der Bourgeoisie steigert sich zu nacktem Verrat. Uebel beraten und unreif sich selbst zu führen, paktiert das Proletariat Deutschlands durch die bürgerliche Demokratie mit den besitzenden Klassen, statt daß es ihnen durch die proletarische Demokratie der Räteherrschaft diktiert. Es läßt die soziale Revolution vor der sozialen Reform abdanken, den Kapitalismus über den Sozialismus triumphieren.

Das deutsche Proletariat kann nicht sich selbst, kann nicht die Revolution verraten, ohne gleichzeitig das revolutionäre, das sozialistische Rußland ein zweites Mal zu verraten. Indem es davor zurückschreckt, das kapitalistische Reich der Reichen in eine sozialistische Räterepublik umzuhämmern, läßt es die offene Bruderhand Sowjet-Rußlands zurückstoßen. Es duldet eine gegenrevolutionäre Regierung, die unter sozialdemokratischer Firma vor dem Ententeimperialismus kriecht und mit gepanzerter Faust nach dem russischen Sozialismus schlägt. Ein Schutz- und Trutzbündnis zwischen einem sozialistischen Sowjet-Deutschland und dem sozialistischen Sowjet-Rußland würde einen granitnen Block schaffen, an dem die Macht des Ententeimperialismus zerschellen müßte. Was schiert das die Regierung der deutschen Gegenrevolution, die den Kapitalismus retten soll? Kampf gegen den „Bolschewismus" ist ihre Losung, Kampf um jeden Preis. Für die besitzenden Klassen Deutschlands ist ja nicht mehr der Ententeimperialismus, ist der internationale Sozialismus der Feind. Und die Hochburg des internationalen Sozialismus ist Rußland. Nieder mit ihr! Der Verrat an Sowjet-Rußland wird zum Verrat an Deutschland. Er sichert den Triumph des Ententeimperialismus, und die mörderischen Friedensschlüsse von Versailles und Saint-Germain sind seine Früchte. Es scheint, als ob der internationale Kapitalismus den internationalen Sozialismus ein zweites Mal zur Strecke gebracht habe, als ob Anfang und Ende des Weltkriegs sich zum Ring schließe. Und abermals täuscht der Schein den Tod vor, wo unsterbliches Leben ist.

November 1918. Die proletarische Revolution hat auch in Deutschland eine zielsichere, kühne, entschlossene Vorhut unter treuer Führung. Diese Vorhut rang schon während des Krieges tapfer und zäh für den internationalen Sozialismus, mit klarem Blick und energischer Hand nimmt sie nun den Kampf für ihn auf. Sie weiß, daß die Revolution nicht damit abgetan sein kann, daß dem Proletariat hinter den vergoldeten Gitterstäben der bürgerlichen Demokratie sozialdemokratisch gemixte Reformbettelsuppen vorgesetzt werden. Sie fordert sein Erstgeburtsrecht als revolutionäre Klasse, den Kapitalismus in die Grube zu werfen und den Sozialismus zum Siege zu tragen. Die Vorhut des deutschen Proletariats hat keinen Teil an den billigen Selbsttäuschungen über die bürgerliche Demokratie, sie ist nicht schmutz- und blutbesudelt vom Verrat an der Revolution. Der Sturz des Kapitalismus ist ihr Ziel; Aufrichtung des Sozialismus, Eroberung der politischen Macht, Klassendiktatur des Proletariats und Räteordnung, so lautet darum ihre Losung. Ihre Stärke ist das Wissen von der Richtung und dem Ziel der geschichtlichen Entwicklung, ist ihr Vertrauen in die Kraft des reifenden und sich sammelnden Proletariats, ist ihre opferbereite Kühnheit, den Kampf ums Ganze zu führen.

Die revolutionäre Vorhut des deutschen Proletariats nimmt den Kampf auf gegen die Einberufung der Nationalversammlung, die die bürgerliche Ordnung neu festigen und heiligen soll. Sie stimmt sich dann deren gegenrevolutionärem Werk entgegen. Sie fordert die Sozialisierung der Wirtschaft, die Macht und Aktion revolutionärer Arbeiterräte. Sie setzt der herrschenden Bourgeoisie, deren politische Geschäfte Mehrheitssozialdemokraten besorgen, die Macht des Proletariats, das mit gekreuzten Armen dem ausbeutenden Kapital Gehorsam und Tribut verweigert. Elementar ausbrechende Streiks, die ein politisches Gesicht annehmen, politischen Zielen dienen, erschüttern die deutsche Wirtschaft. In Berlin, Düsseldorf, Bremen, Halle und vielen anderen Städten antwortet der Aufmarsch auf die Entwaffnung des Proletariats, die Bewaffnung des Bürgertums, auf die blutige Unterdrückung des Streikrechts, der Demonstrationsfreiheit, auf all die Gewalt- und Trugmaßregeln, die das Proletariat wehrlos am Boden halten sollen, eine Beute des wucherischen Kapitals. Die revolutionäre Welle braust in München empor, dort entsteht eine Räterepublik, die als Farce und Tat des Verrats beginnt und als Tragödie endet, von den besten der Arbeiterschaft mit ihren Leibern verteidigt. Um teuren Preis lernt die revolutionäre Vorhut des deutschen Proletariats, daß sie nicht vereinzelt in lokalen Bewegungen und Kämpfen für ihre Klasse zu siegen vermag, daß sie nur mit ihrer Klasse in geschlossenem, einheitlichem, weitgreifendem Kampfe den starken Feind niederzuringen imstande ist.

November 1919. Stahlbehelmte Noskegardisten haben den deutschen Arbeitern mit der brüllenden Stimme ihrer Maschinengewehre und Minenwerfer die Ueberlegenheit und Weisheit, den ewigen Bestand der kapitalistischen Ausbeutungswirtschaft verkündet. Schwätzende und lügende Politiker und Zeitungsschreiber haben ihnen in bürgerlicher oder mehrheitssozialdemokratischer Aufmachung die nämliche Lehre gepredigt. Das deutsche Proletariat, das im November 1918 alle politische Macht sein eigen nannte, steht mit leeren Händen. Keine revolutionären Arbeiterräte schreiben die Gesetze einer neuen Zeit und verwalten das Gut des werktätigen Volks. Keine Sozialisierungsmaßregeln wälzen die Wirtschaft des Menschen ausbeutenden und knechtenden Kapitalismus um in die Wirtschaft des Menschen bereichernden und befreienden Sozialismus. Die besitzenden Klassen sitzen wieder fest im Sattel der Macht und reiten. Die Kriegs- und Revolutionsgewinnler, die Schieber und Steuerdrückeberger jubilieren. Vereins-, Versammlungs- und Demonstrationsrecht, Preß- und Streikfreiheit werden mit und ohne Belagerungszustand geknebelt und geneuchelt. Die Akkordarbeit steht im Flor, der Achtstundentag ist praktisch abgeschafft, die Arbeiterschaft muß sich gegen Lohnkürzungen und andere verschlechterte Arbeitsbedingungen verzweifelt wehren. Arbeitslosigkeit ist das Geschick breiter Massen. Hunger, Frost, Blöße, Obdachlosigkeit drohen Millionen. Die treuesten, kühnsten, weitblickendsten, revolutionären Führer des Proletariats, Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Leo Jogiches und andere, fallen als Opfer bestialischer Mordbuben. Tausende revolutionärer Arbeiter werden erschlagen, tausende füllen noch die Gefängnisse. Ist die Revolution des November 1918 nur ein Traum gewesen, aus dem es 1919 ein furchtbares Erwachen gab? Heißt es von ihr: gewesen?

Die Revolution ist. Revolutionen können nicht eher sterben, bis sie ihr Ziel erreicht haben. Allen Scheidemannern und Erzbergern zum Trotz wird in Deutschland die proletarische Revolution sein, bis dem Ungeheuer des ausbeutenden Kapitals nach der Krone das Haupt selbst abgeschlagen worden ist. Die revolutionäre Vorhut des deutschen Proletariats ist geschlagen, nicht besiegt. Sie hat im Schlachtenfeuer kämpfen gelernt und ihrer Klasse eine revolutionäre Tradition geschaffen. Der Strom des in Oberschlesien und in Rheinland-Westfalen, in Berlin, München und anderwärts vergossenen Arbeiterbluts scheidet Bourgeoisie und Proletariat für immer. Die von Bruderblut triefenden Hände mehrheitssozialdemokratischer Führer können keine verbindende Brücke darüber zimmern. „Ein Hüben und Drüben nur gilt."

November 1919. Die bürgerliche Ordnung erweist mit jedem Tage offensichtlicher ihre Ohnmacht, das Chaos zu bannen, das der Weltkrieg entstehen ließ. Deutschlands Wirtschaft liegt in Trümmern. Die Kosten des Lebensbedarfs sind für die Massen der Werktätigen unerschwinglich, Löhne und Gehälter sind nicht entfernt im Verhältnis zu den Preisen für Nahrung, Kleidung, Wohnung usw. gestiegen. Die Finanzlage des Reichs, der Bundesstaaten und Gemeinden kennzeichnet sich als unentwirrbares, unentrinnbares Finanzelend. Die schere Steuerlast ist mörderisch. Das Ententekapital wird mit dem nationalen Kapital um die Wette das Volk der Arbeit ausbeuten und knechten. Die bürgerliche Gesellschaft ist unfähig, die schlimmsten, schreiendsten Notstände für die Massen zu wenden, ihren Lohnsklaven auch nur die nackte Existenz zu sichern. Die Revolution ist, sie wird sein. Ihre feurige Lohe wird aus dem Vulkan der Klassengegensätze zwischen Millionen Bettlern und wenigen Millionären emporschlagen. Der proletarischen Vorhut der Revolution ist im Feuer des Jahres eine zuverlässige Führerin entstanden: die Kommunistische Partei, die sicherer die Situation wertet und entschlossen handelt. Von ihr geleitet wird die Vorhut des Proletariats zur kämpfenden, siegenden Klasse werden.

Die Revolution lebt, sie schreitet weiter über die Welt. Der Ententeimperialismus kann nicht dem internationalen Sozialismus das Knie auf die Brust und den Daumen aufs Auge setzen. Er ist außerstande, die nationalen, politischen Gegensätze zwischen den Staaten der Sieger zu bändigen. Diese Gegensätze brechen schon heute im Kampf um die zu verteilende Beute hervor, sie tragen künftige, neue, entsetzliche Völkerkriege in ihrem Schoß. Der Ententekapitalismus kann nicht in den ihm untertanen Ländern die sozialen Gegensätze zwischen den ausbeutenden und den ausgebeuteten Klassen auslöschen, auch wenn er sie vorübergehend durch den Glanz seines Sieges, durch Zukunftshoffnungen auf materiellen Wohlstand und höhere Kultur des schaffenden Volks verdunkelt. Nahe ist der Tag, da die sozialen Gegensätze auch dort reißige Kämpfer gebären, die ihres Schwertes Schärfe gegen den Kapitalismus kehren. Der Ententeimperialismus vermag nicht für die Dauer des revolutionären Rußlands Herr zu werden. Was wäre für ihn gewonnen, wenn es ihm gelänge, die verhaßte bolschewistische Räteregierung zu beseitigen? Das revolutionäre russische Proletariat wird bleiben, der Todfeind des Ententeimperialismus, des Kapitalismus jeder Nationalität.

Das sozialistische Sowjet-Rußland ist heute die starke Festung der Weltrevolution. Ehrenpflicht des deutschen Proletariats ist es diese Festung zu schützen. Zur Schau ist die soziale Revolution in Deutschland. Der ernste Kampfesruf der deutschen Revolution wird die Proletarier der führenden Ententestaaten, der ganzen Welt wecken und zur letzten großen Schlacht um den Bürkenbaum sammeln. Die Dinge sind reif, überreif für den Sturz der bürgerlichen Ordnung. Arbeiten wir, kämpfen wir, auf daß die Menschen reif für ihn werden! Der November 1920 darf nicht wie der November 1919 im Zeichen der siegreichen Gegenrevolution stehen. Er muß von dem stolzfrohen Sang der Proletarier umklungen werden:

„Ihr nennt uns, doch ihr zwingt uns nicht,
Unser die Welt, trotz alledem!"

Etwas über das Moralproblem.

Von D. R.

II.

„Individuelle Entfaltung" ist es, wenn ein Bourgeoissohn — aus „eigener Tüchtigkeit", aber doch schon im Besitze ausgezeichneter Produktionsmittel und Geldmittel vom Vater her, versteht sich! — es erreicht, durch Klugheit und Umsicht ein großes Vermögen zu erwerben und seine Lebensführung glänzend zu gestalten. Sein Ueberfluß erlaubt ihm, Kunstwerke anzukaufen, Künstler zu protegieren, mit Aufträgen zu fördern. In den meisten Fällen ist diese Art der „Förderung" für den Künstler eine Fessel, den er kann nicht mehr frei schaffen, sondern muß sich dem Geschmack seines Beschützers anpassen. Dieser aber steht in dem Rufe und glaubt es selbst, die Kulturwerte zu mehren, er wird zu einer „Persönlichkeit", die etwas für die Allgemeinheit tut. Und wenn dieser Bourgeois gar noch Erfindungen macht, die die Industrie bereichern und verbessern und damit das Lebensniveau Aller erhöhen, so nimmt er von vornherein eine besondere Stellung ein und hat das Recht auf eine besonders glänzende Lebensführung, die wieder den Glanz des Ganzen erhöht. So argumentiert man. Aber man vergißt, daß an dieser Entfaltung der Kultur in Wirklichkeit gar nicht das „Ganze" teil hat. Im Gegenteil, sie ist nur möglich dadurch, daß ein Teil dieses Ganzen, und zwar der größte, aufs tiefste ins Elend herabgedrückt, aller Kulturwerte beraubt werden muß, damit Einzelne, damit ein paar Hunderttausend Glückliche glänzend und ohne Sorge als tüchtige und herrschende „Persönlichkeiten" dastehen können.

Da wird es offenbar, daß es sich garnicht um „Individualismus", um die Entwicklung und Entfaltung des eigenen besonderen Charakters handelt, um die höchste Entfaltung des Einzelnen im Sinne des Ganzen, sondern vielmehr um Egoismus, um die Entfaltung des persönlichen Lebensglücks des Einzelnen um seiner selbst und seiner Familie willen.

Diesem Egoismus, den man Individualismus nennt, hat man zur Verbrämung und Verschleierung seiner Schändlichkeit, wie einem inneren Gesetz folgend, den Begriff des „Altruismus" entgegengesetzt. In dem Altruismus ist der Egoismus scheinbar aufgehoben, vereint. Unter „Altruismus" versteht man das Handeln im Sinne der Anderen, des Ganzen, der Allgemeinheit, das Nichtanschidenten und an egoistische Zwecke. Der Begriff des Egoismus lechzt förmlich nach seinem Gegenpol Altruismus, denn er wäre sich wohl selbst unerträglich ohne Verschleierung, ohne die Möglichkeit, in jene Fiktion des Altruismus uns entlauchen zu können, in der er scheinbar aufgelöst und ausgelöscht ist. Was man auch tut, kommt der herrlichen Entfaltung des Ganzen zu gute, ist Kulturerrungenschaft. Es ist der maßlose Egoismus, Egoismus in jeglicher Gestalt, den die Bourgeoismoral im Altruismus zur Versöhnung zu bringen trachtet. Die Grundlage der bürgerlichen Moral- und Sittengesetze in der kapitalistischen Gesellschaft sind so die beiden sich eigentlich ausschließenden Gegensätze Egoismus (Individualismus genannt) und Altruismus, mit denen zeitweise ein wahrer Kultus getrieben wurde, besonders mit dem Individualismus. Dieselbe kapitalistische Gesellschaftsordnung hat aber auf proletarischer Seite einen Gegensatz dazu geboren, das ist der Kultus der Masse.

Die „Masse" bedeutet die Wirklichkeit gegenüber der unbestimmten „Allgemeinheit", die der Begriff Altruismus umgrenzen und ausdrücken soll, und deren Entfaltung und Wohl er will. Der Altruismus bezieht sich auf die Allgemeinheit, deren Interesse er will, also auf eine Fiktion, auf etwas Vorgestelltes, das in Wirklichkeit nicht genau zu fassen ist. Die „Masse" aber ist kein leerer Begriff, sondern die Masse das sind die lebendigen Hunderttausende zusammengefaßt, von einem Gefühl und Willen zusammengehalt und beseelt. Die Masse ist das Aktive, das Wirkliche gegenüber der Fiktion „Allgemeinheit", für die der Bourgeois zu arbeiten vorgibt und zu leben glaubt. Was bedeutet nun der „Kultus" der Masse im Gegensatz zu dem bürgerlichen Kult des Altruismus und Egoismus?

Je mehr die Menge der Parteigenossen mit der wachsenden Organisation zunahm, je sichtbarer ihr Einfluß auf die gesellschaftlichen Verhältnisse in der inneren und äußeren Politik wurde, um so höher wurde die Bedeutung der Masse, der großen Zahl, rein nummerisch eingeschätzt, und es wurde auch hier ein wahrer Kult getrieben. Die Masse war der Gott, der alles vollbringen sollte, wenn der Augenblick des Handelns gekommen sei. Diese Meinung sollte aber für die Entwicklung des Ganzen höchst gefährlich werden. Denn wenn in jeder Versammlung, in jeder Schrift auf die Macht der Masse hingedeutet, wenn alles von ihrer Aktion erwartet wurde, so vergaßen die meisten meisten darüber vollständig, daß diese Masse sich ja aus den Einzelnen, aus Individuen, zusammensetzt. Anstatt bei jeder Gelegenheit den Erfolg der großen Zahl zu betonen, die Wichtigkeit des Mitgliedsbuches, hätte man vielmehr darauf hinweisen, mit allem Nachdruck betonen müssen, daß die Masse nur durch die Einzelnen handelt, daß es darum vor allem darauf ankommt, daß

jeder Einzelne zu einem denkenden, zielbewußten, klaren Menschen, zu einem wahren Sozialisten erzogen wird und sich selbst erzieht in unermüdlicher Arbeit an sich selbst. Nur dann wäre die Menge zur Masse geworden. Man bedachte nicht, daß die möglichst große Zahl noch nicht „Masse“ ist. Von den Wenigsten wurde gesagt, daß es auf jeden Einzelnen ankommt, nicht bloß im Sinne seiner Eingliederung in die Organisation, sondern auf sein Wollen, Handeln, Denken und Empfinden, daß es der Geist ist, der Geist der Einzelnen, der Geist und Fähigkeit der Masse ausmacht. Denn wenn die Einzelnen, die sich zur Masse zusammenballen, nicht tüchtig und zuverlässig sind, nicht Persönlichkeiten, Individualitäten, so ist es auch nicht möglich, daß das „Ganze“ etwas leistet.

Dieser gedankenlose Kultus der Masse konnte wohl eine riesenhafte Organisation schaffen, mit einem großen Parteiapparat, nicht aber konnte er die zusammengerufene Menge mit dem neuen Geist befeuern, der eine Welt aus den Angeln heben soll. Wohl wurden Bildungsschulen, Leseabende und anderes eingerichtet. Aber das Wichtigste versäumte man: immer wieder grundsätzlich darauf hinzuweisen, daß jeder Einzelne sich selbst erziehen, im Geiste des Sozialismus erziehen und an sich arbeiten muß, damit, wenn die Zeit es verlangt, eine beseelte Masse zu handeln bereit sei. Es ist wichtig, daß jeder Einzelne Persönlichkeit sein muß, damit das Ganze sich wandle und vollende. Das Warten auf die Masse — lediglich als Menge, Zahl — verhinderte die Entwicklung von Persönlichkeiten. Bei diesem Kultus verläßt sich jeder darauf, daß es ja die Masse macht, wenn gehandelt, ein kühner Schritt unternommen werden soll. Nur in seltenen Fällen, als Ausnahme, fühlt der Einzelne den Trieb, selbst zu handeln oder etwa eine Mitverantwortung zu tragen.

Der große Gedanke unserer besten Vorkämpfer und Führer, daß die Proletarier, sich zur denkenden, aktiven Masse vereinigen müssen, zur Masse, die ein bewußter Wille beseelt, wurde in der Kleinarbeit der Organisation zu kleiner Münze umgeprägt, umgeprägt, zu einem gedankenlosen Schlagwort. Die Riesenorganisation war das Produkt dieses Schlagwortes, mit dem man bestenfalls eine Herde sozialistischen politischen Stimmviehs zusammenbringen konnte.

Die Entwicklung der Ereignisse hat gezeigt — am 4. August 1914 wurde es offenbar — daß die Vereinigung der Proletarier nicht mit Worten und schönen Reden erreicht wird, sondern daß sie, ein historischer Prozeß, im gigantischen Ringen erst durch bittere Erfahrungen sich verwirklichen läßt. Der tägliche Klassenkampf konnte die Arbeiter oft schon vor ihrer notwendigen gemeinsamen Erziehung zum Kampf bis zu einem gewissen Grade zur Solidarität erziehen, d. h. zum Bewußtsein ihrer gemeinsamen Lage bringen und damit zum Bewußtsein der Gemeinsamkeit ihrer Klasseninteressen. Erst in der Siedehitze der Revolution aber reift die Erkenntnis, was eigentlich diese Vereinigung bedeutet. In der Revolution wird die Solidarität höchste praktische Notwendigkeit, die die Geister zusammenschweißt unter dem äußersten Druck. Für uns Kommunisten ist es jetzt die oberste Aufgabe, diese geistige Erziehung der Masse durchzuführen.

Zweierlei hat unsere Untersuchung ergeben. Einmal, daß der „Individualismus“ kein Individualismus ist, d. h. Entwicklung der Persönlichkeit, der besonderen Fähigkeiten des Einzelnen innerhalb des Ganzen zu höchster Vollkommenheit und Besonderheit, aber in Harmonie mit dem Ganzen, sondern vielmehr Egoismus, d. h. unbegrenzte Entwicklung des Einzelnen auf Kosten einer uneingeschränkten Ausnutzung des Ganzen und im Gegensatz zu ihm.

Ferner als zweites die Einsicht, daß im Proletariat das Heranwachsen von Persönlichkeiten gehindert wurde durch den Kultus der Masse, — die Masse rein innerlich als Masse, Zahl erfaßt — durch die Ueberschätzung der bloßen Mitgliederzahl.

Der Todeszug des Kapitals.

Selbst dem uninteressierten, oberflächlichen Beobachter blieb es kein Geheimnis, daß eine besonders verhängnisvolle Folge des viereinhalbjährigen Weltkrieges der Mangel an Lebensmitteln ist. Er mußte eine ausgedehnte Unterernährung der breitesten Volksschichten zeitigen. Daß das Hungergespenst mit seinen Krallen namentlich die zarten Kinderkörper tödlich würgen würde, dürfte als selbstverständlich gelten. Der erschreckende Mangel an Lebensmitteln überhaupt begriff in sich, daß sich das Fehlen derjenigen Lebensmittel besonders fühlbar machen mußte, die durch ihren konzentrierten Gehalt an Nährwerten als normale Kindernahrung dienen. Wurde die Frau als werdende Mutter im Laufe des Krieges durch Unterernährung geschwächt, wurden viele Proletarierinnen obendrein noch zu schwerer, gesundheitsschädlicher Fabrikarbeit gezwungen, so mußten die Wirkungen davon den Neugeborenen als Patengeschenk des Kapitalismus in die Wiege gelegt werden. Das Kind kam in diese beste aller Welten mit einem schwächlichen Organismus, dem Erbteil der geschwächten Mutter. Mangelnde Möglichkeit der nötigen gesunden und ausreichenden Ernährung schloß eine Kräftigung aus. Umgekehrt, sie mußte den zarten Organismus weiter schwächen, so daß er keine Widerstandskraft gegen die allgemeinen Kinderkrankheiten, gegen die Gefahr der Ansteckung aufzubringen vermochte. Die Säuglinge und kleinen Kinder mußten jeder Art von Krankheit leicht erliegen.

In welch grauenhafter Weise die aufgezeigten Folgen des kapitalistischen Krieges gewirkt haben, zeigen mit aller Deutlichkeit trockene, aber sehr beredte Zahlen. Nach der „Statistischen Korrespondenz“ betrug die allgemeine Sterblichkeit im Jahre 1914 noch 13,91 vom 1000 der Einwohnerschaft des Deutschen Reichs, in den Jahren 1917/18 war sie dagegen auf 18,54 und 23,14 gestiegen. Die Sterblichkeit der 5—15jährigen war bedeutend größer als dieser Durchschnitt für die Gesamtwirkung zeigt. Sie schnellte von 23842 Todesfällen im Jahre 1913 und 25730 im Jahre 1914 auf 37823 im Jahre 1917 und gar auf 50391 im Jahre 1918 empor. Die Sterblichkeit dieser Jahresklassen hat sich also mehr als verdoppelt. Wenn die Sterblichkeit der Kinder, wie der jüngeren Jahresklassen am stärksten war, so blieben doch auch die Jahresklassen über 60 nicht von einer raschen Steigerung der Sterblichkeit verschont. Während die Zahl der Gestorbenen dieser Altersstufen im Jahre 1913 nur 198083 betrug, so war sie im Jahre 1917 auf 275155 gestiegen und 1918 auf 264844. Die Sterbeziffer der mehr als 60jährigen wuchs von 62,92 auf 83,27 und von 80,15 auf 100. Der Organismus der älteren Leute ist wie derjenige der Kinder, schwach in der Abwehr gesundheitsschädlicher Einflüsse, die ungenügende Ernährung mußte die Widerstandskraft der Greise und Greisinnen noch mehr schwächen. Würde auch heuer und in den nächsten Jahren die Sterblichkeitsziffer wieder etwas sinken, so werden doch die Folgen des Krieges für die Volksgesundheit noch lange als unheilvoller Würgengel über uns schweben.

Nach amtlichen Angaben betrugen die Opfer des Krieges $5^1/_2$ Millionen für Deutschland allein, die Verkrüppelten und zeitlebens Siechen nicht mitgerechnet. Die drastische Erscheinung hoher Sterblichkeit als Folge von Unterernährung war in der Hauptsache auf die Mittelmächte beschränkt. Der Krieg selbst aber holte seine unmittelbaren Opfer natürlich von allen beteiligten Völkern, er mordete international. Allein nicht nur durch das Massenmorden auf den Schlachtfeldern und das Massensterben in der Heimat ist die Menschheit in ihrem Reichtum an Menschenleben durch den „großen Krieg“ ungeheuer geschädigt worden. Dieser hat auch durch das Hinwegraffen der Männer, durch ihr Fernhalten von der Familie den Bevölkerungszuwachs schwer getroffen. Die Geburtenzahl ist erheblich gesunken, ihre Abnahme ist ebenso auffällig, wie die Zunahme der Sterblichkeit. Auch der Geburtenzuwachs, der für die Erhaltung eines Volks, der Menschheit so wichtig ist, trägt die Spuren der Teufelsklaue des Krieges. Schon in den letzten Friedensjahren war in verschiedenen und wichtigen Kulturländern die Abnahme der Geburten eine auffällige Erscheinung. Aus den hervorgehobenen Gründen mußte sich der Geburtenrückgang während des Krieges in ungleich gesteigertem Maße bemerkbar machen. Im Jahre 1913 standen in Deutschland 105000 Sterbefällen 1839000 Geburten gegenüber. Im Jahre 1918 starben dagegen 1630000 Menschen, während nur 945000 Geburten zu verzeichnen waren. Finden wir also im Jahre 1913 einen Geburtenüberschuß von 834000, so im Jahre 1918 einen Sterbeüberschuß von 835000. In den Kriegsjahren betrug die Zahl der Geburten nur 60 Prozent ihrer Zahl im letzten Friedensjahr.

Die nackten Ziffern zeigen uns in Deutschland ein Ergebnis des Krieges, der eine Wesensäußerung des Kapitalismus und ein Versuch des Kapitalismus war, sich zu behaupten. Auch in der Bevölkerungsbewegung offenbart sich die katastrophale Wirkung eines $4^1/_2$jährigen Menschen-Völkermordens im Dienste des Weltimperialismus. Vernichtung aller gesunden Lebensmöglichkeiten für die Masse der Bevölkerung, eine unheilvolle Verwüstung von Menschenleben und Menschenkraft, wie sie die Geschichte kaum je gesehen. Aus den angeführten Zahlen, aus den Erscheinungen, auf die sie hinweisen, grinst uns die bestialische Fratze, der Widersinn, der Wahnsinn der kapitalistischen Ausbeutungswirtschaft entgegen.

Statt die Errungenschaften der Wissenschaft für die Gesundheitspflege den breitesten Massen des schaffenden Volks dienstbar zu machen, waren während des Kriegs die meisten der für die Erhaltung der Volksgesundheit unerläßlichen Bedingungen vernichtet, aufgehoben oder auf das winzigste Maß beschränkt. Bade- und Reinigungsgelegenheiten für das Volk waren verringert; die Sauberkeit der Straßen, der öffentlichen Gebäude und Anstalten ließ erheblich zu wünschen übrig; in Privat-, Kranken- und Zuchthäusern fehlte es an Wäsche und Kleidung; bitterer Wohnungsmangel machte sich geltend, das Fehlen von Luft und Licht; die Heilstätten waren überfüllt oder geschlossen; ganz ungenügend war die Zahl der Pflegestätten und Genesungsheime für die Zahllosen, die von der im erhöhten Maße grassierenden Proletarierkrankheit der Tuberkulose befallen wurden; Unterernährung war das Los von Millionen. Zunahme der Krankheit und Sterblichkeit, Geburtenrückgang, Verstümmelung, Verkrüppelung, Vernichtung von Millionen kraftstrotzender Menschen, dazu der unübersehbare Schaden moralischer, geistiger Verkümmerung und Verlotterung der Völker: das ist der Triumph, der Siegeszug des Kapitals. Karl Marx's Wort von der Verelendung der Arbeitermassen durch das Kapital hat seine furchtbarste Bekräftigung durch den imperialistischen Weltkrieg gefunden, der der Weisheit letzter Schluß der kapitalistischen Ordnung war. Der Siegeszug des Kapitalismus [illegible] die Welt ist ein Todeszug.

B. Ch.

Was geht das uns Frauen an?

Gespräch bei der Einlieferung ins Gefängnis.

Wärterin: . . und weswegen sind Sie hier?

Frau: Politische Sachen . . . .

Wärterin: Ah, Spartakistin also!

Frau: Ja, ich bin Kommunistin.

Wärterin: Haben sich wohl an einem Putsch beteiligt, mitgeschossen womöglich?

Frau: Ich wurde verhaftet, weil ich für den Kommunismus agitiert haben soll.

Wärterin (nachdenklich): Was wollen eigentlich die Kommunisten? Eine neue Regierung? Der Kaiser ist ja schon abgesetzt . .

Frau: Es kommt nicht bloß darauf an, ob wir Monarchie oder Republik haben. Der Arbeiter, der seine Arbeitskraft wie eine Ware zu Markt tragen muß, und auf dessen Kosten der Kapitalist sich bereichert, merkt nicht viel davon, ob ein Kaiser auf dem Thron oder ein Präsident in seinem Sessel sitzt. Wir Kommunisten kämpfen für eine neue Gesellschaftsordnung, in der jede Ausbeutung eines Menschen durch einen anderen Menschen aufhören wird.

Wärterin: Ja gewiß — Sturz des Kapitalismus, das sagen immer die Politischen! Das mag ja alles auch ganz schön sein, aber was geht das uns Frauen an? Wir Frauen haben anderes zu tun, als uns mit Politik zu beschäftigen.

Frau: Müssen wir nicht genau so arbeiten und leiden wie die Männer? Und jetzt haben wir ja sogar das gleiche Wahlrecht, wie die Männer. Gleiche Rechte, gleiche Pflichten.

Wärterin: Ja, das Wahlrecht. Auch ich habe in die Nationalversammlung gewählt. Aber eigentlich kann uns das ganze Wahlrecht gestohlen werden. Was haben wir davon? Für ein Pfund Zucker verlangt man im Schleichhandel 8 Mark, und Kohlen für den Winter haben wir nicht.

Frau: Und woher kommt das?

Wärterin: Na, der Krieg . . Eine Kriegswitwe mit fünf Kindern . . Ich wollte mir ein Hemd kaufen — 30 Mark . . .

Frau (unterbricht): Und wie war es vorher?

Wärterin: Da lebte doch wenigstens mein Mann . . . (zögert), aber leicht war es ja auch damals nicht. Mein Mann arbeitete bei Brandt & Co. . . Sie wissen, der neulich das Prinzenpalais auf der Hubertushöhe gekauft hat. . . Unsere Kinder waren alle krank, wegen der feuchten Wohnung, zwei sind uns gestorben. Der Lohn reichte nicht aus. Ja, da mußte man sich auch quälen. . .

Frau: Sie meinten, eine Frau sollte sich mit politischen Fragen nicht beschäftigen. Aber nun sind Sie selbst auf dem besten Wege zur Politik.

Wärterin: Wieso denn?

Frau: Sie erzählen mir, der Fabrikant kauft sich ein Schloß. Ihr Mann aber, der mit vielen anderen Arbeitern für diesen Fabrikanten arbeitete, wohnte in einem feuchten Loch. Und das war schon vor dem Kriege so. Folglich?

Wärterin: Das müßte alles anders werden. Aber was soll man machen?

Frau: Vor allem sich darüber klar werden, was um uns geschieht. Und wenn es einem selbst klar geworden ist, dann den anderen erklären.

Wärterin: Haben Sie Kinder?

Frau: Ja, drei Kinder.

Wärterin: Und die haben Sie verlassen müssen, um sich mit Politik zu beschäftigen?

Frau: Ich habe für meine Kinder gesorgt, bis ich verhaftet wurde. Aber Ihr Mann hat ja auch seine Kinder verlassen, um in den Krieg zu gehen.

Wärterin: Das mußte er. Befehl . . .

Frau: Und was ich tue, müssen wir auch. Ich bin genau so eine arme Proletarierin wie Sie auch. Wenn wir uns selber nicht helfen — wer sollte uns helfen? Einmal muß die Ausbeutung und die Ungerechtigkeit ein Ende haben. Wir müssen nur wollen, und wir werden vereint eine neue Welt errichten.

Wärterin: Ja. . . wenn man über alles so Bescheid wüßte. . . Aber unsereine ist zu dumm und versteht nicht so recht. . . Man hat auch gar viel zu tun: der Dienst, und dann zu Hause. . .

Frau: Ich bin auch nicht klüger als Sie. Aber ich gab mir stets Mühe, über die Sachen nachzudenken und gönnte mir ein paar Minuten freie Zeit, um mal ein Buch zu lesen oder in eine Versammlung zu gehen. Was Sie Politik nennen, geht uns ja genau so an, wie die Lebensmittelpreise und unser Haushalt. Noch mehr: wenn wir später in einer freien Gesellschaft leben, werden alle die kleinen Sorgen von selbst aufhören!

Wärterin: Ob wir das erleben! Glauben Sie, viele denken so wie Sie?

Frau: Ja, wir erleben es noch. Wir dürfen uns nur von unserem Ziel nicht ablenken lassen und müssen bei der Stange bleiben. Wir dürfen auch keine Opfer scheuen, denn es gilt Großes zu erreichen. Ich bin nicht die Einzige, die so denkt. In jedem Lande — ob Deutschland, Frankreich oder England — gibt es Männer und Frauen, die erkannt haben, woher die Not, die Armut, die Kriege kommen: aus der Profitgier der Einen und der Versklavung der Anderen! Wir alle werden nicht ruhen, bis die gesamten Arbeiter aller Länder das vollbracht haben werden, was die einzige Rettung ist, nämlich die Weltumwälzung.

F.

Notizenteil.

Aus der besten aller Welten.

Zuckernot für Proleten, Zuckerschiebung für Uniformierte. Der Zucker ist im Haushalt der Armen und Kleinen geradezu ein sagenhaftes Genußmittel geworden, von dem es wie im Märchen heißt: „Es war einmal.“ Wie viel wissenschaftliche, tiefgründige Abhandlungen und aufklärende populäre Artikel sind nicht geschrieben worden, um dem werktätigen Volk nachzuweisen, daß der Zucker keine Schleckerei sei, vielmehr ein wichtiges Nährmittel, dessen der menschliche Organismus für seinen Aufbau und seine Gesunderhaltung dringend bedürfe. Zumal dem kindlichen Organismus, dem der Zucker unentbehrliche Aufbaustoffe liefere. In der

Vorliebe der Kinder für Süßigkeiten offenbare sich das instinktiv empfundene Bedürfnis des Körpers nach diesen Aufbau- und Nährstoffen. Ehi Zucker, viel Zucker, ihr könnt gar nicht genug Zucker essen, in jeder Form, beim Kaffee und Tee, in Süßspeisen, mit eingekochtem Obst usw., das wurde den Massen gepredigt und mit Recht gepredigt. Und heute! Der Krieg brachte die Zeiten, da „gelehrte Autoritäten" — darunter tun es die Deutschen nun einmal nicht — die Blätter mit Hohelieder auf Süßstoff füllten, der zwar keinen Nährwert habe, jedoch durch seinen Geschmack dem Leckergelüste Genuß vortäusche. Das Volk könne und müsse für seine Ernährung des Zuckers entraten. Natürlich nur im Hinblick auf „die vaterländischen Interessen."

Und das brave Volk tat also, wie ihm seine Schriftgelehrten und Erzieher rieten. Je länger der Krieg dauerte, um so weniger verzehrte es Zucker, weil Zucker nicht zu haben war. Um der „vaterländischen Interessen" willen wurden Berge von Zucker in den Pulverfabriken verarbeitet, verarbeitet um Menschen zu desillusionieren und zu töten, um Menschenwerk zu zerstören und zu vernichten. Hunderte Waggons mit Zucker wurden nach dem Ausland verschoben, um waschecht gefärbte Patrioten zu bereichern; Zentner auf Zentner wurde an „Hamsterer" verkauft, um die „überlegene Rasse" der Starken, der Reichen bei guter Gesundheit zu erhalten. Bei dem allen kamen zwar die „vaterländischen Interessen" auf den Schlachtfeldern immer mehr ins Hintertreffen, um so mehr aber gediehen die Interessen der Pulver- und Rüstungsfabrikanten, der Schieber, der Rübenbarone und Zuckerindustriellen, und unter der edlen Zunft der Ausbeutenden erblickte man nicht jene hohläugigen, gelbwangigen Jammergestalten, in denen die chronische Unterernährung der arbeitenden Massen verkörpert scheint.

Waffenstillstand und Friedensschluß haben an dem gekennzeichneten Stand der Dinge nichts geändert, als daß die Zuckernot für die Massen sich verschärft hat. Wohl wird nicht mehr Zucker für die Fabrikation von Pulver und Sprengstoffen verschwendet, dafür hat aber das Verschieben von Zucker zugenommen, und das obgleich weniger Zucker erzeugt worden ist als in den letzten Jahren. Es konnte nicht genügend Zucker erzeugt werden, denn es sind weniger, viel weniger Rüben angebaut worden als sonst. Warum alles, was zur Zuckernot und Zuckerverteuerung führt? Heute kann der Grund dafür nicht mehr mit den „vaterländischen Interessen" bemäntelt werden. Heute steht er nackt vor den Massen des werktätigen Volkes, dafern sie zu sehen imstande sind, zu sehen das, was ist, und nicht das, was ihnen vorgeschwindelt wird. Der Grund ist die unersättliche kapitalistische Profitgier. Wenig Rüben sind angebaut, wenig Zucker ist erzeugt worden, damit die Preise dafür zu wucherischer Höhe emporgetrieben werden können. Dieses Ziel ist erreicht. Die Hausmutter, die ihren Kindern nur etwas Zucker, süße Speisen, eingekochtes Obst usw. gönnen will, ist gezwungen, Zucker irgendwo „zu hamstern" und mit Preisen zu bezahlen, die durch Entbehren von anderen Lebensnotwendigkeiten kaum eingespart werden können. Zucker als Nahrungsmittel, als schwer zu entbehrendes, nicht zu ersetzendes Nahrungsmittel, ist aus dem Haushalt der Arbeiter, Angestellten, kleinen Leute so gut wie vollständig verschwunden. Nur als ganz seltener Luxus erscheint er noch dort. Kaffee mit Zucker, Gerichte mit Zucker gesüßt kommen im allgemeinen nur auf den Tisch in den Villen und Prachtwohnungen, die die darbenden Ausgebeuteten für jene „besseren Leute" errichtet und ausgestattet haben, die mit den ihrigen von den Früchten der Ausbeutung leben. Zucker gibt es aber auch für die „dem Staat und der Gesellschaft nützlichen Elemente", die die Ordnung der kapitalistischen Ausbeutungswirtschaft mit starker Faust behüten. Dafür wurde im Großen Hauptquartier mit väterlichem Verständnis gesorgt. Der „Leipziger Volkszeitung" wurde darüber aus Kolberg geschrieben: „Bis zur Auflösung des Arbeiterrats, als Beauftragter desselben, bei der hiesigen Polizeiverwaltung zur Mitwirkung an der Unterbindung des Schleichhandels hatte ich Gelegenheit, eine Zuckerschiebung aufzudecken, die genügend beleuchtet werden muß. Am 10. 7. 19, abends 7 Uhr, revidierte ich als Beauftragter des Kolberger Arbeiterrats den Schlafwagen des nach Berlin fahrenden Zuges. In diesem fiel mir ein verdächtiger Koffer auf. Auf Befragen des Wagenbeamten, wem der Koffer gehöre, wurde ich an einen Herrn in Zivil verwiesen. Ich forderte den Herrn auf, mir den Inhalt des Koffers zu zeigen. Der Herr zeigte mir eine Bescheinigung der O.H.L., daß er Rittmeister v. Timmäng sei, und einen Koffer bei sich führe, der Schleichhandelsware nicht enthält. Ich ließ den Koffer aber trotzdem öffnen, und es zeigte sich, daß derselbe 30 Pfund Gebrauchszucker enthielt. Auf die Frage, woher v. T. den Zucker habe, antwortete er, der wäre von der O.H.L. verteilt worden. Ich ließ dem Herrn den Zucker, bemerkte aber, daß ich mich beschwerdeführend an die O.H.L. wenden würde. Darauf wurde mir gesagt, daß ich angezeigt werden würde wegen Nichtachtung des Siegels der O.H.L.! Nach einigen Tagen wurde ich bei dem Verpflegungsoffizier der O.H.L. vorstellig. In demselben erkannte ich Herrn v. T. wieder. Er sagte mir ganz frei, daß jeder Soldat 5 und jeder Offizier 30 Pfund Zucker erhalten hätte. Anderdem äußerte er noch, der Zucker wäre der O.H.L. von einem Herrn geschenkt worden. Die Verteilung des Zuckers lag v. T. ob. Abgesehen von der ganz ungerechten Verteilung fragt man sich: „Wozu brauchen diese Leute, die dem Staat so ungeheuer viel Geld kosten, und die nur eine Gefahr, nie aber eine Stütze der Revolution sind, soviel Zucker, während in der Bevölkerung, speziell in der Großstadt, die größte Zuckerknappheit herrscht? Wer ist der Spender des Zuckers? Was gedenkt die Regierung zu tun, um den Zuckerschieber und Verteiler zur Verantwortung zu ziehen?"

Eine Antwort ist auf diese berechtigten Fragen unseres Wissens bis heute nicht erfolgt. Wie sagte Heinrich Heine? „Ein Narr wartet auf Antwort." Es bedarf auch der Antwort nicht, die Tatsachen haben sie längst gegeben. Berlin, Hamburg, München und andere Orte haben gezeigt, weshalb die Uniformierten und Betreßten Zucker bekommen, während die Massen darben. Uniformierte und Betreßte müssen für ihre Blutarbeit durch gute Verpflegung bei guter Laune gehalten werden. Diese gute Laune macht sie zu guten Regierungsschützen. „Die Liebe geht durch den Magen." Die regierenden Diener des Kapitalismus können nicht anders: sie müssen die Landsknechte der heutigen Ordnung hätscheln; sie müssen die Ausgebeuteten dieser Ordnung im Elend lassen.

Frauenwahlrecht.

Das Frauenwahlrecht in Spanien. Unter dem Druck der Verhältnisse, die der Weltkrieg geschaffen hat, und deren Schlußfolgerungen die begonnene Weltrevolution zieht, macht die Sache des Frauenwahlrechts endlich auch in den Ländern Fortschritte, in denen die politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts bisher auf die zäheste und leidenschaftlichste Gegnerschaft stieß. Es sind dies die Länder mit vorwiegend katholischer Bevölkerung, Länder, die — von Belgien abgesehen — der modernen Kapitalismus noch nicht so weit umgewälzt hat wie England, Deutschland, Nordamerika und andere Staaten. In ihnen ist der Katholizismus, die Kirche nicht bloß geistig, sondern auch politisch eine starke, wenn nicht gar die herrschende Macht, die sich je nach den Umständen mit dem hereingebrochenen modernen Kapitalismus schlägt oder verträgt. Und die Kirche hielt es bis in die letzten Zeiten mit dem apostolischen Grundsatz: „das Weib schweige in der Gemeinde". Dieser Grundsatz ist nur dadurch erschüttert und schließlich über Bord geworfen worden, daß dort, wo der Kapitalismus sich einnistete und entwickelte, die Männer dem politischen Pfarch des Klerikalismus entliefen und sich auf dem Boden des Klassenkampfes um die sozialistischen Parteien zu sammeln begannen. Nun setzte der Klerikalismus seine Hoffnung auf die kirchentreuen Frauen und ihren politischen Einfluß. Nach einigem Hängen und Würgen verstand er sich dazu, frauenrechtsfreundlich zu werden und sich mit dem Frauenwahlrecht nicht nur abzufinden, sondern es zu fordern. Dieser Wandel und Zusammenhang der Dinge bewirkt, daß in den sogenannten katholischen Ländern die Parteien der Linken — oft die Sozialisten inbegriffen — in schärfster Abwehr gegen das Frauenwahlrecht stehen. Hier setzt sich die politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts unter größtem Widerstand durch. Es ist ein Ausdruck der starken, weitreichenden Wirkung der revolutionären Lage, daß die Frauenwahlrechtssache endlich in Belgien, Frankreich, Italien Erfolge errungen hat. Diesen Ländern schließt sich der Fortschritt in **Spanien** an. Die Tagesblätter melden, daß dort die Frauen vom 23. Lebensjahr an das Stimmrecht zu dem Parlament erhalten sollen. Ob auch die Wählbarkeit, ist nicht gesagt. Die von der Regierung geplante Wahlrechtsreform, die die Neuerung bringen will, geht vom Verhältniswahlrecht aus und schreibt strengen Stimmenzwang vor, auf je 50 000 Einwohner soll ein parlamentarischer Vertreter entfallen.

Unsere Leserinnen wissen, daß die politische Gleichberechtigung keineswegs gleichbedeutend ist mit der vollen sozialen Befreiung der Frau. Diese kann nur der Sozialismus, der Kommunismus uns bringen. Die politische Gleichberechtigung ist nur ein Mittel im Kampfe für den Sozialismus

Die tschechoslovakischen Frauen bei den Gemeinderatswahlen. Auch den tschechoslovakischen Frauen hat die Revolution die politische Gleichberechtigung gebracht. Das Wahlrecht zum Parlament und zu den Gemeindevertretungen steht allen 21 jährigen Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts zu. Dank der Herabsetzung der Grenze für das Wahlrechtsalter auf das 21. Lebensjahr ist die Zahl der männlichen Wähler um ungefähr ein Drittel gewachsen, die Einführung des Frauenwahlrechts hat 60 Prozent weiblicher Wähler geschaffen. Die Wahlen finden nach dem Verhältniswahlsystem statt. Bei dem großen Einfluß, den die katholische Geistlichkeit noch unter den Frauen der werktätigen Massen besitzt, befürchtete man von der Einführung des Frauenwahlrechts eine Stärkung der reaktionären Parteien. Die ersten **Gemeinderatswahlen,** die am 15. Juni auf Grund des neuen Wahlrechts stattgefunden haben, sind zum Beweis dafür geworden, daß diese Befürchtung unbegründet war. Die **Sozialdemokratie** ging als die stärkste Partei aus den Wahlen hervor. Das wäre unmöglich gewesen, wenn die Frauen sich hätten von den Klerikalen betören lassen. Mit ihrem ersten Auftreten als Wählerinnen haben sie ihre politische Reife erwiesen. Noch niemals hat die klerikale Partei in Böhmen eine so empfindliche Niederlage erlitten als jetzt, wo auch die Frauen zur Urne gegangen sind. „Pravo Lidu", das Hauptorgan der tschechoslovakischen Sozialdemokratie schrieb zum Wahlausfall:

„Mit ungeheurer Freude erfüllt uns die Betätigung der Frauen, und Stolz wechselt bei uns mit Befriedigung, daß die Frauen — hauptsächlich auf dem Lande — am meisten zu dem Erfolg der sozialdemokratischen Partei beigetragen haben. In manchen Gemeinden sind die Frauen ostentativ und massenhaft zur Urne gegangen, um die Sozialisten zu wählen. In der Million für uns abgegebener Wählerstimmen gibt es ungefähr 600 000 Frauenstimmen. Dieser Umstand wird gewiß nicht der Aufmerksamkeit des Auslandes entgehen, das jetzt die Frage des Frauenwahlrechts studiert und die Gemeindewahlen in unserer Republik verfolgt, um zu erfahren, ob sich die Gleichberechtigung der Frauen bewähren werde. Die tschechoslovakischen Frauen waren nicht nur bei uns die Vorkämpferinnen neuer Ideen, sondern sie werden dazu auch für andere Länder werden, weil sie bewiesen haben, daß das Frauenwahlrecht seine Gefahr der Reaktion in sich birgt. Unseren Frauen gehört für ihre Beteiligung an den Wahlen volle Anerkennung und Dank allen denen, die für die Freiheit und Kultur arbeiten."

Die Genossinnen aller Länder werden freudig den Kampf und Erfolg ihrer tschechoslovakischen Schwestern begrüßen. Ihr Kampf muß einmünden in den gewaltigen Strom des proletarischen Klassenkampfes, der um die Überwindung des Kapitalismus und Imperialismus geht, um die Aufrichtung des revolutionären internationalen Sozialismus. Die sozialistische Gesellschaft muß das Kampfesziel der proletarischen Frauen sein.

Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

Die Organisation der deutschen Genossinnen in Tschechoslovakien hat sich auf der **Frauenkonferenz in Teplitz** konstituiert, die im Anschluß an den Parteitag der deutschen Genossen stattgefunden hat. Die Konferenz war ein Beweis dafür, wie stark die sozialistische Frauenbewegung unter den Deutschen in den Sudetenländern ist, die von Oesterreich durch den Frieden zu Saint-Germain gewaltsam losgerissen worden sind. Die Genossinnen Deutschböhmens standen an der Spitze der österreichischen Arbeiterinnenbewegung, sie stellten ihr 30,000 Organisierte und 40,000 Leserinnen ihres Organs, der Wiener „Arbeiterinnen-Zeitung". Wer die Arbeit unserer Genossinnen in den Sudetenländern verfolgt hat, der kann hoffen, daß die sozialistische Bewegung unter den deutschen Proletarierinnen infolge des staatlichen Umschwungs keinen Rückschlag erfahren wird, sondern in alter Kraft und in enger Fühlung mit der österreichischen Schwesterbewegung weitergeht. Dafür spricht auch der Verlauf der Konferenz, die unter dem Vorsitz der Genossin **Kirpal**-Aussig tagte, mit 65 Delegierten beschickt war und an der als Vertreterinnen des **Frauenkomitees für Oesterreich** die Genossinnen **Popp** und **Proft** teilnahmen, als Delegierte des slovakisch gewordenen **Preßburg** Genossin **Thirring**, die früher als Vertreterin der deutschen Organisation in Preßburg den Konferenzen in Wien beiwohnten.

Den **Tätigkeitsbericht** über die Bewegung gab Genossin **Perthen.** Sie ließ das Wachsen und Erstarken der sozialistischen Frauenbewegung in den Sudetenländern hervortreten. In der sehr anregenden Debatte äußerten alle Rednerinnen ihren Schmerz über die Trennung von der Bewegung in Oesterreich und den Wissen, im Gesetze des einen internationalen Sozialismus weiterzuarbeiten. Es zeigte sich, daß in den letzten Jahren eine Reihe tüchtiger, geschulter, rednerischer und organisatorischer Kräfte herangewachsen ist. Die Konferenz sprach sich für die Einheit der **Parteiorganisation** der Genossinnen und Genossen aus, jedoch ebenso bestimmt für die nötige Bewegungsfreiheit der Genossinnen und bestimmte Sonderveranstaltungen, zu dem Zwecke, die breiten proletarischen Frauenmassen zu erfassen und die Bekennerinnen des Sozialismus zu schulen. Der **Einheitsbeitrag** in der Partei soll für Frauen und Männer eine Krone monatlich betragen. Der Agitation unter den Frauen sollen besondere Frauenversammlungen usw. dienen. Eine **eigene Arbeiterinnen-Zeitung** soll gegründet werden, die von Neujahr an erscheint. Bis dahin bleibt die Wiener „Arbeiterinnen-Zeitung" das Organ der Genossinnen. Jede Lokalorganisation wurde verpflichtet, auch nach dem Erscheinen des eigenen Organs ein Exemplar des österreichischen Schwesternblattes zu abonnieren, für das weiterhin Leserinnen geworben werden. Ein **Frauenreichskomitee** soll die sozialistische Frauenbewegung leiten. Ihm gehören an die Genossinnen **Perthen, Kirpal, Seliger, Blaschek, Sponer, Schad, Burof, Hackenberg, Zoll, Thirring,** so daß alle größeren Zentren der Bewegung darin vertreten sind. Die vier zuerst genannten Genossinnen bilden den Exekutionsausschuß. Die Konferenz beschloß ferner, die Organisation der **Hausgehilfinnen** in Angriff zu nehmen und ebenso eine Vereinigung zu schaffen, die sich nach dem Beispiel des Vereins **Kinderfreunde** in Oesterreich der proletarischen Kinder und Jugendlichen annimmt und sie mit dem Geist des Sozialismus zu erfüllen sucht. Zur Behandlung gelangten ferner die Fragen des **Mutterschutzes** und der **internationalen Beziehungen.** Genossin Popp gab über den Stand der sozialistischen Fraueninternationale Auskunft. Die Aussicht auf eine internationale sozialistische Frauenkonferenz erfüllte die Genossinnen mit aufrichtiger Begeisterung. Die Konferenz schloß mit einer anfeuernden Ansprache der Genossin **Kirpal.**

Die meisten Delegierten der Frauenkonferenz, nämlich 49, nahmen wie die Vertreterinnen der österreichischen Genossinnen an dem allgemeinen Parteitag teil, der einen imposanten Verlauf nahm. Der Parteitag trat den oben mitgeteilten Beschlüssen der Konferenz bei, die Organisation betreffend. Dem Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie in Tschechoslovakien gehören die vier Genossinnen **Perthen, Grollich, Bernt** und **Burof** an, Genossin **Perthen** wurde in den engeren Ausschuß der Parteileitung gewählt. Genossin **Popp** gab dem allgemeinen Empfinden Ausdruck, als sie unter stürmischem Beifall erklärte: „In all dem Schmerz, der uns über die durch Gewalt erzwungene Trennung bewegt, erfüllt es uns mit Freude, daß es eine so stattliche Anzahl von Genossinnen ist, die die Partei gewissermaßen als Mitgift von der österreichischen empfängt." Ebenso als sie in einer Volksversammlung versicherte: „Wir hoffen auf die Stunde, wo die Weltorganisation des Proletariats alle trennenden Grenzen niederreißen wird, damit wir sein können ein einig Volk von Brüdern und Schwestern trotz alledem und alledem." Im Sinne dieses tiefempfundenen Worts arbeiten, kämpfen die deutschen Genossinnen in den Sudetenländern.

Für unsere Kinder.

Der Kaiser und der Abt.

Ich will euch erzählen ein Märchen, gar schnurrig;
Es war mal ein Kaiser, der Kaiser war knurrig;
Auch war mal ein Abt, ein gar stattlicher Herr;
Nur schade! sein Schäfer war klüger als er.

Dem Kaiser ward's sauer in Hitz' und in Kälte;
Oft schlief er bepanzert im Kriegesgezelte,
Oft hatt' er kaum Wasser zu Schwarzbrod und Wurst
Und öfter noch litt er gar Hunger und Durst.

Das Pfäfflein das wußte sich besser zu hegen
Und weidlich am Tisch und im Bette zu pflegen.
Wie Vollmond glänzte sein feistes Gesicht.
Drei Männer umspannten den Schmerbauch ihm nicht.

Drob suchte der Kaiser am Pfäfflein oft Hader.
Einst ritt er mit reisigem Kriegesgeschwader
In brennender Hitze des Sommers vorbei.
Das Pfäfflein spazierte vor seiner Abtei.

„Ha", dachte der Kaiser, „zur glücklichen Stunde"
Und grüßte das Pfäfflein mit höhnischem Munde.
„Knecht Gottes, wie geht's dir? Mir däucht wohl ganz recht.
Das Beten und Fasten bekomme nicht schlecht.

Doch däucht mir daneben, Euch plage viel Weile.
Ihr dankt mir's wohl, wenn ich Euch Arbeit erteile;
Man rühmet, Ihr wäret der pfiffigste Mann,
Ihr höret das Gräschen fast wachsen, sagt man.

So geb ich denn Euern zwei tüchtigen Backen
Zur Kurzweil drei artige Nüsse zu knacken
Drei Monden von nun an bestimm' ich zur Zeit.
Dann will ich auf diese drei Fragen Bescheid:

Zum ersten: Wann hoch im fürstlichen Rate
Zu Thron ich mich zeige im Kaiserornate,
Dann sollt Ihr mir sagen, ein treuer Wardein,
Wieviel ich wohl wert bis zum Heller mag sein.

Zum zweiten sollt Ihr mir berechnen und sagen,
Wie bald ich zu Rosse die Welt mag umjagen,
Um keine Minute zu wenig und viel!
Ich weiß, der Bescheid darauf ist Euch nur Spiel.

Zum dritten noch sollst du, o Preis der Prälaten,
Auf's Härchen mir meine Gedanken erraten.
Die will ich dann treulich bekennen: allein
Es soll auch kein Titelchen Wahres dran sein.

Und könnt Ihr mir diese drei Fragen nicht lösen,
So seid Ihr die längste Zeit Abt hier gewesen;
So laß ich Euch fahren zu Esel durch's Land,
Verkehrt, statt des Zaumes den Schwanz in der Hand." —

Drauf trabte der Kaiser mit Lachen von hinnen,
Das Pfäfflein zerriß und zerspliß sich mit Sinnen.
Kein armer Verbrecher fühlt mehr Schwilität,
Der vor hochnotpeinlichem Halsgericht steht.

Er schickte nach ein, zwei, drei, vier Universitäten;
Er fragte bei ein, zwei, drei, vier Fakultäten;
Er zahlte Gebühren und Sporteln vollauf;
Doch löste kein Doktor die Fragen ihm auf.

Schnell wuchsen bei herzlichem Zagen und Pochen
Die Stunden zu Tagen, die Tage zu Wochen,
Die Wochen zu Monden; schon kam der Termin!
Ihm wards vor den Augen bald gelb und bald grün.

Nun sucht' er, ein bleicher, hohlwangiger Werter,
In Wäldern und Feldern die einsamsten Oerter.
Da trof ihn auf selten betretener Bahn
Hans Bendix, sein Schäfer, am Felsenhang an.

„Herr Abt," sprach Hans Bendix, „was mögt Ihr Euch grämen?
Ihr schwindet ja wahrlich dahin wie ein Schemen.
Marla und Joseph! Wie hohlt Ihr ein!
Mein Sixchen! Es muß Euch was angetan sein." —

„Ach guter Hans Bendix, so muß sich's wohl schicken,
Der Kaiser will gern mir am Zeuge was flicken
Und hat mir drei Nüß' auf die Zähne gepackt,
Die schwerlich Beelzebub selber wohl knackt.

Zum ersten: Wann hoch er im fürstlichen Rate
Zu Throne sich zeigt im Kaiserornate,
Dann soll ich ihm sagen, ein treuer Wardein,
Wieviel er wohl wert bis zum Heller mag sein.

Zum zweiten soll ich ihm berechnen und sagen,
Wie bald er zu Rosse die Welt mag umjagen,
Um keine Minute zu wenig und viel!
Er meint, der Bescheid darauf wäre nur Spiel.

Zum dritten, ich ärmster von allen Prälaten,
Soll ich ihm gar seine Gedanken erraten;
Die will er mir treulich bekennen; allein
Es soll auch kein Titelchen Wahres dran sein.

Und kann ich ihm diese drei Fragen nicht lösen,
So bin ich die längste Zeit Abt hier gewesen;
So läßt er mich führen zu Esel durch's Land,
Verkehrt, statt des Zaumes den Schwanz in der Hand." —

„Nichts weiter?" erwidert Hans Bendix mit Lachen.
„Herr, gebt Euch zufrieden, das will ich schon machen.
Nur borgt mir Euer Käppchen, Euer Kreuzchen und Kleid,
So will ich schon geben den rechten Bescheid.

Versteh' ich gleich nichts von lateinischen Brocken,
So weiß ich den Hund vom Ofen zu locken
Was ihr euch, Gelehrte, für Geld nicht erwerbt,
Das hab' ich von meiner Frau Mutter geerbt."

Da sprang wie ein Böcklein der Abt vor Behagen.
Mit Käppchen und Kreuzchen, mit Mantel und Kragen
Ward stattlich Hans Bendix zum Abte geschmückt
Und hurtig zum Kaiser nach Hofe geschickt.

Hier thronte der Kaiser im fürstlichen Rate,
Hoch prangt' er mit Zepter und Kron im Ornate:
„Nun sagt mir, Herr Abt, als ein treuer Wardein,
Wieviel ich jetzt wert bis zum Heller mag sein." —

„Für dreißig Reichsgulden ward Christus verschachert;
Drum geb' ich, so sehr Ihr auch pochet und prachert,
Für Euch keinen Deut mehr als zwanzig und neun,
Denn einen müßt Ihr doch wohl minder wert sein."

„Hum", sagte der Kaiser," der Grund läßt sich hören
Und mag den durchlauchtigsten Stolz wohl bekehren.
Nie hätt' ich, bei meiner hochfürstlichen Ehr'!
Geglaubet, daß so spottwohlfeil ich wär'.

Nun aber sollst du mir berechnen und sagen,
Wie bald ich zu Rosse die Welt mag umjagen,
Um keine Minute zu wenig und viel!
Ist dir der Bescheid darauf auch nur ein Spiel?" —

„Herr, wenn mit der Sonn' Ihr früh sattelt und reitet
Und stets sie in einerlei Tempo begleitet,
So setz' ich mein Kreuz und mein Käppchen daran,
In zweimal zwölf Stunden ist alles getan." —

„Ha", lachte der Kaiser, „vortrefflicher Haber!
Ihr füttert die Pferde mit Wenn und mit Aber.
Der Mann, der das Wenn und das Aber erdacht,
Hat sicher aus Häckerling Gold schon gemacht.

Nun aber zum dritten, nun nimm dich zusammen!
Sonst muß ich dich dennoch zum Esel verdammen;
Was denk' ich, das falsch ist? Das bringe heraus!
Nur bleib' mir mit Wenn und Aber zu Haus!" —

„Ihr denket, ich sei der Abt von Sankt Gallen". —
„Ganz recht! Und das kann von der Wahrheit nicht fallen." —
„Sein Diener, Herr Kaiser! Euch trügt euer Sinn,
Denn wißt, daß ich Bendix, sein Schäfer, nur bin!" —

„Was Henker! Du bist nicht der Abt von Sankt Gallen?"
Rief hurtig, als wär' er vom Himmel gefallen,
Der Kaiser mit frohem Erstaunen darein;
„Wohlan denn, so sollst du von nun an es sein!

Ich will dich belehnen mit Ring und mit Stabe,
Dein Vorfahr besteige den Esel und trabe!;
Und lerne fortan erst quid juris verstehen!
Denn wenn man will ernten, so muß man auch säen." —

„Mit Gunsten, Herr Kaiser! Das laßt nur hübsch bleiben!
Ich kann ja nicht lesen, noch rechnen und schreiben;
Auch weiß ich kein sterbendes Wörtchen Latein.
Was Hänschen versäumt, holt Hans nicht mehr ein." —

„Ach, guter Hans Bendix, das ist ja recht schade!
Erbitte demnach dir ein' andere Gnade!
Sehr hat mich ergötzet dein lustiger Schwank;
Drum soll dich auch wieder ergötzen mein Dank." —

„Herr Kaiser, groß-hab' ich so eben nichts nötig;
Doch seid Ihr im Ernst mir zu Gnaden erbötig,
So will ich mir bitten zum ehrlichen Lohn
Für meinen hochwürdigen Herren Pardon."

„Ha Bravo! Du trägst, wie ich merke, Geselle,
Das Herz wie den Kopf auf der richtigen Stelle;
Drum sei der Pardon ihm in Gnaden gewährt
Und obendrein dir ein Panisbrief beschert:

Wir lassen dem Abt von Sankt Gallen entbieten:
Hans Bendix soll ihm nicht die Schafe mehr hüten.
Der Abt soll sein pflegen, nach unserm Gebot,
Umsonst bis an seinen sanftseligen Tod."

Gottfried August Bürger
1747—1794.

Zur Kenntnis. Außerordentlicher technischer Schwierigkeiten halber mußte leider der Schluß des Artikels „Von Verbrechen, Strafe und Amnestie" für die nächste Nummer zurückgestellt werden.

Erklärung von Fremdwörtern.

Protektion = Schutz, Gönnerschaft.
protegieren = beschützen begönnern.
Niveau = Stand, Stufe.
nivellieren = gleichmachen, verschiedenes auf die gleiche Stufe, das gleiche Maß bringen.
Fiktion = Einbildung, Wahn, Traumgebilde, Gedankengebilde
fiktiv = eingebildet, unwirklich.
Aktion = Tat, Handlung.
aktiv = tätig, wirksam.
katastrophal = verhängnisvoll, vernichtend, zum plötzlichen Umschwung, zum Unglück führend.
Katastrophe = Wendung, Umschwung, meist im Sinne der Gewaltsamkeit.
Kapitulation = Waffenstreckung, Übergabe.

Inhalt: Zwei Jahre Revolution. — Etwas über das Moralproblem. II. — Der Todeszug des Kapitals. — Was geht das uns Frauen an? — Notizenteil. Aus der besten aller Welten: Zuckernot für Proleten; Frauenwahlrecht: Das Frauenwahlrecht in Spanien; Die tschechoslowakischen Frauen bei den Gemeinderatswahlen; Sozialistische Frauenbewegung im Ausland: Die Organisation der deutschen Genossinnen in Tschechoslowakien. — Für unsere Kinder: Der Kaiser und der Abt. — Zur Kenntnis. — Erklärung von Fremdwörtern.

Nummer 17 Stuttgart, 11. November 1919.

Die Kommunistin

Frauenorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Herausgegeben von Clara Zetkin

„Die Kommunistin" erscheint am 1., 11 und 21. eines jeden Monats. Preis der Einzelnummer 15 Pfennige, durch die Post bezogen vierteljährlich 1.25 Mark (ohne Bestellgeld).

Einzelnummer Preis 15 Pfennige.

Zuschriften für die Redaktion an Klara Zetkin, Wilhelmshöhe, Post Degerloch b. Stuttgart. — Zuschriften für den Verlag an Anna Stegmaier, Stuttgart, Ostendstr. 70.

Gegen die Kohlennot.

Dräuend umringen bittere Nöte die Proletarierin, wie die Frau in den Kreisen der „kleinen Leute", bis tief in den Mittelstand hinein. Es fehlt ihr und den ihrigen an allem, was des Leibes Nahrung und Notdurft dient. Gewiß: hinter den glänzenden Spiegelscheiben der Läden lockt alles, was „Menschen Begehr". Da türmen sich Eier, Schinken, Früchte, warme Kleiderstoffe, schimmernde Wäschestücke, dauerhafte Stiefel usw. Aber das Schöne, Nützliche, Unentbehrliche kostet ein Heidengeld, das die meisten nicht aufzuwenden vermögen, trotz der gestiegenen Löhne und Gehälter, trotz „Beschaffungs-, Entschuldungs- und Teuerungszulagen". Mit all ihren Deklamationen von den beneidenswerten Riesenverdiensten der werktätigen Bevölkerung im allgemeinen, und der Arbeiterschaft im besonderen, kann die herrschende „honnete" Gesellschaft die fatale Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß die Löhne und Gehälter bei weitem nicht in dem Maße in die Höhe gegangen sind, wie die Kosten des gesamten Lebensbedarfs. Wenn Löhne und Gehälter um das Drei- und Vierfache gestiegen sind, so die Preise für Nahrung, Kleidung, Beheizung usw. um das Zehnfache und mehr. Nur wer zu dem Klüngel der Millionäre gehört oder nahe an ihn heranreicht, nur wer Riesenvermögen und Rieseneinkommen sein eigen nennt, kann die Wucherpreise des Lebensbedarfs zahlen und leben, wo andere vegetieren, ja schlemmen, wo sie darben. Kaum je ist der Klassengegensatz zwischen Besitzenden und Habenichtsen, zwischen Ausbeutenden und Ausgebeuteten größer gewesen, schamloser, herausfordernder in die Erscheinung getreten, als gegenwärtig in der Lage der offenen und heimlichen Nutznießer des Weltkriegs und seiner ungezählten Lastenträger.

Hunger, Blöße, Frost, Wohnungsjammer. Arbeitslosigkeit fallen zu einer schrecklichen Macht vereinigt die schaffenden Massen an. Es ist ein müßiges Beginnen, darüber zu streiten, welche Plage wohl ihre Pranken am tiefsten und schmerzhaftesten in den zuckenden Leib des notleidenden Proletariats schlägt. Der Mangel an Kartoffeln, Brot, Mehl, Teigwaren — von Fleisch, Butter, Fett, Eiern, Milch gar nicht erst zu reden —; der Mangel an Wäsche, Kleidern, Schuhen, an ausreichenden und gesunden Wohnräumen; der Mangel an Brenn- und Beleuchtungsstoffen; all die verschiedenen „Nöte", die die Presse verzeichnet, und die auch ohne Worte in den Straßen schreien in Gestalt abgezehrter, verkümmernder Menschen: sie treffen zusammen und steigern wechselseitig ihre Wirkung. Doch eine Not tritt dabei beherrschend in den Vordergrund: die Kohlennot. Denn sie verschärft mit ihren Folgen nicht bloß für die Einzelnen die Qualen des ungenügend genährten und bekleideten Leibes, sie greift auch in das Wirtschaftsleben der Gesellschaft ein, führt zu Stockung und Einstellung der Produktion und wird im Werktätigen als geschmälerter Verdienst und Verdienstlosigkeit fühlbar.

Kohlennot! Die Arbeiterin und Angestellte, die Hausfrau weiß heute, was alles für sie dies eine Wort in sich schließt. Mangelnder Haus- und Herdbrand, herabgesetzte und unregelmäßige Lieferung von Gas und Elektrizität, Einschränkung der Arbeit in Betrieb und Geschäft. Die Kunst der erfahrensten Hausmutter, aus den wenigen und oft geringwertigen Nahrungsmitteln erträgliche Gerichte zu bereiten, sie muß versagen, wenn das Herdfeuer aus Mangel an Holz, Kohlen, Koks und Torf verglimmt ist, wenn kein Gas mehr flammt. Mutterliebe ist außer Stande, für die frierenden Kleinen das Zimmer zu wärmen, nachdem jedes alte Brett, jeder wackelige Stuhl und alle aufgestapelten Zeitungen des Vaters verfeuert worden sind. Und mit den ausfallenden Arbeitsstunden und Arbeitstagen hockt vermehrte Sorge und Entbehrung im Heim nieder. Der Winter ist frühzeitig und hart hereingebrochen und droht die bösen Wirkungen der Kohlennot auf das Grausamste zu verschärfen. Für die Wenig- und Nichtsbesitzenden in erster Linie und in der Hauptsache versteht sich. Die Kriegs- und Revolutionsgewinnler brauchen wegen der Kohlennot weder unter die „Rohköstler" zu gehen, noch zu frieren. Sie können ohne mit der Wimper zu zucken der edlen Zunft der Schieber 30 Mark und mehr für den Zentner Kohle und 200 Mark für den Raummeter Buchenholz zahlen, damit die „stilgerechte" Diele beheizt werden kann, und außerdem sorgen gute „persönliche Beziehungen" zu Grubenbaronen, Kohlenhändlern und Amtsstellen für „das Nötigste".

Freilich und wie schon hervorgehoben: die Kohlennot hat noch eine andere Seite. Stärker, zerrüttender als jeder andere Mangel greift der an Kohlen über das Leben der Einzelnen hinaus, greift er respektlos auch in das Allerheiligste der bürgerlichen Gesellschaft, in die kapitalistische Ausbeutungswirtschaft, in den Mechanismus der kapitalistischen Profitpresserei. Daß Tausende, ja Millionen Hand- und Kopfarbeitende hungern, ihre Blöße nicht decken können, frieren, weil sie außer Stande sind zu kaufen, wessen sie bedürfen, das sieht die Herrschenden und Regierenden im allgemeinen wenig an, solange der Jammer des Einzelnen sich scheu und stumm in die Ecken verkriecht. Das „soziale Gewissen" der ehrenfesten bürgerlichen Welt erwacht erst, wenn das graue Elend der vielen Einzelnen sich zur Massenerscheinung zusammenballt, die sich wehrend, agressiv in die Straßen tritt. Mangel an Lebensbedarf wird für die kapitalistische Gesellschaft nicht dann zur unerträglichen Kalamität, wenn Hunderttausende an Unterernährung verderben und sterben, sondern erst in dem Augenblick, wo hungernde, verzweifelnde Menschen Lebensmittelläden und Kleidermagazine plündern.

Anders bei der Kohlennot. Da bedarf es nicht der Straßenkrawalle und der ohne Bezahlung geleerten Vorräte, um das Alarmsignal zu geben, daß „etwas geschehen müsse", um Mangel und Not zu bannen. Es genügt, daß Tausende und Zehntausende von abgerackerten Grubensklaven die Arme kreuzen, dem ausbeutenden Kapital Gehorsam und Tribut verweigern, damit die Gefahr der Kohlennot erkannt wird. „Die Kohle ist das Brot der Industrie." Keine Kohle, und die Riesenschlote der Hüttenwerke, Tausende von Fabrikschornsteinen hören auf zu rauchen, die Gas- und Elektrizitätsanlagen müssen ihren Betrieb einstellen, „alle Räder stehen still", es sei denn, daß andere Energie- und Kraftquellen als Dampf, als mit Kohle erzeugte,

das Betriebe bewegen. Der Kohlenmangel trifft die kapitalistische Wirtschaft an der Wurzel. Zwingender als die Not der Hausmütter, der Familien hat das Ausbeutungs- und Profitbedürfnis der Kapitalisten dem Regierungskonsortium der Mehrheitssozialdemokraten, Zentrümler und bürgerlichen Demokraten zugerufen, der Kohlennot zu steuern.

* * *

Der erste Schritt dazu mußte die unbefangene, vorurteilslose Aufhellung der Ursachen des Kohlenmangels sein, der zweite die rücksichtslose, energische Durchführung der Maßregeln, die sich aus der gewonnenen Einsicht ergaben. Was jedoch haben statt dessen die Regierenden von Scheidemann bis Bauer, von Dr. Müller bis Schmidt und Schlicke, von Giesbert bis Erzberger, von Schiffer bis Dernburg und Gotheim getan? Als fromme Knechte des Kapitalismus haben sie das Elend der Ungezählten, die ohne Hausbrand waren, und den Notstand der Wirtschaft als „gute Konjunktur" ausgenutzt, um die kapitalistische Ausbeutungsordnung zu befestigen, die durch den furchtbaren Wahnsinn des Weltkriegs — ihres eigenen Wesens Wahnsinn — ins Wanken gekommen ist.

Diese skrupellosen Hazardspieler mit des Volkes Gut und Blut während des Kriegs und der Revolution und ihr politisches Geschwister in der Nationalversammlung haben sich nicht einmal dazu verstanden, auch nur eine gründliche Reform der kapitalistischen Profitwirtschaft im Kohlenbergbau zu schaffen, eine Reform, die das schwärzeste Elend der Kohlengräber gemildert und der Kohlennot entgegengewirkt hätte. Denn beides — das Elend der „Kumpels" und die Kohlennot — gehört nach Ursache und Wirkung zusammen. Die Lohnsklaven der Thyssen und Stinnes, der Ballestrem und Henkel-Donnersmark hatten durch ihre frei gewählten Vertrauensleute die unerträglichen Uebel festgestellt, die die kapitalistische Ausbeutung über sie heraufbeschwört und die vielgestaltigen Ursachen des Kohlenmangels dargelegt. Sie hatten lückenlos nachgewiesen, daß kapitalistische Auswucherung der Arbeitskräfte und Kohlennot zwei Seiten ein- und derselben Sache sind und eine gemeinsame Grundursache haben. Das kapitalistische Eigentum an den Gruben, Maschinen usw., kurz an den Produktionsmitteln des Bergbaus und die dadurch bedingte kapitalistische Herren- und Ausbeutungsgewalt der Besitzenden über die Lohnfrohndenden. Aus ihrer Sachkenntnis und Erfahrung heraus hatten die Vertreter des Grubenproletariats die Mittel zur Erlösung von allem Uebel genannt. Die Sozialisierung des Kohlenbergbaus; die Ueberführung der Gruben und ihrer Betriebsmittel aus dem Besitz einer Minderzahl von Reichen und Erzreichen in das Eigentum der Gesellschaft; die planmäßige Organisierung und Verwaltung des Kohlenbergbaus im Hinblick auf den allgemeinen Nutzen, das allgemeine Bedürfnis und nicht mit Rücksicht auf den Vorteil, den Profit weniger; die Einsetzung freigewählter Zechen- und Revierräte der Grubenarbeiter und Angestellten, — als vollberechtigter entscheidender Organe neben den Vertretern der Gesellschaft — zur Kontrollierung, Regelung und Verwaltung der Kohlenproduktion. In einem gesagt: Ueberwindung, Beseitigung der kapitalistischen Profitwirtschaft, Uebergang zur sozialistischen Bedarfswirtschaft, das war das geforderte Heilmittel gegen Kohlennot und Not der Grubensklaven.

Und die Antwort derer darauf, die der Bourgeoisie politisches Geschäftsinteresse und der Proletarier Torheit mit der Regierung betraut hat? Sie logen die Kohlennot um aus einem Verbrechen, aus der unvermeidlichen Frucht der kapitalistischen Ausbeutungswirtschaft in das Verschulden der ausgebeuteten Zechenproletarier. Sie spieen Geifer und Gift gegen die „Arbeitsscheuen" und „Faullenzer", die es wagten, durch Streiks höheren Lohn und kürzere Arbeitszeit für ihr aufreibendes Mühen im dunklen, dumpfigen Schacht erobern zu wollen. Sie hatten Maschinengewehre und Bajonette gegen die „Verräter am Vaterland", die sich nicht durch ebenso scham- als geistlose Moralsalbadereien in die Gruben zurücktreiben ließen; Untersuchungs- und Schutzhaft, Zuchthausstrafen, zerschmetterte Schädel und Browningschüsse für die Vermessenen, die vom Vertrauen ihrer Arbeitsbrüder getragen, die Sache des Grubenproletariats, aller Werktätigen gegen das Vampyr Kapital führten. Und die mehrheitssozialdemokratisch auf „Demokratie" und „großzügige Reformen" gerichteten Regierenden taten mehr. Sie hinderten die Untersuchungen und Beratungen der „Sozialisierungskommission", die sich in erster Linie mit der Vergesellschaftung, der durchgreifenden Regelung der Kohlenwirtschaft befassen wollte. Sie boten Nücken und Tücken auf, daß zumal der den gold-, schmutz- und bluttriefenden Zechengewaltigen unangenehme Bericht der „radikalen Linken" in der Sozialisierungskommission nicht vor die breiteste Oeffentlichkeit kommen sollte, so zahm und rücksichtsvoll auch er noch für die besitzenden Klassen war. Sie verdichteten nicht einmal die überbescheidenen Forderungen der waschecht bürgerlichen „Rechten" in den Kommissionen zu Taten.

Allerdings: als ungeachtet alles Geschwafels, aller Gewalt- und Blutmaßregeln im Februar und März eine riesige Streikwelle von Rheinland-Westfalen ausgehend ein Kohlenrevier nach dem anderen erfaßte, sich in Mitteldeutschland aufbäumte und ihre Ausläufer in andere Wirtschaftsgebiete warf, als die Ebertiner, ihre bürgerlichen Genossen und Herrschaften vor dem Massentritt der Arbeiter zu erzittern begannen, da erschienen über Nacht die im Stil schwindelhafter Ausverkäufe gehaltenen Riesenplakate: „Die Sozialisierung marschiert!" „Die Sozialisierung ist da! Die „Sozialisierung" kam, und sie war danach: das Werk von Verrätern des Sozialismus und von Fanatikern des bürgerlichen Eigentums, der Ausbeutungswirtschaft, kapitalistischer Dreck ohne sozialistisches Feuer. Die allgemeinen Gesetze über die Sozialisierung inhalts- und blutleer, unverbindliche, dehnbare Redensarten, das Sondergesetz über die Sozialisierung der Kohlenwirtschaft eine dreiste Verhöhnung der Grubenarbeiter und der kohlenverbrauchenden werktätigen Massen, der wirtschaftlichen Interessen der ungeheuren Mehrzahl des schaffenden Volks. Diese Art der Sozialisierung blieb sogar weit hinter den sozialen Quacksalbereien Walther Rathenaus zurück, der durch „Planwirtschaft" und ein Händchen aufgeputzter Reformen zu Gunsten der Arbeiter die kapitalistische Ordnung gesund machen und retten will. Dieser eingefleischte Bekenner des Kapitalismus schüttete die volle Schale bissigsten Spottes über den Schwindel aus, als gewaltigen Fortschritt und Sozialisierung zwergenhafte und unzweckmäßige Maßnahmen zu preisen, durch die nur ein beschränker Teil des Kohlenhandels geregelt wird und obendrein im ganz kapitalistischen Sinne geregelt wird. Das Gesetz tastet die kapitalistische Ausbeutungs- und Herrenmacht der Zechenmagnaten nicht im geringsten an, und die von der „Sozialisierung" erfaßten Kohlenhändler empfangen ohne jede Mühe und ohne jedes Risiko ihren Profit als feste Rente vom Staat, aus den Taschen der Steuerzahler. Angesichts der gestiegenen Kohlennot wagt denn auch nicht einmal der dummdreisteste mehrheitssozialdemokratische Spatz davon zu piepsen, daß die „Reformtat" der Regierung das Elend gemildert, geschweige denn gewendet habe.

* * *

Aug in Auge mit den Tatsachen hat endlich die Lüge versagt, daß das „Streikfieber" der Grubenarbeiter die Ursache der Kohlennot sei. Man gedachte der Kohlenmengen, die nach Frankreich und Belgien geliefert werden mußten, weil die Barbarei der deutschen Kriegsführung dort die Gruben zerstört hat. Es mußte anerkannt werden, daß der Rückgang der Kohlenproduktion eine internationale Erscheinung sei, die als Kriegsfolge auftrete. In Englund z. B. ist die Kohlenförderung in den beiden Monaten Juni und Juli 1919 beinahe um die Hälfte gesunken, nämlich von 4812595 Tonnen auf 2642895. Fachleute, Kommissionen bestätigten — sie mochten wollen oder nicht — was die Grubenarbeiter als Grund des Kohlenmangels festgestellt hatten. Das profitwütige Kapital hat während des Kriegs im Kohlenbergbau einen unerhörten Raubbau getrieben. Alle Maßregeln der Klugheit auf die weitere Kohlengewinnung hat es dabei unter die Füße gestampft. Die Gruben sind erschöpft, verlottert, verkommen. Es kam den Zechenherren nur darauf an, ihnen von Tag zu Tag so viel Kohlen als möglich entreißen zu lassen, nicht sie in gutem Zustand zu erhalten. Es

wurde nicht mehr Gewicht auf die Förderung guter Kohlen gelegt, auf die Förderung grosser Mengen kam es an. Die Maschinen und andere Arbeitsmittel wurden übermäßig in Anspruch genommen, sie sind abgenutzt, leistungsuntüchtig, erneuerungsbedürftig. Und wie bedenken- und gewissenlos hat das profittolle Grubenkapital mit den menschlichen Arbeitskräften gehaust! Es trieb durch die Härte der Arbeitsbedingungen viele Zehntausende geschulter Bergarbeiter zur Abwanderung und stellte — die Kriegskonjunktur nutzend — ungelernte Proletarier, Jugendliche und Frauen ein; die den Dividendenschluckern ungemessenen Reichtum, sich selbst aber schwarzes Elend erschufen. Heute besteht das Grubenproletariat nicht nur zu einem erheblichen Teil aus ungeschulten Kräften, sondern es ist nachweislich in Folge der Unterernährung und Ueberarbeit der Kriegsjahre leistungsschwach. Nur der kapitalistische Shylock, den sein Profitbegehren blind und taub für alle Erwägungen macht, kann diesem verelendeten, beruflich ungenügend geschulten Proletariat eine nach Menge und Güte befriedigende Kohlenproduktion abzwingen wollen.

Und trotz alledem und trotz des Streiks, die Recht und Pflicht der Arbeiter waren, sind weit mehr Kohlen zu Tage gefördert worden, als zum Abtransport gelangt sind. Während viele Hausfrauen bei dem herrschenden Kohlenmangel nicht wußten, wie sie die täglichen Mahlzeiten herstellen sollten, während Millionen mit schauderndem Entsetzen der nahenden Winterfröste gedachten, häuften sich auf den Gruben die nicht abgeführten Kohlenvorräte. Auf oberschlesischen Halden gerieten große Kohlenlager durch Selbstentzündung in Brand und wurden vernichtet. Das Nichtabtransportiertwerden der Kohlen gab den Hütern der kapitalistischen Ordnung den Vorwand, einen neuen Sündenbock für die Missetaten der kapitalistischen Wahnsinnswirtschaft in die Wüste zu treiben. Die streikenden Eisenbahnangestellten und Eisenbahnarbeiter sollten die Frevler am „Volksganzen" sein, die die Kohlennot heraufbeschworen. Aber auch diese niederträchtige Lüge, die die Proletarier untereinander verhetzen sollte, hatte kurze Beine. Es steht heute fest, daß die Verkehrsschwierigkeiten und Verkehrsstockungen, die die Kohlennot verschärft haben, auf andere Ursachen als die Streiks zurückzuführen sind.

Tausende von Lokomotiven, Zehntausende von Waggons mußten dem siegreichen Ententeimperialismus ausgeliefert werden, und zwar von den besten. Es fehlt im Eisenbahndienst an rollendem Material, namentlich aber an gutem Material, denn die außerordentlichen Anforderungen während des Krieges haben auch in dieser Hinsicht verheerend gewirkt. Man erinnere sich 4½ Jahre lang der Tag und Nacht donnernden Riesenzüge mit Tausenden, die zur Schlachtbank geführt, mit Tausenden, die als Verstümmelte und Sieche zurückkamen, der Riesenzüge mit Mordwerkzeugen, Proviant usw. Ganz besonders die Lokomotiven sind durch übermäßige Inanspruchnahme während des Kriegs aufgebraucht, reparatur- und ersatzbedürftig. Neue Lokomotiven können nicht über Nacht aus dem Boden gestampft werden, es fehlt an gutem Rohmaterial für ihren Bau, die Wirtschaft ist zu zerrüttet, als daß auf raschen Ersatz zu hoffen wäre. Dazu kommt, daß die Leistungstüchtigkeit der laufenden Lokomotiven herabgesetzt wird durch das minderwertige Heizmaterial, mit dem sie gespeist werden. Es hat nur zwei Drittel der normalen Heizkraft, verschlackt stark und greift dadurch die Maschinen an. Das viele schlechte Material unter den verladenen Kohlen belastet überdies den Transport. Je geringer der Heizwert von Kohlen, Koks usw. ist, um so größere Mengen werden verbraucht, müssen transportiert werden. Gewiß: die Binnenschiffahrt auf der Oder, Elbe, dem Rhein hätte die Eisenbahnen im großen Umfang entlasten und die Versorgung mit Kohlen erleichtern können. Aber das ließ das Profitinteresse der Herren nicht zu, die die Binnenschiffahrt kapitalistisch betreiben, d. h. ausbeuten. Mochten die breitesten Massen notleiden, mochte das Leben in wichtigen Wirtschaftsgebieten stocken, wenn nur ihre Profite gediehen. Die Zechengewaltigen ihrerseits sahen und sehen im stillen, aber mit um so innigerem Vergnügen, daß die Verkehrsschwierigkeiten die Kohlennot wachsen ließen. Sie sind die Herren geblieben, die die Kohlenpreise diktieren, und je größer, dringlicher die Nachfrage nach Kohlen usw., um so höher, wucherischer die Preise. Und mit den Grubenfürsten und Grubenaktionären zusammen lachten sich die Schieber ins Fäustchen. Auch ihr Weizen blühte. Es tanzen die Millionen, die Milliarden; es frieren und hungern die breitesten Massen Werktätiger, denen das Haus- und Herdfeuer verlöscht, das karge Brot aus der Hand geschlagen wird. Der Winterwind treibt die ersten Schneeflocken über die Gräber von 15000 erschlagenen proletarischen Rebellen, in Zellen klappern Tausende von „Umstürzlern" vor Frost. Alles ist in Ordnung. In der Ordnung, die das nimmersatte Ungeheuer Kapitalismus will.

* * *

Jedennoch! Augenblickssieg bedeutet nicht Ewigkeitsherrschaft. Die Kohlennot mit ihren Ursachen und Wirkungen bläut breitesten Massen die Erkenntnis von dem Wahnsinn der kapitalistischen Ordnung ein. Zwingend macht sie breitesten Massen klar, daß weder Regierung noch Parlament, daß keine Gewalt des kapitalistischen Staats sie vor dem Wahnsinn dieser Ordnung schützen kann, daß sie sich selbst helfen müssen. Wie wäre auch Heil von Regierenden zu erwarten, die sich mit Haut und Haaren dem Teufel des Kapitalismus verschrieben haben! Allerdings nicht mit dem eigenen Blut, sondern mit dem der von Noskegardisten gemordeten revolutionären Kämpfer; von einem Parlament, dessen Lebenszweck es ist, die kapitalistische Ordnung zu befestigen und ihre Interessen zu wahren! Die von den Bauer & Cie. angeordneten Einschränkungen des Personenverkehrs vom 5.–15. November offenbart die Ratlosigkeit der Herren, den Kohlenmangel zu beheben. Sie ist gleichzeitig das unfreiwillige Eingeständnis, daß eitel Verleumdung dem „Streikfieber" der Grubenarbeiter als der Ursache der Kohlennot fluchte; daß eitel Schwindel die Sozialisierung im Bergbau geblieben ist. Und die Maßnahmen der Regierung werden ohnmächtig sein, der Kohlennot zu steuern.

Die Massen derer, die mit Hand oder Hirn dem Kapital fronen, müssen selbst den Kampf gegen das drückende Uebel aufnehmen. Und sie müssen ihn führen in dem Bewußtsein, daß es auch bei ihm ums Ganze geht, nämlich darum, die herrschende kapitalistische Ausbeutungsgewalt zu knebeln und zu stürzen. Der Kampf gegen die Kohlennot muß zum Kampf für die Sozialisierung der Kohlenwirtschaft werden. Zu diesem Kampf die revolutionären Arbeiterräte an die Front! Wo ein Betrieb eingeschränkt, geschlossen wird, weil es an Kohlen fehlt, da haben freigewählte Betriebsräte der Arbeiter und Angestellten durch genaue Prüfung der Bücher, Rechnungen, Vorräte usw. festzustellen, wie groß der Bedarf an Heizmaterial ist, wie groß die noch vorhandenen oder angesagten Mengen davon, woher und unter welchen Bedingungen die Wirtschaftskohle bezogen wird, nach welchem System Kraftentwicklung und Beheizung stattfindet, ob der Betrieb — wie z. B. ein Gas- und Elektrizitätswerk — lebenswichtig für andere Unternehmungen ist, ob er dem Luxus der Besitzenden oder dem Bedarf des arbeitenden Volks dient usw. Die Ergebnisse des einen Betriebs sind mit denen aus anderen Fabriken und Geschäften zusammenzustellen, zu vergleichen, kritisch zu betrachten. Von den Verbrauchern gewählte Räte stellen die Vorräte und den Bedarf an Hausbrandkohle fest, wie Lieferungsquellen usw. Im Bergbau müssen freigewählte Zechenräte der Arbeiter und Angestellten aufs sorgfältigste die Bestände, alle Bedingungen und Möglichkeiten reichlicher Kohlengewinnung prüfen, ebenso die Mittel und Wege des Absatzes, der Verteilung. Die Arbeiter und Angestellten des Verkehrswesens haben sich durch ihre Räte in dem gleichen Sinne zu betätigen. Kurz, die revolutionären Betriebsräte schaffen einen zuverlässigen Ueberblick über den Bedarf an Kohlen, die Produktionsmenge und Produktionsgüte wie den Transport davon. Andere freigewählte Räte der Arbeiter, Angestellten und Verbraucher haben in Reich, Staat und Gemeinden, bez. bei den entsprechenden Ämtern und Geschäftsstellen die zweckmäßige und gerechte Verteilung der Industrie- und Hausbrandkohle zu kontrollieren.

Dank solchen Wirkens würden die Räte fester im Bewußtsein des schaffenden Volks „verankert", als durch den weisesten ausge-

klügelten Gesetzestext. Sicherlich! Solches Wirken revolutionärer Arbeiterräte ist noch nicht die Sozialisierung des Verfahrens, der Wirtschaft, aber es ist ein praktischer Schritt in der Richtung zu diesem Ziel, ein Schritt, der dem großen Volk der Notleidenden greifbar den Kampf für die Lösung nahebringt: alle Macht den Räten! Denn täuschen wir uns nicht. Auch die Wahl und die Tätigkeit von Arbeiterräten, die die Massen gegen die wütenden Bisse der Kohlennot, des Frostes und Hungers schützen sollen, auch dieser eine kleine Schritt vorwärts zur Befreiung des Proletariats von den Leiden und Verbrechen der kapitalistischen Ausbeutung wird nur im zähen, beißen, opferreichen Kampfe geschehen. Daß die Frauen diesen Kampf teilen, dazu treibt sie zehrende Sorge, erdrückende Not. Daß sie ihn bewußt und freudig teilen, dazu muß sie höheres veranlassen: die Sehnsucht nach ganzem, vollem, reinem Menschentum, das ihnen erst jenseits der Elends- und Kerkersmauern der bürgerlichen Ordnung winkt. Ihr Kampf gegen die Kohlennot der Stunde muß ein unerbittlicher Kampf gegen diese Ordnung sein.

Etwas über das Moralproblem.

Von D.P.

III.

Nun wird die Frage zu beantworten sein, ob in einer künftigen kommunistischen Gesellschaftsorganisation sich starke Persönlichkeiten entfalten können, die in vollem Sinne individuell, d. h. eigenartig und nicht nur egoistisch d. h. selbstsüchtig sind. Während der kapitalistischen Herrschaft und Organisation war das weder in der bürgerlichen noch in der proletarischen Welt möglich, von wenigen Ausnahmen abgesehen.

Wir wissen: in der kommunistischen Gemeinschaft muß jeder ein bestimmtes Quantum Arbeit für das Ganze leisten, damit er dafür das erhält, was er bedarf. Die Arbeit aller Einzelnen aber wird sichtbar in Erscheinung treten in dem Besitzstand, dem Reichtum des Ganzen. Ein jeder Einzelne muß dazu beitragen, daß Ueberfluß herrsche. Die glänzende Gestaltung des Gesamtbildes der Gesellschaft ist nur möglich durch glänzende Leistungen der Einzelnen. Je höher die Leistungen der Einzelnen sind, um so schöner und höher steht das Bild des Ganzen da, und jeder genießt alle Vorteile, alles Schöne. Im Interesse des Ganzen ist es auch, daß jeder sich frei entwickle, „Persönlichkeit" werde, und das vollbringe, was seiner Individualität entspricht, denn die Masse braucht Individualitäten, damit sie überhaupt aktionsfähig sei. Individualitäten sind Menschen, die ihre besondere Eigenart ausgebildet, ausgeprägt haben und danach sich betätigen und handeln. Was früher das Besondere war, das Vorrecht Weniger, das wird das Recht Aller werden, und es wird nicht mehr nötig sein, die „egoistischen" Motive durch „altruistische" zu verschleiern.

An die Stelle des Altruismus wird die Solidarität treten, die vor der Revolution noch keine oder nur beschränkte Wirklichkeit hatte. Solidarität ist das Handeln der Einzelnen im Sinne und Interesse Aller. Solidarität, d. h. Zusammenschluß, schließt nicht Individualismus aus. Denn die Einzelnen sind ja die Individuen, Besonderheiten und sollen es bleiben. Sie sollen es aber sein unter Ausrichtung auf das Ganze; das bedeutet Solidarität. Denn das Ganze braucht zielklare, handelnde Individuen. Solidarität aber schließt Egoismus aus, denn Egoismus, das ist Handeln im Sinne des Ego, des Ich, des Einzelnen, ohne Rücksicht auf das Ganze. So gehören Individualismus und Solidarität zusammen wie Egoismus und Altruismus einander bedingen.

An stelle des unbestimmten Begriffs der „Allgemeinheit", von der man nicht weiß, wo sie anfängt und wo sie aufhört, wie sie im Altruismus sich als eine bloße Fiktion darstellt, ein „Ganzes", das niemals Wirklichkeit, nie das Ganze war, tritt der Begriff der Solidarität. In ihm wird der Zusammenschluß aller Individualitäten ausgedrückt, die für einander bewußt wirken, auf daß jeder Einzelne das höchste Maß gesellschaftlichen Reichtum mitgenieße, so wie er es schaffen half. Es wird nicht mehr heißen: Geh, sieh' deine Person nicht an, laß dich schinden und ausbeuten, deine Eigenart verkümmern im Dienste der Kultur, die es so herrlich weit gebracht hat, zum Nutzen der Allgemeinheit. Sieh geduldig, wie der Besitzende, da das Schicksal ihn nun einmal an diesen Platz gestellt hat, für die Allgemeinheit, für den Glanz der Kultur „sich ausleben", Persönlichkeit sein darf. Im Gegenteil, es wird nun heißen: Weil du mit deiner Arbeit Alle fördern, das Leben Aller verschönen hilfst — und nur, wenn du das tust, indem du arbeitest, — soll dein Tun gesegnet sein, du sollst in Freuden essen und trinken und reichlich Teil haben an den Gütern der Erde und an all ihrer Schönheit. Wenn du aber nichts leistest, nicht dein Teil an Arbeit und Hingabe auf dich nimmst, so sollst du auch nicht essen, sondern verdorren mitten im schwellenden Leben des Ganzen: die Tätigen werden dich erdrücken mit ihrer Fülle.

Erst so, unter den ganz anderen wirtschaftlichen Voraussetzungen der kommunistischen Organisation, fällt das persönliche Interesse mit den allgemeinen zusammen, und die Begriffe Egoismus und Altruismus lösen sich auf in dem einen Begriff der Solidarität.

Unter der kapitalistischen Gesellschaftsordnung fehlte den Scheinpersönlichkeiten der herrschenden Klasse die Beziehung zum Ganzen, so daß, als es sich während des Kriegs um die Gestaltung des Gesamtschicksals handelte, zu der ihr Altruismus sie doch verpflichten mußte, keine Persönlichkeit in die Schranken trat. Für die Masse fehlte jede tatsächliche, wirkliche Grundlage für die Bildung von Persönlichkeiten überhaupt. Innerhalb der kommunistischen Solidarität dagegen wird diese Grundlage gegeben sein, auf der eine Fülle von Persönlichkeiten sich entwickeln können. Denn der Kreis, dem sie entwachsen können, und in dem sie sich entfalten werden, wird in der kommunistischen Gesellschaft unendlich groß, ja, unbegrenzt sein. Es wird ja keine Kraft und Tätigkeit, die sich entfalten will und kann, durch wirtschaftliche Schranken mehr lahmgelegt und beengt werden wie unter der Kapitalsherrschaft, als nur die Oberklasse Spielraum zu ungehinderter Entfaltung hatte.

Der Antrieb aber zu höchster Vollendung in der Arbeitsleistung wird bleiben, denn im Laufe von nur wenigen Geschlechtern wird es sichtbar werden für jeden Einzelnen, daß, je höher seine persönliche Leistung ist, um so höher auch das sein wird, was er von der Allgemeinheit dafür empfängt. Es wird fühlbar werden, daß, je geringer die Leistungen der Einzelnen sind, um so weniger groß und glänzend wird auch das Lebensniveau des Ganzen sein, dieses Ganzen, daß jetzt nicht mehr altruistischer Begriff, Fiktion, ist, sondern kommunistische Wirklichkeit, Solidarität. Das wird der neue Ansporn zu großen Leistungen sein: Solidarität! Das oberste Gesetz der neuen Moral.

Von Verbrechen, Strafe u. Amnestie.

(Fortsetzung statt Schluß).

Sobald man sich nicht an die Oberfläche des Lebens und Tuns der Menschen hält, vielmehr nach den Ursachen von Tun und Leben fragt, den Zusammenhang zu erfassen sucht zwischen dem Wesen des Einzelnen und seinen Handlungen: stößt man auf die gestaltende, treibende Macht der gesellschaftlichen Umwelt, der Lebensbedingungen. Die Natur gibt gleichsam den Stoff, den knetbaren, bildsamen Ton zum Menschen. Die Lebensbedingungen, die Einflüsse der Umwelt, in der der Mensch wird, wächst und wirkt, gleichen ungezählten, erkennbaren und unsichtbaren Händen, die an diesem Ton herumarbeiten, die ihn drücken, kneten, formen, tiefe Linien in ihn graben, hier runden und glätten, dort harte eckige Kanten hervorspringen lassen. Diese Arbeit der Umgebung am Menschen geht von der Wiege bis zum Grabe, ja sie beginnt schon vor der Geburt. Man vergegenwärtige sich die Bedingungen, unter denen ein neues Leben im Schoße einer Proletarierin sich entwickelt, die der Doppellast von Hausarbeit und Erwerbszwang zu erliegen droht. Ueberarbeit, Entbehrungen und Kümmernisse können den ursprünglich gesunden Menschenkeim derart benachteiligen, daß ein schwächliches, krankes Kind in die Welt tritt, ohne Widerstandskraft gegen materielle und sittliche Gefahren und Schädigungen

Die Umwelt ist die große, ist für die meisten Menschen die entscheidende Bildnerin und Erzieherin. Die Erziehung im engeren, im „berufsmäßigen" Sinne ist nur eine Einzelheit, eine beschränkte gestaltende Kraft in ihr. Sie kann, sie darf nicht blind an den anderen Kräften vorübergehen, die in der Umgebung des Kindes wirksam sind, die Erziehung unterstützend oder hemmend; diese muß die Lebensbedingungen berücksichtigen, sich nutzbar zu machen bestrebt sein, unter denen ein Mensch sich entfaltet. Erziehung ist letzten Endes die bewußte, überdachte, planmäßige Ausnutzung und Gestaltung des Milieus, eine Ausnutzung und Gestaltung, durch die die natürlichen Anlagen und Fähigkeiten im günstigen Sinne beeinflußt, durch die gute Triebe entwickelt, gefördert, schlimme Neigungen zurückgedrängt werden sollen. Die Umwelt, in der der Mensch lebt und webt, übt stündlich, täglich ihre gestaltende Macht an ihm. Meist ohne das er sich davon Rechenschaft gibt. Nur über den Durchschnitt Starke, die gelernt haben, in strenger Selbstzucht sich selbst zu bilden, in allen ihren Lebensäußerungen unerbittlich „Gerichtstag über sich zu halten", sind imstande, der Macht des Milieus zu widerstehen, jener Macht, die Eigenschaften weckt, einschläfert, bricht, stützt, steigert, kurz, das leibliche und seelische Wesen des Einzelnen prägt und sein Tun und Lassen bestimmt.

Ohne die verständnisvolle Wertung des Einflusses, den die gesellschaftliche Umwelt auf das Wesen und Handeln der Einzelnen ausübt, ist eine richtige Beurteilung von Tat und Täter unmöglich. „Gelegenheit macht Diebe", sagt zutreffend, aber nicht erschöpfend das Sprichwort. Die Lebensbedingungen lassen Betrüger, Diebe, Meineidige, Mörder usw. heranwachsen, sie werden zu Anstiftern und Kupplern von Straftaten, sie züchten Uebeltäter. An dem einen Pol der kapitalistischen Ordnung wachsen Millionen auf in einer düsteren, grauen, kalten Umwelt, die so kulturarm, ja kulturfeindlich ist, so menschenunwürdig — gemessen an den vorhandenen Möglichkeiten eines kulturellen Aufstiegs —, daß diese Umwelt für moralisch, sozial Belastete und Schwache geradezu eine Brutstätte von Lasten und Verbrechen werden kann und wird. Das um so mehr, je lockender der Glanz, das Farbenspiel, die Wärme am anderen Pol der Gesellschaft ist. Gewiß: verhängnisvolle erbliche Familienbelastung und Ueberliefel verschwundener Zeiten, Geschlechter können als Fluch auf dem Einzelnen ruhen, indem sie ihn mit Eigenschaften und Trieben behaften, die zu Vergehen und Verbrechen drängen. Allein ob diese Eigenschaften sich auswachsen, ob diese Triebe sich hemmungslos austoben, in welcher Richtung, mit welcher Stärke: dafür kann das Milieu entscheidend werden, und es ist in den weitaus meisten Fällen entscheidend.

Soweit es sich um Straftaten als Massenerscheinung handelt im allgemeinen, spricht dabei der Klassengegensatz zwischen Reichen und Armen, Ausbeutenden und Ausgebeuteten, spricht die Klassenlage ein gewichtiges Wort. Denn sie entscheidet über die Lebensmöglichkeiten, die Entwicklungs- und Existenzbedingungen der Einzelnen. Vom ersten Lebenstage an herrschen dem armen Proletarierkind die Verhältnisse zu: „Entbehren sollst du, sollst entbehren!" Es kennt kein Kinderparadies, von dem ein leuchtendes, wärmendes Erinnern bis ins Alter reicht; die bürgerliche Ausbeutungswirtschaft legt Beschlag auf die liebevolle führende Hand von Vater und Mutter und macht die Halbflüggen selbst schon zum Gegenstand kapitalistischer Profitinteressen. Ein kahles, unfreundliches Heim und die brausende Straße der Großstadt, oder die häßlichen Winkel moderner Industrieorte mit ihren Versuchungen sind die alltäglichen Erzieher. Wie anders ist die Welt, in der der Bourgeoissprößling heranwächst, gehegt und gepflegt, von sorgsam ausgewählten, geschulten Kräften betreut und gefördert, von anregender, vorteilhaften Eindrücken umgeben, gegen Anfechtungen gefeirmt. Bestimmend beeinflußt das gesellschaftliche Milieu hier und da die Entwicklung angeborener Neigungen und Triebe. Beispiele mögen davon erzählen, Beispiele, wie sie zu Dutzenden aus der alltäglichen Lebenserfahrung herauszugreifen sind.

Zwei Knaben werden mit dem gleich starken Hang geboren, zu greifen, zu stehlen, zu besitzen, offen oder im geheimen aufzuhäufen, was ihre Begierde reizt, was für wertvoll gilt. Der eine in der Familie eines Schuhmachers, der, von der Konkurrenz der großen Schuhfabriken bedrängt, im schwersten Existenzkampf um das Brot für sich und die Seinen ringt. Der andere im Hause eines Bankiers von gut bürgerlicher Abstammung, wo nicht bloß Reichtum sondern Kultur bodenständig ist. Der Schusterjunge erliegt in seiner Armut der angeborenen Gier, sich irgendwie zu verschaffen, was er bedarf, was ihn erfreut. Fast ohne zu denken, triebmäßig nimmt er Spielkameraden heute ein Vesperbrot, ein anderes Mal einen Ball, Murmeln usw. Sein Lehrer gehört nicht zu den geborenen und erzogenen Erziehern, der versorgte, abgehetzte und verbitterte Vater ebensowenig. Schelte, Schimpf und Prügel sind nicht Erziehung. Der Junge wird durch die schmerzhaften Folgen seines Tuns nicht überzeugt noch gebessert, nur verloren, verschlagen, überlegend. Mit 13 Jahren kommt er wegen Ladendiebstahl vor das Gericht, dann in Zwangserziehung, die ihn mit anderen jungen Verlorenen zusammenführt.

Er erlernt recht und schlecht einen Beruf, der ihn als jugendlichen Arbeiter kümmerlich nährt. Das Leben daheim ist eine Armutsvolle, die ihn täglich empfinden läßt daß die emsigste, treueste Arbeit der Uebermacht des kapitalistischen Besitzes erliegt. Schundliteratur stachelt die Begehrlichkeit und Phantasie des jungen Mannes, hundert Lockungen treten aus glänzenden Läden, herrschaftlichen Wohnungen, aus klingenden, singenden, buntschillernden Vergnügungsräumen an ihn heran. Brennend rast die Gier nach Besitz und Genuß in seinem Blut. Ehe daß der Schusterjunge noch mündig ist, wird er zum Meisterdieb. Aus dem Zuchthaus entlassen, findet er nur schwer und nicht gutlohnende Arbeit. Aufs neue beginnt das alte Spiel zwischen dem angeborenen Hang zum stehlen, dem verderblichen Einfluß der Lebensbedingungen auf der einen Seite, der anerzogenen Achtung vor der Moral, dem Recht der bürgerlichen Ordnung auf der anderen. Und wieder erliegt der Unglückselige der schicksalschweren vereinigten Macht der Veranlagung und des Milieus. Dafern kein Wunder geschieht, wird er als „Rückfälliger", als „Gewohnheitsdieb" seine Tage im Zuchthaus beschließen. „Von Rechtswegen", denn das bürgerliche Recht wägt und mißt nur, was der Belastete gegen die Interessen der bürgerlichen Ordnung gefehlt hat, nicht aber, was diese Ordnung ihm schuldig geblieben ist, um ihn trotz Anlage und Ungunst der Lebensbedingungen zum bürgerlich „anständigen" Mann zu machen und als bürgerlich anständigen Mann zu erhalten. Sein Schicksal ist das Schicksal Tausender, aus denen uns Goethe's Anklage entgegenklingt:

„Ihr laßt den Armen schuldig werden,
Dann überlaßt ihr ihn der Pein".

Wie grundverschieden das Los des gleichbelasteten Bankierjungen! Weder Mangel an Nahrung noch an Spielzeug lockt den schlummernden Trieb zum nehmen, stehlen hervor und gibt ihm Nahrung. Trotzem und er eines Tages wach und bricht aus. Das Unbegreifliche wird kund. Der reiche Junge stiehlt, stiehlt seinem Schwesterchen die blanken Silberstücke aus der Sparbüchse, stiehlt seinem Freunde das benetzte Taschenmesser mit zwei Klingen, stiehlt wie ein Rabe. Der erste Diebstahl, der entdeckt wird, ist „Kinderspiel", der zweite ein „Versehen", der dritte ein „Dummerjungenstreich". Schließlich wird festgestellt, daß trotz bester Herkunft — wer weiß durch welchen Ahnen, der die Grundlage des Familienreichtums schuf! — der Junge mit „Kleptomanie" behaftet sei, mit Diebsucht, der krankhaften Neigung zum stehlen. Der Junge wird mit Recht als moralisch Kranker behandelt, den man nicht richtet, sondern zu erziehen bemüht ist, damit er gesunde. Um ihn zu heilen, wird alles aufgeboten und vereinigt, was Reichtum und Bildung vermögen. Die verständige, liebevolle Erziehung verfolgt bewußt das Ziel, die Macht stachelnder Versuchung zum stehlen herabzumindern, die Widerstandsfähigkeit gegen Anreize dazu zu entwickeln und zu stärken, die Empfindung zu wecken, daß die Niederkämpfung des Verlangens, heimlich und geschickt die Hand nach einem begehrten Gut auszustrecken, ein größerer Genuß sei, als der Besitz dieses Gutes selbst. Die kluge Erziehung „sublimiert", d. h. läutert die Kleptomanie zum aufs höchste gesteigerten Eigentums- und Erwerbssinn, der im trachten nach Gewinn und Gut sich in den Schranken bürgerlicher Wohlanständigkeit hält. Keine übermächtige Versuchung von außen stört das erzieherische Werk. Der Bankierjunge entbehrt nichts, und was sein Wünschen reizt, kann er sich kaufen.

Nach tadelloser Lehrzeit im väterlichen Bankhause — daß eines Tages zwei neue „blaue Lappen" fehlen war offenbar auf ein „Versehen" beim Abzählen zurückzuführen — entwickelt sich der junge

Mann zum hervorragenden Finanzmann, der mit Millionen operiert. Er finanziert Industrieunternehmungen, er ruft „aussichtsreiche" Aktiengesellschaften ins Leben, er vereinigt Banken zu einer beherrschenden finanziellen Großmacht. Der ererbte väterliche Wohlstand schwillt dank seiner Betätigung zu einem Riesenvermögen an. Was tut es, daß dabei Hunderte kleiner wirtschaftlicher Existenzen als Enteignete zu Grunde gehen, daß Zehntausende von Arbeitern und Arbeiterinnen als Kulturdünger zerstampft werden? Das ist „der Lauf der Welt" in der bürgerlichen Gesellschaft, und das Weben und Wirken des ehemaligen kleptomanischen Bankierjungens ist vom Standpunkt der bürgerlichen Moral und des bürgerlichen Rechts durchaus einwandsfrei. Die Sucht zu „erraffen und erlisten" lebt sich dank der sozialen Lebensbedingungen in gesetzlichen Formen aus. Unser Finanzmann wird als leuchtendes Beispiel gepriesen werden, wie weit man es bei „Begabung und Fleiß" bringen kann, und er wird als Familienvater von makellosem Ruf — dem „das Glück im Winkel" mit „kleinen süßen Verhältnissen" keinen Abbruch tut — als Zierde der Gesellschaft, Ehrenvorsitzender aller möglichen Körperschaften und Vereine seine Tage beschließen, gesegnet von seinen Erben.

In den beiden skizzierten Lebensschicksalen tritt der entscheidende Einfluß greifbar zu Tage, den die gesellschaftliche Umwelt auf die Entwicklung des Einzelnen auszuüben vermag. Sie lassen kraß in Erscheinung treten, wie Verschiedenes, Gegensätzliches dank der modellierenden Hände der Lebensbedingungen aus dem gleichen menschlichen Ton werden kann, den die Natur gegeben hat. Der mit kleptomanischen Neigungen im sozialen Schatten Geborene und Aufgewachsene wird zum Gewohnheitsdieb, der mit den gleichen Trieben Behaftete, der auf der Sonnenseite der Gesellschaft steht, entfaltet sich zum hervorragenden Geschäftsmann großen Stils. Wer wird zu behaupten wagen, daß es der Schusterlunge nicht auch zum hervorragenden Finanzgenie gebracht hätte, wenn er in dem Milieu des Bankierjohnes aufgewachsen wäre, und daß umgekehrt dieser nicht im Zuchthaus gestorben sein würde, die Entwicklungs- und Lebensbedingungen des armen Schluckers vorausgesetzt? Bleibt man sich der Macht des Milieus auf das Wesen und Handeln der Menschen bewußt, so wird man mit zwingender Logik zu dieser Schlußfolgerung gedrängt, die natürlich cum grano salis, mit dem nötigen Körnchen Salz verstanden werden muß. Was gemeiniglich als „Tugend" der meisten Menschen gepriesen wird, ist nicht so verdienstlich, als es erscheint, und was als „Laster" und „Verbrechen" der moralischen und sozialen Verfehmung anheimfällt, ist nicht bloß persönliche Schuld, sondern oft mehr Verhängnis. Die Güte und Tugend der meisten Menschen ist negativ, besteht in dem Unterlassen dessen, was der Gesellschaft als böse, schlecht gilt. Ist es ein Verdienst, das die Bürgerkrone fordert, wenn der Gatte und Weib an den Brotläden vorübergeht, ohne die Anwandlung zu spüren, Gebäck zu stehlen? Wenn eine Dame fleißig studiert und Wissen erwirbt, weil sie dank ausgebeutetem Reichtum nicht weiß, wie sie die Zeit totschlagen soll? Und ist es wirklich ein Beweis tiefster Verworfenheit, wenn der Obdach- und Heimatlose zum Betrüger, Einbrecher und Straßenräuber wird? Wenn ein armes, hübsches Mädchen rohen Vergnügungen nachgeht, weil es nie die Freuden, die emportragende Kraft edler Genüsse kennen lernte?

(Schluß folgt).

Die rote Flut der Revolution*).

Von Victor Lantern.

Große Zeiten — wie Trotzki richtig sagt — große Zeiten sind da. Denn es sind große Zeiten, in denen wir leben. Wir sind Zeugen der Geburt einer neuen Zivilisation. Wir können dazu beitragen, für die Menschheit ein neues und edleres Zeitalter herbeizuführen. Wir Britischen Sozialisten haben die Pflicht, uns für große Begebenheiten zu rüsten. Große Männer werden durch große Begebenheiten geschaffen. Wir müssen unsere Rolle als Männer spielen. Freiwillig müssen wir unser Bestes geben. Wir dürfen mit keiner Anstrengung, mit keinem Gedanken kargen, bewußt müssen wir unsere Energie und unsere ganze Seele auf die erhabene Aufgabe richten.

*) Wir entnehmen diesen Artikel aus „The Call" (Der Ruf, Weckruf), das Wochenblatt der Britischen Sozialistischen Partei, das als „Organ des internationalen Sozialismus" in London erscheint. Die Ausführungen des Genossen Lantern sind kennzeichnend für die Einschätzung der internationalen Lage und der sich daraus ergebenden Pflichten, zu der ein Teil der englischen Sozialisten gelangt ist. Nicht bloß im Lager der „British Socialist Party", sondern auch in anderen sozialistischen und proletarischen Organisationen. Lernen wir in Deutschland daraus.

„Hochflut neuen, menschlichen Geschickes braust heran, die uns zum Glücke trägt, wenn wir uns ihren stolzen Wogen anvertrauen", sagte Shakespeare. Heute ist es die Zeit einer solchen Flut für die ganze Menschheit. Es ist die rote Flut: die Flut der sozialen Revolution.

Vor einigen Monaten erklärte Lloyd George, die Pariser Friedenskonferenz solle „Dämme gegen die Lava des Bolschewismus errichten." Und die Staatsmänner des Kapitalismus strengten sich wahrlich höllisch an, um das zu tun. Sie errichteten ihre Dämme stark und hoch genug. Scharten sie nicht ihre Räuber und Halsabschneider zusammen, ihre Koltschaks, Denikins, Mannerheims und ihre von der Goltzs? Entwarfen sie nicht Kriegspläne, nahmen sie nicht Landsknechte in Sold, um die sozialistische Republik Rußland mit Maschinengewehren, Tanks, giftigen Gasen und allen teuflischen Mordwerkzeugen der modernen Kriegsführung zu überfallen? Ließen sie nicht durch die ausgehaltene Lügenpresse Westeuropas ganze Gewebe von Verleumdungen und Märchen ausklügeln und über die Welt breiten? Bedienten sie sich nicht der Tschecho-Slowaken in Rußland, der japanischen Truppen in Sibirien, der Ententeheere in Nordrußland und Sibirien, der Alliierten Soldaten mitsamt der Singhalesen in Südrußland, der Rumänen in Ungarn? Haben sie nicht Millionen durch die Blockade gemordet? Zermalmten sie nicht die sozialistische Republik in Ungarn? Gewiß: sie haben ihre „Dämme errichtet."

Aber die Dämme der kapitalistischen Staatsmänner sind vergeblich gewesen. Diese Dämme vermögen nicht der roten Flut zu widerstehen. Diese Dämme aus Hunger und Mord, aus Unterdrückung und Lüge gebaut, sind von den riesigen Flutwellen der sozialen Revolution hinweggeschwemmt worden, genau so, wie die räuberischen Horden Koltschaks und Denikins von der roten Armee zurückgetrieben worden sind.

Jedoch die Kapitalisten werden weiter kämpfen. Sie werden neue Dämme errichten, sie werden verzweifeltere Anstrengungen machen, um die Flut zurückzustauen: nun gerade erst recht, wo das Bewußtsein von der Hoffnungslosigkeit des Kampfes in den herrschenden Klassen aufzudämmern beginnt. Die alte Gesellschaftsordnung wird sich leidenschaftlich gegen ihren Tod wehren. Die Junker werden sich zäh an ihr Land klammern, die Zechenbarone werden sich zäh an den Besitz der Kohlengruben klammern, die Kapitalisten im allgemeinen werden zäh an ihrer Beute festhalten, ganz besonders diejenigen von ihnen, die als Kriegsgewinnler märchenhaft reich geworden sind. Wir müssen dieser Tatsache ins Auge blicken.

Winston Churchill bereitete Pläne vor zum ausgedehntesten Kriegszug gegen Rußland. Er spielte mit dem Gut und Blut des englischen Volks und log. Dieses Zwischenspiel gehört zu dem kapitalistischen Kampf, der die Flut zurückdämmen soll. Laßt uns nicht eingelullt oder getäuscht werden durch irgend etwas, das die Staatsmänner des Kapitalismus sagen oder tun können. Die ganze Zeit über werden sie nichts tun, als riesenhafte Mordpläne gegen die Revolution aushecken, mit dem Blut und Gut der Werktätigen spielen und lügen. Bleiben wir allezeit der Tatsache bewußt.

Der Gewerkschaftskongreß hat Beschlüsse gefaßt, die nur durch die „direkte Aktion", durch den Generalstreik, verwirklicht werden können. Die organisierten Arbeiter Englands sind leidenschaftliche Gegner des Kriegs wider das sozialistische Rußland. Wenn — und es ist noch ein Wenn! — also: wenn die Arbeiter dieses Landes den nötigen Druck auf die herrschenden Klassen ausüben, wenn den kapitalistischen Staatsmännern zum Verständnis gebracht wird, daß die Arbeiter wirklich entschlossen sind, zur „direkten Aktion" zu schreiten und Churchills Spiel mit

britischen Leben in Rußland zu durchkreuzen: dann werden die Regierenden, wenn es ihnen erlaubt ist, noch Soldknechte im Ausland anzuwerben und Geld und Munition an ihre Koltschaks und Denikins zu schicken, dann werden die Regierenden den Krieg im Süden von Europa weiterführen, werden sie weiter jeden Nerv anspannen, um den Sozialismus zu morden.

Die Arbeiter dürfen sich nicht darauf beschränken, einzig und allein Stellung gegen die Entsendung von britischen Truppen nach dem Ausland zu nehmen. Ihre Aktion muß darauf gerichtet sein, jede Hilfe zu verhindern, die durch Menschen, Munition oder Geld den Feinden des Proletariats in Rußland oder irgend einem anderen europäischen Lande geleistet werden könnte.

Nehmt eine Karte von Europa und Asien zur Hand und betrachtet sie genau! Die sozialistische Republik Sowjet-Rußland wird im Norden vom Eismeer und der Weißen See begrenzt; im Westen von Norwegen und Schweden, dem Bottnischen Meerbusen, der Ostsee, von Preußen, Polen, Österreich, Ungarn und Rumänien; im Süden von dem Schwarzen Meer, dem Asowschen Meer und dem Kaukasus; im Osten vom Kaspischen See, von Zentralasien und jenseits der Truppen Koltschaks von dem Stillen Ozean. Diese große föderalistische Republik besteht nun zwei Jahre, und das trotz der verhängnisvollen Erbschaft von Anarchie und Hungersnot, die der Krieg hinterlassen hat; trotz der Intriguen und Verschwörungen der Nutznießer und Anwärter des alten zaristischen Regimes; trotz der konzentrierten Macht und des erbarmungslosen Hasses des westeuropäischen Kapitalismus. Wenn die britischen Heere von Archangelsk, wenn sie aus dem nördlichen und südlichen Rußland zurückgezogen würden; wenn die unbeschreiblichen Räuberhorden Koltschaks, Denikins, Judenitschs und von der Goltzs keine Munition und keine Verstärkungen mehr aus Großbritannien und Frankreich erhielten; wenn die Blockade aufgehoben würde, so könnte das Folgende eintreten. Die Völker der Randstaaten würden sofort erkennen, wie überlegen die sozialistische Kultur der kapitalistischen Kultur ist. Die denkenden Arbeiter der Randstaaten würden einen machtvollen Antrieb für ihre revolutionären Kämpfe erhalten. Norwegen und Schweden würden Rußlands Beispiel folgen. Deutschland würde Rußlands Beispiel folgen. Österreich würde Rußlands Beispiel folgen. Rumänien würde Rußlands Beispiel folgen. Und die Horden von Söldlingen, deren sich der Ententekapitalismus bediente, um die sozialistische Republik in Ungarn zu erdrücken, werden in Furcht und Schrecken auseinanderlaufen. Sowjet-Ungarn würde aufs neue erstehen. Bulgarien, in dem das Jüngstein der Wage schon hin und her schwankt, würde Rußland folgen. Glaubt irgend jemand, daß die rote Flut nun stille stehen, nur den Osten, die Mitte von Europa ergreifen würde? Wenn die Dämme, die von den Staatsmännern des Kapitalismus errichtet worden sind, sich als so schwach erwiesen haben, wenn sie die rote Flut nicht aufzuhalten vermochten, während Europa von Krieg und Blut trunken war, ist dann denkbar, daß die Staatsmännlein wirklich auf die Dauer Dämme gegen das Weiterbrausen der roten Flut errichten können? Meint ihr, die Arbeiter von Westeuropa würden es vorziehen, als Lohnsklaven für Kriegsgewinnler zu schaffen und Zinsen für Kriegsanleihen zu zahlen?

Auf, britische Sozialisten, tun wir unser bestes, damit die Klasse des Proletariats die Lage begreift. Laßt uns überall, in unseren lokalen Gewerkschaften, unseren Gewerkschaftsräten, unseren Knappschaftsvereinen, unseren Genossenschaften und politischen Organisationen und bei unserer allgemeinen Agitation alle Kraft dafür einsetzen, daß die herrschende Klasse dieses Landes daran gehindert werde, irgend etwas zu tun, was die Reaktion im Auslande stärken könnte. Bleiben wir eingedenk, daß es Arbeiter sind, die die Munition transportieren! Bereiten wir uns vor für das Morgen der Revolution. Die rote Flut breitet sich weiter und weiter aus. Sie braust heran, sie sammelt Kraft. Bald wird sie vor unseren Toren in hohen Wogen emporsteigen.

Feuilleton

Natur! — o nein!

Staatsmänner, Kön'ge, Priester schädigen
Der Menschheit Blüte schon in zarter Knospe;
Es sickert durch die blutentleerten Adern
Der öden, wüst verkommenen Gesellschaft
Ihr Einfluß, seinem Gifte gleich. Das Kind,
Eh's noch der Mutter heil'gen Namen lallt
Ist schon erfüllt von unnatürlichem
Verbrecherstolz, und hebt sein Kinderschwert
In eines Helden grimmer Art empor.
Ach! dieser Arm wird einst die blutige Geisel
Der armen Erde, während große Namen,
In harmlos sanfter Kinderzeit gelernt,
Dem Mann als Hülle dienen, zu umdunkeln,
Die klare Leuchte der Vernunft, und gar
Das Schwert zu heil'gen, das, zum Kampf gezückt,
Schuldloser Brüder Blut vergießen soll.
O, laßt von Pfaffentrug betörte Sklaven
Nicht mehr verkünd'gen, daß des Menschen Erbteil
Elend und Laster sei, wenn schon Gewalt
Und Lüge an des Säuglings Wiege stehn,
Und alles angeborene Gute toh
Ersticken.

Shelley.

Friedhof und Derwisch.

Aus: „Unter dem Halbmond", Reisebilder aus der Türkei von Knut Hamsun. Verlag Albert Langen, München.

Wir sind in Konstantinopel und wollen mit der Fähre über den Bosporus. Auf eigene Faust haben wir uns hinuntergestohlen, um dem Führer zu entwischen. Mag er doch jetzt droben auf der Brücke nach uns suchen! So denken wir und fühlen uns ganz froh und losgelassen. Auch die Derwische können uns gestohlen werden, zu denen uns der Grieche führen wollte.

Wir wollen hinüber nach der heiligen Stätte Eyub, der bevorzugtesten Begräbnisstätte der Mohammedaner, von der wir schon jahrelang gelesen haben.

Es verursacht uns ein bischen Schwierigkeiten, am Schalter die Fahrscheine zu lösen; wir können nicht sprechen und nicht Geld zählen, wir können nicht ausdrücklich sagen, daß wir zwei Fahrscheine wünschen. Es kostet viel Zeit, uns abzufertigen, wir halten den Mann auf, und hinter uns steht eine Menschenmenge, die in engem Gedränge darauf wartet, bis sie auch dran kommt; trotzdem sehen wir nicht einen einzigen mißvergnügten Blick auf uns gerichtet. Schließlich hat jeder von uns einen grünen Papierlappen in der Hand, und wir folgen dem Stromzur Fähre.

Es ist ein stiller Nachmittag. Ein endloses Gewimmel von Booten, kleinen Dampfern, allerhand Fahrzeugen umgibt uns. Hier wie in anderen Seestädten sieht man kleine Jungen in Hemdärmeln draußen herumrudern. Da schaukeln Jollen, da sind kanoeartige Fahrzeuge von ungeheurer Länge, einige davon Prunkboote, Kaiks, mit hohen, vergoldeten Schnäbeln. In den

Kaiks sitzen verschleierte Frauen, die von Eunuchen gerudert werden. Meine Reisegefährtin winkt den Frauen zu, sie winken zurück. Sie liegen im Boot auf Polstern, den Kopf über der Brüstung, phantastisch gekleidet.

An Bord der Fähre sieht man alle Rassen der Levante. Frauen mischen sich unter die Männer; Kinder, halbwüchsige Mädchen, zum Teil mit den wunderbarsten Gesichtern. Als die Fähre zu gleiten anfängt und sich an Bord ein Luftzug erhebt, werden die Schleier einiger schöner Frauen ganz zur Seite geweht, die Frauen zeigen aber keine übertriebene Eile, sich wieder dahinter zu verbergen. Wir kommen an Land und finden einen Wagen. „Eyub!" sage ich.

Es heißt Eyub — auch auf türkisch. Aber der Kutscher versteht meine Aussprache nicht. Ich wiederhole es, ausgesucht deutlich, aber es nützt nichts. „Laß mich!" sagt meine Reisegefährtin, und auch sie sagt Eyub. Ich schämte mich ordentlich ein bischen, sie machte ein ganz andres Wort daraus, das sich an Kraft mit dem meinen gar nicht messen kann! Und doch versteht der Kutscher gerade sie; er fragt jetzt selbst: Eyub? Und meine Gefährtin nickt, ja diesmal habe er's getroffen! Ich bin ganz sicher, wir kommen zu einem verkehrten Eyub; aber ich muß nachgeben. Die beiden stehen da und nicken und schwatzen türkisch und machen einfach gemeinsame Sache miteinander.

Wir steigen also ein, und fort geht's.

Wir kommen nach dem richtigen Eyub. Ich habe ja nicht die ganze Welt gesehen — aber es gibt sicherlich nur ein Eyub. Es ist die heilige Stätte. Der Kutscher hat wohl schon öfter Fremde geführt, er weiß, was sie sehen und wollen und hat uns deshalb an dem großen Portal abgesetzt, von wo aus der Zugang zur Moschee Mohammeds II so leicht ist. Aber wir gehen an der Moschee vorbei. Die großen Moscheen nehmen sich am besten auf Bildern aus. Sie sind nicht hoch, sie sind nur weit. Aber mit einem weiten Hause verbindet man keine Vorstellungen. Die Sofiamoschee ist eine kleine Stadt an Weite und kann die zweitgrößte Gemeinde der Welt beherbergen. Aber sie ist flach. Die Moschee Mohammeds II birgt den Säbel Osmans. Aber wir gehen an der Moschee vorüber, um nach Eyub zu gelangen.

Eyub ist eine Welt der Gräber. Eine Welt der Zypressen, der Platanen, der Blumen. An vielen Orten sind Moscheen, überall sind Tempel des Todes, Mausoleen, Steinsäulen. Und überall ist Friede. Die Zypressen stehen senkrecht und unbeweglich, starr wie Türme; in den Palmenhainen fächeln die Blätter leise, wenn ein Lüftchen geht; sonst kein Laut. Auch wir fangen an, behutsam aufzutreten, während wir uns weiter und weiter von Straße und Stadt entfernen. Und wir sprechen leise im Lande des Todes. Es hat freilich seinen Grund, daß wir so leise reden: wir sind bange, denn wir sind „Ungläubige" und sind vielleicht zu tief in Eyub eingedrungen, bis zu dem einen oder dem anderen heiligen Hain! Dennoch gehen wir stetig weiter; auf allen Seiten schließt es sich um uns, eine leblose Welt, die uns umgibt.

Wir setzen uns. Der Friedhof ist die Insel im brandenden Meere. Aber es gibt keine Stätte, wo das Leben so kämpfte und siegte wie hier. Die größten Bäume gibt es hier und die zappligsten Regenwürmer.

Die Hellenen verbrannten ihre Leichen, bevor sie sie begruben. Und auf ihre Grabmäler meißelten sie Genien, die mit dem Fuß eine Fackel löschten. Denn so war das Leben: es brannte und erlosch wie eine Fackel!

Juden und Christen begraben ihre Toten ganz. Denn sie sollen in Wahrheit auferstehen. Das Begraben ist vermutlich als eine Erleichterung für den Toten gedacht, damit er sich selber wieder zusammen findet. Aber der Wind trägt den irdischen Staub dahin — in alle Weiten.

Bloß die Aegypter wollten von keiner Vernichtung, in keinerlei Form, etwas wissen; sie bestatteten ihre Leichname mit Gewürzen und machten sie unvergänglich, machen sie zu Steinen. Und übergaben sie der Erde als Bildsäulen.

Aber Mohammed sagt: Es wächst gut auf einem Friedhof. Er hatte das Leben vor Augen . . .

Wir blicken über eine Stadt von Grabmälern hin. Alle diese Steine sind fein ausgehauen, die beiden aufrechtstehenden Steine auf jedem Grabe sind oft reine Kunstwerke an Verzierungen, Geduldarbeiten ohnegleichen. Alle tragen sie Sprüche aus dem Koran, manche in Gold. An der Spitze des Hauptdenkmals ist ein Turban oder ein Tarbuch ausgehauen. Manchmal ist der Turban grün; das ist die höchste Würde. Die Gräber der Frauen haben auch Denkmäler, aber keinen Turban und keine grüne Farbe, das heißt: keine Würde.

Weiter drinnen, hinter uns, rauscht ein Palmenhain; wir lehnen fast mit dem Rücken daran. Mag das Wetter noch so still sein, die Fächerpalmen regen sich leise, weil sie so breite Blätter haben, und es geht ein fast unhörbares Raunen von solch einem Hain aus. Dies Raunen und die breiten Blätter und diese ganze grüne Herrlichkeit machten uns stumm. Wir sitzen und lassen uns zurückführen zu einem Wohlbekannten, nach einem Lande, in dem wir einst gewesen sind, zu einem Erlebnis im Traume oder aus einem früheren Leben. Unsere Wiege war vielleicht einmal ein Lotos, der in einem Palmenlande stand und uns schaukelte . . .

Wir stehen auf und gehen.

Da begegnen wir zwei Männern, die eine Bahre tragen. Ich nehme den Hut ab und behalte ihn in der Hand; die beiden Männer tun uns nichts, sondern eilen vorüber. Es ist eine arme Leiche, die sie tragen, sie hat keinen Sarg, nicht einmal ein Teppich mit Auferstehungssprüchen liegt über der Bahre, und keine Klageweiber begleiten sie. Die zwei Männer suchen mit ihrer Bürde einen abgelegenen Winkel und lassen sie dann zur Erde gleiten. Darauf beginnen sie das Grab zu graben.

Wir blicken auf; hoch oben in der Luft gibt ein und der andere Vogel einen Laut von sich. Was sind das für Vögel? Sie sind groß und haben halbmondförmige Schwingen — es sind Milane. Sie kreisen über dem Eyub, sie kennen die Bahre und folgen ihr, schon wittern sie den Dunst der Fäulnis, der Phosphorsäure, und sie geben einander Zeichen. Sie fliegen nicht wie ehrliche Geier, sie kriechen sacht mit den Schwingen durch die Luft. Jetzt kommt's darauf an, wie tief die zwei Männer ihre Last eingraben. (Schluß folgt).

Erklärung von Fremdwörtern.

Motiv = Grund, Beweggrund.
modellieren = formen, gestalten, nach einem Muster bilden.
negativ = verneinend, ohne bestimmten Gehalt, Wert.
Referendum = Volksabstimmung über Gesetzesvorschläge.
Doktrin = Lehre, Lehrmeinung
Kalamität = großer Notstand.
Regime = Regierungs-, Herrschaftsart.
konzentriert = in einem Mittelpunkt zusammenlaufend, zusammengeballt.
Chaos = Urgemisch, Urgewirr, unfertige Schöpfung, größtes Wirrsal.

Inhalt: Gegen die Kohlennot. — Etwas über das Moralproblem. III. — Von Verbrechen, Strafe und Amnestie. — Die rote Flut der Revolution. — Feuilleton: Natur! — o nein! Gedicht: Friedhof und Derwisch.

Nummer 18 26. November 1919.

Die Kommunistin

Frauenorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Herausgegeben von Clara Zetkin

„Die Kommunistin" erscheint am 1., 11. und 21. eines jeden Monats. Preis der Einzelnummer 15 Pfennige, durch die Post bezogen vierteljährlich 1.25 Mark (ohne Bestellgeld).

Einzelnummer Preis 15 Pfennige.

Zuschriften für die Redaktion an Klara Zetkin, Wilhelmshöhe, Post Degerloch b. Stuttgart. — Zuschriften für den Verlag an Anna Stegmaier, Stuttgart, Ostend[illegible] 70.

An unsere Parteigenossen!

Parteigenossen!

Eine Reichskonferenz, die in diesen Tagen zusammentrat, stand vor der Lebensfrage der Partei. Sie hatte darüber zu entscheiden, ob unsere Partei überhaupt eine Partei, ob sie eine kommunistische insbesondere bleiben wollte, oder ob sie sich auflösen sollte in ein Sammelsurium syndikalistischer Ortsgruppen, die planlos, ohne Einheit, ohne Geschlossenheit, jede um ihren Kirchturm herum die „ökonomische Revolution" macht.

Parteigenossen! Ihr alle habt das Entstehen dieser Strömungen in der Partei mit erlebt. Sie knüpfen an an die Entscheidung des Parteitags vom Januar dieses Jahres, auf dem die Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung von unseren Genossen abgelehnt wurde aus der Auffassung und dem Glauben heraus, daß in wenigen Wochen oder Monaten die Revolution zum Sieg, das Proletariat zur Macht kommen würde. Das war der Beschluß, an den sich syndikalistische Elemente in unseren Reihen klammerten und durch den sie versuchten, die Partei, die aus der damaligen Situation und nach dieser damaligen Einschätzung sich entschieden hatten, festzulegen auf einen dauernden Verzicht auf die Anwendung parlamentarischer Mittel, unbekümmert um alle Möglichkeiten, denen die Revolution und die revolutionäre Entwicklung noch entgegengehen kann. In geschickter Weise verstanden sie, die Mißstimmung der breiten Massen des Proletariats über die Nationalversammlung und die klägliche Rolle, die die Unabhängigen in ihr spielen, auszumünzen zu einem prinzipiellen Entsagen auf die Geltendmachung politischer Mittel.

Und als sie so, mit ihrem prinzipiellen Antiparlamentarismus, glaubten, sich eine sichere Position geschaffen zu haben, schritten sie weiter zum Sturmangriff auf die Partei selber.

Parteigenossen! Was ist unsere Partei? Sie ist die Vereinigung jener Proletarier, die nicht vom 9. November ab, sondern schon lange zuvor, am klarsten die geschichtliche Lage und die geschichtliche Aufgabe des Proletariats als Klasse erkannten und die an Hand dieser Erkenntnis während des Krieges dem Proletariat sagten: „es gibt nur ein Heil für euch, die Revolution", und die, als die Revolution kam, dem Proletariat sagten: „es gibt nur ein Ziel und nur ein Ende für die Revolution: die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiter, die Diktatur des Proletariats."

Die Diktatur ist die Verkörperung des proletarischen Willens zur Macht, sie ist Gedanke und Seele der Revolution. Ihre Schlagkraft, ihre Geschlossenheit, ihre Klarheit über Weg und Ziel beruft sie zur Führerstellung für die proletarischen Massen. Das wissen unsere Freunde und unsere Feinde. Das wissen die Unabhängigen ganz genau, auch wenn sie sagen „daß ihnen ‚die kommunistische Taktik' nicht gefalle." Das weiß die Konterrevolution ganz genau. Darum läßt sie unsere Führer verhaften oder morden. Darum läßt sie jeden Kommunisten schon um des Namens willen verfolgen wie einen Aussätzigen. Die Konterrevolution, die Noske und Bauer und Scheidemann wissen: sie treffen in der Kommunistischen Partei den Kopf der Revolution.

Parteigenossen! Wenn Noske das tut, verstehen wir das. Er ist der Knecht der Bourgeoisie und muß deren Feinde treffen; dafür wird er von der Bourgeoisie gehalten.

Was aber soll man sagen, Parteigenossen, wenn aus den Reihen unserer Partei selbst heraus der Versuch gemacht wurde, diese Partei zu töten?

Das aber haben die getan, die sich in den letzten Monaten als die sogenannte „Hamburger Opposition" zusammengefunden haben.

Auf Grund der syndikalistischen These, daß die „politische Revolution" zu Ende sei und daß an Stelle der „politischen Revolution" die „ökonomische Revolution" getreten sei, kamen sie, wie die Syndikalisten, zu dem Schluß, daß man nur eine Organisation zu schaffen brauche, die dann den „revolutionären Massenstreik" inszenieren solle zur Eroberung der einzelnen Betriebe. So wollen sie, daß die Partei sich auflöse, zusammen mit einer „revolutionären Masse" die zielklaren Elemente des Proletariats sollen wieder zusammenhanglos untertauchen in den Massen, die noch dunkel und unklar sind in der Erkenntnis der Notwendigkeiten ihrer Klasse.

Die kommunistische Partei soll aufhören, eine Partei zu sein, sie soll sich selbst aufheben, sie soll die Propaganda treiben, daß sie zu sterben habe. Und die „Allgemeine Arbeiterunion", zu deren Gunsten die Partei sich selbst töten solle, jene Vereinigung klarster und unklarer Elemente soll dann aufgebaut werden als politisch-wirtschaftlicher Verein auf föderalistischer Grundlage und die Ansätze, die jetzt aus der revolutionären Entwicklung heraus sich ergeben haben zu einer straffen Zentralisation der revolutionären Kraft, sollen mitsamt der kommunistischen Partei zerschlagen werden zu Gunsten föderalistisch-syndikalistischer Putschvereine.

Parteigenossen, ihr erkennt selbst, was das für die Revolution bedeutet. Eine seit Jahrtausenden geknechtete Klasse ist eingetreten in das letzte Stadium ihres Befreiungskampfes. Was sie treibt, das ist die Not, und was ihr fehlt, das ist die klare Erkenntnis ihres Zieles, ihrer Aufgabe als Klasse. Die Sklaven der Jahrtausende können nicht über Nacht sich zur Höhe der Einsicht emporheben, daß es ihnen jetzt obliegt, eine in Trümmer gesunkene Welt menschenwürdig wieder aufzubauen. Erst in langen, schweren Kämpfen können sie aus der Nacht den Weg zum Lichte finden, und die Kommunisten sind es, die die Proletarier auf ihrem steinigen Wege führen müssen. Das Proletariat, die Revolution wird in die Irre gehen, wenn nicht die Kommunisten führend ihnen vorangehen.

So schlägt, wer die kommunistische Partei schlägt, die proletarische Revolution; die Sünde an der kommunistischen Partei ist Sünde an der Revolution.

Parteigenossen! Die Reichskonferenz der K. P. D. diesen Gefahren für die Partei und die Revolution sich gegenübersehend, hat den Weg gefunden, den die geschichtliche Aufgabe der Partei ihr zeigte. Mit 31 gegen 18 Stimmen hat sie die

Leitsätze der Zentrale angenommen, die den Parteizerstörern die Türe weisen. Und jene 18 Stimmen sind keineswegs solche, die mit ihrer Abstimmung etwa mit dem Hamburger Parteiverrat sich solidarisch erklärten. Es waren überwiegend solche Stimmen, die aus formalen Gründen verhindert waren, für die Leitsätze der Zentrale zu stimmen, die aber sachlich erkannten, daß vom Standpunkte unseres kommunistischen Programms die Leitsätze das sagen, was gegenüber den syndikalistischen Parteizerstörern zu sagen ist. In wenigen Wochen werden die syndikalistischen Querköpfe sich beschränkt sehen auf sich und einen kleinen Kegelklub.

Parteigenossen! Nicht nur vor dem deutschen Proletariat, sondern vor der ganzen III. Internationale hatte die deutsche kommunistische Partei sich zu entscheiden, entweder für das Lebenswerk von Karl Marx, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht oder für das von Fritz Wolffheim und anderer syndikalistischer Wirrköpfe.

Ob Syndikalismus oder Kommunismus: das war die Frage.

Die Partei hat ihr Urteil gesprochen. Die Hamburger Syndikalisten mögen ihre Schrullen für sich betreiben. In der Partei haben sie nichts zu suchen.

Die Partei wird um so fester sich zusammenschließen zu einer großen Schar, einig, geschlossen, zusammengehalten vom Willen zur Revolution, vom Glauben an den Kommunismus.

So wollen wir weiter leben in dem einen Hause der kommunistischen Partei und weiter wirken mit dem Rufe:

Es lebe der Kommunismus!

Es lebe die kommunistische Partei!

Die Zentrale der K. P. D. (Spartakusbund).

Bauernkommunen im Sowjet-Rußland.

Von Jaroslawski.

Vorbemerkung: Dieser Artikel entstammt der Prawda (Wahrheit), einem der führenden bolschewistischen Blätter im sozialistischen Sowjet-Rußland. Er zeigt anschaulich ein Stückchen sozialistischer, revolutionärer „Realpolitik" in der Uebergangszeit vom Kapitalismus zum Sozialismus, Kommunismus, „Revolutionäre Realpolitik" auf dem Gebiet der Landwirtschaft, wo der bäuerliche Kleinbesitz an Grund und Boden und der damit zusammenhängende „Landhunger" der Bauern in Rußland dem sozialistischen Neuaufbau besondere Schwierigkeiten entgegensetzt. Die Bauern machen in Rußland die ungeheure Mehrzahl der Bevölkerung aus. Keine proletarische Klassendiktatur, kein revolutionärer Arbeiterstaat könnte sich gegen sie durchsetzen und behaupten. Die russische Räterepublik beruht auf der Herrschaft der Proletarier und armen Bauern. Das gesamte Land ist grundsätzlich als Staats- bezw. Gesellschaftseigentum erklärt worden, allein von einer zwangsweisen Enteignung der kleinen Bauern und einer zwangsweisen Durchführung der sozialistischen Wirtschaft kann keine Rede sein. Nur die landwirtschaftlichen Großbetriebe der Zarenfamilie, der Adligen und anderer Großgrundbesitzer sind vom Staat der werktätigen Massen übernommen worden und werden von ihm gesellschaftlich bewirtschaftet, wobei Räte von Bauern und ländlichen Arbeitern die verwaltenden und ausführenden Organe sind. Manche Besitzungen großer Herren sind auch an freie Genossenschaften von armen Bauern und Arbeitern übergegangen, — die meisten russischen Industriearbeiter stammen vom Lande, und sind mit dem Leben dort vertraut — an sogenannte „Kommunen", die sich zu dem Zwecke zusammengeschlossen haben, die Landwirtschaft genossenschaftlich, gemeinschaftlich zu betreiben. Solchen „Kommunen" wird im weitesten Umfang Unterstützung und Förderung durch den Staat zu Teil. Alle gemeinwirtschaftlichen, genossenschaftlichen, landwirtschaftlichen Betriebe sollen zu Mustergütern, Musterwirtschaften ausgestaltet werden. Ihr „rotes" Beispiel und nicht der „rote Terror" soll die Bauern veranlassen, über die Genossenschaft zum Sozialismus, Kommunismus zu kommen. Auch der Neuaufbau der Landwirtschaft in Rußland wird wie der der Industrie aufs Aeußerste erschwert durch die Zerrüttung, die das alte Regime und der Krieg geschaffen und hinterlassen haben; durch die Todfeindschaft der kapitalistischen Staaten der ganzen Welt gegen das sozialistische Rußland und den offenen und heuchlerischen Krieg, den sie zur Niederzwingung der Räterepublik führen; durch den Kampf mit der zaristischen und bourgeoisen Gegenrevolution im Lande. Die landwirtschaftlichen Betriebe sind verkommen, verlottert. Es fehlt an Saatgut, Dungstoffen usw., an Zucht-, Nutz- und Zugvieh, an Handwerkzeug und Maschinen. Angesichts des Chaos von Trümmern ist nicht wunderbar, daß der Aufbau der Landwirtschaft in der Richtung zum Sozialismus langsam und auch unter Wirrungen und Irrungen vor sich geht, die unvermeidlich sind, und nur durch die Praxis überwunden werden können. Das Große, das Bewunderungswürdige ist, daß er fest entschlossen in Angriff genommen worden ist und weitergeführt wird mit dem unerschütterlichen, opferbereiten Willen, den Sozialismus zu verwirklichen.

I.

Es war gegen 6 Uhr abends, als wir uns „Krasny Gorodel" (Rotes Städtchen) näherten. Rotes Städtchen — so heißt die landwirtschaftliche Arbeitskommune, die auf dem früheren Landgute des Fürsten Golyzin entstanden ist, acht Werst von Kaluga entfernt.

Das „herrschaftliche" Gut ist etwas vernachlässigt; man sieht, daß hier die sorgsame Hand, das aufmerksame Auge zwei Jahre lang gefehlt haben. Aber, den „Greuel der Verwüstung", den ich eigentlich erwartet hatte, fand ich nicht. Auf dem Hofe empfingen uns drei Mädchen. Sie waren sauber, nicht ohne eine gewisse Freude am Hübschen gekleidet. — „Wo ist denn hier die Kommune?", frage ich die Mädchen, die über meine Unwissenheit überlegen lächeln und mir zur Antwort geben: „Bei uns ist überall Kommune — ringsherum."

Der Vorsitzende des Kommunerats, Genosse Raijuk, wird gerufen. Ein Mann mit sonnverbranntem, magerem, energischem Gesicht kommt, ein wenig hinkend, auf uns zu. Er erklärt uns sein Gebrechen: „Ich habe mir aus Unerfahrenheit den Fuß verletzt. Das Haus wurde neu getüncht, und ich wollte den Genossen helfen, als der Fußboden vom Kalk gereinigt wurde. Ich nehme einen Lappen und wische darauf los. Dabei hat mir der Kalk den Fuß wundgefressen, und nun heilt die Wunde nicht schnell."

Die treuherzige, einfache Erzählung der Genossen zeigt ein Stückchen Arbeit der Kommune: der Vorsitzende des Kommunerats (eine Art Gutsverwalter) fegt mit den übrigen Genossen die Diele, um das gemeinsame Speisezimmer wohnlich und gemütlich zu machen.

Ueber dem Eingang sind noch die Löwen, am Giebel des Hauses ist noch das Wappen der Golyzins geblieben. In dem oberen Stockwerk des „herrschaftlichen" Hauses aber ist ein Theatersaal mit einer Bühne eingerichtet worden: einfache Holzbänke, eine anspruchslose Bühne mit ebensolchen Dekorationen. In den Zimmern stehen altmodische Möbel; sie sind ein wenig abgenützt, der Bezug hat die erste Jugend schon lange hinter sich. Doch große Zerstörung ist nirgends bemerkbar. In einem der Zimmer sind sogar alle Ahnenporträts — die Urgroßväter und Urgroßmütter der Golyzins — alte Kupferstiche und altertümliche Möbel untergebracht. All dies ist unantastbar, es ist für die Museen bestimmt. Hätten die Kommuneleute dies nicht in ihre Obhut genommen, so wäre es sicher vernichtet worden.

Im Erdgeschoß sind die Dielen aufgerissen. Der Vorsitzende sagt: „Wenn wir erst die Feldarbeiten hinter uns haben, werden wir eine Generalausbesserung vornehmen. Ich habe schon Bretter zum Dielen besorgt. Wir werden den Stuck erneuern, weißen, anstreichen — und dann wird unsere ganze „Kommune" die gemeinschaftliche Wohnung, das frühere Fürstenhaus beziehen — alles werden wir mit unseren eigenen Händen machen." Ich habe die Empfindung, daß der Genosse nicht leere Worte macht, daß alles das geschehen wird, wovon er spricht.

Die „Kommune" ist erst vor kurzem entstanden. Ihr gehören einige Familien an, die Mehrzahl ihrer Glieder aber sind jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen von der ehemaligen Bobrykster Artillerieniederlage in Kaluga. Viele von ihnen (Flüchtlinge aus den Westgouvernements) sind mit der vollkommenen Art der Wirtschaftsführung bekannt. Bei Gründung der „Kommune" fanden sie alles in vollster Verwilderung vor. Mehr als 20 Oldenburger Kühe konnten vor Hunger kaum die Beine rühren und gaben nicht mehr als 1—1½ Liter Milch am Tage. Jetzt weidet die Herde unweit des Waldrandes, schönes, gesundes Vieh; jede Kuh gibt jetzt durchschnittlich 10—20 Liter Milch täglich.

Das Verhalten der Bauern zu den „Kommunisten" war anfangs halb feindselig, halb spöttisch. Das Gut ist reich, hat viel Land, einen schönen ausgedehnten Wald, einen Obst-, einen Gemüsegarten, Gewächshäuser, Zuchtvieh, Schafe, Schweine, Hühner, Gänse. Die Bauern meinten: „Wie könnt ihr damit fertig werden . . .? die Vorräte werdet ihr aufessen, und wenn der Frühling kommt, werdet ihr vor der Arbeit davonlaufen."

Aber der Frühling kam und erfüllte die Prophezeihungen der Bauern keineswegs. Die „Kommune" ist nicht auseinander gelaufen, sondern umgekehrt, sie hat sich befestigt. Vor Ostern versammelten sich die Genossenschafter und hielten Rat, wie die Feiertage zu verbringen seien. Es wurde beschlossen, während der Feiertage Holzvorräte herbei zu schaffen. Ich fragte: „Haben die Genossen nicht gemurrt? Seid ihr mit der Arbeit nicht zu weit gegangen? Man muß sich doch auch erholen, aufatmen, sich zerstreuen." „Wir erholen uns, wenn es möglich ist. Niemand hat darüber gemurrt, daß wir während der Osterfeiertage gearbeitet haben. In unserer „Kommune" sind aber auch 17 Kommunisten, Parteimitglieder, die übrigen sympathisieren mit den Kommunisten."

Es fiel mir ein, was mir Genosse Mitrofanow einen Tag vorher von einem anderen Kommune-Organisator erzählt hat: „Da die benachbarten Bauern sahen, wie gut die Arbeit in der Kommune von statten ging, sagten sie „den Kommunisten hilft der Teufel selbst beswegen, weil sie die Kreuze weggenommen haben" . . . Teufel hin, Teufel her, aber gearbeitet wird in der Kommune einig. Ein riesiges Feld wird mit Hafer bestellt, das Feld nebenan mit Klee und Timotheusgras. Futter- und Zuckerrüben werden ausgesät, auch 100 Pud (1 Pud sind 40 Pfund) Buchweizen. Am besten aber haben es die Genossenschaften mit den Kartoffeln gemacht: Der Landschaftsrat hatte Saatkartoffeln versprochen, aber nicht geliefert. Die Bestellzeit geht ihrem Ende entgegen, von den 40 Waggons Kartoffeln aber, die das Gouvernement Kaluga versprochen hat, ist noch nicht einer da. Als ob sie das vorausgesehen hätten, hatten die „Kommunisten" beschlossen, ihre Kartoffelvorräte aufzuheben, auf diese Weise hatten sie 100 Pud Kartoffeln zur Saat beieinander.

Von den Feldern, auf denen geeggt wurde, kommen Arbeiter zurück. Sie sind fröhlich und freundlich. Genosse Raijuk macht mich mit den „Kommunisten" bekannt; unter ihnen sind einige Mitglieder des Kommunerats. Einer von ihnen zeigt betrübt auf 18 Desjatinen Roggen, die im vergangenen Herbst der früheren Verwalter der Golyzinschen Güter besäen ließ. „Für eine solche schlechte Arbeit und Verwaltung müßte er bestraft werden; wir werden besser säen, einen so dünn und fleckweiß stehenden Roggen werden wir nicht haben."

Natürlich nicht. Man braucht nur zu sehen, wenn sie arbeiten und die fröhlichen Lieder zu hören, die die Mädchen und Burschen singen, um zu wissen, daß sie die Erde mit einer solchen Liebe pflügen, düngen und eggen werden, daß das Getreide wie eine Wand stehen wird.

Auch in den Gemüsegärten wird gearbeitet. Hier werden Zwiebeln gesteckt; Setzlinge sollen bald verpflanzt werden. Nur die Wasserleitung funktioniert nicht recht; die Maschine müßte in Gang gebracht werden, niemand aber versteht das. Ueberhaupt sind die landwirtschaftlichen Maschinen und Werkzeuge nicht in Ordnung, viele sind zerbrochen, aber man hofft sie bald ausbessern zu können. Wenn die Bestellzeit vorüber ist, sollen die Anlagen, wo die Pflaumen- und Pfirsichbäume schon in voller Blüte stehen, in Ordnung gebracht werden, nichts soll verlottern, alles soll verbessert werden.

Die Frauen gehen die Kühe melken. Die Ställe sind sauber, mit Wasserleitung versehen. Ein Buch wird geführt; der Milchertrag einer jeden Kuh wird gewogen und in das Buch eingetragen; daraus ist zu ersehen, wie jede Melkerin arbeitet, und ob der Milchertrag besser wird. Die halbwüchsigen Mädchen helfen; sie tränken und füttern die Kälber. Die „Kommune" liefert der Stadt schon jetzt 3 Pud Milch täglich; außerdem wird sie noch eine „Kinderkolonie" mit Milch versorgen müssen.

„Das Abendessen ist fertig" meldet ein Genosse. Wir begeben uns in den gemeinsamen Speisesaal. Unterwegs begegnen wir einer hohen, barfüßigen Gestalt mit bloßem Kopfe. Das ist ein „gelehrter Forstmann"; der Zufall hat ihn in die „Kommune" geführt, und jetzt will er hier im Kladenhain eine Imkerei anlegen. Die „Kommune" hat schon Bienenstöcke angeschafft.

Auf dem sauberen Eßtisch stehen ringsum Teller; auf zwei großen Platten liegen Brotscheiben. Wir essen dazu Salat mit Radieschen und saurer Sahne und saure Milch. Die Frauen bieten an; „vielleicht noch ein wenig Salat gefällig oder Milch?" Auch die Kinder essen mit uns. Welch eine schöne, einige, große neue Familie — die „Kommune!"

Nun wird es für uns Zeit, an die Heimfahrt zu denken. Wir machen uns zur Abfahrt bereit. Genosse Raijuk erzählt von der Kulturarbeit, die sie für die ganze Umgegend leisten, wie die Bauern ihre Beziehungen zu ihnen jetzt vollständig geändert haben. Er und die übrigen Kommunisten schwärmen davon, schon im laufenden Jahre die Aufwendungen des Sowjet-Staates für die „Kommune" zu decken, ohne Zuschüsse durchzukommen; im nächsten Jahre aber werden sie Tuch von der Wolle ihrer eigenen Schafe haben und Flachs, um Leinwand zu weben. Mit einem Wort, ihre eigene Arbeit wird sie mit allem Nötigen versehen, und der Ueberschuß wird den Arbeitern in den Fabriken zu Gute kommen.

Man muß der „Kommune" helfen, und es ist gar nicht schwer, solchen „Kommunisten" zu helfen. Sie leben einig, ohne Streit. Ein jeder leistet die Arbeit, die ihm von dem Kommunerat nach vorheriger Aussprache und Einigung auf der Generalversammlung zugeteilt worden ist. Als die Rote Armee neue Truppen bedurfte, meldeten sich sofort die tüchtigsten „Kommunisten" für die Ostfront.

Im Schweigen der Nacht fahren wir durch das Städtchen, in der Richtung nach Kaluga. Die nächtliche Stille wird nur durch einen Ausspruch unseres Kutschers unterbrochen, eines Bauern. Er sagt: „Wer nicht in solche „Kommunen" geht, der muß ein Narr sein."

II.

An der Spitze des Kommunerats der Arbeitskommune „Krasny Gorodek" steht ein früherer Tagelöhner, der sich seiner Aufgabe mit großem Geschick entledigt. Das gleiche gilt vom Genossen Dolgow, der eine andere Kommune der „Trotzki-Gemeinde" — einen Kommunalverband — im Kalugaer Landkreise gegründet hat. Genosse Raijuk hatte mir erzählt: „den ganzen Tag arbeitete ich als Taglöhner auf dem Gute, des abends bereitete ich mich zum Examen in der Forstschule vor." Genosse Dolgow dagegen ist ein ansässiger Bauer, der erst Tischler, dann während des Krieges Matrose war. Mit noch einigen Genossen zusammen hat er die Arbeitskommune gegründet, die sie „Organisator" getauft haben. Ich denke, daß diese Kommune tatsächlich ihren Namen verdient und die umwohnenden Bauern gemeinwirtschaftlich organisieren wird. Die „Trotzki-Gemeinde" ist gut organisiert, sie grenzt an Kaluga und ist mit guten Kräften versorgt. In Kaluga und im Gouvernement Kaluga sind alle Straßen, Plätze, Gemeindeverbände und Dörfer mit neuen Namen versehen worden. In Kaluga gibt es ein Dorf Verlaine, eine Bebel-Gemeinde, eine Rosa Luxemburg-Gemeinde. In diesem Bezirk können „Kommunen", wie „Krasny Gorodek" und „Organisator" unter der Bauernschaft eine große Rolle spielen.

Genosse Mitrofanow, der mir seine Gedanken über die Einträglichkeit der „Kommunen" und Sowjet-Landgüter mitteilte, bemerkte, daß man im ersten Jahr des Bestehens einer landwirtschaftlichen Genossenschaft unmöglich verlangen könne, daß diese schon einen Ueberschuß über die aufgewendeten Mittel ergebe. Das einzige, das zunächst wichtige, das man verlangen müsse, sei, daß eine solche Organisation das Aufblühen der „Kommune" für die nächsten Jahre sichere und das wertvolle Inventar, das auf den Gütern vorgefunden wurde, nicht verlottern und verschleppen lasse.

Diese Aufgabe hat die Kommune „Organisator" ohne Zweifel schon erfüllt. Das Gut Janowskis, das die Genossenschafte übernahmen, stellte zu Ende des Jahres 1917 einen verhältnismäßig geringen Kulturwert dar. Schon während des Krieges und der ersten Revolution war es in Verfall geraten. Der Besitzer, der das Schicksal des Gutes voraussahnen mochte, hatte keinerlei größere Reparaturen vornehmen lassen. Die Treibhäuser verfielen, der Zaun faulte, der Hof war voller Schmutz und Abfall. Die „Kommunisten" fanden gute Erde, eine hübsche, alte Birkenallee, die zum Gutshause führte, schönen Wald und

einen schlechten Obstgarten, der nicht von einem Fachmann angelegt worden war. Dieser Garten muß jetzt ausgerottet werden. Die Gebäude sind alle erhalten. Vieh ist nur wenig übriggeblieben; landwirtschaftliche Geräte sind in genügender Zahl vorhanden. Unter den Genossenschaftern befunden sich einige Familienväter; die Grundsätze des Kommunelebens werden hier noch strenger durchgeführt als in „Krasny Gorodet", aber das verursacht keinerlei Reibungen. Alles, was mit gemeinsamen Kräften getan werden konnte, ist getan: das Land ist gepflügt und besät, trotz des Mangels an Pferden.

Und wenn man sieht, wie sich neben den Musterfeldern und Musterwiesen der „Kommune" die schlecht bearbeiteten Äcker der Bauern in schmalen Streifen an die Berge drücken, so ist kein Zweifel, daß der „Organisator" siegen muß, und daß die Bauern eines Tages auf ihrer Gemeindeversammlung beschließen werden, diese schmalen Streifen zu einem großen Feld zusammen zu legen, das gemeinsam bewirtschaftet wird. Der „Organisator" tut alles, was in seinen Kräften steht, um den Bauern zu helfen. Er veranstaltet Versammlungen im Freien, bei denen man die neuen Einrichtungen erörtert und über sie mit den Bauern diskutiert.

Wir haben zweifellos einen Sieg zu verzeichnen. Die Bauern der Umgegend organisieren zwar selbst noch wenig „Kommunen" — obwohl auch schon einige Bauernkommunen im Entstehen begriffen sind —, aber sie haben aufgehört, sich feindlich zu den „Kommunen" zu stellen. Die „Kommune" nimmt ihnen nichts, gibt ihnen aber manches.

Die Bauern ziehen es vor besondere Vereinigungen zu bilden, von denen einige jedoch nur zum Schein genossenschaftlich organisiert sind. In erster Linie wurden Genossenschaften mit Sämereien und Saatgut beliefert. Die schlauen Bäuerlein aber dachten, warum eigentlich sollten wir nicht als erste mit Saatgut bedacht werden? Sie machten alles nach Vorschrift, das Statut und alles, was zur Verwaltung einer Genossenschaft gehört. Dann aber, als die Bauern den Samen bekommen hatten, teilten sie ihn untereinander, und jeder besäte seinen eigenen Landstreifen. Aber dieser Trick, um Saatfrucht zu erhalten, wurde nicht überall geübt. Einige Genossenschaften landwirtschaftlicher Arbeiter sind schon recht gefestigt.

Vor uns liegt nur der Anfang eines gewaltigen Aufbauprozesses. Mehr Nachdenken und Überlegung, mehr Aufmerksamkeit für die kleinen Erfordernisse der im Entstehen begriffenen landwirtschaftlichen Genossenschaften, mehr Beobachtung, mehr nüchterne Betrachtung — und wir werden das Vorurteil der besitzenden Bauern überwinden und ein neues Leben nach den Grundsätzen der sozialistischen Genossenschaft, Gemeinwirtschaft, der „Kommune" wird erblühen.

—

Der unterbliebene Generalstreik.

Seit sechs Wochen befinden sich die Berliner Metallarbeiter im Streik. Es ist ein Abwehrstreik gegen die Verschlechterung der Löhne, die jetzt offen und versteckt von den Unternehmern versucht wird. Das zähe Aushalten der Metallarbeiter, die in diesen Zeiten wahnwitziger Teuerung aus der kargen Streikunterstützung ihren und ihrer Familie kümmerlichen Lebensunterhalt bestreiten, hat die Unternehmer zum Nachgeben in der Lohnfrage gebracht. Nun aber wollen sie, nachdem die Einigung erzielt ist, den Streik zum Anlaß nehmen, um die ihnen unbequemen Elemente los zu werden, „die Hetzer und Wühler", „die Kommunisten", denen es ernst ist mit der Durchführung des Rätesystems und der Sozialisierung. Sie wollen denjenigen Arbeiterratsmitgliedern, die während des Streiks entlassen worden sind, die Wiederaufnahme der Arbeit verweigern. Das ist den Unternehmern so wichtig, daß sie selbst ein Opfer in der Lohnfrage zu bringen bereit sind. Für die Arbeiterschaft aber ist es eine Lebensfrage, daß ihre zielbewußtesten, aufrechtesten Führer in dieser Zeit des verschärften Klassenkampfes an ihren Posten bleiben und aus dem Betrieb heraus gegen jeden Versuch der Entrechtung protestieren und eingreifen können, wo immer sich eine Möglichkeit bietet, die Position der Arbeiterschaft zu stärken und die der Unternehmer zu schwächen.

Weil die Arbeiterschaft erkannte, daß mit Auslegungskünsten und Paragraphen ihre besten Kämpfer brotlos gemacht werden sollten und sie selbst führerlos, war sie bereit, in den Generalstreik einzutreten, um die Wiedereinstellung der entlassenen Führer zu erzwingen. Die Haltung der Straßenbahner, die bereits den Sympathiestreik beschlossen hatten, zeigt, daß die Arbeiterschaft die Kampfansage billigte, die vom „Roten Vollzugsrat" ausgegangen war.

Es kam anders. Wieder einmal zeigten die Rechtssozialisten, daß sie nur noch ein Interesse kennen, das ihrer kapitalistischen Auftraggeber. Schon ehe die Gewerkschaftskommission zusammentrat, um über die Frage des Generalstreiks abzustimmen, hat die rechtssozialistische Partei den Generalstreik verworfen und ausdrücklich erklärt, daß das formale Recht auf Seiten der Unternehmer sei. Es gelang den Scheinsozialisten damit einen Keil in die einheitliche Kampffront der Arbeiterschaft zu treiben. Das Seitenstück zu dem Verhalten der Rechtssozialisten bildet der Umfall der Unabhängigen, die die Majorität in der Generalkommission der Gewerkschaften haben. Dort wurde der Generalstreik mit Stimmengleichheit (60:60) abgelehnt, und daraus geht hervor, daß ein Teil der Unabhängigen gegen den Generalstreik gestimmt hat, während ein anderer es vorzog, zu Hause zu bleiben und der Entscheidung auf echt unabhängige Weise aus dem Wege zu gehen.

Das Bitterste ist, daß die Arbeiterschaft die Entscheidung der Gewerkschaftskommission ruhig hinnahm, und daß der Generalstreik unterblieb, daß der Vollzugsrat aufgelöst, die Führer verhaftet werden konnten, ohne daß die Berliner Arbeiterschaft sich zu einem Protest aufraffte. Während diese Zeilen geschrieben werden, kommt die Nachricht, daß die Arbeiterschaft der mitteldeutschen Kraftwerke in den Streik getreten ist, um gegen die Entscheidung der Berliner Gewerkschaftskommission zu protestieren. Diese, durch hunderte von Kilometern getrennten Schutzbrüder haben also besser, als die Berliner Arbeiterschaft, verstanden, worauf es bei diesem Streik ankam: daß nämlich die Maßregelung der Berliner Metallarbeiter der Anfang einer Kette von Wortbruch der Unternehmer und Entrechtung der Arbeiter sein wird, und daß die Unternehmer unter dem Schutz der ungünstigen Wirtschaftslage jetzt zur Offensive übergehen, um der Arbeiterschaft die geringfügigen revolutionären Errungenschaften vollends zu entreißen, die sie noch im Betrieb hat.

Man wende nicht ein, daß der Generalstreik erfolglos verlaufen wäre. Niemand kann wissen, ob er nicht zu einer wichtigen Etappe im Befreiungskampf des Proletariats geworden wäre. Sicher hätte aber auch ein mißglückter Generalstreik dem Kapitalismus eine weitere Schwächung beigebracht, während der unterbliebene Generalstreik die Stellung der Unternehmer gestärkt und den Arbeitern den Fluch der Lächerlichkeit gebracht hat.

Es ist um so trauriger dieses Eingeständnis machen zu müssen, als die beabsichtigte Proklamation des Generalstreiks zusammengefallen wäre mit dem Jahrestag der Revolution. Aus Sympathie für das übermenschliche Ringen des russischen Proletariats, aus Schmerz über den unseligen Verlauf der deutschen Revolution hätte in diesen Tagen volle Arbeitsruhe herrschen müssen. Die deutsche Arbeiterschaft hat wieder einmal nicht die Zeichen der Zeit verstanden. Sie, die mit den Ruten der Kriegsjahre gezüchtigt worden ist, muß wohl erst deutlich die Skorpionen der Friedensbedingungen an ihrem Leibe spüren, ehe sie zur Tat schreitet.

A. M.

—

Kommunistische Frauenbewegung.

Kommunistische Frauenbewegung in Württemberg. Die Kommunistische Partei in Württemberg schenkt seit einiger Zeit der Frauenbewegung besondere Aufmerksamkeit. Sie geht dabei von der Erkenntnis aus, daß die Erfassung, die Erweckung und Schulung der Frauen eine bedeutungsvolle Notwendigkeit für die Kommunistische Bewegung ist. Um die Agitation und Schulung der proletarischen Frauen planmäßig zu betreiben, wurde im Juni dieses Jahres für den Bezirk Württemberg ein Frauen-Agitationsausschuß gebildet, dem tätige Genossinnen aus den verschiedenen Bezirken des Landes angehören.

Zunächst wurden in den einzelnen Orten selbst kommunistische Frauengruppen ins Leben gerufen, Frauenzusammenkünfte, Diskussionsabende, wie Frauenversammlungen abgehalten. Zur Förderung der begonnenen Arbeit fand dann am 27. September d. J. die erste württembergische kommunistische Frauenkonferenz statt. Der Frauenausschuß hatte es für notwendig erachtet, daß die Konferenz sich vorwiegend mit agitatorisch-propagandistischen Fragen befassen sollte, da unsere Partei eine kommunistische Frauenbewegung von unten auf zu schaffen hat.

Zu diesem Zwecke waren drei Referate vorgesehen, die praktische Fragen behandelten. Die Berichte, die die Genossinnen aus den verschiedenen Teilen und Orten Württembergs gaben, zeigten, daß in Städten mit Industrie die Aufklärungs- und Schulungsarbeit unter den Frauen im kommunistischen Sinne begonnen hat. So u. a. in Stuttgart und seinen verschiedenen Vororten, in Eßlingen, Göppingen Ulm, Biberach, Ravensburg, Böblingen und Sindelfingen. Aber diese Berichte ließen auch erkennen, daß noch viele und bedeutende Arbeit zur Aufklärung und sozialistischen Erziehung der proletarischen Frauenwelt zu leisten ist. Es ist nicht nur eine kommunistische Massenbewegung unter den Frauen in Fluß zu bringen, die einen opfermütigen, von starem Klassenbewußtsein und Zielsicherheit getragenen Vortrupp der Proletarierinnen schafft, auch die andere Aufgabe ist noch zu lösen: nämlich einen Stamm von führenden Genossinnen zu schulen, die befähigt sind, unter den proletarischen Frauen aufklärend, aufrüttelnd, vorwärtstreibend zu wirken.

Im Anschluß an die Berichte referierte Genossin Däuble-Nürtingen am Neckar über „die Agitation unter den Frauen". Sie gab in ihrem Referate Fingerzeige, in welcher Weise die proletarischen Frauen wirtschaftlich und politisch am besten von der kommunistischen Bewegung erfaßt werden könnten. Auf Grund ihrer Erfahrungen trat sie für Gründung tätiger Frauengruppen, Agitationsausschüsse und Diskussionsabende ein. Weiter führte sie eingehend aus, wie die Frauen durch Hausagitation gewonnen werden sollen. Sie wies darauf hin, daß durch Betriebsversammlungen gleich nach Geschäftsschluß die Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten über die Aufgaben der Gewerkschaften, der Betriebsräte, die kommunistische Partei, die Bedeutung und Leistung des Proletariats im Hinblick auf die Sozialisierung der Wirtschaft herausgebildet werden müßten. Schließlich betonte sie noch stark, daß die Genossinnen sich bei ihrer Arbeit durchaus nicht von der allgemeinen kommunistischen Bewegung und Partei absondern dürften, sondern der Aufgabe der Frauenbewegung bewußt bleiben müßten, abseits stehende Frauenmassen dem allgemeinen proletarischen Befreiungskampf einzureihen.

Genossin Thalheimer-Stuttgart referierte über das Thema: „Warum brauchen wir Kommunisten eine Frauenbewegung?" In ihren Ausführungen ging sie von dem Gedanken aus, daß die geschichtlich begründete soziale Sonderstellung der Frau, wie ihre physisch-psychische Eigenart besondere Einrichtungen, Mittel und Wege fordere, um die Frauen mit Verständnis und Begeisterung für die kommunistischen Ziele zu erfüllen und sie, die schwerer als die proletarischen Männer zu erfassen sind, dem großen Strome des allgemeinen Klassenkampfes der Arbeiter zuzuführen. Besonders hob die Referentin hervor, daß den Frauen Einsicht vermittelt werden müßte in die durch den Weltkrieg gesteigerte und beschleunigte wirtschaftliche und soziale Umwälzung, denn diese habe den Kommunismus als unabwendbare Notwendigkeit in greifbare Nähe gerückt und damit neue Fragen, neue Aufgaben für das Proletariat gezeitigt.

Die Diskussion brachte mancherlei Anregungen über grundlegende Fragen der Frauenbewegung wie über die Agitation. Besondere Anregungen wurden von den Genossinnen Bittel und Zeltin über die Frage der sozialistischen Kindererziehung gegeben. Ausführungen, bei denen unterstrichen wurde, daß die Erziehung des Nachwuchses nicht nur Sache und Wert der Eltern sei, sondern eine gesellschaftliche Aufgabe, an deren Erfüllung alle ein Interesse hätten.

Genossin Gropper-Ulm gab in ihrem Referate über die „Diskussionsabende für Frauen" mehrere Anregungen. Sie befürwortete die Abhaltung von eigenen Diskussionsabenden für die Frauen, weil ihrer Erfahrung nach diese dort unter anderem ungehemmter zu geistiger Betätigung gelangen. Gerade solche selbständige Betätigung, allseitige geistige Mitarbeit der Frau in der Bewegung möglich zu machen, das soll das Ziel der Diskussionsabende sein. Nicht bloß fertigen Wissensstoff sollen die Frauen erhalten, geschweige denn Schlagworte, sondern sie sollen zum selbständigen Denken und geistigen Verarbeiten des Gebotenen erzogen werden. Zu diesem Behuf sollte jeden Abend eine andere Genossin einen Lehrbrief über das in der vorhergegangenen Stunde Behandelte geben; und die Leiterin der Veranstaltung sollte es sich angelegen sein lassen, durch Fragen die Genossinnen anzuregen, sich eigene und klare Gedanken über die erörterten Themen zu bilden. Die durch die Revolutionsgeschehnisse neuen Aufgaben der Frauen für den proletarischen Befreiungskampf müßten in den Abenden an erster Stelle behandelt werden.

Die Konferenz beschloß, daß eine Kommission von vier Genossinnen einen Leitfaden für die Diskussionsabende auszuarbeiten habe. Demzufolge wurde, daß es an geeigneten Broschürenliteratur für die Aufklärung und Schulung der Frauen fehle. Der Wunsch kam zum Ausdruck, daß das Frauensekretariat der Kommunistischen Partei baldigst eine Reihe einschlägiger Schriften herausgebe. Serien kleiner Heftchen in handlichem Format und in guter Ausstattung sollten die üblichen Flugblätter ersetzen. Jedes Heftchen müßte eine Seite einer bestimmten Frage klar und in den Hauptpunkten erschöpfend darstellen, so daß durch die Serie der Schriften die Frage als Ganzes zur Behandlung gelange. Die Konferenz hinterließ den guten Eindruck, daß in Württemberg ein Stamm tüchtiger kommunistischer Genossinnen vorhanden ist, die geschult und bereit sind, die Aufgaben der Frauenbewegung in fester Ziel- und Arbeitsgemeinschaft mit der K. P. zu erfüllen.

D. Th.

—

Notizenteil.

Internationale Frauenbewegung.

Die grundsätzliche Stellung der sozialistischen Frauen-Internationale wird durch die nachstehende Erklärung der Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz zu Bern gekennzeichnet. Sie wurde im März 1915 beschlossen. Ihre Veröffentlichung während des Kriegs wurde in Deutschland durch die Zensur verboten. Der Parteivorstand der Mehrheitssozialdemokratie trug sein Scherflein Holz zu dem Scheiterhaufen bei, auf dem die Behörden Wilhelms II. die Erklärung verbrannten. Nur heimlich, unter Gefahren und Opfern konnte der Stamm grundsatztreuer Genossinnen die Erklärung und das Manifest der Konferenz verbreiten. Angesichts der Bemühungen, eine Internationale Sozialistische Frauenkonferenz vorzubereiten, ist es geboten, die Erklärung der Berner Konferenz zur Kenntnis der Genossinnen zu bringen. Sie war das erste geschichtliche Dokument des internationalen Sozialismus während des Kriegs, der erste Aufruf zum internationalen Klassenkampf. Sie hat die Haltung der Sozialistischen Fraueninternationale, eines großen Teils der Genossinnen aller Länder in diesen Jahren bestimmt. Die an die Genossinnen aller Länder gerichtete Erklärung lautet:

„Die Konferenz sozialistischer Frauen, die am 26., 27. und 28. März in Bern getagt hat und von tätigen Genossinnen aus Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Rußland, Holland, Italien und der Schweiz beschickt war, erklärt:

Der jetzige Weltkrieg hat seine Ursache in dem kapitalistischen Imperialismus. Er ist letzten Endes herausbeschworen worden durch die Bedürfnisse der ausbeutenden und herrschenden Klassen in den einzelnen Ländern. Im Konkurrenzkampf miteinander versuchen diese, ihre Ausbeutung und Herrschaft über die Grenzen des Heimatstaates hinaus auszudehnen und dadurch gleichzeitig ihre Ausbeutung und Herrschaft über die besitzlosen Volksgenossen daheim zu befestigen und zu verewigen.

In den besitzenden Klassen sind außerdem ständig als besondere Kriegsdrohung und Kriegsgefahr die internationalen finanziellen Interessen der großen Rüstungsindustrien wirksam. Diese deuten die Nationen selbst eine, indem sie die Staaten in ein Wettrüsten miteinander treiben.

Die Geschichte wird feststellen, welche ungeheure Schuld an dem Ausbruch des Kriegs den Regierungen der einzelnen Großstaaten und ihrer Diplomatie zukommt.

Der Weltkrieg hat während seiner achtmonatlichen Dauer bereits unermeßliche und unschätzbare Mengen von Kulturgütern und zahllose Heldentoten von Menschenleben vernichtet. Er hat die höchsten Errungenschaften der Zivilisation, die hehrsten Menschheitsideale zertreten und geschändet. Sein Anfang brachte den Bruch des Völkerrechts, der das furchtbarste Unheil für das kleine, neutrale Belgien zur Folge hatte. Als sein Ende droht das Weißbluten der an ihm beteiligten Völker, ihre vollständige wirtschaftliche Erschöpfung. Er droht auf lange hinaus die sozialen Kräfte lahmzulegen, die Träger der weiteren geschichtlichen Entwicklung sein sollen.

Der Weltkrieg steht insbesondere in einem unversöhnlichen Gegensatz zu den Interessen der Arbeiterklasse in den kriegführenden, wie in den neutralen Staaten Europas, ja in der ganzen Welt. Unter der irreführenden Losung, die Interessen des Vaterlandes durch patriotische Pflichterfüllung zu wahren, vergeudet er Gut und Blut des arbeitenden Volks. Er fordert dessen ganze Energie, Opferfreudigkeit und Kampfestüchtigkeit für die Ziele des kapitalistischen Imperialismus ein und stellt damit die besten proletarischen Kräfte in den Dienst der ausbeutenden und herrschenden Klassen.

Unter der nämlichen Losung vereinigt der Weltkrieg national in den kriegführenden Ländern die Arbeiter mit ihren Ausbeutern und Herren und trennt sie damit international von ihren Brüdern, den Proletariern jenseits der Grenzpfähle. Um die Stelle des Klassenkampfes der Arbeiter für die Hebung ihrer Lage und die einzige Befreiung setzt er den nationalen „Burgfrieden", an die Stelle der internationalen Solidarität der Proletarier den internationalen Brudermord.

Er scheidet die Völker nicht nur durch die Blutströme, die von den Schlachtfeldern kommen, sondern ebenso durch die Schmutzströme des Hasses, der Selbstüberhebung, Verleumdung und Beschimpfung. Eine niedrige chauvinistische Gesinnung macht sich breit, die das Vaterland schändet, statt es durch vorurteilslose Anerkennung der Kulturleistungen anderer Nationen zu ehren.

Mit dem allem lähmt und korrumpiert der Weltkrieg national den Klassenkampf der Arbeiter und erschwert ihren internationalen Aufmarsch gegen ihre Todfeindin: die kapitalistische Ordnung. Er hindert also die Arbeiterklasse bei der Erfüllung ihrer großen geschichtlichen Aufgabe: die Befreiung des Proletariats als Werk der vereinigten Proletarier aller Länder.

Von diesen Erwägungen ausgehend, erklärt die Internationale Konferenz sozialistischer Frauen: Krieg diesem Kriege!

Sie fordert die sofortige Beendigung des greuelreichen Völkerringens. Sie fordert einen Frieden ohne Annektionen, ohne Eroberungen, einen Frieden, der das Recht der Völker und Nationalitäten — auch der kleinen — auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit anerkennt und keinem der kriegführenden Staaten demütigende, unerträgliche Bedingungen auferlegt.

Ein solcher Friede wird die Vorbedingung dafür sein, daß in den kriegführenden Ländern die Proletarier sich dem Bann des Nationalismus entwinden. Es wird die Vorbedingung dafür sein, daß die sozialistischen Parteien und die Arbeiterorganisationen ihre volle Aktionsfreiheit für den Klassenkampf wieder gewinnen und als zielklare Vorhut der arbeitenden Massen diese um die Fahne des internationalen Sozialismus sammeln.

Die Internationale Sozialistische Frauenkonferenz ist der Ueberzeugung, daß eine baldige Beendigung des Weltkriegs nur durch den klaren, unerschütterlichen Willen der breitesten Volksmassen in den kriegführenden Ländern selbst erzwungen werden kann. Dieser Wille muß in der Solidarität der Sozialisten, der Proletarier in den neutralen Staaten tatkräftige Unterstützung finden. Es ist die heiligste Pflicht der Sozialistinnen, in dem Kampfe für den Frieden mutig und opferbereit voranzugehen. Die aus dem tiefsten Leid des Krieges geborene Friedenssehnsucht der Frauen, namentlich der Proletarierinnen, müssen sie als klaren, bewußten Friedenswillen zur Geltung bringen.

Die Internationale Sozialistische Frauenkonferenz ruft daher die Sozialistinnen, die proletarischen Frauen aller Länder auf, keine Zeit und keine Gelegenheit zu versäumen und alle vorhandenen Mittel und Wege zu nutzen, um dieser Auffassung entsprechend zu wirken. Ohne Furcht vor Hindernissen und Verfolgungen haben sie durch Massenkundgebungen jeder Art ihr internationales Solidaritätsbewußtsein und ihren Friedenswillen zu bekunden. Der jetzige Krieg weist mit dem Kampfe für den Frieden den Frauen eine gewaltige geschichtliche Aufgabe zu. Wenn sie begriffen und erfüllt wird, kann dies von der größten Tragweite für die Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts und das Ringen für den Sozialismus werden.

Die Internationale Sozialistische Frauenkonferenz hat in dieser Zeit entsetzlichsten Unheils den erhebenden Beweis erbracht, daß die Sozialistinnen aller Länder — namentlich auch der kriegführenden — in alter schwesterlicher Treue zusammenstehen. Es eint sie das Bewußtsein der einen großen Solidarität und Pflicht, die zum einheitlichen Wollen und Handeln für das gleiche Ziel treibt. Die Konferenz ist von der Hoffnung getragen, daß die Proletarierinnen aller Länder in der gleichen Einheitlichkeit sich zur internationalen Friedensaktion zusammenscharen werden. Sie handeln damit im Sinne der internationalen Kongresse zu Stuttgart, Kopenhagen und Basel, die es durch einstimmige Beschlüsse den sozialistischen Parteien aller Länder zur Pflicht machen:

„. . . . falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volks auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen."

Die Internationale Sozialistische Frauenkonferenz erwartet darum, daß die sozialistischen Parteien aller Länder die Führung der Völker im Kampfe für den Frieden rasch, zielklar und entschieden übernehmen. Die Friedensaktion der sozialistischen Frauen muß Vorläuferin einer allgemeinen Bewegung der werktätigen Massen für die Beendigung des Brudermordens sein. Sie muß einen wichtigen Schritt vorwärts bedeuten zum Wiederaufbau der einen großen Arbeiterinternationale."

Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

Die Entwicklung der sozialistischen Frauenbewegung in England beginnt immer stärker und deutlicher die revolutionäre Lage widerzuspiegeln, die der Krieg geschaffen hat, und ihre Rückwirkung auf die allgemeine sozialistische Arbeiterbewegung. Der Weltkrieg mit seinen Folgen hat auch in England trotz des Sieges des Ententeimperialismus die Unfähigkeit des Kapitalismus offenbart, das entfesselte Chaos zu beschwören. Die wirtschaftlichen und politischen Gegensätze zwischen den kapitalistischen Staaten und Staatengruppen sind nicht beseitigt, sondern vermehrt und verschärft worden, und sie tragen neue, furchtbare Völkerkriege in ihrem Schoß. Die sozialen Gegensätze zwischen Reichen und Armen, Ausbeutern und Ausgebeuteten haben sich zugespitzt. Unüberbrückbarer als je gähnt die Kluft des Klassengegensatzes zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie. Den Kriegsschrecken sind für die breitesten Massen die Friedensschrecken gefolgt: Wucherpreise des gesamten Lebensbedarfs, Entbehrungen, Hunger, Kälte, Arbeitslosigkeit. Sie hämmern wachsenden Teilen der werktätigen Bevölkerung Englands die Erkenntnis ein, daß nur eine Losung sie aus dem Abgrund des Elends herausführen kann: vorwärts, entschlossen vorwärts zur Ueberwindung, Beseitigung des Kapitalismus, zur Aufrichtung des Sozialismus, des Kommunismus. Ueber die Wege zu diesem Ziel gehen die Meinungen, die Ueberzeugungen auseinander. Neue Werbungen der alten politischen und wirtschaftlichen Kampfesorganisationen, Kampfesmethoden, Kampfesmittel und Kampfesziele der englischen Arbeiterklasse ringen mit dem, was in dieser Beziehung übernommen ist und bisher ausschlaggebend für das Wesen, die Betätigung, die Forderungen der Arbeiterbewegung in Großbritannien war. So bringt auch dort die Arbeiterbewegung in steigendem Maße zum Ausdruck den Kampf der Geister um Klarheit der Erkenntnis und Geschlossenheit des Willens des Handelns.

Es ist selbstverständlich, daß dieser Stand der Dinge je länger je mehr auch für die sozialistische Frauenbewegung zu Tage treten und ausschlaggebend werden muß. Denn wenngleich in England die sozialistischen Frauen verschiedene selbständige Organisationen und innerhalb der einzelnen sozialistischen Parteien große Bewegungsfreiheit haben, so sind sie doch innerlich, dem Leben der sozialistischen Arbeiterbewegung fest eingegliedert und arbeiten im engen Zusammenhang mit den verschiedenen wirtschaftlichen und politischen Organisationen, die Trägerinnen des proletarischen Klassenkampfes sind. Die sozialistische Frauenbewegung nimmt ihren vollen Anteil an der gesamten Entwicklung, dem inneren und äußeren Leben der allgemeinen sozialistischen Arbeiterbewegung. Deshalb zeichnen sich heute in ihr ebenfalls verschiedene Strömungen ab, die sich in der Hauptsache in drei zusammenfassen lassen.

Ein Teil der Genossinnen steht zu der Politik **Hendersons** und der **Arbeiterpartei**, die bekanntlich begonnen hat sich aus einer Zusammenfassung von parlamentarischen Vertretern zu einer proletarischen Massenpartei umzuorganisieren. Die Politik Hendersons hält sich auf dem Boden der bürgerlichen Demokratie, der gleichberechtigten Zusammenarbeit von Proletariat und Bourgeoisie. Diese Zusammenarbeit soll durch politische Freiheit und soziale Reformen die Ausbeutungsherrschaft des Kapitalismus mildern und allmählich ganz beseitigen, den Sozialismus stufenweise herbeiführen. Wie Henderson mit seiner Gefolgschaft — unter ihr die Gewerkschaftsführer alten Stils — während des Kriegs in Wesensverbundenschaft mit den Scheidemännern eine Stütze des englischen Imperialismus gewesen ist und dazu geholfen hat, ihm die organisierten Arbeitermassen unterthänig zu halten, so entspricht auch seine jetzige Haltung im Kern der „Revolutionspolitik" der Mehrheitssozialdemokratie Deutschlands. Roskes Maschinengewehre und Weißgardisten als stärkste Stütze dieser Politik natürlich in Abzug gebracht. In England hat sich die Lage noch nicht bis zum blutigen Bürgerkrieg zugespitzt. Die Richtung Henderson stellt den rechten Flügel der Arbeiterbewegung in Großbritannien dar.

Betreffs der sozialistischen Frauen, die zu dieser Richtung gehören, muß zweierlei betont und festgehalten werden. Die soeben meinen ihrer Führerinnen haben die imperialistische Kriegspolitik Hendersons nicht mitgemacht, sondern innerhalb der Arbeiterpartei und der anderen wirtschaftlichen und politischen Arbeiterorganisationen mit großer Tapferkeit und Ausdauer bekämpft. Sie haben sich fest und treu auf dem Boden der Grundsätze der internationalen sozialistischen Frauenkonferenz zu Bern gehalten und mit opfermutiger Unerschrockenheit für sie gewirkt. Sie vertreten auch angesichts der gegenwärtigen Lage und ihrer Aufgaben überwiegend radikalere Auffassungen als Henderson und Genossen. Innerhalb der Rechten repräsentieren sie „die Linke", sind sie ein vorwärtstreibendes radikalisierendes Element. Die Genossinnen Marion **Phillipps**, Ethel **Snowden** und andere gehören zu ihnen, die während des Kriegs sich als Vorkämpferinnen für den Frieden und die Solidarität des Proletariats bewährt haben.

Im Gegensatz zu der gekennzeichneten Richtung hat sich unter den Sozialistinnen Großbritanniens ebenfalls eine entschiedene **Linke** gebildet. Wie der entsprechende Flügel der allgemeinen sozialistischen Bewegung so stellt auch sie der rein formalen, bürgerlichen, politischen Demokratie die Arbeiterdemokratie entgegen. Sie träumt nicht von der „konstitutionellen" und demokratischen" Fabrik, von der „Reformierung" und „Verpolitischung" des Kapitalismus, von der stückweisen Verwirklichung des Sozialismus, vom Parlament, das eines Tages ungehindert durch die besitzenden Klassen beschlißt, alle politische Macht habe in die Hände des Proletariats überzugehen, damit dieses das Reich des Sozialismus aufrichte. Die „Linke" der sozialistischen Frauenbewegung Englands ist davon überzeugt, daß auch dort die Proletarier und Proletarierinnen die politische Macht im revolutionärem Kampfe erobern, daß sie die Diktatur der Arbeiterklasse durchführen müssen, damit der Kommunismus Wahrheit und Tat werde. Sie fordern die Bildung von Betriebs- und Arbeiterräten, die Träger des revolutionären Kampfes gegen die kapitalistische Ordnung sein sollen, wie Werkzeuge zur Verwirklichung des Sozialismus. Die Blicke der Linken der sozialistischen Frauenbewegung sind Sowjet-Rußland zugewandt. Die Aufrichtung der sozialistischen Republik als Ausdruck der proletarischen Klassendiktatur ist für sie die unerläßliche Vorbedingung für die Niederwerfung des Kapitalismus, ist das Tor, durch das der Sozialismus seinen Einzug halten soll.

Die internationale Solidarität der Arbeiter, Ausgebeuteten aller Länder, die auch von der Rechten anerkannt und angerufen wird, wollen die Genossinnen des linken Flügels zur Tat werden lassen. In Uebereinstimmung mit den gleichgerichteten Genossen drängen sie darauf hin, daß die im englischen Proletariat — soweit es erwacht ist — wohl allgemeine Sympathie und Bewunderung für das sozialistische Sowjet-Rußland praktisch wirksam gemacht werden müsse. Sie fordern nicht bloß wie die „Gemäßigten" Rückziehung der englischen Truppen aus Rußland, Verzicht auf den militärischen Kampf gegen dieses, sondern wirtschaftliche und politische Massenaktionen, damit England jede Art Einmischung in die russischen Verhältnisse unterläßt und nicht länger finanziell und politisch die Gegenrevolutionäre unterstützt. Die „Linke" hat in England weder in der allgemeinen Arbeiterbewegung noch in der sozialistischen Frauenbewegung ein festes organisatorisches Rückgrat und Gefüge. Teile aller bestehenden proletarischen Organisationen und Parteien stellen ihr Anhänger und Anhängerinnen. Eine kommunistische Partei ist noch nicht entstanden.

Es fehlt der Linken vor allem ein klares, festumrissenes, einheitliches Programm. Viele grundsätzliche und taktische Fragen werden noch heiß umstritten. So die Frage der Stellung zum Parlamentarismus und zu den Gewerkschaften. Auch innerhalb der Linken Großbritanniens gibt es grundsätzliche Antiparlamentarier und Syndikalisten, wie Genossen und Genossinnen, die den Parlamentarismus als ein Kampfesmittel des Proletariats unter anderen Kampfesmitteln ausgenutzt wissen wollen, eine straffe, zentralisierte Zusammenfassung der wirtschaftlichen und politischen Streitkräfte der Arbeiterklasse fordern und das Heil nicht von Abzweigungen Einheitsorganisationen erwarten, die gleichzeitig Organe des wirtschaftlichen und politischen Klassenkampfes sein sollen. Kurz, die „Linke" hat sich bis nun in Großbritannien weder programmatisch noch organisatorisch konstituiert, und auch die Sozialistinnen, die auf der Linken mit in den

vordersten Reihen um Klärung und Zusammenfassung kämpfen, gehen in ihren Anschauungen über Grundsätze und Taktik auseinander. Zur Linken gehören von bekannten Sozialistinnen unter anderen die Genossinnen Dora **Montefiore** und Sylvia **Panthurst**, erprobte Vorkämpferinnen für die Befreiung des weiblichen Geschlechts und des Proletariats, ferner Genossin Cedar **Paul**, die bis vor kurzem die Schriftführerin des **Internationalen Frauenrats der Sozialisten und Arbeiterorganisationen Großbritanniens** gewesen, von diesem Posten aber zurückgetreten ist. Es versteht sich, daß diese Genossinnen nicht blos während des Kriegs, sondern auch seither treu und hingebungsvoll zum Banner des internationalen Sozialismus gestanden sind.

Zwischen der Rechten und Linken in der sozialistischen Frauenbewegung steht eine **Mittelrichtung**, die im allgemeinen mehr oder weniger ausgesprochen mit der Linken sympathisiert, aber in manchen Einzelfragen mit der Rechten übereinstimmt. Sie möchte die Verbindung mit dieser nicht ganz lösen, nicht in scharfem Kampf zu ihr treten, von der Hoffnung beseelt, daß es gelingen werde, die Rechte vorwärts zu treiben zum entschiedenen Klassenkampf gegen die kapitalistische Ausbeutungswirtschaft und ihren bürgerlichen Staat, zum Kampf für die Eroberung der politischen Macht als Hebel zur Aufrichtung der sozialistischen Ordnung. Zu den angesehensten Führerinnen der Mittelrichtung zählt Genossin Margaret **Bondfield**, die der Parteileitung der **Unabhängigen Arbeiterpartei** angehört und Schriftführerin der **Liga der Frauengewerkschaften** ist und sich ebenfalls während des Kriegs durch die Bethätigung internationaler sozialistischer Solidarität ausgezeichnet hat. Wie stark eine jede der drei Richtungen ist, welchen Einfluß sie auf größere Kreise der Frauen des werktätigen Volks ausübt, auf welche Anhängerschaft sie sich stützen kann: das läßt sich zur Zeit noch nicht erkennen. Scharf und schärfer stoßen die gegensätzlichen grundsätzlichen Ueberzeugungen in der englischen Arbeiterbewegung aufeinander. Bis jetzt wurden sie im allgemeinen in ruhiger, sachlicher Form ausgefochten. Es entspricht dies nicht bloß der Tradition der Bewegung in England, sondern auch dem Umstand, daß die Kämpfe um Grundsätze und Taktik des proletarischen Befreiungskampfes noch nicht breite Massen tief aufgewühlt und in Bewegung gesetzt haben. Auf manchen Gebieten und bei der Lösung verschiedener Aufgaben arbeiten in der Folge dieses Umstandes Genossinnen aller Richtungen zusammen.

Frauenwahlrecht.

Fortschritte des Stimm- und Wahlrechts der Frauen in der Schweiz. Entgegen dem Antrag des Regierungsrats für den Kanton Zürich hat der Kantonsrat mit 83 gegen 74 Stimmen dem **sozialdemokratischen Anhang** zugestimmt, d. rch das Referendum darüber entscheiden zu lassen, daß den Frauen des Kantons das vollständige Stimm- und Wahlrecht zuerkannt wird. Nun wird das Zürcher Volk das letzte Wort über das Frauenwahlrecht sprechen; das Zürcher Volk, das heißt, die jetzt allein stimmberechtigten Männer. — Auch der **Regierungsrat für Baselstadt** hat sich mit der Einführung des Stimm- und Wahlrechts für die Frauen beschäftigt und einen entsprechenden Antrag des Genossen Dr. **Wettig** dem **Großen Rat** zur Annahme empfohlen. Allerdings mit recht sauersüßer Miene. „Nicht leichten Herzens oder gar mit Begeisterung", erklärt er in seiner Begründung: „Die Doktrin, daß die Frau schon auf Grund ihres Menschentums dieselben politischen Rechte zu beanspruchen habe wie der Mann, mag vielleicht richtig sein." Das „mag" und „vielleicht" ist echt kapitalistisch empfunden. Auf dem kapitalistischen Warenmarkt hat das Menschentum keinen Kurs und Preis. Es ist überflüssiger Plunder, soweit es sich nicht als Arbeitskraft zu kapitalistischem Profit ausmünzen läßt. Allein eben solchen Profit schafft die Frau als Berufstätige, und nicht ihres Menschentums halber, als Profiterzeugende gewähren ihr kapitalistische Staaten das Wahlrecht, das nicht die Befreiung des weiblichen Menschentums ist, sondern nur ein Mittel unter anderen, diese Befreiung zu erkämpfen.

Feuilleton.

Friedhof und Derwisch.

(Schluß).

Vor dem Haupttor hält ein Wagen, und wir hören eine Stimme, die ruft: „Halloh! Endlich habe ich Sie gefunden."

Es ist der Führer. Es ist unser schrecklicher Grieche, vor dem wir uns augenscheinlich nie gut genug verstecken können! Er hatte sich vom Kartenschalter bis herein zum Eyub durchgefragt. „Belieben Sie einzusteigen!" sagt er. Und wir steigen ein.

Zu den „heulenden Derwischen"!

Mit einem Male sind wir in die Stadt, ins Leben zurückversetzt. Wir drehen uns um und sehen noch einmal die Oeler. Und sehen die Witwe der starren Zypressen . . .

Schon unterwegs gewahrten wir drei Gestalten, deren absonderliche Kopfbedeckung wir vom Osten her wiedererkannten; es waren heulende Derwische auf dem Wege zu ihrer Kirche. Nachdem wir eine Weile gefahren sind, steigen wir aus, entlassen den Wagen und folgen den drei sonderbaren Käuzen zu Fuß. Sie hatten ernsthafte, gutmütige Gesichter und gingen schweigend ihres Wegs. An ihrer Tracht war weiter nichts Auffallendes, ein braunes Gewand mit einer Binde um den Leib umhüllte ihren Körper von oben bis unten; aber die Mütze war ein Monstrum, an Höhe und Form wie ein Zuckerhut. Sie war aus grauem Filz, steif, luftdicht — es mußte ein wahres Kunststück sein, sie zu tragen.

Derwische sind mohammedanische Mönche. Sie leben entweder auf der Wanderschaft in der Türkei und Iran, oder auch in Gemeinschaften in eigenen Klöstern unter einem Prior. Gleich den Mönchen des Abendlandes sind sie in Orden eingeteilt; es gibt tanzende, heulende, schwimmende, springende Derwische, jeder Orden hat sein Gewerbe. Und dadurch, daß sie dies Gewerbe bis zur äußersten Verrücktheit ausüben, meinen sie, dem ganzen Islam vor Gott Gutes zu erweisen. Es sind religiöse Märtyrer, die ihres Volkes Sünde auf sich nehmen wollen und sich dafür peinigen. Der schwimmende Derwisch „schwimmt" so lange über den Boden hin, bis sich Ekstase und Krampf einstellen: in diesem Zustande der Entrücktheit ist er Allah nah. Heute sind es die „heulenden" Derwische, die wir hören sollen.

Wir kommen zum Kloster, wo wir bezahlen, damit wir eingelassen werden. Die Tür öffnet sich, wir stehen in einem großen Saale, wo wir auf einer Bank vor einer Schranke Platz finden. Die Schranke läuft um den ganzen Raum; draußen sitzen wir und andere Neugierige, drinnen sollen die Derwische auftreten. An den Wänden hängen Koransprüche und andere dekorative Malereien; der Fußboden ist mit schwarzen, weißen, gelben, grauen, braunen, roten und blauen wolligen Fellen — Lammfellen — bedeckt. Es ist uns eine Art Vermissen, daß nicht auch grüne Lammfelle da sind; ob das wohl Vergeßlichkeit ist? Ach nein! Die grüne Farbe ist die Farbe des Propheten, sie ist heilig, auf sie darf nicht getreten werden.

Jetzt kommt der Priester durch eine Tür im Hintergrunde. Er ist ein Mann in den Vierzigern mit einem ganz außergewöhnlich schönen, milden Gesicht. Er trägt ein schwarzes Gewand und eine schwarze Mütze mit weißem Knopf. Er liest ein Stück aus dem Koran.

Und jetzt heben Tumulte an, die zum Einförmigsten und Langweiligsten gehören, was ich je erlebt habe. Mehr als zwei Stunden dauerte es, bis die Zeremonien vorüber waren, und als das Ende schließlich kam, waren wir ganz müde vom Stillsitzen und Anhören des Geheuls und dem Versuche, auch nur einen einzigen vernünftigen Sinn in dem Ganzen zu finden!

Der Gottesdienst verlief in folgender Ordnung:

Nach der Verlesung des Priesters fielen dreißig Zuckerhüte auf die Knie und plapperten etwas herunter; aber das war nicht das Heulen, bewahre, das war bloß eine Kleinigkeit, eine Einleitung. Aber auch die Einleitung war reichlich lang.

Als das Plappern zu Ende ist, erheben sich die Zuckerhüte. Der Priester spricht ein Gebet. Seine Sprache ist wohllautend, sie gleitet auf diesen L's dahin und ist reich an Vokabeln: La ilaha il Allah, es ist kein andrer Gott als Allah. Während des Gebets werden noch mehr Lammfelle auf dem Boden gebreitet. Nie hab ich ein Gemach mit mehr Lammfellen darin gesehen! Das Gebet ist zu Ende.

Ein Vorsänger fällt auf die Knie und singt; die Zuckerhüte antworten stehend; es ist ein Wechselgesang. Auch das kann kein Heulen genannt werden; wir haben schon manchmal Schlimmeres gehört. Die guten Heuler hatten einstweilen noch Faulenzerarbeit, sie antworteten bloß hie und da: aber für den Vorsänger sing's an, ernst zu werden; er zog sein Taschentuch heraus und trocknete sich den Schweiß ab. Der Gesang dauerte eine Ewigkeit. Es war ganz merkwürdig, daß alle diese Menschen sich vornehmen mußten, alles solle so recht endlos lange dauern! Merkwürdig? Nein! Natürlich. Sie wollten es doch bis zur Begeisterung bringen.

Der Wechselgesang dauerte fort, der Vorsänger hält's schon nicht mehr aus, es geht an der Gesundheit herunter! Er wirft seine Jacke fort. Und singt los!

Dann kann er nicht mehr, seine Kräfte versagen. Die Zuckerhütte sehen die Gefahr; sie mischen sich mehr und mehr in seinem Gesang und helfen ihm, sie singen mehr, als ihnen obliegt, bloß um ihn vor einem Mißerfolg zu retten; aber es ist zu spät! Er piepst, piepst immer schlimmer und verstummt schließlich ganz.

Da kommt ein alter Graubart ihn zu ersetzen. Der Alte ist hager und sehnig, bleich, unerschütterlich. Er schiebt den ersten Vorsänger zur Seite und wirft sich selbst auf den Boden. Und nun begann er seinen Gang. Allzuviel Höhe oder allzuviel Tiefe zu geben, das durfte er sich nicht getrauen; aber ein paar Töne hatte er, die ihm keiner entreißen konnte! Es war, als ob ein Stein dasäße und sänge!

Aber auch der Alte wurde schließlich zuschanden! Die Derwische schonen sich eben auch nicht, sie haben Blut geleckt und entreißen dem Alten seine zwei Töne! Darein ergibt er sich nicht, er wehrt sich, er will gehört sein! Wir sehen, wie er sich die Hände und das Gesicht zerkratzt, um sich anzufeuern. Aber er unterliegt der Uebermacht. Als er in den letzten Zügen liegt, werden den Heulern die Zuckerhütte abgenommen, und jetzt sind sie zu allem bereit. Der erste Vorsänger ist wieder lebendig geworden. Er sieht sich verwirrt um, sieht, was es gilt, und greift wieder ein. Er hat die Kraft, den Stein beiseite zu wälzen und seinen Platz einzunehmen. Worauf er wieder zu singen anhebt.

Und die Derwische verzichten keineswegs auf das Wort, das ihnen gebührt, im Gegenteil, lauter und lauter singen sie und fangen schon an Zuckungen zu machen. Das Geheul ist jetzt im Zuge, das muß man sagen! Die Derwische schwitzen, sie ziehen die Gewänder aus. Bisher ist der Gesang laut, halbverrückt gewesen, mit einem einigermaßen fortlaufenden Text; jetzt aber wird es mit dem Text spärlicher und spärlicher; nur ab und zu hört man ein Wort, einen Ausruf, die Stimmen schrillen in ein Geheul hinüber. Und die Zuckungen werden stärker und stärker.

Was tut während der ganzen Zeit der Priester? Der führt den Wahnwitz an. Er ist's, der auf die Zuckungen verfällt, er fängt an, auf den Boden zu stampfen und sich im Takt vorwärts und rückwärts und auf die Seiten zu werfen. Er freilich, er schont sich, er gibt bloß andeutungsweise an, was die andern ausführen sollen; außerdem führt er strenge Aufsicht über jeden einzelnen und macht den Zauberern feine Verrenkungen und Fazen dicht unter der Nase. Dann schämen sie sich augenscheinlich vor Allah und schreien ganz beispiellos.

Jetzt wird der Lärm ganz arg. Die Derwische schreien einander zu, als ob sie sich gegenseitig mit Hei! und Ho! aufmuntern wollten, ja auszuharren und blind zu sein gegen alle Gefahr. Und die Zuckungen mit dem Oberkörper werden wild und heftig, das sind nicht mehr bloß armseilge vereinzelte Zuckungen, es ist ein einziges, großes Schlenkern nach allen Seiten hin, ein unaufhaltsames Durchdielufttjagen. Schon hört man ein und das andere Röcheln unter den Heulern. Der Boden ist von Kleidungsstücken bedeckt.

Mitten drin tritt ein sehr hochgewachsener, dunkler Mann in Uniform ein. Er hat Oberstenrang. Er begibt sich ohne weiteres unter die Heulenden, voll Eifer, denn er kommt zu spät und möchte das Versäumte nachholen. Du schaffst es nicht! denken wir. Du bist zu groß und unbiegsam! Aber er schaffte es. Dies neue Mitglied war eine Kraft. Wir sahen bald, daß es ein Fachmann war, ein Meister; mit seinem Auftreten nahm der ganze Gottesdienst einen ungeahnten Aufschwung. Der Neugekommene hatte noch nicht lange geschlenkert und nicht mehr als einmal geheult, als er schon den Uniformrock abwarf, damit er Ernst machen konnte. Und als er nun wieder anhob, da mußte es für jeden Freund des Heulens eine helle Freude sein, ihn anzuhören. Er feuerte die Derwische zum Unglaublichsten an; sie schrieen in überlauter Wildheit, sie stöhnten — aber der Offizier war der Situation gewachsen. Er schlenkerte nicht nur wie alle andern, nein, noch ein bischen mehr, und schleuderte seine Nebenmänner von sich wie nichts. Er heulte ganz auf eigene Faust, so daß alle andern auf ihn sahen.

Und so wird geheult und geschlenkert und gezuckt — hin und her und seitwärts. Die Heuler ziehen ein Kleidungsstück nach dem andern aus und stehen zuletzt, triefend vor Schweiß, in Hemd und Hosen da. Drei volle Viertelstunden dauert dieser Höllenlärm. Dann hört er auf. Die Heuler stöhnen, die Gebrochensten werden in ein Gemach im Hintergrunde geführt.

Doch die Pause dauerte nicht lange, noch ist der Gottesdienst keineswegs zu Ende. Wieder beginnt das Geplapper; der Graubart, der Stein ist wieder zu Kräften gekommen und sitzt und singt wieder. Und die Heuler antworten ihm. Aufs neue ein Wechselgesang. Bald kommen auch die zusammengebrochenen Heuler wieder aus dem Hinterraum. Sie hören, was ihre Brüder noch zu leisten vermögen, und sie wollen dasselbe leisten. Sie gehen jetzt ohne fremde Hilfe, sie können wieder stehen.

Während des Wechselgesanges geht die Tür auf und zu! Kranke werden hereingetragen und in einer Reihe vor den Füßen des Priesters niedergelegt. Vier Kinder werden mit dem Gesicht nach unten auf den Boden gelegt. Sie sind so klein und krank, daß sie wimmern, drei von ihnen werden wieder hinausgetragen; sie ertragen die Kur wohl nicht, sie sind zu klein, aber das vierte, ein kleines Mädchen, bleibt liegen. Der Priester nimmt seinen schwarzen Mantel ab, um sich's leicht zu machen, und steht in einem zweiten Mantel da. Er geht jetzt über das Kind weg, stellt sich auf seinen Rücken, bleibt einen Augenblick stehen und steigt auf der anderen Seite herunter. Das Kind weint. Der Priester geht denselben Weg zurück, langsam, zögernd; das Kind weint jetzt laut und wird hinausgetragen.

Drei erwachsene Männer werden auf Bahren hereingebracht; man legt sie aufs Gesicht, der Priester schreitet über sie hinweg, sie werden wieder auf ihre Bahren gelegt und hinausgebracht. Vier weitere werden hereingeführt, sie sind etwas kräftiger und können gehen. Der Priester steht einen Augenblick auf den Rücken der Kranken und steigt wieder herunter. Als der letzte Kranke hinausgetragen ist, verstummt der Gesang; man hört nur noch vereinzeltes Stöhnen, ab und zu ein Winseln, als fiele es den Heulern schwer, ganz zu schweigen.

Der Priester nimmt seinen schwarzen Mantel wieder um, die Zuckerhütte werden ihren Eigentümern zurückgebracht, alle ziehen ihre Gewänder wieder an.

Der Gottesdienst ist zu Ende.

Wir kommen wieder hinaus — an die frische Luft. Und man hat es nötig. Die schwitzenden Derwische und die vielen Zuschauer hatten miteinander eine Luft zustande gebracht, die uns mehr und mehr kraftlos gemacht hatte; wir hatten zuletzt nur noch mit dem Taschentuch vor der Nase geatmet, wir hatten uns nicht mehr zu helfen gewußt. Auch für die Derwische war die offene Türe eine Erquickung, wenn sie auch keinerlei Befriedigung darüber verrieten; sie zogen nur die Gewänder um die paschnassen Hemden und verzogen sich durch die Türe im Hintergrund.

So war die Selbstpeinigung also für diesmal zu Ende; nächsten Donnerstag steht sie wieder bevor. Und Jahr um Jahr steht sie bevor, solange das Leben währt. Es gibt kein Zurück aus dem Orden der „heulenden Derwische . . .“

Zur Beachtung. Der Schluß des Artikels „Verbrechen, Strafe und Amnestie“ erscheint infolge Raummangels in der nächsten Nummer.

Inhalt: An unsere Parteigenossen! — Bauernkommunen im Sowjet-Rußland. — Der unterbrochene Generalstreik. — Kommunistische Frauenbewegung: Frauenbewegung in Württemberg. — Notizenteil. Internationale Frauenbewegung: Die grundsätzliche Stellung der sozialistischen Fraueninternationale; Sozialistische Frauenbewegung im Ausland; Die Entwicklung der sozialistischen Frauenbewegung in England; Frauenwahlrecht: Fortschritte des Stimm- und Wahlrechts der Frauen in der Schweiz. — Feuilleton: Friedhof und [illegible]

Nummer 19 11. Dezember 1919

Die Kommunistin

Frauenorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Herausgegeben von Clara Zetkin

„Die Kommunistin“ erscheint am 1., 11. und 21. eines jeden Monats. Preis der Einzelnummer 15 Pfennige, durch die Post bezogen vierteljährlich 1.25 Mark (ohne Bestellgeld).

Einzelnummer Preis 15 Pfennige.

Zuschriften für die Redaktion an Clara Zetkin, Wilhelmshöhe, Post Degerloch b. Stuttgart. — Zuschriften für den Verlag an Anna Stegmaier, Stuttgart, Olgastr. 76.

Die Krise.

I.

Die Kommunistische Partei ist durch eine ernste Krise gegangen, die noch nachwirkt. Es handelte sich um Gegenwart und Zukunft unserer Partei, um ihren grundsätzlichen Charakter, um ihre Existenz als politische Partei; es kam zur unvermeidlichen Spaltung, und hier und da wird in den Bezirken, den Ortsmitgliedschaften um Prinzipien und Taktik noch heiß gekämpft.

Dem Anschein nach waren es lediglich zwei Sonderfragen, die umstritten wurden: die Stellung der Kommunistischen Partei zum Parlamentarismus und zur Gewerkschaftsbewegung. Jedoch, in Wirklichkeit ging der Gegensatz in der Partei weit über diese beiden Einzelfragen hinaus, er reichte in die Tiefe und rollte die Frage auf nach dem grundsätzlichen Wesen, nach der gesamten Betätigung, nach der Daseinsberechtigung der Kommunistischen Partei. Die Forderungen der Opposition betreffs unserer Stellung zum Parlamentarismus und zu den Gewerkschaften waren mehr als nur der eng umschriebene Ausdruck der Auffassung von einzelnen Lebensäußerungen der Partei. Sie erwiesen sich je länger um so mehr als die logische Konsequenz einer ganz bestimmten allgemeinen grundsätzlichen Überzeugung von der geschichtlichen Entwicklung und der gegenwärtigen Situation, damit aber auch vom Charakter und von der Betätigung der Partei. Es wäre daher eine verhängnisvolle Vogelstraußpolitik gewesen, hätte die Partei sich darauf beschränkt, sich lediglich mit den abgegrenzten Einzelfragen auseinanderzusetzen. Wie die Dinge lagen, kam sie nicht um die Notwendigkeit herum, sich über die Fragen des Parlamentarismus und der Gewerkschaftsbewegung in dem Zusammenhang zu entscheiden, in dem die Opposition sie gestellt hatte — ein Teil von ihr bewußt, ein anderer Teil unbewußt. Es galt die Wurzel aufzudecken, aus der die Stellungnahme der Opposition hervorgewachsen ist, und die heißt: Syndikalismus. Die Auseinandersetzung über die Fragen: wie soll die Kommunistische Partei sich zum Parlamentarismus und zu den Gewerkschaften stellen, mußte sich erweitern zu der Hauptfrage: soll unsere Partei eine politische Kampfespartei oder eine syndikalistische Propagandagesellschaft sein, soll sie dem Kommunismus oder dem Syndikalismus dienen?

Die bewußten und unbewußten Vorkämpfer der syndikalistisch zu modernisierenden Partei — soweit ein solches Gebilde noch als Partei angesprochen werden kann — ließen sich angelegen sein, diesen Zusammenhang der Dinge, das „Endziel“ ihrer Bestrebungen möglichst zu verhüllen und im Dunklen zu lassen. Sie konzentrierten ihren Vorstoß für den Syndikalismus auf den Parlamentarismus und die Gewerkschaften und scherten ihm damit Rückhalt und Unterstützung in großen Kreisen enttäuschter und ungeschulter Proletarier. Was ihren Gründen für den Antiparlamentarismus und die Zertrümmerung der Gewerkschaften an Klarheit, Tiefe und Schärfe mangelte, das ersetzten sie billig durch das Aufstumpfen mit der Massenstimmung. Erklärlich genug steht diese unter dem Eindruck der bitteren Lehre vom Verrat und Bankrott der Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsbureaukratie während des Kriegs und der Revolution. Allein Parlamentarismus und Gewerkschaften sind nicht die unvermeidlichen Ursachen von Bankrott und Verrat, sondern umgekehrt, der Verrat und Bankrott der führenden Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbureaukratie haben ihren Ausdruck auch in dem falschen, opportunistischen Gebrauch des Parlamentarismus, in der „burgfriedlichen“ Orientierung der Gewerkschaften gefunden.

II.

Geschichtlich gegebene Mittel des proletarischen Klassenkampfes dürfen nicht deshalb aus dem Gebrauch ausgeschieden und aus unserer Rüstkammer herausgeworfen werden, weil sie von Ungeübten und Verrätern schlecht gebraucht worden sind. Als nach der glorreichen Niederlage der Kommune das französische Proletariat sich auf einer höheren Stufe der Erkenntnis von seinem geschichtlichen Wesen, seinen Aufgaben, den Bedingungen seines Befreiungskampfes wieder zu sammeln begann, erklärten sich die meisten fortgeschrittenen Arbeiter entschieden gegen die Benutzung des Parlamentarismus. Der Schwindel der Napoleonischen Plebiszite hatte ihnen die Waffen, den Gebrauch des Stimmzettels aufs gründlichste verekelt. Karl Marx riet trotzdem der jungen sozialistischen Partei, nicht auf die Benutzung des Wahlrechts und des Parlamentarismus zu verzichten. Er legte dar, daß Kampfesmittel an sich weder reaktionär noch revolutionär seien, sondern erst reaktionär oder revolutionär würden durch den Gebrauch, der von ihnen gemacht wird, und durch das Ziel, für das die Klassen sie einsetzen. Das französische Proletariat müsse das Wahlrecht „aus einem Werkzeug zur Prellerei und Beherrschung“ der Ausgebeuteten in ein Mittel, eine Waffe im Dienste ihres Befreiungskampfes verwandeln. Daß die parlamentarische Betätigung einer revolutionären Partei nicht gleichbedeutend ist mit unabwendbarem Verrat der proletarischen Klasseninteressen und sozialistischen Grundsätze hat während des Krieges das Verhalten unserer Genossen in mehr als einem Parlament bewiesen.

Die nämliche Situation, die den tiefen Verfall der deutschen Sozialdemokratie offenbarte, zeitigte die kühne, zielklare Grundsatztreue unserer Genossen in der serbischen Skupschina, der „Engherzigen“ in der bulgarischen Sobranje, des größten Teils unserer Genossen in der russischen Duma, im italienischen Parlament. Niemand wird es wagen, unsere russische Bruderpartei der Kommunisten, Bolschewiki einer Neigung zur Abschwächung geschweige denn Abschwörung der Grundsätze des revolutionären Sozialismus, des Mangels an Mut zur Konsequenz zu zeihen. Sie haben der Arbeiterklasse der ganzen Welt die Losung vorangetragen: „Alle Macht den Räten“, sie waren die ersten, die in der Theorie den unversöhnlichen Gegensatz zwischen Parlamentarismus und Räteverfassung klar herausgearbeitet haben und in der Praxis die Räteorganisation aufbauen als Organ der proletarischen Befreiung, der proletarischen Macht. Nichts destoweniger lehnen die Bolschewiki die Theorie des Antiparlamentarismus grundsätzlich ab, und sie haben sich in ihrer revo-

lutionären Praxis des Parlamentarismus als Mittel des Klassenkampfes bis zu dem Augenblick bedient, wo das Proletariat Rußlands die ganze politische Macht in die Hand nehmen und mit der Räterepublik seine Diktatur aufrichten konnte. Genosse Lenin befürwortet auch jetzt noch die Ausnutzung des Parlamentarismus in den Zeiten, wo sich das Proletariat zum Kampfe für die Eroberung der Staatsmacht sammelt und schult, und die 3. Internationale hat sich in ihrem Programm für den Parlamentarismus als politisches Mittel des proletarischen Klassenkampfes ausgesprochen.

Unter den russischen Sowjets hat die Gewerkschaftsbewegung einen kraftvollen Aufschwung genommen. Die Gewerkschaften wirken als wertvolle Organe des wirtschaftlichen Aufbaues. Denn auch von ihnen gilt — mutatis mutandis d. h. die nötigen Abänderungen vorausgesetzt —, daß der revolutionäre Geist sie lebendig, sie zu Werkzeugen im Dienste des proletarischen Befreiungsringens, des kommunistischen Endziels der Arbeiterklasse macht. Wir dürfen sie nicht ausschließlich als die gegenrevolutionären Zerrbilder sehen, zu denen sie die Beschränktheit und der Verrat der leitenden Bureaukratie erniedrigt hat. Wir müssen sie betrachten in ihrer Verknüpfung mit den vorliegenden tatsächlichen Verhältnissen und in kühler, richtiger Würdigung dessen, was sie unter klassenbewußter, revolutionärer Führung und Ausnutzung für den proletarischen Kampf gegen den Kapitalismus leisten können.

Der Kommunistischen Partei ist die gewaltige und verantwortungsreiche Aufgabe zugefallen, den von der Not ihrer Klassenlage getriebenen proletarischen Massen im Kampfe gegen den Kapitalismus, für den Sozialismus führend voranzuschreiten, einer Feuersäule gleich, die durch die Finsternis der Reaktion leuchtet. Sie muß diese Massen nicht nur zusammenschließen, sondern auch mit klarer, unzerbrechlicher Erkenntnis ihres Ziels erfüllen, mit der Einsicht über den Weg, der zum Ziel führt, der Mittel, die es verwirklichen. Deshalb ist es selbstverständliche Ehrenpflicht der Kommunistischen Partei, sich nicht den noch so verständlichen und mitzufühlenden Massenstimmungen des Augenblicks blind gehorsam zu unterwerfen. Auch das wäre Opportunismus, agitatorische Erfolgshascherei nur nach der anderen Seite hin. Die Kommunistische Partei muß den moralischen Mut zur letzten politischen Ehrlichkeit haben. Es ist unabweisbar, daß sie ihr Schiff auch gegen den fortreißenden Strom der Massenstimmung steuern muß, wenn ihre geschichtliche Einsicht, ihre grundsätzliche Auffassung ihr das gebietet. Sie durfte sich daher der Massenstimmung gegen den Parlamentarismus und die Gewerkschaften nicht anpassen, sie mußte diese Massenstimmung vielmehr auf ihre Berechtigung prüfen, mußte untersuchen, unter welchen Umständen, innerhalb welcher Grenzen, mit welchen Bedingungen und Bindungen Parlamentarismus und Gewerkschaften dem proletarischen Klassenkampf nutzbar gemacht werden können.

III.

Die Kommunistische Partei war so gezwungen, schärfer, erschöpfender wie bisher ihren Charakter als politische Partei herauszuarbeiten, ihre grundsätzliche Auffassung darzulegen, ihre Wertung der Dinge, wie die taktischen Schlußfolgerungen, die sie für ihre Stellung zu den Dingen, für ihren Gebrauch, ihre Ausnutzung der Dinge zieht. Sie mußte in dieser Beziehung manches nachholen, was die Gründungsreichskonferenz der Partei unterlassen hatte. Die offenen und heimlichen Schwärmer für den Syndikalismus berufen sich für ihren Antiparlamentarismus auf den Beschluß dieser Konferenz, dem zufolge die Beteiligung der Kommunisten an den Wahlen zur Nationalversammlung abgelehnt worden war. Der Beschluß konnte in der Situation und Stimmung jener Zeit, in der Hoffnung auf den nahe bevorstehenden Sieg der proletarischen Revolution wohl eine Erklärung finden, jedoch nun und nimmer seine Rechtfertigung. Er war auch damals der Ausdruck einer durchaus irrigen Abschätzung der tatsächlichen Verhältnisse, das Kind verkappten syndikalistischen Putschismus und offener politischer Unreife. Er wurde gegen den schärfsten Widerspruch der besten führenden Köpfe der neugegründeten Partei gefaßt. Rosa Luxemburg, Leo Jogiches, Karl Liebknecht, Paul Levi und andere, die während des Krieges unerschrocken und grundsatzfest für den internationalen Sozialismus gekämpft hatten, im heißesten Vordertreffen des revolutionären Kampfes standen, wandten sich mit aller Entschiedenheit gegen den Beschluß. Die Entwicklung hat seither die Richtigkeit ihrer Stellungnahme mit starker Faust unterstrichen.

Die Nationalversammlung ist unbestreitbar der abschreckendste Ausdruck vom bürgerlich-kapitalistischen Wesen des Parlamentarismus, sie schreit geradezu den Proletariern in die Ohren, daß der Eingang zu den Parlamenten für die Lohnsklaven des Kapitals nicht das Tor zum Sozialismus, das Tor zur vollen gesellschaftlichen Gleichberechtigung und Freiheit ist. Allein ebenso unzweideutig lassen die Tatsachen in die Erscheinung treten, wie nötig und nützlich es ist, daß die Kommunisten als die klarsten und entschiedensten Vorkämpfer des revolutionären Proletariats in den Parlamenten auftreten und kämpfen, wenn das Proletariat selbst nicht in der Straße das große, das bestimmende Wort führt. Nicht etwa wie die gemäßigten Elemente der U.S.P. wähnen, um der Unfähigkeit der Parlamente zu großzügiger revolutionärer „Realpolitik" abzuhelfen und vorwärts zu helfen. Wohl aber um diese Unfähigkeit als den natürlichen Ausfluß des bürgerlichen Klassenwillens zur Aufrechterhaltung des ausbeutenden Kapitalismus die Maske abzureißen, sie in ihrer Bedeutung und ihren Früchten den Massen zum klaren Bewußtsein zu bringen und diese Massen selbst dadurch politisch zu wecken, zusammenzuballen und bereit zu machen zum Kampf für die Eroberung der politischen Macht. Kurz, die Ausnutzung des Parlamentarismus, der parlamentarische Kampf hat in den Zeiten revolutionärer Windstille darauf hinzuwirken, daß von einem revolutionären Orkan die zum anderen breitere, geschultere Massen des werktätigen Volks zielklar und entschlossen in Aktion treten. Das Schwergewicht der Wirkung muß außerhalb der Parlamente gesucht werden. Nicht der Erfolg daselbst wird für den parlamentarischen Kampf maßgebend sein, sondern die Wirkung auf die Massen. Die parlamentarische Betätigung der Kommunisten muß eine Fortsetzung des Kampfes für die proletarische Revolution mit anderen Mitteln sein, als wie sie die revolutionäre Situation gebietet.

Ungeachtet der recht klaren Sachlage mißbrauchten die Syndikalisten und Syndikalistengenossen den Beschluß der Gründungskonferenz, um die Kommunistische Partei zum grundsätzlichen oder praktischen Antiparlamentarismus zu drängen. Was die Reichskonferenz als einmalige, taktische Maßnahme gegen ein bestimmtes Parlament beschlossen hatte, das sollte ausgelegt werden zu einer dauernden, grundsätzlichen Stellungnahme zu allen gesetzgebenden und verwaltenden Körperschaften. Die politische Abstinenz, Tatenlosigkeit sollte für die Entwicklungsstrecke zwischen zwei revolutionären Wellenbergen auf den Schild gehoben werden.

—

Lüge und Wahrheit.

Der Krieg, eine Frucht des Kapitalismus, hat das gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Leben aller Völker vollständig demoralisiert. Schrankenlose Genußsucht drängt sich überall in der abstoßendsten Weise vor. Das politische Leben ist von Lüge und Verleumdung durchdrungen. Die Verdrehung und Verfälschung der Wahrheit wird ins Volk hinein getragen durch die Zeitungen, die Organe der politischen Parteien, die Werkzeuge kapitalistischer Profitmacherei sind. Das Volk, in seiner großen Mehrheit, kennt die sozialen Zusammenhänge nicht. Es weiß nicht, daß die meisten Zeitungen kapitalistischen Interessen dienen müssen. Darum stehen die Leser allen Schwindelnachrichten und falschen Urteilen ganz naiv und kritiklos gegenüber. Und mehr noch als auf die Männer wirken die Lügen auf die Frauen, die zum größten Teil auch jetzt noch steif und fest an die größten Unwahrscheinlichkeiten glauben mit der Begründung „Es steht in der Zeitung."

In der Schule, die von den Kapitalistenklassen beherrscht wird, lernen die heranwachsenden Arbeiter und Arbeiterinnen lesen und notdürftig schreiben. Sie werden außerdem mit Untertänigkeitsgefühl gegen die herrschenden Mächte erfüllt, nicht aber zum Nachdenken, nicht zum Beurteilen und zum Bewerten der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse erzogen. So wird das junge Proletariat als gefügige Beute des Profithungers von der Schule dem Kapitalismus ausgeliefert, in die Fabriken und Bergwerke, in den Eisenbahnbetrieb, ꝛc., hinein.

Hurrapatriotische Vereine und seichte, verflachende Vergnügungen beeinflussen die Seelen des aufwachsenden, jungen Volkes der Arbeit weiter in nicht gerade günstiger Weise. Für die Jungen wie für die Alten bildet die Tageszeitung oft die einzige geistige Nahrung. Von 100 Zeitungen aber stehen wohl 99 in kapitalistischen Diensten. Wenn wir die Auflagen der Blätter berücksichtigen, dann dienen von 1000 Zeitungsexemplaren sicher 999 dem Kapitalismus und fördern dessen Interessen gegen die Interessen des werktätigen Volkes. Und wo es das Interesse des Kapitals erfordert, da wird gelogen, betrogen, geschwindelt und gehetzt, ohne Maß und mit der größten Skrupellosigkeit. Mag eine Lüge noch so offensichtlich sein, noch so plump, sie wird geglaubt. „Es ist ja schwarz auf weiß gedruckt, es muß wahr sein." Es gibt Beispiele genug für solche Wahngläubigkeit. Hat nicht der größte Teil des deutschen Volkes die Lüge von Deutschlands Unschuld am Ausbruch des Krieges geglaubt? Geglaubt wurden auch die Schwindeleien, die der deutsche Generalstab zum Zwecke der Stimmungsmache verbreiten ließ, die Märchen von den durch feindliche Spione vergifteten Brunnen, von Attentaten auf Eisenbahnen, ꝛc. Die gesamte Bevölkerung Berlins glaubte im März dieses Jahres fast eine Woche lang den von der „sozialdemokratischen" Regierung amtlich verbreiteten Schwindel: Spartakisten hätten in Lichtenberg bei Berlin mehr als 60 Polizisten und Beamte ermordet! Die wenigen Blätter, von denen die Regierung annehmen konnte, daß sie die Lüge aufdecken würden, wurden aus Vorsicht verboten. So wurde es fast zur Unmöglichkeit gemacht, die Wahrheit zu erfahren.

Durch die Praxis des Schwindels wird es erklärlich, daß weite Volkskreise namentlich über den Kommunismus ganz falsche Vorstellungen haben. Sie beurteilen ihn nach den Zerrbildern, die die bürgerlichen und rechtssozialdemokratischen Blätter von ihm entwerfen. Kein Wunder daher, daß es auch noch viele Frauen gibt, die z. B. die gemeine Verleumdung von der „Kommunalisierung der Frauen" für bare Münze nehmen. Gerade weil diese Verleumdung nur ein ganz albernes Schlagwort ist, wird sie geglaubt.

Wie früher im Kriege die kapitalistischen Zeitungen das Volk belogen haben, um es zum „Durchhalten" zu veranlassen, so treiben sie es jetzt weiter, damit das Proletariat ein gefügiges Ausbeutungsobjekt in der Hand der Kapitalisten bleibt. Das Gesindel, das den Krieg benutzte, um sich durch Betrug und Wucher zu bereichern, das durch seinen Wucher dem arbeitenden Volk den notwendigen Lebensbedarf fortnahm oder unnötig und unerschwinglich verteuerte, diese Leute prassen und schlemmen, während der größte Teil des Volkes darbt. Diese Leute schreien in die Welt hinaus: „Die Kommunisten sind Plünderer, die Kommunisten wollen nicht arbeiten!" Gegen solchen dreisten Schwindel sind die Kommunisten ziemlich machtlos, denn sie verfügen nur über wenige kleine Zeitungen, die zudem noch oft verboten werden, und deren Verbreitung durch alle möglichen Chikanen hintertrieben wird. Natürlich versuchen die Kapitalisten alles mögliche, um auch die Frauen der breitesten Massen gegen den Kommunismus zu verhetzen. Sobald die Frauen erkannt hätten, was gerade sie vom Kommunismus zu erwarten haben, dann würden sie die eifrigsten und tapfersten Streiterinnen für den Umsturz der alten und den Aufbau der neuen Gesellschaftsordnung werden. Das wissen die Kapitalisten und wollen dem zuvorkommen.

Kommunismus bedeutet Aufhebung jeder Art von Unterdrückung und Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Heute wird das arbeitende Volk von den Kapitalisten ausgebeutet und die Proletarierin sogar in doppelter Weise: als Arbeiterin und als Weib. Die weibliche Arbeitskraft entlohnt der Kapitalist noch schlechter als die männliche, so wird die Frau als Arbeiterin noch mehr ausgebeutet als der Mann. Als Mutter, Kindererzieherin und Haushälterin wird der Frau keine Entlohnung zu Teil, sie wird angeblich vom Mann ernährt und muß sich ihm dafür unterordnen. In Wirklichkeit gilt in der Folge noch immer der Bibelspruch: „Und er soll dein Herr sein."

Die Kapitalisten können das Volk nur darum ausbeuten, weil sie die gesamten Produktionsmittel als ihr Privateigentum besitzen. Darum will der Kommunismus vor allem diese Produktionsmittel, z. B. Grund und Boden, Wälder, Fabriken, Wasserkräfte, Bergwerke, Naturschätze, Transportmittel, usw., nicht mehr im Privatbesitz von Einzelnen lassen, sondern sie zum Eigentum der Gesamtheit machen. Die von der Gesamtheit hergestellten und beförderten Güter gehören dann nicht mehr den einzelnen Kapitalisten, sondern der Gesamtheit. Unter die Gesamtheit werden die Güter nach dem Bedürfnis des Einzelnen verteilt. Jeder arbeitsfähige Mensch ist dafür verpflichtet, nach seiner Begabung und Neigung irgend eine nützliche Tätigkeit für die Gesamtheit zu verrichten. Dies das herrliche Ziel, das der Kommunismus verwirklichen will. Die weibliche Arbeitskraft wird in der kommunistischen Gesellschaft der des Mannes durchaus gleichgewertet, welche Arbeit die Frau auch leisten möge, ob in der Werkstatt, im Büro, im Hause oder sonstwo. Der Mann ist dann nicht der Ernährer der Familie, denn für jeden Mann, für jede Frau und für jedes Kind der Gemeinschaft sorgt die Gesamtheit, zu deren Reichtum jeder Mann und jede Frau durch ihre Leistungen beiträgt, und die in den Kindern künftige Mehrer ihres Wohlstands und ihrer Kultur erblickt, pflegt und erzieht. Der „Familienvater" sorgt weder für seine Frau, noch für seine Kinder, noch (im heutigen Sinne) für sich selbst. Zwischen der Gemeinschaft und ihren Mitgliedern findet ein wechselseitiges Geben und Empfangen statt.

Die Umwandlung der wirtschaftlichen Ordnung vom Kapitalismus zum Kommunismus erfolgt nicht mit einem Schlage in aller Vollkommenheit, sie ist ein Entwicklungsprozeß, in dem es Übergangsstufen, Zwischenstadien gibt. Ihr Ergebnis wird eine vollständige Veränderung nicht nur der wirtschaftlichen, sondern auch der politischen, sozialen, der moralischen Verhältnisse sein. Welch ein Fortschritt, welch ein Segen für die Menschheit! Ein Beispiel nur: Viele Kinder sind in einer kommunistischen Ordnung nicht mehr eine bittere Sorge für die Eltern, sondern eine Quelle des Glücks. Keine Frau wird mehr durch die Mutterschaft, durch die Verzweiflung und Sorge wegen der Unmöglichkeit, ein Kind ernähren zu können, in Not, Schmach und Tod getrieben.

Welche Frau, welche Mutter, welches denkende Weib muß nicht die kommunistische Gesellschaftsordnung ersehnen, die im Grunde so selbstverständliche, natürliche, menschliche Verhältnisse schafft? Wer würde sich nicht dafür begeistern können? Allerdings, Begeisterung allein genügt nicht. Ein harter Widerstand ist zu überwinden, soll der Kommunismus Wirklichkeit werden. Mit zäher Kraft, mit all seiner Macht, mit Lügen und Verleumdungen verteidigt der Kapitalismus seine Macht, sein Vorrecht auf Ausbeutung des Proletariats. Gegen diesen Feind, den internationalen Kapitalismus, muß sich die ausgebeutete Klasse in allen Ländern zu energischem Kampf aufraffen. Auch die Frau muß in die Reihe der Kämpfer einrücken, um ihr Recht als Mensch und als Frau zu erobern.

F. D.

—

Von Verbrechen, Strafe u. Amnestie.

(Schluß).

Der bestimmende Einfluß des gesellschaftlichen Milieus auf das Verhalten, das Tun der Menschen tritt namentlich sinnenfällig hervor, wenn die Lebensbedingungen sich rasch, unvermittelt verändern. Der kapitalistische Emporkömmling, den der glückliche Zufall einer längst von anderen vorbereiteten Erfindung und skrupellose Arbeiterausbeutung binnen kurzem zum vielfachen Millionär gemacht haben, ist mit seinen „noblen Passionen" und Protzennarreteien eine ebenso bekannte lächerliche Erscheinung, wie der „Deklassierte" — der aus einer höheren in eine niedrigere Gesellschaftsklasse Gesunkene — eine hervorstechende traurige Gestalt ist. Und wie naheliegend und groß ist für die Gesunkenen und Herabgestoßenen die Versuchung, sich „jenseits von gut und

böse" zu stellen, bedenken- und gewissenlos „das Glück zu korrigieren", ohne Rücksicht auf die bürgerliche Moral und das bürgerliche Gesetz durch unredliche Handlungen und Straftaten wieder Besitz und Lebensgenuß zu erreichen. Wie viele leichte und schwere Betrügereien, Diebstähle usw. sind auf den Wandel der Lebensverhältnisse zurückzuführen!

Ziffernmäßig kann nachgewiesen werden, daß ungünstige Lebensbedingungen zu Vergehen und Verbrechen führen. Wie der Luftdruck an einem Barometer so ist das abzulesen an der Statistik. Sie zeigt Parallellinien des Steigens und Fallens der Preise des Lebensbedarfs auf der einen Seite und der Zahl der Vergehen und Verbrechen auf der anderen. Es ist eine längst wissenschaftlich festgestellte Tatsache, daß Jahre, in denen namentlich die Getreide- und Brotpreise stiegen, die Zahl der Vergehen und Verbrechen wider das Eigentum ebenfalls auffallend zunahm. Ein Sinken der Getreide- und Brotpreise ging mit einer Abnahme solcher Straftaten Hand in Hand. Die gleiche Erscheinung, der gleiche Zusammenhang wird durch die Statistik erhärtet für die Prostitution, ohne die die „honette" bürgerliche Gesellschaft nicht auskommen kann, die sie aber trotzdem nicht bloß verfehmt, sondern obendrein ahndet, wenn sie nicht in den polizeilich vorgeschriebenen und genehmigten Formen auftritt. Der ursächliche Zusammenhang zwischen Milieu, Lebensbedingungen und dem Bruch der bürgerlichen Rechtsnormen ist eine so unbestreitbare, bewiesene Tatsache, daß kein Strafrichter bei irgend einem Straffall an ihm vorübergehen dürfte.

Wer darüber nicht klar war, den mußte der Krieg mit seinen Auswirkungen belehrt haben. Wir haben weiter oben darauf hingewiesen, daß der Krieg die Überbleibsel der Tierheit im Menschen, längst verlassener Entwicklungsstufen der sogenannten Zivilisation und — so fügen wir noch hinzu — ebenfalls den unheilschwangeren Einfluß erblicher Belastung in entsetzlicher Anschaulichkeit offenbart hat. Jedoch auch für die Lehre von der Macht des Milieus, der Lebensbedingungen über die Menschen ist er zum Anschauungsunterricht größten Stils geworden. In der Tat! Die Welt der Schlachtfelder, Schützengräben und Etappen hatte ihre eigene moralische Atmosphäre, in der die Menschen an Recht, Sitte, Gesetz, Ideal verbrannten, was sie angebetet hatten und anbeteten, was sie sonst verbrannten. In dieser besonderen Atmosphäre ward das Tier im Menschen mächtig, ja allmächtig, und die Hüllen der Kultur fielen Stück für Stück ab gleich mürbem Zunder, Menschen, die in normalen Verhältnissen keiner Fliege etwas zuleid getan hätten, wurden zu fühllosen, stumpfsinnigen Menschenschlächtern. Leute, die im Frieden von heiliger Scheu vor fremdem Eigentum erfüllt waren, stahlen und plünderten schlimmer wie die Straßenräuber. Männer, die sich daheim ihres fleckenlosen Lebenswandels rühmten, vergewaltigten Frauen und halbe Kinder und vollendeten ihre Blut- und Alkoholräusche in den Armen von Dirnen. Wie ein lähmendes, tödliches Gift wirkte die Auffassung, gegen den Feind zu stehen, der keinen Anspruch auf Recht habe, gegen den einzig und allein Macht durchzusetzen sei. Im Kriege bewahrheiteten sich die Schillerschen Verse:

Der alte Urstand der Natur kehrt wieder,
Wenn Mensch dem Menschen gegenüber steht.

Die verbrechenschwangere Atmosphäre des Weltkriegs wird noch lange in unglückselig veranlagten und aus dem Gleichgewicht gekommenen Kriegsteilnehmern nachwirken als ein starker, nicht zu bändigender Hang zu Roheit, Zügellosigkeit, grober Genußsucht usw., sie wird ziffernmäßig zum Ausdruck kommen in der steigenden Zahl von Gewalttaten gegen die Menschen und Vergehen wider das Eigentum. Die Ausstrahlungen des Kriegsmilieus haben auch die Moral und Gesetzesfurcht in der Heimat betäubt und zerfressen. Die Heereslieferungen, die Unterbindung des Weltverkehrs, die rationierende Zwangswirtschaft mit ihrem gut kapitalistischen Schatten: dem Wucher- und Schieberwesen, wie der freie Handel, kurz, der Krieg als „gute wirtschaftliche Konjunktur", als Geschäft, entfesselte einen wahren Hexensabbath von Schwindel, Betrug, Diebstahl, Raub im kleinen am Einzelnen, im großen am Staat, an der Klasse der Ausgebeuteten, der Werktätigen. „Bereichert euch!", das war die offene oder versteckte Losung der Weltkriegsbegeisterten. Schrankenlose Gewinnsucht umraste das goldene Kalb, eine Gewinnsucht, die aus den „besten bürgerlichen Kreisen" bis tief in die Schichten des Proletariats und der Bauernschaft hineinreichte. Ungezählte Jugendliche der Gefahr preisgegeben, bei reichlichem Verdienst, unerzogen und ohne rechte innere Widerstandskraft hunderterfältigen Versuchungen zu unterliegen. Daneben breite Massen — namentlich auch von Frauen — eine Beute der Arbeits- und Brotnot, würgender Nöte und Sorgen. Was Wunder da, daß auch weit hinter der Front die Vergehen und Verbrechen — im besonderen darunter der Jugendlichen — reißend anschwollen, daß die Prostitution sich Opfer über Opfer kirrte? Der Weltkrieg, der der Triumph der Macht des Besitzes über das Recht der Menschen war und der die kapitalistische Ordnung befestigen und verewigen sollte, ließ alle Schranken von Recht und Gesetz dieser selben Ordnung überrennen. Er hat eine Schlammflut von Lastern und Straftaten hinterlassen, eine erschreckende Illustration von dem entscheidenden Einfluß des Milieus über die Menschen.

Das Wissen von diesem Einfluß und der Macht der gegebenen Veranlagung müßte zu einer neuen, revolutionierten Wertung von Verbrechen, Täter und Strafe führen. Es müßte unbedingt eine Änderung des Strafrechts und des Strafvollzugs gestalten, die den Namen einer Reform verdient. Das um so mehr, als unter der Wucht der gewonnenen Einsichten die Strafrichter immer mehr gezwungen worden sind, sich nicht darauf zu beschränken vom Standpunkt der bürgerlichen Gesellschaft und deren eigensüchtigen Interessen aus die Straftaten zu messen, zu wägen und zu ahnden, sondern auch die Natur, die Entwicklung, das Milieu der Täter als treibende ursächliche Kräfte der Tat zu werten. Die Dringlichkeit einer entsprechenden Reform wird dadurch verschärft, daß das deutsche Strafrecht mit Urväter Hausrat mittelalterlicher Bestimmungen vollgepfropft ist. Es ist deshalb eine außerordentlich auffallende Erscheinung, daß in dem neuen Deutschland eine Strafgesetzreform bevorsteht, die eine Verschärfung statt einer Milderung des geltenden Rechts bringen wird. Die Bestimmungen „zur Bekämpfung des gewohnheitsmäßigen Verbrechertums" sollen weit schärfer als bisher gehalten sein. Besondere Sicherheitsmaßregeln gegen gewohnheitsmäßige Verbrecher sind vorgesehen.

Der demokratische Abgeordnete Waldstein erkundigte sich in der Nationalversammlung nach dem Stand der Strafrechtsreform und fragte bei der Gelegenheit auch an, ob der Erlaß einer neuen Amnestie geplant sei. Eine Amnestie, d. h. die Löschung, Rückgängigmachung verhängter Strafen ist gerechtfertigt, weil in diesen Jahren der Druck bitterster Not die Vergehen und Verbrechen außergewöhnlich anschwellen machte, weil während der Revolution der Sieg der brutalen kapitalistischen Gewalt als Vergehen und Verbrechen betrachten und strafen ließ, was revolutionäre, politische Kampfestaten waren. Der zentrümliche Reichsjustizminister Schiffer gab auf die Anfrage die bezeichnende Antwort, die Aufgabe des Augenblicks scheine ihm zu sein, „den Rückweg zum Rechtsstaat zu finden, aus der Zeit der Revolution zur Gesetzlichkeit zurückzukehren." Die Absicht einer neuen Amnestie bestehe nicht. Sollte sie angeregt werden, so würde er schwerste Bedenken haben, ihr zuzustimmen. Wir hätten eher zu viel als zu wenig Amnestie gehabt. Amnestien müßten mit der größten Vorsicht angewandt werden, weil es jetzt notwendig sei, das Rechtsgefühl nicht zu schwächen sondern zu stärken.

Entkleiden wir das parlamentarische Gerede seines schillernden Brimboriums, so erscheint als harter, trockener Kern dieses: Die bürgerliche Gesellschaft schreckt vor der nötigen gründlichen Strafrechtsreform wie vor der ebenso dringlichen Amnestie zurück, weil die Aufrechterhaltung, ja die Verschärfung des geltenden Rechts den Besitzenden und Herrschenden den Bestand der kapitalistischen Ausbeutungswirtschaft, der bürgerlichen Ordnung festigen soll. Gewiß sind die „gemeinen Verbrecher" zum weitaus größten Teil legitime Kinder dieser Ordnung und ihre Opfer, die der ehrenfesten Gesellschaft zurufen können: wohl brachen wir dein Recht, dein Gesetz, aber erst hat dein Recht und Gesetz uns gebrochen. Aber sie sind gleichzeitig Ankläger und Bedrohung der bürgerlichen, kapitalistischen Eigentumsordnung. Und die revolutionären Kämpfer und Kämpferinnen gar, die jetzt zu vielen Tausenden die Kerker füllen! Sie haben an den Grundpfeilern dieser Ordnung zu rütteln gewagt. Die triumphierenden Besitzenden und Ausbeutenden wollen im Genuß, in der Verdauungsseligkeit ihrer Wirtschaftsmacht und Klassenherrschaft nicht durch gründliche Strafrechtsreform und Amnestie gestört sein. Ihre Geschäftsführer und Diener in Regierung und Parlament weisen in der Folge mit einer kühlen Handbewegung die Schlußfolgerungen ab, die sich aus den Feststellungen der Natur- und Gesellschaftswissenschaften mit zwingender Logik für die Beurteilung von Verbrechen und Strafe ergeben. Die Wissenschaftlichkeit der Einsicht, die höhere, reinere Menschlichkeit, sie werden von der wachen Sorge um das bürgerliche Eigentum, die bürgerliche Klassenherrschaft, in die Flucht geschlagen.

So offenbart sich in dem Verhalten der bürgerlichen Gesellschaft zu den Forderungen gründliche Strafrechtsreform und Amnestie, nicht bloß der augenblicklicher Sieg der Bourgeoisie, sondern auch ihr Verfall, die Tatsache, daß sie sich auf dem absteigenden Ast ihrer Entwicklung befindet. Sie ist nicht mehr Vorkämpferin, vielmehr Hindernde, Hemmende, Zurückbremsende des Fortschritts, höherer Kultur, auch auf dem Gebiete des Strafrechts. Der Gegensatz zu der empordrängenden vorurteilslosen, heiläugigen Einsicht und edleren Menschlichkeit tritt scharf zu Tage in den großherzigen Worten, mit denen unsere unvergeßliche Genossin Rosa Luxemburg am 18. November vorigen Jahres in der „Roten Fahne" weitgehende Amnestie forderte. Unter dem Titel: „Eine Ehrenpflicht" schrieb sie:

Für die politischen Opfer der alten Reaktionsherrschaft wollten wir keine „Amnestie", keine Gnade. Unser Recht auf Freiheit, Kampf und Revolution forderten wir für jene Hunderte Treuer und Braver, die in Zuchthäusern und Gefängnissen schmachteten, weil sie unter der Säbeldiktatur der imperialistischen Verbrecherbande um Volksfreiheit, Frieden, Sozialismus kämpften. Sie sind nun alle frei. Wir stehen wieder in Reih und Glied, zum Kampfe bereit. Nicht die Scheidemänner mit ihren bürgerlichen Kumpanen und dem Prinzen Max an der Spitze haben uns befreit, die proletarische Revolution hat die Tore unserer Kasematten gesprengt.

Aber eine andere Kategorie trauriger Insassen jener düsteren Häuser ist völlig vergessen worden. Niemand hat bis jetzt an die Tausende bleicher, abgezehrter Gestalten gedacht, die hinter den Mauern der Gefängnisse und Zuchthäuser zur Sühne für gemeine Verbrechen jahrelang schmachteten.

Und doch sind es unglückliche Opfer der infamen Gesellordnung, gegen die sich die Revolution richtete. Opfer des imperialistischen Krieges, der Not und Elend zur unerträglichen Folter gesteigert, der durch die bestialische Menschenschlächterei in schwachen, erblich belasteten Naturen alle bösen Instinkte entfesselt hat.

Die bürgerliche Klassenjustiz erwies sich wieder einmal als das Netz, durch dessen Maschen räuberische Hechte bequem herausschlüpfen, während kleine Stichlinge hilflos darin verzappeln. Die millionenreichen Kriegswucherer kamen meist straffrei oder mit lächerlichen Geldstrafen davon, die kleinen Diebe und Diebinnen wurden mit drakonischen Freiheitsstrafen gezüchtigt.

Bei Hungerkost, in den kaum geheizten Zellen vor Kälte zitternd, von den vierjährigen Schrecken des Krieges seelisch niedergedrückt, warten diese Stiefkinder der Gesellschaft auf Gnade, auf Linderung.

Sie warteten umsonst. Der letzte Hohenzoller hatte die Elenden als guter Landesvater über den Sorgen des Völkergemetzels und der Kronenverteilung vergessen. Seit der Eroberung Lüttichs gab es während der vier Jahre keine nennenswerte Amnestie mehr, nicht einmal zum offiziellen Feiertag der deutschen Sklaven, zum „Kaisergeburtstag".

Nun muß die proletarische Revolution durch einen kleinen Strahl ihrer Gnade das düstere Dasein in den Gefängnissen und Zuchthäusern erhellen, die drakonischen Strafen abkürzen, das barbarische Disziplinarsystem — Kettenarrest, Prügelstrafe! — ausrotten, die Behandlung, die ärztliche Versorgung, die Ernährungs- und Arbeitsverhältnisse nach Kräften aufbessern. Es ist eine Ehrenpflicht! Das bestehende Strafsystem, das durch und durch den brutalen Klassengeist und die Barbarei des Kapitalismus atmet, muß einmal mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden. Eine grundsätzliche Reform des Strafvollzugs muß sofort in Angriff genommen werden. Ein völlig neues, dem Geist des Sozialismus entsprechendes kann freilich erst auf dem Fundament einer neuen wirtschaftlichen und sozialen Ordnung errichtet werden. Wurzeln doch Verbrechen wie Strafe in letzter Linie stets in den wirtschaftlichen Verhältnissen der Gesellschaft. Doch eine einschneidende Maßnahe kann ohne weiteres durchgeführt werden: die Todesstrafe, diese größte Schmach des stockreaktionären deutschen Strafkodex, muß sofort verschwinden! Weshalb zögert man damit in der Arbeiter- und Soldatenregierung? Ledebour, Däumig, Barth, hat der edle Beccaria, der vor zweihundert Jahren in allen zivilisierten Sprachen die Ruchlosigkeit der Todesstrafe denunzierte, für euch nicht gelebt? Ihr habt keine Zeit, habt tausend Sorgen, Schwierigkeiten, Aufgaben vor euch. Gewiß. Nehmt aber die Uhr in die Hand und fehlt, wieviel Zeit es erfordert, den Mund aufzutun und zu sagen: die Todesstrafe ist abgeschafft! Oder wie könnte es unter euch auch darüber eine lange Debatte mit Abstimmung geben? Würdet ihr euch etwa auch in diesem Falle in das lange Schleppkleid der Formalien, Kompetenzbedenken, Stempel- und Rubrikenfragen und dergleichen Plunder verwickeln?

Ach, wie ist diese deutsche Revolution — deutsch! Wie ist sie nüchtern, pedantisch, ohne Schwung, ohne Glanz, ohne Größe! Die vergessene Todesstrafe ist nur ein kleiner einzelner Zug. Aber wie pflegt sich gerade in solchen kleinen Zügen der innere Geist des Ganzen zu verraten!

Man nehme ein beliebiges Geschichtsbuch der großen französischen Revolution, man nehme den trockenen Mignet. Kann man dieses Buch anders als mit klopfenden Pulsen und brennender Stirn lesen, kann man es aus der Hand legen, wenn man es an beliebiger Stelle aufgeschlagen, bevor man in atemloser Spannung den letzten Akkord des gewaltigen Geschehens hat ausklingen hören? Es ist wie eine Beethovensche Symphonie ins Gigantische gesteigert, ein brausender Sturm auf der Orgel der Zeiten, groß und prächtig im Irrtum wie im Gelingen, im Sieg wie in der Niederlage, im ersten naiven Aufjubeln wie im letzten verhallenden Seufzer. Und jetzt bei uns in Deutschland? Auf Schritt und Tritt, im Kleinen wie im Großen spürt man: es sind noch die alten braven Genossen aus den Zeiten der selig entschlafenen deutschen Sozialdemokratie, für die das Mitgliedsbüchlein alles, der Mensch und der Geist nichts war. Vergessen wir aber nicht: Weltgeschichte wird nicht gemacht ohne geistige Größe, ohne sittliches Pathos, ohne edle Geste. Liebknecht und ich haben beim Verlassen der gaslichten Räume, worin wir jüngst hausten — er seinen geschorenen Zuchthausbrüdern, ich meinen lieben armen Gittenmädchen und Diebinnen, mit denen ich dreieinhalb Jahre unter einem Dache verlebt habe — wir haben ihnen heilig versprochen, als sie uns mit traurigen Blicken begleiteten: wir vergessen euch nicht!

Wir fordern vom Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrates eine sofortige Linderung des Schicksals der Gefangenen in allen Strafanstalten Deutschlands!

Wir fordern die Ausmerzung der Todesstrafe aus dem deutschen Strafkodex!

Blut ist in den vier Jahren des imperialistischen Völkermordes in Strömen, in Bächen geflossen. Jetzt muß jeder Tropfen des kostbaren Saftes mit Ehrfurcht in kristallenen Schalen gehütet werden. Rücksichtslosete revolutionäre Tatkraft und weitherzigste Menschlichkeit — dies allein ist der wahre Odem des Sozialismus. Eine Welt muß umgestürzt werden, aber jede Träne, die geflossen ist, obwohl sie abgewischt werden konnte, ist eine Anklage, und ein zu wichtigem Tun eilender Mensch, der aus roher Unachtsamkeit einen armen Wurm zertritt, begeht ein Verbrechen."

Leitsätze über kommunistische Grundsätze und Taktik.

1. Die Revolution, geboren aus der wirtschaftlichen Ausbeutung des Proletariats durch den Kapitalismus und aus der politischen Unterdrückung durch die Bourgeoisie zum Zwecke der Aufrechterhaltung des Ausbeutungsverhältnisses, hat eine zweifache Aufgabe:

Beseitigung der politischen Unterdrückung und Aufhebung des kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisses.

2. Die Ersetzung des kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisses durch die sozialistische Produktionsordnung hat zur Voraussetzung die Beseitigung der politischen Macht der Bourgeoisie und deren Ersetzung durch die Diktatur des Proletariats.

3. In allen Stadien der Revolution, die der Machtergreifung des Proletoriats vorangehen, ist die Revolution ein politischer Kampf der Proletariermassen um die politische Macht.

Dieser Kampf wird mit allen politischen und wirtschaftlichen Mitteln geführt.

Die K. P. D. ist sich bewußt, daß dieser Kampf nur mit den größten politischen Mitteln (Massenstreik, Massendemonstrationen, Aufstand) zum siegreichen Ende gebracht werden kann.

Dabei kann die K. P. D. auf kein politisches Mittel grundsätzlich verzichten, das der Vorbereitung dieser großen Kämpfe dient. Als solches Mittel kommt auch die Beteiligung an Wahlen in Betracht, sei es zu Parlamenten, sei es zu Gemeindevertretungen, sei es zu gesetzlich anerkannten Betriebsräten usw.

Da aber diese Wahlen als nur vorbereitende Mittel dem revolutionären Kampf unterzuordnen sind, kann auf die Anwendung dieser Mittel in ganz besonderen politischen Situationen verzichtet werden, nämlich, wenn im Gange befindliche und auf die Entscheidung gehende revolutionäre Aktionen die Anwendung parlamentarischer Mittel vorübergehend oder dauernd überflüssig machen.

Die K. P. D. lehnt daher einerseits die syndikalistische Auffassung von der Ueberflüssigkeit oder Schädlichkeit politischer Mittel, andererseits die Auffassung der U. S. P. ab, daß revolutionäre Errungenschaften auch im Wege parlamentarischer Beschlüsse oder Verhandlungen mit der Bourgeoisie herbeigeführt werden könnten.

4. Schon vor Eroberung der Macht ist auf den Ausbau bestehender und die Schaffung neuer Räteorganisationen das größte Gewicht zu legen.

Dabei ist zunächst freilich im Auge zu halten, daß Räte und Räte-Organisationen nicht durch Statuten, Wahlreglements usw. geschaffen werden können und daß sie nicht durch Statuten, Wahlreglements usw. gehalten werden können.

Sie verdanken ihre Existenz vielmehr allein dem revolutionären Willen und der revolutionären Aktion der Massen und sind der ideologische und organisatorische Ausdruck des Willens zur Macht für das Proletariat geradeso, wie das Parlament dieser Ausdruck für die Bourgeoisie ist.

Aus diesem Grunde sind die Arbeiterräte auch die gegebenen Träger der revolutionären Aktionen des Proletariats. Innerhalb dieser Arbeiterräte haben sich die Mitglieder, der K.P.D. fraktionsmäßig zusammenzuschließen und zu versuchen, durch geeignete Parolen die Arbeiterräte auf die Höhe ihrer revolutionären Aufgabe zu erheben und die Führung der Arbeiterräte und der Arbeitermassen zu gewinnen.

5. Die Revolution, die kein einmaliges Schlagen, sondern das lange zähe Ringen einer seit Jahrtausenden unterdrückten und daher ihrer Aufgabe und ihrer Kraft nicht von vornherein voll bewußten Klasse ist, ist dem Auf- und Abstieg, der Flut und der Ebbe ausgesetzt. Sie ändert ihre Mittel je nach der Lage, sie greift den Kapitalismus bald von der politischen, bald von der wirtschaftlichen, bald von beiden Seiten an. Die K.P.D. bekämpft die Anschauung, als löste eine wirtschaftliche Revolution eine politische ab.

Die wirtschaftlichen Kampfmittel sind von besonderer Bedeutung, weil sie dem Proletariat über die eigentlichen Ursachen seines wirtschaftlichen und politischen Elends in ganz besonderem Maße die Augen öffnen. Der Wert dieser Kampfmittel steigt umsomehr, als in dem Proletariat die Einsicht wächst, daß auch diese wirtschaftlichen Kampfmittel dem politischen Ziel der Revolution dienen.

Aufgabe der politischen Partei ist es, dem Proletariat den ungehinderten, auch von keiner konterrevolutionären Gewerkschaftsbürokratie gehemmten Gebrauch dieser wirtschaftlichen Mittel zu sichern, wo nötig selbst um den Preis der Zerstörung der Form der Gewerkschaft und Schaffung neuer Organisationsformen.

Die Anschauung, als könne man vermöge einer besonderen Organisationsform Massenbewegungen erzeugen, daß die Revolution also eine Frage der Organisationsform sei, wird als ein Rückfall in kleinbürgerliche Utopie abgelehnt.

6. Die wirtschaftliche Organisation ist die, in der die breiten Massen sich sammeln. Hier steht ein wichtiger, wenn auch nicht der einzige Teil der Masse, die den revolutionären Kampf durchführt.

Die politische Partei ist demgegenüber zur Führung des revolutionären Klassenkampfes berufen. In der K.P.D. sammeln sich die vorgeschrittensten und zielklarsten Elemente des Proletariats, die dazu berufen sind, in den revolutionären Kämpfen voranzugehen.

Im Interesse der Einheitlichkeit, geistigen Schulung und Übereinstimmung dieser Führerschicht müssen sie in der politischen Partei vereinigt sein.

Die syndikalistische Meinung, daß diese Vereinung der zielklarsten Proletarier in einer Partei nicht notwendig sei, daß vielmehr die Partei gegenüber den wirtschaftlichen Organisationen des Proletariats zu verschwinden habe, oder in ihnen aufgehen müsse, oder daß die Partei ihre Führung in revolutionären Aktionen zugunsten von Betriebsorganisationen usw. aufgeben und sich auf Propaganda beschränken müsse, ist gegenrevolutionär, weil sie die klare Einsicht der Vorhut der Arbeiterklasse durch den chaotischen Trieb der in Gärung geratenen Masse ersetzen will.

Die Partei kann aber dieser Aufgabe nur gerecht werden, wenn sie in revolutionären Epochen in straffster Zentralisation vereinigt ist. Föderalismus in solchen Zeiten ist nur die versteckte Form für die Verneinung und Auflösung der Partei, weil Föderalismus in Wirklichkeit die Partei lähmt. Ebenso wie für die politische ist für die wirtschaftliche Organisation des Proletariats straffste Zentralisation erforderlich. Der Föderalismus in wirtschaftlichen Organisationen macht einheitliche Aktionen der Arbeiter unmöglich. Die K.P.D. verwirft jeden Föderalismus.

7. Mitglieder der K.P.D., die diese Anschauungen über Wesen, Organisation und Aktion der Partei nicht teilen, haben aus der Partei auszuscheiden.

Notizenteil.

Aus der besten aller Welten.

Der Todeszug des Kapitalismus, der in einer früheren Nummer unseres Blattes gekennzeichnet wurde, wird durch nachstehende Angaben beleuchtet, die ein Korrespondent der „Vossischen Zeitung" über das Elend in Wien telegraphiert: „In den ersten neun Monaten des Jahres 1918 starben in Wien 27649 Menschen, eine außerordentlich hohe Ziffer, die Folge der Grippe-Epidemie. In den neun ersten Monaten des Jahres 1919 ist infolge der Unterernährung die Sterblichkeitsziffer noch beträchtlich angewachsen, nämlich auf 29766. An Säuglingen starben vom Januar bis Oktober 1918 2326, im Jahre 1919 aber 3186. Von Kindern im Alter von 1 bis 10 Jahren starben im gleichen Zeitraum 1918 5245, 1919 aber 5538. Indessen die Zahlen geben noch kein vollständiges Bild von dem Wiener Kinderelend. 1918 wurde in den Wiener Schulen festgestellt, daß von 48849 Kindern nur 4637 wirklich gesund waren. 20 von 100 Kindern befanden sich im sogenannten mittleren Ernährungszustand, 64 von 100 waren untermittel ernährt und nur 9 von 100 im nicht beschädigten Ernährungszustand."

Die bürgerliche Leserin wird das Blatt mit diesen entsetzlichen anklagenden Zahlen seufzend beiseite legen: „Das ist der Krieg! Der schreckliche Krieg, der Elend über Elend entfesselt." Und die weichherzige Dame freut sich und beruhigt sich in dem Gedanken, daß nicht alle Jahre Krieg ist. Die Kommunistische Leserin ist nicht so genügsam. Sie fragt nach der Ursache des blutigen Völkerringens, dessen Folgen noch heute gehäufte Sorgen und Nöte bedeuten. Und sie antwortet: der Kapitalismus ist der Mörder der Gesundheit, des Lebens so vieler Menschen, namentlich aber so zahlreicher Kinder. Der Kapitalismus hat die Klassen der Besitzenden und Ausbeutenden in den verschiedenen Ländern zum mörderischen Ringen um Weltmacht und Weltherrschaft gegeneinander getrieben. Gesicherte Profitwirtschaft in der Welt sollte die Profitwirtschaft in der Heimat schützen und befestigen, die Lohnsklaven und Lohnsklavinnen dort in Ausbeutung und Unterwerfung erhalten. Der siegreiche Imperialismus der Ententekapitalisten verlängert und verschärft für die Bevölkerung Wiens das Elend, dem vor allem die Kinder erliegen. Die Ausbeutungs- und Herrschaftsgewalt der Besitzenden in Wien selbst wirkt darauf hin, daß es in der Hauptsache die Armen, die Kleinen, die Habenichtse und Wenigbesitzenden sind, die die zermalmende Bürde des Kriegs- und Blockadeelends, der zerrütteten Wirtschaft, der Macht des Ententekapitalismus tragen. Auch in Wien vermögen es die Reichen, trotz des bittersten Mangels an Gütern des Lebensbedarfs, trotz Wucherpreisen und Schiebertumwesen sich vor den härtesten Folgen der Not zu schirmen. Diese wuchtet mit ihrer ganzen vernichtenden Schwere auf den Massen des werktätigen Volks. Eine Gliederung der Erkrankten und Gestorbenen nach Klassen würde ergeben, daß die Arbeiter, Angestellten, die kleinen und mittleren Beamten, die Handwerker usw. nicht bloß ziffernmäßig, sondern auch verhältnismäßig weitaus die meisten Opfer des Elends in Wien stellen. Das Kapital zieht als Mörder durch die Welt, „vom Wirbel bis zur Zeh" nicht nur schmutztriefend, sondern auch blutbesudelt.

Aus der Frauenbewegung der U. S. P.

Eine Reichs-Frauenkonferenz der Unabhängigen Sozialdemokratie ist dem Parteitage vorangegangen. Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte: Organisations- und Pressefragen, Referentin Genossin Zietz; die Frauen und das Rätesystem, Referentin Genossin Sender; Frauenarbeit, Referentin Genossin Wurm. Zur Zeit da diese Nummer in Druck gehen muß, liegen Berichte über die Tagung noch nicht vor, die gut vorbereitet worden ist und ernste Aufmerksamkeit verdient, weil die Frauenbewegung unzweifelhaft einen sehr wertvollen Bestandteil der Unabhängigen Sozialdemokratie ausmacht.

Für unsere Kinder.

Pica.*)

Wenn ich jetzt zurückdenke an die Zeit, da sie mich noch umflatterte, tut mirs leid, daß sie nicht mehr ist. Und wer sie gekannt hat, erzählt gern von ihr, von unserer allzeit lustigen, niemals um einen Schelmenstreich verlegenen Elster Pica. Und doch habe ich so manchmal daran gedacht, sie unschädlich zu machen, um den täglichen und stündlichen Zornausbrüchen unserer Nachbarsleute zu entgehen.

Doch ich will von Anfang an erzählen, wer sie war und was sie trieb. Der Leichtsinn ihrer Eltern war schuld, daß sie als unbehilflich junges Wesen schon unter fremde Leute kam. Das Elsternpaar hatte in einen zwar dichten, aber gar nicht hohen Dornenstrauch sein Nest gebaut. Wahrscheinlich glaubten sie, weil sie eine Kuppel von Dornenzweigen darüber gewölbt hatten, könne der Brut nichts geschehen. Anfangs ging's auch ganz gut. Sechs grünlichweiße Eier legte Frau Elster ins Nest und bebrütete sie wohl achtzehn Tage. Dann kamen die Jungen aus und wollten Futter haben. Zwar stahlen sich die Eltern so still und unheimlich, wie es ihnen möglich war, zu Neste, aber als die Kleinen flügge waren, entdeckten eines schönen Sonntags die Dorfjungen das Geheimnis.

Was kümmerte es die Knaben, daß der Dornenstrauch mit spitzen Krallen nach ihren Kleidern griff, ein dreieckiges Loch in der Hose macht ihnen nicht viel, wenn man's nur noch mit einer Hand zuhalten kann. Der dünnste und geschickteste von den Jungen kletterte hinauf zum Neste und warf die kleinen Elstern seinen Kameraden zu, die unten zusahen. Dann trugen die Knaben ihre Beute im Siegeszug ins Dorf. Bei eingeweichtem Schwarzbrot sollten die jungen Vögel gedeihen, sie taten's aber nicht, sondern starben bis auf einen, eben Pica. Die kam durch Tausch in meine Hand. Ein Zündblättchenpistol mit drei Schachteln Munition — ein Pate hatte mir's vor kurzem mitgebracht — war der Kaufpreis. Gezanktes von Vater und vor allem Mutter, die „so ein Vieh" nicht gern im Hause sah, bekam ich obendrein zu. Aber da ich meinen Vogel zunächst auf Probe behalten durfte, war das nicht weiter schlimm. Da den anderen Knaben die Elstern gestorben waren, fing ich die Sache streng wissenschaftlich an, wälzte Vater Brehms Tierleben, um zu sehen, was Elstern fräßen, und fand Insekten, Vogeleier und Fleisch kleiner Tiere angegeben. Na, Insekten waren schon aufzutreiben, es flogen ja schon die ersten Maikäfer. Kleine Heupferdchen und in der Not auch Regenwürmer nahm Pica mit weitgeöffnetem Schnabel. Eier hätte ich auch ganz gern gefüttert, aber an Mutter traute ich mich, wohl mit Recht, nicht heran mit der Bitte um Hühnereier. Auch Fleisch vom Sonntagsbraten zu erbitten, erschien mir nicht rätlich. Doch es gab ja Mäuse, die haben auch gutes und zartes Fleisch. Die brauchte ich auch nicht selber zu fangen, meine Schulkameraden brachten sie herbei. Für jede Maus durften sie einigemale mit meiner Armbrust nach der Warnungstafel an der Wiese — unserer beliebten Scheibe — schießen.

Als ich fand, daß Pica auch Quark mit Vorliebe fraß, tauschte ich gegen kleine Bilder, Lesezeichen und andere schöne, hochbegehrte Sachen manches Schüsselchen mit Quark ein. Wie mancher Handkäse ist damals im Urzustand in Picas immer hungrigen Schlund gewandert. Hungrig war sie früh, mittags und abends und in der Zwischenzeit auch nicht minder. Aber man sah wenigstens, daß das viele Futter bei ihr gut anschlug. Aus den kleinen Sturzeln auf ihrem Leibe wurden schöne, bunte Federn. Ihr Schwanz und ihre Flügel schillerten in rot, grün und blau, und weich und locker legten sich weiße Felder auf ihre Schultern. Auch geistig machte Pica Fortschritte. Mich kannte sie bald am Schritt, und zutraulich blickte sie mir mit ihren braunen Augen entgegen, hüpfte mir auf den Schoß und bettelte mit zitternden Flügeln und schlürfendem Girren um einen Bissen. Bald lernte sie auch fliegen, und ihr Forschungstrieb erwachte mit der Flugfähigkeit.

Haus und Garten kannte sie bald von oben bis unten, jeder Winkel wurde genau durchstöbert und kennen gelernt. Das war die Zeit, wo man sie immer an den unwahrscheinlichsten Orten zuerst suchen mußte. Einmal war sie unter die umgestürzte Regentonne gekrochen und war eingeschlafen darunter. Dann wieder saß sie unter einem Schrank in der Schlafkammer, in die sie durchs Fenster geflogen war. Eine Garnknäuel hatte sie umhergeschleppt, bis sich der Faden um ihre Be[illegible]elt

*) Aus dem empfehlenswerten, unterhaltenden und sehr lehrreichen Büchlein „Neue Geschichten aus dem Tierleben" von Arno Marx, Verlag B. G. Teubner, Leipzig und Berlin 1913. Der Verfasser schildert in schlichten Worten bekannte heimische Tiere in ihrem alltäglichen Leben, so wie sie der Verfasser bei ungezählten vertrauten Beobachtungen kennen gelernt hat. Einfache, charakteristische Federskizzen, die nur das Tier ohne Umgebung zeigen, stehen am Kopf oder am Schluß jeder Erzählung.

hatte, und dann war sie, so gefesselt, eben unter den Schrank geflüchtet. Dann entdeckte sie Mutter in den Sprungfedern unseres Sofas eingeklemmt und im Ersticken. Dann wieder geriet sie bei dem Versuche, durch die Stubendecke zu fliegen, hinter dem großen Spiegel in eine bedrängte Lage. Doch lange dauerte es nicht, dann wußte sie alle Fährlichkeiten zu umgehen, sie wußte, daß man sie im Hause nicht gern sah und ihr gern mit Scheuerhadern und Besen den Weg ins Freie zeigte, sie wußte auch, daß ich bei einem bestimmten Pfiffe mit einem Leckerbissen auf sie wartete. Wenn ich einige Stunden weggewesen war und ihr pfiff, dann kam sie mir schackernd entgegengeflogen, umhüpfte und umflatterte mich, setzte sich auf meine Hand und zeigte deutlich ihre Freude, daß sie mich wiedersah.

Denn alleinsein mochte sie nicht gern. Ein Weilchen ließ sie sich's schon gefallen, da flog sie in unserem Birnbaum umher, als jagte sie sich mit einem anderen Vogel, immer schackernd, schwätzend und girrend. Dann tanzte sie von der Spitze des Baumes in die Höhe und flatterte auf und nieder wie ein Falter an einer Blume. Doch lange hatte Pica zu dieser anmutigen Beschäftigung nicht Lust. Gewöhnlich flog sie dann irgendwohin in die Nachbarschaft und trieb Unfug. In ihr erwachte die Freude an lebhaft gefärbten, kleinen Gegenständen. Rote Brocken von Ziegelsteinen, Glas- und Porzellanscherben las sie auf und steckte sie in die Buchsbaumbüsche, die unsere Gartenbeete einfaßten. Doch je weiter sich Picas Sammeltrieb entwickelte, desto unschönere Blüten trieb er. Die Elster wurde von einer Leidenschaft für Fingerhüte, Trennmesserchen, Siegellackstangen, Schreibfedern und Radiergummi erfaßt. Ganze Lager solcher kleiner Sächelchen legte Pica im Buchsbaum an. Eines Tages machte sie die Entdeckung, daß die schwarzen und roten Dinger, die kleine Kinder im Munde bewegen, auch Gummi sind. Von Stund an flog sie in unbewachten Augenblicken in Kinderwagen und stahl die Gummilutscher. Auch die kamen in unseren Buchsbaum. Auf diese Weise nahm natürlich die Liebe der Nachbarsleute zu meiner Elster unglaublich rasch ab. Pantoffeln, Scheuerlumpen, Steine, Besen und andere Gegenstände sausten hinter ihr her, wo sie sich blicken ließ. Und je mehr man ihr zeigte, wie ungern man sie sah, um so lustiger und verstohlener verübte sie ihre Dummheiten. Wurden in einem Garten Blumen gepflanzt oder an Stöckchen gebunden, dann saß Pica sicher auf einem Baum und sah zu, ohne daß man von ihrer Anwesenheit wußte. Wenn man dann fertig war mit der Arbeit, dann kam sie herbei, blickte scheu nach rechts und links und zog alle Pflanzen wieder heraus.

(Schluß folgt.)

⇨

Hans und der Teufel.

Estnisches Märchen.

Der Teufel trat einst zum klugen Hans und sprach: „Komm, laß uns unsere Kraft messen! Wer dem anderen so die Hand drücken kann, daß er schreit, der soll gewonnen haben." „Wohl", sprach Hans, „mags drum sein! Ich möchte aber nicht, daß es bei Tage geschehe; denn wenn ich schreien würde und es gingen Leute vorbei, so schämte ich mir die Augen aus dem Kopf." So verabredeten sie denn, in der Dämmerung im Walde zusammenzukommen: weit vom Dorfe, da sollte der Wettkampf stattfinden. Hans aber ließ sich einen Faustehandschuh aus Eisen machen und zog ihn an die rechte Hand, und als die Sonne hinter den Wipfeln des fernen Waldes verschwunden war, ging er beherzt in den dunklen Wald und fand den Teufel beim Kreuzweg auf ihn harrend. Da stellten sie sich gegenüber, Fuß an Fuß und Aug' in Auge; der Teufel streckte seine langfingrige Tatze aus, ergriff Hansens Rechte und drückte — wie der Teufel. Aber der Handschuh war aus schwedischem Eisen geschmiedet, und Hans lachte nur dazu, denn weil es dunkel war, so vermochte der Teufel nicht zu erkennen, daß Hans behandschuht war. „Teufel", rief er aus, „wie ist deine Hand so hart!" — „Das kommt von harter Arbeit!" — „Und woher ist deine Hand so schwarz?" — „Das kommt vom Misfahren!" — Und als der Teufel müde geworden war, griff Hans zu und quetschte des Teufels Krallen zusammen, daß dieser anfing kläglich zu heulen, gerade wie eine Katze im Schraubstock. „Au, au, autweh, autweh!" schrie er, dann setzte er sich in einen Graben, biß ins Gras, legte sich kühlende Kräuter auf die gequetschte Hand und nahm sich vor, nie mehr den Kampf mit Hans aufzunehmen.

Der Wald aber, wo dieses geschah, hieß fortan der Druckwald. Die Blümlein, die der Teufel abbiß und sich auf die Pfote legte, heißen noch heutigentags Teufelsabbiß und Katzenpfötchen.

Erklärung von Fremdwörtern.

Opposition = Gegnerschaft. Widerstreit.
Syndikalismus = eine Richtung der Arbeiterbewegung, die den politischen Kampf des Proletariats entweder grundsätzlich ganz ablehnt oder nur nebenbei gelten lassen will zur gelegentlichen Unterstützung des wirtschaftlichen Ringens der Arbeiterklasse. Der Kampf gegen den Kapitalismus und für eine sozialistische Ordnung soll die Aufgabe von Gewerkschaftsorganisationen sein, die nicht zentralisiert straff zusammengefaßt unter einheitlicher Leitung stehen, sondern miteinander nur lose föderiert, als selbständige Zweige vereinigt sind. Die Betätigung solcher Organisationen soll die revolutionären Kämpfe vorbereiten und führen, die sogenannte „direkte Aktion", d. h. das unmittelbare Handeln, Eingreifen der Arbeiter in die kapitalistische Wirtschaft, nicht bloß durch große zentralisierte Massen, auch lokal, vereinzelt als „Vorübungen" für die großen Kämpfe. Der Syndikalismus ist in Theorie und Praxis für den Putsch als Kampfmittel, ebenso für die Sabotage der Wirtschaft. Es ist unmöglich, eine völlig zutreffende Erklärung des Syndikalismus zu geben, da es fast so viel verschiedene theoretische Auffassungen davon gibt wie Syndikalisten, d. h. Anhänger des Syndikalismus. Die Bezeichnung ist mit der Richtung aus Frankreich gekommen, wo die Gewerkschaften Syndikate oder Syndikatskammern (chambres syndikates) heißen. Sie ist abgeleitet von dem neulateinischen Wort Syndikat, Amt eines Beauftragten.
konzentrieren = auf einen Punkt richten, zusammenfassen
orientieren, Orientierung = Richtung geben, gerichtet sein.
Plebiszit = Volksbeschluß durch allgemeine Abstimmung.
Föderation = lockerer Bund, Zusammenschluß von selbständigen Staaten oder Organisationen.
föderalistisch = lose miteinander vereinigt, ohne straffe Einheitlichkeit der Auffassung und der Betätigung.
Atom = unteilbarer, kleiner Körper.
atomistisch = in kleinste Teile zerlegt, zersplittert.
spekulativ = ausgeklügelt.
Offensive = Angriff.
Defensive = Verteidigung.
Retorte = Glas-Gefäß, das zu chemischen Versuchen gebraucht wird.
homunculi = künstlich fabriziertes Menschlein.
Passion = Leidenschaft, Hang.
parallel = gleichlaufend.
Kodex = Gesetzbuch
Stadium = Stufe.
chaotisch = wirr, durcheinander, unfertig.

Druckfehlerberichtigung. Im Aufruf der Zentrale „An unsere Parteigenossen" in Nr. 18, Seite 1, Spalte 1, Absatz 5 muß es heißen: „Die Diktatur ist die Verkörperung des proletarischen Willens zur Macht, sie ist Gedanke und Seele der Revolution. Die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat und für das Proletariat ist das Leitmotiv der Kommunistischen Partei. Ihre Schlagkraft, ihre Geschlossenheit, ihre Klarheit über Weg und Ziel beruft sie zur Führerstellung für die proletarischen Massen. Das wissen unsere Freunde und unsere Feinde . . ."

Inhalt: Die Krise. — Lüge und Wahrheit. — Von Verbrechen, Strafe und Amnestie. (Schluß). — Leitsätze über kommunistische Grundsätze und Taktik. — Notizenteil. Aus der besten aller Welten: Der Todeszug des Kapitalismus; Aus der Frauenbewegung der Unabhängigen Sozialdemokratie: Eine Reichs-Frauenkonferenz der U.S.P. Für unsere Kinder: Pica. — Hans und der Teufel. Estnisches Märchen.
Erklärung von Fremdwörtern. — Druckfehlerberichtigung.

Nummer 20 21. Dezember 1919

Die Kommunistin

Frauenorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Herausgegeben von Clara Zetkin

Die Kommunistin erscheint am 1., 11. und 21. eines jeden Monats. Preis der Einzelnummer 15 Pfennige, durch die Post bezogen vierteljährlich 1.25 Mark (ohne Bestellgeld).

Einzelnummer Preis 15 Pfennige.

Zuschriften für die Redaktion an Klara Zetkin, Wilhelmshöhe, Post Degerloch b. Stuttgart. — Zuschriften für den Verlag an Anna Stegmaier (Stuttgart, Olgastr. 70.

Die Krise.

IV.

Der Kampf für den Antiparlamentarismus, die politische Abstinenz hatte sein Seitenstück in den Forderungen der Opposition, die Stellung unserer Partei zu den Gewerkschaften betreffend. Auch hier sollte die Räumung des Schlachtfeldes, seine Preisgabe das Ringen mit dem Feind ersetzen. Statt des Kampfes von innen und außen gegen die Gewerkschaftsbürokratie und den von ihr großgepäppelten und ängstlich gehüteten bürgerlich-reformistischen Geist des gegenrevolutionären Burgfriedens, der gegenrevolutionären Arbeitsgemeinschaft von Ausbeutern und Ausgebeuteten der Rückzug in das stille Winkelchen der zu begründenden Lokalorganisationen. Der mangelnde Raum zwingt dazu, uns in einem späteren Artikel mit der Stellung der Opposition zur Gewerkschaftsbewegung ausführlicher zu beschäftigen. Zu ihrer Kennzeichnung heute nur soviel, daß sie sich mit dem befürworteten Antiparlamentarismus zum syndikalistischen Ring in der Forderung zusammenschließt, die zu gründenden lokalen Arbeiterunionen, deren Grundlage die einheitliche Betriebsorganisation ist, zur tragenden Kraft des wirtschaftlichen und politischen Klassenkampfes der Werktätigen zu machen, Arbeiterunionen, die nicht zentralisiert, straff zusammengefaßt werden, sondern sich nur föderalistisch lose vereinigen sollen.

Nach der Meinung der Opposition würde solche Einheitsorganisation sich aufs beste mit dem Bestreben, dem Wirken der Kommunistischen Partei vertragen. Indessen haben die Dinge ihre eigene, steifnackige, nicht zu brechende Logik. Was immer die Kämpen für die revolutionäre Einheitsorganisation von dieser wünschen und wollen, welche Folgen müßte ihre Aufrichtung für unsere Partei und für den proletarischen Klassenkampf haben? Die Gewerkschaften würden widerstands- und kampflos ihrer Bureaukratie als Tummelplatz überlassen für die gegenrevolutionäre Praxis der Arbeitsgemeinschaft zwischen dem kapitalistischen Löwen und dem proletarischen Lamm. Die klarblickendsten, energischsten Proletarier würden nicht länger in den Gewerkschaften mit ihren Millionen Mitgliedern unablässig vorwärtsdrängen zur unerbittlichen Führung des Klassenkampfes mit den jeweilig gebotenen Mitteln. Sie würden sich damit begnügen müssen, in den lokalen Arbeiterunionen hinter wortkräftige Beschlüsse kleine, schwache Taten zu setzen, einen glänzenden Blechsäbel für die Revolution zu schwingen, statt mit wuchtiger Hand für sie zu kämpfen.

Die föderalistisch zerfaserte Kommunistische Partei aber hätte sich mit der bescheidenen Rolle einer dienenden Magd der alleinseligmachenden Einheitsorganisation abzufinden. Sie würde zu einer harmlosen Propagandagesellschaft für die syndikalistischen Unionen herabgedrückt, ohne Eigenleben. Ihre Aktion läge ganz beschlossen in dem Sein, der Betätigung der übergeordneten föderalistischen Einheitsorganisation. Aus einer Führerin proletarischer Massen in revolutionären Kämpfen müßte sie sich umwandeln in die Beauftragte kleiner zersplitterter Klubs. Aufgabe der Kommunistischen Partei ist es, die aufgeklärtesten, kühnsten Proletarier zu vereinigen, ihre Erkenntnis, ihren Tatwillen aus dem Zustand atomistischer Vereinzelung herauszureißen und zusammenzuschweißen zu einem gewaltigen Block der Massenerkenntnis, des Massenwillens zur Tat. Der von der Opposition gepredigte Syndikalismus läuft dieser Aufgabe schnurstraks zuwider. Seine Verwirklichung löst die revolutionären Einzelnen aus der Vereinigung zur starken, unwiderstehlichen Kraft und läßt sie vereinsamt, einzeln in dem politischen Mischmasch der einheitlichen Betriebsorganisation verschwinden. Die Einheit der Organisationsform hat zur Voraussetzung das Kunterbunt die Farbvermischung des Wesens, des Inhalts der Organisation. Es wäre der Tod der Kommunistischen Partei. Ihre Entwicklung zur Propagandaclique würde als Gegenpol den Putschismus haben, den lokalen, den individuellen Verzweiflungsakt, statt der zukunftssicheren Massenaktion.

V.

Wie sind Gedankengänge, Forderungen möglich, die zu solchem Ergebnis leiten? Wie konnten sie emporwachsen bei dem Anschauungsunterricht der Tatsachen, die die Niederlage der proletarischen Revolution, den Triumph der kapitalistischen Gegenrevolution künden? Lassen doch diese Tatsachen die Ursache von Niederlage und Triumph eindringlichst, sinnenfällig hervortreten. Die mangelnde Reife der Erkenntnis und des Willens der breitesten werktätigen Massen, die politische Macht zu erobern und für ihre Befreiung durch die Überwindung des Kapitalismus einzusetzen, eine mangelnde Reife der Erkenntnis und des Willens, die im schroffsten Gegensatz zu der Reife der gesellschaftlichen Dinge für die Revolution steht. Die ersten Rädelsführer und Führer der Opposition in Hamburg haben doch eine andere Ursache der proletarischen Niederlage entdeckt: die falsche Organisationsform. Das Proletariat ändere diese, und die Reife der Erkenntnis, des Willens, die Macht zum Siege ist da.

Es ist eine ganz äußerliche, grob schematische Auffassung vom Wesen und Ablauf der Revolution, von den Bedingungen ihres Erfolgs, die zu dem grundsätzlichen und taktischen Standpunkt der opponierenden Genossen führt. Das Proletariat wurde im politischen Kampfe geschlagen, ergo ist die politische Revolution beendet. Die Revolution geht nun als wirtschaftliche Revolution weiter. Das politisch niedergerungene Proletariat hat sich aus der Straße in die Betriebe zurückgezogen und damit auf den Boden seiner Macht gestellt. Um diese Macht siegreich durchzusetzen bedarf es nur der richtigen revolutionären Organisationsform. Diese ist in der einheitlichen Betriebsorganisation der Föderation der „Industrial Workers of the World" (Verbands der Industriearbeiter der ganzen Welt) der Vereinigten Staaten Nordamerikas gegeben, deren Verbild „the one big union", die eine Riesenunion des gesamten Proletariats ist, von deren Aufbau die englischen Chartisten in den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts träumten. Ballen wir also alle Kräfte zusammen, um die einheitlichen revolutionären Betriebsorganisationen zu schaffen und die auf ihnen sich aufbauenden lokalen Arbeiterunionen, und die proletarische, die

soziale Revolution bezwingt die wirtschaftliche Macht der ausbeutenden Klassen und die politische Macht des Ausbeuterstaats.

Die Gedankenkette, die zu diesem triumphalen Schlußpunkt führt, scheint so lückenlos, geradlinig und einleuchtend, daß nur die besondere Verstocktheit und Unfähigkeit der Zentrale unserer Partei sich ihrer überzeugenden Kraft verschließen kann. Jedoch die geschichtliche Entwicklung ist so boshaft, sich den Teufel um die logischen Vorzüge dieser Gedankenreihe und die spekulative Überlegenheit der einen wahren revolutionären Organisationsform des Proletariats zu scheren. Sie hat gesellschaftliche Umstände geschaffen und schafft sie weiter, kraft deren das Proletariat zwar seine befreiende Revolution macht, jedoch unter den Umständen, unter denen es sie machen muß. Es kann sich deshalb nicht auf allseligmachende Organisationsformen, Kampfesmittel und Kampfesmethoden festlegen. Es muß sich die Elastizität der Taktik wahren, Organisationsformen, Kampfcomitiet und Kampfesmethoden nach den gegebenen geschichtlichen Umständen zu wählen und zu nutzen, und zwar so zu wählen und zu nutzen, daß über den Augenblick und die einzelne Tagesforderung hinaus das Gesamtinteresse des Proletariats als revolutionäre Klasse gefördert, der Sieg der sozialen Revolution gesichert wird. Daher muß auch die Kommunistische Partei als Vorhut und Führerin des revolutionären Proletariats bestimmten geschichtlichen Tatsachen entsprechend den Parlamentarismus als Kampfmittel nutzen und ihre Betätigung darauf einstellen, die Gewerkschaften im Klassenkampf voranzutreiben. Und sie bedarf in ihrem Kampf gegen die zentralisierte Macht der Kapitalistenklasse und des bürgerlichen Staats der zentralisierten, zusammengeballten Macht des revolutionären Proletariats.

VI.

Politische und wirtschaftliche Macht des Proletariats, politische und wirtschaftliche Macht der besitzenden Klasse, politische und wirtschaftliche Revolution sind je nicht Gegensätze die einander ablösen. Sie sind zwei von einander untrennbare Seiten ein- und derselben Sache. Konkret auf unseren besonderen Fall angewendet besagt es dieses. Wenn das Proletariat politisch in der Straße schwach ist und durch die politischen Machtmittel des Ausbeuterstaats geschlagen wird, so ist es auch wirtschaftlich im Betrieb schwach und wird durch die wirtschaftlichen Machtmittel der ausbeutenden Klasse niedergerungen. Seine wirtschaftliche Stärke im Betrieb wird sich auch als politische Macht in der Straße durchsetzen. Der politischen Niederlage des Proletariats im Kampfe für Sozialisierung und Räteverfassung, für die Aufrichtung seiner Diktatur ist denn auch die wirtschaftliche Niederringung in den Betrieben auf dem Fuße gefolgt. Sie steht vor uns in Gestalt der Wiedereinführung der Akkordarbeit, den Vorstößen des Unternehmertums um „Abbau der Löhne" usw., kurz in der Tatsache daß die Arbeiter und Angestellten auf der ganzen Linie des wirtschaftlichen Kampfes aus der Offensive in die Defensive gedrängt worden sind.

Die Ursache der politischen wie wirtschaftlichen Niederlage ist die eine, nämliche. Nicht die fehlende richtige Organisationsform, sondern die mangelnde revolutionäre Erkenntnis und der mangelnde revolutionäre Wille des Proletariats. Revolutionäre Erkenntnis und revolutionärer Wille der werktätigen Massen, die Vorbedingungen von Siegen in der Wirtschaft und im Staat lassen sich auch nicht durch die vollkommenste Organisationsform schaffen, umgekehrt, revolutionäre Erkenntnis und revolutionärer Wille werden zu immer zweckmäßigeren Organisationsformen führen. In der Retorte der einheitlichen Betriebsorganisation und der lokalen Arbeiterunion können nur revolutionäre homunculi syndikalistischer Putsche erzeugt werden, nicht aber Riesen der Massenaktion erwachsen. Die einheitliche revolutionäre Klassenorganisation des Proletariats steht nicht am Anfang, sondern am Ende dieser Periode revolutionärer Kämpfe in der weltgeschichtlichen Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit. Sie heißt nicht Arbeiterunion, sie heißt proletarischer Klassenstaat auf der Grundlage der Räteverfassung, der Rätediktatur. Den Sieg der proletarischen Revolution durch Rezepte über die beste Organisationsform sichern wollen, ist genau so utopisch wie die Versuche, unter beliebigen Umständen eine höhere, die sozialistische Gesellschaftsform durch den fix und fertigen Plan einer solchen zu schaffen. In dem was er fordert wie in dem, was er verneint, erweist sich der Syndikalismus der Opposition als geschichts- und weltabgewandte Wolkenkuckucksheimerei.

Gewiß: Einigkeit und Geschlossenheit des Proletariats im revolutionären Kampf, wie Einigkeit und Geschlossenheit der Kommunistischen Partei in der Führung des Proletariats tut not. Aber sie hat eine Voraussetzung: Einheitlichkeit und Geschlossenheit in der Erkenntnis und im Wollen, mithin in der grundsätzlichen und taktischen Auffassung. Diese Einheitlichkeit und Geschlossenheit ist nicht durch die Genossen gefährdet und zertrümmert worden, die der Kommunistischen Partei den Charakter als revolutionäre, aktionswillige und aktionsfähige Kampfespartei erhalten wollen, wohl aber durch jene anderen, deren Streben danach geht, die Partei in einem syndikalistischen Spielverein umzuwandeln. Über die Spaltung zu klagen haben die Genossen das wenigste Recht, die die Spaltung unabweisbar gemacht haben, indem sie die törichtesten und verhängnisvollsten Losungen in die Welt hinausschrien und unwidersprochen schreien ließen. Es sei nur an die ganz unglaubliche Anpreisung der Sabotage als neuer „Waffe" erinnert, d. h. eines Kinderschwerts aus Pappe. Nicht durch papierne Resolutionen wird die Krise in der K.P. beendet. Die gespaltenen Teile lassen sich nicht durch eine Reichskonferenz zusammenkleistern. Krise und Spaltung können nur durch eine tiefreichende Klärung der Meinungen im Kampf der Geister überwunden werden. Die Klarheit der geschichtlichen Einsicht in die Bedingungen des revolutionären Kampfes und damit die Klarheit der Erkenntnis über die Aufgaben der Kommunistischen Partei sind die Vorbedingungen organisatorischer und ideologischer Einheit, der Einheitlichkeit und Geschlossenheit des Wollens und Handelns. Die Kommunistische Partei muß aus der Krise in größerer innerer und äußerer Kraft hervorgehen, mit gesteigerter Macht bahnzeigend voranzuschreiten und zu kämpfen.

Angestellte, vorwärts!

Während nach dem 9. November 1918 die Arbeiterinnen aller Industriezweige sich allmählich mehr und mehr ihrer wirtschaftlichen Interessen und ihrer Pflichten gegen ihre Klasse bewußt geworden sind, verhalten sich die weiblichen Angestellten der Kauf- und Warenhäuser als Ganzes den großen wirtschaftlichen, politischen Fragen gegenüber noch immer teilnahmslos. Ihnen fehlt in der Mehrzahl die Erkenntnis, was die Ursache ihrer jammervollen Lage ist und infolgedessen auch die Erkenntnis, welches allein der Weg ist, den sie beschreiten müssen, um Abhilfe zu schaffen.

Die Verkäuferinnen, die Kontoristinnen sind heute entweder junge Mädchen, die aus dem bürgerlichen Elternhause in das Proletariat geschleudert wurden, oder Töchter aus Proletarierfamilien, denen es gelang, eine dem äußeren Scheine nach „gehobene" Stellung zu erhalten. Das unmittelbare Zusammenarbeiten von Chef und Angestellten in kleineren und mittelgroßen Geschäften hatte bis vor etwa 10—15 Jahren das Verhältnis zwischen beiden so gestaltet, daß sich die Angestellten, wenn auch nicht wirtschaftlich, so doch gesellschaftlich gleichberechtigt fühlen konnten. Es gab Angestellte, die, wenn sie Glück hatten, unter günstigen Umständen auch einmal Geschäftsinhaber werden konnten.

Die Entwicklung des Handels, die immer weiter um sich greifende Zusammenfassung kleiner Geschäfte zu einem großen Kauf- oder Warenhause hat diesen Gang der Dinge unmöglich gemacht, wie sie es auch unmöglich machte, daß die Beziehungen zwischen Unternehmer und Angestellten enger persönlicher Art blieben und gesellschaftlich fast gleiche Leute zu verknüpfen schienen. Die Angestellten großer Häuser kennen heute nur selten die eigentlichen Unternehmer, die meist nur die Geldgeber eines Betriebes sind. Sie verhandeln und arbeiten unter der Aufsicht von Abteilungsleitern, Geschäftsleitern. Das Unternehmertum aber rechnet mit dem traditionellen Gefühl, das sich bei den Angestellten erhalten hat und betont wohlweislich die anscheinend „gehobene" Stellung, deren sich die Verkäuferinnen und Kontoristinnen im Vergleich zu den Fabrikarbeiterinnen erfreuen, eine gehobene Stellung, die jedoch in Wirklichkeit nicht mehr besteht.

Warum tut dies das Unternehmertum im Handelsgewerbe? Um die Einigkeit unter den Erwerbstätigen zu verhindern. Der Geschäftsinhaber, der Aktionär weiß, daß seine Existenz als Profitmacher um so gefährdeter ist, je einiger die Arbeiterinnen und Angestellten als Ausgebeutete zusammenstehen und für ihr Recht kämpfen. Die große Mehrzahl der Angestellten aber weiß das noch nicht. Die Verkäuferinnen und Kontoristinnen müssen erst lernen, daß die einzige Möglichkeit für sie aus dem täglich wachsenden Elend herauszukommen, darin besteht, daß sie sich mit den Arbeiterinnen in den Fabriken, mit dem gesamten Proletariat solidarisch fühlen und solidarisch handeln. Den Verkäuferinnen, den Kontoristinnen, die diese Aufforderung noch mißtrauisch zurückweisen, muß man diese Fragen vorlegen:

Wer war es, der während des Krieges in den Geschäften die Waren, auf die bereits bei Eingang der Gewinnaufschlag gelegt worden war, noch um ein Bedeutendes im Preise erhöhte und so ungezählte tausende an Übernormalgewinn einstecke? Wer war es, der gleichzeitig weniger Spesenlasten zu tragen hatte, da der Lichtverbrauch behördlicherseits eingeschränkt und die Warenanzeigen in den Zeitungen untersagt wurden? Wer war es, der Personal entließ, männliche und weibliche Angestellte im Anfang des Krieges dem Elend preisgab? Und wer war es, der zu gleicher Zeit auch noch die Gehälter — trotz erhöhter Gewinne — der verbleibenden Angestellten um ein Viertel, ein Drittel, zum Teil sogar um die Hälfte kürzte? Die Geschäftsinhaber, dieselben Leute, die den Verkäuferinnen und Kontoristinnen vorgaukelten, sie gesellschaftlich über die Fabrikarbeiterinnen zu stellen. Trotzdem die Tatsachen laut genug redeten, nahmen die Angestellten stets Partei gegen die Arbeiter, sahen deren wirtschaftlichen Kämpfe durch die Brille des ausbeutenden Kapitalismus und glaubten das Märchen von der unverschämt fordernden Arbeiterschaft, die bei hohem Lohn faulenzen wolle.

Als noch dem 9. November der Militäraufstand zur Revolution wurde, die große proletarische Massen in die Straßen führte und den Arbeitern einige Reformen brachte; als die Arbeiter und Arbeiterinnen vieler Orte und Berufe in wirtschaftlichen Kämpfen vorangeschritten, war im Verlauf der letzten zehn Monate auch für das Eintreten der Angestellten in den Kampf der Boden vorbereitet. Sie erkannten ihr Recht, zu fordern was ihnen zukom: eine Aufbesserung ihrer materiellen Lage, eine Kürzung ihrer Arbeitszeit usw. Ihre Forderungen begegneten dem zähesten Widerstand ihrer Herren Chefs, und nun wurde es vielen Verkäuferinnen und Kontoristinnen klar, daß sie im Kampfe für ihr Recht an der Seite der Arbeiterinnen gehörten, um gemeinsam die Interessen der Ausgebeuteten zu verteidigen. Aber wo bleibt heute die Mehrzahl der weiblichen Angestellten? Wenn alle Verkäuferinnen und Kontoristinnen daran denken würden, wie groß gegen ihre Forderungen das Sträuben der Unternehmer war, wie heiß sie ihrerseits kämpfen mußten, damit ihre Lage nur ein Weniges verbessert wurde, dann müßte ihnen auch zum Bewußtsein kommen, wie jämmerlich sich ihre Verhältnisse gestalten werden, wenn das Unternehmertum sich von dem wirtschaftlichen Zusammenbruch erholt hat.

Täglich schaffen die Arbeiter und Angestellten neuen Mehrwert für die ausbeutenden Kapitalisten. Und wenn dieser sich wieder zu stattlicher Höhe angehäuft hat, wenn der Kapitalismus wieder erstarkt ist, diktiert der Unternehmer aufs neue als unumschränkter „Herr im Hause", denn er ist nicht mehr so dringend wie heute auf jede Arbeitskraft angewiesen. Genau wie früher setzt er nach seinen Profitwünschen die Arbeitsbedingungen, die Gehaltshöhe fest. Die Annäherung der Gehälter an die verbrecherisch verteuerten Preise der Lebensbedürfnisse, die bescheidenen Ansätze des Selbstbestimmungsrechts der Arbeiter und Angestellten, kurz, die Errungenschaften des Ringens und Kämpfens werden wieder geraubt werden, wenn der Unternehmer mit vollen Warenlagern, wohl gefülltem Geldschrank und guten Marktaussichten herrschen kann, wie er will. Man braucht ja nur an die bereits versuchten und zum Teil auch geglückten Lohnabbaubestrebungen zu denken, die zum Metallarbeiterstreik führten, um einen Vorgeschmack davon zu haben, was den Angestellten bevorsteht.

Um den Verkäuferinnen und Kontoristinnen für die Dauer zu helfen, gibt es nur eines. Die Beseitigung der kapitalistischen Ordnung, um an ihre Stelle die kommunistische Gesellschaft zu setzen. Noch überläuft die meisten Angestellten ein Gruseln, wenn sie das hören. Aber ist denn eine kommunistische, sozialistische Wirtschaft etwas so Furchtbares, Ungeheuerliches? Greifen wir ein beliebiges Beispiel heraus aus den hunderten, die sich aufzählen ließen. Stellen wir uns vor, wieviel Unternehmer heute ihren Gewinn einstecken, bis ein Mantel an den Verbraucher kommt. Da haben wir 1. den Schafzüchter; 2. den Spinnereibesitzer, an den die Schafwolle verkauft wird; 3. den Webereibesitzer, der die gesponnenen Fäden verweben läßt; 4. den Färbereibesitzer, der die gewebten Stoffe färbt; 5. den Kleiderfabrikanten, der die Stoffe zu Mänteln verarbeiten läßt; 6. den Warenhausbesitzer, der die Kleidungsstücke an die Verbraucher abgibt. Und jeder Besitzer macht seinen Profit, indem er den Mehrwert einsteckt, den Arbeiter und Angestellte durch ihre Arbeit erzeugt haben, indem er also Arbeiter und Angestellte ausbeutet.

Wir haben den kürzesten Weg gezeigt, auf dem ein Mantel an den Verbraucher gelangt. Jede Verkäuferin, jede Kontoristin, die in einer Kleiderfabrik oder in einem Kaufhaus angestellt ist, weiß, daß zwischen den genannten Einkaufsstellen heute noch drei bis vier Zwischenhändler, Kommissionäre und Engroseinkaufshäuser stehen, sodaß in Wirklichkeit neun bis zehn Kapitalisten an dem Mantel ihren Profit haben. Jede Angestellte, wenn sie ihr Gehalt auf Tage umrechnet, kann feststellen, welchen Anteil sie an dem Gewinn hat, und wie gering der ist im Verhältnis zum Gesamtprofit an dem Mantel. Freiwillig aber wird das Unternehmertum das Gehalt der Angestellten nicht erhöhen, da jede Gehaltssteigerung seinen eigenen Anteil am Gewinn kürzen wird, wenn er nicht gleichzeitig die Preise der Mäntel erhöhen kann. Geschähe dies, was würde die Folge sein? In Kürze würde wiederum eine neue Gehaltsforderung der Angestellten kommen, da die Kosten des Lebensunterhalts den Preisen entsprechend abermals höher geworden wären. Erhöhung der Preise und Erhöhung der Löhne, Gehälter ist eine Schraube ohne Ende, und wenn sie durch Preissteigerungen angezogen wird, so bleiben die Einnahmen der Arbeiter und Angestellten stets hinter den Kosten des Lebensunterhalts zurück. Die Ursache davon ist, daß die Lohn- und Gehaltssteigerung nicht die Macht der Kapitalisten beseitigt, aus Arbeit Profit zu pressen.

Wie sieht die Sache aus, wenn die Fabrikation in einer kommunistischen Wirtschaft vor sich geht, wenn der Handel abgeschafft und an seine Stelle die Verteilung der Güter getreten ist? Selbstverständlich wird auch in der kommunistischen Wirtschaft die Wolle die verschiedenen Produktionsstufen durchlaufen, bis sie zum Mantel wird. Aber ein grundlegender Unterschied ist da. Alles geschieht mit Ausschaltung des kapitalistischen Profits, der Unternehmer, soweit sie nur Besitzer oder Aktionäre der einzelnen Betriebe sind und in ihnen keine persönliche Arbeit leisten, sei es als einfach Mittätige, sei es in der Verwaltung oder Leitung. In allen Betrieben, aus denen die Wolle, die gesponnenen Fäden, die gewebten und gefärbten Tuche, die fertigen Mäntel hervorgehen, wird die Verwaltung und Leitung in der Hand Beauftragter, Vertrauenspersonen der gesamten Gesellschaft, der Arbeiter und Angestellten der Betriebe ruhen, die ihre Vertretung in der Verwaltung selbst frei wählen und jederzeit abberufen können.

Die Folge dieses „Umsturzes" wird sein, daß der Profit wegfällt, den heute jeder der sechs bis neun Kapitalisten einsteckt, die Herren der betreffenden Betriebe und Stellen sind, durch die der Mantel läuft, ehe er an den Verbraucher gelangt. Wegfall des Profits hat aber eine Voraussetzung: daß die Quelle verstopft wird, aus der der kapitalistische Profit fließt. Das ist die Aneignung unbezahlter Arbeit der Arbeiter und Angestellten durch den Kapitalisten, mit anderen Worten: ihre Ausbeutung durch ihn. Arbeiter und Angestellte müssen sich nicht länger plagen, um Kapitalisten zu bereichern, deren einzige Arbeit vielleicht darin besteht, die Kupons abzuschneiden. Eine weitere Folge

wird die Verbilligung der Mäntel sein, um bei unserem Beispiel zu bleiben. Die Kosten für Herstellung und Lieferung des Mantels müssen erheblich sinken, wenn dabei nicht mehr so und soviel Kapitalisten ihre Hände im Profit waschen. Die Gesellschaft erhält um so viel billiger die Mäntel, deren ihre Glieder bedürfen.

Was bedeutet das alles für die weiblichen Angestellten? Daß sie aus Ausgebeuteten und gesellschaftlich Unfreien, Unterdrückten zu gleichberechtigten und gleichverpflichteten freien Gliedern der Gemeinschaft werden. Nicht länger bestimmt der Chef selbstherrlich die Bedingungen, unter denen sie tätig sind und den Anteil am Ertrag des Betriebs, den sie erhalten sollen. Sie selbst entscheiden mit darüber als Wählerinnen und als gewählte Beauftragte zusammen mit ihren Arbeitsgefährtinnen und Arbeitsgefährten des Unternehmens. Selbstverständlich entsprechend den Richtlinien, die für die ganze Wirtschaft gelten und innerhalb der Grenzen, die durch die Solidarität mit den Arbeitern und Angestellten der anderen Betriebe, Industrien, die durch die Solidarität mit der Gesamtheit der Hand- und Kopfarbeitenden gegeben sind.

Sicherlich, das ist eine Bindung. Aber welcher Unterschied zu jetzt! Die Bindung dient nicht mehr dem Reichtum, der Profitsucht eines Kapitalisten und der ganzen ausbeutenden Kapitalistenklasse. Sie frommt der Gemeinschaft, der Gesamtheit, deren wirkendes und empfangendes Glied die Angestellte ist. Je größer der Wohlstand, die Kultur der Gemeinschaft, um so größer der Anteil, den jedes einzelne Glied davon beanspruchen und erhalten kann. Die Angestellte gibt ihre Arbeitskraft in pflichtgemäßen Leistungen der Gesellschaft, und ihr wird dafür das Recht auf ihren Anteil an dem gesamten materiellen und kulturellen Reichtum. Dieser Reichtum wird rasch und stark für alle wachsen, wenn nicht mehr der kapitalistische Profit den Ertrag der Arbeit zu Gunsten Einzelner schmälert, wenn die freie, unausgebeutete Arbeit alle Kräfte, die volle Leistungsfähigkeit der Menschen wirksam werden läßt.

Aber Ausbeutung der Menschen durch Menschen und kapitalistischer Profit, die untrennbar verbunden sind, können nur verschwinden, wenn die großen Mittel der Gütererzeugung und des Güteraustausches aus dem Besitz der Kapitalisten in das Eigentum der Gesellschaft übergehen. Erst mit dieser Revolution der Gesellschaft verliert der Unternehmer die Macht, sich unbezahlte Mehrarbeit anzueignen, Arbeiter und Angestellte auszubeuten. Der Großgrundbesitz, die großen landwirtschaftlichen Betriebe, Fabriken, Bergwerke, Eisenbahnen usw. müssen zu kommunistischem Eigentum werden. Freiwillig treten die jetzigen Besitzer der großen Produktions- und Austauschmittel ihr Eigentum, ihre Macht zur Ausbeutung und Profitpresserei nicht an die Gesellschaft ab. Die Klasse der Ausgebeuteten muß sie davon enteignen, indem sie die politische Macht im Staat erobert. Es gilt einen heißen Kampf, in dem alle zusammenstehen müssen, die von Kapitalisten gehudelt, gebittelt, ausgesogen werden, Arbeiter und Angestellte, Kopf- und Handschaffende, Männer und Frauen.

Die Kontoristinnen und Verkäuferinnen, die Lohnsklavinnen der Kauf- und Warenhäuser dürfen dabei nicht fehlen. Sie müssen dem Beispiel der Arbeiterinnen folgen, sich zusammenschließen mit ihren Berufsgenossinnen und Berufsgenossen und darüber hinaus mit den breiten Massen der Ausgebeuteten und Unterdrückten jeder Art. Zusammen mit ihnen müssen sie den wirtschaftlichen und politischen Kampf aufnehmen für ihre Besserstellung und volle Freiheit, den Kampf gegen den Kapitalismus und für den Kommunismus. Kein falscher Standesdünkel, Angestellte! Kein Beiseitestehen! Hand in Hand und Schulter an Schulter heißt es kämpfen mit dem gesamten Proletariat für den wahren Sozialismus, den Kommunismus. Angestellte, aufgewacht und vorwärts!

R. Gazell.

Zur Frage des Parlamentarismus.

Von B. Th.

I.

Im Vordergrunde der geistigen Kämpfe nicht nur in der Kommunistischen Partei, sondern auch in der U.S.P., steht gegenwärtig auch die Frage des Parlamentarismus. Da wir es als Aufgabe der kommunistischen Frauenbewegung betrachten, bei den Proletarierinnen Interesse und rege Anteilnahme am geistigen Leben unserer Partei zu erwecken, sie ebenso wie ihre Klassengenossen zu selbständigem Denken und Handeln anzuregen, sei an dieser Stelle die Frage des Parlamentarismus einer gedrängten Erörterung unterzogen.

Zwei Richtungen haben darum gerungen, durch ihre Auffassung das Leben, die politische Betätigung der Kommunistischen Partei zu bestimmen: die der sogenannten Parlamentarier und Antiparlamentarier. Der Unterschied zwischen beiden stellt sich kurz wie folgt dar. Die Anhänger der zuerst genannten Richtung sind überzeugt, unter gewissen geschichtlichen Umständen den Parlamentarismus als ein Mittel unter anderen Mitteln dem proletarischen Klassenkampf nutzbar machen zu können und nutzbar machen zu müssen. Sie sind daher — immer bestimmte tatsächliche Verhältnisse vorausgesetzt — für die Beteiligung an den Wahlen zu den verschiedenen Parlamenten und den Gemeindevertretungen, wie für die Ausnützung der parlamentarischen Tribüne zur Vertretung der Interessen und Forderungen des werktätigen Volks, zur Verfechtung der kommunistischen Ideen und Losungen. Die Parteigänger des Antiparlamentarismus dagegen weisen die entsprechende Auffassung als eine Preisgabe unserer revolutionären Grundsätze zurück, als ein rechnungsträgerisches Zugeständnis an bürgerliches Denken und bürgerliche Politik. Sie befürworten den Boykott der sogenannten Volksvertretungen, den Boykott der gesetzgebenden Körperschaften im Reich und in den Einzelstaaten, der verwaltenden Körperschaften in den Provinzen und Gemeinden. Sie wollen nicht die Ausnutzung der Tribüne daselbst, nicht die Beteiligung an den Wahlen.

Der grundsätzliche Einwand, der gegen die Ausnutzung des bürgerlichen Parlamentarismus geltend gemacht wird, geht davon aus, daß der Kommunismus nur verwirklicht werden könne durch die Klassenherrschaft des Proletariats vermittels einer Räteregierung der werktätigen Massen. Wenn das Proletariat Kraft und Reife zur politischen Machtergreifung betätigt, kann es seine Herrschaft nur im Kampfe, im Gegensatz zu den bürgerlichen Parlamenten errichten. Nur die reine Klassenherrschaft des Proletariats unter Ablehnung jeder Verquickung mit dem bestehenden bürgerlichen Parlamentarismus — der ein Herrschaftsinstrument der Bourgeoisie ist — kann die Durchführung des Sozialismus sichern. Den Grundsatz der Räteordnung haben die Kommunisten nach der Meinung der „Antiparlamentarier" durch Fernhalten von den bürgerlichen Parlamenten in aller Reinheit und grundsätzlichen Schärfe zu wahren. Nach dieser Meinung gibt es also nur das Entweder-Oder: hie bürgerlicher Parlamentarismus, hie Rätediktatur.

So blendend einfach diese Logik scheint, so unzulänglich, ja schematisch-formalistisch und ungeschichtlich ist sie auch. Unseren Antiparlamentariern geschieht es, daß sie mit der Verneinung des Parlamentarismus das Kind samt dem Bade ausschütten. In begrifflicher schlimmer Erinnerung ist ihnen die Art von Parlamentarismus, wie sie die Mehrheitssozialdemokratie geübt hat und noch übt. Unsere „Antiparlamentarier" wähnen, daß jede parlamentarische Betätigung von vorneherein gleichbedeutend sei mit einer Verwässerung des sozialistischen Zieles, daß das Parlament nichts anderes sein könne, als der natürliche Nährboden, auf den unvermeidlich und unter allen Umständen der Bazillus des Opportunismus, der Kompromißsucht wachsen müsse. Ja, die Gegner des Parlamentarismus gehen soweit, in der parlamentarischen Betätigung der Sozialdemokratie die Hauptursache des Zusammenbruchs der alten Partei zu suchen.

Nichts weniger richtig als all das. Wohl ist das Parlament ein glattes Parkett für opportunistische Seiltänzer, aber nicht der Parlamentarismus ist die Ursache des Bankrotts der Sozialdemokratie, sondern die allgemeine Politik dieser Partei, die in ihrer Grundsatzlosigkeit und Haltlosigkeit auch zur falschen Bewertung und Ausnutzung des Parlamentarismus geführt hat. In der Periode friedlicher Entwicklung und Arbeit verlor die Sozialdemokratie nach und nach den revolutionären Geist, die revolutionäre Auffassung der Geschichte und ihrer eigenen Aufgabe. Sie wurde in steigendem Maße eine Partei des Kompromisses zwischen revolutionärer Phrase und opportunistischer Politik. Ihr Verhalten im Parlament spiegelte nur diese Tatsache wider. Daß der Parlamentarismus nicht die Ursache des Versinkens der Sozialdemokratie war, zeigt sich in dem Versagen der strikt antiparlamentarischen französischen Syndikalisten und sonstiger parlamentarischer Abstinenzler während der entscheidenden Tage im August 1914, wie in der Folgezeit.

Das Wesen einer Partei von Proletariern, der allgemeine Charakter, die allgemeine Richtung ihrer Politik wird auch bestimmend sein für ihre grundsätzliche Wertung des Parlamentarismus und seine praktische Ausnützung für den Klassenkampf. Die Mehrheitssozialdemokratie schätzt den Wert des Parlaments anders ein, als das „Zentrum" der sozialistischen Arbeiterbewegung, d. h. die U.S.P., und die Kommunisten wieder haben eine andere oder abweichende Beurteilung von den Syndikalisten. Die Mehrheitssozialdemokratie, die Partei des verkörperten Opportunismus, erblickt in dem bürgerlichen Parlamentarismus den geraden, unmittelbaren Weg zum Sozialismus. Sie übersieht dabei oder will übersehen den Zusammenhang zwischen dem bürgerlichen Parlamentarismus und der bürgerlichen Klassenherrschaft, die Abhängigkeit des Parlamentarismus von dieser Klassenherrschaft. Sie übersieht die sonstigen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Machtmittel der kapitalistischen Klassen, Machtmittel, die eine bürgerliche Klassenherrschaft sichern, selbst wenn der Parlamentarismus den Grundsätzen der Demokratie entspricht. Die „alte" Sozialdemokratie mußte zwangsläufig dahin gelangen, daß das was ihr einst Mittel war, zum Selbstzweck wurde und den Verrat am Sozialismus zum Ausdruck brachte. Denn einmal auf der schiefen Ebene des Verlustes einer festen grundsätzlichen Wertung angelangt, mußten diese „Auchsozialisten" am entscheidenden Wendepunkt sich nicht nur zu den Formen der bürgerlichen Klassenherrschaft bekennen, sondern zu bewußten Verfechtern der bürgerlichen Klasseninteressen, der Idee des Kapitalismus selbst werden.

Die offizielle Richtung der U.S.P., die sich selbst so gern als das „Zentrum" der sozialistischen Arbeiterbewegung bezeichnet, hält an dem Ziel fest, die bürgerliche Gesellschaft durch den Sozialismus zu ersetzen, aber sie sieht am bürgerlichen Parlamentarismus ein wichtiges, unersetzliches Mittel zur Verwirklichung dieses Ziels. Das kam zum Ausdruck in ihrer Forderung nach der Einberufung einer Nationalversammlung, in ihrer Bemühung, den bürgerlichen Parlamentarismus mit der proletarischen Klassenherrschaft friedlich-schiedlich zu verquicken, es gipfelte in dem Verlangen derer um Breitscheid-Hilferding nach der „Verankerung" der Räte in der Verfassung.

Eine dritte Auffassung wurde von der Zentrale der K.P.D. vertreten, und die Mehrheit der Delegierten auf der letzten Reichskonferenz hat ihr zugestimmt. Diese Auffassung hat allmählich auch in der U.S.P. immer mehr Eingang und Anhänger gewonnen und auf der jüngsten Tagung der Partei mit starker Mehrheit gesiegt. Diese Auffassung geht von der Erkenntnis aus, daß der Kommunismus nur durch die reine Klassenherrschaft des Proletariats durchgeführt werden kann, und daß die Räteordnung die Grundlage der politischen und wirtschaftlichen Macht des Proletariats ist. Daher lehnt sie strikte jede Verkoppelung des Rätesystems mit dem bürgerlichen Parlamentarismus ab, der mehr als eine bloße Form, der ein Werkzeug, Ausdruck und Machtmittel bürgerlicher Klassenherrschaft ist. Zwischen den besitzenden Klassen und dem Proletariat gibt es kein Paktieren und Vertragen, sondern nur ein Schlagen, gibt es nur einen Kampf um die Herrschaft, um die Macht im Staat, die für die Nichtbesitzenden und Ausgebeutenden der Hebel ist zur Beseitigung der wirtschaftlichen Unfreiheit und Ausbeutung.

Sobald das Proletariat die politische Macht im Staat erobert und mit dem Rätesystem seine Diktatur aufgerichtet hat, ist kein Platz mehr für den Parlamentarismus. Die bürgerliche Demokratie muß der proletarischen Diktatur weichen, wie sie sich in den wirtschaftlichen und politischen Räten der arbeitenden Massen verkörpert. Anders aber, solange das Proletariat noch nicht die Reife und Kraft besitzt, um die politische Macht zu ergreifen. Das ist eine Zeit der Sammlung der Proletarier, ihrer Vorbereitung auf den Kampf, ihrer Schulung für ihn. In dieser Zeit kann auch der Parlamentarismus dem proletarischen Befreiungsringen dienstbar gemacht werden. Sowohl die Beteiligung an den Wahlen wie die parlamentarische Tribüne müssen genützt werden für die Aufrüttelung und Aufklärung der proletarischen Massen.

Die parlamentarische Betätigung der Kommunisten muß stets von dem Bewußtsein geleitet sein, daß der Sozialismus nicht durch den bürgerlichen Parlamentarismus Tat und Wirklichkeit werden wird, wie die Partei der Mehrheitssozialdemokraten glaubt. Die parlamentarische Tätigkeit der Kommunisten muß darauf gerichtet sein, dem Proletariat durch Kritik an den Tat- und Unterlassungssünden des bürgerlichen Parlamentarismus im einzelnen zu beweisen, daß die Massen des werktätigen Volkes von diesem Parlamentarismus ihre Befreiung nicht zu erwarten haben. Das Parlament ist heute noch eine weithin sichtbare Bühne. Von dort aus kann besonders auch auf jene proletarischen Schichten erweckend und aufklärend eingewirkt werden, die ihr Heil noch von dem bürgerlichen Parlamentarismus erwarten. Der Kampf im Parlament und gegen das Parlament kann ihnen die Hoffnungslosigkeit, das Trügerische ihres Glaubens anschaulichst vor Augen führen. Wird das festgehalten, so birgt die Befürchtung in sich zusammen, die parlamentarische Betätigung der Kommunisten müsse unvermeidlich zu Kompromissen mit bürgerlichen Gedanken und bürgerlichen Zuständen führen, müsse mit einer Preisgabe, mit dem Verrat unserer Grundsätze enden.

In der Nutzbarmachung des Parlamentarismus für den Klassenkampf des Proletariats hat die Kommunistische Partei zu erweisen, in welch' elastischer, energischer Weise sie dem Gegner zu folgen und ihn zu packen versteht, wo immer er seine Machtpositionen errichtet hat, und wie immer er sie verteidigt. Es entspricht dies der Auffassung des marxistischen Sozialismus, daß das Ziel des proletarischen Klassenkampfes nur in stetem Ringen mit der Bourgeoisie erreicht werden kann, und daß das Proletariat sich bei diesem Ringen aller wirtschaftlichen und politischen Mittel bedienen muß, die unter den gegebenen Umständen den Erfolg versprechen, wachsende Massen der Ausgebeuteten zu wecken, zu sammeln und mit immer klarerer Erkenntnis zu erfüllen. Sicherlich sind die Parlamente Machtpositionen der bürgerlichen Gesellschaft. Aber gerade deswegen sind wir gezwungen, die Gegner auch dort aufzusuchen und zu bekämpfen, in die Machtpositionen selbst einzudringen und sie zu zerstören. Der Boykott der Parlamente und ihre Bekämpfung nur von außen führen zur Brachlegung der politischen Kraft des Proletariats und zur Abstumpfung des politischen Kampfes in Zeiten, wo die Situation nicht revolutionär zugespitzt ist und die Massen nicht durch ihre Aktion die Straße beherrschen.

Der syndikalistische Antiparlamentarismus ist eine starre rein dogmatische Auffassung von der geschichtlichen Entwicklung. Er sieht nur die eine revolutionäre Situation und fordert, daß, was in ihr Selbstverständlichkeit ist, zum allgemeinen politischen und taktischen Gesetz für alle Situationen und geschichtlichen Zeiten werde. Diese Art der Auffassung geht dahin, von dem Gebrauch eines politischen Kampfmittels abzusehen und damit die Partei aus dem politischen Ringen der Klassen auszuschalten und dem Gegner das Feld kampflos, schmollend zu überlassen. Das aus der falschen Furcht, das erstrebte Endziel könne verblassen und den Blicken entschwinden, wenn die Welt der Tatsachen gesehen, richtig eingeschätzt und berücksichtigt würde. Diese Furcht kann nicht in ein Zeichen der Stärke umgewertet werden. Sie ist und bleibt ein unfreiwilliges Eingeständnis der Schwäche. Der Starke, der Klarblickende wird durch die Welt der Tatsachen nicht verwirrt werden. Er erblickt und zeigt in ihr die Linien, die zum Kommunismus führen. Auf unseren besonderen Fall angewendet besagt dies nichts anderes, als daß die parlamentarische Betätigung ein Mittel sein muß, die Blicke breitester Massen der Werktätigen von den jeweiligen Einzelerscheinungen des politischen Lebens und den jeweiligen Einzelgegenständen des politischen Kampfes hinzulenken auf die Augenblicksforderungen des Proletariats und mit zwingender Logik und Bestimmtheit darüber hinaus auf das Endziel seines Kampfes: den Kommunismus. Kurz die parlamentarische Betätigung muß Kommunisten werben, und Kommunisten schulen.

Die Untersuchungskomödie.

In Berlin tagt ein Untersuchungsausschuß, der angeblich Licht bringen soll in die Fragen der Kriegsschuld, der Kriegsverlängerung, der unnötigen Kriegsgrausamkeiten. Dieser Ausschuß sollte wohl der Entente zeigen, wie herrlich weit wir es im republikanischen Deutschland gebracht haben, wie die Demokratie heute Generäle und Kanzler zur Verantwortung ziehen kann, wie wir selbst die Schuldigen zu brandmarken und zu bestrafen wissen usw. So hatten sich die Herren Demokraten, Pazifisten und Auchsozialdemokraten, die Professoren, Rechtsanwälte und Parlamentarier den Verlauf der Verhandlungen vorgestellt, die den Ruhm ihrer Tüchtigkeit über alle Lande tragen sollten.

Es kam anders: Der erste Akt der Komödie ist beendet, der Ausschuß hat sich „auf unbestimmte Zeit" vertagt — doch die so siegessicher an die Verhandlungen herangingen, die Sinzheimer, Schücking, David, Bonn usw. sind heute mit dem Fluch der Lächerlichkeit beladen, und niemand inner- und außerhalb Deutschlands glaubt mehr, daß sie Licht in das Dunkel der diplomatischen und militärischen Ränke bringen werden, die bei der Entstehung des Krieges mitgewirkt haben und die Kriegsflamme stets aufs neue zu schüren wußten, bis Deutschland am Ende seiner Kräfte war. Die bisherigen Verhandlungen haben das Eine klar gezeigt, daß in Deutschland noch immer die Militärkamarilla herrscht, und daß der Untersuchungsausschuß ein Werkzeug in ihrer Hand ist. So hat nicht der Ausschuß die Auswahl der Personen bestimmt, die vorgeladen werden sollten, sondern Hindenburg ist auf seine eigene Einladung oder auf die Ludendorffs erschienen, und die Anwesenheit der Generäle wurde mit Aufwand von viel Geld und geschickter Mache zur Veranlassung, daß die Gegenrevolution frecher als je zuvor die Straßen Berlins beherrscht. Musik beim Empfang am Bahnhof, Parade vor der Wohnung Hindenburgs, (Villa Helfferichs) der den Ausschuß mit jedem Wort verhöhnt, das er ausspricht, Blumen mit schwarz-weiß-roten Bändern: so wird der Mann empfangen, der sich verantworten soll — nicht daß er den Krieg angezettelt, aber daß er ihn mit unmenschlicher Grausamkeit geführt hat und seine Beendigung durch unerhörte Uebergriffe auf das Gebiet der Politik weiter und weiter hinauszuschieben wußte, weil sein Ehrgeiz einen Sieg erzwingen wollte, der außerhalb der Möglichkeiten lag.

Vielleicht sind manchem bei diesem Anlaß die Augen darüber aufgegangen, wer heute in Deutschland das Heft in Händen hat, und was es insbesondere mit der Machtstellung Noskes auf sich hat, wie er nur ein Spielball ist in der Hand der Lüttwitz und Reinhard. Aber das ist nicht das einzige, was die Verhandlungen zu Tage gefördert haben. Wesentlich scheint uns noch dies — was uns allerdings auch nicht überrascht — daß die hochgelehrten Juristen und Professoren, die nun seit einem Jahr in den Akten gewühlt haben, sofort aus dem Sattel geworfen sind, wenn ein ehemaliger Kanzler oder General das Gespräch so wendet, wie es ihm beliebt, daß sie hilflos den schnoddrigen Bemerkungen Helfferichs gegenüberstehen, und daß sie sich in all diesen Wochen im Kreise gedreht und den Tatbestand nicht geklärt haben. All das wundert uns nicht, weil wir von vornherein nichts von diesem Ausschuß erwartet haben. Was soll auch eine einseitige Untersuchung der Schuldfrage, die nur dann einen Sinn haben kann, wenn alle beteiligten Staaten zusammenwirken, alle ihre Archive öffnen, alle ihre Mitschuld zu bekennen bereit sind?

Wichtiger aber noch ist folgendes: selbst wenn es gelänge, alle sogenannten Schuldigen in allen beteiligten Staaten festzustellen und der gerechten Bestrafung zu überantworten, wäre nicht nur der Jammer dieses Krieges nicht aus der Welt geschafft, es wäre auch garnichts zur Verhinderung weiterer Kriege getan. Denn auch Ludendorff und Helfferich, die gewiß brutale Vertreter des Militarismus und des Kapitalismus sind und gewiß ihr gerüttelt Maß von Schuld an der Verlängerung und Verrohung des Krieges tragen, haben den Krieg nicht „gemacht", auch sie sind zuletzt Geschobene, hinter ihnen stehen die Kruppschen Kanonen, die nicht umsonst gegossen werden durften, hinter ihnen steht das gesamte Rüstungskapital, das einen längeren Frieden nicht ertragen hätte, hinter ihnen steht der Imperialismus und die Kolonialpolitik, die zu einem kriegerischen Konflikt zwischen den Großmächten drängten. Von allen diesen Zusammenhängen, die jedem Marxisten eingehämmert sind, und die Rosa Luxemburg in der „Juniusbroschüre" in wunderbarer Klarheit auseinandergesetzt hat, spürt man bei diesen Verhandlungen nichts. Niemand hat darauf hingewiesen, daß es sich um wirtschaftliche Interessen, um die Interessen des Großkapitals bei diesem Krieg handelte, und daß Bethmann-Hollweg die Interessen des deutschen Kapitals so gut oder schlecht er konnte vertrat, wie Wilson die des amerikanischen und Lloyd George die des englischen. Die Tüfteleien und klugen Bemerkungen dieser Professoren und Parlamentarier möchten es so darstellen, als wenn zuletzt der Krieg nur aus einem Mißverständnis geführt worden wäre und aus Humanität hätte früher beendet werden können. Rührend einmütig wurde darüber geschwiegen, daß auch die Mehrheitssozialdemokraten den Krieg, der um die Weltmacht und die Weltausbeutung der besitzenden Klassen verschiedener Nationalität ging, als einen „nationalen Verteidigungskrieg" hinstellten, daß die Unabhängigen Sozialisten mehr als ein Jahr bedurften, bis sie sich zum Protest gegen den Schwindel aufrafften.

Die Volkswirtschaftler und Sozialdemokraten scheinen keine Ahnung zu haben, daß es sich bei dieser Weltkatastrophe um die Kraftprobe des kapitalistischen Systems handelte, und daß nur mit der Beseitigung dieses Systems der Krieg aus der Welt geschafft werden kann. Am schönsten ist es aber, wenn diese Pazifisten sich in tiefsinnigen Erörterungen darüber ergehen, daß der U-Boot-Krieg nicht im rechten Augenblick eingesetzt habe, und daß er mit untauglichen Mitteln geführt wurde. Ja, hätte Deutschland genügend U-Boote gehabt, hätten diese mehr Nahrungsmittel versenkt, mehr Menschenleben zerstört, dann wären die Pazifisten dieser Art ganz zufrieden, dann wäre aus dem verbrecherischen völkerrechtswidrigen Kampfmittel eine erlaubte Waffe geworden. Im innigen Verein mit den Pazifisten sahen wir wieder ihre nahen Freunde und Blutsverwandten, die „Unabhängigen". Gleich ihnen legten sie die Finger an die Nase und suchten im Aufdecken von persönlichem Kleinkram die Ursachen dieses Weltzusammenbruchs. Gleich ihnen erhofften sie eine Aenderung von der Beseitigung einiger Personen — als ob nie ein Marx gelebt und die Zusammenhänge des Gesellschaftslebens aufgedeckt hätte. Gleich den Pazifisten verschoben die U. S. P. des rechten Flügels die Schuldfrage, indem sie sich daran hefteten, daß die Erklärung des U-Boot-Krieges zu früh oder zu spät kam, während doch die einzige Schuldfrage, die dieser Ausschuß lösen könnte, und deren Beantwortung das internationale Gewissen verlangt, die ist, ob und wo in diesem Kriege Grausamkeiten und Unmenschlichkeiten verübt wurden, die allem Herkommen Hohn sprachen und die auch auf der Gegenseite wieder Rachgier und Rohheit auslösten. Von alledem hat man im Ausschuß bisher nichts gehört, und alle Fragen der Untersuchenden klangen ebenso gelehrt wie weltfremd.

Der Grundsatz, der die Untersuchung beherrscht, heißt: „Wasch mir den Pelz und mach mich nicht naß". Es könnte ja sonst, wenn Ernst gemacht wird mit einer Untersuchung, der Bestand der Regierung gefährdet werden, die dieser Ausschuß vertritt, und die durchweg aus Leuten gebildet ist, die die Kriegskredite bis zuletzt bewilligt haben. Daß die „Unabhängigen" diesem Ausschuß Helferdienste leisten, daß sie sich von ihrer Mitwirkung eine Aufhellung der Tatsachen versprechen, zeigt wieder einmal, daß sie den Parlamentarismus nicht vom Standpunkt des revolutionären proletarischen Klassenkampfes aus zu gebrauchen verstehen und nicht jede Gelegenheit benutzen, das bürgerlich-kapitalistische Wesen der Nationalversammlung zu enthüllen. Sie machten als Unschuld vom Lande eine Komödie mit, statt sie zu brandmarken.

Worauf kam es unter den vorliegenden Umständen für eine sozialistische, eine revolutionäre Partei an, die dem Proletariat im Klassenkampf führend vorangeht? Die Verhandlungen des Untersuchungsausschusses als ein Possenspiel niedrigster Art zu entlarven. Nachzuweisen, daß die bürgerlichen Demokraten mitsamt ihren Pazifisten und Mehrheitssozialdemokraten, die jetzt als sittlich-patriotisch entrüstete Ankläger gegen einzelne Personen

auftreten, die nach außen hin Hauptschuldige am Krieg sind, das alte Spiel des „Haltet-den-Dieb" aufführen. Denn sind sie nicht insgesamt hinter der Regierung Wilhelms II bis zur letzten Minute vor der Revolution gestanden, und haben sie nicht alle Kriegskredite bewilligt, alle Maßnahmen der Heeresleitung gebilligt? Nun sollen die Verantwortlichkeiten für den Krieg abgewälzt, einigen besonders schwarzen Sündenböcken aufgebürdet werden. Und noch einen anderen Zweck verfolgt das niederträchtige Spiel. Die bürgerliche Demokratie und Mehrheitssozialdemokratie haben zusammen die Revolution mit Noskeschen Maschinengewehren und Minenwerfern blutig niedergeschlagen. Nun wollen diese Herrschaften die monarchisch-militärische Gegenrevolution mit dem sanften, moralischen Mittel einer Gerichtskomödie bändigen, jene Gegenrevolution, der sie selbst erst in den Sattel geholfen haben. Um die Massen darüber, um sie über ihre Blutschuld im Weltkrieg und Bürgerkrieg zu täuschen. Die monarchistisch-militärische Gegenrevolution hat bereits mit einem drastischen Faustschlag geantwortet, der die Kulissen des Possenspiels umwarf. Das Proletariat darf nur eine Antwort auf den ganzen Spuk haben. Arbeiten, kämpfen wir, damit die richtige Antwort bald erfolgt.

A. M.

Notizenteil.

Aus der Frauenbewegung der U. S. P.

Die erste Frauenbewegung der U.S.P. für das Rätesystem. Noch ehe daß auf dem Parteitag der U.S.P. die Entscheidung einer klipp und klaren Stellungnahme zum Rätesystem erfolgt war, hat sich die Frauenkonferenz der U.S.P. dafür ausgesprochen. Genossin Sender-Frankfurt a. M. hielt ein treffsicheres Referat zur Frage, das insbesondere die Bedeutung der Räte für die Frauen behandelte, sowie die Notwendigkeit, diese zur verständnisvollen Mitarbeit in den Räten heranzuziehen. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die Frauen-Reichskonferenz der U.S.P. in Erkenntnis, daß die Befreiung des Proletariats aus der wirtschaftlichen Knechtschaft und der Aufbau eines sozialistischen Gemeinwesens nur verwirklicht werden kann durch die Diktatur des Proletariats, wirksam im revolutionären Rätesystem, fordert die Genossinnen und Genossen auf, für die Verwirklichung dieses Gedankens alle Kräfte einzusetzen. Darum muß gefordert werden, daß die weiblichen Berufstätigen nicht nur an den Wahlen ihres Betriebes oder Berufes teilnehmen, sondern auch prozentual der Anzahl der weiblichen Beschäftigten ihre Delegierten in den Betriebsrat zu entsenden haben. Die Konferenz erwartet daher, daß unverzüglich in allen Bezirken ans Werk gegangen wird, auf daß auch die sozialistischen Frauen als Bahnbrecherinnen an der Seite der revolutionären Arbeiterschaft zum Neuaufbau des revolutionären Rätesystems schreiten.

Zum Zwecke der Einbeziehung der proletarischen Hausfrauen beim Aufbau des politischen Rätesystems empfiehlt die Reichskonferenz Schaffung von Wahlverbänden der proletarischen Hausfrauen mit bezirksweiser Untergliederung. Wahlberechtigt resp. wählbar sind nur solche Frauen, deren Haushalts-Einkommen nicht aus unbezahlter Arbeit herrührt (Zinsen, Grundrente, Unternehmerprofit), die keine fremde Arbeitskraft ausbeuten und sich zur Diktatur des Proletariats durch die Räte bekennen.

Die Aufstellung der Wählerlisten erfolgt durch Wahlkommissionen der Arbeiterräte, nach Bildung der Wahlkörper und voraufgegangener Aufklärung und Aussprache über die Aufgaben der Frau im Rätesystem."

Aus der kommunistischen Frauenbewegung.

Frauenagitation in Ost- und Westpreußen. Eine öffentliche Frauenversammlung fand Ende September in Danzig statt, in der die Unterzeichnete über das Thema sprach: „Was hat uns die Revolution gebracht?" Es war ein Sonnabend nachmittag. Wenn man bedenkt, wie ungünstig gerade diese Zeit für ein Abkommen der Frauen von daheim ist, so muß man den Besuch unserer Veranstaltung als sehr gut bezeichnen. Mit größter Aufmerksamkeit folgten die Frauen dem Vortrag. In der Diskussion nahm Genossin Leu von der U.S.P. das Wort und unterstrich das Gesagte durch Ausführungen über persönliche Erlebnisse. Wenn man ihre Worte hörte so konnte es dem Ungeschulten scheinen, als trenne nichts die U.S.P. von den Kommunisten. Um keine Unklarheit über die wahre Sachlage aufkommen zu lassen, ging die Vortragende in ihrem Schlußwort auf die grundsätzlichen Unterschiede ein, die die beiden Parteien scheiden. Der ungeteilte Beifall zu ihren Darlegungen ließ auf Zustimmung schließen. Leider findet sich in Danzig noch keine Genossin, die hier unsere kommunistische Frauenagitation leiten könnte. Doch der Aktionsausschuß der K.P.D. wird die in Fluß gekommene Bewegung nicht versanden lassen, er wird sie weiter fördern in der Erkenntnis, daß es sich um die eine große Sache geht: die Befreiung des Proletariats aus den Ketten und Banden der kapitalistischen Lohnsklaverei. Die Versammlung in Königsberg war schlecht besucht. In der Diskussion sprachen die Genossinnen Kaiser und Neumann. Die zuletzt genannte trat sehr wirksam für die Mitarbeit der Frauen an den kommunalen Aufgaben ein. Eine große Zuhörerschaft hatte sich in Tilsit eingefunden. Auch hier nahm eine Rednerin der U.S.P. das Wort zu sachlichen und kurzen Ausführungen. Außer ihr sprachen noch einige Genossen. Sie waren darin einig, daß die Kommunistische Partei der Frauenbewegung die größte Aufmerksamkeit schenken, sie kräftig unterstützen müsse. Unsere Partei wolle zielklare Massenbetätigung, eine solche sei ohne die Frauen unmöglich. Die schönste Versammlung hatten wir in Memel. Das große Lokal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Die zahlreich anwesenden Frauen zollten den Gedanken reichen Beifall, die die Rednerin über die Lage und die Ziele der Kommunisten vortrug. Ein „demokratischer" Lehrer führte in der Diskussion aus, daß es jeder machen soll wie er selbst, der sich mit seiner Arbeit ein Vermögen erworben habe und noch heute im Koksäckchen seine Feuerung für den Winter auf den Rücken nach Hause trage. Er legte folgendes Glaubensbekenntnis einer schönen Seele ab: „Zehn Jahre meines Lebens gäbe ich drum, wenn ich morgen eine Million besäße." Die Versammelten ließen den Mann mit dem „großen Ideal" nicht weitersprechen. Er hatte ihre Auffassung von Lebenswert und Lebensziel allzu stark herausgefordert. Genosse Burrschettis beschäftigte sich mit örtlichen Angelegenheiten. Mit einem Hoch auf die Weltrevolution ging die Versammlung auseinander. Die Genossinnen Lenkeit und Kaspar werden für weitere Aufklärung der Frauen sorgen. Der Versammlungsbesuch in Eydtkuhnen litt etwas darunter, daß das einzige Lokal am Ort nur für Sonnabend zu haben gewesen war, und die Einwohnerschaft mit der Kartoffelernte alle Hände voll zu tun hatte. Die Stimmung der Versammlung war doch eine glänzende. Auch hier ließ man leider einen Gegner nicht ausreden, einen jungen Kaufmann, der behauptete, Kapitalisten müßten sein. Im Schlußwort wurde dieser bürgerliche Standpunkt gründlich und unter allgemeiner Zustimmung widerlegt. Der Besuch der Frauenversammlung, die für Elbing einberufen worden war, hätte besser sein können. Die Diskussion war sehr ausgebreitet und lebhaft, leider nicht immer sachlich. Frauen beteiligten sich bedauerlicher Weise nicht daran. — Überall trat es in den bereisten Gegenden zu tage, daß es vorwärts geht. Die Verhältnisse bringen die Frauen zum Nachdenken, und an den Kommunisten ist es, dieses Nachdenken in die richtigen Bahnen zu lenken und zu klarer Erkenntnis und festem Willen zu machen. Unsere Genossen müssen das erkennen und mit Eifer dafür arbeiten, damit die Frauen der Kommunistischen Partei zugeführt werden. Wo es am Ort noch keine Genossinnen gibt, die die wichtige Kleinarbeit in die Hand nehmen, müssen die Genossen sie leisten. Sie können mancherlei dafür tun, daß die Frauen sich zu sammeln beginnen. So sollten sie z. B. in allen Versammlungen Agitationsbroschüren, Die Kommunistin usw. auslegen und verbreiten. Der Erfolg würde nicht ausbleiben. Der Boden für die kommunistische Agitation unter den Frauen ist überall vorhanden und vorbereitet. Gehen wir alle daran — Genossen und Genossinnen — die kommunistische Ideensaat auszustreuen.

Martha Schlag, Chemnitz.

Internationale Solidarität.

Eine Kundgebung der ersten Frauenkonferenz der U. S. P. Deutschlands für den revolutionären Klassenkampf des internationalen Proletariats und der Weltrevolution. Die Reichskonferenz der U.S.P. ließ klar hervortreten, daß die Genossinnen der U.S.P. so gut wie geschlossen auf dem Boden des revolutionären Sozialismus stehen und für die Diktatur des Proletariats, die Räteordnung, die Weltrevolution sind. Es entsprach dem Geist, der ihre Tagung beseelte, daß in der ersten Sitzung eine Bekundung internationaler revolutionärer Solidarität erfolgte. Genossin Braunthal brachte die nachfolgende Resolution ein, die einstimmig zur Annahme gelangte.

„Die erste sozialistische Frauenkonferenz der U.S.P. entbietet den revolutionären sozialistischen Frauen der ganzen Welt ihre schwesterlichen Grüße und fordert sie auf, in ihren Ländern für den Gedanken der internationalen proletarischen Solidarität zu wirken. Sie geloben, in Deutschland dafür einzutreten, daß die Reihen des revolutionären Proletariats gestärkt und sein Kampf um die Eroberung der politischen Macht und die Diktatur der Arbeiterklasse zu einem siegreichen Ende geführt wird. Die revolutionären sozialistischen Frauen sind sich bewußt, daß dieser Sieg nur durch den Zusammenschluß der Arbeiter und Arbeiterinnen der ganzen Welt, durch die Weltrevolution herbeigeführt werden kann, und sie versprechen, alle Kräfte einzusetzen, diese Weltrevolution zu fördern.

Sie sprechen den so schwer kämpfenden russischen Genossen ihre vollste Sympathie aus und hoffen, daß sie dem Ansturm aller reaktionären und imperialistischen Mächte standhalten werden.

An die französischen Genossinnen richten wir den warmherzigen Appell, in ihrem Lande einen energischen Kampf gegen ihre imperialistische Regierung zu führen und sie zur Herausgabe unserer unglücklichen deutschen Gefangenen zu bewegen, wie auch wir mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln die deutsche Regierung, die an der Festhaltung der Gefangenen mitschuldig ist, zur Rückführung der noch in Deutschland befindlichen russischen Gefangenen angetrieben haben.

Wir betrachten es als unsere heiligste Pflicht, der Völkerverhetzung und dem Menschenschacher den hohen Gedanken der internationalen Solidarität und Menschheitsverbrüderung entgegenzusetzen."

Die Resolution war von vielen der besten Genossinnen unterzeichnet, die in Deutschland seit langem im Vordertreffen des Kampfes gegen den Militarismus und für die volle Befreiung des weiblichen Geschlechts durch den Sozialismus stehen. Sie trug diese Namen: Arendsee, Braunthal, Emma Döltz, Emmy Blod, M. Wengels, Harnisch, Auguste Lange, M. Kuhn, Frieda Wulf, Höpfner, Anna Borsch, Anna Kiesel, Minna Reichert, E. Sinneken, Math. Wurm, Minna Steeger, Klaire Rosenberg, M. Karsch, W. Ludewig.

Für unsere Kinder.

Heiliger Abend.

Es klingelt schrill und störend hastig
das durch den abendlichen Schimmer.
Ein Knabe, kaum zehn Jahre alt,
tritt auf mein öffnen in das Zimmer.

Ein brüchig Stimmlein wispert leis:.
„Herr, Kienholz hätt ich zu verkaufen!“,
indes die Wangen schmal und weiß,
Blutwellen wechselnd überlaufen.

Und Augen heften sich auf mich,
umflattert von verwaschnen Strähnen,
so hilflos, weh und flehentlich,
als wären's festgeronnene Tränen.

Ich weiß nicht, was mich da erfaßt,
warum ich mich so jäh erhoben,
und dann dem Kinde voller Hast
die karge Gabe zugeschoben.

Als wär mir's um den Groschen leid,
mußt ich mich in die Ecke drücken,
indes zwei Finger dankbereit/
an einer schlechten Mütze rücken.

Die Stirn ans Fenster hingepreßt
starr ich, geschreckt aus aller Ruhe ...
Es heult der Wind, der Regen näßt ...
Ein Kind hat keine ganze Schuhe ...

Dort schleicht es müd und regenfeucht
durch Gassen, die sich festlich schmücken.
Bald hängen Bäume voll Geleucht
und Kinder jubeln vor Entzücken.

Dann klingen Glocken ernst und schwer
und fromme Seelen hört man singen:
„Vom Himmel hoch da komm ich her ...
Will er dem Kind wohl Schuhe bringen?“

K. Bröger.

Pica.

(Schluß).

Auch beim Pfarrer, der ihr schon lange nicht mehr grün war, seit dem sie einmal seinen Pfeifenkopf voll Ziegelsteinbrocken und Glassplitter gestopft hatte, verübte sie ihre pflanzenfeindlichen Streiche. Da kam Hochwürden auf den Gedanken, einen abgelegten Anzug möglichst naturgemäß auszustopfen, eine Larve und einen Hut als Kopf obendrauf zu setzen. Sogar Handschuhe wurden dem Strohmann angezogen und ein Rechen daran festgebunden. Das Werk war so gut gelungen, daß alle Leute den Hut vor der Puppe zogen und dann erzählten, der Pastor hätte sehr schlechte Laune, er danke nicht einmal, wenn man ihn grüße. Doch Pica, die war nicht so dumm, an die Puppe zu glauben. Auf dem Dache hinter der Esse hatte sie gesessen, als das Kunstwerk aufgebaut wurde. Ein Stunde später sonnte sie sich behaglich auf der breiten Hutkrempe der Puppe, dann flog sie ihr auf die Schultern und zog ihr langsam und halmweise die Strohseele aus den Augenhöhlen. Danach flog sie zum Beet hinab, holte frischgepflanzte Kohlrabistauden und steckte sie der Puppe in den Hals. Pica flog nun schackernd und frohlockend über ihren Schelmenstreich in die Krone der Dorflinde und entzog sich so allen Konsequenzen, die man aus ihrem Tun hätte ziehen können.

Sie ahnte, daß ich sie sicher einige Tage eingesperrt hätte, wenn sie sich hätte erwischen lassen, deshalb ließ sie mich ruhig pfeifen und begab sich auf eine kleine Studienreise durchs Dorf. Dabei entdeckte sie ein offenes Fenster. Natürlich sah sie einmal nach, was dort wäre und fand auch auf dem Tische einen Lampenzylinder. Der ließ sich wunderschön hin und her rollen, bis er schließlich zu Boden fiel, und in lauter kleine Stückchen brach. Die glitzernden Splitter gefielen Pica erst recht, und sie trug Stückchen für Stückchen zum nächsten Versteck. Das war in diesem Falle das Sofa, zwischen dessen Polster der Vogel seine Glasscherben verbarg. Einen nahm er mit und steckte ihn in ein Mauseloch in unserem Garten. Durch diesen letzten Scherben erwies sich's dann, daß mein Freund Walter von seiner Mutter unschuldig geprügelt worden war für das Zerbrechen des Zylinders und das Verstecken der Scherben in den Sofapolstern.

Was Pica nach diesem Streiche verübte, ist nie richtig herausgekommen. Es wurde ihr zwar in den nächsten Tagen nachgeredet, sie habe einen Käse gestohlen, einen Milchgießer umgeworfen und einen Gummiflutscher gemaust, das kann aber auch bloße Verleumdung sein. Nach Hause kam sie jedenfalls nicht, und es ist wahrscheinlich, daß sie sich mit dem halb blöden Bewohner des Armenhauses angefreundet hat während dieser Tage. Dieser alte Mann, Schmidt hieß er, räusperte und spuckte so laut, daß man es im halben Dorf hören konnte. Als nach einer Woche Pica zu meiner Freude wieder reuevoll zu mir zurückkam, hatte sie etwas gelernt, was ich nie für möglich gehalten hätte. Ich saß in der Laube und machte Schularbeiten. Da auf einmal geht's: „Rchch, rchch, rrrke, pfui Deibel!“ Der alte Schmidt räusperte sich und spuckte, und dann erklang das gequälte, stoßweise Husten des alten Mannes. Aber, und das ließ mich schaudern, es klang von dem Birnbaum herab. Dann girrte und schackerte Pica, die das alles so schön konnte wie ein Phonograph, blos ohne Nebengeräusche.

Und nicht lange dauerte es, da konnte Pica mancherlei. „Pica, Fleisch, Fleischfleischfleisch, komm, komm, ei du Lump, gehst du weg,“ lernte sie gar bald, aber wir waren froh, wenn sie es niemand vormachte, denn stets ging's danach „rch, rchch, rrrke, pfui Deibel!“ Und frech war sie geworden während ihrer Abwesenheit. Wenn man sie angreifen wollte, hackte sie mit ihrem harten Schnabel, daß es blaue Flecken gab. Jeden Hund, jede Katze brachte sie mit Hallo zum Garten hinaus. Wenn ihr ein Junge eins ausgewischt hatte, so konnte sie es ihm nie wieder vergessen. Wo sie ihn erwischte, flog sie ihm auf Kopf und Schultern und zwickte ihn in die Ohrläppchen. Sogar nach mir hackte sie mitunter, und da ich ihr immer mahnend dabei zurief: „Artig, Pica, artig, „so lernte sie das neue Wort schnell und rief immer erst „artig, artig“, ehe sie hackte.

Zu meinen Eltern stellte sie sich ganz verschieden. Wenn meine Mutter kam, hatte sie stets Angst und suchte zu entwischen, dabei rief sie: „Pica, ei du Lump, gehst du weg.“ Vater dagegen hatte sie sehr gern. Wenn sie ihm auf der Schulter saß, girrte sie ganz zärtlich und sprach in Vaters Tonfall beschwichtigend: „Na, artig Pica, ganz artig.“ Von ihm, einem Feinde jeder Zugluft, lernte sie auch den Zuruf: „Türe zu,“ den sie stets hören ließ, wenn jemand ins Zimmer trat. Am schönsten zeigte sich Picas Zuneigung am Frühjahr, als ihre kleine Brust voll Liebessehnen war. Da versuchte sie Vater zu bestimmen, mit ihr einen Ehebund zu schließen. Wo sie ihn sah, umflog und umbalzte sie ihn, zitterte mit den Flügeln und nestelte ihm zärtlich in Bart- und Kopfhaar. Leckerbissen verzehrte sie nicht, sondern suchte Vater auf und wollte sie ihm in den Mund oder in die Ohren stecken, worüber Vater nicht immer erfreut war, denn manchmal war's Mäusefleisch.

Einmal kam Pica heim mit gesträubten Federn, schwach und krank. Sie hatte Bauarbeitern das Frühstück aus der Arbeitstasche geholt und war von einem Steinwurf getroffen worden. Matt und schwer flog sie umher, bis Vater sie fand. Dem setzte sie sich auf die Schulter und girrte zärtlich. Auf einmal wankte sie, sagte mit rauher Stimme „pfui Deibel“, fiel zu Boden und stand nie wieder auf. Und ich habe sie mit Tränen in den Augen im Garten begraben.

Vulkan-Druckerei Stuttgart-Degerloch.